

Land und Leute an der oberen Rott.

Studien zum verfassungsmäßigen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel des oberen Rottals im Königreich Bayern.

Wolfgang Piedl

Land und Leute an der oberen Rott.
Studien zum verfassungsmäßigen, wirtschaftlichen und
sozialen Wandel des oberen Rottals im Königreich Bayern.

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Wolfgang Pledl
aus
Neumarkt-St.Veit

Uni-Druck München
1987

Referent: Prof. Dr. Hans Schmidt

Korreferent: Prof. Dr. Ludwig Hammermayer

Tag der mündlichen Prüfung: 15. Juli 1986

Meinen Eltern

I. Das Kindheitshaus	1
1. Das Kindheitshaus	1
2. Das Kindheitshaus	1
3. Das Kindheitshaus	1
4. Das Kindheitshaus	1
5. Das Kindheitshaus	1
6. Das Kindheitshaus	1
7. Das Kindheitshaus	1
8. Das Kindheitshaus	1
9. Das Kindheitshaus	1
10. Das Kindheitshaus	1
11. Das Kindheitshaus	1
12. Das Kindheitshaus	1
13. Das Kindheitshaus	1
14. Das Kindheitshaus	1
15. Das Kindheitshaus	1
16. Das Kindheitshaus	1
17. Das Kindheitshaus	1
18. Das Kindheitshaus	1
19. Das Kindheitshaus	1
20. Das Kindheitshaus	1
21. Das Kindheitshaus	1
22. Das Kindheitshaus	1
23. Das Kindheitshaus	1
24. Das Kindheitshaus	1
25. Das Kindheitshaus	1
26. Das Kindheitshaus	1
27. Das Kindheitshaus	1
28. Das Kindheitshaus	1
29. Das Kindheitshaus	1
30. Das Kindheitshaus	1
31. Das Kindheitshaus	1
32. Das Kindheitshaus	1
33. Das Kindheitshaus	1
34. Das Kindheitshaus	1
35. Das Kindheitshaus	1
36. Das Kindheitshaus	1
37. Das Kindheitshaus	1
38. Das Kindheitshaus	1
39. Das Kindheitshaus	1
40. Das Kindheitshaus	1
41. Das Kindheitshaus	1
42. Das Kindheitshaus	1
43. Das Kindheitshaus	1
44. Das Kindheitshaus	1
45. Das Kindheitshaus	1
46. Das Kindheitshaus	1
47. Das Kindheitshaus	1
48. Das Kindheitshaus	1
49. Das Kindheitshaus	1
50. Das Kindheitshaus	1
51. Das Kindheitshaus	1
52. Das Kindheitshaus	1
53. Das Kindheitshaus	1
54. Das Kindheitshaus	1
55. Das Kindheitshaus	1
56. Das Kindheitshaus	1
57. Das Kindheitshaus	1
58. Das Kindheitshaus	1
59. Das Kindheitshaus	1
60. Das Kindheitshaus	1
61. Das Kindheitshaus	1
62. Das Kindheitshaus	1
63. Das Kindheitshaus	1
64. Das Kindheitshaus	1
65. Das Kindheitshaus	1
66. Das Kindheitshaus	1
67. Das Kindheitshaus	1
68. Das Kindheitshaus	1
69. Das Kindheitshaus	1
70. Das Kindheitshaus	1
71. Das Kindheitshaus	1
72. Das Kindheitshaus	1
73. Das Kindheitshaus	1
74. Das Kindheitshaus	1
75. Das Kindheitshaus	1
76. Das Kindheitshaus	1
77. Das Kindheitshaus	1
78. Das Kindheitshaus	1
79. Das Kindheitshaus	1
80. Das Kindheitshaus	1
81. Das Kindheitshaus	1
82. Das Kindheitshaus	1
83. Das Kindheitshaus	1
84. Das Kindheitshaus	1
85. Das Kindheitshaus	1
86. Das Kindheitshaus	1
87. Das Kindheitshaus	1
88. Das Kindheitshaus	1
89. Das Kindheitshaus	1
90. Das Kindheitshaus	1
91. Das Kindheitshaus	1
92. Das Kindheitshaus	1
93. Das Kindheitshaus	1
94. Das Kindheitshaus	1
95. Das Kindheitshaus	1
96. Das Kindheitshaus	1
97. Das Kindheitshaus	1
98. Das Kindheitshaus	1
99. Das Kindheitshaus	1
100. Das Kindheitshaus	1



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Inhalt

Einleitung.	5
A. Die kirchliche Organisation.	12
I. Das Benediktinerkloster St. Veit an der Rott.	12
1. Das Kloster im 18. Jahrhundert	12
2. Die Aufhebung des Klosters	24
3. Schloß und Gut St. Veit 1802 bis 1934.	42
4. Die Beurteilung und die Folgen der Säkularisation	46
II. Die Pfarrei St. Veit.	61
B. Die staatliche Verfassung.	65
I. Das Land- und Amtsgericht Neumarkt an der Rott.	65
II. Das Rentamt Neumarkt an der Rott.	69
1. Errichtung, Werdegang, Aufhebung	69
2. Die Steuerdistrikte.	71
III. Die politischen Gemeinden	75
1. Die Gemeindeverfassung im alten Reich.	75
2. Die Bildung der Gemeinden nach den Edikten von 1808 und 1818.	78
a. Die Marktgemeinde Neumarkt an der Rott.	78
b. Die übrigen Landgemeinden	89
3. Die Gemeindefinanzen	95
4. Heimat, Ansässigmachung und Bürgerrecht.	104
5. Das Armen- und Fürsorgewesen	116
IV. Die Patrimonialgerichte	132
1. Begriff und Wesen der Patrimonial- gerichtsbarkeit.	132
2. Die Patrimonialgerichte.	142
a. St. Veit, Kinning und Kindhofen	142
b. Adlstein und Baumburg	146
c. Teising und Grafing	154

C. Die Wirtschafts- und Sozialstruktur.	165
I. Landwirtschaft und ländliches Gewerbe	165
1. Die Landwirtschaft	165
2. Das ländliche Gewerbe.	176
II. Die soziale Gliederung des Marktes Neumarkt an der Rott	186
1. Erwerbsquellen und Berufsstruktur.	186
2. Die Besitzverhältnisse	201
a. Die Besitzverteilung.	201
b. Das Herbergswesen	205
III. Die Bevölkerungsbewegung.	211
1. Die Bevölkerungsentwicklung im Überblick . 211	
a. Das Bevölkerungswachstum im Spiegel der Zahlen.	211
b. Die Ursachen des Bevölkerungswachstums. 214	
2. Aspekte der Bevölkerungsentwicklung.	221
a. Alters-, Kinder- und Säuglings- sterblichkeit	221
b. Heirat, Familie und Unehelichkeit	229
Zusammenfassung	237
Abkürzungsverzeichnis	241
Verzeichnis der Tabellen.	242
Anmerkungen	245
Verzeichnis der Quellen und Literatur	320

Einleitung

Die Gebietsreform von 1972, die Wiederentdeckung der "Heimat" und die sich häufenden Jubiläen haben eine wahre Flut von Landkreisbüchern und Ortsgeschichten hervorgebracht. Es sind gute darunter, sehr gute sogar, aber noch viel mehr oberflächliche und flüchtig zusammengeschriebene¹. Die vorliegende Arbeit will sich nun nicht - wie im Titel "Land und Leute an der oberen Rott. Studien zum verfassungsmäßigen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel des oberen Rottals im Königreich Bayern" bereits ausgedrückt - hier einreihen. Sie ist keine Ortsgeschichte des 19. Jahrhunderts, vielmehr dienen der Markt Neu- markt an der Rott und seine unmittelbare Umgebung als Ausgangspunkt und Modellfall, um ganz bestimmte, in den traditionellen Ortschroniken weitgehend vernachlässigte oder nur sehr lückenhaft behandelte Aspekte und speziellen Fragen der bayerischen Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte einmal genauer zu untersuchen. Fragestellungen nach dem kulturellen oder "mental"en Wandel², also Fragestellungen nach den religiösen Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen, dem politischen Bewußtsein, den gesellschaftlichen Wertsystemen und Normen, der Familienkultur und des Sexualverhaltens des "gemeinen Mannes" wurden dabei ebenso ausgeklammert wie die Darstellung des Schul- und Vereinswesens, dem sich die Ortschronisten besonders liebevoll und ausführlich annehmen, da es ein publikumswirksamer zu präsentierendes Quellenmaterial bietet. Weil aber, zumindest was die ortsgeschichtlich orientierte Literatur betrifft, hier ebenfalls auf weiten Strecken wenig bekanntes oder Neuland zu betreten ist, weil ferner die Aufstöberung und Auswertung der Quellen sehr zeitraubend sind und der überschaubare Rahmen nicht gesprengt werden sollte, beschränkt sich unsere Darstellung auf die Analyse der verfassungsmäßigen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen.

Das obere Rottal wurde gewählt, da sich diese Region mit ehemaligem Benediktinerstift, Hofmarken und Sitzen, Markt und bäuerlichem Umland besonders gut eignet, um wesentliche Grundzüge des bayerischen Landes überhaupt zu erfassen. Der Zeitraum vom großen Umbruch um 1800 bis

zum Ende der Monarchie bot sich gleichfalls fast von selber an, da gerade diese Zeit mit ihren Wandlungen auf nahezu allen Gebieten die Grundlagen für die heutige Staatsverfassung und gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialstruktur legte. Grundanliegen war dabei, vor allem die Entwicklungslinien nachzuzeichnen: Welche Konstanten kristallisieren sich heraus, was hat sich geändert und aus welchen Gründen. Es geht hier also häufig auch darum, sprödes Zahlenmaterial zum Sprechen zu bringen, Statistiken aus den Briefprotokollen, Katastern, Pfarrmatrikeln und zeitgenössischen Erhebungen in mühsamer Kleinarbeit zu erstellen und sie dann auszuwerten. Tabellen sollen dabei an den entsprechenden Stellen des Textes jeweils die Aussagen der Archivalien zusammenfassen, sozusagen auf einen Blick erschließen. Sie bringen im Überblick komprimiert, was dann die folgende Erläuterung entfaltet und interpretiert. Denn bei der differenzierten Betrachtung ergeben sich oft beachtliche Abweichungen oder Sonderentwicklungen, die sich aus den Gesamtdarstellungen, den Erhebungen des ganzen Landes oder des Land- und späteren Amtsgerichtsbezirkes nicht ablesen lassen.

Damit ist schon das Problem der Literatur- und Quellenlage angeschnitten. In keinem Kapitel war sie so günstig, wie bei demjenigen über "die kirchliche Organisation". Hier konnte, was die Geschichte des Benediktinerklosters St. Veit im ausgehenden 18. Jahrhundert und die vorzeitige Säkularisation angeht, auf die Monographie des St. Veiter Kooperators und späteren Egerner Pfarrers Johann Nepomuk Kießlinger³ zurückgegriffen werden, der sich bei der archivalischen Prüfung als absolut zuverlässiger Historiker erwies. Verfassungsrechtliche Fragen und die Auswirkungen der Säkularisation auf das soziale und wirtschaftliche Umfeld standen damals, 1915, natürlich noch nicht so im Blickpunkt des wissenschaftlichen Interesses, so daß hier Kießlinger ergänzt werden konnte. Da inzwischen auch die Säkularisation zu einem zentralen Thema der Landes-, Kirchen- und Wirtschaftshistoriker geworden ist, konnte die Aufhebung St. Veits an Hand der vorliegenden Literatur gut in den allgemeinen zeitgenössischen Hintergrund eingeordnet werden.

Bei allen anderen Kapiteln fehlt hingegen ähnlich sorgfältig gearbeitete Basisliteratur weitgehend. Detailstudien wurden nämlich

bisher fast ausschließlich nur der mit dem Kloster St. Veit untrennbar verbundenen Kunstgeschichte gewidmet, wobei Hubensteiner, Krausen, Lechner und Puchta allerdings nicht nur stilistisch zuordnen, sondern ihre Befunde auch archivalisch untermauern⁴. Mit dem von Helmuth Stahleder verfaßten Band "Mühldorf am Inn. Die Landgerichte Neumarkt, Kraiburg und Mörmosen und die Stadt Mühldorf" des Historischen Atlas von Bayern liegt zwar eine Darstellung vor, die sich neben den Herrschafts- und Besitzverhältnissen des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts auch mit der Bildung der Landgerichte, Steuerdistrikte, politischen Gemeinden und Patrimonialgerichten befaßt, doch ist diese Monographie von so vielen Ungenauigkeiten durchsetzt, daß als einziger Ausweg wiederum nur der konsequente Rückgriff auf die Quellen blieb. Hinzu kommt freilich noch, daß die vorliegende Arbeit von einer ganz anderen Zielsetzung ausgeht als der Historische Atlas⁵. Hier geht es - um nur ein Beispiel herauszugreifen - nicht um die Gemeindebildung im großen, hier geht es vielmehr ums Detail, um jeden einzelnen Schritt und um jede einzelne Maßnahme. Und hier geht es über die Gemeindebildung hinaus auch um das spätere Funktionieren des Gemeinwesens, also auch um die Darstellung der politischen Organe und ihrer Verfahrensweisen.

Dem Mangel an ortsgeschichtlicher Literatur steht nun eine erdrückende Fülle an allgemeinen Darstellungen gegenüber, die das Umfeld betrifft und deshalb für jedes Kapitel neu aufzuarbeiten war. So ist zum Beispiel die Bevölkerungsgeschichte⁶ in den letzten Jahren immer stärker in den Blickpunkt der Sozialgeschichtsforschung gerückt⁷. Ausgehend vom Forschungsansatz der französischen Gruppe um die Zeitschrift "Annales"⁸, hat sich auch in Deutschland die "Historische Demographie" als eigenständige Richtung innerhalb der Geschichtswissenschaft etabliert und eine Flut von Publikationen erzeugt⁹. Die hier entwickelten Methoden der Auswertung der Pfarrmatrikel wurden dann im Abschnitt über die Bevölkerungsbewegung zur Anwendung gebracht. Etwas stiefmütterlich wird von der Forschung hingegen die Geschichte der Hofmarken, Sitze und Patrimonialgerichte behandelt. Hier fehlt bisher nicht nur die zusammenfassende Gesamtschau, sondern, wie die

vorliegende Arbeit zeigen wird, vor allem eine genaue begriffliche Klärung und die Analyse der Entstehungsbedingungen.

Doch nun zu einigen Fragestellungen, die für diese Dissertation besonders wesentlich sind: Da geht es erstens beim Abschnitt über die kirchliche Organisation neben der Klärung der innerklosterlichen Auflösungserscheinungen und des Verhaltens der staatlichen und kirchlichen Obrigkeit vor allem um die Frage, was das Kloster St. Veit im ausgehenden 18. Jahrhundert für sein unmittelbares Umland bedeutete, was durch die Säkularisation sogleich bewirkt wurde und was erst im Lauf des 19. Jahrhunderts geschah. Auf einen kurzen Nenner gebracht, lautet die Frage also: War die freiwillige und vorzeitige, in der Geschichte der Säkularisation einmalige Aufhebung des Kloster St. Veit auch mit einem Sonderweg in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verbunden, oder wurde hier nur vorweggenommen, was kurz darauf im großen Stil an vielen Orten eintrat?

Da geht es zweitens im verfassungsgeschichtlichen Abschnitt trotz der Vorarbeiten Stahleders im Historischen Atlas zuerst noch einmal ausführlich um Landgerichte, Rentämter, Steuerdistrikte, Gemeinden und Patrimonialgerichte, da Fehler zu berichtigen und die großen Zusammenhänge am Einzelbeispiel zu verifizieren und zu illustrieren waren. Dabei sind dann an Hand der einschlägigen Literatur und am Beispiel der verschiedensten Quellen auch rechtliche Begriffe genau zu klären, und zwar unter ausführlichem Rückgriff auf die Normen des Alten Reiches. Im Zusammenhang mit der politischen Verfassung muß selbstverständlich auch die Beziehung zwischen Theorie und Praxis näher untersucht werden. Und dabei gilt es dann, den Verhältnis von Gesetzestext und Gesetzeswirklichkeit im Detail nachzugehen, da die häufig schon in sich selber widersprüchlichen, zum Teil ganz neues Terrain erschließenden Gesetzestexte oft nur bedingt oder nach den örtlichen Gegebenheiten in die Wirklichkeit umgesetzt werden konnten. Nach der Bildung der Gemeinden war für das öffentliche Leben freilich in erster Linie entscheidend, wie die einzelnen Kommunen die anstehenden Aufgaben bewältigten, wie sie die öffentlichen Finanzen regelten, der drohenden Übervölkerung entgegentraten oder für die große Zahl

der Armen sorgten. Da im Gegensatz zu vielen anderen Orten in Neu-
markt an der Rott auch für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts aus-
reichend Quellenmaterial vorliegt, können hier der Gemeindehaushalt,
die Ansässigmachungspolitik und das Armen- und Fürsorgewesen exem-
plarisch dargestellt werden. Mitunter reißen die Zeugnisse zwar in
der zweiten Jahrhunderthälfte zeitweise ab, doch ist trotzdem ganz
deutlich die allgemeine Tendenz zu erkennen. Auch hier geht es also
nicht darum, zu einem beliebigen Zeitpunkt einen einfachen Querschnitt
anzulegen, sondern Entwicklungslinien aufzuspüren, Konstanten und Va-
riablen herauszuarbeiten.

Da geht es drittens im Abschnitt über die Wirtschafts- und Sozial-
struktur um Leben, Arbeiten und Wirtschaften. Weil nun die Land- und
Forstwirtschaft auch im oberen Rottal das ganze 19. Jahrhundert hin-
durch den dominierenden Produktionssektor bildete, hat die Darstellung
der wirtschaftlichen Verhältnisse hier als erstes anzusetzen. An-
schließend ist dann mit dem Gewerbe auf den zweiten großen Wirtschafts-
bereich einzugehen. Und dabei ist der Umbruch in der Entwicklungslinie
im Markt viel sicherer zu fassen, da hier mit den Gewerbesteuerkatastern
zu Anfang und Ende des 19. Jahrhunderts die Quellenlage günstig ist.
Wesentlich schwieriger ist die Situation dagegen beim ländlichen Ge-
werbe, das sich ja am Ende des 18. Jahrhunderts - wie verschiedene Ar-
beiten erwiesen haben - von der Zahl der Ausübenden und der Qualität
der Erzeugnisse her immer mehr dem Standart der Städte und Märkte an-
gepaßt hatte. Wie fast überall in der Literatur, wird deshalb auch
hier versucht, über die Entwicklung der Besitzverhältnisse nähere Auf-
schlüsse über den Werdegang des Landhandwerks zu bekommen. Mit der
freilich sehr mühsam zu erarbeitenden Besitzgeschichte ist ein Instru-
ment angesprochen, das bisher viel zu wenig für die Beschreibung der
Geschichte der Unterschichten genutzt wird. Überhaupt sind die Kataster
des 19. Jahrhunderts für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte noch
nicht systematisch genug erforscht, so daß hier eine bedeutende For-
schungslücke anzumerken ist. Für das obere Rottal ergab die Durchsicht
der Kataster zum Beispiel ganz interessante Perspektiven im Hinblick
auf die Eigentumsform des Herbergswesens. Zusammen mit den Aussagen

der anderen Quellengattungen ergibt sich daraus sodann ein etwas genaueres Bild der Lebensverhältnisse der Tagelöhner und Kleingewerbetreibenden.

Den Schlußpunkt bilden schließlich die demographischen Daten. Obwohl mit dem Fehlen der sogenannten "Physikatsberichte"¹⁰ eine schmerzhaftige Quellenlücke besteht, läßt sich trotzdem an Hand der durchgängig erhaltenen Pfarrmatrikel die Bevölkerungsentwicklung detailliert nachvollziehen. Zu unterscheiden ist dabei freilich zwischen der räumlichen und der natürlichen Bevölkerungsbewegung, also zwischen jenen Verschiebungen, die aus Wanderungen hervorgingen, und jenen, die auf Veränderungen bei den Geburten, Heiraten und Sterbefällen beruhten. Die 1815 neu eingerichtete Pfarrei St. Veit wurde als Grundgröße gewählt, weil für die Einwohnerschaft des Marktes und der umliegenden Gemeinden keine Quellengattung vorliegt, die vollständige Angaben über das ganze 19. Jahrhundert enthält. Denn die Pfarrmatrikeln bilden ja bis zur Einführung der Standesämter 1876 die einzige Quelle, in der alle Einwohner mit ihren demographischen Daten exakt erfaßt sind. Die Hinwendung zur Pfarrei St. Veit bedeutet freilich nicht, daß die Gemeinden ganz aus dem Blickfeld entschwinden. Im Gegenteil: dort, wo hinreichend Quellenmaterial vorliegt, und dies ist vor allem beim Bevölkerungswachstum der Fall, wird auch die Entwicklung in den Gemeinden in die Betrachtung miteinbezogen, so daß sich hier recht interessante Vergleiche zwischen der Marktgemeinde Neumarkt und den angrenzenden Bauerngemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit, Wiesbach und Wolfsberg ergeben.

Danken möchte ich an dieser Stelle noch all jenen, die durch ihre Hilfe das Erstellen dieser Dissertation erst ermöglichten: An erster Stelle ist hier mein verehrter Lehrer Herr Prof. Dr. Hans Schmidt zu nennen, der meine Arbeit stets mit Interesse verfolgte und mir seinen Rat nie verwehrte. Mein Dank gilt aber ebenso meinem zweiten akademischen Lehrer und allzu früh verstorbenen "Landsmann" Herrn Prof. Dr. Benno Hubensteiner, der wohl der beste Kenner der Geschichte

des oberen Rottals war und mir mit vielen wertvollen Hinweisen immer weiterhalf. Außerdem möchte ich all jenen danken, die mir durch vielfältige Unterstützung geholfen haben, so meiner Schwester und meinem Schwager, dann Herrn Dr. Hans Puchta, Herrn Stadtpfarrer Alois Holzner, Herrn Stadtarchivar Rudolf Angermeier und allen Mitgliedern des Seminars für Bayerische Kirchengeschichte an der Universität München. Zum Schluß möchte ich aber noch von ganzen Herzen meinen Eltern danken, die mir diese Ausbildung ermöglichten und mit viel persönlichem Einsatz zum Gelingen dieser Arbeit beitrugen, die ihnen deshalb auch gewidmet sein soll.

A) DIE KIRCHLICHE ORGANISATION

I. Das Benediktinerkloster St. Veit

1. Das Kloster im 18. Jahrhundert

Das Benediktinerkloster St. Veit bei Neumarkt an der Rott, 1121 als Tochterkloster von St. Peter in Salzburg zu Elsenbach gegründet¹ und 1171 wegen unzulänglicher Lebensbedingungen auf den Vitusberg über der Rott verlegt², lag an der nördlichen Spitze des Bistums Salzburgs, dem Regensburger Bistumssprengel direkt gegenüber und nicht weit entfernt von den Diözesangrenzen Freisings und Passaus³. Obwohl geistliche und weltliche Herren die Abtei mit Privilegien und Schenkungen reich ausstatteten und auch die Salzburger Erzbischöfe ihren weit in das bayerische Herrschaftsgebiet hineinreichenden Brückenkopf tatkräftig unterstützten, ist dieses Kloster dennoch niemals zu herausragender oder gar überregionaler Bedeutung gelangt⁴. Seine kirchengeschichtliche, kulturelle, politische oder wirtschaftliche Ausstrahlung blieb vielmehr immer auf den eng begrenzten Raum des oberen Rottals beschränkt. Hier war die Abtei allerdings über 700 Jahre lang unangefochten geistliches und geistiges Zentrum zugleich: St. Veiter Mönche betreuten die dem Stift verliehenen Pfarreien Elsenbach, Feichten, Hörbering und Vilsbiburg sowie die von ihnen gegründete und eingerichtete Klosterpfarre mit den Kirchen St. Johann und Lamprechten⁵; sie sorgten mit dem Ausbau von Bibliothek und Archiv nicht nur für die Erweiterung des eigenen Wissens, sondern vermittelten in der allgemein zugänglichen, jedem offenstehenden Deutschschule talentierten jungen Leuten des Umlandes den Weg zu höherer Bildung und Wissenschaft⁶; und sie beschäftigten schließlich noch neben auswärtigen Künstlern ersten Ranges auch jene ortsansässigen Handwerker und Künstler, die sich durch besondere Leistungen ausgezeichnet hatten⁷.

Nachdem das Kloster unter der Regentschaft Abt Konrads IV. (1365-1379) zur ersten großen Blüte emporgestiegen, aber bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts auch auf einen bisher nie gekannten Tiefpunkt herabgesunken war, nachdem ferner die Brandschatzungen und Plünderungen während des Dreißigjährigen Krieges sowie die beiden Pestjahre von 1634 und 1648 die ersten Ansätze zur inneren Erneuerung von außen her stark behindert hatten, begann mit Abt Gregor I. Westermayr (1653-1687) für St. Veit die Zeit des rauschenden bayerischen Barock⁸. Während seiner Regentschaft erfolgte von 1655 bis 1666 die neue Kirchengestaltung mit Altären in schwerem Barock sowie 1672 und 1673 die Neugestaltung der Sakristei⁹. Unter Abt Bernhard Hintershueber (1687-1695) errichtete Dominico Christoforo Zuccalli einen Klostertrakt und arbeitete zusätzlich noch an der Ausbesserung des 1617 durch Blitzschlag schwer beschädigten Turmes mit¹⁰. Abt Marian Wieser (1695-1720) führte die Abtei schließlich auf ihren zweiten endgültigen Höhepunkt. In Philosophie und Theologie graduert, aber auch mit überdurchschnittlicher Bildung und ausgezeichnetem wirtschaftlichen Talent versehen, gelang es ihm, das Kloster nach dem verheerenden Brand vom 29. April 1708 in nur sechs Jahren mit einem Gesamtaufwand von 60 000 bis 70 000 Gulden wieder aufzubauen¹¹. Sein Nachfolger, Abt Gregor II. Kirmayr (1721-1764), ließ einige Umbauarbeiten durchführen und dem Zeitgeschmack entsprechendes Mobiliar für neue Innenaustattungen anschaffen. Wegen seiner unbeug-samen Härte und mitunter überzogenen Strenge konnte er trotz seiner großen Verdienste nicht die volle Zuneigung seiner Mitbrüder gewinnen; selbst seine Berufung zum Landsteurer, 1737, und seine Ernennung zum Abgeordneten bei der Landschaft, 1739, änderten nicht viel daran. Mit dem wesentlich milderen Archiv- und Bibliotheksfreund Maurus Aimer (1764-1772)¹², der die Urkunden zum fünften Band der "Monumenta Boica" geliefert hatte, enden dann die rund hundert Jahre der barocken Blüte und Wohlhabenheit in St. Veit. Gleich nach seinem Regierungsantritt beauftragte Abt Maurus den berühmten herzoglichen Hofbaumeister Johann Michael Fischer, den vom Sturmwind abgerissenen Turm mit einem eleganten Kupferhelm abzudecken - und schon im August 1765 bekrönte

die schwungvolle Zwiebel den spätgotischen Turm. Im reinsten Stil des Rokoko gehalten, ohne jegliche klassizistische Anzeichen, paßt diese Kuppel zunächst zwar nicht in das von der Haubenkuppel geprägte Spätwerk Fischers, doch ist die Abweichung leicht erklärbar. Da Johann Michael Fischer in St. Veit mit dem noch stehenden achteckigen Turm den Grundriß bereits vorfand, konnte er nicht wie gewohnt vom strengen und härteren Rechteck ausgehen¹³.

Während nun andere bayerische Klöster sich auch im ausgehenden 18. Jahrhundert noch weiterentwickelten und alle Kräfte zusammennahmen, um das einmal Erreichte zu erhalten oder gar zu übertreffen, setzte in St. Veit mit dem Verfall der klösterlichen Disziplin schon jetzt der Aufhebungsprozeß ein. Freilich, bereits in jenen Jahren, in denen Wort und Bild, Musik und Predigt, Kunst und Literatur ihren bisherigen Rahmen sprengten, als das ganze altbayerische Land in bisher nie gekanntem Ausmaß kulturell erblühte und jene Werke geschaffen wurden, die den Ruhm Bayerns auch über die Landesgrenzen hinaus verbreiten, gingen von St. Veit keine entscheidenden Impulse aus, war St. Veit kein Zentrum von Kunst und Wissenschaft. Es kann zwar kein Zweifel bestehen, daß auch in St. Veit das barocke Frömmigkeitsgefühl die Lebens- und Glaubensformen der Menschen tief geprägt hat¹⁴, doch explodierte hier das neue Lebensgefühl nicht in einem ungebändigten Wissens- und Schaffensdrang. Obwohl einige überlieferte Kataloge der Bibliothek und die Subskriptionslisten für neu erscheinende Bücher und Zeitschriften¹⁵ das Interesse der Mönche für die neuen Werke der Theologie, Philosophie, Geschichte, Naturwissenschaft und Literatur belegen, gingen von St. Veit eigentlich nie fruchtbare Anregungen oder gar Neuansätze aus.

Da die Abtei außerdem für die wissenschaftliche oder literarische Auseinandersetzung zu abgeschieden war, mußte sie schließlich sogar ihren bedeutendsten Bruder an das barocke Salzburg verlieren. Pater Otto Aicher (um 1625-1765)¹⁶, Professor für Rhetorik und Grammatik, gesuchter Autor barocker Dramenstücke und Lehrer Abrahams a Sancta Clara, lebte zwar von 1647 bis 1659 als Profeß in St. Veit,

kehrte aber nach seiner Berufung an die "Alma Benedictina" in Salzburg nie mehr für längere Zeit in seine Heimat zurück, sondern zog es vor, rund fünfzig Gelehrtenjahre in der fürsterzbischöflichen Residenzstadt zu verbringen. Die bloße Zugehörigkeit Otto Aichers zum St. Veiter Konvent und der 1618 erfolgte Beitritt der Abtei zur Konföderation der Salzburger Benediktiner-Universität "markieren" allein noch keine "Blüte in den Wissenschaften"¹⁷.

Daß St. Veit im Zeitalter des Barock und Rokoko keinesfalls zu den führenden Kunstzentren unter den bayerischen Prälatenklöstern gehört hatte und auch seine kulturelle Ausstrahlung ziemlich begrenzt gewesen war, hat mehrere Ursachen. So versuchten die Mönche zwar, Kirche und Konventsgebäude umzugestalten oder neu auszustatten, doch mußten ihre Bemühungen letztlich doch Stückwerk bleiben, da ein alles übergreifender oder verbindender Grundgedanke fehlte und somit durchaus qualitätsvolle Einzelstücke nicht zu einem geschlossenen Ensemble verschmelzen konnten¹⁸. Während in anderen Kirchen auch die Architektur aufgelockert und der ganze Kirchenraum zum Schwingen gebracht wurde, blieb in St. Veit die kühle Strenge und Schlichtheit der spätgotischen Wandpfeilerkirche unangetastet.

Ein Blick auf die vom Kloster St. Veit beschäftigten Kunsthandwerker zeigt außerdem, daß mit Ausnahme von Dominico Christoforo Zuccalli, Johann Michael Fischer und Johann Nepomuk de la Croce¹⁹ keine namhaften Künstler des Barock oder Rokoko für diese Abtei gearbeitet haben. Warum gerade die ersten Meister des Landes nicht an den Oberlauf der Rott kamen, kann mit letzter Sicherheit nicht gesagt werden, doch spricht vieles dafür, daß die von St. Veit in Auftrag gegebenen Arbeiten einfach zu bedeutungslos oder zu uninteressant waren, um von ihnen angenommen zu werden. Weil nun aber die Äbte weder im ausgehenden 17. noch im 18. Jahrhundert bedeutende Aufträge vergaben und auch zur Erhaltung ihres Klosters nicht ständig besonders ausgebildete Handwerker beschäftigten, gelang es ihnen auch nicht, über einen längeren Zeitraum hinweg Leute mit überdurchschnittlichem handwerklichen Können an sich zu binden. Damit konnte

jedoch rund um die Abtei nicht jener Kreis hochqualifizierter Kunsthandwerker entstehen, der für das Kunstschaffen auf dem flachen Land so überaus wichtig war. Indem von den Angehörigen dieses Kreises das fachliche Wissen und Können nicht nur selber angewandt, sondern auch an die Mitarbeiter weitergegeben wurde, wuchs hier jene breite Schicht von Künstlern heran, die zwar nicht zu den ersten Meistern des Volkes zählte, doch für ihr regionales Gebiet von großer Bedeutung war. Diese Künstler waren es schließlich, die mit der Errichtung und Ausstattung ihrer heimatlichen Kirchen und Kapellen die mächtigen Vorbilder nachahmten und damit wesentlichen Anteil hatten an der kulturellen Durchdringung des ganzen Landes. Da die von ihnen geschaffenen Werke religiöse Grundpositionen und Glaubenslehren in für alle sichtbare Bilder umsetzten, trugen diese Künstler auch noch ganz erheblich zum Entstehen und zur Verbreitung der neuen Frömmigkeitshaltung auf dem flachen Land bei.

Zu den Ursachen, weshalb das Benediktinerkloster St. Veit im Zeitalter des Barock letztlich doch abseits der großen Zentren von Kunst und Wissenschaft stand, gehörte gewiß auch ein ziemlich begrenzter finanzieller Spielraum. Nachdem man endlich die Schäden von Pest und Dreißigjährigem Krieg einigermaßen überwunden hatte, gingen die Prälaten nun daran, den seit den Jahren des Niederganges während der Reformationszeit erheblich eingeschränkten Grundbesitz wieder deutlich zu vermehren. Wesentlichen Anteil am wirtschaftlichen Aufstieg St. Veits im 18. Jahrhundert hatte Abt Marian Wieser, der in den fünfundzwanzig Jahren seiner Regentschaft nicht nur die verheerende Brandkatastrophe von 1708 behob, sondern darüberhinaus auch noch für 55 000 Gulden "den Grundbesitz vermehrte und verbesserte ... wie seit Jahrhunderten kein Abt vor ihm und keiner nach ihm"²⁰. Da auch seine Nachfolger gut zu wirtschaften verstanden, konnten die St. Veiter Mönche das ganze 18. Jahrhundert hindurch in bescheidenem Wohlstand leben.

Die Standsteuer von 591 Gulden 20 Kreuzer stellte die St. Veiter Abtei neben so bedeutende Klöster wie Dießen, Ettal, Polling, Rohr, Rottenbuch und Steingaden. Die mit wesentlich mehr Grundbesitz ausgestatteten Abteien Aldersbach, Benediktbeuren, Fürstenfeld, Indersdorf, Niederaltaich, Raitenhaslach, Rott am Inn, Scheyern, Tegernsee und Wessobrunn hatten allerdings erheblich mehr Steuern zu zahlen,

doch lag St. Veit immer noch deutlich vor Andechs, Baumburg, Metten und Schäftlarn²¹. Zieht man aus der steuerlichen Veranlagung erste Rückschlüsse auf die Finanzkraft und damit wirtschaftliche Bedeutung St. Veits, so zeigt sich deutlich, daß diese Abtei weder zu den reichsten noch zu den ärmsten Klöstern Bayerns gehörte, sondern ziemlich genau in der Mitte lag.

An der Wende zum 19. Jahrhundert besaß das Benediktinerkloster St. Veit bei Neumarkt an der Rott dann neben den aus der ersten Blütezeit übernommenen inkorporierten Pfarreien Elsenbach, Hörbering, Feichten und Vilsbiburg, den bei Krems und Hametten in Niederösterreich liegenden Weingütern und der Hofmark St. Veit mit Kinning und Kindhofen jetzt auch 413 in verschiedenen Gerichtsbezirken liegende Lehengüter, den 45 Tagwerk umfassenden "Münchner Hof" und 1073 Tagwerk Äcker, Wiesen und Wälder²². An Gebäuden befanden sich innerhalb des Burgfriedens die Klosterkirche, die alte und die neue Prälatur, die Klausur, das Brauhaus, der Getreidekasten und der Getreidestadel, die Stallungen, die Remisen, das Maierhaus und die Wohnungen der Dienstboten; außerhalb des Burgfriedens lagen das Richterhaus mit der Gastwirtschaft, das Pfarr- und Kooperatorienhaus, der Märzenkeller, der Ziegelstadel und die Mühle²³.

Indem der umfangreiche Besitz erhalten und genutzt werden mußte, festigte die Abtei ihre Stellung als bedeutendster Wirtschaftsbetrieb des oberen Rottals. Nachdem sie Fischereirechte, Mühle, Ziegelei und Tuchmacherwalk verpachtet hatten, betrieben die Mönche außer der Landwirtschaft nur noch die 1643 gegründete Brauerei und die daran angeschlossene Taverne in eigener Verantwortung²⁴. Der Erlös aus der eigenwirtschaftlichen Tätigkeit betrug 1799 mit 4253 Gulden 51 Kreuzer dementsprechend lediglich ein Viertel der Gesamteinnahmen²⁵. Selbst wenn man in Anschlag bringt, daß primär für den Eigenbedarf produziert wurde, daß also noch vor dem Verkauf von Naturalien Mönche, Ehalter und Tagwerker zu verköstigen waren, sieht man trotzdem ganz deutlich, daß die St. Veiter Mönche am Ende des 18. Jahrhunderts ihre eigenwirtschaftliche Tätigkeit begrenzt hatten. Die Landwirtschaft selber führten sie allerdings stets mit großem Interesse und mit äußerster Gewissenhaftigkeit²⁶.

Die Bedeutung des Benediktinerklosters St. Veit für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des oberen Rottals lag in erster Linie jedoch nicht in dem Ertrag oder Gewinn aus den eigenen Wirtschaftsbetrieben, sondern vielmehr darin, daß dort Menschen beschäftigt, Aufträge vergeben und fertige Waren abgenommen wurden. 1799 gab die Abtei an Besoldungen für Beamte und Dienstboten 611 Gulden 58 Kreuzer, für Tagelöhner 380 Gulden 17 Kreuzer und für Holzknechte 109 Gulden 14 Kreuzer aus, während die Handwerker und Gewerbetreibenden 1521 Gulden 40 Kreuzer als Entlohnung erhielten²⁷.

Tabelle 1: Die vom Kloster St. Veit 1799 beschäftigten Personen²⁸

1. Beamte und Klosterdiener

Klosterrichter	200 fl	-
Binder	48 fl	-
Braumeister	30 fl	-
Gärtner	26 fl	40 xer
Bäcker	26 fl	40 xer
Kammerdiener	24 fl	-
Oberknecht im 1. Mayrstall	22 fl	-
Organist und Schullehrer	20 fl	-
Konventköchin	20 fl	-
Ehefrau des Hausmeisters auf dem "Münchner Hof"	18 fl	-
Strohschneider	16 fl	30 xer
Oberknecht im 2. Mayrstall	16 fl	-
Nachgeher im 1. Mayrstall	14 fl	-
Viehdiern	12 fl	-
Nachgeher im 2. Mayrstall	11 fl	30 xer
Oberdiern auf dem "Münchner Hof"	11 fl	-
Unterdirn auf dem "Münchner Hof"	10 fl	30 xer
Rutierer	9 fl	54 xer
Ochsenknecht	9 fl	50 xer
Unterknecht im Ochsenstall	9 fl	-
Gesindeköchin	8 fl	-
Hausmeister auf dem "Münchner Hof"	8 fl	-
Konventdiener	6 fl	56 xer
Torwart	6 fl	56 xer
Küchenmagd	5 fl	56 xer
Hühnerdiern	5 fl	56 xer
Konventaushöher	5 fl	-
Ministranten (4)	4 fl	-

2. Handwerker und Gewerbetreibende

Schmied	263 fl	33 xer
Sailer	166 fl	42 xer
Schneider	138 fl	34 xer
Riener	131 fl	10 xer
Schlosser	114 fl	42 xer
Näherin	95 fl	11 xer
Sattler	88 fl	43 xer
Bader	87 fl	12 xer
Buchbinder	78 fl	27 xer
Lebzelter	71 fl	40 xer
Wagner	41 fl	56 xer
Schreiner	33 fl	59 xer
Stricker	31 fl	40 xer
Kaminfeger	30 fl	-
Kupferschmied	29 fl	17 xer
Weißgerber	25 fl	7 xer
Kramer	21 fl	47 xer
Knöpfmacher	15 fl	38 xer
Siebler	14 fl	24 xer
Zinngießer	11 fl	43 xer
Schneider aus Landshut	10 fl	44 xer
Schuhmacher	7 fl	18 xer
Schneiderin	6 fl	48 xer
Säckler	5 fl	25 xer
3. Metzger	1022 fl	49 xer
4. Tagelöhner	380 fl	17 xer
5. Advokaten und Agenten	203 fl	16 xer
6. Ärzte und Apotheker	174 fl	2 xer
7. Boten	124 fl	28 xer
8. Holzknechte	109 fl	14 xer
Gesamtsumme	4148 fl	4 xer

Die Bezahlung für die geleistete Arbeit erschöpfte sich freilich nicht in der Aushändigung von Gulden und Kreuzern, denn seit alters her war ja auch die Bereitstellung von Naturalien ein wesentlicher Bestandteil der Entlohnung²⁹. Ziehen wir also neben den Klosterrechnungen als zweite Quelle die Zusammenstellung "Ueber die beym Kloster St.Veit bey Neumarckt vorhandenen gebrödeten Diener und Tagelöhner" von 1802 heran³⁰, so ergibt sich ein viel differenzierteres Bild. Nach diesem

"Tabellarischen Conspect" bekamen die Tagelöhner täglich die ganze Tagwerkerkost und darüberhinaus im Sommer vier und im Winter drei Kreuzer; Getreide und Holz erhielten sie nicht. Den Dienstboten wurden jährlich eine fest vereinbarte Summe Geldes³¹ und eine bestimmte Menge an Getreide und Holz ausgehändigt; je nach Umfang und Bedeutung der geleisteten Arbeit bestand das tägliche Mahl bei ihnen in der Herrenkost, der ganzen oder halben Dienerkost und manchmal auch nur in einer schlichten Suppe³².

Das Kloster, streng darauf bedacht, in Wirtschaft und Verwaltung selbständig zu bleiben, gab also einer Reihe von Dienstboten, Tagelöhnern und Handwerkern Arbeit, so daß stets ein eigener Lebensraum um die Abtei erhalten werden konnte. Während neben dem Schulmeister, Mesner, Klosterschmied und Zinspropst auch die Knechte und Mägde in den von der Abtei selber verwalteten Gebäuden lebten, bewohnten 1752 sechzehn Handwerker und vierzehn Tagwerker jene 30 Anwesen zu 1/16 Hoffuß, die in unmittelbarer Nähe des Klosters lagen und zusammen mit den Höfen in Kinning und Kindhofen eine geschlossene Hofmark bildeten³³. Da bei diesen Leer- oder Bloßhäuseln der dazugehörige Grundbesitz die Bewohner keinesfalls ernährte, mußte der Lebensunterhalt entweder durch die Bereitstellung der eigenen Arbeitskraft oder durch die Fertigung bestimmter Waren bestritten werden.

Weil nun die Benediktinerabtei St. Veit ihrem Stiftungszweck nach kein am Profit orientiertes Wirtschaftsunternehmen war, führte sie wie alle fundierten Klöster Bayerns Überschüsse aus dem eigenen Wirtschaftsbetrieb wieder in den Versorgungs- oder Dienstleistungsbereich ab³⁴. 1627 unterstützte sie drei Männer und zwei Frauen mit wöchentlich 48 Kreuzer, 1655 zwei Personen mit 12 Kreuzer und 1721 wiederum fünf Personen mit 50 Kreuzer³⁵. 1802 waren unter den neunzehn beim Kloster beschäftigten Dienstboten mit der erblindeten Anna Maria Speckgasser, der kranken Mesnerstochter Barbara Kirmayr und der ehemaligen Tagwerkerin Anna Scheinöder drei arme, alte Frauen, die ausschließlich von den regelmäßigen Zuwendungen der Abtei lebten³⁶. Neben den bedürftigen Bewohnern der Hofmark, die vom Kloster laut Gesetz erhalten werden mußten³⁷, gewährte die Abtei Almosen auch den umherziehenden Armen, die bettelnd an der Klosterpforte erschienen³⁸.

Bevorzugt behandelt wurden allerdings jene Ordensleute, die entweder für sich oder ihr Kloster Geld und Naturalien erbaten. 40 Gulden für die Kapuziner in Mühlendorf, 5 Gulden für die Franziskaner in Landshut und 1 1/2 Gulden für die Kapuziner in München waren dann keine Seltenheit³⁹. Besondere Unterstützung erhielten auch das Neumarkter Bruder- und Siechenhaus, denn sie bekamen jeden Freitag etwas Geld und an bestimmten Feiertagen Wein, Brot, Fleisch und Getreide. Freilich, die Ausgaben für die Armen, durch die Benediktinerregel zwingend vorgeschrieben, hingen nicht nur vom Vermögensstand des Klosters, sondern ganz wesentlich auch vom Willen des jeweiligen Abtes ab. Während Marian Wieser 1700 noch großzügig 557 Gulden 2 Kreuzer an Bargeld für die Armen bereitstellen ließ⁴⁰, beschränkte sich Cölestin Weighart auf eine jährliche Summe zwischen 175 Gulden 29 Kreuzer und 220 Gulden 2 Kreuzer⁴¹. Durchschnittlich etwas über ein Prozent des Jahreseinkommens für Almosen und der Austrag für drei alte Frauen zeigen ganz deutlich, daß St. Veit an der Wende zum 19. Jahrhundert seine Ausgaben auf sozialem Gebiet auf ein Minimum beschränkt hatte.

Hatten sich bei der Bitte um Almosen ausschließlich die untersten sozialen Schichten hilfesuchend an die wohlhabende Abtei gewandt, so sind bei den Kreditgesuchen fast alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten. Nach dem "Conspect über die vom Kloster zu St. Veit bey Neumarkt besitzenden Activ-Capitalien" hatte die Abtei am 28. Juni 1802 77 508 Gulden 38 Kreuzer Ausstände⁴², eine Summe, die sich in etwa mit den Einnahmen aus den fünf Jahren von 1795 bis 1799 deckte⁴³. Größter Schuldner war die bayerische Landschaft mit 49 841 Gulden 13 Kreuzer oder 64,3 % der Gesamtsumme; ihr folgten die Adeligen mit 19 300 Gulden, die Handwerker und Gewerbetreibenden mit 3 907 Gulden 25 Kreuzer, die Klöster mit 3 000 Gulden, der Marktmagistrat Neumarkt mit 1350 Gulden und schließlich die Bauern mit 110 Gulden. Als Zinsen waren 3 oder 4 % die Regel, 2 1/2 oder 5 % die Ausnahme. Zinsloses Darlehen wurde nur fünfmal vergeben, 1773 dem Kloster Au, 1774 der Neumarkter Amtmannstochter Anna Maria Rauch, 1793 dem Schlosser Johann Hölzl, 1794 dem Sieblermeister Mathias Ritzer und 1800 dem St. Veiter Organisten und Schullehrer Joseph Globerger.

Bei der Landschaft, die für insgesamt 6 310 Gulden auch Schulden von Dritten übernommen hatte, reichte der älteste Kreditbrief bis 1721 zurück. Von 1727 bis 1734 nahm sie dann jedes Jahr Geld in St. Veit auf, während zwischen 1740, 1786 und 1799 wiederum größere zeitliche Abstände lagen und die letzte Schuldaufnahme noch 1801 verbrieft wurde. Die höchsten Beträge konnte die Landschaft 1774 einstecken, als sie zweimal 5 000 Gulden und einmal sogar 10 000 Gulden in Empfang nahm. Bei den Adeligen umfaßte der gewährte Kredit Summen zwischen 100 und 8 000 Gulden. Empfänger waren hier der Kammerer und Regierungsrat Johann Nepomuk Freiherr von Dachsberg aus Landshut, der Kammerer, Regierungsrat und Rentmeister Karl Freiherr von Berchem aus Burghausen, der Stadtsyndikus Johann Georg Edler von Dormayr aus Neuötting, der Vitztum Maximilian Reichsgraf von und zu Lodron aus Landshut, der Hauptmann und Kammerer Gottfried Reichsfreiherr von Manteuffel auf Hart und die Erbtöchter der Familie Neuhaus Maria Josepha Reichsgräfin von der Wahl aus Zangberg. Von den Klöstern hatten Au am Inn zwischen 1773 und 1784 2 000 Gulden und Gars 1774 1 000 Gulden aufgenommen. Bei den Handwerkern und Gewerbetreibenden, die mit Summen zwischen 11 Gulden 25 Kreuzer und 1 200 Gulden verschuldet waren, handelte es sich mit Ausnahme eines Wirtes aus Grafing, eines Müllers aus Imming und des St. Veiter Schullehrers um neunzehn Neumarkter Bürger oder deren Witwen. Die älteste Schuldverschreibung wurde hier 1775 ausgestellt, die jüngste 1800. Von den Bauern hatte eigentlich nur Martin Weichselberger aus Wiesbach Geld bei der Abtei aufgenommen, denn jene 60 Gulden, die Maria Obermayr für 5 % verzinste, gingen auf einen übernommenen Schuldbrief zurück, den der ehemalige Kloster Richter Johann Wieser 1701 unterschrieben hatte.

Eine Aufstellung des Damenstifts St. Anna zu München zeigt nun allerdings, daß die Ausstände St. Veits sich nicht nur aus Geldern zusammensetzten, die das Kloster auf Bitten hin aus der eigenen Kasse gegen jährliche Verzinsung verlieh, sondern darüberhinaus auch auf noch nicht bezahlte Abgaben der Grunduntertanen zurückgehen konnten. Noch 1808 zahlten nämlich 95 Grundholden des Damenstifts dem Rechtsnachfolger des Klosters St. Veit jährlich 599 Gulden 35 Kreuzer Zinsen für Ausstände in Höhe von 15 687 Gulden 4 Kreuzer⁴⁴. Diese Schulden,

die zu über 90 % aus den Jahren von 1730 bis 1770 stammten und sich in Einzelbeträge zwischen 13 Gulden 30 Kreuzer und 644 Gulden aufsplitterten, setzten sich zusammen aus gestundeten Laudemien, Stiften, Fronden , Lehen, Zehenten, Gilten und Zinsen.

St. Veit im 18. Jahrhundert, das bedeutet zunächst einmal die endgültige Überwindung der Schäden von Pest, Dreißigjährigem Krieg und der Brandkatastrophe von 1708 sowie den völligen Durchbruch der barocken Frömmigkeit. Das umliegende Land blühte kulturell auf, Kirche und Volk begegneten sich zu jener fruchtbaren Synthese, die wir als die "Zeit des rauschenden bayerischen Barock" bezeichnen. Der Wille zur Erneuerung griff über in ein neu erwachtes Interesse an Kunst und Wissenschaft, ohne daß es St. Veit jedoch gelang, Anschluß an die führenden Prälatenklöster Altbayerns zu finden.

St. Veit im 18. Jahrhundert, das bedeutet aber auch den Ausbau und die Festigung des wirtschaftlichen Betriebes. Die großzügige Ausstattung mit Abgaberechten und die gezielte Vermehrung des Besitzes ermöglichten einen bescheidenen Wohlstand, der durch keinerlei finanzielle Risiken gefährdet wurde. Die Kredite an Landschaft, Adel, Klöster, Handwerker und Gewerbetreibende zeigen wie die Stundung von Abgaben und Lasten, daß St. Veit nicht nur Mittel zur Durchführung staatlicher Interessen und Aufgaben bereitstellte, sondern auch wesentlichen Anteil hatte an der sozialen Sicherung seines Einflußgebietes. Die Ausgaben für Almosen, für den Unterhalt kranker und hilfsbedürftiger Leute sowie die Gewährung von Krediten an die untersten sozialen Schichten zeigen freilich auch, daß die Abtei zumindest im ausgehenden 18. Jahrhundert ihre sozialwirtschaftliche Aktivität bereits erheblich eingeschränkt hatte. Zu dieser Zeit hatte aber bereits mit dem Verfall der klösterlichen Disziplin jener Prozeß begonnen, der unausweichlich zur vorzeitigen Aufhebung der Abtei führen sollte. In rechtlicher und politischer Hinsicht gehört die Selbstdarbietung des Benediktinerklosters St. Veit jedoch zu den bemerkenswertesten und interessantesten Erscheinungen der großen Säkularisation von 1803.

2. Die Aufhebung des Klosters

Nach dem Tod des Rokokoprälaten Maurus II. Aimer am 11. November 1772⁴⁵ wurde die Verwaltung des Klosters über zwei Jahre lang von Prior Aegidius Lichteisen ausgeübt, weil wegen Streitigkeiten zwischen dem bayerischen Landesherrn und dem Salzburger Erzbischof in dieser Zeit keine Abtwahl abgehalten werden konnte⁴⁶. Obwohl nun nicht mit letzter Sicherheit gesagt werden kann, wann der Verfall der klösterlichen Disziplin genau eingesetzt hatte und wodurch er ausgelöst worden war, scheinen jene Jahre, in denen die Abtei kein gewähltes Oberhaupt besaß, den Niedergang des Stiftes eingeleitet zu haben. Da aus den vergangenen Jahren keine Unstimmigkeiten überliefert sind, aber bereits kurz nach der Wahl Anselm Schulers am 12. Januar 1775⁴⁷ von mangelndem Fleiß und fehlendem religiösen Eifer die Sprache ist, müssen in der Zwischenzeit zumindest Keime für den sittlichen Niedergang gelegt worden sein. Der neugewählte Abt versuchte sogleich, mit äußerster Strenge gegen die herrschenden Mißstände vorzugehen, doch fehlten ihm neben der energischen Unterstützung des Bischofs vor allem Durchsetzungsvermögen und Autorität. Als Anselm Schuler einsah, daß seine Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg brachten, widmete er sich ganz seiner großen Vorliebe der Ökonomie. Er kümmerte sich nicht mehr um die geistlichen Übungen, ließ sich kaum bei seinen Mitbrüdern im Refektorium sehen, verkehrte bevorzugt mit der Dienerschaft und zog bis spät in die Nacht hinein Bürger des Marktes in seine Gesellschaft.

Als Abt Anselm II. in der Nacht vom 13. auf den 14. April 1796 starb, hinterließ er eine Abtei, die sich von innen heraus immer stärker aufzulösen begann. Während man in St. Veit zur Wahl eines neuen Abtes schritt, ging der von Salzburg als Beobachter entsandte Konsistorialrat Franz Magreiter an Ort und Stelle den Mißständen nach⁴⁸. Auf seinen Bericht hin wandte sich Erzbischof Hieronymus von Colloredo am 10. August 1796 selber an den eben erst ernannten Abt Cölestin Weighart⁴⁹. Seine Vorhaltungen mündeten in die Feststellung, daß die Mönche in St. Veit nicht mehr der Ordensregel gemäß lebten,

sondern ihre Studien, Chorgebete und geistliche Übungen vernachlässigen, keine Exerzitien mehr abhielten, die Klausur nicht mehr beachten, in den Wirtshäusern der Gegend umherzögen, ständige Gäste der Neumarkter Bürger seien und sogar mit Personen anderen Geschlechts Umgang pflegen. Nachdem er für eine Reform noch seine Hilfe und Unterstützung zugesagt hatte, legte der Salzburger Erzbischof dem St. Veiter Prälaten abschließend noch dringend nahe, alles in seiner Kraft stehende für die Wiederherstellung der klösterlichen Disziplin zu tun. Cölestin Weighart war aber nicht jene Persönlichkeit, die das Ruder noch einmal hätte herumreißen können. Im Gegenteil, seine Krankheit, Schwäche und Unberechenbarkeit ließen der Entwicklung erst recht freien Lauf.

Der Aufhebungsprozeß selber wurde schließlich durch die Auseinandersetzung um das Küchenmeisteramt eingeleitet⁵⁰. Plazidus Peitenhauser hatte dieses Amt bereits kurz nach Ablegung der Profeß im Dezember 1796 übernommen und so geschickt ausgeübt, daß auch in Kriegszeiten das Kloster keine Not zu verspüren brauchte. Weil nun der Küchenmeister nicht nur materiell besser gestellt, sondern außerdem noch von Seelsorge und Chorgebet befreit war, zog Pater Plazidus in immer stärkerem Maße Neid und Mißgunst seiner Mitbrüder auf sich. Um eine weitere Eskalation des Streites zu verhindern, setzte der Abt seinen verdienten Küchenmeister dann doch ab und zunächst Edmund Stoiber in dessen Amt ein. Als jedoch sowohl Pater Edmund als auch sein Nachfolger Ignatius Nagl innerhalb weniger Wochen erkrankten, griff Cölestin Weighart wiederum auf Plazidus Peitenhauser zurück. Gegen diese Wiederanstellung protestierten am 6. November 1801 dreizehn Patres. Da der Abt nicht gewillt war, sich von seinen Untergebenen Vorschriften machen zu lassen und weiterhin fest bei seiner Entscheidung blieb, drohten ihm die Mönche, solange den Gehorsam zu verweigern, bis Pater Plazidus wieder abgesetzt sei. Nachdem in den kommenden Wochen und Monaten die Auseinandersetzung ständig an Schärfe zugenommen hatte, die Konventualen die Gebote des Abtes mißachteten und das Chorgebet verweigerten hatten und sogar vor persönlichen Diffamierungen nicht mehr zurückgeschreckt waren, griff Cölestin Weighart zu seiner letzten Waffe. In einer einzigen großen Anklage berichtete

er am 21. Februar 1802 die Vorgänge an das Konsistorium in Salzburg und an den kurfürstlichen Geistlichen Rat in München. Mit dem Hinweis, daß die klösterliche Disziplin in St. Veit schon seit längerer Zeit verfallen sei und seine eigene Kraft für wirkungsvolle Gegenmaßnahmen schon lange nicht mehr ausreichen würde, bat der Abt schließlich geistliche und weltliche Behörden, die Ordnung in seiner Abtei wieder herzustellen.

Die beiden Kommissäre, Franz von Magreiter als Beauftragter des Salzburger Konsistoriums und Anton von Primbs als Abgesandter der bayerischen Landschaftsverordnung, bestätigten in ihren Berichten die Darstellung des Abtes. Ferner schilderten sie, daß fünf Patres Tischlesung und Brevier nicht verstünden, drei Brüder sittlich verdächtig seien, nächtliche Zusammenkünfte gegen die Vorgesetzten stattfänden, das Studium völlig vernachlässigt werde und einige Mönche Nachtschlüssel besäßen, um beliebig aus- und eingehen zu können. Wie Abt und Prior würden auch jene um ihr Leben fürchten, die mit dem Treiben der Mehrheit nicht einverstanden waren. Schuld an dieser Entwicklung trage allerdings auch der Abt, denn er habe den Ausschreitungen in der Regel gleichgültig zugesehen; griff er dennoch einmal ein, so blieb er auch dann hartnäckig bei seinen Beschlüssen, wenn kluges Nachgeben dringend notwendig gewesen wäre. Einig waren sich die beiden Beobachter auch in ihrem abschließenden Urteil, daß nur hart und rücksichtslos durchgreifenden Maßnahmen Erfolg beschieden sein konnte.

Auf den Bericht seines Beauftragten hin reagierte Erzbischof Hieronymus mit einem eigenen Schreiben an den St. Veiter Konvent⁵¹. Er bedauerte zutiefst, daß seine Vorschläge und Dekrete zur Hebung der Disziplin von 1796 nicht zur Anwendung gebracht wurden und erinnerte die Mönche ein weiteres Mal an ihre Ordensgelübde. Gegen Cölestin Weighart erhob er jedoch schwere Vorwürfe, da es ihm offensichtlich nicht gelungen war, die Mißstände zu beseitigen: "Um nicht des Greuels, der unter Euch bey Euren Untergebenen und Mitbrüdern fortherrscht, mitschuldig zu werden, müssen Wir bey Euch entweder die schuldige Thätigkeit erwecken, oder, wenn Wir diese nicht erhalten, auf andere Anstalten zu Eurer Entfernung von der Leitung

des Stiftes dringen. Wir wissen mit Eurer Gebrechlichkeit Mitleid zu tragen. Diese aber kann und darf nicht hindern, wenigstens von Eurem Zimmer aus Unsre Decrete zu betreiben".

Aktenmäßig wurde das Treiben der St. Veiter Konventualen auch noch im März 1802, als das Rentamt Burghausen gegen jene Mönche zu ermitteln begann, die sich im vergangenen Fasching an den skandalösen Vorfällen in Neumarkt und Umgebung beteiligt hatten. Das Rentamt teilte dem Neumarkter Landrichter Joseph von Gröller mit, daß es beabsichtige, bis zur Eröffnung des Gerichtsverfahrens die Haupttäter auf der Festung Rottenburg zu inhaftieren. Der Aufforderung, alles Nötige für eine Festnahme der Angeklagten zu verfügen, wickelte Gröller zunächst einmal aus und erstattete den beschuldigten Mönchen Bericht über das Vorhaben der ihm vorgesetzten Polizeibehörde⁵².

Da neben dem Salzburger Metropolitensitz also auch noch die bayerische Regierung mit härtesten Strafen und sogar mit Gefängnis drohte, waren die zwanzig St. Veiter Konventualen und ihr Abt nun an einer Reform ihrer Abtei nicht mehr interessiert. Das Gesuch des Konsistoriums vom 30. April, der Prälat möge ein letztes Mal zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung beziehen, beantwortete Cölestin Weighart am 17. Mai mit der Bitte, man möge ihm doch zur Antwort noch vier Wochen Zeit geben⁵³. Als Ursache der Verzögerung gab der Abt zwar wiederum seine schlechte Gesundheit an, doch war dies nur ein Vorwand, um Zeit zu gewinnen. Bevor Cölestin Weighart das Konsistorium um Aufschub bat, hatte er nämlich bereits Verhandlungen zur Klosteraufhebung in die Wege geleitet⁵⁴.

Mitte Mai 1802 täuschte der erst kurz vorher ins Kloster eingetretene Pater Vital Danzer dem Prior Gregor Schwärzer vor, eine Reise nach Freising zu unternehmen, um dort für seine Schwester die Ehescheidung zu erwirken. In Wirklichkeit reiste er aber als Unterhändler des Abtes nach München, um an Ort und Stelle mit dem Kanzler des adeligen Damenstiftes über eine Umwidmung seines Klosters zu verhandeln. Franz Xaver Schattenhofer, ein guter Freund des Neumarkter Landrichters Joseph von Gröller, empfing den Boten sogleich und nahm die gesondert gestellten Forderungen des Abtes und der Konventualen entgegen.

Cölestin Weighart erbat für sich die Beibehaltung der abteilichen Wohnung mit sämtlichen Mobilien auf Lebenszeit, eine jährliche Pension von 1 500 Gulden, die ausreichende Versorgung mit Bier, Milch, Eiern, Butter, Getreide und Holz, das Nutzungsrecht für zwei Pferde, Kutsche und Schlitten, jährlich 200 Culden für die Haltung eines Bedienten und 50 Gulden für den Unterhalt seiner alten, getreuen Dienstmagd⁵⁵. Die Konventualen forderten zunächst einmal Straffreiheit und außerdem noch eine jährliche Pension von 400 Gulden, die auch geringer ausfallen durfte, wenn sie eine Pfarrstelle erhalten sollten⁵⁶.

Nachdem Kanzler Schattenhofer sowohl von der Generallandesdirektion als auch von der Äbtissin des Damenstiftes Vollmachten zur weiteren Verhandlungsführung eingeholt hatte, begab er sich unverzüglich nach St. Veit. Dort traf er, nach der Schilderung des Prior Gregor Schwärzer⁵⁷, in den Abendstunden des 13. Mai ein. Da am nächsten Tag das Namensfest des Prälaten gefeiert wurde, ließ Franz Xaver Schattenhofer erst am 20. Mai die Mönche einzeln zu sich kommen, zeigte ihnen in Anwesenheit des Neumarkter Landrichters seine Vollmachten und stellte jedem eine jährliche Pension von 400 Culden in Aussicht, "die sie, wenn sie im Kloster nicht bleiben wollten, nach Belieben in was immer für einen Ort verzehren könnten". Nach diesen Verhandlungen, die nicht ohne Drohungen und Einschüchterungen verlaufen waren, unterzeichneten mit Ausnahme des bisher nicht informierten Priors der Abt und alle Konventualen die bereitgestellten Urkunden, so daß die Pensionszertifikate ebenfalls sofort ausgehändigt werden konnten.

Noch am gleichen Tag wandten sich die Mönche mit der Bitte an den Kurfürsten, die "dermalige klösterliche Verfassung, die so wenig taugt, huldvollst aufzulösen" und die Fundationsgüter dem Damenstift St. Anna in München zu übertragen. Als Ursache ihres Aufhebungsbehrens gaben die Religiösen unumwunden ihr eigenes Fehlverhalten an: "Unser Kloster - wir gestehen es offenherzig ein - hat leider seit vielen Jahren eine Celebrität erhalten, der es hohe Zeit ist, ein wohlthätiges Ende zu machen. Faktionsgeist und Zwietracht mit ihren schrecklichen Folgen treiben unverschleiert unter uns ihr hämisches Spiel, beinahe jeder ist sich selbst zur Last geworden"⁵⁸.

Griffen die Konventualen mit dem Hinweis auf ihre viel nützlichere Verwendung in Seelsorge und Erziehung die schlagkräftige Argumentation der Aufklärung auf, so ist jenes Schreiben, mit dem der Abt am darauffolgenden Tag um die Auflösung des Klosters bat, nur noch von Resignation und Selbstmitleid getragen: "Gutherzig, kränkelnd und eben darum schwächlich wie ich bin, wie sollte ich gegen eine ganze Gemeinde Verfügungen geltend machen können, die wider ihre Grundsätze, wider ihre gewöhnte Lebensweise geradezu verstoßen"⁵⁹.

Beide Briefe wurden am 26. Mai von Schattenhofer an den Kurfürsten weitergeleitet. In seinem Begleitschreiben bat auch er um die Übertragung der Fundationsgüter an das adelige Damenstift und stellte als Dank dafür "dem bayerischen Schulfond 50 000 fl Capitalien und noch überdies 1 000 Ducaten in baarem Gelde" in Aussicht⁶⁰.

Kurfürst Max IV. Joseph stimmte bereits am 28. Mai der beabsichtigten Übernahme des Klosterbesitzes durch das Damenstift zu, doch gingen seine Bedingungen noch über das Angebot Schattenhofers hinaus. Er verpflichtete das Damenstift zur sofortigen Abgabe von 2 000 Dukaten an den bayerischen Schulfond und zur Nachreichung von weiteren 50 000 Gulden in den kommenden Wochen. Während der Staat ganz selbstverständlich die Präsentationsrechte auf den zum Kloster gehörenden Pfarreien für sich beanspruchte, sollte wiederum das Damenstift alle Pflichten übernehmen, welche die Abtei gegenüber der Landschaft besessen hatte⁶¹.

Von diesem Entschluß informierte am 29. Mai 1802 Max IV. Joseph neben dem Kloster St. Veit⁶² und dem adeligen Damenstift St. Anna⁶³ auch noch die bayerische Landschaft⁶⁴ und den Salzburger Erzbischof⁶⁵. Mit dem Argument, daß er ja selber das Schulwesen tatkräftig unterstütze und somit für den Vorteil, den der bayerische Schulfond aus der Aufhebung des Klosters St. Veit ziehe, sicher Verständnis habe, wird Erzbischof Hieronymus abschließend sogar gebeten, an der Ausführung der bayerischen Regierungspläne mitzuwirken.

Ebenfalls am 29. Mai beauftragte der bayerische Kurfürst noch die Spezialkommission in Klostersachen, den Geistlichen Rat Franz von Aichberger nach St. Veit zu schicken, um dort das Klostervermögen zu inventarisieren, die beständigen Einnahmen zusammenzustellen und die Übernahme der Abtei an das Damenstift vorzubereiten⁶⁶. Falls während

seines Aufenthaltes in St. Veit ein Abgesandter des Salzburger Ordinariates erscheinen sollte, so habe Aichberger zu erklären, "daß er in temporalibus keine Einmischung gestatten könne" und in den geistlichen Belangen "sich Seine Churf. Durchlaucht selbst bereits an den Herrn Erzbischof gewandt hätte"⁶⁷.

Inzwischen war auch in St. Veit Prior Pater Gregor Schwärzer von Franz Xaver Schattenhofer über den Stand der Dinge in Kenntnis gesetzt worden. Wie erwartet, verweigerte der Prior auch seine Unterschrift unter die Auflösungszertifikate mit der Begründung, daß das Handeln seiner Mitbrüder nicht rechtens sei. Denn erstens entfalle auf Grund der gesunden wirtschaftlichen Ordnung der Abtei das staatliche Fürsorgerecht und zweitens stehe den zur Armut verpflichteten Mönchen kein Dispositionsrecht am Klostereigentum zu, das ihnen ja schließlich nur zur Nutzung überlassen worden war. Von der Hoffnungslosigkeit seines Tuns in St. Veit überzeugt, wandte sich Gregor Schwärzer am 27. Mai zuerst hilfesuchend an das Konsistorium in Salzburg⁶⁸ und, da St. Veit ein ständisches Stift war, am 29. Mai an die Verordneten der bayerischen Landschaft⁶⁹. Seine Darstellung des bisherigen Tatherganges schloß jedesmal mit dem Appell, "wider die Aufhebung des Klosters St. Veit die möglichsten Vorkehrungen zu machen".

Tatsächlich wandte sich die bayerische Landschaft daraufhin bereits am 2. Juni an den Kurfürsten, um sich an höchster Stelle über den Wahrheitsgehalt der von Gregor Schwärzer geschilderten Vorgänge zu informieren. Falls sich herausstellen sollte, daß der St. Veiter Prior wahrheitsgemäß berichtet habe, so bitte man schon jetzt die Regierung, nichts ohne Beiziehung der geistlichen Behörden und der Landschaft zu beschließen, vor allem aber den Willen der Mönche nicht zu erfüllen⁷⁰. Als nun der Landschaft mit einigen Tagen Verzögerung jenes Schreiben vom 29. Mai vorgelegt wurde, das die Zustimmung des Kurfürsten zur Aufhebung des Klosters enthielt, legten die Verordneten am 14. Juni in aller Form Widerspruch ein⁷¹.

Das Gutachten, das Franz von Krenner als Geheimer Referent im Finanzministerium am 17. Juni 1802 für seine Regierung dazu verfaßte⁷², zeigt deutlich die kühle Verachtung großer Teile der hohen Beamten-schaft für Kirche und überlieferte staatliche Einrichtungen.

Während er den ersten Brief der Landschaft ganz lapidar als "dumm und ohne Überlegung" abkanzelte, ging er auf das zweite Schreiben detailliert ein. Nachdem er der Landschaft mit dem Vorwurf, sie möchte "also eigenmächtig instruieren, negoziieren und intriguierten", ihre Selbständigkeit abgesprochen hatte, faßte er abschließend seinen Standpunkt zusammen:

" Da bey dem Kloster St. Veit der ganz besondere Fall eintritt, daß Abbt und Convent das gesamte Klostervermögen freywillig in die Hände des Landesfürsten zur Dotierung einer anderen wohlthätigen und staatsnützlichen Anstalt resigniren, und hiebey alle landschaftlichen Rechte, Bürden und Verhältnisse ganz in ihrer vorigen Verfassung bleiben, so hätte man nicht glauben sollen, daß selbst in diesem Falle, wo doch nicht einmal gegen die von der Landschaftsverordnung besagten Grundsätze des Kloster-eigenthumes verstoßen wird, ihrerseits doch noch entgegengearbeitet werde. - Allein, nun habe ich endlich aus den beyden Vorstellungen vom 2. und 14. Juny entwickelt, daß es keineswegs um Erhaltung von Klostereigenthums-rechten und landständischen Verhältnissen, sondern bloß um die Erhaltung des Mönchthumes als solches zu thun sey. Nur von diesem Geiste belebt, könne man es auffallend finden, wenn aus einem minder nützlichen, und in das itzige Zeitalter nach seiner bisherigen Verfassung nicht mehr ganz passenden Institute, eine anderes, willkommeneres mit gleichen landständischen Rechten und Bürden hervorgeht".

Indem also Krenner die Prälatenklöster im Sinne der Aufklärung lediglich als wohltätige und staatsnützliche Anstalten ansah, die noch dazu ihre Nützlichkeit im wesentlichen eingebüßt hatten, konnte es für ihn dann folgerichtig auch keine rechtlichen Probleme bei der Umwidmung eines Klosters in einen besseren und nützlicheren Staatszweck geben. Daß der Prälatenstand mit dem Verlust eines Klosters auch eine Stimme auf dem Landtag verlor, wurde von Krenner bewußt übersehen. Ihm ging es in erster Linie um den materiellen Aspekt, nämlich um die Tatsache, daß das adelige Damenstift jene finanziellen Verpflichtungen übernahm, die einst das Stift St. Veit gegenüber der Landschaft

besessen hatte. Wollte Franz von Krenner schon nicht erkennen, daß die Abteien des flachen Landes wesentliche soziale Aufgaben wahrnahmen, so entging ihm erst recht deren Bedeutung für Kunst und Wissenschaft. Vor allem in diesen Bereichen wirkten aber die Klöster zum Wohl und Nutzen des Staates.

Ein weiteres Gutachten - freilich undatiert und ohne Verfasser - ist über den gleichen Leisten geschlagen⁷³. Der Auto gesteht, "daß (er) in beiden landschaftlichen Berichten vieler böser Absicht gewahr werde", doch ist für ihn "alles Federgefecht ... bey den meisten Gliedern der gegenwärtigen Verordnung vergebliche Bemühung". Will die Regierung aber dennoch erwidern, so soll die Antwort kurz sein und vor allem "den landständischen falschen Grundsatz vom Eigenthum" ablehnen: "Genug ist es, daß ein Kloster mit Beystimmung von mehr als 2/3 seiner Mitglieder, mit landesherrlicher und bischöflicher Bewilligung, wenn es zu einem anderen frommen Zweck verwendet wird, rechtlich aufgehoben werden kann". Trotz der schroffen Zurückweisung der landschaftlichen Einwände hatte dieser Gutachter dennoch nicht alle rechtlichen Probleme beseitigt. Da er Klostersaufhebungen grundsätzlich von der Zustimmung des jeweiligen Bischofs abhängig machte, räumte er der Kirche jenes Mitspracherecht ein, das die bayerische Regierung eigentlich nicht mehr länger anerkennen wollte.

Das Schreiben des Kurfürsten vom 29. Mai rief nun nicht nur den Protest der Landschaft bei der Regierung hervor, sondern veranlaßte auch den Prälatenstand als unmittelbar Betroffenen, in Salzburg um Verstärkung nachzusuchen. Am 8. Juni 1802 schilderte Abt Karl Klocker von Benediktbeuren mit bewegten Worten Abt Dominicus Hagenauer von St. Peter die St. Veiter Vorfälle. Im Anschluß daran bat er ihn noch, sich bei den geistlichen Behörden dafür einzusetzen, "daß der Muthwillen dieser boshaften Mönche verdienstermaßen gestrafet, ihr gottloses Vorhaben vereitelt, und dieses Benedictinerstift ja doch noch erhalten möchte"⁷⁴. Da er selber für die Erhaltung keine andere Möglichkeit sehe, als das ganze Kloster neu zu besetzen, werde er von Benediktbeuren aus alles Notwendige in die Wege leiten⁷⁵.

Nachdem Abt Dominicus die Bitte seines Amtsbruders um Erhaltung des Benediktinerklosters St. Veit einige Tage später an die Statthaltertschaft des Bischofs weitergeleitet hatte⁷⁶, warnte er am 14. Juni Karl Klocker vor zu großem Optimismus⁷⁷: "Soviel mir bewußt ist, so sind von Seiten des Ordinariates ohnehin schon Gegenvorstellungen gemacht worden, allein man verspricht sich nicht viel, weil Gewalt doch immer den Vorzug gewinnt". Was seinen eigenen Standpunkt betreffe, so müsse er unter den gegebenen Umständen die Aufhebung der Abtei sogar befürworten:

"Die Wahrheit zu bekennen, mich hat der Vorfall mit St. Veit nicht so sehr entristet, vielmehr wünschte ich schon lange, daß dieser aus ganz verdorbenen und verwilderten Menschen bestehende Klup doch einmal zerstört, und damit dem Orden ein Schandfleck entzogen werden möchte, den man schon seit 40 Jahren mit Bedauern, ohne doch helfen zu können, sehen mußte. Wird der Vorschlag von Euer Hochwürden ausführbar, so ist es um so besser, aber auch diese Art, wie es bisher gieng, die Kleres beysammen lassen, das wäre nicht auszustehen, und man müßte - wenn auch nur der dritte Theil von Ausschweifungen, die man sich von diesem Kloster hier erzählt, wahr seyn sollte - befürchten, daß die Gegend noch ganz versinken würde".

Als die kurfürstliche Regierung erfahren hatte, daß sowohl der St. Veiter Prior als auch der bayerische Prälatenstand in Salzburg vorstellig geworden waren, schickte sie am 19. Juni den Berchtesgadener Salinenadministrator und Geschäftsträger Johann Baptist von Hofstetten in die benachbarte Bischofsstadt, um in aller Diskretion die Lage zu erkunden⁷⁸. Der Bericht des Regierungsgesandten vom 27. Juni⁷⁹ fiel für Max IV. Joseph allerdings ziemlich beruhigend aus. Nach Auffassung Hofstettens werden zwar Konsistorium und Erzbischof Widerspruch gegen die Beschlüsse des Kurfürsten einlegen, doch fehlten ihnen letztlich die Mittel, um mit Erfolg dagegen ankämpfen zu können. Von der Macht des Stärkeren überzeugt, lautete sein abschließendes Fazit: "Das Beste ist, daß der Churfürst nicht nach den Prälaten und Ständen fragen wird".

Tatsächlich hatte das Konsistorium auch in seinem Gutachten vom 22. Juni die Aufhebung des Klosters bereits abgelehnt⁸⁰. Darüber hinaus erhob es vehement Einspruch gegen den kurfürstlichen Vorschlag, die St. Veiter Konventualen als Weltpriester einzusetzen, da ihnen auf Grund ihrer Disziplinlosigkeit die Voraussetzungen dazu fehlten; die Patres sollten vielmehr neu in Zucht genommen, bestraft und, falls dies auch nicht helfe, in andere Klöster gesteckt werden. Ferner schlug das Konsistorium in einem eigenen Memorandum dem Erzbischof noch vor, die bayerische Kirchenpolitik insgesamt anzugreifen⁸¹. Zum einen solle er darauf hinweisen, daß die konsequente Weiterführung dieser Politik die Rechte der Kirche beschneide und deshalb letztlich zu einer grundlegenden Umgestaltung der Verhältnisse in den katholischen Landesteilen führen müsse. Zum anderen dürfe er nicht länger hinnehmen, daß Bayern gegen geltende Gesetze, Verträge und Rechtsprechungen verstoße, indem es bei jenen Beschlüssen, die innerkirchliche Belange betreffen, die dafür zuständigen Bischöfe und Ordinariate einfach übergehe.

Am 9. Juli 1802 erhob nun Erzbischof Hieronymus von Colloredo von Wien aus Einspruch gegen die Aufhebung der Benediktinerabtei St. Veit bei Neumarkt an der Rott⁸². Mit der Begründung, daß er auf Grund seiner Abwesenheit von Salzburg von der Säkularisation des Klosters erst erfahren habe, als diese schon weit fortgeschritten war, schob der Metropolit erst einmal jede Teilnahme oder gar Mitschuld von sich. Nach anschließender Darstellung der Rechtslage, die sich im wesentlichen an das Gutachten des Konsistoriums anschloß, sah sich der Salzburger Erzbischof aus Pflicht und Verantwortung dazu gezwungen, "das Benehmen des Abtes und der ihm anhängenden Konventualen hiemit als nichtig zu erklären, gegen alle nachtheiligen Folgen der dabey mit untergegangenen Verletzung unserer Ordinariats-Gerechtsamen aber Unseren feyerlichen Widerspruch einzulegen". Noch am gleichen Tag teilte Hieronymus von Colloredo der bayerischen Landschaft seinen Einspruch mit, allerdings mit dem Hinweis, sich auf diesen Protest beschränken zu wollen: "Ihr werdet ... Euch überzeugen, daß Wir unter der vorliegenden Umständen ausser Stand sind, Uns in die Sache weiter einzulassen"⁸³. Damit tat der Salzburger Metropolit jedoch genau das,

was Johann Baptist von Hofstetten in seinem Bericht an den Kurfürsten vorhergesagt hatte: Er legte formal Widerspruch ein - und ließ die ganze Angelegenheit dann auf sich beruhen.

Der Prälatenstand nahm den Einspruch des Erzbischofs zum Anlaß, um die Vorgänge in St. Veit in einen größeren Zusammenhang zu stellen und die Landschaft insgesamt zu weiterem Handeln aufzurufen. In dem ausführlichen Schreiben vom 21. August 1802⁸⁴ wird nicht nur auf konkrete Gesetzesverstöße und damit auf die Unrechtmäßigkeit vieler Beschlüsse aufmerksam gemacht, sondern in besonderem Maße auf jene Gefahr hingewiesen, die durch die bayerische Kirchenpolitik der letzten Jahre der landständischen Verfassung drohte. Da dieses Schreiben die Stimmung innerhalb des Prälatenstandes am Vorabend der Säkularisation sehr deutlich widerspiegelt und außerdem noch zeigt, welche grundsätzlichen Argumente man gegen die Kirchenpolitik des bayerischen Staates ins Feld führte, sei es in den wichtigsten Passagen im Wortlaut angeführt:

"Der erfolgte Consens des Landesherrn konnte eine pflichtwidrige, von Natur aus ungültige Handlung nie umformen. So eine staatsschädliche, zweckwidrige, aller Sicherheit der Rechte und Verbindlichkeiten bedrohende Gewalt hat kein Staat seinem Vorstande übertragen. Es liegt im Inbegriffe der fürstlichen Macht zu beurtheilen, ob eine klösterliche Stiftung, wenn sie will gemacht werden, dem Staat schädlich sey, oder nicht, und solche zu verhindern, wenn sie schädlich sind. Ist sie aber als unschädlich befunden, und mit Einwilligung des Fürsten gemacht worden, so stehet es nicht mehr in seiner Macht, sie unterdrücken zu lassen, oder selbst zu unterdrücken, vielmehr rückt jetzt die Pflicht an die Stelle der Macht. Und die religiöse Verfügung gewinnt Anspruch auf den höchsten Schutz des Staates, wie jede andere Verfügung der Privaten ... Bayern hat seine eigene, von Kaiser und Reich garantierte Verfassung, nach welcher drey Stände - der geistliche, adelige und bürgerliche - im Staate daseyn, und an der

Beförderung des allgemeinen Wohls Antheil nehmen müssen. Beförderung des allgemeinen Wohls ist der letzte Endzweck, und Daseyn dieser Stände das constitutionelle Mittel dazu. Eben darum aber, weil es ein constitutionelles Mittel ist, so kann es ohne Änderung der Constitution nicht geändert werden; daher jeder Stand bleiben muß, was und wie er ist, der Geistliche geistlich, der Adelige adelich, der Bürgerliche bürgerlich. Jede zu große Zunahme oder Entkräftung eines Standes würde eine Änderung des constitutionellen Mittels machen. Um solche Änderungen zu verhindern, müßte das Mittel zu einem untergeordneten Zweck erhoben werden. Es heißt: Erhaltung der Stände unter sich. Eben diese Erhaltung müßte, oder könnte, ein zu sehr geschwächter Staat nicht dienen und bis zur Unbedeutenheit oder gar bis zur völligen Unbrauchbarkeit, wider den Zweck der Constitution herabsinken. Daher die vielen Bündnisse der Stände unter sich, welche nur die Erhaltung aller und die Erhaltung des Einzelnen bei ihrer Würde beabsichtigen. Nach diesem Gesichtspunkte kann und darf es den Verbündeten nicht gleichgültig seyn, eine Classe zu sehr schwächen zu lassen. Noch weniger kann es dem Einzelnen erlaubt werden, nach Willkür aus dem Bunde zu treten. Nicht nur allein die leidende Classe, sondern der ganze Bund könnte und müßte in diesem, oder ähnlichen Fällen ernstlich widersprechen, und den alten Zustand verlangen ...

Wenn wir nun nach diesen Prämissen das Ereignis zu St. Veit beurteilen wollen, so müssen wir, und jeder-mann, der ein offenes Auge hat, eine große unersetzliche Schwächung, eine neue Abzehrung des Saftes von unserem Stamme, nach schon so vielen Abzehrungen, wahrnehmen. Wir verlieren wieder ein Glied unseres Stammes, wieder eine Stimme auf dem Landtag, welche an dem Wohl unseres Standes den geeigneten Antheil nimmt. Die Übertragung des Stimmrechtes und anderer Befugnisse an das Damenstift ist für unseren Stand kein Siebrogat, und kann keines seyn, wie es bey der Einverleybung so vieler Abteien an die fürstlichen Kollegiatstifter, an die Universität, an den Johanniterorden keines seyn konnte. All diese Institute haben nicht das volle Interesse, wie vorher die Abteien; sie müssen vielmehr das Interesse des Hofes, von welchem sie aus mehr als einer Ursache abhängen, beachten. Das Damenstift ist noch überdies ein blos

weltliches Institut, welches an der eigenen Wohlfahrt des geistlichen Standes keinen, an der allgemeinen Wohlfahrt des Staates zwar einen Anteil nimmt, aber auch nur an der Art und aus anderen Beweggründen als der geistliche Stand. Wenn also alle Abteien, welche bisher an fremde Institute überlassen wurden, für den Prälatenstand so gut als verloren sind; wenn das Damenstift noch im Schilde führt, mehrere Abteien zu verschlingen, wie aus anderen Akten bewußt ist; wenn selbst die Art und Weise, wie es St. Veit an sich gebracht, höchst verführerisch ist, und leicht mehrere Nachahmer finden kann, wie viele Ursache hat nicht das hohe Landschafts-Kollegium, sich dieser nur zu sichtbar gewordenen Schwächung ihres Mitstandes, dieser Änderung der Constitution zu widersetzen".

Wird, so lautete also das Hauptargument, mit dem Prälatenstand erst einmal ein Teil des Gesamtgefüges geschwächt oder gar herausgelöst, so muß dies selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Landschaft insgesamt haben. Kurzum: die bisherige bayerische Kirchenpolitik - und die Aufhebung des Klosters St. Veit ist nur in diesem Rahmen richtig zu verstehen - führe zwangsläufig zu einer Veränderung der überlieferten landständischen Verfassung. Um jedoch dieser Politik wirksam begegnen und damit die eigene Existenz wahren zu können, sollten die beiden übrigen Stände die Prälaten in ihrem Kampf um die Erhaltung der Benediktinerabtei St. Veit unterstützen. Dieser Argumentation mochte sich jedoch die gesamte Landschaft nun nicht mehr anschließen, denn sie beschloß am 31. August, keine weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen, so daß "alles einstweilen bey den Akten beruhen soll"⁸⁵.

Freilich, selbst wenn die bayerische Landschaft jetzt noch einmal scharf protestiert hätte, spätestens zu diesem Zeitpunkt wären auch ihre Bemühungen an der Realität gescheitert. Während nämlich der Prälatenstand und der Salzburger Erzbischof noch ihren Widerspruch formulierten, hatte Damenstiftskanzler Schattenhofer St. Veit ohne ernsthafte Gegenwehr endgültig in seinen Besitz genommen. Trotz aller

Proteste des Prior entließ Franz Xaver Schattenhofer am 5. Juni den Klosterrichter, 19 Dienstboten und 20 Tagwerker aus der klösterlichen Pflicht, um sie sogleich auf das Damenstift zu verpflichten⁸⁶. Obwohl bereits am 26. Juni die nahen Grund- und Gerichtsuntertanen in Anwesenheit des ehemaligen Klosterrichters, des Abtes, des Kastners, des Küchermeisters und des Kanzlers Schattenhofer in die Pflicht des Damenstiftes genommen werden konnten⁸⁷, verzögerte sich die vom Neumarkter Landgericht vollzogene Übernahme der weiter entfernt lebenden Grundholden noch bis zum 17. September⁸⁸.

Die vom Kloster St. Veit und dem Damenstift St. Anna in der Zeit vom 20. bis 23. Mai getroffenen Vereinbarungen wurden am 8. Juni noch einmal zusammengefaßt und in einem Gesamtprotokoll abschließend festgehalten⁸⁹. Danach gestand man dem Abt für sich und seine Bediensteten jährlich 1 500 Gulden, 1 000 Eier, 50 Pfund Schmalz und 15 Klafter Holz zu, daneben noch täglich drei Maß Bier, das kostenlose Wohnen in seinen abteilichen Zimmern, den Gebrauch aller im aufgelösten Kloster vorhandenen Mobilien und die freie Benützung von zwei Pferden mit Kutsche, Schlitten und Geschirr. Von den ehemaligen Konventualen wollten zunächst einmal Anselm Mösl, Amandus Schmid, Virgilius Poli, Vitus Rost, Antonius Heigenhueber, Plazfidius Peitenhauser und Roman Fischer ihre Pension in St. Veit verzehren und das freie Wohnrecht in den ehemaligen Klostergebäuden in Anspruch nehmen. Während Edmund Stoiber zu seiner Schwester nach Frontenhausen ziehen wollte, Ignatius Nagl und Benedikt Aschenbrenner sich über ihren weiteren Aufenthalt noch nicht entschieden hatten, Cölestin Krempelsetzer, Egidius Aussermayer und Vital Danzer für ein paar Jahre an eine Universität ziehen durften, konnten Ildephons Seiler und Joseph Kerscher weiterhin als Kooperatoren in Vilsbiburg bleiben. Gleichfalls ihre Ämter behielten die Pfarrer Modest Forster in Hörbering und Rupert Wurzer in Vilsbiburg. Zu Pfarrvikaren wurden bestellt Maurus Held in Elsenbach, Amilius Maß in Feichten und Bernhard Forster in St. Veit. Eine jährliche Rente von lediglich 300 Gulden erhielten Modest Forster, Maurus Held und Bernhard Forster, weil ihre Pfarreien mit ausreichenden Pfründen versehen waren. Da die Vilsbiburger Pfarrei sogar überdurchschnittlich gut dotiert war, mußte Rupert Wurzer bis zur Aufgabe seines

Amtes ohne eine Pension des Damenstiftes auskommen. Alle übrigen Mönche bekamen jährlich 400 Gulden, selbst Ämilian Maß, der ja das Pfarrvikariat Feichten nur "excurrando" zu versorgen hatte. Wer außerdem in St. Veit wohnen blieb, bekam zu den Naturalien noch das Recht zugestanden, neben der Bestellung des Gartens auch Möbel und Bestecke benützen zu dürfen. Die drei Laienbrüder Valentin Simmel, Amandus Gerbl und Hubert Gloner, die sich zum Zeitpunkt der Aufhebung im Kloster St. Veit befunden hatten, wurden laut Beschluß vom 1. Juli in andere Abteien eingewiesen; für ihre Versorgung stellte das Damenstift jeweils 125 Gulden im Jahr zur Verfügung⁹⁰. Alles in allem waren damit dem Abt und seinen Mitbrüdern ihre Forderungen erfüllt worden - auf die Benützung von Sommer- und Winterrefektorium, Gastzimmern und silbernem Teeservice mußten sie freilich verzichten⁹¹.

Prior Gregor Schwärzer, der bis zuletzt ohne Zugeständnisse bei seinem Standpunkt geblieben war, begründete in einem eigenen Protokoll am 8. Juni noch einmal seinen Widerspruch⁹². Was, dessen ungeachtet, seine eigene Zukunft betreffe, so bitte er, zunächst in kein anderes Kloster versetzt zu werden und sich seine Entscheidung noch überlegen zu dürfen. Indem Gregor Schwärzer trotz ausdrücklicher Warnungen fortfuhr, "das Consistorium zu Salzburg sowohl, als die bair. Landschaft gegen die neue Ordnung der Dinge zu verhetzen", schlug Franz Xaver Schattenhofer dem Kurfürsten am 1. Juli vor, den widerspenstigen Prior ins Kloster Niederaltaich zu schicken⁹³. Bereits zehn Tage später wurde Gregor Schwärzer auch tatsächlich eröffnet, daß er in Niederaltaich bereits erwartet werde und deshalb binnen drei Stunden die Abtei zu verlassen habe. Nachdem sein Gesuch um einen Tag Aufschub abgelehnt worden war, verließ Prior Gregor Schwärzer noch am selben Tag St. Veit⁹⁴.

Gleichzeitig mit der Regelung der personellen Fragen wurde auch fast das gesamte Klostervermögen inventarisiert und geschätzt⁹⁵, und zwar von der an Ort und Stelle gebildeten Lokalkommission. Sie bestand aus dem Geistlichen Rat und Beauftragten der Spezialkommission in Klostersachen Franz von Aichberger, dem Rechnungskommissar der Landesdirektion von Ilg, dem Damenstiftskanzler Franz Xaver Schattenhofer, dem Kastner Pater Anselm Mösl, dem Küchenmeister Pater Plazidius

Peitenhauser, dem Klosterbaumeister Jakob Kaimayr, den Holzforstnern Sebastian Eder und Franz Jäger, dem Schneidermeister Stephan Lerch, dem Schreinermeister Kaspar Gura, dem Bierbrauer Joseph Gaigl, dem Kupferschmied Anton Fuchshuber, dem Sattlermeister Anton Peyerer, dem Bindermeister Joseph Hofbauer sowie den Bauern Joseph Seidelhuber und Mathias Häckl aus Scherm. Nachdem vom 10. bis 20. Juni das unmittelbar in St. Veit und seiner nächsten Umgebung befindliche Vermögen zusammengestellt worden war⁹⁶ und in den nächsten Wochen noch die auswärtigen Besitzungen und Einkünfte erfaßt werden konnten⁹⁷, wurden bis spätestens Mitte Juli 1802 alle Ergebnisse in einer "Haupt-Tabelle" zusammengefaßt⁹⁸. Danach war die Benediktinerabtei St. Veit zu diesem Zeitpunkt schuldenfrei⁹⁹ und verfügte über ein Gesamtvermögen von 417 538 Gulden 32 Kreuzer¹⁰⁰.

Tabelle 2: "Vermögens Stand des Klosters St. Veit bey Neumarkt",
Juli 1802¹⁰¹

1. Aktiva		
Bargeld	10 099 fl	25 xer
Mobiliar im Klosterbereich	20 266 fl	4 xer
Mobiliar beim "Münchner Hof"	1 311 fl	50 xer
Mobiliar bei der Pfarrei Vilsbiburg	2 206 fl	48 xer
Aktivkapitalien	77 508 fl	38 xer
Geld- und Materialausstände	6 403 fl	20 xer
Liegende Güter beim Kloster	61 235 fl	50 xer
Liegende Güter beim "Münchner Hof"	2 465 fl	- xer
Liegende Güter in Österreich	6 442 fl	22 xer
Geldstift, Getreide und Kleindienste von den Grund- und Jurisdiktionsuntertanen	15 569 fl	30 xer
Fructus Jurisdictionis und Handscharwerk	2 000 fl	- xer
Geldstift, Gilt, Getreide und Kleindienst von den auswärtigen Grunduntertanen	169 285 fl	17 xer
Besondere Stiftungsgelder und die zum St. Johannes Beneficium gehörigen Giltan	4 342 fl	47 xer
Erkaufte kurfürstliche Scharwerksgelder	4 000 fl	- xer
Haar- und Rüben dienst	238 fl	30 xer
Laudenien im zehnjährigen Durchschnitt	43 963 fl	40 xer
Zehend	67 136 fl	39 xer
Bräu- und Tafelngerechtigkeit	500 fl	- xer
Summe	494 975 fl	40 xer

2. Passiva		
Abzüge und Ausgaben	77 437 fl	9 xer

3. Gesamtvermögen	417 538 fl	32 xer

An Barbeständen, Außenständen und Forderungen konnte das Damenstift also 94 011 Gulden 23 Kreuzer leicht aktivierbares Kapital vom Kloster St. Veit übernehmen. Die 63 Grund- und Gerichtsuntertanen der St. Veiter Hofmark mußten von nun an dem Damenstift jährlich 404 Gulden 5 Kreuzer Stiftsgeld sowie 5 Metzen, 2 Viertel und 2 Seidel Weizen, 5 Schäffel, 4 Metzen, 3 Viertel und 2 Seidel Korn, 7 Schäffel, 2 Metzen und 3 Viertel Hafer, 7 Gänse, 63 Hühner, 11 Fastnachtshennen, 35 Pfund Schmalz und 728 Eier abliefern¹⁰², während die 413 Grundholden in den auswärtigen Gerichtsbezirken jährlich 3 979 Gulden 31 Kreuzer an Stiftsgeld sowie 23 Schäffel, 5 Metzen, 3 Viertel und 1/2 Seidel Weizen, 125 Schäffel, 1 Viertel und 1/2 Seidel Korn, 37 Schäffel, 1 Metzen und 1/4 Seidel Hafer, 3 Kälber, 135 Gänse, 1 189 Hühner, 171 Fastnachtshennen, 655 Pfund Schmalz, 15 798 Eier und 429 Pfund Flachs zu reichen hatten¹⁰³. Insgesamt schlug man den Kapitalwert der jährlichen Abgaben der Grund- und Gerichtsuntertanen mit 518 Gulden 59 Kreuzer an, den der Grundholden hingegen mit 5 642 Gulden 50 Kreuzer.

Die Vermögensschätzung vom Juni/Juli 1802 wurde dann jedoch noch einmal korrigiert, als Montgelas nach Abwicklung der gesamten Aufhebung vom 5. Oktober dem Siegelamt mitteilen konnte: "Das reine Vermögen, welches von dem Kloster St. Veit an das Damenstift zu St. Anna abgetreten wird, besteht in 354 861 Gulden 8 Kreuzer¹⁰⁴.

Noch während die Inventur des Klosters im Gange war, nahm das adelige Damenstift St. Anna zu München am 6. Juli 1802 mit der Unterzeichnung des Extraditionsprotokolles in aller Form Besitz von St. Veit¹⁰⁵. Es bestätigte noch einmal die Übernahme des Klosterrichters, der Ehalten, der Gerichts- und Grunduntertanen sowie den Besitz des ehemaligen Klostervermögens. Mit der Schlüsselübergabe an Franz Xaver Schattenhofer war auch dieser Rechtsakt zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten abgewickelt worden. Den Schlußpunkt setzte aber der Kurfürst selber, als er am 24. September im Churpfalzbaierischen Regierungsblatt ganz offiziell bekanntgeben ließ, daß er mit besonderem Wohlgefallen die Bitte der zwanzig Konventualen und ihres Abtes um die Aufhebung ihres Klosters in St. Veit entgegengenommen und gewährt habe¹⁰⁶.

3. Schloß und Gut St. Veit 1802 bis 1934

War der St. Veiter Güterkomplex zunächst über 700 Jahre lang in den Händen des Benediktinerordens geblieben, so wechselten Schloß und Gut St. Veit in den Jahren von 1802 bis 1934 viermal den Besitzer. Die Voraussetzungen für den ersten Verkauf wurden bereits 1828 geschaffen, als der Innenminister Ludwigs I., Eduard von Schenk, in dem Brief vom 18. November dem Leipziger Rittergutsbesitzer und Schafzüchter Maximilian Freiherr von Speck-Sternburg mit einem Teil der Liegenschaften des Münchner Damenstiftes auch die St. Veiter Besitzungen zum Kauf anbot¹⁰⁷. Da Speck-Sternburg beabsichtigte, mit staatlicher Förderung auch in Bayern mustergültige Schafzüchtereien und Schäferschulen zu errichten, nahm er das Angebot Schenks sogleich an. Am 16. Februar 1829 wurde der Kauf schließlich verbrieft: Während der Staat für 140 000 Gulden außer den an Grund und Boden haftenden Rechten und Abgaben auch noch Pfarrkirche, Pfarr-, Kooperatoren- und Schulhaus erwarb, gingen alle übrigen Gebäude und Liegenschaften in den Besitz des Freiherrn über¹⁰⁸. Der Verkauf der Besitzungen des ehemaligen Benediktinerklosters St. Veit bei Neumarkt an der Rott an Maximilian von Speck-Sternburg wirft eine interessante Frage auf, die bisher nicht zufriedenstellend beantwortet werden konnte. Während nämlich König Ludwig I. gerade in jenen Jahren daran ging, die ehemaligen Orden wiedererstehen zu lassen und die neu- oder wiederbegründeten Klöster, Metten, Niederaltaich, Scheyern, Schäftlarn, St. Bonifaz in München oder St. Stephan in Augsburg mit kargen Mitteln ausstattete¹⁰⁹, veräußerte er zur selben Zeit mit St. Veit eine ehemalige Abtei, die in ihrem Besitz noch fast erhalten war. Die Motive Ludwigs I. sind bis heute nicht geklärt. Da er aber St. Veit nicht übersehen hat, wird davon auszugehen sein, daß er diesem Kloster keine kulturelle oder historische Bedeutung beimaß.

Mit dem Kauf der Dominikalien konnte der bayerische Staat zwar seine jährlichen Einkünfte um 7 758 Gulden 57 Kreuzer erhöhen¹¹⁰, dafür mußte er aber jetzt für die dringend notwendig gewordenen Bau- und Reparaturmaßnahmen an den Kultusgebäuden sorgen, die nach einer Schätzung vom März 1829 im Jahr zwischen 5 000 und 10 000 Gulden ver-

schlingen sollten¹¹¹. Doch waren es weniger materielle Überlegungen als politische Zielsetzungen, die Ludwig I. zum Kauf vom 16. Februar veranlaßt hatten. War die Übernahme sämtlicher Rechte an Kirche und Schule für die Durchsetzung einer auf staatliche Hoheitsrechte ausgerichteten Politik zwingend notwendig, so sollte der Anschluß der ehemals zum Damenstift zinsenden Grundholden an die Staatsdomänen auch hier die Aufhebung der Grunddienstbarkeit erleichtern. Tatsächlich wurde sämtlichen Grunduntertanen bereits bei der Umpflichtung an den Staat eröffnet, daß sie von nun an das Obereigentum an ihren Gütern zu jenen Bedingungen ablösen könnten, wie sie für die grundherrlichen Gefälle des Staates galten¹¹².

Maximilian Freiherr von Speck-Sternburg blieb nun Zeit seines Lebens im Besitz von Schloß und Gut St. Veit. Da er sofort nach der Gutsübernahme energisch daran ging, jene Schäden zu beheben, die durch die Nachlässigkeit der Damenstiftsverwaltung entstanden waren, konnte er auch bereits in den kommenden Jahren mit dem Ausbau der Schafzucht beginnen¹¹³. Obwohl das Geschäft mit den Schafen letztlich nicht den gewünschten Erfolg brachte, gelang es dennoch Speck-Sternburg und seinen Verwaltern in St. Veit, hier neben Fürstenried einen zweiten florierenden landwirtschaftlichen Betrieb auf bayerischem Boden zu unterhalten. Als jedoch die Verwaltung des weitgestreuten Besitzes immer aufwendiger und schwieriger wurde, bot noch Maximilian von Speck-Sternburg selber im Januar 1852 Schloß und Gut St. Veit dem König von Bayern zum Kauf an¹¹⁴. Nachdem Maximilian II. auf dieses Angebot nicht eingegangen war, gelang es erst nach dem Tod des Freiherrn am 22. Dezember 1856 seinen vier Kindern Karl, Alexander, Maria und Anna, diesen Besitz zu kapitalisieren. In dem Grafen Maximilian II. von Montgelas fanden sie nach Ablauf eines Jahres einen Käufer, der nicht mehr so weit entfernt lebte, sondern ganz in der Nähe auf dem Familienschloß zu Egglkofen¹¹⁵: Am 9. April wechselte das Schloßgut St. Veit mit sämtlichem Zubehör für 190 000 Gulden zum zweitenmal den Besitzer¹¹⁶. Nach dem Tod Maximilians II. von Montgelas am 1. April 1870 fielen zunächst am 13. Mai 1871 mit der gesamten Erbschaft auch die St. Veiter Besitzungen an seine sechs Kinder Hugo, Maximilian, Werner, Rudolf, Eduard und Isabella¹¹⁷. Bereits ein halbes Jahr später zahlte

Hugo von Montgelas seine fünf Geschwister jedoch aus und erwarb am 9. Dezember 1871 für 171 645 Gulden 36 Kreuzer das Alleineigentum an St. Veit¹¹⁸.

Nachdem Hugo Graf von Montgelas aber am 27. Mai 1885 bereits verstorben und sein gleichnamiger Sohn am 7. Dezember in das Erbe eingesetzt worden war¹¹⁹, standen Schloß und Gut St. Veit im Sommer 1894 erneut zum Verkauf. Der Kaufvertrag zwischen Hugo II. Graf von Montgelas und dem Direktor der Münchner Löwenbrauerei, Kommerzienrat Anton Hertrich, wurde unter der Leitung des Neumarkter Notars Josef Bachmair am 10. Juli 1894 ausgehandelt und zwei Tage später unterzeichnet¹²⁰. Mit der Festsetzung der Zahlungsmodalitäten für die Kaufsumme von 280 000 Mark und der Besitzübergabe am 1. August war der Vertrag rechtlich abgeschlossen.

Als Otto Hertrich am 28. August 1899 starb, erbten seine fünf Kinder aus erster Ehe, seine zweite Gemahlin Emma und Tochter Maria aus zweiter Ehe die St. Veiter Güter¹²¹. Bereits am 24. Februar 1900 wurden aber Emma und Maria Hertrich abgefunden und aus der Erbschaft entlassen¹²². Dann zahlte Otto Hertrich am 26. November 1903 auch seine vier jüngeren Geschwister aus und erwarb für 309 512,62 Mark das Alleineigentum an Schloß und Gut St. Veit¹²³. Bei seinem unerwarteten Tod am 9. Mai 1923 hinterließ Otto Hertrich seiner Frau Maria und seinen sechs Kindern ein Erbe, das nur mit größter Kraftanstrengung erhalten werden konnte. Letztlich gelang es Maria Hertrich aber dann doch, die Schwierigkeiten zu meistern und das Gut so zu verwalten, daß der Besitz in fast vollem Umfang erhalten blieb¹²⁴. Als aber der älteste Sohn und Erbe Otto Hertrich in Mühldorf zum Bezirksbauernführer der Bayerischen Bauernschaft ernannt wurde und sein damit verbundener Wegzug aus St. Veit unmittelbar bevorstand, entschloß sich Maria Hertrich zum Rückzug ins Privatleben und bot in ihrem Schreiben vom 19. Juni 1934 dem Erzbischöflichen Klerikalseminar Freising Schloß und Gut St. Veit zum Kauf an¹²⁵.

Da das Klerikalseminar zu Freising zur besseren materiellen Ausstattung seiner Institute schon seit längerer Zeit nach einem geeigneten Kaufobjekt Ausschau gehalten hatte, konnten die Verhandlungen unverzüglich begonnen und rasch zu einem glücklichen Ende gebracht werden. Am 1. August 1934 unterzeichneten bereits Maria Hertrich als

Verkäuferin und der erzbischöfliche Finanzrat Martin Graßl im Namen des Erzbischöflichen Klerikalseminars Freising als Käufer die vom Neumarkter Notar Eckart ausgestellte Urkunde¹²⁶. Die Kaufsumme betrug 320 000 Mark, 220 000 Mark für die Liegenschaften und 100 000 Mark für "lebendes und totes Inventar". Da der Käufer aber die auf dem gesamten Besitz ruhenden Hypotheken und Lasten ebenfalls übernahm, verringerte sich der Betrag letztlich auf 255 456 Mark und 38 Pfennige.

Das Schloßgebäude, das 1937 noch durch den Zukauf des Schulhauses von der Marktgemeinde Neumarkt-St. Veit gegen Osten hin noch erweitert werden konnte¹²⁷, war vom Klerikalseminar zunächst zum einen Teil als Erholungsstätte für die Barmherzigen Schwestern aus München und zum anderen Teil als Altenheim gedacht. 1952 wurde diese Zerteilung allerdings wieder aufgehoben und das gesamte Gebäude als Altenheim eingerichtet, in dem von da an immer 54 Männer und Frauen Aufnahme und Unterkunft fanden¹²⁸.

Obwohl die Erzbischöfliche Klerikalseminarstiftung Freising bis heute im Besitz von Schloß und Gut St. Veit blieb, regte sie 1982 aus rechtlichen Gründen eine Änderung in der Trägerschaft des Altenheimes an. Mit der Begründung, daß der eigentliche Zweck der Stiftung "der Unterhalt des Priesterseminars der Erzdiözese ist", die Stiftung deshalb in Zukunft auch "die volle Trägerschaft der Angestellten des Priesterseminars übernehmen soll", sich dadurch aber wiederum "für die Trägerschaft des Altenheimes und seiner Angestellten rechtliche Schwierigkeiten ergaben", schlug der erzbischöfliche Finanzdirektor Friedrich Fahr im Auftrag der Diözesanleitung am 21. September 1982 dem Neumarkter Stadtpfarrer Alois Holzner vor, "einen Verein für die Trägerschaft des Altenheimes ins Leben zu rufen"¹²⁹. Da von Seiten der Stiftsleitung und des zuständigen Orts Pfarrers keine Einwände dagegen vorgebracht wurde, konnte bereits am 29. September die Gründungsversammlung des "St. Vincentius-Vereins Stift St. Veit e.V." stattfinden. Nach dem der St. Vincentius-Verein auch noch beim Amtsgericht Mühldorf ins Vereinsregister eingetragen worden war und die Klerikalseminarstiftung in einem gesondert ausgestellten Nutzungsvertrag dem neugegründeten Verein die entsprechenden Gebäude

4. Die Beurteilung und die Folgen der Säkularisation

War die Selbstdarbietung des St. Veiter Abtes und seiner Konventualen auch eine Einmaligkeit im Zusammenhang der großen Säkularisation von 1803, so war die Aufhebung des Klosters an sich nur ein weiterer Mosaikstein in der Politik der bayerischen Kurfürsten seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, die mit der Durchsetzung des staatskirchenrechtlichen Territorialismus "die unbeschränkte Entfaltung der Souveränität des Landesherrn auf dem kirchlichen Gebiete im Interesse des Staates"¹³⁰ erreichen wollten¹³¹. Die auf das Naturrecht gestützte Staatstheorie, der die Vorstellung von der unbedingten Allmacht des Staates zugrunde lag, hatte das Verhältnis von Staat und Kirche nicht mehr länger als eine Institution eigener Art verstanden, sondern dem Wohl des Staates untergeordnet, dem als letztgültiger Zweck auch alle anderen gesellschaftlichen Interessen zu dienen hatten. Die politischen Konsequenzen aus der Staatstheorie vom Sozialkontrakt führten schließlich noch zu der Annahme, daß die Kirche ihrer Natur nach ein Teil des Staates sei: Wenn aber Kirchengut auch gleichzeitig Staatsgut war, dann mußte es dem Staat rechtlich auch erlaubt sein, Säkularisationen vorzunehmen.

Die Kirchengutssäkularisation, also die "Einziehung des kirchlichen Eigentums zugunsten des Staates"¹³², hatte in Bayern schon im ausgehenden 18. Jahrhundert eingesetzt - und zwar ausdrücklich mit Zustimmung des Papstes. Hatte sich das Amortisationsgesetz vom 16. Oktober 1764¹³³ noch darauf beschränkt, den kirchlichen Vermögenserwerb erheblich einzuschränken, so wurde bei der Aufhebung des Jesuitenordens im Jahre 1773 dessen Vermögen eingezogen, zunächst dem bayerischen Schulfond in Aussicht gestellt, dann aber der 1781 von Karl Theodor gegründeten bayerischen Zunge des Malteserordens zugeschlagen¹³⁴.

Zur ersten Klostersäkularisation kam es in Bayern schließlich am 18. April 1782, als Papst Pius VI. (1775-1799) seine Zustimmung zur Aufhebung des Ridler-Frauenklosters in München gab. Die Nonnen konnten nach freier Wahl in verschiedene Klöster übertreten oder in einem Neubau des Elisabethinerinnenklosters weiterhin zusammenleben; am Ort ihrer Wahl erhielten sie die versprochenen Pensionen, während das

Vermögen ihrer Abtei zwischen dem Landschulfond und der Universität Ingolstadt aufgeteilt wurde¹³⁵.

Bereits ein Jahr später wählte die Kurfürstinwitwe Maria Anna von Sachsen (1728-1797) das Prämonstratenserstift Osterhofen zum Fundationsobjekt ihres kurz vor der Gründung stehenden adeligen Damenstiftes St. Anna zu München¹³⁶. Die Aufhebung des Klosters¹³⁷ erfolgte tatsächlich auch noch binnen Jahresfrist, da der Schuldenstand von 367 290 Gulden 51 Kreuzer Karl Theodor den willkommenen Anlaß für ein sofortiges Eingreifen lieferte. Mit dem Vollzug des päpstlichen Aufhebungsbreves vom 29. November 1783 konnten schon vier Wochen später die Pensionszertifikate übergeben werden. Der weiter im ehemaligen Konventsgebäude wohnende Abt erhielt 600 Gulden zugesichert, die übrigen Regularkanoniker hatten sich mit wesentlich niedrigeren Unterstützungssummen zu begnügen, die noch dazu nach Alter und Verdienst abgestimmt waren. Mit Ausnahme des Abtes blieben noch sieben weitere Religiösen zur Erfüllung der Meßstipendien und zur Versorgung der Pfarreien in Osterhofen; die übrigen Konventualen verteilten sich auf andere Prämonstratenserstifte.

Bei der Säkularisation des Augustiner-Chorherrenstiftes Indersdorf¹³⁸ nahm Kurfürst Karl Theodor ebenfalls die hohe Verschuldung zum Anlaß für die Verwirklichung seiner Pläne, doch gab es hier wesentlich mehr Schwierigkeiten als in Osterhofen. Ursache des staatlichen Zugriffs waren diesmal zwei voneinander getrennte Vorhaben, die jedoch mit einem Schlag zusammen erfüllt werden konnten. Zum einen faßte man in München als Unterkunft für das Damenstift St. Anna das dortige Kloster der Salesianerinnen ins Auge; um aber Kloster und Kirche freizubekommen, brauchte man für diese Ordensfrauen eine neue Heimstätte. Zum anderen konnte die im Hinblick auf ein zukünftiges Hofbistum geplante Vereinigung des Münchner Kollegiatstiftes mit der kurfürstlichen Hofkapelle ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung nicht vorgenommen werden. In dieser Situation erinnerten sich die Münchner Behörden an das Schreiben des Indersdorfer Propstes vom 25. Januar 1782, in dem der Prälat um Steuerbefreiung nachgesucht hatte, da erneute Abgaben wiederum nur durch eine Geldaufnahme bestritten werden könnten, dies aber nur zu einer weiteren Vermehrung der ohnehin schon beträchtlichen

Schulden führen müsse. Die lediglich als Angebot für die persönliche Resignation gedachte Schlußformel, "Ich kann als ehrlicher Mann nit mehr bestehen, ich lege mein Kloster Euer Churfürstlichen Durchlaucht unterthänigst zu Füßen"¹³⁹, nahm man in München allerdings wörtlich und bat bereits am 9. April 1783 den Hl. Stuhl um die Aufhebung des Chorherrenstiftes Indersdorf zugunsten des Kollegiatstiftes zu Unserer Lieben Frau in München. Propst und Chorherren von Indersdorf waren freilich mit der Säkularisation ihres Klosters keinesfalls einverstanden, sondern versuchten sogleich, durch persönliche Erklärungen und durch die Einschaltung des Freisinger Bischofs den Vollzug des päpstlichen Aufhebungsbreves vom 24. Mai 1783 zu verhindern. All diese Bemühungen mußten letztlich aber scheitern, da selbst der zuständige Diözesanbischof nur halbherzig für die Erhaltung des Stiftes eintrat und vor allem der Kurfürst selber die Säkularisation entschlossen vorantrieb. Nachdem am 19. August 1783 die Schlüsselübergabe und die Verpflichtung der Dienerschaft auf die neue Herrschaft stattgefunden hatten, wurde im September mit dem Münchner Kollegiatstift über das weitere Schicksal der Chorherren verhandelt. Während der Abt seine Mitgliedschaft im Prälatenstand behalten durfte und eine jährliche Pension von 1 200 Gulden zugesprochen bekam, mußten die übrigen Konventualen mit Unterstützungssummen zwischen 300 und 600 Gulden auskommen. Die zur Erfüllung der Meßstipendien und zur Versorgung der ehemaligen Stiftspfarreien in Indersdorf bleibenden Religiösen sollten zusammen mit dem ebenfalls in der Seelsorge wirkenden Propst in einem eigens eingerichteten Priesterhaus wohnen. Die restlichen Chorherren durften in den Weltpriesterstand übertreten und sich eigene Pfarrstellen suchen. Den Schlußpunkt unter die Aufhebung des Augustiner-Chorherrenstiftes Indersdorf setzten dann 1784 die Salesianerinnen mit ihrem Umzug von München in das flache Land hinter Dachau.

In den letzten Regierungsjahren Karl Theodors erreichte der bayrische staatskirchenrechtliche Territorialismus einen weiteren Höhepunkt. Nachdem der Papst am 6. November 1787 die Dezimation auf zehn Jahre bewilligt hatte¹⁴⁰, erteilte er am 7. September 1798 dem bayrischen Kurfürsten die Genehmigung, zur Deckung der Ausgaben des

Ersten Koalitionskrieges und zur Linderung der Not seines Landes 15 Millionen Gulden von den geistlichen Institutionen zu erheben. Falls sie jedoch diese Summe nicht aufbringen könnten, dann gestand Pius VI. ausdrücklich die Aufhebung einzelner bayerischer Klöster zu¹⁴¹. Als im darauffolgenden Jahr Karl Theodor starb und die Regierung des neuen Kurfürsten Max IV. Joseph wegen der angespannten Kriegslage keine innenpolitischen Konflikte brauchen konnte, unterband sie zunächst einmal den Prozeß der Säkularisation und versicherte in der Verordnung vom 1. Februar 1799 allen bayerischen Klöstern immerwährenden Schutz¹⁴². Diese Zusage hinderte freilich den leitenden Minister Maximilian von Montgelas keineswegs, noch im gleichen Jahr Pläne für die Klosteraufhebungen auszuarbeiten¹⁴³. Die endgültige Entscheidung, sofort alle nicht durch die Landes- und Reichsverfassung geschützten Klöster aufzuheben, fiel in München dann auch bereits im September 1801¹⁴⁴.

Nachdem man noch im Dezember in Landshut zur Säkularisation von Heilig Kreuz, Loretto, Seligenthal und des Dominikanerklosters zugunsten der erst kürzlich von Ingolstadt hierher verlegten Landesuniversität geschritten war¹⁴⁵, hob man 1802 dann auch tatsächlich sämtliche Konvente der Bettelorden sowie alle anderen nichtständischen Klöster auf¹⁴⁶. Daß der Staat sogar die fundierten Klöster der Oberpfalz säkularisieren konnte, hatte seine Ursachen in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges. Als nämlich Kurfürst Maximilian I. nach der Rekatholisierung des Landes daran ging, die ehemaligen Klöster wieder zu begründen, gab es in der Oberpfalz keine Landstände mehr¹⁴⁷. Die bisherigen Nonnen und Mönche erhielten kümmerliche Pensionen, die für den Lebensunterhalt nicht ausreichten. Während die nicht aus Bayern stammenden Religiösen mittellos des Landes verwiesen wurden und die Mitglieder der Frauenorden, der Kapuziner und Franziskaner in sogenannte Zentralklöster zusammengepfertcht wurden, mußten die übrigen Mönche versuchen, durch die Übernahme einer freien Pfarrstelle den Lebensunterhalt aufzubessern. Als dann am 3. November 1802 eine Verordnung der kurfürstlichen Generallandesdirektion die exakte Aufstellung aller Besitzungen der bayerischen Klöster anordnete¹⁴⁸ und in den Abteien dann auch wirklich die ersten Lokal-

kommissionen zur Inventarisierung erschienen, war allen klar geworden, daß sich der Staat nun auch entschlossen hatte, die den Landständen angehörenden Klöster in seinen Besitz zu nehmen. Der Paragraph 35 des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803¹⁴⁹ lieferte schließlich einige Monate später die rechtliche Legitimation.

Die Säkularisation von 1802 und 1803 war also keinesfalls eine spontane Maßnahme gewesen. Sie wurde vielmehr durch eine jahrzehntelange, äußerst lebendig geführte geistige Diskussion vorbereitet¹⁵⁰ und durch gezielte politische Aktionen zuerst ganz allmählich und dann mit immer größerem Nachdruck in die Wege geleitet. Als deshalb mit Beginn des 19. Jahrhunderts der "Sturm auf Bayerns Klöster" in aller Heftigkeit einsetzte, da hatte sich die breite Öffentlichkeit bereits so an den Gedanken der Aufhebung der Abteien und Propsteien gewöhnt, daß von ihrer Seite keine ernsthafte Gegenwehr mehr zu erwarten war. Und zwar erst recht nicht, wenn sittliche Mißstände und irreligiöses Verhalten ganz offensichtlich eine Abtei von innen heraus aufzulösen begannen.

Der Blick auf den zeitgeschichtlichen Hintergrund - auf die geistige Entwicklung und auf die politischen Maßnahmen - zeigt nun ganz deutlich, daß den St. Veiter Konventualen trotz der Selbstdarbietung nicht die alleinige Schuld an der Aufhebung ihres Klosters zufällt. Vielmehr kam ihr Gesuch der bayerischen Regierung bei der Verwirklichung ihrer Pläne sehr entgegen, da es den idealen Aufhänger für ein staatliches Eingreifen abgab. Dennoch war die Säkularisation des Benediktinerstiftes St. Veit bei Neumarkt an der Rott ein illegaler Staatsakt, ein Verstoß des Staates gegen gültige Rechtsprinzipien. Stand den Herzögen und Kurfürsten Bayerns seit dem Konkordat von 1583¹⁵¹ auch das verbriefte Recht zu, dem wirtschaftlichen Ruin eines Klosters entgegenzuwirken, so waren, unabhängig davon, für die sittlichen und religiösen Belange eindeutig nur der jeweilige Orden, der betreffende Diözesanbischof und bei ständischen Klöstern auch der Prälatenstand zuständig¹⁵². Während sich die staatlichen Organe bei der Säkularisation der übrigen Prälatenklöster im darauffolgenden Jahr mit dem Reichsdeputationshauptschluß wenigstens formell auf ein rechtmäßig erlassenes Reichsgesetz stützen konnten¹⁵³, bemühte man sich im Falle des wirtschaftlich gesunden Klosters St. Veit erst gar nicht, die Entscheidung juristisch abzusichern. Obwohl auch diese ständische Abtei

durch die Landes- und Reichsverfassung ausdrücklich vor staatlichem Zugriff geschützt war und obwohl neben der bayerischen Landschaft auch der zuständige Diözesanbischof Einspruch dagegen eingelegt hatte, hob Max IV. Joseph die Abtei eigenmächtig auf und brach deren Besitz aus dem Gesamtvermögen des Prälatenstandes heraus. Da dem Kurfürsten die gesetzliche Grundlage für sein Handeln fehlte, griff er bei der Begründung auf jenes schlagkräftige Argument der Aufklärung zurück, mit dem alle staatlichen Eingriffe gerechtfertigt werden konnten: das Damenstift zu St. Anna in München sei zur "Erzielung höheren Staatszweckes" eingerichtet worden, und dessen Stiftungsfond könne nun, ohne erneute Belastung des Hausfideikommisses, vergrößert und vermehrt werden¹⁵⁴.

Weil jedoch weder der Salzburger Erzbischof noch der Prälatenstand oder gar die Landschaft insgesamt juristisch gegen den Rechtsbruch der bayerischen Regierung vorgingen und Klage beim Reichskammergericht erhoben, war die Säkularisation St. Veits 1802 nicht nur de facto abgeschlossen, sondern auch de jure Wirklichkeit geworden. Was bedeutet aber nun die vorzeitige Aufhebung der Abtei auf dem Vitusberg für die Geschichte des oberen Rottals - für die kulturelle Entwicklung, für die Wirtschaftslage, für die soziale Versorgung, für die Sozialstruktur, für die Besitzverhältnisse? Insgesamt kann man wohl sagen, daß die Übertragung des gesamten Klosterbesitzes auf das Damenstift und die bruchlose Weiterführung der klösterlichen Wirtschaftsbetriebe zunächst einmal zu große soziale Härten vermieden und einen grundsätzlichen Wandel der Wirtschafts- und Sozialstruktur verhindert hat. Dadurch wurde aber ein Sonderweg beschritten, der dieses Stift ein weiteres Mal deutlich von der Geschichte der übrigen bayerischen Prälatenklöster abhebt¹⁵⁵.

Die sofortige Übernahme der dem Kloster inkorporierten Pfarreien durch ehemalige Konventuale sorgte für die kontinuierliche Fortsetzung der seelsorgerischen Betreuung der Bevölkerung, während der bisherige Schullehrer Joseph Globerger vertragsmäßig gehalten war, auch "in Zukunft ordentlich für die Klosterunterthanenkinder normalmäßige Schul zu halten"¹⁵⁶. Der St. Veiter Schulbetrieb läßt sich

dann auch lückenlos bis ins Jahr 1937 verfolgen, als nach dem Zusammenschluß der politischen Gemeinden auch die Schulen von Neu- markt und St. Veit unten im Markt zusammengelegt wurden. Bei der Visitation von 1809 war der Zustand der Schule freilich "immer noch mittelmäßig", da "kein Ernst von den Obern und kein Geld" vorhanden waren, nahmen von den 100 schulpflichtigen Kindern nur 80 regelmäßig am Unterricht teil¹⁵⁷. Konnten die Kinder der Umgebung also weiterhin die St. Veiter Werktags- und Feiertagsschule besuchen, so war ihnen jedoch mit der Schließung des Klosters der Weg verbaut, durch die gezielte Förderung der Mönche Zugang zu Kunst und Wissenschaft zu erhalten. Da, weitab von Höfen und wirtschaftlichen Zentren, einzig die wohlhabende Abtei in der Lage gewesen war, talentierte Buben der unteren sozialen Schichten an Studium und höhere Bildung heranzuführen¹⁵⁸, mußte mit der Säkularisation diese Möglichkeit des sozialen Aufstiegs entfallen. Das Damenstift hatte schon aus seiner ganz anderen Bestimmung heraus kein Interesse, diese Tradition des von ihr übernommenen Stiftes weiterzuführen.

Dafür zeigte es jedoch keine Eile bei der Eintreibung der vom Kloster St. Veit übernommenen Forderungen und Ausstände, sondern begnügte sich mit der nicht einmal regelmäßig erfolgenden Zahlung der Zinsen, so daß sich die Ausstände von 1802 bis 1808 nicht verringerten¹⁵⁹. Der wesentliche Unterschied zu den Jahren vor der Aufhebung des Klosters bestand deshalb darin, daß das Damenstift keine neuen Kredite aus der eigenen Kasse mehr vergab, Staat, Adel und "gemeine Bevölkerung" sich somit neue Geldgeber suchen mußten. Nehmen wir die St. Veiter Grundholden als Beispiel, so ergibt sich aus den Briefprotokollen, daß von 1802 bis 1826 auf dreißig Anwesen Kredite in Höhe von 11 311 Gulden 21 Kreuzer aufgenommen wurden; als Geldgeber wirkten hier in 25 Fällen die verschiedenen Stiftungen des St. Veiter Kirchenkapitals, denen nur fünf Privatpersonen gegenüberstanden¹⁶⁰. Nachdem die Kirchenstiftungen in früheren Jahren bereits kleinere Summen verliehen hatten¹⁶¹, waren sie also nach der Säkularisation St. Veits für die Bewohner des unmittelbaren Umlandes zum größten Kreditgeber geworden. Begründet wurden die Schuldverschreibungen fast immer mit der Auszahlung der Miterben, der Begleichung älterer Verbindlichkeiten oder der Überwindung eines plötzlichen Unglücksfalles, also mit Argumenten, die, unabhängig vom jeweiligen Zeit-

geschehen, schon jahrhundertlang ihrer Rechtfertigung dienten. Nur im Zusammenhang mit der großen Agrarkrise heißt es im Frühjahr 1817 plötzlich, daß Johann Breitenhuber, Lorenz Steigenhofer, Mathias Wörthmüller, Veit Schörghuber und Martin Kaltenegger vom Damenstift die Erlaubnis erhalten, auf ihre Höfe ein Kapital von 1 050 Gulden aufzunehmen, um damit die allgemeine Not zu lindern und Saat- und Speisegetreide zu kaufen.

Wie bereits erwähnt, bot der Staat nach dem Erwerb der St. Veiter Dominikalien den neu gewonnenen Untertanen sogleich an, ihnen das Obereigentum an ihrem Grund und Boden zu jenen verbesserten Bedingungen abzutreten, wie sie überall für seine grundherrlichen Gefälle galten. Was nun die Hofmark St. Veit betrifft, so waren noch 1890 von jenen 45 Anwesen, die sich bereits 1829 hier befunden hatten, erst vierzehn abgelöst, so daß bei drei Viertel der Anwesen immer noch die Vereinbarungen aus dem Jahre 1848 galten¹⁶². Damals hatte der Gesetzgeber am 4. Juni¹⁶³ die gemessenen und die ungemessenen Naturalfrondienste, den Blutzehent und den Neubruchzehent, das Besthaupt und alle rein persönlichen Abgaben, die nicht an Grund und Boden hafteten, entschädigungslos beseitigt. Soweit dies bisher noch nicht geschehen war, wurden die übrigen Grundlasten "fixiert", also in jährlich unveränderliche Geldabgaben umgewandelt, die künftig "Bodenzinse" hießen. Sowohl die neu fixierten als auch die älteren ständigen Grundabgaben wurden nun für ablösbar erklärt, wobei die Zahlung entweder durch Erlegung einer einmaligen Ablössungssumme oder durch jährliche Abgeltung von 4 % dieses Ablösungskapitals erfolgen konnte. Zu bezahlen war dieser Zins bei den Staatsgefällen an die Staatskasse, so daß der Bodenzins die rechtliche Natur einer an den Staat zu entrichtenden Steuer annahm. In St. Veit erhielt also der Staat noch 1890 von 31 Anwesen jährlich 290 Gulden 18 Kreuzer an Bodenzins, denn dies waren 4 % des Ablösungskapitals von 7 254 Gulden 21 Kreuzer, das wiederum dem achtzehnfachen Betrag der in Geld fixierten Grundabgaben von 399 Gulden 16 Kreuzern gleichkam. Für St. Veit ist außerdem noch bemerkenswert, daß von 1848 bis 1885 insgesamt elf Häuseln neu entstanden beziehungsweise aus bisherigen Besitzungen ausgebrochen wurden, die Erbauer dieser Anwesen aber bereits beim

Kauf ihres Grund und Bodens zugleich auch das Ablösungskapital stellten und somit von Anfang an keine Bodenzinsen an die Staatskasse zu entrichten brauchten. Insgesamt kann man also festhalten, daß einerseits die Übernahme sämtlicher grundherrlicher Rechte durch das Damenstift die frühzeitige Ablösung des Obereigentums verhinderte, andererseits jedoch auch nach dem staatlichen Ablösungsangebot unter den Häuslern und Bauern der unmittelbaren Umgebung kein besonderes Interesse bestand, das Alleineigentum an Grund und Boden zu erwerben.

Der wesentliche Unterschied zu den Klosteraufhebungen von 1803 besteht nun darin, daß mit der Übernahme des Gesamtbesitzes und der kontinuierlichen Weiterführung des landwirtschaftlichen Betriebes eine Aufsplitterung des ehemaligen Klosterbesitzes von vorneherein verhindert wurde. Während der Staat zu Beginn des 19. Jahrhunderts den umfangreichen Besitz so vieler bayerischer Prälatenklöster zertrümmerte, um daraus eine ganze Reihe neuer Kleinbauernstellen zur Versorgung von beschäftigungslos gewordenen Handwerkern und Tagelöhnern entstehen zu lassen, blieb der St. Veiter Güterkomplex bis zu den Nachkriegsjahren des Ersten Weltkrieges nahezu unangetastet beisammen. Hatten Schloß und Gut St. Veit 1858 noch 949,76 Tagwerk umschlossen¹⁶⁴, und waren von 1864 bis 1918 erst 11,34 Tagwerk an Grund und Boden veräußert worden, so trennten die Verkäufe der Familie Hertling von 1920 bis 1924 mit insgesamt 156,96 Tagwerk¹⁶⁵ den bisher größten Teil vom Gesamtbesitz ab. Als deshalb 1934 die Erzbischöfliche Klerikalseminarstiftung Freising St. Veit erwarb¹⁶⁶, betrug die Fläche mit 780,16 Tagwerk nur noch etwas über 80 % des ehemaligen Klosterbesitzes.

Wie bei den einstigen Klostergebäuden, so änderten sich auch bei den kleinen "Häuseln" der Ortschaft St. Veit die Besitzverhältnisse nicht grundlegend durch die Klosteraufhebung. Standen dort 1752 30¹⁶⁷, 1781 31¹⁶⁸, 1806 32¹⁶⁹ und 1814¹⁷⁰ bereits 33 Anwesen mit einem Hoffuß von 1/16, so kam bis 1848 mit dem "Kallmair-Häusl" nur noch ein einziges Anwesen dazu¹⁷¹. Die Zunahme der Güter setzt hier also eindeutig nicht schon mit der Säkularisation ein, sondern erst nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Aufhebung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und der Aufhebung, Fixierung und Ablösung der Grundlasten vom 4. Juni 1848¹⁷², als die Häusler auch das Obereigentum an ihrem Grund und

Boden erhielten und deshalb in Zukunft frei über ihren Besitz verfügen konnten. Nun stieg die Zahl der Anwesen bis 1918 auch um 38,24 %, während sie in den vergangenen siebenzig Jahren ja nur um 9,67 % zugenommen hatte.

Tabelle 3: Die Anwesen der Ortschaft St. Veit, 1814-1918
(ohne ehemalige Klostergebäude, Pfarr- und Kooperatorienhaus)¹⁷³

Tagwerk	1814	1848	1918
0,1 - 0,49	11	11	24
0,5 - 0,99	6	4	4
1,0 - 1,99	7	7	5
2,0 - 2,99	2	4	4
3,0 - 3,99	2	4	3
4,0 - 4,99	2	3	1
5,0 - 5,99	-	1	3
6,0 und größer	-	-	3
keine Angaben	3	-	-
Zahl der Anwesen	33	34	47

Der Blick auf die Entstehung der neuen Besitzungen zeigt jedoch, daß diese Bewegung erst mit einiger Verzögerung eingesetzt hat. Denn von den dreizehn Absplitterungen, die in diesen Jahren aus den schon bestehenden Anwesen vorgenommen wurden, erfolgte nämlich die erste 1858, während von 1863 bis 1866 acht, in den siebenziger Jahren und zu Beginn des 20. Jahrhunderts jeweils zwei stattfanden¹⁷⁴. Die Größe der St. Veiter Anwesen blieb gleichfalls im wesentlichen unangetastet¹⁷⁵, so daß das ganze 19. Jahrhundert hindurch über 75 % der Güter unter drei Tagwerk blieben. Während aber bis 1848 rund 33 % der Häusl nicht einmal 0,5 Tagwerk erreichten, stieg ihr Anteil bis 1918 auf 51,5 %, da von den dreizehn neu entstandenen Anwesen lediglich drei diesen Umfang überschritten.

Die höhere Mobilität des Bodens kommt nun nicht allein in der zahlenmäßigen Zunahme der Anwesen oder in der Veränderung ihrer flächenmäßigen Ausdehnung zum Ausdruck, sie ist vielmehr ebenso deutlich am Anstieg der Besitzwechsel und damit gleichzeitig an der Abnahme jener Jahre zu erkennen, die ein einzelner Häusler seinen Grund und Boden in Händen hielt. Wechselten nämlich bis in die sechziger und frühen siebenziger Jahre des 19. Jahrhunderts die Anwesen im Durch-

schnitt alle dreißig Jahre den Besitzer¹⁷⁶, so nahm diese Zeitspanne bis zum Ende des Ersten Weltkrieges um rund zehn Jahre ab¹⁷⁷. Diese Zahlen können freilich nur ganz grobschlächtig die grundsätzliche Entwicklung aufzeigen, da sie sämtliche Einzelphänomene in ein Gesamtschema pressen, um dadurch zu einer allgemein gültigen Aussage zu kommen. Wirklich sichtbar wird der Wandel deshalb nur durch die Veranschaulichung an einzelnen Beispielen.

Am häufigsten wechselten die Besitzer nach 1869 beim 0,22 Tagwerk umfassenden "Limmer-Häusl". Hatte Joseph Kaymayr dieses Anwesen 1795 von seinem Vater erhalten¹⁷⁸ und 1820 an seinen Vetter weitergegeben¹⁷⁹, und hatte Jakob Kaymayr es dann 1857 seinem gleichnamigen Sohn überlassen¹⁸⁰, so wurde der schmale Besitz von 1869 bis 1906 neunmal verkauft und zusätzlich noch zweimal vertauscht. Daß bei diesen Käufen oder Verkäufen Gewinn und Verlust oft sehr nahe beieinander lagen, zeigt der Vergleich der Verkaufssummen zwischen 1889 und 1906. Mußte nämlich Johann Kurz 1889 für das Häusl noch 1 900 Mark bezahlen, so erhielt seine Tochter Petronilla im April 1904 von Maria und Franz Xaver Zeiser nur noch 1 575 Mark dafür, und gelang es dem Ehepaar Zeiser nur sechs Monate später, das Anwesen wiederum für 1 900 Mark an das Ehepaar Weichslgartner weiterzuveräußern, so konnte der Witwer Georg Weichslgartner bei seinem Verkauf an Anna Denk sogar einen Erlös von 2 050 Mark erzielen. Nicht ganz so abwechslungsreich verlief die Geschichte des 2,53 Tagwerk großen "Weinberg-Häusls". Hier erbte die Söldnerswitwe Elisabeth Hausberger 1857 das Anwesen von Joseph Grandinger¹⁸¹, der es wiederum 1827 durch Eheschließung der Ursula Kaimair erworben hatte¹⁸². Nachdem Elisabeth Hausberger ihren Besitz sogleich an Anna Maria Eder und ihren Bräutigam Bartholomäus Sabold übergeben hatte, kauften es 1871 Anna und Sebastian Bauer für 2 000 Gulden¹⁸³. Bis 1918 wechselte dieses Anwesen nun sechsmal den Besitzer, wobei die Verkaufssummen zwischen 2 200 Mark (1894) und 4 800 Mark (1917) lagen. Eine ähnliche Entwicklung kennzeichnet auch die Besitzgeschichte des 1,27 Tagwerk großen "Etzbauern-Häusls". Dieses Gut übergaben 1807 Jakob und Theresia Hofpointner ihrer Tochter Maria und deren Bräutigam Joseph Sailer¹⁸⁴, nachdem sie es selber seit 1778 besessen hatten¹⁸⁵. Als die Eltern gestorben waren, übernahm zwar

Mathias Sailer durch den Abfindungsvertrag mit den Geschwistern vom 11. Oktober 1853 zunächst einmal das Alleineigentum am "Etzbauern-Häusl"¹⁸⁶, doch veräußerte er es bereits sechs Jahre später für 1 773 Gulden an Andreas Grötzingen¹⁸⁷. Von 1859 bis 1918 wurde das Anwesen dann einmal vertauscht (1912) und weitere sechsmal verkauft: 1881 für 3 342 Mark an Blasius Schnürer, 1908 für 3 100 Mark an Joseph Glas, 1910 für 4 000 Mark an Anna und Franz Maschmann und 1911 für 3 000 Mark an Mathias Grötzingen.

Während nun die überwiegende Mehrheit der Häusler seit der Ablösung des Obereigentums wesentlich freizügiger über ihren Grund und Boden verfügten, gab es selbstverständlich auch weiterhin einzelne Anwesen, die über 35 oder gar 40 Jahre hinweg in den Händen eines Besitzers blieben. Diese Ausnahmen waren das "Baumgartner-Gütl"¹⁸⁸, das "Wienzierl-Gütl"¹⁸⁹, das "Hafner-Häusl"¹⁹⁰, das "Baumwollkrämer-Häusl"¹⁹¹, das "Fuderer-Häusl"¹⁹², das "Lederer-Häusl"¹⁹³, das "Kaspar-Häusl"¹⁹⁴, das "Wiesbauer-Gütl"¹⁹⁵ und das "Weiherchuster-Gütl"¹⁹⁶.

Die Zunahme der Anwesen und der gleichzeitig damit einsetzende Anstieg der Besitzwechsel hängen eng zusammen mit dem grundlegenden Wandel in der bisherigen Handhabung der Besitzübergabe.

Tabelle 4: Die Besitzwechsel der St. Veiter Anwesen, 1780-1918/19
(ohne ehemalige Klostergebäude, Pfarr- und Kooperatorenhaus)¹⁹⁷.

Art der Besitzübergabe	1780-1848	1848-1918/19
Vererbung	75 %	32 %
Verkauf	20 %	62 %
Tausch	5 %	6 %

Stand also bis zu den Reformgesetzen von 1848 die Besitzübergabe innerhalb der eigenen Familie eindeutig im Vordergrund, so dominierte nachher ebenso deutlich der Verkauf der Güter an Dritte. Da mit der Beseitigung des Obereigentums an Grund und Boden nicht nur der Verkauf, sondern auch der Erwerb eines Gutes wesentlich erleichtert worden war, brauchte von nun an die Weitergabe der Anwesen an die eigenen Familienangehörigen nicht mehr länger die hauptsächliche

Versorgungsmöglichkeit zu sein. Verkauf und Neuansiedlungen nahmen dann auch vor allem nach der Neufassung der Gesetze über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt vom 16. April 1868¹⁹⁸ in immer stärkerem Maße zu.

Fragen wir abschließend nach den Ursachen, weshalb auch noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts im ehemaligen Klosterdorf St. Veit rund ein Drittel der Häuseln weniger als 0,5 Tagwerk Grund und Boden besaßen und es keine Anwesen über sechs Tagwerk gab, so entdecken wir einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Besitzverhältnissen und der Berufsstruktur.

Tabelle 5: Die Berufsstruktur in der Ortschaft St. Veit, 1752-1856¹⁹⁹.

Beruf	1752	1833	1856
Schneider	4	1	1
Zimmerer	3	7	11
Weber	2	2	2
Schuhmacher	2	2	2
Bäcker	1	-	1
Fischer	1	1	1
Müller	1	1	1
Zinspropst	1	-	-
Gerichtsdienner	-	1	-
Schmied	1	1	1
Mauerer	-	2	2
Kramer	-	-	1
Gütler	-	-	3
Lederer	1	1	-
Tagwerker	13	15	8
Gesamtzahl	30	34	34

Bereits im Juni 1802 übernahm das Damenstift die sechzehn Dienstboten und zwanzig fest angestellten Tagwerker der ehemaligen Abtei²⁰⁰, mußte aber die Arbeit neu verteilen, da Klosterbinder, Konventsdiener, Aufwärter beim Prälaten, Torwart, Bote und Ausgeher nun nicht mehr länger ihre bisherige Tätigkeit ausüben konnten. Nachdem das Damenstift in den letzten Jahren die Verwaltung des Gutes eher vernachlässigt hatte

und sogar zur Verpachtung aller Äcker, Wiesen und Wälder geschritten war²⁰¹, erreichte die St. Veiter Landwirtschaft unter Maximilian von Speck-Sternburg einen letzten Höhepunkt. Nun fanden, nach der Beschreibung des Ökonomie-Inspektors August von Quentell, an "wirklichem Dienstpersonal" durchschnittlich sechs Frauen und sechzehn Männer eine feste Anstellung, während im Winter 30 bis 40 und im Sommer 45 bis 50 Tagwerker regelmäßig beschäftigt werden konnten; zur Erntezeit im Herbst wurden dann noch einmal zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt, aber nur für kurze Zeit und je nach Bedarf. Gingen mit der Aufhebung der Abtei auch die Aufträge an jene Handwerker und Gewerbetreibenden zurück, die den Konvent mit den Gebrauchsgütern des täglichen Lebens versorgt hatten²⁰², so wurden durch die Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes also weiterhin Knechte, Mägde und Tagelöhner, aber auch Schmiede, Schlosser, Zimmerer und Mauerer gebraucht. Solange jedoch diese Leute ein gesichertes Auskommen fanden, konnten auch die Schneider, Schuhmacher und Weber mit Aufträgen rechnen. Da damit aber in St. Veit die Versorgung der Dorfbewohner sichergestellt war, mußte kein größerer Besitz zerschlagen werden, um einer Reihe von arbeitslos gewordenen Handwerkern und Tagelöhnern mit der Überlassung kleiner Parzellen wenigstens das Existenzminimum garantieren zu können. Hier fanden die Häusler auch weiterhin Arbeit in ihren angestammten Berufen, so daß die Bestellung des eigenen Grund und Bodens nicht die einzige oder hauptsächliche Erwerbsquelle blieb, sondern als Zusatzverdienst höchst willkommen war.

Wirklich beschäftigungslos geworden ist 1802 eigentlich nur Franz Xaver Hornöck²⁰³, jener Maler also, der als einziger hochqualifizierter Kunsthandwerker im ausgehenden 18. Jahrhundert regelmäßig für das Kloster gearbeitet und in dessen Nähe gelebt hatte. Am 4. Juli 1752 in Schönau bei Eggenfelden als armer Mesnerssohn geboren, zog er vielleicht zuerst nach München und dann nach Neumarkt an der Rott, wo er am 10. November 1774 als Bürger und Maler zum erstenmal urkundlich faßbar ist und 1777 die Landshuter Brauerstochter Maria Katharina Hilz heiratete. Nachdem er über zehn Jahre lang im ganzen Neumarkter Landgericht tätig gewesen war, arbeitete Hornöck ab 1787 ausschließlich im Seelsorgegebiet des Klosters St. Veit. Nun entstanden der Aufsatz

auf dem St. Veiter Hochaltar, die Mutter Anna im Pfarrhaus von Hörbering, die heute verwitterten oder völlig übermalten Rosenkranzgeheimnisse auf dem Wallfahrtsweg nach Teising, die Himmelfahrtsmaria auf dem schmächtigen Altar der Lorenzi-Kapelle, das Altarblatt "Antonius von Padua" in der Schloßkapelle zu Adlstein und vor allem die Porträts der Äbte Marian Wieser, Gregor II Kirmayr, Maurus II. Aimer, Anselm Schuler und Cölestin Weighart, die zwei Tafelbilder "Fußwaschung" und "Letztes Abendmahl" sowie die vier Brustbilder adeliger Herren (Dietmar von Leonberg, Wolfram von Dornberg, Heinrich von Julbach, das Bildnis eines unbekannten Ritters). Durch den Ausfall des Klosters als Auftraggeber sah nun Franz Xaver Hornöck seine Existenz so stark bedroht, daß er am 17. Oktober 1803 in Salzburg um das Niederlassungsrecht nachsuchte. Da der Salzburger Polizeidirektor Hieronymus von Kleinmayer das Gesuch befürwortete, konnte der Umzug Hornöcks noch im selben Jahr abgewickelt werden. Als Franz Xaver Hornöck am 18. Januar 1822 in Salzburg starb, hatte sich der Themenkreis seiner Kunst entschieden gewandelt: an die Stelle der religiös-kirchlichen Thematik traten nunmehr genrehafte Darstellungen und Porträts.

II. Die Pfarrei St. Veit

Wie bereits eingangs erwähnt, übertrug Erzbischof Adalbert III. von Salzburg in der Urkunde vom 3. April 1171 den nach St. Veit umziehenden Mönchen auch die seelsorgerischen Aufgaben an der damals schon bestehenden St. Johanneskirche²⁰⁴. Diese Seelsorge wurde nun zur Grundlage der Pfarrei St. Veit, der neben den Kirchen in Neumarkt und Lamprechten auch noch die Kapellen in Teising, St. Lorenz und Adlstein angeschlossen waren²⁰⁵. Im Unterschied zu vielen Klöstern Altbayerns bestand in St. Veit jedoch niemals eine Trennung zwischen Kloster- und Pfarrkirche, da beide Funktionen von den Mönchen in ihrer Abteikirche ausgeübt wurden. Weil aber in St. Veit keine selbständige Pfarrkirche existierte, gab es hier auch jahrhundertlang kein eigenes Pfarrvermögen, kein an die Pfarrkirche gebundenes Einkommen, keine Pfründe oder Dotierungen dafür.

Solange nun die Abtei lebte und Konventualen die Pfarrei betreuten, fiel die enge institutionelle und personelle Verzahnung zwischen Kloster und Pfarrei nicht weiter ins Gewicht - sie mußte ja erst dann Schwierigkeiten bereiten, wenn man daran ging, das Stift aufzuheben und die Pfarrei auf selbständige Füße zu stellen. Als dies 1802 dann wirklich geschah, profitierte der Staat ein weiteres Mal von der Übernahme der Abtei durch das adelige Damenstift St. Anna zu München, denn nun mußte nicht er, sondern der neue Eigentümer die materiellen Grundlagen für die Weiterführung der Seelsorge bereitstellen²⁰⁶. Obwohl das Damenstift als Rechtsnachfolger des Klosters Pfarrei und Kirche zu unterhalten hatte, mußte es dennoch das Präsentationsrecht an den bayerischen Kurfürsten abtreten. Damit dem Damenstift, das ja ohnehin schon die Pensionen an die ehemaligen Mönche zu zahlen hatte, keine doppelte finanzielle Belastung erwuchs, erlaubte ihm jedoch Max IV. Joseph, das neu geschaffene Pfarrvikariat zunächst einmal mit Exreligiösen zu besetzen. Tatsächlich betreute die Pfarrei St. Veit auch von 1303 bis 1855 der jüngste ehemalige Konventual Cölestin Krempfsetzer, der bis 1309 allerdings noch den früheren Mitbruder und späteren Hörberinger Pfarrer Anton Heigenhuber zur Seite hatte²⁰⁷. Die Pfarreien Elsenbach, Feichten, Hörbering und Vilsbiburg, die zwar dem Benediktinerkloster inkorporiert, aber dennoch mit eigenen Pfründen und Dotierungen ausgestattet waren²⁰⁸, wurden ebenfalls in selbständige Pfarr-

vikariate umgestaltet und mit einem früheren Konventual besetzt²⁰⁹.

Während der Staat 1803 in ganz Bayern auch das Vermögen der ehemaligen Klosterpfarreien einzog²¹⁰ und diese Pfarreien dann nach einem einheitlichen Schema neu organisierte²¹¹, blieb in St. Veit bis 1815 alles beim alten. Erst als der Pfarrvikar Cölestin Kramplsetzer am 23. Dezember 1814 beim Ministerium des Innern vorstellig wurde und dringend darum bat, man möge doch endlich die schon 1802 in Aussicht gestellte Neuorganisation der Pfarrei St. Veit in Angriff nehmen²¹², wies die Regierung die untergeordneten Behörden an, die entscheidenden Schritte in die Wege zu leiten. Bereits am 27. April 1815 reagierte das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, indem es die Organisationsentwürfe des damenstiftischen Kanzleramtes, des Mühldorfer Landgerichtes und des bischöflichen Generalvikariats zu Freising an das Ministerium des Innern weiterleitete und in einem Gutachten ausführlich dazu Stellung nahm²¹³.

Das "Organisationsreskript" vom 4. Oktober 1815 folgte dann auch im wesentlichen den Vorschlägen des Generalkreiskommissariats²¹⁴, zumal hier ein gesunder Mittelweg gesucht und die weiteste Annäherung an den staatlichen Organisationsplan von 1806 erreicht wurde.²¹⁵ Nun erhob man St. Veit endgültig zur eigenständigen Pfarrei und unterstellte ihr auch noch die beiden Vikariate Elsenbach und Feichten. Da der St. Veiter Pfarrer aber nicht alle Aufgaben selber wahrnehmen konnte, gestand man ihm nicht nur für Elsenbach und Feichten jeweils einen eigenen Hilfspriester zu, sondern auch noch einen zur "Beyhilfe in der Seelsorge und zur Lesung der gestifteten Messen zu Neumarkt". Die materielle Ausstattung der Pfarrei lag ebenfalls im üblichen Rahmen: freie Wohnung für den Pfarrer und die Hilfspriester; 600 Gulden Gehalt für den Pfarrer und den freien Bezug der Stolgebühren; jeweils 300 Gulden Unterstützungssumme für die Hilfspriester; jährlich 60 Gulden Entschädigung für den Ausfall von 20 Tagwerk Grund. Während das Reskript das Pfarrvikariat zu Hörbering von St. Veit abtrennte und zu einer selbständigen Pfarrei ohne Hilfspriester aufstockte, wurde Vilsbiburg nun schon nicht mehr mit St. Veit in Zusammenhang gebracht.

Nach der Pfarrbeschreibung vom 17. November 1817²¹⁶ umfaßte die Pfarrei St. Veit den Markt Neumarkt an der Rott, die drei Ortsgerichte Adlstein, St. Veit und Teising, die fünf Dörfer Dörfl, Elsenbach, Feichten, Fraßbach und Hundham, die zwölf Weiler Anglsberg, Bernloh, Bubing, Buchet, Furth, Cauling, Gmain, Höllthal, Lamprechten, Mayrhof, Stetten und Wolfsberg sowie die 25 Einöden Altenmarkt, Berg, Brabelsberg, Buch, Edengrub, Edlmanngütl, Grandauergütl, Grusberg, Haberg, Hafenöd, Herrnreit, Höcken, Irlach, Kalteneck, Möslsberg, Plachenberg, Postmeistergütl, Reißlsberg, St. Lorenz, Schießstätte, Thomagrub, Waltersberg, Wasenmeister, Zanklgütl und Zeiler mit insgesamt 318 Häusern und 1373 Bewohnern. An Eingliederungen erlaubte das Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten am 2. Juli 1867 aus der Pfarrei Niederbergkirchen die Ortschaften Asenreith, Noppenberg, Straß und Westen, am 16. Oktober 1879 aus der Pfarrei Niedertaufkirchen den Weiler Oberscherm und am 10. August 1914 aus dem Hörberinger Pfarrsprengel die Ortschaften Eitlhub, Hickersöd und Kumpfmühle²¹⁷.

Hatten die von den Benediktinern in St. Veit mitbetreuten Pfarrsprengel immer zur Diözese Salzburg gehört, so führte auch hier die auf bayerische Hoheitsrechte ausgerichtete Politik Maximilians von Montgelas gleich zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu jenem Wechsel, der noch heute die bistumsmäßige Zuordnung Neumarkt-St. Veits bestimmt. Als nämlich Max I. Joseph am 23. April 1808 den Salzburger Erzbischof erneut aufforderte, "seine Diözesan- und Metropolitan-Gewalt, welche er bisher über Unser Staatsgebiet ausgeübt hatte, binnen vier Wochen vom 15. dieß (Monats) an gerechnet, den ihm bezeichneten inländischen Bischöfen und geistlichen Stellen zu übertragen"²¹⁸ und Hieronymus von Colloredo wirklich bereits am 11. Mai das ganze Bistum Chiemsee und den in Bayern gelegenen Sprengel des Salzburger Erzbistums abtrat²¹⁹, waren mit dem Archidiakonat Gars²²⁰ auch die Pfarrvikariate Elsenbach, Feichten, Hörbering und St. Veit dem Generalvikariat Freising unterstellt worden. Die Abtretung sollte zwar nur "provisorisch" sein und nur so lange dauern, bis sich der König von Bayern und der Papst auf eine endgültige Kirchenorganisation Bayerns geeinigt hätten, doch bestätigte das Konkordat vom 5. Juni 1817²²¹, oder noch genauer die Zirkumskriptionsbulle vom 8. September 1821²²², die frühere Vereinbarung.

Inzwischen hatte das königliche Reskript vom 28. Februar 1809 auch das traditionsreiche Garser Archidiaconat aufgelöst und das Freisinger Ordinariat aufgefordert, an seiner Stelle mehrere Landdekanate einzurichten²²³. An Richtlinien legte die Regierung dabei fest: der Sitz des Dekanats habe in der Mitte des Sprengels zu liegen und die Grenze mit dem Landgerichtsbezirk übereinzustimmen; außerdem müsse die Dekanatsstelle die einträglichste Pfarrei sein und der Dekan binnen eines Tages jede Pfarrei besuchen können. Da aber das Mühldorfer Landgericht am 22. März keinen konkreten Vorschlag unterbreitete, sondern Mettenheim und Oberbergkirchen als nicht ganz zufriedenstellende Alternativen anbot²²⁴, und vor allem das Freisinger Generalvikariat in den nur vorläufig unterstellten Jurisdiktionsgebieten noch keine größeren Veränderungen vornehmen wollte, konnte der Garser Erzdiakon Augustin Hacklinger noch bis zum 3. Februar 1813 im Amt bleiben²²⁵. Dann mußte er jedoch sein Amtssiegel endgültig dem Wasserburger Landrichter aushändigen und der Aufsplitterung seines Diakonatssprengels zustimmen, um weiterhin im Besitz der vom Staat gezahlten Pension bleiben zu können.

Währenddessen hatte man sich in Mühldorf auch schon unterm 26. Juni 1811 auf einen Kompromiß geeinigt und einen Vorschlag unterbreitet, der die Aufteilung des Landgerichtsbezirkes in die Landdekanate Mühldorf und Oberbergkirchen vorsah²²⁶. Mit der Annahme dieses Planes kamen dann Elsenbach, Feichten, Hörbering und St. Veit zusammen mit den Pfarrvikariaten Aspertscham, Buchbach, Lohkirchen, Niederbergkirchen, Niedertaufkirchen, Oberbergkirchen, Pleiskirchen, Ranoldsberg, Salmannskirchen, Schönberg, Steeg und Stephanskirchen an das Dekanat Oberbergkirchen. Heute ist freilich längst St. Veit Dekanatssitz, da die Neueinteilung der Diözesen des Erzbistums München und Freising vom 1. Juli 1924 dieses Amt von Oberbergkirchen auf den Vitusberg verlegte, nicht ohne aber noch vorher Buchbach auszugliedern und dem Dekanat Velden zuzuschlagen²²⁷.

B) DIE STAATLICHE VERFASSUNG

I. Das Land- und Amtsgericht Neumarkt an der Rott

Bis zur Aufhebung der Pfliegergerichte und der Ernennung provisorischer Landrichter im Jahre 1799 bestand in Altbayern ein grundsätzlicher Unterschied zwischen dem Pfliegamt und dem Landgericht. Während der Pflieger die Land- und Kirchenpolizei, die Burghut und das Kammerwesen besorgte, oblag dem Landrichter die streitige Gerichtsbarkeit mit dem Blutbann. Damit war das Pfliegamt eine Verwaltungseinheit, das Landgericht hingegen Hoch- oder Blutgericht. Da sich beide Amtsbezirke häufig deckten, zog man seit dem späten 16. Jahrhundert das Richteramt zumeist ein und übertrug dessen Funktion dem Pflieger. Die damit geschaffene Einheit von Verwaltung und Justiz hieß dann Pfliegergericht¹. Die Pflieger waren somit keine lebendige Brücke zwischen Fürst und Untertan, sondern Organe der Herrschaft, die den Willen der Zentralgewalt bis in den letzten Einödhof durchsetzten: Sie hatten auf dem flachen Land die Militärhoheit und die Steuergewalt inne, sie sorgten letztlich für die gesamte öffentliche Sicherheit und sie fällten die Urteile über Leben und Tod, entschieden über Fragen des Lehen, Eigen und Erbes.

Das Gebiet des späteren Pfliegergerichts Neumarkt an der Rott entwickelte sich aus dem Schrankenbezirk Neumarkt vor dem Jahre 1315². Bis 1373 saßen an der Neumarkter Schranne die Richter von Biburg zu Cericht, aus deren Amtssprengel das Pfliegergericht Neumarkt offensichtlich ausgebrochen wurde. Am 16. Mai 1378 erscheint nun Hanns der Eckher auch als Neumarkter Richter, nachdem er noch 1369 hier nur Pflieger genannt wurde. Obwohl es bereits 1306 einen Richter Ruprecht zu Neumarkt gegeben haben soll und auch 1315 ein Gericht Neumarkt urkundlich erwähnt wird, muß doch 1378 als das Geburtsjahr des Pfliegergerichts Neumarkt gelten, da die früheren Angaben einer kritischen Quellenüberprüfung nicht standhalten. Wesentlichen Anteil an der Entstehung des Pfliegergerichts hatte freilich der Markt Neumarkt an der Rott, denn er bot sich als eigenes Gerichtszentrum für jene Besitzungen des Herzogs förmlich an, die südlich der Rott lagen und damit von Vilsbiburg aus nicht mehr effektiv genug betreut werden konnten.

Nach der Auflösung der kleineren Pflügen Massing und Ganghofen im Jahre 1600³ grenzte das Pflüggericht Neumarkt an die Pflüggerichte Kling, Kraiburg, Neuötting, Vilsbiburg, Eggenfelden und Erding, an die Landgerichte Mörmoosen und Haag sowie an das Stadtgericht Mühldorf⁴. Es war unterteilt in die drei Schergenämter Neumarkt, Schörzing und Irl, die wiederum in 29 Obmannschaften zerfielen, und umfaßte noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts unmittelbar 1 135 Anwesen⁵. Mittelbar unterstanden ihm zu diesem Zeitpunkt sogar 2 118 Anwesen - sie verteilten sich auf den herzoglichen Markt Neumarkt an der Rott, auf 27 Hofmarken und Edelsitze, auf die 81 einschichtigen Güter von 14 Hofmarken und Edelsitzen, die in anderen Gerichten lagen, und schließlich auf jene drei Hofmarken und drei Ämter des Mühldorfer Vogt- und Propsteigerichtes, die auf seinem Territorium lagen. Außer der Benediktinerabtei St. Veit und den beiden Augustiner-Chorherrenstiften Au und Gars lagen noch dreizehn Pfarreien innerhalb der Pflüggerichtsgrenzen, wobei lediglich Oberbergkirchen durch seine Zugehörigkeit zum Stift St. Wolfgang bei Haag nicht unter die Zuständigkeit des Erzbischofs von Salzburg fiel.⁶

Nachdem das Gericht bereits seit 1651 ununterbrochen von Pflügsverwaltern betreut und 1736 sogar mit allen Amtsnutzungen dem Ritterorden des Hl. Georg übertragen worden war, brachte auch hier das Jahr 1799 die Umwandlung des bisherigen Pflüggerichts in ein provisorisches Landgericht⁷. Die endgültige Aufhebung erfolgte schließlich vier Jahre später, als Bayern am 24. November 1802 die salzburgische Stadt Mühldorf in seinen Besitz genommen und acht Wochen darauf auch dort die eigenen Gesetze verkündet hatte. Nun löste man neben dem Mühldorfer Stadt-, Vogt- und Propsteigericht auch die Landgerichte Neumarkt, Kraiburg und Mörmoosen auf und bildete am 12. Dezember 1803 aus ihren Sprengeln das neue Landgericht Mühldorf⁸. Bei der Bildung der Kreise des Königreiches Bayern kam Mühldorf zwar am 21. Juni 1808 zunächst zum Salzachkreis, wurde dann aber bereits am 23. September 1810 dem Isarkreis zugeschlagen, so daß es bei der Umbenennung der Kreise in nach Volksstämmen benannte Regierungsbezirke am 29. November 1837 dem Bezirk Oberbayern angehörte⁹. Unmittelbar vor dieser Reform umschloß das Landgericht eine Fläche von 12,18 Quadratmeilen, auf der

6821 Familien oder 28 808 Einwohner lebten - und war damit hinter dem Landgericht Erding der zweitgrößte Gerichtsbezirk des Isarkreises¹⁰.

Inzwischen hatten freilich bereits massiv Bestrebungen zur Teilung des Landgerichtes eingesetzt, da immer mehr Gemeinden über die zu weite Entfernung vom Gerichtssitz klagten¹¹. Mit dem Hinweis, ihr sei bekannt geworden, daß das Landgericht Mühldorf aufgeteilt werden solle, bewarb sich nach Dorfen und Haag auch die Marktgemeinde Neumarkt am 2. Juli 1818 um die Wiederbestellung des ehemaligen Gerichtssitzes. Noch war die Bewerbung zu früh, und es dauerte weitere zwanzig Jahre, bis das Mühldorfer Landgericht dann auch tatsächlich wegen seiner großen Ausdehnung in die Gerichte Haag, Mühldorf und Neumarkt an der Rott unterteilt wurde. In Neumarkt erfolgte die Formation des Landgerichtes I. Klasse auf der Grundlage der beiden Eingaben beim Ministerium des Innern von 1824, so daß es beim offiziellen Arbeitsbeginn am 1. Oktober 1838 über 12 002 Einwohner verfügte, die sich über die 28 Landgemeinden Aspertsham, Buchbach, Eggkofen, Elsenbach, Feichten, Gumattenkirchen, Harpolden, (Hof)thambach, Hörbering, Irl, Lohkirchen, Neumarkt, Niederbergkirchen, Niedertaufkirchen, Oberbergkirchen, Oberhofen, Ranoldsberg, Roßbach, Salmannskirchen, Schönberg, Stephanskirchen, Tegernbach, St. Veit, Walkersaich, Weilkirchen, Wiesbach, Wolfsberg und Zangberg verteilten¹². Um seinen großen Gerichtsbezirk ordentlich verwalten zu können, erhielt der Landrichter zwei Assessoren, einen Taxbeamten, einen Rechtspraktikanten, drei Schreiber und drei Gerichtsdienner zur Seite gestellt¹³.

Als man am 10. November 1861 im Königreich Bayern die allgemeine Verwaltung endgültig von den Justizangelegenheiten trennte¹⁴, blieb das Landgericht Neumarkt als unterste Behörde der Rechtspflege erhalten, während die Verwaltungsangelegenheiten nun vom neu errichteten Bezirksamt Mühldorf wahrgenommen wurden¹⁵. Die nächste Änderung fand im Jahr 1879 statt, da das Reichsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877, das darin angekündigte Ausführungsgesetz vom 23. Februar 1879 sowie die Verordnung über die Bestimmungen der Gerichtssitze und über die Bildung der Gerichtsbezirke vom 2. April 1879 die neuerliche Umgestaltung der Gerichts- und Verwaltungsorganisation nach sich zog. Aufgehoben wurden nun die bisherigen Stadt- und Landgerichte, die

Bezirksgerichte, die Appellationsgerichte und der oberste Gerichtshof. An ihre Stelle traten das Amtsgericht, das Landgericht neuer Ordnung, das Oberlandesgericht und das Oberste Landgericht in München¹⁶. Für Neumarkt an der Rott hieß dies, daß das Landgericht in ein Amtsgericht mit Grundbuch umgewandelt und dem Landgericht neuer Ordnung in Landshut unterstellt wurde¹⁷, nachdem es seit Juli 1862 dem Bezirksgericht Wasserburg angeschlossen war¹⁸. Von 1879 an war der Neumarkter Amtsrichter also für alle Streitfälle unter einer Streitwertgrenze von 300 Mark und für das gesamte Konkursverfahren zuständig, während ihm von den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nur jene Gegenstände zufielen, welche einer gerichtlichen Prüfung, Bestätigung oder Beschlußfassung bedurften. Nachdem die Amtsgerichtsverfassung im 20. Jahrhundert mehrfach geändert worden war, wurde das Amtsgericht Neumarkt im Zusammenhang mit der auf "Einräumigkeit von Verwaltung und Gerichtsbarkeit" abzielenden Landkreisgebietsreform am 1. Januar 1970 aufgehoben und sein Bezirk dem Amtsgericht Mühldorf angegliedert¹⁹. Heute besteht deshalb in der Stadt Neumarkt - St. Veit nur noch ein Notariat, das seit dem Gerichtsverfassungsgesetz von 1861 im Land- und späteren Amtsgericht Neumarkt für die Fälle der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuständig war, die nicht einer gerichtlichen Klärung bedurften²⁰. Da die örtliche Organisation der Notariate weitgehend im Umfang der ursprünglichen Einrichtung erhalten bleiben, besorgen die Notare als öffentliche Beamte die ihnen übertragenen Aufgaben weiterhin auch an Orten, an denen die ehemaligen Land- oder Amtsgerichte längst aufgehoben sind.

II. Das Rentamt Neumarkt

1. Einrichtung, Werdegang, Aufhebung

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Gerichts- und Verwaltungsorganisation und dem Beginn des Aufbaues einer ausschließlich staatlichen Steuerverwaltung wurden mit der Verordnung vom 24. März 1802 die neuen Rentämter als selbständige, von den Landgerichten unabhängige Behörden zur Besorgung der Kameralgeschäfte errichtet²¹. Als einheitlich organisierte Unterbehörden der Finanzverwaltung dienten sie somit der Einnahme und Verrechnung der Staatsgefälle, der Verwahrung der bei den Landgerichten erlegten Depositen, der Aufsicht über Staatsstraßen, -wege und -brücken, der Forstkontrolle, der Verwaltung aller Kircheneinnahmen an Grundgilden und der Bereitstellung der Besoldung des Gerichtspersonals. Mit der Verordnung zur Einführung der Reichsfinanzverwaltung vom 27. September 1919 wurden mit Wirkung vom 1. Oktober die bayerischen Rentämter zu Reichsämtern, und zwar unter der Bezeichnung "Finanzämter"²².

Dieser Trennung des Steuerwesens von der übrigen Verwaltung hatte es Neumarkt zu danken, daß es am Beginn des 19. Jahrhunderts wenigstens noch Sitz einer kleineren staatlichen Behörde blieb. Bereits Anfang Januar 1804 wurde hier ein Rentamt errichtet, dessen Bezirk den größeren Teil des eben erst aufgehobenen Landgerichtes umfaßte²³. Während von Mühlendorf aus alle Gefälle der ehemaligen salzburgischen Besitzungen und der früheren Landgerichte Kraiburg und Mörmosen eingehoben wurden, fielen unter die Zuständigkeit des Neumarkter Rentamtes nur jene Steuerpflichtigen, die einst auch niedergerichtlich dem Landgericht Neumarkt angehört hatten oder immer noch von der örtlichen Marktkammer betreut wurden. In der Praxis stellte sich diese Trennung freilich bald als Nachteil heraus, da die ehedem land- und vogteigerichtlichen Untertanen so untereinander vermischt waren, daß eine eindeutige Zuordnung mitunter nicht mehr vorgenommen werden konnte. In seinen "Bemerkungen über den Zustand des Landgerichtes Mühlendorf" vom Januar 1807 kommt deshalb der Landgerichts-Aktuar Hilger zu folgendem Urteil: "Diese Verfassung veranlaßt auch bei der größten Aufmerksamkeit ... der ... rentämtlichen Geschäftsführung viele Irrungen und Fehler"²⁴.

Geändert wurde diese Verfassung freilich bereits ein Jahr später, denn nun teilte der Mühldorfer Landrichter, gemäß der Verordnung vom 13. Mai 1808²⁵, seinen gesamten Gerichtssprengel in 48 Steuerdistrikte ein²⁶. Noch bevor diese Steuerdistrikte zu Steuergemeinden umgewandelt wurden, hob die Regierung des Isarkreises das Rentamt Neumarkt mit Wirkung vom 1. Oktober 1828 auf und gliederte dessen Amtssprengel dem Rentamt Mühldorf ein²⁷. Bei dieser Zuordnung blieb es bis zum heutigen Tag, da die Marktgemeinde Neumarkt an der Rott im Dezember 1861 zwar noch einmal den Antrag auf Wiedereinrichtung eines selbständigen Rentamtes gestellt, das Ministerium der Finanzen dieses Gesuch aber im Februar 1862 mit der Begründung abgelehnt hatte, daß das Rentamt Mühldorf bisher alle Aufgaben zur vollen Zufriedenheit ausgeführt habe und die Bildung eines weiteren Rentamtes deshalb völlig überflüssig sei²⁸.

Als Rentbeamter stand der Neumarkter Behörde vom Januar 1804 an der Lizentiat der Rechte Korbinian Hauner²⁹ vor, dem im Oktober 1825 dann Joseph Buxbaum nachfolgte³⁰; die beiden Beamten erhielten jährlich an fester Besoldung 1 200 Gulden und 24 Klafter Holz, waren mit 1 % an den gesamten Einnahmen des Rentamtes beteiligt und bekamen eine Wohnung zur freien Benützung gestellt, die zusammen mit den anliegenden Gründen einem Mietzins von 200 Gulden im Jahr entsprach³¹. Korbinian Hauner (1775-1838), der Sohn eines Wasserburger Posthalters und Vater des berühmten Münchner Kinderarztes August Hauner (1811-1883), war bis zur Aufhebung der Abtei im Jahr 1803 Hofmarksrichter in Frauenchiemsee. Er hatte dieses Amt am 10. April 1801 von Joseph Fleißner übernommen, der nach 30 Dienstjahren mit einer Rente von 100 Gulden in Pension geschickt worden war. Am 21. April 1801 erklärte sich Hauner nun bereit, für die Übernahme des Richteramtes an die Familie Fleißner ein "Aversum" von 2 500 Gulden zu entrichten, zahlbar in jährlichen Raten von 300 Gulden. Diese Aufbesserung der Pension und das Recht, gegen eine geringe Entschädigung auch weiterhin das klösterliche Richteranwesen mit Gärten und Nutzflächen bewohnen zu dürfen, sicherten Anna Maria Fleißner und ihren dreizehn Kindern auch dann noch den Lebensunterhalt, als Joseph Fleißner kurz darauf starb. Mit der Aufhebung der Abtei verlor die Witwe die 100 Gulden Pension ihres Mannes, das Wohnrecht im Richterhäusl und den bisherigen Arbeitsplatz, so daß sie von nun an einzig auf die

Zahlungen Korbinian Hauners angewiesen war. Hauner, der inzwischen das Amt des Hofmarkrichters aufgegeben und den Ort bereits verlassen hatte, sah sich jedoch jeglicher Verpflichtungen der Familie Fleißner gegenüber entbunden, da im damaligen Vertrag ausdrücklich festgehalten worden war, daß das Aversum "niemals auf der Person" hafte, sondern "immer als ein Ausfluß vom Dienst betrachtet" werden müsse. Anna Maria Fleißner hingegen war keinesfalls gewillt, die Einstellung der Zahlungen einfach hinzunehmen - sie reichte wiederholt Beschwerden bei höchsten staatlichen Stellen ein. Im Grunde genommen kämpfte sie freilich von Anfang an auf verlorenem Posten, denn als Korbinian Hauner den Rechtsweg beschritt, wurde die Klage der Anna Maria Fleißner mit dem Hinweis auf die eindeutige Rechtslage abgewiesen: Als königlicher Rentbeamter sei Hauner keineswegs noch verpflichtet, Forderungen nachzukommen, die er einst als klösterlicher Hofmarkrichter eingegangen sei.

2. Die Steuerdistrikte

Wie vom Gesetzgeber ausdrücklich zugestanden, nahm das Landgericht Mühldorf bei der Bildung der Steuerdistrikte keine Rücksicht auf die niedergerichtliche oder grundherrliche Zugehörigkeit der einzelnen Siedlungen, so daß zum Beispiel der Steuerdistrikt Neumarkt an der Rott den Markt Neumarkt, die Obmannschaft Neumarkt, die Ortschaft Straß aus der Obmannschaft Niederbergkirchen und die beiden gutsherrlichen Gerichte Adlstein und St. Veit umschloß³², während andererseits Steuerdistrikte wie Aspertsham, Feichten und Ranoldsberg genau einer Obmannschaft entsprachen³³. Auf das Rentamt Neumarkt entfielen bei dieser Landgerichtseinteilung insgesamt 21 Steuerdistrikte mit zwei Märkten, 67 Dörfern, 158 Weilern und 292 Einöden, 2641 Familien und 11755 Bewohnern³⁴. Über die meisten Einwohner verfügten dabei die Steuerdistrikte Neumarkt und Buchbach; im Gegensatz zu Neumarkt hatte aber Buchbach die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht im Markt selber, sondern in den umliegenden Ortschaften³⁵. Obwohl im Steuerdistrikt Aspertsham überdurchschnittlich viele Wohngebäude standen, besaß er mit 322 Bewohnern die geringste Bevölkerung, dicht gefolgt von Gumattenkirchen, Oberhofen und Feichten.

Tabelle 6: Die Steuerdistrikte im Rentamt Neumarkt 1810/1815³⁴.

Steuerdistrikt	Umfang				Bevölkerung		
	Märkte	Dörfer	Weiler	Einküden	Wohngab.	Fläche	Familien
Aspertsham	-	1	8	19	106	2 954,96	64
Buchbach	1	8	8	28	235	5 324,76	257
Egglkofen	-	3	4	3	92	3 253,10	112
Elsenbach	-	5	1	15	91	4 593,06	95
Feichten	-	3	2	9	71	3 370,06	73
Gnattonkirchen	-	1	8	10	60	2 677,24	72
Hörbering	-	3	8	12	86	4 146,86	88
Irll	-	5	7	13	107	4 241,37	109
Lohkirchen	-	2	11	16	100	4 287,43	94
Neumarkt	1	1	10	7	241	4 486,43	392
Niederbergkirchen	-	3	10	10	83	4 518,56	95
Niedertaufkirchen	-	6	9	14	131	3 872,60	184
Oberbergkirchen	-	1	5	14	107	3 821,47	119
Oberhofen	-	1	9	13	48	3 315,97	68
Randolfsberg	-	1	14	17	94	3 712,71	111
Roßbach	-	2	5	19	67	3 362,08	91
Schönberg	-	5	10	13	99	4 451,17	126
Schwindegg	-	5	7	7	125	3 204,35	193
Stephanskirchen	-	3	9	31	99	4 579,81	122
Thambach	-	3	6	13	69	4 131,74	73
Zangberg	-	5	7	9	87	2 853,90	103
Summe	2	67	158	292	2208	81 159,63	2641
							11755

(Fläche in Tagwerk und Dezimalen)

Die erheblichen Unterschiede in den Bevölkerungszahlen sind ganz gewiß einerseits darauf zurückzuführen, daß in jenen Steuerdistrikten, in denen Märkte oder mehrere größere Dörfer lagen, sich wesentlich mehr Menschen ballten, als in Bezirken mit überdurchschnittlich vielen Weilern oder Einöden. Andererseits kann ihre Ursache auch in der verschiedenen Größe der steuerlichen Bezirke liegen, so daß die Bevölkerungsdichte erheblich von den absoluten Einwohnerzahlen abweichen konnte. Für die flächenmäßige Ausdehnung der einzelnen Steuerdistrikte und des Rentamtes insgesamt besitzen wir zwei Quellen, die sich in ihren Angaben und somit auch in ihrem Aussagewert erheblich voneinander unterscheiden. Die erste Quelle sind die Gütererhebungen des Ministers Montgelas aus dem Jahre 1810, die für jeden einzelnen Steuerdistrikt Flächenangaben über Äcker, Gärten, Wiesen, Wälder, Ortschaften, Seen und Weiler enthalten³⁶. Diese Erhebung ist jedoch keine Statistik im heutigen Sinne, wo eine Zählung an einem bestimmten Stichtag durchgeführt wird, sondern eine Aufstellung, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckte und die in erster Linie einer allgemeinen Orientierung über die Verhältnisse in den einzelnen Verwaltungsbezirken diente³⁷. Die zweite Quelle sind die Rustikalsteuernkataster von 1815, die für jedes im Steuerdistrikt liegende Gebäude, für jede Wiese und für jeden Garten, Acker und Wald den Besitzer, den Erwerbstitel, die Bonität, die Grundsteuerbelegung und die grundherrliche Zugehörigkeit nennen, darüberhinaus aber auch detaillierte Angaben über die flächenmäßige Ausdehnung machen³⁸. Wenn man nun hier alle Flächenangaben zusammenzählt, so erhält man zuerst den Umfang der 21 Steuerdistrikte und durch weitere Addition den des Rentamtes. Berechnungen dieser Art haben nun ergeben, daß das Rentamt Neumarkt 1815 über eine Fläche von 81 159 Tagwerk 63 Dezimalen verfügte, denen 31 922 9/16 Tagwerk aus der Montgelas-Statistik gegenüberstanden. Fast 50 000 Tagwerk Differenz sind freilich nicht mehr damit zu erklären, daß die Gütererhebungen Montgelas vielfach auf Schätzungen beruhten und die Bauern, um möglichst gering besteuert zu werden, für ihren Grund und Boden Flächenzahlen angaben, die deutlich unter dem wirklichen Umfang lagen. Hier muß neben dem Rüstzeug der modernen Statistik auch die Sorgfalt bei den Erhebungskommissaren gefehlt haben, so daß die Flächenangaben der Montgelas-Statistik zumindest

für unser Gebiet ziemlich wertlos sind. Wesentlich glaubwürdiger sind freilich die Mitteilungen zur Topographie und zur Bevölkerung, wie Vergleiche mit Katastern, Pfarr- und Landgerichtsbeschreibungen ergeben haben. Was nun die Zuverlässigkeit der Rustikalsteuernkataster von 1815 betrifft³⁹, so ist sie, trotz aller Meßungenauigkeiten und Fehler im Detail, insgesamt überraschend hoch. Dazu zwei Beispiele. Erstens: Das 1838 wieder begründete Landgericht Neumarkt, das mit Ausnahme Schwindeggs ausschließlich aus den Steuerdistrikten des ehemaligen Rentamtes Neumarkt gebildet worden war, erstreckte sich über eine Fläche von 79 101 Tagwerk oder 4,90 Quadratmeilen⁴⁰ - und war damit nur um 1,5 % größer als das um Schwindegg verkleinerte Neumarkter Rentamt. Zweitens: Nachdem der Steuerdistrikt Hörbering ohne territoriale Veränderungen in die gleichnamige Steuergemeinde umgewandelt worden war⁴¹, betrug der Unterschied zwischen den Flächen nur 3,17 %, da sich der Steuerdistrikt 1815 über 4 146 Tagwerk 86 Dezimale und die Steuergemeinde 1856 über 4 277 Tagwerk 39 Dezimale erstreckte⁴². Wenn wir abschließend noch die Angaben des Rustikalsteuernkatasters von 1815 als Grundlage nehmen und daraufhin die Flächen der einzelnen Steuerdistrikte miteinander vergleichen, so fällt auf, daß die Instruktion von 1808 nur zum Teil wortgetreu verwirklicht wurde. Wie vom Gesetzgeber gefordert, hatte man hier zwar geographisch zusammenhängende und in sich geschlossene Distrikte gebildet, dafür jedoch keine Rücksicht auf die Forderung nach einer einheitlichen Größe genommen. Im Gegenteil, hier standen sich Bezirke gegenüber, deren Fläche bis zu 50 % differieren konnten. Als dann 1818 die politischen Gemeinden endgültig formiert wurden, griff man deshalb nur mit erheblichen Modifizierungen auf die bereits bestehenden Gebiete der Steuerdistrikte zurück.

III. Die politischen Gemeinden

1. Die Gemeindeverfassung im alten Reich

Im kurbayerischen Recht bestanden zwischen den Stadt- und Marktgemeinden einerseits und der großen Menge der Dorfgemeinden andererseits grundsätzliche strukturelle Unterschiede⁴³, die das heutige Recht mit seiner Definition der politischen Gemeinden als Selbstverwaltungskörper und unterstem Organ der Staatsverwaltung nicht mehr kennt⁴⁴. Will man dennoch Vergleiche anstellen, so erkennt man auf den ersten Blick, daß noch am ehesten die Verfassung der Städte und Märkte dem heutigen Begriff der Gemeinden entsprechen, denn sie besaßen auf Grund jeweils verliehener Freiheiten Sonderrechte, die es ihren Bürgern gestatteten, die eigenen Belange selber zu regeln und über sich selber Gericht zu sitzen. Der Grad der Selbstverwaltung und der Jurisdiktion war freilich je nach Entstehung, Privilegierung, Größe und Bedeutung des Ortes sehr unterschiedlich. So konnten zum Beispiel die Regierungsstädte München, Landshut, Burghausen, Straubing und Ingolstadt die Hochgerichtsbarkeit erlangen, während alle anderen Städte und ein Großteil der Märkte nur die niedere Gerichtsbarkeit besaßen und vor allem jene Märkte, die Teile von Hofmarken waren, sich sogar mit einer geringeren als der hofmärkischen Jurisdiktion begnügen mußten. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts bildete sich schließlich überall der Stadt- oder Marktrat als erstes Organ der kommunalen Selbstverwaltung. Als sich jedoch mit dem Wachstum der Städte die Abhaltung von Gemeindeversammlungen als zu schwerfällig erwies, als ferner die altbürgerlichen Familien sich immer deutlicher von der übrigen Bevölkerung absetzten und den Rat zu beherrschen begannen, die übrigen Bürger aber dennoch zäh an ihrem Recht der Mitwirkung am Gemeinwesen festhielten, da entstand im Laufe des 14. und im beginnenden 15. Jahrhundert neben dem bisherigen Rat ein zweites Kollegium. Obwohl die Kompetenzabgrenzung nicht immer scharf durchgehalten wurde, dürfte im allgemeinen der ältere oder innere Rat die obrigkeitlichen Rechte innegehabt und somit die eigentliche Selbstverwaltung ausgeübt haben, während dem jüngeren

oder äußeren Rat in erster Linie eine beratende oder kontrollierende Funktion zukam. Dennoch blieb auch nach der Errichtung des äußeren Rates der Gesamtgemeinde eine beschränkte Teilnahme, und zwar besonders bei Wahlen zu städtischen Ämtern oder bei der Erlassung neuer Satzungen. Je nach Größe und Bedeutung der Städte und Märkte bestand das innere Ratskollegium aus vier bis zwölf Mitgliedern, das äußere aus acht bis vierundzwanzig Abgeordneten, die in einem indirekten Wahlverfahren durch Wahlmänner gewählt wurden. An der Spitze des Gemeinwesens stand schließlich der Kammerer, der seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert auch Bürgermeister genannt wurde.

Ganz anders sahen nun die Verhältnisse bei den Dörfern, Weilern und Einöden des flachen Landes aus. Da es neben den Städten und Märkten auch den großen geistlichen und weltlichen Grundherren gelungen war, die Niedergerichtsbarkeit über die eigenen Grundholden aus dem landesherrlichen Gerichtsverband herauszulösen und sich selber anzueignen, unterstanden am Ende des 18. Jahrhunderts nur noch 11 % der gesamten Bauernschaft unmittelbar der Gewalt des Landesherren⁴⁵. Während aber nun bei den einschichtigen Gütern und bei jenen Besitzungen, die innerhalb der Territorien der Herrschaften, Hochstifte, Hofmarken, Sitze, Städte und Märkte lagen, der Gerichtsherr auch die Polizeiherrschaft besaß, übten sie bei den unmittelbaren Gerichtsuntertanen die Landrichter oder Pfleger selber aus. Damit das Land- oder Pfliegergericht diese Aufgaben und Rechte auch effektiv genug wahrnehmen konnte, wurden die weiteren Gerichtsbezirke in Schergenämter und diese wiederum in Haupt- oder Obmannschaften gegliedert. Als kleinste Verwaltungseinheit dienten die Haupt- oder Obmannschaften dann der Musterung der wehrhaften Mannschaft, der Besteuerung und der Einziehung des Scharwerks, doch besaßen die vom Staat eingesetzten Haupt- oder Obleute nicht die Polizeiherrschaft, sondern lediglich eine Aufsichts- und Meldepflicht gegenüber den landesherrlichen Amtsmännern oder Schergen, die den Landesrichter oder Pfleger an Ort und Stelle vertraten. Alles in allem kannten also die bayerischen Landgemeinden vor 1800 keine Selbstverwaltungs- oder Polizeirechte heutiger Art. Wie Pankraz Fried nachgewiesen hat, bedeutet dies aber nicht, daß es dort überhaupt kein politisch-genossenschaftliches Leben zeitgeschichtlichen Zuschnitts gegeben hätte⁴⁶.

Im Gegenteil; besaßen die Hofmarkbewohner Mitspracherechte bei der Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und der Ernennung herrschaftlicher Funktionäre, so konzentrierte sich das gemeindliche Leben in den landgerichtsunmittelbaren Gemeinden "in erster Linie auf die gemeinsamen wirtschaftlichen Anliegen ... wie Flurordnung, angemessene Verteilung der Gemeindennutzungen und die Verwaltung aller übrigen örtlichen Angelegenheiten, wie Unterhaltung der Zäune, Wege, Stege, Brunnen und der damit verbundenen Gemeindelasten"⁴⁷. Während also die Bewohner der bayerischen Hofmarksgemeinden an der Ausübung von Herrschaft und Gerichtsbarkeit beteiligt waren, beschränkte sich das Mitspracherecht bei den landgerichtlichen Dorfgemeinden auf den Bereich der "bäuerlichen Wirtschaftsgenossenschaft"⁴⁸, so daß die eigentliche Aufsichts- und Polizeigewalt weiterhin dem Amts- und Vollzugspersonal der Niedergerichtsherren überlassen blieb.

Vor 1800 standen in Bayern somit den mit Rechtsfähigkeit ausgestatteten Stadt- und Markgemeinden eine große Zahl ländlicher Dorfgemeinden gegenüber, die diesen Status nicht besaßen und dementsprechend keinen echten Verwaltungsbereich ausfüllten. Das altbayerische Dorf selber war deshalb keine Rechtseinheit und nicht die unterste Verwaltungseinheit des Staates, sondern lediglich ein mehr oder weniger loser Siedlungszusammenhang, der in erster Linie durch die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Bauern und durch die Unterstellung unter dieselbe Obrigkeit hergestellt wurde. Die Gemeindeverfassung des alten Reiches brach schließlich am Beginn des 19. Jahrhunderts auseinander, als Maximilian von Montgelas und seine Nachfolger die Selbstverwaltung der Städte und Märkte beseitigten, die Vielzahl der verschiedenen Stadt- und Marktverfassungen für das ganze Staatsgebiet vereinheitlichten und genaue Vorschriften für die Bildung von Landgemeinden erließen. Wie die Formation der Gemeinden nun im einzelnen vor sich ging, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren und wie groß die Unsicherheit bei den unteren Behörden mitunter sein konnte, dies zeigt auch ganz exemplarisch der Blick auf Neumarkt an der Rott und seine unmittelbare Umgebung.

2. Die Bildung der Gemeinden nach den Edikten von 1808 und 1818

a) Die Marktgemeinde Neumarkt an der Rott

Noch in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts bildete die Bürgergemeinde Neumarkt an der Rott eine eigenständige Rechtspersönlichkeit, bei der die Jurisdiktion und die Polizeihochheit in Händen des Magistrates lag. Da Neumarkt aber keinen Burgfrieden besaß⁴⁹, erstreckte sich die Gerichtsbarkeit hier nicht über ein fest umrissenes Marktterritorium, sondern nur über die Mitglieder der Bürgergemeinde, also ausschließlich auf die ortsansässige Bevölkerung. Wie in vielen anderen bayerischen Städten und Märkten sprengte auch hier die Verordnung "Die Verfassung der kleineren Munizipalstädte und Märkte betreffend" vom 20. März 1806⁵⁰ die jahrhundertlang gleich gebliebene Gemeindeverfassung, denn sie trennte zum erstenmal die gerichtlichen von den verwaltungsmäßigen Rechten ab. Die Gerichtsbarkeit ging dabei auf eigens zu ernennende Stadt- oder Marktrichter über, durfte aber auch vom zuständigen Landrichter mitbetreut werden, wenn eine Gemeinde die Unterhaltskosten nicht bestreiten konnte (§ 1 und 3). Die Leitung und Verwaltung der Polizei stand grundsätzlich dem Landgericht zu, wurde jedoch an den Orten, wo diese Gerichte nicht bestanden, an Bürgermeister oder Deputierte des Magistrats übertragen (§ 10 und 12). Für die Erledigung der allgemeinen Gemeindeangelegenheiten und die Betreuung der Gemeinde- und Stiftungsgüter waren schließlich der Magistrat und ein gleich großer Gemeindevorstand zuständig, freilich wieder nur unter strenger Aufsicht und Überwachung des Landgerichtes (§ 13 f., 16, 20-25).

Nachdem man in Neumarkt noch am 23. März 1806 einen neuen Kammerer, inneren und äußeren Rat gewählt hatte⁵¹, nahm der Magistrat erst am 3. Mai offiziell Kenntnis von der im März erlassenen Verordnung und schlug sogleich den bisherigen Marktschreiber Johann Baptist Poli als künftigen Marktrichter vor⁵². Da jedoch der Markt auch in den kommenden Monaten nicht in der Lage war, die vom Gesetzgeber geforderten 600 Gulden Besoldung für den Marktrichter bereitzustellen, lehnte die Landesdirektion am 5. Januar 1807 die Übernahme der örtlichen Gerichtsbarkeit durch den bisherigen Marktschreiber ab⁵³.

Den Schlußpunkt unter diese Entwicklung setzte die Münchner Regierung allerdings erst am 3. August 1807, indem sie das Mühldorfer Landgericht aufforderte, die Übernahme der Neumarkter Gerichtsbarkeit abzuschließen, die magistratische Verfassung aufzulösen und die gesamte Leitung der Gemeindeverwaltung einem Bürgermeister zu übertragen, der unter ihrer Aufsicht stand⁵⁴. Begründet wurde dieser Schritt einmal mehr damit, daß "die jährlichen Einnahmen des Marktes Neumarkt nicht ausreichen, das in der General-Verordnung vom 20. März 1806 für das Magistrats-Personal ausgesagte Besoldungs-Minimum zu bestreiten". Am 21. August mußte dann der Magistrat seine Amtsgeschäfte formell niederlegen und zu Protokoll geben, daß er nur noch bis zur Bestellung des Bürgermeisters die Gemeindeverwaltung kommissarisch ausüben werde⁵⁵. Nachdem man in Neumarkt noch am gleichen Tag den Weinwirt Ignaz Kajetan Schätz mit einer Mehrheit von 71 zu 16 Stimmen zum Bürgermeister gewählt⁵⁶ und die Landesdirektion diese Wahl am 7. September auch ordnungsgemäß bestätigt hatte⁵⁷, konnte das Mühldorfer Landgericht bereits am 2. Oktober 1807 Schätz in sein neues Amt einführen⁵⁸. Mit der Aufstellung eines dem Landgericht verantwortlichen Bürgermeisters und der gleichzeitigen Aufhebung der magistratischen Verfassung war die Marktgemeinde Neumarkt an der Rott ihrer politischen Entmachtung wiederum ein wesentliches Stück nähergerückt.

Weitere bedeutende Selbstverwaltungsrechte verlor Neumarkt schließlich noch im Frühjahr 1808, als das "Organische Edikt über die General-administration des Stiftungs- und Kommunal-Vermögens im Königreich Baiern" vom 1. Oktober 1807⁵⁹ und die erläuternde Verordnung "Die Generaladministration des Stiftungs- und Kommunal-Vermögens in Baiern betreffend" vom 30. Dezember 1807⁶⁰ auch in unserem Gebiet zu greifen begannen. Nun legte man nämlich grundsätzlich fest, daß das Stiftungs- und Kommunalvermögen streng vom allgemeinen Staats- oder Finanzvermögen geschieden werden müsse und selbständig zu verwalten sei. Die dafür ernannten Stiftungs- und Kommunaladministratoren waren deshalb personell und institutionell von den Rentämtern getrennt und dem Ministerium des Innern als oberste Kuratel direkt unterstellt⁶¹.

Ohne weitere Zeit verstreichen zu lassen, ließ die Regierung noch in einer Beilage zur Verordnung vom 30. Dezember eine detaillierte Aufstellung bekanntgeben, die den Umfang der einzelnen Stiftungsadministrationen exakt festlegte und deren Verteilung über das ganze Land bestimmte⁶². Die Stiftungsadministration Neumarkt an der Rott, die sich flächenmäßig über die drei Rentämter Vilsbiburg, Mühldorf und Neumarkt erstreckte, ihren Sitz in unserem Markt hatte und immer von dem ehemaligen Pfarrkirchner Landgerichtsaktuar Joseph Cressierer verwaltet wurde⁶³, umfaßte 1815 ein Reinvermögen von 1 405 086 Gulden 14 Kreuzer⁶⁴. Sie hatte sich bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1808 in ihrer endgültigen Struktur gebildet⁶⁵ und blieb in dieser Form über zehn Jahre lang bestehen. Erst am 12. November 1818 beauftragte nämlich die Regierung des Isarkreises den Sekretär Joseph Müller, nun endlich die Bestimmungen der beiden Verordnungen vom März 1817⁶⁶ auszuführen und auch im Raum des oberen Rottals mit der Extradition des Stiftungsvermögens zu beginnen. Nacheinander wurden in den kommenden Monaten neben den Magistraten in Mühldorf, Kraiburg und Frontenhausen, den Marktgemeinden Geisenhausen, Velden, Teisbach, Vilsbiburg, Buchbach und Neumarkt auch den übrigen Landgemeinden ihre Stiftungsgüter ausgehändigt, so daß Anfang Februar 1819 die Neumarkter Stiftungsadministration endgültig aufgehoben war⁶⁷. Wie in seinem gesamten Amtssprengel, so hatte Joseph Cressierer auch für Neumarkt selber die Stiftungsgüter vom 10. März 1808⁶⁸ bis zum 28. November 1818⁶⁹ in so vorbildlicher Weise verwaltet, daß er am Ende seiner Amtszeit der Marktgemeinde ein um 1 194 Gulden 15 Kreuzer vermehrtes Stiftungsvermögen von 18 670 Gulden 53 Kreuzer zurückgeben konnte. Im einzelnen betrug das Vermögen am Tag der Rückgabe bei der Kirchenstiftung St. Johann 3 866 Gulden 19 Kreuzer, bei der St. Antonius Bruderschaft 3 329 Gulden 25 Kreuzer, bei dem 1802 zusammengelegten Bruder- und Leprosenhaus 10 077 Gulden 13 Kreuzer, bei der Oberholz schen Legatenstiftung 1 297 Gulden 56 Kreuzer und beim Schulfond 100 Gulden. Für den stellungslos gewordenen Stiftungsadministrator fand sich in Neumarkt nun freilich keine angemessene Beschäftigung mehr; er mußte am Ende des Jahres den Ort verlassen, um in Riedenburg die Stelle eines Rentbeamten anzutreten⁷⁰.

Genau vier Wochen nach der Übernahme der Stiftungen durch den vom Staat eingesetzten Administrator Joseph Cressierer verlor die Marktgemeinde Neumarkt an der Rott mit der Verwaltung des Kommunalvermögens auch noch ihr letztes wesentliches Selbstbestimmungsrecht. Am 11. April 1808 teilte nämlich Maximilian von Montgelas dem Generalandeskommissariat mit, daß König Max I. heute beschlossen habe, zur "Vereinnahmung, Verausgabung und Verrechnung der aus dem Kommunalvermögen hervorgehenden Rente, und der Staats- und Kommunal-Auflagen" auch in Neumarkt eine Kommunaladministration zu errichten⁷¹. Zum Kommunaladministrator bestellte die Regierung sogleich den bisherigen Marktschreiber Johann Baptist Poli⁷², der dieses Amt schon 1783 von seinem Vater übernommen und seitdem zur vollen Zufriedenheit aller Bürger ausgeübt hatte⁷³. Obwohl Poli bereits am 4. Mai in sein neues Amt eingeführt worden war⁷⁴, zog sich die Übergabe des Kommunalvermögens noch bis zum 2. Dezember hin⁷⁵. Als Ursache dieser Verzögerung nennt Poli die durch "Nachlässigkeit und Paartheilichkeit" des früheren Kammerers Franz Bruckmair und jetzigen Bürgermeisters Ignaz Kajetan Schätz entstandene finanzielle Mißwirtschaft. Nachdem sich Poli eingangs über das ruinöse Marktpflaster und die unbrauchbar gewordenen Feuer-Requisiten beschwert hatte, kam er anschließend zum eigentlichen Hauptvorwurf: Da beide Amtsträger steuerliche Rückstände einfach ausstehen ließen und deshalb "sogar vermögliche Bürger schon gewohnt sind, ihre Steuern, so anderen Abgaben auf öfter Fordern hin, nicht zu erlegen", hätten sie den "Untergang der Kommunal-Kassa" zwar nicht verursacht, aber doch wesentlich beschleunigt⁷⁶. Stimmt die Schilderung Polis, und daran ist auf Grund der Quellenlage eigentlich nicht zu zweifeln, so zeigt sich einmal mehr ganz deutlich, daß Montgelas mit Recht auf eine Reform des Kommunalwesens pochte, die Privilegien, Sonderrechte und Cliquenwirtschaft durch einen zentralistischen, einheitlichen und straffen Aufbau der Gemeinden verhindern wollte.

Mit Ausnahme der sechs Monate von März bis August 1810⁷⁷ verwaltete nun Johann Baptist Poli bis zur Aufhebung der Kommunaladministration am 16. August 1818⁷⁸ das Neumarkter Gemeindevermögen. Wie die heftigen, über Jahre hinweg geführten Auseinandersetzungen zeigen, war das Verhältnis zwischen den Neumarkter Bürgern und dem vom Staat bestellten

Vermögensverwalter stets gespannt. Obwohl nun die Kommunalrechnungen für diese Zeit fehlen und somit über die eigentliche Amtsführung Polis kein fundiertes Urteil mehr gefällt werden kann, sind Ursachen und Verlauf dieser Streitigkeiten lückenlos rekonstruierbar⁷⁹. Im April 1808 hatte die Regierung, ohne sich vorher über Beschaffung und Deckung des Geldes Sicherheit zu verschaffen, Johann Baptist Poli jährlich 600 Gulden Gehalt aus der Neumarkter Kommunalkasse zugesprochen - eine Summe, die nicht nur um 57 Gulden unter seiner bisherigen Besoldung lag, sondern darüberhinaus bereits am 11. Juli 1811 nochmals erheblich gekürzt werden mußte. Nun merkte das Generalkreiskommisariat des Isarkreises erst, daß man bei der Berechnung der Bezüge vor drei Jahren die Aufhebung der örtlichen Marktgerichtsbarkeit völlig übersehen hatte und deshalb zu Unrecht davon ausgegangen war, daß zwei Drittel von Polis Einkünften durch Gerichtssporteln gedeckt waren. Der neue Zahlungsschlüssel brachte zwar für die Marktkasse die gewünschte deutliche Entlastung, bedeutete aber gleichzeitig für Poli nochmals den herben Verlust von 142 Gulden. Da der Staat wegen seiner bedrohlichen Finanzlage nicht gewillt war, jene fehlenden 402 Gulden, die er ursprünglich durch Gerichtssporteln gedeckt sah, vollständig aus der eigenen Kasse zu ersetzen, wies er das Landgericht Mühlendorf unmißverständlich an, von nun an 260 Gulden im Jahr für die Verwaltung der Neumarkter Kommunaladministration zur Verfügung zu stellen. Johann Baptist Poli konnte sich freilich mit diesem Bescheid nicht zufrieden geben, denn 458 Gulden reichten kaum aus, ihn und seine umfangreiche Familie zu ernähren oder gar noch die auf seinem Haus bestehenden Schulden abzutragen. Mit der Begründung, daß ihm die einmal zugestandene Entlohnung von 600 Gulden ohne eigenes Verschulden nicht wesentlich verringert werden könne, entnahm er zur Beilegung seines Verlustes bis zur Auflehnung der Kommunaladministration insgesamt 1 136 Gulden aus der Gemeindekasse, ohne freilich dafür ermächtigt worden zu sein. In dem Bewußtsein, sich mit seinem Handeln der Gemeinde gegenüber vielleicht doch ins Unrecht zu setzen, stellte Poli dann auch zweimal den Antrag, seine eigennützige Geldentnahme wenigstens im nachhinein von staatlicher Seite her legitimiert zu bekommen. Weil aber die Gesuche am 17. Februar 1814 und am 1. April 1817 abgelehnt wurden und

Poli somit kein Recht hatte, seine materiellen Einbußen durch den Zugriff auf das ihm anvertraute Kommunalvermögen eigenmächtig auszugleichen, entbrannte in Neumarkt ein heftiger Streit zwischen Bürgern und Kommunaladministrator. Ihren Höhepunkt erreichte diese Auseinandersetzung schließlich am 26. Januar 1820, als die Bürgergemeinde nach der Rückgabe des Gemeindevermögens in einem Schreiben an Max I. die Wiederanstellung Polis als Gemeindeschreiber strikt ablehnte und sich heftig dagegen wehrte, dafür auch noch weitere 50 Gulden aufzubringen. Grundsätzlich, ließen die Bürger ihren König wissen, habe man ja nichts gegen die Aufstockung des Lohnes für den Gemeindeschreiber einzuwenden, doch dann müste sich Poli dieses Geld auch wirklich verdient haben. Da jedoch Poli als Verwalter des Kommunalvermögens zu keiner Zeit "das Beste der Gemeinde beförderte", sondern fast alle Realitäten veräußerte, die Rechnungen schlecht führte und übermäßig Schulden aufnahm, ist vielmehr gerade in seiner Amtsführung die Ursache für den Niedergang der Öffentlichen Finanzen zu sehen. Man bitte deshalb, dieses Amt dem Lehrer Michael Linsmair übertragen zu dürfen, damit "die Bürgergemeinde mit der Überbürdung des Administraten Poli als Gemeinde Schreiber allernähdigst verschont bleibe". Das Ministerium des Innern gewährte zwar diese Bitte in seiner Entschlieöung vom 28. März 1820, doch änderte dies keineswegs eine vorhergegangene Bestimmung, die den Markt dazu verpflichtet hatte, dem alten und nunmehr stellungslos gewordenen Johann Baptist Poli bis zu seinem Tod eine ausreichende Rente zu gewähren.

Nachdem die Münchner Regierung also bereits im August 1807 die magistratische Verfassung aufgehoben und im Frühjahr 1808 nacheinander dem Markt die Verwaltung des Stiftungs- und Kommunalvermögens entzogen hatte, brachten das "Organische Edikt über die Bildung der Gemeinde" vom 28. Juli 1808⁸⁰ und das "Edikt über das Gemeindewesen" vom 24. September 1808⁸¹ für Neumarkt eigentlich keine wesentlichen Neuerungen mehr. Man war ja bereits seit über einem Jahr zur Ruralgemeinde herabgedrückt und hatte seit Oktober 1807 einen Bürgermeister, der gemäß den beiden Gemeindeedikten und den nachgeschickten Instruktionen für die Gemeindevorsteher⁸² als Ortsvorstand die Dorf- und Feldpolizei unter staatlicher Leitung ausüben konnte. Die Nutzung von Gemeindegründen

und Gemeindegebäuden regelte ebenso wie die Festsetzung der jährlichen Gemeindeumlagen freilich von nun an eine Gemeindeversammlung, deren Beschlüsse dem Landgericht zur Zustimmung vorgelegt werden mußten.

Da man in Neumarkt an der Rott nach dem Erlaß der Gemeindeedikte von 1808 somit zunächst alles beim alten beließ, ergab sich hier jene Ausnahmesituation, daß der Markt zwar verfassungsmäßig wie eine Landgemeinde organisiert war, sein Vermögen aber dennoch von einem staatlich eingesetzten Kommunaladministrator verwaltet wurde. Wäre man nämlich den gesetzlichen Bestimmungen buchstabengetreu gefolgt, so hätte spätestens vom September 1808 an nicht mehr Johann Baptist Poli das Gemeindevermögen betreuen dürfen, sondern entweder der Gemeindevorstand selber oder ein von der Gemeinde vorgeschlagener und vom Landgericht bestätigter Verwalter. Warum dies nicht geschah und Neumarkt in dieser Hinsicht wie eine Gemeinde mit Munizipalverfassung und beträchtlichem Vermögen behandelt wurde, ist nicht ganz einsichtig, ja sogar ziemlich widersprüchlich. Nachdem man der Gemeinde zuerst die Einrichtung einer Marktrichterstelle untersagt und dann auch noch die magistratische Verfassung mit dem Hinweis auf ein zu geringes Einkommen weggeworfen hatte, hielt die Regierung nun auf einmal die Einkünfte für ausreichend genug, um einen eigens aufgestellten Verwalter zu beschäftigen und zu entlohnen⁸³. Dies verwundert um so mehr, als noch im Februar 1811 das Landgericht Mühldorf beim Generalkommissariat in München vorstellig wurde und ummißverständlich zum Ausdruck brachte, daß sich die Marktkammer Neumarkt einen eigenen Kommunaladministrator bei der gegenwärtigen Finanzlage einfach nicht leisten könne: Da die "Bürgerschaft allda durch die neuerlichen Kriege, besonders aber durch den jüngsten ganz verarmt ist", wolle man ganz unverbindlich den Vorschlag unterbreiten, das Gemeindevermögen in Neumarkt doch lieber "von einem Gemeindevorstande mit Beiziehung eines oder zweier Räte gegen jährlich 100 höchstens 150 fl. Besoldung verwalten" zu lassen⁸⁴. Da die Regierung auf diesen Vorschlag des zuständigen Landgerichts nicht reagierte, mußte Neumarkt jedoch auch weiterhin mit dem ungeliebten Kommunaladministrator leben.

Dafür wurde die Gemeinde jedoch drei Jahre später wieder politisch aufgewertet. Anlaß für diesen Schritt gab die vom Ministerium des Innern wahrgenommene Unzufriedenheit mancher traditionsreicher Bürgergemeinden über die an sich völlig nutzlose Gleichsetzung mit den einfachen Dörfern⁸⁵. Am 4. Juni 1813 ließ deshalb das Generalkommissariat wissen, daß bei der Bildung der Gemeinden die im Organischen Edikt von 1808 angenommene Normalzahl von 200 Familien oder 1 000 Seelen keinesfalls buchstabengetreu angewendet werden dürfe, sondern vielmehr eine ganze Reihe weiterer Gesichtspunkte zu berücksichtigen sei. Da Neumarkt, nach einem Gutachten des Mühldorfer Landgerichts vom 7. August 1813 an einer frequentierten Militärstraße lag, seit 1808 eine Füselier Compagnie der Nationalgarde III. Klasse bildete, alle geforderten öffentlichen Anstalten besaß, hauptsächlich vom Gewerbe lebte und vor 1807 immer eine magistratische Verfassung besessen hatte, waren mit Ausnahme der zu geringen Einwohnerzahl alle Forderungen erfüllt⁸⁶. Die Wiedereinführung der magistratischen Verfassung geschah dann am 23. Februar 1814, als das Generalkommissariat bekanntgab, daß sich trotz zu geringer Seelenzahl jetzt auch in Neumarkt eine Munizipalgemeinde gemäß dem Gemeindeedikt vom 24. September 1808 gebildet habe⁸⁷. Von nun an nahm also nicht mehr die ganze Gemeindeversammlung Einsicht in die Kommunalrechnungen, und sie beriet auch nicht mehr über die Erhaltung der Gemeindegüter, die Bevollmächtigung der Gemeindeglieder, die Erfüllung der Gemeindeverbindlichkeiten und die Regulierung der Abgaben, Fronen und des Concurrentfusses; dies alles besorgte jetzt ein vierköpfiger Munizipalrat, der sich seit den Wahlen vom Februar und Dezember 1814 aus dem Bierbräu und Weinwirt Xaver Staiger, dem Riener Peter Gruber, dem Handelsmann Alois Hafner und dem Schneider Jakob Stoß zusammensetzte⁸⁸. Zum Bürgermeister wählten die Munizipalräte am 21. März zwar Xaver Staiger⁸⁹, doch mußte er sein Amt Andreas Blumschein überlassen, weil sein Beruf im offenen Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen stand⁹⁰. Konnten die Munizipalräte die Aufgaben der Gemeindeversammlung übernehmen, so deckte sich der Zuständigkeitsbereich des nun bestellten Bürgermeisters mit dem des Vorstehers einer Ruralgemeinde: beide übten unter staatlicher Aufsicht die Polizeihohheit aus, und beide konnten unter bestimmten Voraussetzungen das

Kommunalvermögen verwalten. Da aber das Generalkreiskommissariat bei der Einführung der Munizipalverfassung den Kommunaladministrator Johann Baptist Poli ausdrücklich bestätigte⁹¹, blieb der Wirkungskreis des Neumarkter Bürgermeisters auf die Ausübung der Dorf- und Feldpolizei beschränkt.

Diese Verfassung behielt die Gemeinde Neumarkt an der Rott nun bis zum 16. August 1818, als die Bürgerversammlung auf Anfrage der Regierung mit einer Mehrheit von 80 zu 5 Stimmen die Aufrechterhaltung der magistratischen Verfassung aus Ersparnisgründen ablehnte und die Rückstufung zur Ruralgemeinde beschloß⁹² - zu einer Ruralgemeinde freilich, die sich im Selbstverständnis und Wirkungskreis grundsätzlich von den Landgemeinden im Sinne der beiden Edikte von 1808 unterschied. Vorausgegangen war dieser Entscheidung ja die Verabschiedung eines neuen Gemeindeediktes am 17. Mai 1818, das alle bisherigen Verordnungen und Entschlüsse zurückgenommen und die kommunale Selbstverwaltung wieder hergestellt hatte⁹³. In Neumarkt bestand nun eigentlich nur noch ein einziges Gemeindeorgan: der Gemeindeausschuß. Er wurde von den Bürgern alle drei Jahre in direkter Wahl gewählt und setzte sich aus dem Gemeindevorsteher, dem Gemeindepfleger, dem Stiftungspfleger und drei bis fünf besonderen Gemeindebevollmächtigten zusammen. Sein Aufgabenbereich umfaßte die Verleihung des Bürgerrechts, die Anstellung der Dorfwächter, die Durchführung der Armenpflege, die Mitwirkung bei der Schulaufsicht, die Ausarbeitung von Gutachten für die Festsetzung der Gemeindedienste und Umlagen, die Leitung des Bauwesens und die Überwachung des Stiftungs- und Kommunalvermögens.

Die herausragende Stellung innerhalb des Gemeindeausschusses nahm der Gemeindevorsteher ein, denn er hatte die Gemeindeversammlung einzuberufen und ihre Beschlüsse herbeizuführen, die Gesetze zu verkünden und zu vollziehen, sämtliche Bücher der Gemeinde zu führen und vor allem die Ortspolizei in eigener Verantwortung auszuüben. Die beiden Pfleger verwalteten lediglich unter der Obhut des Gemeindeausschusses das Stiftungs- und Kommunalvermögen, während dem jeweiligen Ortspfarrer in allen Angelegenheiten ein Mitspracherecht eingeräumt wurde, die das Stiftungsvermögen, das Schulwesen und die Armenpflege betrafen. Zuletzt mußte die Gemeindeversammlung noch zur Abstimmung schreiten, wenn Ver-

änderungen im Bestand der Gemeinderealtäten und Gemeinderechte vorgenommen wurden, wenn die Gemeindeumlagen neu festzusetzen waren, wenn neue Siedler zur Aufnahme anstanden, wenn Darlehen aufgenommen werden mußten oder wenn Gemeindedienste zu vergeben waren.

Keine zwei Jahre später bereute man in Neumarkt bereits den freiwilligen Rücktritt in die Landgemeinde und beschloß am 8. Februar 1820, bei der Regierung des Isarkreises nun doch den Antrag auf Errichtung eines Magistrates zu stellen⁹⁴. Da der Markt aber immer noch nicht in der Lage war, den vom Gesetz zwingend vorgeschriebenen Marktschreiber zu besolden, sondern vorschlug, dieses Amt einfach vom Schullehrer und bisherigen Gemeindeschreiber Michael Linsmair mitbetreuen zu lassen, hakte die Regierung mit formalen Argumenten ein und untersagte der Gemeinde eine Änderung ihrer momentanen politischen Verfassung⁹⁵. Obwohl Neumarkt an der Rott von 1803 bis 1828 Sitz eines Rentamtes war, von 1838 an auch ein Landgericht und ab 1879 dann ein Amtsgericht besaß, blieb der Markt selber das ganze 19. Jahrhundert hindurch im rechtlichen Status einer Landgemeinde⁹⁶. Daran änderte selbstverständlich auch das "Gesetz, die Gemeindeordnung für die Landestheile diesseits des Rheins betreffend" vom 29. April 1869 nichts, da es ja an der prinzipiellen Unterscheidung zwischen städtischer und landgemeindlicher Verfassung festhielt und in erster Linie die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden modifizierte⁹⁷. Grundsätzlich hielt zwar auch dieses Gesetz an der nach 1818 ausdrücklich festgeschriebenen Staatsaufsicht fest, doch wurden nun die polizeilichen Befugnisse der Gemeinden ausgebaut und vor allem die Befugnisse des Staates gerichtlich nachprüfbar umschrieben. Wirkliche Unabhängigkeit erreichten die politischen Gemeinden somit erst rund hundert Jahre nach ihrer Bildung. Das Gesetz über die Selbstverwaltung vom 22. Mai 1919 bestätigte schließlich nicht nur die verfassungsrechtliche Trennung von Stadt- und Landgemeinden, sondern erkannte das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen ohne Einschränkungen an, indem es ihnen die Verwaltung der eigenen Angelegenheiten auch wieder in eigener Verantwortung überließ⁹⁸.

Während die innere, politische Verfassung der Ruralgemeinde Neumarkt an der Rott von 1807 bis 1813 völlig neu gestaltet und 1919 noch einmal grundlegend reformiert wurde, blieben ihr Umfang und ihre Grenzen im Prinzip bis zur Eingliederung von Wolfsberg - St. Veit am 1. April 1934 so bestehen, wie sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts erstmals festgesetzt

wurden⁹⁹. Da die Gerichtsbarkeit des Marktes Neumarkt im alten Reich personeller Art war, sich also nicht über Grundstücke oder eine bestimmte Fläche erstreckte, sondern nur die ortsansässige Bevölkerung erfaßte, stand man hier bei der Neuformation der Gemeinde vor der Schwierigkeit, ein fest umrissenes Territorium bilden zu müssen, für das es weder ein Vorbild noch einen vorgegebenen Rahmen gab. Wenn wir nun die Marktbeschreibungen von 1774¹⁰⁰ und 1807¹⁰¹, die Kataster von 1810¹⁰², 1815¹⁰³ und 1856¹⁰⁴ und die Ortsverzeichnisse von 1867¹⁰⁵ und 1888¹⁰⁶ miteinander vergleichen, wird sogleich deutlich, daß die Abgrenzung des Territoriums im Zusammenhang mit der Errichtung der Steuerdistrikte erfolgt sein muß. Nachdem diese gebildet und ihre Fläche ermittelt worden war, formierte man aus den Grundstücken, die den Bürgern und öffentlichen Institutionen des Marktes gehörten, bis 1806 niedergerichtlich dem Magistrat unterstanden und deshalb nicht den umliegenden Obmannschaften und Patrimonialgerichten angeschlossen waren, den Gemeindebezirk Neumarkt. Diese Regelung hat nun dazu geführt, daß mit Ausnahme der Wasenmeisterei, die vor 1808 zur Obmannschaft Neumarkt gezählt hatte¹⁰⁷, aber bereits 1810 dem Markt zugeschlagen war¹⁰⁸, alle restlichen Gebäude und Grundstücke des umfangreichen Neumarkter Steuerdistriktes bei der Bildung der übrigen Landgemeinden St. Veit und Wolfsberg zugeschlagen wurden. Obwohl also zum Beispiel der Etzbauernhof¹⁰⁹ und der Luingerhof¹¹⁰ unmittelbar an den Markt angrenzten und mit Mathias Edlmann beziehungsweise Martin Grandauer auch Neumarkter Bürger gehörten, konnten sie nicht der Marktgemeinde zugeschlagen werden, da ihr Grund und Boden auf dem Gebiet der Obmannschaft Neumarkt lag und somit niedergerichtlich nicht dem Magistrat, sondern dem Landgericht unterstanden hatte. Anders sah die Situation in Adlstein aus, wo die Anwesen 69 bis 72 aus dem Niedergerichtsbezirk des Sitzes herausgelöst und verwaltungs- und gerichtsmäßig immer von der Marktkammer betreut worden waren¹¹¹, so daß sie auch im 19. Jahrhundert stets mit der politischen Gemeinde Neumarkt verbunden blieben.

b) Die übrigen Landgemeinden

Die Neuformation des bayerischen Staatswesens zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde zweifellos unmittelbar durch die umfangreichen territorialen Neuerwerbungen ausgelöst, doch zeigten sich auch in der bisherigen gerichts- und verwaltungsmäßigen Organisation des flachen Landes erhebliche Mängel, so daß eine grundlegende Reform dringend notwendig war. So beklagte sich der Mühldorfer Landgerichtsaktuar Hilger 1807 darüber, daß die Gliederung des Gerichtsbezirkes in 78 Obmannschaften, die weder eine einheitliche Fläche noch ungefähr gleich viele Einwohner oder Höfe besaßen, eine effektive Verwaltung nicht zuließ. Während nämlich die kleineren Obmannschaften mit zwei oder drei Anwesen außer Stande waren, zwei Obmänner zu bestellen, die in erster Linie für den Staat wirken sollten, reichten bei den großen Obmannschaften mit über dreißig Höfen die beiden Obleute nicht aus, sämtliche Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen. Da es deshalb ständig zu Verzögerungen bei der Verteilung der Kommunallasten und Gemeindebürden, bei der Verpflegung der Armen und der Einhebung der Steuern kam, zog Hilger daraus den Schluß, daß nur eine Neueinteilung des Landgerichtsprengels diesen Mißständen Abhilfe verschaffen konnte¹¹².

Mit der Errichtung der Steuerdistrikte war zwar ein Teil dieser Forderung bereits ein Jahr später erfüllt, doch verzögerte sich dafür die Bildung der Landgemeinden um über zehn Jahre, da man im Gegensatz zu den Märkten und Städten auf dem flachen Land auf keine politischen Institutionen und keine Erfahrungen in der Selbstverwaltung zurückgreifen konnte, sondern vor einem völligen Neubeginn stand. Angefangen hatte die Entwicklung der Ruralgemeinden freilich bereits am 28. Juli 1808, als das "Organische Edikt über die Bildung der Gemeinden"¹¹³ die am 8. beziehungsweise 13. Mai erlassene "Instruktion zur Bildung der Steuerdistrikte"¹¹⁴ aufgriff und ihre Bestimmungen als Ausgangspunkt für die Gemeindeformation festsetzte¹¹⁵. Der Plan, auf der Basis der Steuerdistrikte die politischen Gemeinden zu formieren, mußte aber aus verschiedenen Gründen wieder aufgegeben werden. Ging doch der Zweck der Gemeindebildung weit über den steuerlichen Aspekt hinaus, da die künftigen Gemeinden der Vereinfachung, Vereinheitlichung und Erleichterung der gesamten Staatsverwaltung dienen sollten. Die nun zu

schaffenden politischen Gebilde waren zugleich als Steuerdistrikt und Wirtschaftsgemeinde, als Pfarr- und Schulsprengel gedacht. Zusätzliche Schwierigkeiten erwuchsen schließlich noch daraus, daß auch die Patrimonialgerichte eigenständige Gemeinden bilden sollten, ihre Besitzungen aber meist zu verstreut lagen, um problemlos in geschlossene Bezirke aufgehen zu können.

Wie im gesamten Isarkreis, so lief auch im Landgericht Mühldorf die Formation der Landgemeinden äußerst schleppend an. Nachdem in den ersten Jahren nur die Stadt Mühldorf und die Märkte Neumarkt und Kraiburg eine neue Verfassung erhalten hatten¹¹⁶, stellte das Landgericht im April 1811 fest, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Bildung der übrigen Ruralgemeinden überhaupt nicht vornehmen könne, weil mit den Katastern der 48 Steuerdistrikte gerade jene Bücher zur Revision bei der Finanzdirektion lagen, die als Grundlage für die Neuorganisation dienen sollten¹¹⁷. Mit dieser Ausrede gab man sich in München freilich nicht zufrieden, sondern wies den Landrichter sogleich an, unverzüglich mit der Arbeit zu beginnen; da die Rücksendung der Kataster unmittelbar bevorstehe, könne er ja inzwischen an Hand der Inbegriffslisten die ersten Vorarbeiten in die Wege leiten¹¹⁸. Obwohl nun das Generalkommissariat des Isarkreises nicht locker ließ und den Mühldorfer Landrichter wiederholt an seine Pflicht erinnerte, erfolgte in den kommenden Jahren lediglich die Umgestaltung der Märkte Buchbach, Cars, Kraiburg und Neumarkt in Munizipalgemeinden¹¹⁹, während alle übrigen Pläne weiterhin liegen blieben. Für diese Verzögerung war nun mitentscheidend, daß die Ortsgerichte zwar selbständige Gemeinden bilden sollten, ihre endgültige Formation aber von den Gerichtsherren und den staatlichen Behörden immer mehr verzögert wurde. Solange jedoch nicht eindeutig geklärt war, wie die Grenzen dieser Bezirke verlaufen würden, was von den bisherigen Sprengeln wegfallen und was an neuen Ortschaften hinzukommen sollte, konnten auch die gesetzlichen Ruralgemeinden nicht eingerichtet werden. Genau darauf berief sich nun der Mühldorfer Landrichter, als er im Juli 1813 dem Generalkommissariat die Stellungnahmen der Gerichtshalter von Jettenbach, St. Veit und Zangberg übermittelte und dabei unmißverständlich zum Ausdruck brachte, daß auch in naher Zukunft mit der Errichtung der Landgemeinden nicht zu rechnen sei¹²⁰.

Somit verzögerte sich aber auch im Landgericht Mühldorf die Gemeindebildung bis ins Jahr 1818, als mit dem Edikt vom 17. Mai¹²¹ und dem nachgeschobenen Vollzugsreskript vom 11. Juni¹²² die bisherige Gesetzgebung entscheidend modifiziert wurde. Da in der Beilage VI der Verfassung vom 26. Mai 1818¹²³ außerdem noch die Formation der gutherrlichen Gerichte neu geregelt und den Patrimonialherren damit der Boden für die weitere Verzögerung der Bildung ihrer Gerichtsbezirke entzogen wurde, konnte nun endgültig mit der Errichtung der Ruralgemeinden begonnen werden. Nachdem man 1808 vielfach landgerichtsunmittelbare Orte und Hofmarksgebiete zu einem einzigen Steuerdistrikt zusammengefügt hatte, das Gemeindeedikt von 1818 aber weiterhin daran festhielt, daß die Patrimonialgerichte eigene Gemeinden bilden sollten, konnten die Steuerdistrikte nun nicht mehr nahtlos in Gemeindebezirke transformiert werden. Im Landgericht Mühldorf entstanden deshalb aus den 48 Steuerdistrikten 64 politische Gemeinden, wobei selbstverständlich mitunter eine Gemeinde flächenmäßig völlig identisch mit einem Steuerdistrikt sein konnte¹²⁴. Im einzelnen gab es hier also mit Mühldorf und Kraiburg zwei Gemeinden mit magistratischer Verfassung und mit Buchbach, Gars und Neumarkt drei Märkte mit dem rechtlichen Status einer Ruralgemeinde, während von den übrigen 59 Landgemeinden Aschau, Egglhofen, Jettenbach, Schwindegg und Zangberg¹²⁵ gleichzeitig Patrimonialgerichte II. Klasse waren. Ohne Mühldorf und Kraiburg erstreckte sich der Landgerichtsbezirk somit über 3 Märkte, 168 Dörfer, 303 Weiler, 840 Einöden und 5 597 Familien.

In Neumarkt und seiner unmittelbaren Umgebung entstanden aus dem gleichnamigen Steuerdistrikt drei politische Gemeinden, die sich nach Herkunft und Zusammensetzung erheblich voneinander unterschieden. Wie bereits gezeigt, erstreckte sich der Gemeindebezirk Neumarkts nur über die unmittelbare Fläche des Marktes, einschließlich Warenmeisterei. Mit St. Veit, Kinning und Kindhofen umfaßte der St. Veiter Sprengel genau jenes Gebiet, das ehemals zur Hofmark gehört hatte, nach der Gesetzgebung von 1818 aber nicht mehr in der Lage war, ein Patrimonialgericht II. Klasse zu bilden¹²⁶. Aus dem Rest des Steuerdistriktes - dies waren die Orte Adlstein, Bubing, Buchet, Dörfel, Erlach, Eitzbauerngütl (Edlmanngütl), Furth, Hausröckl, Herrnreit, Hundham, Irrlau, Kai,

Lamprechten, Luingerhof (Grandauergüt), Posthaltergüt, Staudach, Straß und Wolfsberg - setzte sich die Landgemeinde Wolfsberg zusammen, die damit fast den gesamten Gemeindebezirk Neumarkts kreisförmig umschloß¹²⁷. Insgesamt verfügten diese drei Gemeinden sodann über eine Fläche von 1 563,96 Hektar, wobei Wolfsberg mit 993,70 Hektar oder 63,54 % der Gesamtfläche den größten, Neumarkt an der Rott mit 115,79 Hektar oder 7,40 % des Gesamtgebietes den kleinsten Sprengel besaßen¹²⁸.

Wie Teising zu Feichten und Grafing zu Hörbering¹²⁹, so wurde also Adlstein zu Wolfsberg geschlagen, obwohl dieses Dorf mehr als zwanzig Familien besaß und deshalb verfassungsrechtlich kein Grund bestand, die Ortschaft der nächstgelegenen Gemeinde in polizeilicher Hinsicht zu unterstellen¹³⁰. Da die Häusler jedoch nicht in der Lage waren, im Notfall füreinander zu sorgen und auch die Familie Klessing aus finanzieller Bedrängnis die Armenversorgung nicht übernehmen konnte, mußte das Patrimonialgericht Adlstein aus wirtschaftlichen Gründen auf die Formation einer eigenen Gemeinde verzichten¹³¹. Eigentlich hätte sich ja Neumarkt als die am nächsten gelegene Gemeinde für die Eingliederung angeboten, doch durfte ihr Verwaltungsbezirk auch nach dem Edikt von 1818 nur die Markung oder den ehemaligen Burgfried umfassen, so daß das benachbarte Adlstein woanders angegliedert werden mußte. Warum dies nicht im näher gelegenen St. Veit geschah, wissen wir wegen der fehlenden Quellen nicht. Wahrscheinlich ist jedoch, daß man in St. Veit den in sich geschlossenen und durch eine lange Tradition fest gefügten Herrschaftsbereich nicht sprengen wollte, sondern lieber auf das weiter entfernte Wolfsberg zurückgriff, das im alten Reich nicht einmal eine eigene Obmannschaft gebildet hatte. Außerdem wußte man zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht, ob die ruhende Gerichtsbarkeit nicht eines Tages doch wieder aufgehoben und St. Veit zum Patrimonialgericht II. Klasse ernannt werden würde.

Weil mit Ausnahme der Familie Klessing in Adlstein nur mittellose Kleinhäusler lebten, die keine nennenswerten Steuern entrichteten, im Falle völliger Verarmung aber dennoch der Gemeindekasse zur Last fielen, zeigte sich freilich recht bald, daß die Eingliederung für Wolfsberg kaum Vorteile, dafür jedoch eine ganze Reihe sozialer Probleme und finanzieller Nachteile mit sich brachte. Und dennoch dauerte

es fast zehn Jahre, bis die Gemeinde Wolfsberg im April 1828 mit dem Hinweis auf finanzielle Überbelastung beim Landgericht Mühldorf offiziell die Abtretung Adlsteins beantragte¹³². Indem man selber bereits 18 Kleinhäusler besitze, heißt es in dem Gesuch weiter, könne man den übrigen Gemeindemitgliedern nicht zumuten, auch noch für jene Bedürftigen zu sorgen, die eigentlich von dem Patrimonialgerichtsherrn von Klessing betreut werden müßten. Vom Landgericht zur Stellungnahme aufgefordert, sprach sich Franz Xaver Klessing prinzipiell für die Beibehaltung der bisherigen Regelung aus. Da sich die Voraussetzungen und Bedingungen seit dem Jahre 1818 nicht grundlegend geändert hätten, sehe er auch heute keine Möglichkeit, sein Patrimonialgericht als eigenständige Gemeinde zu etablieren, sondern nur den Ausweg, die Gerichtsholden in polizeilicher Hinsicht einer Bauerngemeinde zu unterstellen. Falls das Landgericht aber dennoch eine Änderung vornehmen wolle, so schlage er vor, die Ortschaft zu teilen, 16 Familien bei Wolfsberg zu belassen und 13 Familien Hörbering anzugliedern. Nachdem der zuständige Ortspfarrer die krasse Armut der Häusler bestätigt und sich sogar die überwiegende Mehrheit der Bewohner Adlsteins für die Zuordnung zu Wolfsberg ausgesprochen hatte, befürwortete auch das Landgericht Mühldorf die Aufrechterhaltung der derzeitigen Verfassung mit der Begründung, daß die bisherige Regelung reibungslos funktioniert habe und somit keine Veranlassung bestehe, irgendwelche strukturellen Veränderungen vorzunehmen. Trotz wiederholter Eingaben von Seiten Wolfsbergs schloß sich die Regierung des Isarkreises dieser Auffassung an und lehnte am 18. Juli 1831 die Ausgliederung Adlsteins aus dem Gemeindeverband Wolfsberg endgültig ab.

Da weitere Vorstöße in dieser Richtung unterblieben und auch die übrigen Landgemeinden des oberen Rottals nur geringfügige Veränderungen vornahmen¹³³, kam es erst mit der Reform der Gemeindeverfassung unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zur ersten großen Umstrukturierung. Um unnötige Kosten zu sparen, beschlossen die Gemeinde Wolfsberg und St. Veit am 22. September 1919, sich organisatorisch zusammenzuschließen und legten bereits vier Wochen später ihr Vermögen in Höhe von 9 672,24 Mark zusammen¹³⁴. Unter dem Vorbehalt, daß die Steuergemeinden in ihrem bisherigen Zustand erhalten und auch die Kirchen- und Schul-

verhältnisse bestehen bleiben mußten, genehmigte das Staatsministerium des Innern den Zusammenschluß zum 1. Juni 1920¹³⁵. Der zweite tiefe Einschnitt erfolgte dann in der Zeit des Nationalsozialismus, als mit Wirkung vom 1. April 1934 die beiden Gemeinden Neumarkt an der Rott und Wolfsberg zu einer Gemeinde mit der Bezeichnung Neumarkt - Sankt Veit vereinigt wurden¹³⁶. Mit dem Argument, daß diese Zusammenlegung ohne die Zustimmung der Gemeinde und nur auf Betreiben des Parteigenossen und damaligen Bürgermeister Otto Hertrich erfolgt sei, versuchte Mathäus Grötzinger aus Kindhofen in den Nachkriegsjahren des Zweiten Weltkrieges die ehemalige Gemeinde Wolfsberg - St. Veit wiederzuerrichten - doch ohne Erfolg. Sein Gesuch vom 23. Mai 1945¹³⁷ lehnte das Staatsministerium des Innern am 12. März 1949¹³⁸ endgültig mit der Begründung ab, daß eine Gemeinde Wolfsberg - St. Veit verwaltungsmäßig und finanziell nicht leistungsfähig sei und deshalb eine Wiederbegründung nicht vorgenommen werden könne. Darüberhinaus verwies es Grötzinger noch auf die Volksabstimmung in der Gesamtgemeinde vom 8. November 1947, bei der sich die überwältigende Mehrheit für das Weiterbestehen der Gemeinde Neumarkt - St. Veit ausgesprochen hatte¹³⁹.

Nachdem Neumarkt - St. Veit am 27. Mai 1956 zur Stadt erhoben worden war¹⁴⁰, setzte die Gebietsreform des Jahres 1972 den Schlußpunkt unter die Gemeindebildung, da nun auch die umliegenden Bauerngemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering und Wiesbach der Neumarkter Stadtverwaltung unterstellt wurden¹⁴¹. Von diesen Gemeinden war 1818 lediglich Hörbering geschlossen aus dem gleichnamigen Steuerdistrikt hervorgegangen, während Elsenbach und Wiesbach den Steuerdistrikt Elsenbach umfaßten und sich Feichten, zusammen mit der 1934 Egglkofen zugeschlagenen Gemeinde Harpolden, über den Steuerdistrikt Feichten erstreckte¹⁴².

3. Die Gemeindefinanzen

Bei der Haushaltsführung der politischen Gemeinden ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen den Jahren, in denen das Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818¹⁴³, das revidierte Gemeindeedikt vom 1. Juli 1834¹⁴⁴ und das Umlagegesetz vom 22. Juli 1819¹⁴⁵ Gültigkeit besaßen und dem Zeitraum, in dem die Gemeindeordnung vom 29. April 1869¹⁴⁶ die gesetzlichen Richtlinien bestimmte. Nach der Verordnung von 1818 lag die Verwaltung des Gemeindevermögens in Händen des Gemeindeausschusses, der den Vollzug auf eigens zu ernennende Gemeinde- und Stiftungspfleger übertrug (Art. 102). Da die Mitglieder des Gemeindeausschusses von den Bürgern gewählt wurden und somit im Interesse der Gesamtgemeinde handeln sollten, brauchte die Gemeindeversammlung nur bei so wichtigen Entscheidungen wie der Erhebung der Gemeindeumlagen, dem An- und Verkauf von Gemeinderealitäten oder nutzbaren Rechten und der Schuldenaufnahme zu Rate gezogen werden (Art. 104). Die Gemeindebedürfnisse waren vor allem aus den Erträgen des Gemeindevermögens, den Staatszuschüssen, den freiwilligen Beiträgen der Gemeindemitglieder und "durch andere den Gemeinden bewilligte Gefälle" zu bestreiten; erst wenn diese Mittel nicht ausreichten, durfte dazu geschritten werden, aus dem Privatvermögen der Einwohner Geld oder Naturalien in Form der sogenannten Gemeindeumlage zu erheben (Art. 34). Umlagepflichtig waren freilich nur die "wirklichen Gemeindemitglieder" mit besteuerten Wohngebäuden, Gründen und Gewerben sowie die Stiftungen und öffentlichen Korporationen, während - im Gegensatz zu den Armen- und Einquartierungslasten - die Standesherrn, Mietwähler und Inwohner von diesen Beiträgen befreit waren (Gemeindeumlagegesetz Art. II f.). Der hier geschaffene Gegensatz zwischen den umlagepflichtigen Gemeindegliedern und den umlagefreien Einwohnern, die nur unbesteuertes Kapitalvermögen besaßen, blieb bis 1869 bestehen, da auch das revidierte Gemeindeedikt von 1834 keine Reform des Umlagewesens enthielt, sondern nur ganz allgemein die Verwaltung des Kirchenvermögens von den Gemeinden auf kirchliche Einrichtungen übertrug. Nachdem die Verordnung von 1818 keine Vorschriften für die indirekte Besteuerung erlassen hatte, stellte auch hier das Umlagegesetz erste Richtlinien auf, indem es ausdrücklich

festhielt, daß die Einführung des Getreide- und Fleischaufschlages keiner Gemeinde vorenthalten werden dürfe (Art. 1a).

Obwohl die Gemeindeordnung von 1869 an der bisherigen Form der Gemeindeorganisation festhielt, gestaltete sie dennoch das Haushaltswesen grundsätzlich um. Hatten die beiden Gemeindeedikte von 1818 und 1834 keine Richtlinien für die Erstellung des Budgets enthalten, so verpflichtete man nun sämtliche Gemeinden, jedes Jahr einen Voranschlag über alle voraussehbaren Einnahmen und Ausgaben anzufertigen. Diese Aufstellung, gegen die jedes Gemeindemitglied Einspruch erheben konnte, bildete dann die Grundlage des gemeindlichen Haushalts, der nur mit Zustimmung des Gemeindebevollmächtigten oder auf Grund eines Beschlusses des Gemeindeausschusses geändert werden durfte (Art. 86 - 88 und 133-135). Zu den bedeutendsten Fortschritten der Gemeindeordnung gehörte ferner die Vereinheitlichung der direkten und indirekten Gemeindesteuern, denn nun wurden zur Deckung des gemeindlichen Bedarfs Umlagen und Verbrauchssteuern erstmals gleichrangig herangezogen. Bei der Handhabung der Verbrauchssteuern schloß man sich der bereits seit langen bewährten Regelung an und überließ den Gemeinden ohne weitere Einschränkung die Erhebung des Fleisch-, Getreide- und Mehlaufschlages innerhalb eines bestimmten Maximalbetrages, während die übrigen Verbrauchssteuern sowie der Pflaster-, Weg- und Brückenzoll nur mit Genehmigung des Innenministeriums eingeführt oder erhöht werden durften (Art. 40 f). Einen völligen Bruch mit dem bisherigen Rechtszustand bedeutete hingegen die Neufassung der Gemeindeumlagen, da die Umlagepflicht nun grundsätzlich für alle galt, "welche in der Gemeinde mit einer direkten Steuer angelegt sind, auch wenn sie nicht im Gemeindebezirk wohnen" (Art. 43). Mit der Ausdehnung der Umlagepflicht beseitigte man freilich nicht nur die unverhältnismäßig hohe Besteuerung einer Gruppe von Gemeindemitgliedern, nun reagierte man vor allem auch auf die ständig zunehmende Bedeutung des mobilen Vermögens und auf die zu erwartende Zunahme der Mietbewohner und Inleute infolge der Lockerung der Ansässigmachung und der Einführung der Gewerbefreiheit. Schließlich wurden 1869 aber auch noch die Bestimmungen über die Verwaltung des Gemeinde- und Stiftungsvermögens modifiziert (Art. 26-37 und 65-69), die übrigen Einnahmequellen exakter gefaßt (Art. 39) und

vor allem das gemeindliche Schuldenwesen erstmals umfassend geregelt (Art. 61-64).

Obwohl alle politischen Gemeinden des oberen Rottals verfassungsrechtlich gleich organisiert waren, bestand in der Haushaltsführung ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der traditionsreichen Marktgemeinde Neumarkt und den übrigen, erst 1818 gebildeten Landgemeinden. Während man in Neumarkt seit Jahrhunderten ein eigenes Vermögen verwaltete und zur Deckung der Kommunallasten Steuern, Abgaben und Gebühren aller Art erhob, mußten die Bauerngemeinden des Umlandes erst langsam mit dem Prinzip der eigenständigen Finanzverwaltung vertraut gemacht werden. Welche Lasten nun auf die Gemeinden im einzelnen zukamen und wie sich die Kommunen in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts die Mittel zur Deckung ihrer Ausgaben besorgten, dies zeigt ein Vergleich zwischen den Neumarkter Marktrechnungen der Jahre 1818 bis 1869¹⁴⁷ und den zwei Aufstellungen der Gemeinderechnungen in den Landgerichten Mühldorf und Neumarkt von 1832¹⁴⁸ und 1851/53¹⁴⁹. In Neumarkt besaß man zwar 1832 Kapitalien, Realitäten und Rechte im Wert von 7 336 Gulden 9 Kreuzern und 1851/53 sogar ein rentierendes Vermögen von 9 670 Gulden 25 Kreuzer, doch war man gleichzeitig mit 7 070 Gulden 41 Kreuzer beziehungsweise 11 066 Gulden 12 Kreuzer verschuldet. Nachdem man die Schulden des Jahres 1832 bis 1838 etwas verringert und nun sogar ein Aktivvermögen von 1 402 Gulden 38 Kreuzer erreicht hatte, ging die Verschuldung des Jahres 1851/53 noch auf jene 14 400 Gulden zurück, die der Markt 1839 zum Bau der Landgerichtslokalitäten aufgenommen hatte¹⁵⁰. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen bestritt die Marktgemeinde ihre Einnahmen aus den Erträgen des Gemeindevermögens, den Gebühren für Ansässigmachung und Verehelichung, öffentliche Veranstaltungen und Jahrmärkte, dem Pflasterzoll und dem Getreide-, Fleisch- und Malzaufschlag. Insgesamt betrugen die Einnahmen 1832 1 042 Gulden und 1851/53 2 050 Gulden 39 Kreuzer, denen Ausgaben in Höhe von 1 106 Gulden 55 Kreuzer und 1 848 Gulden 50 Kreuzer gegenüberstanden. Und damit umfaßte in Neumarkt an der Rott das Steueraufkommen im Jahre 1832 etwas mehr als drei Gulden pro Familie und 1851/53 sogar zwei Gulden pro Einwohner. Obwohl von 1830 bis 1840 die Ausgaben die Einnahmen stets überschritten, erhob man hier erst ab der Mitte der vierziger Jahre regelmäßig eine Gemeindeumlage zur

Deckung des Defizits¹⁵¹. Als Begründung führte man 1832 an: "Bei der Verarmung der Gemeinde Neumarkt durch verschiedene Unglücksfälle und durch den allgemein außerordentlich gesunkenen Gewerbestand ... ist eine Gemeinde-Umlage zur jährlichen Ausfalldeckung nicht möglich"¹⁵². Somit blieb der Gemeindeverwaltung keine andere Wahl, als weiterhin Geld bei den örtlichen Stiftungen¹⁵³ oder sogar bei Privatpersonen aufzunehmen¹⁵⁴. Ebenfalls 1832 umfaßten die Verwaltungskosten 56,66 % aller Ausgaben, während die Gelder für die Schuldentilgung 13,48 %, die Instandhaltung der öffentlichen Gebäude, Wege und Brücken 13,30 %, die Versorgung der Unterrichtsanstalten 12,67 %, die Unterstützung der Armen 2,18 % und die Staatsauflagen 1,71 % erreichten¹⁵⁵.

Im Gegensatz zur Marktgemeinde Neumarkt, dessen öffentlicher Haushalt vom Prinzip und Aufbau her dem der magistratisch organisierten größeren Städte glich¹⁵⁶, deckten die umliegenden Bauerngemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit und Wolfsberg zumindest bis 1869 ihre Ausgaben hauptsächlich mit den Einnahmen aus den Gemeindeumlagen. Ohne auf bereits bestehende institutionelle Einrichtungen oder Verfahrensweisen zurückgreifen zu können, rechnete man hier am Schluß jedes Etatjahres alle Ausgaben zusammen, um anschließend jenen Betrag festzusetzen, den in den kommenden zwölf Monaten jeder steuerpflichtige Bürger zur Deckung der Kommunallasten zu entrichten hatte. Auf jede Familie trafen somit 1832 an Gemeindeumlagen in Elsenbach 38 Kreuzer, in Feichten 41 Kreuzer, in St. Veit 37 Kreuzer und in Wolfsberg 102 Kreuzer, während in Hörbering wegen der einmaligen Einnahme durch die "Beifuhr von Straßenmaterial" in diesem Jahr pro Familie nur 9 Kreuzer anfielen. Wesentlich unter dem Steueraufkommen des Marktes lagen die unmittelbar angrenzenden Bauerngemeinden freilich auch 1851/53, denn nun nahm man pro Einwohner in Elsenbach 8 Kreuzer, in Feichten 16 Kreuzer, in Hörbering 10 Kreuzer, in St. Veit 11 Kreuzer und in Wolfsberg 15 Kreuzer ein. Mit Ausnahme St. Veits, das 1832 über ein Kapital von 38 Gulden 30 Kreuzer verfügte, besaßen diese Gemeinden zumindest in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts keine rentierenden Vermögen in Form von Kapitalien, Rechten oder Renten, sondern lediglich Mobilien im Wert von 10 bis 50 Gulden, das für die Verwaltung angeschafft worden war. Solange sie jedoch keine Liegenschaften, Gilte und Stifte

besaßen und somit jedes Ansatzpunktes für eine steuerliche Veranlagung entbehrten, brauchten diese Gemeinden selber keine Abgaben an den Staat zu entrichten. Da sie außerdem bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts keine Gelder aufnahmen und somit zu keiner Zeit eine Schuld zu tilgen hatten, beschränkten sich die Ausgaben der Bauerngemeinden auf die Verwaltungskosten, die Baulasten, das Armen- und Erziehungswesen. Wie in Neumarkt, brauchten freilich auch hier für die kirchlichen Belange keine Mittel bereitgestellt werden, da die Territorien dieser Kommunen auf dem Seelsorggebiet des ehemaligen Klosters St. Veit lagen und somit zuerst das Damenstift St. Anna in München und nach 1829 der bayerische Staat neben dem Unterhalt der Gebäude auch für die Besoldung der Priester sorgen mußte. Die frühzeitige Aufhebung der Abtei hatte also auf lange Sicht auch finanzielle Vorteile für die umliegenden politischen Gemeinden erbracht. Mit 171 Gulden 38 Kreuzer verzeichnete die Gemeinde Wolfsberg 1832 mit Abstand die höchsten Ausgaben: Weil sie die Armen und Kranken Adlsteins unterstützen mußte, betrugen ihre Ausgaben auf diesem Sektor 120 Gulden im Jahr - ein Betrag, der wiederum nur durch ungewöhnlich hohe Gemeindeumlagen aufgebracht werden konnte.

Wenn vorher davon gesprochen wurde, daß die Gemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit und Wolfsberg wegen des Fehlens von rentierendem Vermögen keine Abgaben aus der eigenen Kasse an den Staat abführen mußten, so heißt dies selbstverständlich nicht, daß die gesamte Einwohnerschaft von der staatlichen Steuerpflicht befreit gewesen wäre. Im Gegenteil; nachdem auch hier bis 1869 lediglich der Grundbesitz und das Gewerbe steuerlich veranlagt worden waren, mußten die Bewohner im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auch ihr Kapital und Einkommen dem Staat gegenüber versteuern¹⁵⁷. 1880 erhob man dann in Neumarkt für den Staat Steuern in Höhe von 3 053 Mark und in Wolfsberg 2 521,68 Mark.

Tabelle 7: Die Staatssteuern in den Gemeinden Neumarkt an der Rott und Wolfsberg im Jahre 1880 (in Mark u. Pfennigen) ¹⁵⁹.

Steuerart	Neumarkt/Rott	Wolfsberg
Grundsteuer	317,25	2 189,59
Haussteuer	429,14	122,44
Gewerbsteuer	1 367,19	97,50
Kapitalsteuer	548,55	53,10
Einkommensteuer	390,27	59,05
Summe	3 053,00	2 521,68

Betrachtet man die einzelnen Posten genauer, so kann man auch am staatlichen Steuersoll sehr deutlich die verschiedene Wirtschafts- und Besitzstruktur beider Gemeinden ablesen. Während nämlich im überwiegend von Bauern oder Güttern besiedelten Wolfsberg die Grundsteuer 86,83 % aller Steuern umfaßte, überwog in Neumarkt mit 44,78 % die Gewerbesteuer. Da in Neumarkt jedoch nicht nur Handwerker und Gewerbetreibende, sondern auch Beamte, Ärzte, Apotheker und Tagelöhner lebten, da es hier ferner zwar wesentlich mehr Häuser gab, die meisten Anwesen aber entweder über gar keinen oder nur über geringfügigen Grundbesitz verfügten, setzte sich der Restbetrag aus den 17,98 % der Kapitalsteuer, den 14,06 % der Haussteuer, den 12,79 % der Einkommensteuer und den 10,39 % der Grundsteuer zusammen.

Vergleichen wir in einem nächsten Schritt die Haushaltsführung der Gemeinden während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der Erhebung von 1907 ¹⁵⁹, so fällt auf, daß trotz einer gewissen Annäherung immer noch erhebliche Unterschiede zwischen dem Markt und den umliegenden Landgemeinden bestanden.

Tabelle 8: Die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden Eisenbach, Feichten, Hörbering, Neumarkt an der Rott, St. Veit und Wolfsberg in den Jahren 1832 1860 und 1907 161

1. Die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1832 (in Gulden und Kreuzer)							
a. Die Einnahmen							
Gemeinde	Jahresrente aus den Gemeinde- vermögen	Gebühren	Aufschläge	Pflasterzoll	*Beiführ von Straßemate- rial	Gemeinde- umlagen	Summe
Neumarkt/Rott	305,05	124,26	447,59	149,24	15,06	-	1042,00
Eisenbach	-	-	-	-	-	27,12	27,12
Feichten	-	2,00	-	-	-	37,00	39,00
Hörbering	-	3,00	-	-	45,20	16,38	64,58
St. Veit	1,32	24,00	1,12	-	-	46,15	72,59
Wolfsberg	-	-	-	-	-	165,15	165,15
b. Die Ausgaben							
Gemeinde	Staats- aufgaben	Verzinsung und Schul- denflichtung	Verwaltungs- kosten	Erziehung und Unterricht	Wohltät- igkeit	Baulast	Summe
Neumarkt/Rott	19,14	149,25	626,48	140,00	24,00	147,28	1106,55
Eisenbach	-	-	6,09	7,57	16,00	-	30,06
Feichten	-	-	29,00	16,44	-	-	45,44
Hörbering	-	-	49,12	13,08	12,00	-	74,20
St. Veit	-	-	32,31	-	21,00	6,30	59,01
Wolfsberg	-	-	38,00	8,08	120,00	5,30	171,38

2. Die hauptsächlichlichen Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1907 (in Mark)

a. Die Einnahmen

Gemeinde	Jahresrente aus dem Gemeindevermögen	Gesetzlich zugewiesene Abgaben	Verbrauchssteuern	Sustentationsbeiträge und Zuschüsse	Gemeindeanlagen
Neumarkt/Rott	3 840	1 041	7 752	4 497	6 106
Eisenbach	690	101	-	1 999	978
Feichten	491	243	-	1 973	1 899
Hörbering	676	249	605	2 934	3 197
St. Veit	327	140	-	430	1 011
Wolfsberg	271	155	-	800	2 377

b. Die Ausgaben

Gemeinden	Staatsteuersoll	Verzinsung und Schuldentilgung	Antsführung der Behörden	Erziehung und Unterricht	Wohltätigkeit und Gesundheit	Sonstige öffentliche Einrichtungen	Bauwesen
Neumarkt/Rott	5 089	5 438	1 944	4 730	3 719	1 092	1 170
Eisenbach	1 232	186	510	2 656	578	188	24 000
Feichten	2 030	17	602	1 730	2 432	170	185
Hörbering	3 197	-	789	2 369	1 509	294	-
St. Veit	2 022	-	765	1 113	529	40	58
Wolfsberg	2 377	-	690	941	1 407	32	-

An auffälligsten ist wohl die Angleichung der Gemeindeumlagen, denn nun entfielen auch in Neumarkt auf jeden Einwohner 3,71 Mark, während in Elsenbach 3,62 Mark, in Feichten 5,38 Mark, in Hörbering 5,43 Mark, in St. Veit 2,75 Mark und in Wolfsberg 4,17 Mark pro Bewohner erhoben wurden. Demgegenüber hatten die Bauerngemeinden immer noch kein nennenswertes rentierendes Vermögen erworben, so daß sie auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts weder aus Kapitalzinsen noch aus den Erträgen von Realitäten, Grundbesitz und Rechten wesentliche Einnahmen erhielten. Da sie außerdem auch weiterhin fast keine Verbrauchssteuern erhoben, setzten sich ihre Einnahmen nun hauptsächlich aus den Gemeindeumlagen und den Sustentationsbeiträgen und Zuschüssen zusammen. In Neumarkt an der Rott bezog man hingegen auch jetzt noch die meisten Erträge aus den Verbrauchssteuern. Die Statistik von 1907 listet zwar nicht mehr auf, woher diese Steuergelder im einzelnen kamen, doch lassen die gesetzlichen Bestimmungen, der Vergleich mit anderen Orten¹⁶² und die Jahresabrechnungen des Lokalmalzaufschlages¹⁶³ den Schluß zu, daß sich in den fünfzig Jahren seit der letzten großen Erhebung im Grunde genommen nichts geändert hatte. Damals, 1851/53, umfaßten der Malzaufschlag 57,07 %, der Fleischaufschlag 20,59 % und der Pflasterzoll 7,27 % der Gesamteinnahmen. Nach den Verbrauchssteuern - und dies ist nun wiederum eine wesentliche Neuerung - folgten 1907 bereits an zweiter Stelle die Gemeindeumlagen, noch vor den Sustentationsbeiträgen und Zuschüssen und vor der Jahresrente aus dem Gemeindevermögen. Hatte Anfang 1907 lediglich die Marktgemeinde erhebliche Schulden abzutragen, so änderte sich dies noch binnen Jahresfrist, als Elsenbach zum Bau des neuen Schulhauses 24 000 Mark aufnahm. Obwohl die Gemeindeordnung von 1869 die kommunale Organisation und die Aufgaben der Gemeinde nicht wesentlich verändert hatte, nahm sowohl in Neumarkt als auch in Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit und Wolfsberg der Anteil für die Amtsführung und für die allgemeine Verwaltung deutlich ab. Wenn man die Schuldentilgung Neumarkts einmal ausklammert, dann gaben alle Gemeinden kurz vor dem Ersten Weltkrieg das meiste Geld für die Erziehung und den Unterricht der Kinder sowie für die Versorgung der Armen und Kranken aus. Dies war freilich keine Eigenart oder Besonderheit des oberen Rottals, sondern landesweit die Regel, da die gesetzlichen Bestimmungen diese Entwicklung vorgezeichnet hatten.

4. Heimat, Ansässigmachung, Bürgerrecht

Das ganze 19. Jahrhundert hindurch unterschied der Gesetzgeber bei der Gemeindemitgliedschaft streng zwischen der Gesamtzahl der heimatberechtigten Einwohner und den Inhabern des Bürgerrechts, die sich durch den Besitz besonderer Gemeindebürgerrechte von den übrigen Bewohnern unterschieden und eine privilegierte Gruppe bildeten. Diese Trennung war freilich keine Neuschöpfung des 19. Jahrhunderts, vielmehr reichen ihre Wurzeln bis in das Spätmittelalter zurück. Seit die städtische Verfassung konkrete Formen angenommen hatte, hielt man fest am Unterschied zwischen Vollbürgern und sogenannten "Beisassen" oder "Schutzverwandten", denen gegen eine entsprechende Teilnahme an den Gemeindelasten die Niederlassung innerhalb des Burgfriedens eingeräumt wurde¹⁶⁴. Die Bettelmandate und Gerichtsordnungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts definierten dann bereits die bloße Zugehörigkeit zu einer Gemeinde entweder durch Geburt, durch das Domizil oder durch die Verehelichung¹⁶⁵, so daß das Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818¹⁶⁶ nur mehr auf frühere Bestimmungen zurückgriff, wenn es eine klare Trennungslinie zog zwischen den "wirklichen Mitgliedern einer Gemeinde" (§ 11) und den Mietwohnern oder Inleuten, die zwar dem Gemeindebereich angehörten, aber nicht mit Bürgerrechten ausgestattet waren (§ 13). Während der Gesetzgeber 1818 für die nur Heimatberechtigten weder die Aufnahmebedingungen noch deren Rechte und Pflichten umriß, legte er beim Bürgerrecht sowohl die Voraussetzungen als auch den Inhalt genauer fest, und zwar in weitgehender Anlehnung an die bisherige Praxis. Danach konnte auch in Zukunft nur derjenige die wirkliche Gemeindemitgliedschaft erwerben, der in der Gemeinde wohnte und zusätzlich entweder ein Haus mit besteuertem Grundbesitz oder ein besteuertes Gewerbe vorweisen konnte (§ 11); wer außerhalb den Gemeindebezirken wohnte und dennoch hier über ein besteuertes Haus mit Grundbesitz verfügte, konnte zwar ebenfalls das Bürgerrecht erwerben, mußte aber die Ausübung einem ortsansässigen Vertreter überlassen (§ 14). Der Bürgerrechtsinhaber durfte sodann an der Nutzung der Allmende und Gemeindeanstalten partizipieren sowie an der kommunalen Selbstverwaltung mitwirken, mußte aber andererseits auch seinen Anteil an der Deckung der verschiedenen Gemeindelasten leisten und die Wahl in ein Gemeindeamt grundsätzlich annehmen (§§ 17-19). Beim Gemeindewahlrecht gab es freilich eine erhebliche

Einschränkung: Während das aktive Wahlrecht für die Gemeindeämter jedem Bürgerrechtsinhaber zustand, war das passive Wahlrecht an die Steuerleistung und somit an den Vermögensstand des Bewerbers gebunden (§§ 74-76). Da die Gemeindebevollmächtigten ihr Amt unentgeltlich zu versehen hatten (§ 88) und sogar die bürgerlichen Magistratsräte nur eine geringe Entschädigung erhielten (§ 50), rechtfertigte man diese Differenzierung offensichtlich damit, daß nur die Vermögenden in der Lage waren, diese zeitaufwendigen Posten zu bekleiden - "davon abgesehen, daß man nur den Besitzenden zutraute, größere Besonnenheit in die Wahl und in die Gremien zu bringen"¹⁶⁷.

Trotz einiger Modifizierungen des Edikts von 1818 blieben die Bestimmungen hinsichtlich des Bürgerrechts bis zur Verabschiedung der Gemeindeordnung vom 29. April 1869¹⁶⁸ in Kraft. Nun erhielten alle Inhaber des Bürgerrechts das gleiche Wahlrecht (Art. 19), so daß die bisherige Begrenzung des passiven Wahlrechts auf das höchstbesteuerte Drittel wegfiel. Im Zentrum der Gesetzgebung stand jedoch nicht diese Wahlrechtsreform, sondern die Neufassung der Richtlinien für die Bürgerrechtsverleihung. Grundsätzlich konnte das Bürgerrecht fortan nur noch durch ausdrückliche Verleihung durch die Gemeindebehörden erworben werden (Art. 10). Zum Erwerb des Bürgerrechts waren fortan alle erwachsenen männlichen Staatsbürger berechtigt, die sich im Besitz des Indigenats befanden, selbständig waren, in der Gemeinde wohnten und dort mit einer direkten Steuer belegt waren (Art. 11). Als unselbständig galten Dienstboten und Erwerbsgehilfen, die in der häuslichen Gemeinschaft der Dienstherrn standen, und Kinder, die bei den Eltern lebten. Zu den direkten Steuern zählten die Haus- und Grundsteuer, die Gewerbe-, Kapitalrenten- und Einkommensteuer. Erfüllte ein Bewerber die gesetzlichen Voraussetzungen, so konnten die Gemeindebehörden die Bürgerrechtsverleihung vornehmen, waren dazu aber nicht verpflichtet (Art. 12). Festen oder wirklichen Anspruch auf Verleihung besaßen somit nur die Befähigten, die außerdem in der entsprechenden Gemeinde das Heimatrecht besaßen, dort seit mindestens zwei Jahren wohnten, während dieser Zeit die Armenunterstützung nicht beantragt oder erhalten hatten, nicht wegen eines Verbrechens angeklagt oder rechtmäßig verurteilt waren oder in einem Gantverfahren standen (Art. 13). Erstmals konnten

die Gemeindebehörden nun sogar diejenigen befähigten Personen zur Annahme des Bürgerrechtes zwingen, die seit fünf Jahren in der Gemeinde wohnten und während dieser Zeit direkte Steuern in einer bestimmten Höhe entrichteten (Art. 17). Ebenfalls neu war die nunmehrige Befugnis der Kommunen, die Übertragung des Bürgerrechts an die Bezahlung einer einmaligen Bürgerrechtsgebühr zu binden, die in kleineren Gemeinden 25 Gulden (42,86 Mark) und in Gemeinden mit über 1 500 Einwohnern sogar 50 Gulden (85,71 Mark) betragen konnte (Art. 20). Nicht geändert haben sich hingegen die Rechte und Pflichten der Bürger, da hier die Gemeindeverordnung von 1869 nahtlos an die Bestimmungen ihrer Vorgängerin anknüpfte (Art. 19). Insgesamt hatte der Gesetzgeber nun also den Kreis derjenigen ausgeweitet, die für die Bürgerrechtsverleihung in Frage kamen. Mindestens ebenso interessant ist aber, daß in der Neufassung des Gemeindeediktes auch ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel faßbar wird: "Charakteristischweise wurden dabei die Hauptkriterien des Edikts von 1818: Grundbesitz oder Gewerbe, die das Kennzeichen einer älteren ökonomischen und sozialen Ordnung bildeten, nunmehr erweitert durch moderne, kapitalistische Kriterien: Kapitalrentensteuer, Einkommensteuer, Bürgerrechtsgebühren"¹⁶⁹.

Nachdem bereits das Bürgerrecht nur einem relativ kleinen Kreis von Bewohnern die Gestaltung der Kommunalpolitik übertrug, besaß auch der noch verbleibende, weit umfangreichere Teil der Einwohnerschaft von 1825 bis 1868 nicht die gleichen Rechte, denn hier wurde nochmals unterschieden zwischen den "nur" heimatberechtigten Gemeindegliedern und denjenigen, die über das Recht der sogenannten "Ansässigmachung" verfügten¹⁷⁰. Der Begriff der Heimat geht auf den Grundsatz des alten Reichsrechts zurück, wonach jede Gemeinde ihre Armen selber zu versorgen hatte: In der Praxis bedeutete dies, daß nur derjenige unterstützungsberechtigt war, der das Heimatrecht besaß, während andererseits nur die Heimatgemeinde unterstützungspflichtig war. Das "Gesetz über die Heimath" vom 11. September 1825¹⁷¹ nahm diese Handhabung auf und begründete dann erstmals einen Rechtsanspruch jedes bayerischen Staatsbürgers auf Verleihung des Heimatrechtes in einer bestimmten Gemeinde. Nun unterschied man zwischen erworbener, ursprünglicher und zugewiesener Heimat. Erwerben konnte man das Heimatrecht durch einen eigens

mit der Gemeinde auszuhandelnden Vertrag, durch Ansässigmachung, durch Verheiratung oder durch Hilfeleistungen des Bewerbers bei öffentlicher Not (§ 1). In den Fällen, wo diese Erwerbstitel nicht festgestellt werden konnten, besaß jeder Staatsangehörige die Heimat in der Gemeinde der Eltern, wobei die ehelich geborenen Kinder an den Heimatort des Vaters, die unehelich geborenen hingegen an die Heimatgemeinde der Mutter verwiesen wurden (§ 3). War auch diese ursprüngliche Heimat nicht zu ermitteln, so konnte sie von den Behörden unter bestimmten Voraussetzungen einer Gemeinde aufgebürdet werden (§ 4). Das Heimatrecht gewährte den Anspruch auf Aufenthalt und gemeindliche Armenunterstützung - mehr nicht (§ 55). Das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes schränkt es prinzipiell nicht ein, sondern erlaubte jedem Staatsbürger, seinen Wohnsitz nach Belieben zu bestimmen, "insofern er sich mit seiner Familie auf erlaubte Weise ernährt (§ 6)".

Wer jedoch ein Gewerbe ausüben oder heiraten und eine Familie gründen wollte, für den reichte das Heimatrecht allein noch nicht aus. Nach den ebenfalls am 11. September 1825 verabschiedeten Gesetzen über Ansässigmachung und Verehelichung beziehungsweise über das Gewerbewesen¹⁷² mußte nämlich jeder Bewerber vorher um das Recht zur Ansässigmachung nachsuchen. Grundvoraussetzung für die Bewilligung war dabei neben einem guten Leumund der Nachweis über den vorschriftsmäßigen Schulbesuch und die Teilnahme am Religionsunterricht während der Zeit der Sonntagsschulpflicht (§ 1). Darüberhinaus mußte der Antragsteller entweder über einen bestimmten Grundbesitz verfügen, ein Gewerbe betreiben oder "einen auf andere Weise gesicherten Nahrungsstand" vorweisen können (§ 2). Wenn der Bewerber jedoch in ein öffentliches Amt des Staates, der Kirche oder einer Gemeinde berufen worden war, so erfolgte mit dem Dienstantritt auch gleichzeitig die Verleihung des Rechts auf Ansässigmachung (§ 4). In den übrigen Fällen blieb den Bewilligungsbehörden zwar ein Ermessensspielraum, doch setzte das Gesetz ausdrücklich fest, daß auf die Gelegenheit und den Willen zur Arbeit geachtet werden müsse, reiner Lohnerwerb allein niemanden von der Ansässigmachung ausschließen dürfe und neben den ausgedienten Soldaten vor allem die langjährig tätigen Dienstboten bevorzugt zu behandeln seien (§ 5). Für die einzelnen Kommunen war es somit recht schmerzlich, daß die Gewährung der Ansässig-

machungsgesuche nicht ihnen, sondern den vorgesetzten Land- oder Herrschaftsgerichten zustand: Obwohl die Zunahme an Gewerbebetrieben für die bereits ansässigen Handwerker und Händler eine existenzbedrohliche Konkurrenz bedeuten konnte und obwohl die Gemeinden die neu gegründeten Familien im Notfall zu versorgen hatten, räumte ihnen der Gesetzgeber zunächst nur das Recht auf Anhörung ein (§ 9). Das Recht, je nach Größe und Wirtschaftskraft der Gemeinde Aufnahmegebühren bis zu hundert Gulden erheben zu dürfen (§ 7), konnte die ablehnende Haltung der Kommunen freilich nur unwesentlich mindern.

Bereits kurz nach ihrer Verabschiedung standen deshalb sowohl das Heimat- als auch das Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetz im Zentrum harscher Kritik, die mit den Jahren immer mehr zunahm, als sich herausstellte, daß die Behörden Ansässigmachungen recht großzügig gewährten¹⁷³. Das Revisionsgesetz vom 1. Juli 1834¹⁷⁴ gestand deshalb den Gemeinden bei all denjenigen Bewerbern ein Erinnerungsrecht zu, die weder über den geforderten Grundbesitz noch über einen Gewerbebetrieb verfügten, die kein eigenes vor 1834 erbautes Haus besaßen und die auch nicht im Dienste einer Gemeinde, der Kirche oder des Staates standen. Erfolgte die Ansässigmachung also nur auf der Grundlage des gesicherten Nahrungsstandes, so wurden hier nicht nur die Attribute "vollständig" und "nachhaltig" eingefügt, sondern den Gemeinden zusätzlich ein absolut bindender Widerspruch zugestanden (§ 9). Während die lohnabhängigen Personen im Gemeinde-, Kirchen- oder Staatsdienst somit auch weiterhin mit der definitiven Anstellung das Recht auf Ansässigmachung und Verehelichung erhielten, verschlechterte sich mit dem Revisionsgesetz vor allem die Position der besitzlosen Lohnarbeiter: Zum Schutze der Gemeinden und zum Wohl des Staates sollten die Besitzlosen, die keine feste Anstellung vorweisen konnten und weder vom Ertrag ihres Grund und Bodens noch von der Überlassung eines Gewerbes lebten, von der Mitwirkung an der kommunalen Selbstverwaltung und von Ehe- und Familiengründungen so weit wie möglich ausgeschlossen werden¹⁷⁵.

Obwohl auch das revidierte Gesetz von 1834 wegen der Beibehaltung des staatlichen Bewilligungsrechtes von den Gemeinden und wegen der Einschränkungen bei der Ansässigmachung von den Liberalen heftig kritisiert wurde¹⁷⁶, kam es erst 1868/69 zu einer grundlegenden Reform¹⁷⁷, da das Vollzugsgesetz vom 28. Mai 1862¹⁷⁸ nur auf die Neuorganisation

der Verwaltungsbehörden reagierte und somit anstelle einer umfassenden Überarbeitung der bestehenden Gesetze an den bisherigen Richtlinien festhielt und lediglich einige Details änderte. Das Heimatgesetz vom 16. April 1868¹⁷⁹ verzichtete mit der Ansässigmachung dann auf jenes Verfahren, das jahrzehntelang die Gemüter erregt und sowohl den Gemeinden als auch den Bewilligungsbehörden viel Verwaltungsaufwand bereitet hatte. Es verwies die Verleihung des Bürgerrechtes auf das noch ausstehende Gemeindeedikt (Art. 5) und widmete sich selber der Neufassung des Heimat- (Art. 1-31), des Verehelichungs- (Art. 32-42) und des Aufenthaltsrechtes (Art. 43-52). Heimatberechtigt war weiterhin jeder bayerische Staatsbürger, wobei auch in Zukunft bei den ehelich geborenen Kindern die Heimat des Vaters, bei den unehelich geborenen die Heimat der Mutter den Ausschlag gaben (Art.1). Die Bediensteten des Staates, der Kirche, der Gemeinden, der öffentlichen Korporationen und Stiftungen erhielten die Heimat in der Gemeinde ihrer Anstellung, die Lehrer und Offiziere hingegen dort, wo sie gerade Dienst taten (Art.2). Männer, die zur Zeit der Eheschließung noch ihre ursprüngliche Heimat besaßen, erwarben nun das Heimatrecht in der Gemeinde, in der die Ehe geschlossen wurde, während die Frauen bei der Verehelichung stets die Heimat des Gatten zugewiesen bekamen (Art.3). Stand jedem volljährigen Staatsbürger die Verleihung des Heimatrechtes in seiner Aufenthaltsgemeinde dann zu, wenn er dort unmittelbar vor der Bewerbung fünf Jahre lang "freiwillig" und "selbständig" gelebt, während dieser Zeit alle Steuern entrichtet, seine übrigen Verpflichtungen gegenüber der Gemeinde erfüllt und Armenunterstützung weder beansprucht noch erhalten hatte (Art. 6), so erwarb man mit dem Bürgerrecht gleichzeitig auch das Heimatrecht (Art. 5). Im übrigen blieb jeder Gemeinde vorbehalten, auch dann das Heimatrecht unter vertraglich festgesetzten Bedingungen zu gewähren, wenn kein gesetzlicher Anspruch darauf bestand (Art. 8). Falls die Heimat nicht auf die Geburt oder den Eintritt in ein Dienstverhältnis mit öffentlichen Institutionen zurückging, konnten die Gemeinden Aufnahmegebühren verlangen, die sich an den Einwohnerzahlen orientierten, aber 48 Gulden nicht übersteigen durften (Art. 11). Wie die Verordnung von 1825, so verlieh auch das Gesetz von 1868 mit dem Heimatrecht den Anspruch auf Aufenthalt und auf gemeindliche Unterstützung

im Falle der Bedürftigkeit. Obwohl der Gesetzgeber also nun auf die bisher geübte Ansässigmachungsprozedur verzichtete, konnte er sich dennoch immer noch nicht für eine völlige Freigabe der Verehelichung entschließen. Da aber im Gegensatz zum übrigen Reich im Königreich Bayern das Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 4. Mai 1868 nie Geltung erlangte und außerdem das Reichspersonengesetz vom 16. Februar 1875 und das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 das bayerische Heimatgesetz von 1868 nicht berührten¹⁸⁰, mußte auch im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts jeder Heimatwillige zuerst einmal eine von den Distriktsverwaltungen ausgestellte Genehmigung einholen (Art. 33). Dabei stand den Heimatgemeinden zwar in bestimmten Fällen ein klar umrissenes Einspruchsrecht zu, doch waren diese Beschränkungen in der Praxis nicht bedeutend, da sie nur dann griffen, wenn ein Bewerber straffällig geworden war, sich in Untersuchungshaft befand, unter Vormundschaft stand oder in den letzten drei Jahren Armenunterstützung beansprucht hatte (Art. 36). Mit dieser weitgehenden Einschränkung der Bedingungen war freilich auch in Bayern fortan ein hoher Grad Freizügigkeit erreicht¹⁸¹. Erste Modifizierungen erbrachte die "Abänderung des Gesetzes über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt" vom 17. Juni 1896¹⁸². Danach konnten fortan alle volljährigen "Angehörigen des bayerischen Staates", die eine direkte Steuer entrichteten und der Aufenthaltsgemeinde gegenüber alle Verpflichtungen erfüllten, bereits nach vierjähriger Wehrzeit das Heimatrecht dieser Gemeinde erwerben (§ 1), während alle übrigen Antragsteller sieben Jahre warten mußten (§ 2). Als entscheidende Neuerung führte der Gesetzgeber darüberhinaus noch ein, daß eine Gemeinde heimatberechtigte Einwohner einer anderen Gemeinde übernehmen mußte, wenn sich diese Personen vier beziehungsweise sieben Jahre auf ihrem Territorium aufgehalten hatten und die übrigen Voraussetzungen erfüllten (§ 3). Damit wollte man verhindern, daß die Leute jahrelang in der Fremde lebten, dort ihre Steuern und Abgaben entrichteten, im Notfall aber dennoch von den Gemeinden versorgt werden mußten, die ihnen irgendwann einmal das Heimatrecht verliehen hatte.

An der Unterscheidung zwischen nur Heimatberechtigten und Bürgern hielt man also in Bayern bis nach dem Ersten Weltkrieg fest, da erst die Gemeindeverordnung vom 22. Mai 1919¹⁸³ und die Verfassung vom 14. August 1919¹⁸⁴ die bisher geübte Praxis einer Gemeindezugehörigkeit

auf Grund des Heimatrechts beseitigten und den Erwerb des Bürgerrechts nicht mehr durch Ernennung, sondern ausschließlich durch die bloße Wohnsitznahme festlegten: "Jeder Staatsbürger hat in der Gemeinde seines Wohnsitzes das Gemeindebürgerrecht" (§ 11/1 der Verfassung). Nachdem bereits 1825 jeder Bewohner Bayerns einen gesetzlichen Anspruch auf Aufnahme in einen Gemeindeverband zugesprochen bekam, dauerte es somit nochmals fast einhundert Jahre, bis alle Unterschiede beseitigt waren und jedes Gemeindemitglied die gleichen Rechte und Pflichten in Händen hielt.

Im oberen Rottal besitzen wir lediglich für die Gemeinde Neumarkt Material über die Handhabung der Ansässigmachung und Bürgerrechtsverleihung. Da bei der Ansässigmachung Gebühren für die Gemeindekasse zu entrichten waren und die Gemeindekasse davon einen bestimmten Prozentsatz an den Armenfond weiterreichen mußte, bilden die Jahresabrechnungen der Gemeindeverwaltung und der Öffentlichen Armenpflege die Quellenbasis für die Jahre von 1827 bis 1868¹⁸⁵. Danach gewährte das Landgericht von 1827/28 bis 1867/68 durchschnittlich 9,5 Ansässigmachungsgesuche pro Jahr, wobei allerdings zwischen einzelnen Zeitintervallen erhebliche Unterschiede auftreten konnten. So erhielten von 1827 bis 1834, also in dem Zeitraum, in dem die Gemeinden überhaupt kein Widerspruchsrecht besaßen und die Landrichter allein entschieden, jedes Jahr 9 Bewerber einen positiven Bescheid, während von 1835 bis 1852 nur noch im Durchschnitt 7,7 Gesuche bewilligt wurden. Mit der immer stärker werdenden Zunahme der Bevölkerung - von 1852 bis 1867 stieg die Einwohnerzahl Neumarkts um 14,17 %¹⁸⁶ - nahmen freilich auch die Bewerbungen um Ansässigmachung stets zu, so daß in den ausgehenden fünfziger und sechziger Jahren jedes Jahr sogar im Durchschnitt 11,9 Gesuche gewährt wurden. Alles in allem nahm jedoch die Bevölkerung insgesamt schneller zu als die Zahl der Ansässigmachungen: Während nämlich 1840 auf 100 Einwohner eine Ansässigmachung kam, standen 1852 sogar 143 und 1867 immer noch 127 Bewohner einer Neuansiedlung gegenüber¹⁸⁷. Da sich die Anträge auf Ansässigmachung nicht erhalten haben und wir nur die Zahl der Bewilligungen besitzen, ist nicht eindeutig zu klären, in wieweit die Gemeinde Neumarkt mit der Inanspruchnahme des Vetorechts diese Entwicklung beeinflußt oder gar gesteuert hat.

Der Rückgang der Ansässigmachungen nach Einführung des bindenden gemeindlichen Widerspruchsrechtes, insgesamt acht Ablehnungen in der kurzen Zeitspanne von 1864 bis 1867¹⁸⁸ und die niedrigsten Quoten in der Zeit größter wirtschaftlicher Not¹⁸⁹ sprechen jedoch dafür, daß nicht nur die größeren Städte¹⁹⁰, sondern auch die kleine Marktgemeinde Neumarkt an der Rott vom Recht des Einspruchs Gebrauch machte, wenn ihr der Nahrungsstand des Bewerbers nicht ausreichend gesichert erschien. Das Überraschendste Ergebnis ist freilich für das Revolutionsjahr 1848 zu verzeichnen, als in einer kurzzeitigen Liberalisierungsphase fast doppelt so viele Ansässigmachungen gewährt wurden wie in all den vorhergegangenen oder unmittelbar nachfolgenden Jahren¹⁹¹. Wie bereits erwähnt, mußten nicht nur alle auswärtigen Bewerber, sondern auch alle heimatberechtigten Einwohner Neumarkts um Ansässigmachung nachsuchen, wenn sie heiraten oder ein Gewerbe betreiben wollten. Da die Gemeinde- und Armenrechnungen bei jeder Ansässigmachung nur den Namen und Beruf des Bewerbers nennen, den bisherigen Aufenthaltsort aber verschweigen, kann heute nicht mehr geklärt werden, wie viele Personen sich auf diese Weise neu in Neumarkt ansiedelten. Kein Quellenmaterial liegt außerdem noch bei jenem Personenkreis vor, der das Heimatrecht durch einen besonderen Vertrag mit der Gemeindeverwaltung oder durch die landgerichtliche Zuweisung erhielt.

Für die Jahre von 1868/69 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges besitzen wir in Neumarkt zwar keine vollständigen Gemeinde- und Armenrechnungen mehr, doch haben sich dafür die Protokollbücher der Gemeindeausschußsitzungen fast lückenlos erhalten¹⁹², so daß auch für das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts Quellenmaterial vorliegt. Falls alle Anträge vor dem Gemeindeausschuß behandelt wurden, und daran ist auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen eigentlich nicht zu zweifeln, so wurden in Neumarkt an der Rott vom Juli 1869 bis zur "Abänderung des Gesetzes über Heimat, Verheleichung und Aufenthalt" am 17. Juli 1896 lediglich 27 Bewerbungen um das Heimatrecht und 96 Gesuche um Verleihung des Bürgerrechts gestellt. Zieht man von den Anträgen um Bürgerrechtsverleihungen noch jene 41 Bewerber ab, die bisher bereits als Heimatberechtigte im Markt gelebt hatten, so zeigt sich, daß in diesen 27 Jahren lediglich 82 Personen die Aufnahme in den Neumarkter Gemeindeverband begehrten. Da der Ausschuß nur bei drei Ungarn und einem

vor der Verurteilung stehendem Manne die Eingliederung verweigerte¹⁹³, siedelten sich also in dieser Zeit pro Jahr rund zwei Personen mit dem Bürgerrecht und eine Person mit dem Heimatrecht neu in Neumarkt an¹⁹⁴.

Die geringe Zahl der Aufnahmeanträge ist dadurch zu erklären, daß in Neumarkt eine stattliche Anzahl von Leuten wohnten, die erst im Laufe der Jahre zugezogen waren und von Geburt an oder durch nachträgliche Bewilligung das Heimatrecht in einer anderen Gemeinde besaßen. Bei dieser Bevölkerungsgruppe haben wir nun zu unterscheiden zwischen den Bewohnern, die völlig verarmt waren, fast ausschließlich von der Fürsorge oder vom Bettel lebten und denen die Heimatgemeinde sogar den Mietzins bezahlte, und den Leuten, die auch in der Aufenthaltsgemeinde ordnungsgemäß ihre Steuern und Abgaben entrichteten¹⁹⁵. Während nämlich die erste Gruppe auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen das Heimatrecht in der Aufenthaltsgemeinde bis 1896 überhaupt nicht erlangen konnte, stand es jedem Bewerber der zweiten Gruppe zu, wenn er die letzten fünf Jahre in der Gemeinde gelebt hatte. Da die Verleihung des Heimatrechts mit der Entrichtung von Gebühren verbunden war, verzichteten freilich auch die Befähigten häufig auf eine Antragstellung, zumal sie ja im Notfall immer noch Anspruch auf Unterstützung in einer anderen Gemeinde hatten. Dies änderte sich erst nach der Gesetzesänderung von 1896, als die fremden Gemeinden dazu ermächtigt wurden, die Gemeinde Neumarkt an der Rott zur Übernahme jener Einwohner zu zwingen, die bisher zwar dem eigenen Verband angehört hatten, aber bereits seit vier beziehungsweise sieben Jahren nicht mehr auf dem Gebiet der Heimatgemeinde, sondern auf dem Territorium des Marktes lebten. Um eventuelle Folgelasten abzuwälzen, machten die Gemeinden des Umlandes von diesem Recht häufig Gebrauch, so daß die Protokolle der Sitzungen des Neumarkter Gemeindeausschusses fortan einen schlagartigen Anstieg von Heimatrechtsbewilligungen aufweisen.

War mit dem Heimatrecht und der Ansässigmachung ausschließlich eine bestimmte soziale und wirtschaftliche Stellung innerhalb der Gemeinde verbunden, so verknüpfte sich, wie bereits erwähnt, mit dem Bürgerrecht hauptsächlich eine politische Funktion. Die Gemeinde Neumarkt an der Rott nahm von 1811/12 bis 1817/18 neben 22 Inwohnern 25 Bürger auf¹⁹⁶, so daß bei der Abstimmung über die künftige Gemeindeverfassung im

August 1818 85 Bürger stimmberechtigt waren¹⁹⁷. Nachdem die Gemeindefinanzrechnungen von 1818 bis Ende 1824 nochmals die Aufnahme von 18 Bürgern und 15 Mietwohnern verzeichnen¹⁹⁸, reißen mit Einführung des Ansässigmachungsverfahrens die direkten Quellenaussagen über Bürgerrechtsverleihungen ab, um erst wieder mit den Gemeindeausschußprotokollen in den Jahren nach 1869 einzusetzen. Damit liegt zwar die Vermutung nahe, daß mit der Ansässigmachung auch gleichzeitig die Bürgerrechtsverleihung erfolgte, doch ist dies schon allein aus der Zahl von insgesamt fast 400 Ansässigmachungen von vornherein auszuschließen. Außerdem war dies vom Gesetzgeber nicht zwingend vorgeschrieben, da er mit der Ansässigmachung nur die Verleihung des Heimatrechtes, aber nicht die Aufnahme als "wirkliches Gemeindeglied" festsetzte. Wenn man sich nun noch einmal in Erinnerung ruft, daß mit der Ansässigmachung keine besonderen Rechte gekoppelt waren, die Bürger hingegen zur Deckung der Gemeindegeldkosten anteilmäßig beizutragen hatten, so wird deutlich, daß derjenige Personenkreis, der jährlich mit einer Umlage belegt wurde, identisch mit der Bürgerschaft sein mußte. Und tatsächlich finden sich bei den Armenrechnungen mitunter auch Listen, die mit "wöchentlichen Almosen der Bürger" überschrieben sind und den Beitrag jedes Einzelnen an der Gesamtumlage verzeichnen. Danach besaßen in Neumarkt 1835/36 96 Einwohner das Bürgerrecht, während es von 1844/45 bis 1859/60 zwischen 104 und 110 und 1866/67 sogar 112 waren¹⁹⁹. Obwohl die Bevölkerung Neumarkts von der Reichsgründung bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg um 33,62 % stieg²⁰⁰, verlieh die Gemeinde das Bürgerrecht von 1869 bis 1914 durchschnittlich nur viermal im Jahr²⁰¹. Nach den Protokollen der Gemeindeversammlungen wuchs die Zahl der stimmberechtigten Bürger somit zwar bis 1896 auf 120 an, nahm dann jedoch kontinuierlich ab, so daß 1911 nur noch 79 Bewohner Stimmrecht besaßen²⁰². Anders ausgedrückt: Hatten vor 1810 noch 38,60 % der Männer oder 12,45 % der Einwohner Neumarkts das Bürgerrecht besessen²⁰³, so hielten dieses Privileg 1855 nur noch 8,85 %, 1896 7,80 % und 1911 4,97 % der gesamten Einwohnerschaft in Händen. So unglaublich und konträr jeder Erwartung diese Entwicklung auch erscheint, einen Sonderweg hatte Neumarkt damit nicht beschritten. Wie der Vergleich mit der Mehrheit der bayerischen Städte zeigt, lag Neumarkt lediglich am unteren Ende der Skala, da 1911 sogar in den städtischen Kommunen nur 3 bis 8 % der Einwohner das

Bürgerrecht in Händen hielten²⁰⁴. Fast als Ausnahme erscheint dabei der Werdegang Regensburgs, wo der Anteil der Bürger an der Zivilbevölkerung in den Jahren von 1830 bis 1850 zwar ebenfalls von 7,3 % auf 6,0 % sank, dann aber innerhalb von sechs Jahren um 3,4 % stieg, so daß Regensburg 1911 nach Nürnberg und Schwabach prozentual über die meisten Bürger in den bayerischen Städten verfügte²⁰⁵.

Als Ursache für den Rückgang der Bürger an der gesamten Einwohnerschaft einer Gemeinde dürften primär finanzielle Aspekte und erst sekundär apolitische Einstellungen weiter Bevölkerungskreise in Frage kommen, da die Berechtigung der Kommunen, Aufnahmegebühren zu fordern, für die weniger Bemittelten eine erhebliche soziale Schranke darstellte. In Neumarkt erhob man nur bei den Höchstbesteuerten das Gebührenmaximum von 25 Gulden, während die zweite Steuerklasse 21 Gulden und die niedrigste Gruppe 18 Gulden zu entrichten hatte²⁰⁶. Im Dezember 1885 erstellte man zwar eine neue Gebührenordnung, wich dabei aber nur geringfügig von der bisherigen Praxis ab²⁰⁷, so daß auch weiterhin die Bürgerrechtsgebühren den mehrfachen Betrag des Monatsverdienstes eines Lohnarbeiters darstellen konnten. Da nun die häusliche Niederlassung, die Berufsausübung und die Eheschließung unabhängig vom Bürgerrecht erfolgen konnten, verzichteten viele Berechtigte offensichtlich aus materiellen Gründen auf ein Aufnahmegesuch. Andererseits - und dies ist bei dem ständigen Geldmangel der Gemeinde eigentlich unverständlich - war aber auch die Gemeindeverwaltung selber nicht ernsthaft an einer Zunahme der Bürgerschaft interessiert, da sie in all den Jahren nach 1869 nur dreimal von ihrem Recht Gebrauch machte, befähigte Leute zur Annahme des Bürgerrechts zu zwingen²⁰⁸. Nachdem jedoch die sogenannte Sozialgesetzgebung des liberalen Ministeriums Hohenlohe auch die nur Heimatberechtigten zur Entrichtung einer direkten Steuer und zur Unterstützung der Gemeinde- und Armenkasse herangezogen hatte, gab sich die Gemeindebehörde allem Anschein nach damit zufrieden, daß alle Einwohner ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllten und damit auch weiterhin den Grundstein für das Funktionieren des Gemeinwesens legten. Durch das Zusammenwirken beider Faktoren entstand dann jene scheinbar paradoxe Situation, daß sich die Bevölkerung des Marktes Neumarkt an der Rott vom Beginn des 19. bis an den Anfang des 20. Jahrhunderts fast verdoppelte, während die Zahl der Bürger um fast 7 % zurückging.

5. Das Armen- und Fürsorgewesen

Im Mittelalter lag die Armenpflege in erster Linie in Händen der Kirche, denn es gehörte zu ihren vornehmsten Pflichten und Aufgaben, für die Hausarmen, Kranken, Alten, Waisen und Findelkinder zu sorgen²⁰⁹. Als sich jedoch eine Anschauung durchsetzte, die Armut nicht länger verklärte, sondern mehr als Ergebnis persönlicher Schuld und selbstverantwortlicher Fehler verstand, als ferner dann im Zeitalter der Reformation die finanziellen Quellen der Kirche zu versiegen begannen, griff der Staat mit seiner Gesetzgebung in die Armenpflege ein, die nun von einer kirchlich-freiwilligen zu einer öffentlichen Angelegenheit wurde. Nachdem bereits die Konstitution Karls V. vom 7. Oktober 1531 und die Polizeiverordnung von 1579 die Gemeinden zur Unterstützung der Armen verpflichtet hatte, baute man im Verlauf des 17. und 18. Jahrhunderts die kommunale Armenfürsorge immer stärker aus, bis sie schließlich zur beherrschenden Grundlage der gesamten Armenpflege geworden war. In Bayern hielt man am Prinzip der gemeindlichen Armenunterstützung bis in die Zeit der Reichsgründung fest, da ein 1808 von Montgelas unternommener Versuch, das Armenwesen staatlich-zentralistisch zu organisieren, innerhalb von nur acht Jahren völlig scheiterte²¹⁰.

Kurz vor seiner Entlassung erließ Maximilian von Montgelas freilich am 16. November 1816 noch eine Verordnung²¹¹, die über 50 Jahre lang die gesetzliche Grundlage der gesamten bayerischen Armenpflege bildete. Danach hatten Personen, "welche die nothwendigen Bedürfnisse des Lebens aus eigenen Mitteln und durch eigene Kräfte oder aus Mitteln von Anverwandten ... entweder gar nicht oder nur zum Theil erwerben können" (Art. 15), Anspruch auf öffentliche Armenunterstützung gegenüber der Heimatgemeinde (Art. 8). Wie in allen übrigen süddeutschen Staaten, galt also auch in Bayern das Subsidiaritätsprinzip, wonach nur derjenige Unterstützung erlangen konnte, der ganz oder teilweise erwerbsunfähig war und weder von Verwandten noch anderen Personen Unterstützung erwarten konnte. Die Erwerbsfähigen sollten stets die Gelegenheit zur Arbeit erhalten, notfalls sogar in überörtlichen Beschäftigungshäusern, deren Einrichtung und Unterhalt den Armenverwaltungen der Distrikte und Kreise oblag (Art. 26-31). Während für die völlig bedürftigen, älteren Personen die Unterbringung in Verpflegungsanstalten vorgesehen war (Art. 32), sollten die von ihren Eltern verlassenen Kinder,

die Waisen und Findelkinder bis zum sechzehnten Lebensjahr bei Nähr-
eltern untergebracht werden, die dafür eine vertragsgemäß vereinbarte
Unterhaltssumme erhielten (Art. 33). Diejenigen Armen aber, die keiner
außerordentlichen Pflege bedurften, sich für die Aufnahme in die Pflege-
heime nicht eigneten oder dort noch nicht untergebracht werden konnten,
bekamen von den Gemeinden Unterstützungsleistungen in Form von Geld-
almosen, Naturalien, ärztlicher Versorgung, Wohnung, Kleidung und
Brennmaterial, aufgefächert nach Alter, Geschlecht und dem Grad der
Bedürftigkeit (Art. 37-43). Finanziert wurden diese Zuwendungen aus
dem lokalen Armenfond, der sich vor allem aus freiwilligen Beiträgen,
Vermächtnissen, Sammlungen aller Art, Abgaben bei öffentlichen Ver-
gn gungen und Kapitalien der Armenpflege, dem jährlichen Betrag der
zur Wohltätigkeit bestimmten Stiftungen und dem vierten Teil aller
Verlassenschaften zusammensetzte, welche für fromme Zwecke bestimmt
waren (Art. 60-63). Falls jedoch diese Quellen und die Mittel der Ge-
meindekasse nicht ausreichen sollten, so "wird zu Pflicht-Beiträgen
oder Armen-Beisteuern geschritten", von denen niemand befreit werden
durfte (Art. 64). Der Unterstützte mußte sich nun strengen Beschrän-
kungen seiner persönlichen Freiheit unterwerfen, da er ohne die Zu-
stimmung des Ortsvorstandes den Wohnort nicht verlassen durfte, im Ver-
brauch seiner Zuwendungen streng kontrolliert wurde und jede zugewiesene
Arbeit übernehmen mußte, wenn er physisch dazu in der Lage war (Art. 44-
52). Die Anerkennung und Festlegung der Bedürftigkeit, die Verteilung
der Beihilfen, die Überwachung der Unterstützten und die Erschließung
und Verwaltung der finanziellen Mittel lagen in den kleineren Märkten
und Landgemeinden beim Ortpfarrer und beim Gemeindevorstand (Art. 11),
denen allerdings ein PflEGschaftsrat zur Seite stand, dessen Mit-
glieder nach kommunalem Wahlrecht für drei Jahre gewählt wurden und
sich dieser Aufgabe nur in Ausnahmefällen entziehen konnten (Art. 13).

Alles in allem hielt man somit auch 1816 an der traditionellen Unter-
scheidung zwischen Bettlern und Armen fest. Als Bettler bezeichnete man
dabei Personen, die aus eigenem Verschulden - sei es durch üppige, faule,
umm  ige oder lasterhafte Lebensweise - sozial abgesunken waren, wäh-
rend demgegenüber nur derjenige im eigentlichen Sinne als arm galt,
der ohne Selbstverschulden aus Schwäche, Krankheit oder wegen seines

hohen Alters diesen Zustand erreicht hatte²¹². Zwischen diesen beiden Gruppen befanden sich dann jene Personen, die durch Krieg, politische Veränderungen oder persönliche Unglücksfälle völlig verarmt waren und deshalb in erster Linie einen kräftigen Anstoß für den sozialen Wiederaufstieg benötigten. Dementsprechend ging die Armenpolitik immer noch von der Idee aus, daß Armut durch das Erlernen von Arbeitsamkeit und von Arbeitsmoral grundsätzlich verhindert werden könne und jeder Erwerbsfähige eine ihm angemessene Tätigkeit ausüben müsse. Erst wer dazu überhaupt nicht mehr fähig war, konnte in den vollen Genuß der Armenunterstützung gelangen.

An dieser Situation änderte auch das Gesetz über die öffentliche Armen- und Krankenpflege vom 29. April 1869 nichts²¹³, das die arbeitsfähigen Männer und Frauen sogar ausdrücklich vom Anspruch auf öffentliche Armenunterstützung ausschloß und nur dann eine Ausnahme zugestand, wenn die öffentliche Sicherheit oder Sittlichkeit gefährdet war (Art. 10/III). Da dieses Gesetz außerdem lediglich die Einnahmequellen erweiterte (Art. 19-21), Zusammensetzung, Geschäftsgang und Aufgaben des Armenpflegschaftsrates modifizierte (Art. 22-37), die Distrikte und Kreise zu einer stärkeren Beteiligung an der Armenpflege verpflichtete (Art. 38-41), die Aufsichtsrechte und die Zuständigkeit der Staatsbehörden neu festlegte (Art. 42 f) und die Strafbestimmungen verschärfte (Art. 43), im übrigen aber in seinen wesentlichen Bestandteilen auf die Grundcharakteristiken der Verordnung vom 16. November 1816 zurückgriff, trat auch in den kommenden Jahren kein grundsätzlicher Wandel in der öffentlichen Armenpflege ein. Der einzige wesentliche Unterschied zwischen beiden Gesetzen bestand somit in der Ausdehnung des Personenkreises, denn nun mußten die politischen Gemeinden neben ihren eigenen Armen und Kranken auch jene Dienstboten, Gewerbsgehilfen, Lehrlinge, Fabrik- und Lohnarbeiter unterstützen, die zum Zeitpunkt der Erkrankung innerhalb ihrer Grenzen im Dienst oder in Arbeit standen; waren diese Leute jedoch länger als neunzig Tage krank, so mußte ihre Heimatgemeinde die Versorgung entweder selber übernehmen oder der unterstützenden Gemeinde die weiteren Kosten ersetzen (Art. 11/I und II).

Für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts gibt es für das Land insgesamt allerdings keine exakten Angaben über die Zahl der unterstützten

Armen oder über das Ausmaß der tatsächlich gemachten Aufwendungen, weil auch in Bayern statistisch zuverlässiges Material erst um 1850 einsetzt²¹⁴. Demgegenüber kann nun am Beispiel des Marktes Neumarkt an der Rott exemplarisch gezeigt werden, wie die kommunale Armenpflege in der Praxis aussah und wie schwer die Last tatsächlich war, welche der bayerische Staat mit der Fortsetzung der alten Tradition seinen Gemeinden nach 1816 auferlegte, da sich hier die Almosenrechnungen und ihre Belege bis ins Jahr 1869 fast lückenlos erhalten haben²¹⁵. Wenn man, gleichsam als Einstieg, den Blick zuerst lediglich auf die Endergebnisse der Jahresbilanzen richtet, so fällt sofort auf, daß der Etat der Neumarkter Armenpflege innerhalb jenes Zeitraumes, in dem die Verordnung vom November 1816 Gesetzeskraft besaß, um rund 300 % stieg. Im einzelnen lassen sich dabei jedoch vier Phasen unterscheiden, die zum Teil nahtlos ineinander übergehen und deren Anfang und Ende somit nicht an einer einzigen Jahreszahl festzumachen sind. Während die Einnahmen und Ausgaben bis in die Mitte der Dreißiger Jahre eher bedächtig, aber dennoch kontinuierlich anstiegen, verdoppelten sie sich innerhalb der nächsten zehn Jahre, erreichten um die Jahrhundertwende Werte, die um 400 bis 500 % höher als am Ausgangspunkt lagen, um dann binnen weniger Jahre wieder um rund ein Drittel zu sinken. Dazu einige typische Beispiele aus jeweils einer Periode:

Tabelle 9: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Armenpflege und der Gemeindekasse in Neumarkt an der Rott in den Jahren von 1817 bis 1869 an Hand ausgewählter Beispiele (in Gulden und Kreuzern;²¹⁶

Jahr	Armenkasse		Gemeindekasse	
	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1818/19	302,15	305,27	1182,44	1063,03
1832/33	448,24	447,30	1353,49	1391,12
1843/44	952,55	821,06	1103,09	1115,20
1856/57	1820,07	1819,23	1294,01	1176,38
1868/69	1241,42	1245,19	1974,59	2181,58

Der Vergleich zwischen den Etats der Armenpflege und der Kommunalkasse zeigt sehr deutlich, daß die Übertragung des Armenwesens den Gemeindeverband nicht nur finanziell erheblich belastete, sondern vor Probleme stellte, die ohne fremde Hilfe nicht mehr zu bewältigen waren.

Hatten die Ausgaben der Armenkasse sich 1818/19 noch auf ein Viertel der Einnahmen der Gemeindekasse beschränkt, so umfaßten sie 1832/33 immerhin schon ein Drittel und 1843/44 bereits drei Viertel davon, während 1856/57 sogar 71 % mehr Geld für die Unterstützung der Armen ausgegeben wurde als überhaupt in die Gemeindekasse floß. Rein rechnerisch mußten somit auf Grund dieser drastischen Steigerungen 1840 von jedem Einwohner rund 50 Kreuzer und 1852 sogar erheblich mehr als ein Gulden für die Armenunterstützung aufgebracht werden²¹⁷. In der Praxis wurde freilich nicht von jedem Bewohner - und unabhängig von Alter, Geschlecht und Berufsstand - der gleiche Betrag eingehoben, hier entwickelte sich vielmehr im Laufe der Jahre ein gut durchdachtes und effektiv arbeitendes System.

Tabelle 10: Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalarmpflege in Neumarkt an der Rott in den Etatjahren 1817/18 und 1845/46 (in Gulden und Kreuzern)²¹⁸.

	1817/18	1845/46
I. Einnahmen		
Aktivrest des Vorjahres	7,40	171,30
Ertrag des Stammvermögens	-	8,00
Zuschüsse aus örtlichen Stiftungen	80,00	80,00
Zuschüsse aus dem Distriktsarmenfond	-	400,00
Sammlungen und freiwillige Spenden	3,20	56,37
Polizeistrafen	-	1,00
Gebühren für Tanzveranstaltungen	-	18,48
Gebühren für Ansässigmachung und Verhehl.	-	10,00
Pflichtbeiträge der Gemeinemitglieder	232,40	416,40
Summe	323,40	1162,35
II. Ausgaben		
Unterstützungen der Armen (regelmäßig)		
in Geld	244,11	391,36
in Naturalien	-	88,58
für Mietzins	-	86,30
Schulgeld armer Kinder	35,06	107,40
Kostgeld illegitimer Kinder	-	12,00
Krankenpflege der Armen	-	24,31
Verwaltungskosten	5,11	0,48
Spenden	-	101,11
Beihilfen sonstiger Art	-	224,16
Summe	284,28	1037,16

Wie bereits gezeigt, hatte der Gesetzgeber zur Deckung der Armenlasten eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht und für den Fall, daß alle anderen Quellen nicht ausreichen sollten, sogar die Einführung einer "Armen-Beisteuer" erlaubt. Da die Neumarkter Armenpflege über kein hinreichendes Eigenkapital verfügte, ein mit Zuschüssen aushelfender Distriktsarmenfond noch nicht bestand, die Mittel der lokalen Stiftungen beschränkt waren, die freiwilligen Spenden nur mäßigen Ertrag brachten und die kommunalen Gelder kaum zur Deckung des eigenen Bedarfs ausreichten²¹⁹, griff man hier von Anfang an auf die Möglichkeit einer direkten Umlage zurück. Die wöchentlich von den Gemeindegliedern eingehobenen Gelder erreichten im ersten Etatjahr 232 Gulden 40 Kreuzer und damit 72 % der gesamten Einnahmen²²⁰. Waren 1817/18 jedoch nur die Bürger zur Kasse gebeten worden, so mußten 1836/37 sämtliche Erwerbstätige ihren Pflichtbeitrag zur Armenunterstützung leisten. In diesem Jahr lieferten die rund 100 Bürger 360 Gulden 8 Kreuzer, die 24 männlichen und 41 weiblichen Dienstboten 18 Gulden 20 Kreuzer, die 21 Gesellen 14 Gulden 18 Kreuzer und die 23 Näherinnen oder Strickerinnen 9 Gulden 12 Kreuzer ab, so daß insgesamt eine Summe von 402 Gulden 28 Kreuzer an Pflichtbeiträgen zusammenkam²²¹. Und mußten die Bürger, je nach der Größe ihres Besitzes oder der Leistungsfähigkeit ihres Gewerbes, wöchentlich zwischen einem und zwölf Kreuzern und die Dienstboten von jedem verdienten Gulden einen Kreuzer abgeben, so bezahlten die Gesellen pro Monat zwei und die Näherinnen oder Strickerinnen einen Kreuzer²²². Damit waren zwar die Pflichtbeiträge der Gemeindeglieder gegenüber 1817/18 um 73 % gestiegen, doch erreichten sie trotzdem erst 56 % der Gesamteinnahmen von 716 Gulden 4 Kreuzern. Obwohl inzwischen auch die Erträge aus den Sammlungen und freiwilligen Spenden, den öffentlichen Vergnügungen und der Verleihung des Heimat-, Verehelichungs- und Bürgerrechts erheblich gesteigert werden konnten, stand man also seit der Mitte der dreißiger Jahre vor dem Problem, daß die Ausgaben weiterhin sprunghaft in die Höhe schossen, die Einnahmen aber bereits ein Niveau erreicht hatten, das nicht mehr angehoben werden konnte. Als letzten Ausweg gründete man deshalb in dieser Zeit den Distriktsarmenfond, dem jede Gemeinde des Landgerichtes beitragspflichtig war und der im Bedarfsfalle jede lokale Armenpflege finanziell unterstützen sollte. Da die übrigen Bauerngemeinden ihre Armen jedoch selber versorgen

konnten, kamen die Mittel dieses Fonds in der Praxis eigentlich nur den Kommunen Wolfsberg und Neumarkt zugute, die auf Grund ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur über die meisten Armen verfügten²²³. Mit jährlichen Unterstützungssummen bis zu 600 Gulden bildeten somit die Zuschüsse aus dem Distriktsarmenfond vom Etatjahr 1839/40 an die zweite große Einnahmequelle der Armenpflege Neumarkt²²⁴. An dritter Stelle der regelmäßigen Zuwendungen folgten schließlich die Beiträge der beiden örtlichen Wohltätigkeitsstiftungen. Über den ganzen Zeitraum hinweg überließen die Bruderhausstiftung 50 und die Oberholzische Legatenstiftung 30 Gulden im Jahr der Neumarkter Armenkasse. Freiwillige Spenden der Honoratioren, Erträge aus den Sammlungen in den Kirchen und aus den in Wirtshäusern und Geschäften aufgestellten Armenbüchsen ergänzten schließlich noch zusammen mit den Geldern aus den Polizeistrafen und den Gebühren für die Ansässigmachung und Verhehelichung die Einnahmen der Armenpflege.

Mit der Anhebung der Pflichtbeiträge und der Erschließung neuer Finanzquellen reagierte die Verwaltung des lokalen Armenfonds freilich nur auf den immer stärker einsetzenden Anstieg der Ausgaben. Ausgelöst wurde diese Entwicklung freilich nicht nur durch den allgemeinen Preisanstieg, sondern vor allem dadurch, daß die Neumarkter Armenpflege im Laufe der Jahre immer mehr Männer und Frauen direkt unterstützte und gleichzeitig auf Arbeitsgebiete übergriff, die ursprünglich nicht zu ihrem Betätigungsbereich gehört hatten. Von Beginn an war sie allerdings gesetzlich verpflichtet gewesen, mittellosen Kindern das Schul- oder Lehrgeld zu bezahlen und jene Familien finanziell zu unterstützen, die sich bereiterklärten, illegitime oder verwaiste Kinder zur Kost in ihrem Haushalt aufzunehmen. Demgemäß schlug dieser Posten jedes Jahr mit 10 bis 15 % der Gemeindeausgaben zu Buche. Nicht die Gemeindeglieder selber, sondern fremde Leute durften sodann jene Gelder einstreichen, die in den Quellen ab 1841/42 als "Ausgaben auf Spende-Anstalten" erscheinen. Dies waren hauptsächlich die Zehrgelder für die wandernden Handwerksburschen, doch fielen unter diese Rubrik auch die Aufwendungen für die Krankenversorgung, falls einer der Gesellen im Ort die Hilfe des Arztes oder des Apothekers brauchte. Wenn dann, wie in der Zeit vom 1. Oktober 1848 bis zum 30. September 1849, insgesamt 4 877 Handwerksgesellen den Markt durchzogen und jeder

von ihnen auch nur zwei Kreuzer erhielt, so belastete dies den Armenfond immerhin mit 162 Gulden/34 Kreuzer oder 14 % der gesamten Einnahmen²²⁵.

Trotz der Unterstützung der hilfsbedürftigen Kinder und der umherziehenden Handwerksburschen war die öffentliche Armenpflege in erster Linie für die Versorgung der arbeitsunfähigen alten oder kranken Leute der eigenen Gemeinde gegründet worden. Von 1817 an unterstützte die Neumarkter Armenkasse sogleich im Durchschnitt 24 oder 25 Männer und Frauen im Jahr mit regelmäßigen Beihilfen. In der ersten Zeit beschränkten sich diese Zuwendungen auf die wöchentliche Auszahlung der bewilligten Geldalmsen, doch zeigte sich bereits Anfang der zwanziger Jahre, daß diese Summen zur Deckung des täglichen Bedarfs bei weitem nicht ausreichten. Deshalb ging man nun dazu über, neben der Erhöhung der wöchentlichen Unterstützungsgelder auch Zuschüsse zum Mietzins zu gewähren, die Kosten für die Krankenversorgung zu tragen, Kleidung und Brennmaterial zu stellen und im besonderen Notfall eine einmalige finanzielle Zulage von einigen Gulden auszuhändigen. Während also die Lokalarmenpflege in Neumarkt an der Rott im Etatjahr 1817/18 insgesamt lediglich eine Summe von 244 Gulden 11 Kreuzern für die wöchentliche Ausbezahlung der Almsen zur Verfügung hatte²²⁶, spendete sie 1852/53 517 Gulden 3 Kreuzer an regelmäßigen Zuwendungen, 123 Gulden 56 Kreuzer an einmaligen Zuschüssen, 66 Gulden 13 Kreuzer für Kleidung, 116 Gulden 39 Kreuzer für Holz, 109 Gulden an Mietzinsen und 46 Gulden 17 Kreuzer für die ärztliche Betreuung²²⁷. Mit der ständig zunehmenden Ausdehnung und Auffächerung ihres Aufgabenbereiches konnte die Armenpflege freilich im Laufe der Jahre immer mehr hilfsbedürftige Gemeindemitglieder erfassen. Obwohl sich die Zahl der wöchentlich, vierzehntägig oder monatlich mit Geld unterstützten Personen von 1817 bis 1853 sogar von 24 auf 23 verringerte, erhielten dennoch in der Mitte des Jahrhunderts doppelt so viele Menschen eine Beihilfe aus dem Armenfond als unmittelbar nach Inkrafttreten der Verordnung vom November 1816, da die Bereitstellung der Kleidung und des Brennmaterials, die Mietzuschüsse, die Übernahme der Krankenkosten und die Gewährung einmaliger Geldbeihilfen in etwa zur Hälfte von Männern und Frauen in Anspruch genommen wurden, die bisher nicht zu den regelmäßigen Almsenempfängern gehört hatten.

Nach dem Gesetz waren die lokalen Armenpfleger verpflichtet, zu Beginn jedes Etatjahres eine sogenannte "Armenbeschreibung" zu erstellen, in die alle Kinder, Frauen und Männer eingetragen werden mußten, die voraussichtlich das ganze Jahr über von der Armenkasse Unterstützung erhalten sollten. Im einzelnen werden hier genannt: der Vor- und Zuname des Almosenempfängers, die Religion, der Familienstand, die Art der Ansässigmachung, der bisherige Erwerb, die weitere Erwerbsfähigkeit, die Ursache der Verarmung, das Alter, der Gesundheitszustand und die bewilligte Unterstützungssumme. In Neumarkt an der Rott besitzen wir diese Listen für die Etatjahre 1833/34, 1835/36 bis 1840/41 und 1845/46 bis 1867/68²²⁸, so daß zumindest für diesen Zeitraum etwas näher auf das Auswahlverfahren, die Vergabepaxis und die soziale Zusammensetzung der völlig Verarmten eingegangen werden kann.

Tabelle 11: Zahl und Altersstruktur der Neumarkter "conscriptierten" Armen
1833/34 und 1866/67

Jahre	1833/34		1866/67	
	Zahl	%	Zahl	%
30-39	-	-	2	6,70
40-49	1	6,67	3	10,44
50-59	3	20,00	3	10,44
60-69	6	40,00	8	27,59
70-79	4	26,67	12	41,38
80-89	1	6,67	1	3,45

Wie die Quellen eindeutig belegen, hielt man sich in Neumarkt streng an das vom Gesetzgeber ausdrücklich angeordnete Subsidiaritätsprinzip, da nur auf diese Weise die Ausgaben einigermaßen beschränkt und kontrolliert werden konnten. Wer hier also Gelder aus dem Armenfond erhalten wollte, mußte glaubhaft nachweisen, daß er entweder keine Verwandten mehr besaß oder jene gleichfalls nicht in der Lage waren, ihn ausreichend zu versorgen. Anschließend wurden die Bemerkungen über die weiteren Familienverhältnisse in die Armenbeschreibungen übertragen, so

daß sich dort mitunter auch noch recht interessante Hinweise auf das soziale Umfeld der "conscriptierten Armen" befinden. Im Durchschnitt erhielten in dem Zeitraum rund 30 Erwachsene regelmäßig Geld aus der Armenkasse. Da jedoch die Mehrzahl der Leute jedes Jahr wieder in den Listen erschienen und nur etwa 10 % durch Fluktuation ergänzt wurden, nennen die Quellen insgesamt nur 115 verschiedene Namen, nämlich die von 43 Männern und 72 Frauen. Bei der ersten Eintragung in die Armenbeschreibungen besaßen die Almosenempfänger ein Durchschnittsalter von 61,45 Jahren, wobei die Männer mit 65,19 Jahren deutlich älter waren als die Frauen mit ihren 60,84 Jahren. Hinsichtlich des Familienstandes gab es hingegen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede, da sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern über 90 % aller unterstützten Personen entweder nie geheiratet oder ihren Ehepartner bereits wieder verloren hatten²²⁹. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen wurden in allen Fällen als Ursache der Verarmung hohes Alter, Gebrechlichkeit und unheilbare Krankheiten wie Erblinden, Geisteszerrüttung oder Abzehrung genannt. Falls Sonderregelungen getroffen wurden, so betrafen sie fast ausschließlich Familien, in denen der Vater frühzeitig starb und die Mutter nun nicht mehr in der Lage war, die zahlreichen minderjährigen Kinder zu versorgen. Dieser Situation sah sich zum Beispiel die fast vierzigjährige Elisabeth Blümel gegenüber, die kurz nach dem Tod ihres Gatten mit der Vergantung der Weißgerberei zu Beginn der vierziger Jahre auch noch die Existenzgrundlage verloren hatte. Da die Gelegenheitsarbeiten nur 12 Kreuzer am Tag einbrachten, diese Summe aber für den Unterhalt der sechs unversorgten Kinder bei weitem nicht ausreichte, stellte die Armenpflege dieser Familie neben dem wöchentlichen Geldalmosen von 30 Kreuzern auch noch einen Mietzuschuß von 14 Gulden und Brennmaterial im Wert von 10 Gulden über zehn Jahre lang zur Verfügung²³⁰.

Die Höhe der Unterstützungssumme richtete sich ausschließlich nach dem Ausmaß der Arbeitsunfähigkeit und dem Grad der Bedürftigkeit, doch konnte selbst derjenige, der auf Grund völliger Erwerbsunfähigkeit den Höchstsatz bekam, vom Almosen allein kaum leben. Dazu einige Beispiele, die zur Einordnung der Armenhilfe in das allgemeine Lohn- und Preisniveau dienen sollen: 1829 bezahlte die Armenpflege als Höchstsatz 18 bis 24 Kreuzer pro Woche²³¹, während zur selben Zeit die Tagelöhner

bereits zwischen 16 und 18 Kreuzern und die Zimmerer sogar 28 Kreuzer am Tag erhielten²³². Bei freier Wohnung und Verpflegung bekamen die Diensthofen 1837 durchschnittlich 17 Gulden pro Jahr²³³ - und damit noch rund 70 % mehr Geld als die Armen, die von ihren 10 Gulden im Jahr auch das tägliche Brot und den Mietzins bestreiten mußten. 1854 lag das wöchentliche Geldalmsen sogar deutlich unter dem Taglohn, da zu dieser Zeit im Landgericht Neumarkt die Männer 37 Kreuzer und die Frauen 29 Kreuzer am Tag verdienten²³⁴, während die Armenkasse höchstens 30 Kreuzer pro Woche für eine einzelne Person oder Familie zur Verfügung stellen konnte²³⁵. Ebenfalls 1854 betrug der Gesindelohn, einschließlich aller in Geld angeschlagenen Bezüge, bei den Männern 144 Gulden und bei den Frauen 122 Gulden im Jahr²³⁶. Diesem Verdienst standen nun jene 39 Gulden 57 Kreuzer gegenüber, welche die ledige, fünf- undvierzigjährige Katharina Sauerlacher von der Armenpflege zum eigenen Unterhalt und zur Versorgung der beiden unehelichen Kinder erhielt. Dabei hatte sie in diesem Jahr sogar die meisten Unterstützungsgelder bekommen, nämlich den Höchstsatz von 30 Kreuzern pro Woche, eine einmalige Beihilfe von 2 Gulden, einen Mietzuschuß von 9 Gulden und 2 Gulden 57 Kreuzer für Kleidung²³⁷. Insgesamt entfielen dann 1854 auf jede von der Armenkasse unterstützte Person im Durchschnitt rund 20 Gulden im Jahr.

Im Vergleich dazu nun die Preise einiger lebenswichtiger Konsumgüter: Nach der Überwindung der großen Agrarkrise kostete auf der Mühldorfer Schranne ein Scheffel Roggen im Juli 1819 6 Gulden 40 Kreuzer²³⁸, im Juli 1829 9 Gulden 30 Kreuzer²³⁹, im Juli 1840 8 Gulden 27 Kreuzer²⁴⁰, im Juli 1846 10 Gulden 58 Kreuzer²⁴¹ und im Juli 1853 16 Gulden 12 Kreuzer²⁴². Da auch der Weizen, die Gerste und der Hafer eine ähnliche Entwicklung durchliefen, hatte sich also der Getreidepreis von 1819 bis 1853 mehr als verdoppelt. Nun kostete im Landgericht Neumarkt ein Pfund Weizenmehl 4 Kreuzer 2 Pfennige, ein Pfund Roggenbrot 4 Kreuzer, ein Pfund Kalbfleisch 9 Kreuzer, ein Pfund Schweinefleisch 14 Kreuzer und ein Pfund Schafffleisch 8 Kreuzer²⁴³. Für ein Paar Schuhe oder Stiefel mußte man in diesen Jahren zwischen 1 Gulden 27 Kreuzer und 2 Gulden 48 Kreuzer bezahlen, während ein Klafter Brennholz für 4 Gulden verkauft wurde²⁴⁴.

Wie das Alter, der Gesundheitszustand und die Familienverhältnisse der Unterstützten zeigen, hatte sich die Neumarkter Armenpflege von 1817 bis 1869 ziemlich genau an die Richtlinien des Gesetzgebers gehalten und - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur denjenigen materiell geholfen, die ihrer Meinung nach ohne eigenes Verschulden völlig verarmt waren. Wurde diese Regel bereits dadurch unterbrochen, daß man ledigen und verwitweten Müttern gleiche Rechte und Ansprüche zugestand, so zeigt ein Bericht Cölestin Krepplsetzers, daß Verarmung nicht - wie vom Gesetzgeber angenommen - immer auf Arbeitsunwilligkeit, Genußsucht und Unsittlichkeit zurückzuführen war. Vom Landgericht Mühldorf zu einer Stellungnahme über die sozialen Verhältnisse in der Ortschaft Adlstein aufgefordert, schildert Pfarrer Krepplsetzer als Vorstand des Armenpflegschaftsrates im März 1831, wie es seiner Meinung nach zu den katastrophalen Zuständen kommen konnte: Schuld trage in erster Linie der Gutsherr von Klessing, da er viel zu vielen Leuten die Ansässigmachung gewährte, ohne gleichzeitig "auf gesicherten Nahrungsstand" zu achten. Ohne den mindesten Grundbesitz und keines Gewerbes kundig, seien die meisten dieser Einwohner auf den Erwerb durch Taglohn angewiesen. Genau diese Erwerbsquelle sei jedoch "durch die Unzahl lediger Dienstboten sehr beschränkt", so "daß sich wenigstens 24 dieser (33) Familien vom Bettel nähren"²⁴⁵. Obwohl für Neumarkt keine Aussagen dieser Art überliefert sind, kann dennoch auf Grund der engen Nachbarschaft davon ausgegangen werden, daß auch hier die Tagelöhner vor ähnlichen Problemen standen. Wenn die Armenpflege trotzdem fast nur allein stehende, alte gebrechliche oder kranke Menschen unterstützte, so lag dies gewiß hauptsächlich an den gesetzlichen Bestimmungen. Andererseits darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Finanzkraft des Armenfonds sehr begrenzt war und nicht ausgereicht hätte, sämtliche Bedürftige ausreichend zu versorgen. Im Gegenteil, die erheblich unter dem Durchschnittsverdienst der Tagelöhner und Dienstboten liegenden Almosen geben deutlich davon Zeugnis, daß die Beschränkung auf einen möglichst kleinen Personenkreis unbedingt notwendig war, um überhaupt effektiv helfen zu können.

Vom Blickwinkel der Neumarkter Gemeindeverwaltung aus betrachtet, ist es deshalb ganz verständlich, daß man in all den Fällen, in denen die eigene Zuständigkeit nicht von vornherein feststand, jede Verantwortung

zunächst einmal weit von sich wies und dem Landgericht die Klärung der Angelegenheit zuschob. Dieses Verhalten zeigt sich exemplarisch am Beispiel der ledigen und kinderlosen Barbara Knauer, die 1844 an der Brustwassersucht erkrankte und fortan ihren Lebensunterhalt nicht mehr selber bestreiten konnte²⁴⁶. Da Barbara Knauer zwar die meiste Zeit ihres Lebens in Neumarkt gewohnt, hier aber nie das Heimatrecht erworben hatte, verweigerte ihr der Markt die Unterstützung, so daß nun das Landgericht zur Klärung des Sachverhalts aufgerufen war. Sein Schriftwechsel mit den beiden Pfarrämtern St. Veit und Hürbering sowie mit den Gemeindeverwaltungen in Elsenbach, Neumarkt und St. Veit erbrachte, daß Barbara Knauer als drittes uneheliches Kind der Eva Maria Aicher am 22. April 1794 geboren wurde. Ihre Mutter, eine ebenfalls illegitim geborene Abdeckerstochter aus Bonbruck, arbeitete zu diesem Zeitpunkt als Magd bei einem Bauern in Eitlhub, zog jedoch später nach Neumarkt, wo sie 1834 im hohen Alter von 86 Jahren verstarb. Auf Anfrage des Landgerichtes erklärte nun die Gemeinde Elsenbach, auf dessen Sprengel die Einöde Eitlhub lag, daß man weder Eva Maria Aicher noch ihrer Tochter Barbara das Heimatrecht verliehen hätte und somit ebenfalls nicht zuständig sei. Wenn man der Mutter dennoch in ihren letzten Lebensjahren Almosen gewährt und auch das Begräbniß finanziert habe, fuhr die Gemeindeverwaltung in ihrer Argumentation fort, so geschah dies nicht aus gesetzlicher Verpflichtung heraus, sondern lediglich wegen ihres langen Aufenthalts auf Gemeindeterritorium. Als daraufhin das Landgericht der Frage nachging, wo Barbara Knauer in den letzten Jahren wirklich gelebt hatte, und sich dabei herausstellte, daß sie zwar seit 23 Jahren in Neumarkt gemeldet war, sich die letzten sieben Jahre aber als Strickerin in St. Veit aufgehalten hatte, verzichtete man auf die weitere Ermittlung des Heimatrechtes und wies die St. Veiter Lokalarmpflege an, die kranke und arbeitsunfähige Frau bis auf weiteres "provisorisch" zu versorgen. Da sich der Landrichter gleichzeitig jedoch verpflichtete, der Örtlichen Armpflege alle Ausgaben dieser Art aus den Mitteln des Kreisfonds von Oberbayern zurückzuerstatten, mußte Barbara Knauer letztlich nicht von den Umlagen der St. Veiter Gemeindeglieder unterhalten werden. Insgesamt unterstützte sie der Staat sodann von 1846 bis 1858 mit 598 Gulden 50 Kreuzer - also mit einer Summe, die den ohnehin sehr knappen Etat des Neumarkter Armenfonds noch zusätzlich erheblich belastet hätte.

Neben der vom Gesetzgeber ausdrücklich vorgeschriebenen öffentlichen Armenpflege gab es im oberen Rottal das ganze 19. Jahrhundert hindurch nur noch in Neumarkt auch Einrichtungen der freiwilligen Armenhilfe²⁴⁷. Noch aus dem alten Reich stammten die Oberholzische Legatenstiftung und die 1802 institutionell zusammengeschlossene Bruder- und Leprosenhausstiftung²⁴⁸, während die Grandauersche Armenstiftung²⁴⁹ und die Hingerlsche Wohltätigkeitsstiftung²⁵⁰ erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gegründet wurden. Gemäß des Testaments ihres kürzlich verstorbenen Mannes übergab die Müllerswitwe Therese Hingerl aus Großmühle 1874 der Marktkirche St. Johann ein Kapital von 12 000 Gulden mit dem Auftrag, diese Gelder wohltätigen Zwecken zuzuführen. Nach langjährigen Beratungen einigte man sich in Neumarkt dann darauf, dieses Kapital nicht der öffentlichen Armenpflege zuzuschlagen, sondern als Grundstock für die Einrichtung einer sogenannten "Kleinkinderbewahranstalt" zu verwenden. Obwohl der Stiftungsbrief bereits am 29. August 1879 ausgestellt wurde, zog sich die Gründung dieses Instituts noch Jahre hin, da erst einmal ein geeignetes Gebäude und dann das Aufsichtspersonal gefunden werden mußte. Nachdem aber 1885/86 das ehemalige Rentamtsgebäude dem Staat abgekauft und für die neue Verwendung hergerichtet worden war, nachdem ferner im Februar 1889 zwei Mitglieder des Ordens der Armen Schulschwestern für die Betreuung der Kinder gewonnen werden konnten und im März 1889 auch das Innenministerium seine Zustimmung erteilt hatte, stand der Eröffnung nichts mehr im Wege. Von nun an konnten alle nicht schulpflichtigen Kinder ab dem dritten Lebensjahr von sechs Uhr morgens bis sieben Uhr abends Aufnahme in der Neumarkter Kleinkinderbewahranstalt finden. Als Unkostenbeitrag verlangte man für die Unterbringung drei Pfennige am Tag und für die Verpflegung nochmals acht Pfennige dazu. 1910 verfügte die Hingerlsche Wohltätigkeitsstiftung dann neben dem auch als Mädchenschulhaus genutzten ehemaligen Rentamtsgebäude im Wert von 37 660 Mark über Mobilien im Schätzpreis von 12 844 Mark und über ein rentierendes Vermögen von 31 400 Mark. Und damit hatte sich diese noch junge Institution, die jährlich 1 564 Mark an Ausgaben leisten konnte, zur finanzkräftigsten Stiftung Neumarkts entwickelt²⁵¹.

Da die Hingerlsche Wohltätigkeitsstiftung einem anderen Zweck gewidmet war und die Oberholzsche Legatenstiftung und die Grandauer-sche Armenstiftung ihre Unterstützungsgelder in Höhe von 252,69 Mark der Lokalarmpflege zur Verfügung stellten²⁵², war auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Bruderhausstiftung mit ihrem Gesamtvermögen von 30 105,15 Mark²⁵³ die einzige selbständig und effektiv arbeitende Einrichtung der freiwilligen Armenhilfe. Wie bereits gezeigt, trat sie von 1816 bis 1868 jährlich 50 Gulden an den lokalen Armenfond ab, doch beschränkte sich ihr Aufgabenbereich nicht auf die Bereitstellung dieser Gelder. Gemäß ihres Stiftungszweckes unterhielt die Bruderhausstiftung auch noch das ganze 19. Jahrhundert hindurch die Neumarkter Armen- und Krankenanstalt - ein Gebäude, das 1910 freilich nur noch einen Wert von 6 240 Mark besaß²⁵⁴. Und dennoch beherbergte das in der Vormark gelegene Bruderhaus bis zur Fertigstellung des örtlichen Kreis-krankenhauses im Jahre 1883²⁵⁵ in den fünf Zimmern des Erdgeschosses die Alten und in den zehn Betten des Obergeschosses die pflegebedürftigen Kranken²⁵⁶. Für die Erhaltung des Gebäudes gab die Bruderhausstiftung von 1849/50 bis 1858/59 jährlich 90 Gulden aus, während für die Versorgung der Insassen 220 Gulden pro Jahr benötigt wurden²⁵⁷. Die Öffentliche Armpflege wurde dadurch freilich erheblich entlastet, da sie keine Räume zur Unterbringung der Bedürftigen bereitstellen und unterhalten mußte, sondern lediglich denjenigen den Mietzins zu erstatten hatte, die auf Grund der beschränkten Platzverhältnisse keine Aufnahme im Bruderhaus fanden: Ohne die Unterstützung durch die Bruderhausstiftung wären die Ausgaben der lokalen Armenkasse um rund ein Drittel höher gewesen.

Ebenfalls von 1849/50 bis 1858/59 nahm die Bruderhausstiftung im Durchschnitt 404 Gulden 25 Kreuzer im Jahr ein²⁵⁸. Da sie zwei Zimmer der Armen- und Krankenanstalt für die Unterbringung auswärtiger Bedürftiger zur Verfügung stellte, erhielt sie vom Distriktsarmenfond jedes Jahr einen Zuschuß von 30 Gulden, während ihr die Elsenbacher Kirchenstiftung St. Antonius an "Sustentations-Beyträgen" 1 Gulden 48 Kreuzer überließ und die Dominikalrenten ebenfalls nur 7 Gulden 36 Kreuzer einbrachten. Haupteinnahmen waren somit die Zinsen der verliehenen Kapitalien, die in dieser Zeit jährlich 365 Gulden 1 Kreuzer abwarfen. Und dabei ist für die Sozialgeschichte Neumarkts nun

besonders interessant, daß alle überlieferten Rechnungen der Bruderhausstiftung für das 19. Jahrhundert²⁵⁹ neben dem Staat, der trotz der Schuldentilgung während der Regierungszeit König Ludwigs I. 1861/62 immer noch Ausstände in Höhe von 4 825 Gulden besaß²⁶⁰, in erster Linie die Bewohner des Marktes und seiner unmittelbaren Umgebung als Hauptschuldner ausweisen. So erhielten zum Beispiel von 1828 bis 1841 insgesamt 17 Neumarkter Handwerker, Gewerbetreibende und Tagelöhner insgesamt ein Darlehen von 1 600 Gulden, das sie jährlich mit vier Prozent verzinsen mußten²⁶¹. Weil sie aber fast jedes Jahr einer oder mehreren Personen Kredite zwischen 50 und 200 Gulden gewährte, war die Bruderhausstiftung für die Gemeinde Neumarkts an der Rott als Geldverleiher mindestens ebenso wertvoll wie als Einrichtung der freiwilligen Armenpflege.

IV. Die Patrimonialgerichte

1. Begriff und Wesen der Patrimonialgerichtsbarkeit

Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts der bayerische Staat durch die Einteilung in Kreise territorial neu gegliedert, in Verwaltung, Gerichtsbarkeit, Finanzhoheit einheitlich strukturiert und durch die Gemeindebildung von unten her neu organisiert wurde, erhielten auch die gutsherrlichen Gerichte wieder ihren festen Platz im Gesamtstaatsgefüge. Eigentlich hätte die Einheit des Staates ja den Einzug aller adeligen Herrschaftsrechte gefordert, doch zwang Montgelas' Vorstellung von einer eigenstaatlichen Evolution Bayerns zur Rücksicht auf jene gesellschaftliche Gruppe, die zusammen mit der Kirche bisher den Staat ganz entscheidend gestützt hatte. So gab es in Bayern um 1700 zwar 107 landesherrliche Gerichts- und Verwaltungsbezirke, in denen die Amtsvorstände den Landesherren gegenüber den Untertanen repräsentierten, doch waren sie für die Gesamtbevölkerung nur in den Hochgerichtssachen, den Streitigkeiten um Grund und Boden und in den Cantprozessen zuständig²⁶². Nachdem der Herzog bereits im Spätmittelalter seine neu gegründeten Städte und Märkte mit einer Vielzahl von Gerichts- und Verwaltungsrechten ausgestattet²⁶³ und in der Ottonischen Handfeste von 1311 die zum Teil bereits vorgenommene Bildung geschlossener Grundherrschaften mit adeligen Niedergericht oder geistlichem Propstgericht auch urkundlich zugestanden hatte²⁶⁴, war der Herrschaftsbereich seines Stellvertreters auf dem flachen Land seit Jahrhunderten erheblich eingeschränkt. Deshalb unterstanden dann um 1700 auch nur noch 40,9 % der Gesamtbevölkerung Bayerns niedergerichtlich den kurfürstlichen Pflegern, Pflégskommissären oder Landrichtern, während 22,3 % in den gefreiten Städten und Märkten und 36,8 % in Hofmarken oder auf einschichtigen Gütern eines Hofmarksherren lebten²⁶⁵. Ist im Landgericht also in erster Linie der Typus des Hochgerichts verwirklicht, so verkörpert das Hofmarksgericht den Typus des Niedergerichtes in klarster Form. Da mit der Niedergerichtsbarkeit aber auch noch andere Gerechtsame verknüpft waren, haben wir mit den Hofmarken das "Modell der Herrschaft" vorliegen, "das der allgemeinen Vorstellung von Feudalherrschaft am meisten entspricht"²⁶⁶. Im einzelnen standen den Hofmarksherren

sonit an Rechten zu: die Strafgerichtsbarkeit mit Ausnahme des Blutbannes, die streitige Zivilgerichtsbarkeit ohne die Prozesse um Grund und Boden und die Gant, die freiwillige Gerichtsbarkeit mit dem Verbriefungsrecht, der Inventur des Nachlasses und der Vormundschaftsbestellung, die Scharwerksdienste, die gesamte Polizeigewalt (Gewerbe- und Sittenpolizei, Feuer- und Lebensmittelbeschau, Wahrnehmung der Sicherheitsmaßnahmen und Überwachung der Maße, Gewichte und Münzen), die Steuerveranlagung, die Musterung der wehrhaften Mannschaft und die niedere Jagd in den Hofmarksgründen und Hofmarkswäldern²⁶⁷. War der Hofmarksherr nun Inhaber einer geschlossenen Hofmark, so unterstanden seiner niederen Gerichtsbarkeit alle Insassen seines Gebietes; besaß er jedoch nur eine nicht geschlossene Hofmark, so fielen unter seine Zuständigkeit lediglich jene Untertanen, die seinen Grund und Boden bewohnten oder seine Güter bebauten, während alle anderen Insassen dem Landgericht oder einem anderen Hofmarksherrn unterstellt waren.

Der Begriff "Sitz" gehört ebenfalls in den Bereich der Gerichts- und Verwaltungsorganisation und bezeichnete von 1558 bis ins erste Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts das gefreite Haus des ritterbürtigen Adligen, einschließlich des angeschlossenen Ökonomiehofs²⁶⁸. Der Niedergerichtsbezirk konnte sich dabei auf das eigene Hofanwesen beschränken und somit nur bis zur Dachtraufe reichen, er konnte aber auch die umliegenden zugehörigen Gründe innerhalb des Zaunes (Etter) umfassen und dabei den Schein einer geschlossenen Hofmark erwecken. Grundsätzlich konnte demnach ein Sitz nur dort entstehen, wo ein Ritterbürtiger ansässig war; befand sich ein Sitz in der Hand eines Prälaten, so mußte der Prälat fürstlichen Ranges sein. Am Unterschied zwischen Sitz und Hofmark wurde in Altbayern bis weit ins 18. Jahrhundert hinein streng festgehalten. Nachdem jedoch bereits um 1750 die Begriffe allmählich verschwammen und beide Bezeichnungen mitunter synonym gebraucht wurden, erwähnen die Kataster nach 1800 zuerst nur noch den Begriff der Hofmark, bis sich schließlich die Bezeichnung "Patrimonialgericht" durchzusetzen begann.

Die Edelmannsfreiheit - also das Recht, die niedere Gerichtsbarkeit auch auf die einschichtigen, verstreut in den Landgerichten liegenden Güter auszudehnen - erhielt der Adel im 60. Freiheitsbrief vom 22. Dezember 1557²⁶⁹. Im Gegensatz zur Hofmarksgerichtsbarkeit, die als ein

reales, an Grund und Boden haftendes Recht galt und deshalb jedem Hofmarksbesitzer gleichermaßen zustand, definierte sich die Edelmannsfreiheit als ein personelles Recht, das an eine edelmannsfähige Familie gebunden war. Für die Praxis bedeutete dies, daß die einschichtigen Güter eines Sitzes oder einer Hofmark dann an das entsprechende Landgericht fielen, wenn der Besitznachfolger nicht gleichfalls dem ritterbürtigen Adel entstammte.

Nachdem die Säkularisation von 1803 die Herrschaftsrechte der Kirche beseitigt und mit der Aufhebung der Hochstifte und geistlichen Hofmarken tief in die bisherige Gerichts- und Verwaltungsorganisation Bayerns eingegriffen hatte, beließ Maximilian von Montgelas dem Adel staatliche Hoheitsrechte, um ihn auf diese Weise am politischen Neuaufbau zu beteiligen und damit in den modernen Staat zu integrieren²⁷⁰. Hatte die Konstitution vom 1. Mai 1808²⁷¹ deshalb dem Adel "seine gutsherrlichen Rechte nach den gesetzlichen Bestimmungen" zugestanden und das "Organische Edikt über die Gerichtsverfassung" vom 24. Juli 1808²⁷² für diese Jurisdiktionsgebiete die Bezeichnung "Patrimonialgerichte" eingeführt, so setzten die in rascher Folge erlassenen Verordnungen deren Zuständigkeit, Grenzen und Aufgaben von oben her neu fest, so daß die gutsherrliche Gerichtsbarkeit nun nicht mehr kraft eigenen Rechts, sondern im Auftrag und unter Aufsicht des Staates ausgeübt wurde. Den Anfang machte also das eben angesprochene Edikt über die Gerichtsverfassung vom Juli 1808, als es die Stadt-, Land- und Patrimonialgerichte als Untergerichte zusammenfaßte und sie als Erstinstanz für Zivilsachen und als instruierende Behörde im peinlichen Prozeß festlegte. Die Richtlinien für die Bildung und Ausübung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit wurden freilich nicht hier erstellt, sondern im nachgeschobenen "Organischen Edikt über die Patrimonialgerichtsbarkeit" vom 8. September 1808²⁷³. Danach mußte ein Patrimonialgericht aus mindestens fünfzig Familien bestehen (§ 3), wobei die entfernteren Gerichtsuntertanen nicht weiter als vier bayerische Straßenstunden vom Gerichtssitz weg liegen durften (§ 4). Um die geforderte Familienzahl zu erreichen, konnte der Gerichtsherr entfernter liegende Gerichtsholden mit anderen Gerichtsherren und dem Staat austauschen oder sogar fremde Gerichtsanteile von Privatgerichten kaufen - ausdrücklich verboten war lediglich der Verkauf königlicher Gerichtsrechte (§§ 8-11).

Celang es einem Gerichtsherrn aber nicht, die außerhalb der Diametralentfernung liegenden Hintersassen zu einem eigenständigen Patrimonialgericht zusammenzuschließen, sie zu verkaufen oder zu vertauschen, so sollten sie der königlichen Gerichtsbarkeit zufallen (§ 6). Grundsätzlich untersagt war jedoch die Bildung von Patrimonialgerichten an "Orten, wo vorhin nur Sitz-Gerichtsbarkeit bestanden hat, oder wo niemals Patrimonial-Gerichtsbarkeit ausgeübt wurde" (§ 11). Innerhalb der Diametralentfernung durfte die Patrimonialgerichtsbarkeit grundsätzlich nur noch in geschlossenen oder zusammenhängenden Bezirken ausgeübt werden; als geschlossen galt dabei ein Gerichtsbezirk, wenn keine fremde Jurisdiktion darin vorkam, als zusammenhängend, wenn die Gerichtsgewalt von ihrem Sitz aus alle untergebenen Hintersassen erreichen konnte, ohne dabei einen fremden Bezirk zu durchschreiten (§§ 1 f). Im krassen Widerspruch dazu standen freilich die Bestimmungen des Paragraphen 12, denn sie gewährten den Adeligen die Ausübung der Gerichtsbarkeit auch über jene einschichtigen Untertanen, die sich bereits vor der Verabschiedung des Edikts in Händen des Gutsherrn befunden hatten und ebenfalls nicht weiter als vier bayerische Straßenstunden vom Gerichtssitz entfernt lagen. Nachdem die Organischen Gesetze vom 20. April 1808²⁷⁴ mit der Edelmannsfreiheit auch das Recht der Gerichtsbarkeit auf einschichtigen Gütern vollkommen aufgehoben hatten, gestand man dem Adel dieses Privileg also nun mit einigen Einschränkungen wieder zu. Damit konnte jedoch die ursprüngliche Absicht, mit den Reformgesetzen von 1808 die Zersplitterung der Gerichtsbarkeit aufzuheben und nur mehr in sich geschlossene Rechtsbezirke zu errichten, nicht mehr verwirklicht werden.

Nach dem Erlaß der Richtlinien für Umfang und Grenzen wandte sich der staatliche Gesetzgeber in einem weiteren Schritt dem Wirkungskreis der Patrimonialgerichte zu, den er ebenfalls erheblich einschränkte. Während ihnen jede streitige Verhandlung untersagt und bei Verbrechen nur das Verhaftungsrecht zugestanden wurde (§§ 22-24), gewährte der Gesetzgeber den Patrimonialgerichten die "nichtständige Gerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfange" (§ 16). Und obwohl ihnen auch die niedere Polizei ausdrücklich übertragen wurde, schränkte der Staat die dafür erforderliche Strafgewalt recht deutlich ein (§§ 25-30), so daß die Landgerichte alle schweren Fälle mühelos an sich ziehen konnten.

Wichtig war für die Patrimonialgerichte freilich noch, daß sie die liquiden Gerichts- und Grundgefälle ihrer Hintersassen selber eintreiben durften und deswegen unter Wahrung der Substanz an Betriebsmitteln Verpfändungen und Versteigerungen vornehmen lassen konnten (§ 20). Eine wesentliche Neuerung brachte das Edikt schließlich noch hinsichtlich der Bestellung der Patrimonialrichter. Hatte bisher jeder Gerichtsherr die Gerichtsbarkeit ohne Einschränkungen selber wahrnehmen können, so bedurfte er dazu fortan bestimmter Voraussetzungen: Der Gerichtshalter, der vom Generalkreiskommissariat zu bestätigen und im Namen des Königs zu vereidigen war, mußte von nun an als Befähigungsnachweis die Staatsdienerprüfung bestanden haben (§§ 31-36). Trotz unklarer Kompetenzverteilung und einiger innerer Widersprüche wies das Edikt jedoch mit seiner Tendenz zur Einschränkung und Unterwerfung der grundherrlichen Gerichtsbarkeit unter die staatlichen Organe in eine ganz gezielte politische Stoßrichtung, die von späteren Bestimmungen aufgenommen und weiterentwickelt wurde.

Da das Gerichtsverfassungsgesetz die Patrimonialgerichte als Untergerichte den Stadt- und Landgerichten gleichgestellt hatte, das Edikt über die Patrimonialgerichtsbarkeit aber den königlichen Untergerichten wesentlich mehr Befugnisse zugestand, war letztlich immer noch nicht geklärt, welchen Platz diese gutsherrlichen Gerichte nun tatsächlich im Gesamtgefüge der Gerichtsorganisation einnahmen. Diese Unsicherheit und ein Umschwenken in der Adelspolitik führten dazu, daß die bisherige Gesetzgebung in den folgenden Jahren noch einmal überprüft²⁷⁵ und mit dem "Edikt über die gutsherrliche Gerichtsbarkeit" vom 16. April 1812 entscheidend modifiziert wurde²⁷⁶. Dieses Gesetz setzte nun zum erstenmal definitiv fest, daß die gutsherrliche Gerichtsbarkeit nur vom Souverän als der Quelle aller Gerichtsbarkeit ausgehen könne und nur auf dessen Ermächtigung hin ausgeübt werden dürfe (§ 1). Die Gerichte selber, bei deren Formation einerseits auf die bereits bestehenden Steuerdistrikte Rücksicht zu nehmen war, andererseits aber auch die Vorschriften über die Bildung der Gemeinden beachtet werden mußten (§ 12), durften wiederum nur geschlossene und zusammenhängende Bezirke umfassen (§§ 3 f). Da einzelne, verstreut gelegene Hintersassen nun endgültig der staatlichen Verwaltung zufallen sollten (§ 5), war der Gesetzgeber

jetzt sogar bereit, königliche Gerichtshöfen zu vertauschen oder durch Belehnung abzutreten (§ 8). Innerhalb der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit unterschied man in diesem Edikt je nach Inhaber, Größe und Aufgabenbereich zwei Hauptgruppen, so daß nun den Herrschaftsgerichten erster und zweiter Klasse die in ihren Befugnissen wesentlich eingeschränkteren Ortsgerichte (§ 16) gegenüberstanden. Für sie wurde unverändert die Mindestzahl von fünfzig Familien gefordert (§ 19), während die Herrschaftsgerichte zweiter Klasse sogar dreihundert Familien benötigten (§ 18). Zusammenhängende Gemeinden durften zu einem Ortsgericht vereinigt werden, wenn ihre Bewohner nicht weiter als vier geometrische Stunden vom Gerichtssitz entfernt waren; lagen die Hintersassen jedoch weiter weg, so mußten sie entweder zu einem eigenen Ortsgericht zusammengefaßt oder der Staatsgewalt unterstellt werden (§§ 20 f.). Die Befugnisse der Ortsgerichte deckten sich in etwa mit denen der Patrimonialgerichte von 1803 (§§ 71-141). Als reine Vollzugsbehörden waren sie den Land- und Herrschaftsgerichten unterstellt, besaßen lediglich die nichtstreitige Gerichtsbarkeit, übernahmen von der Staatsverwaltung eine Vielzahl örtlicher Aufgaben, durften in Kriminalfällen wiederum nur den Täter stellen und den Tathergang sichern. Das gutsherrliche Beitreibungsrecht war ihnen allerdings auch in diesem Gesetz ausdrücklich zugesichert. Im Gegensatz zu den Herrschaftsgerichten war für die Betreuung der Ortsgerichte ein Beamter erforderlich, der die Befähigung zur Führung des Amtes zwar nachweisen mußte, aber kein Volljurist mehr zu sein brauchte; ferner erlaubte man diesen Beamten, mehrere Gerichte gleichzeitig zu verwalten, wenn der entfernteste Gerichtshof in vier Stunden von der Wohnung des Gerichtshalters aus zu erreichen war (§§ 166 f.). Das Recht, bei Überlassung der Taxen und Sporteln die Gerichtsbarkeit an die vorgesetzten Land- oder Herrschaftsgerichte übertragen zu können (§ 169), zeigt abschließend noch einmal ganz deutlich, daß den Ortsgerichten keine besondere Stellung innerhalb der gesamten staatlichen Gerichts- und Verwaltungsorganisation zukam.

Obwohl der Adel sogleich daran ging, die ihm gebotenen Möglichkeiten auch auszuschöpfen und die Bildung der gutsherrlichen Gerichte zunächst recht zügig voranging, waren im Frühjahr 1817 immer noch mehr Herrschaftsgerichte geplant als verwirklicht und vor allem zahllose Patri-

monialgerichte älterer Ordnung unverändert in ihrem alten Bestand verblieben²⁷⁷. Ihren Wirkungskreis hatte zwar die Verordnung vom 10. Oktober 1812 dem der Ortsgerichte gleichgestellt, ihren Umfang aber unangetastet gelassen. Damit war jedoch die vom Gesetzgeber geplante Formation in sich geschlossener Gerichtsbezirke ein zweites Mal gescheitert. Als dann auch noch der Kauf und Tausch von Gerichtsrechten auszufern drohte, einzelne Güter zu bloßen Handelsobjekten herabgedrückt wurden und der Adel durch den gehäuften Erwerb von Rechten seine Gerichtsbarkeit sogar über den bisherigen Umfang hinaus ausweitete, war eine erneute Korrektur der geltenden Gesetze dringend notwendig geworden. Das "Edikt über die gutsherrlichen Rechte und die gutsherrliche Gerichtsbarkeit", das als Beilage VI zur Verfassung vom 26. Mai 1818 veröffentlicht wurde²⁷⁸ und mit einigen Modifizierungen bis 1848 in Kraft blieb²⁷⁹, übernahm zwar viel von seinen beiden Vorgängern, wich aber dennoch in einigen grundlegenden Aussagen ganz erheblich von der bisherigen Gesetzgebung ab. Das "Recht der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit", das nur dem Adel zustand (§ 26) und ausschließlich auf die besondere Ermächtigung durch den Souverän zurückging²⁸⁰, wurde nun auch den ehemaligen Sitzinhabern wieder zugestanden und auf alle Gutsbezirke ausgedehnt, die im "Normaljahr" 1806 "Patrimonial-Gerichtsbarkeit" besessen hatten (§ 27). In der Regel beschränkte sich die gutsherrliche Gerichtsbarkeit dann auf die eigenen Grundholden des Gutsherrn, konnte sich aber in Ausnahmefällen auch über Grundholden von Kirchen, Stiftungen und Privatpersonen erstrecken, wenn der Gerichtsherr diese dinglichen Rechte ebenfalls bereits im Normaljahr 1806 besessen hatte (§ 28). Ein Austausch von Grundholden war schließlich noch unter der Bedingung erlaubt, daß mit der Gerichtsbarkeit zugleich alle grundherrlichen Rechte wechselten und "jeder der beiden tauschenden Theile die Gerichtsbarkeit über die vertauschten Gutsunterthanen in dem Jahre 1806 bereits ausgeübt hatte" (§ 28). Noch stärker eingeschränkt war freilich der Erwerb königlicher Gerichtsholden, da nicht nur der Souverän in allen Fällen seine Zustimmung erteilen mußte, sondern darüberhinaus auch die Betroffenen selber anzuhören und ihre Einwände zu berücksichtigen waren. Bei den Gerichten unterschied man fortan die Herrschaftsgerichte der vormals reichsständischen Fürsten,

Grafen und Herren von den Herrschaftsgerichten der übrigen Gutsbesitzer und die Patrimonialgerichte erster Klasse von den Patrimonialgerichten zweiter Klasse (§§ 31-41). Ausdrücklich wurde nun darauf hingewiesen, daß mit Ausnahme der Herrschaftsgerichte zweiter Klasse die künftigen Gerichtsbezirke keinesfalls mehr geschlossen und zusammenhängend sein mußten (§ 29), während man die frühere Forderung nach einer Mindestzahl von Familien stillschweigend ganz fallen ließ. Die Herrschaftsgerichte waren in der Zivilgerichtsbarkeit, in der Verwaltung und Polizeigewalt, in der Kirchen- und Schulaufsicht, in der Medizinalpolizei und im Verhältnis zu den Gemeinden zunächst den königlichen Landgerichten völlig gleichgestellt, während die Patrimonialgerichte der ersten Klasse nur noch in der Justizpflege gleichberechtigt neben den Landgerichten standen (§ 67). Die Patrimonialgerichte zweiter Klasse waren jedoch bereits sowohl in den Justizangelegenheiten als auch in allen Gegenständen der öffentlichen Verwaltung den Landgerichten unterstellt, in deren Sprengel sie lagen (§ 68). Da ihre Inhaber nur noch die freiwillige Gerichtsbarkeit ausüben durften, beschränkte sich ihr Jurisdiktionsbereich auf die Schiedsgerichtsbarkeit, Vormundschafts- und Erbschaftsfragen, auf das Beurkundungswesen und die Führung der Hypothekenbücher; falls jedoch bei den Verhandlungen keine Einigung erzielt werden konnte oder gar eine richterliche Entscheidung benötigt wurde, mußten diese Gerichte ihre Akten sogleich an die übergeordneten Landgerichte übergeben (§ 73-81). Bei den Kriminalfällen griff man auf die bisherigen Bestimmungen zurück und erlaubte den Patrimonialrichtern wiederum nur die Festnahme des Täters und die Sicherung des Tatherganges. Die niedere Ortspolizei stand den Gutsherren dann in jenen Orten und Bezirken unangefochten zu, in denen sie die gesamte Patrimonialgerichtsbarkeit besaßen (§ 84). Traf jedoch in einem Ort die Gerichtsbarkeit eines Gutsherren mit der Gerichtsbarkeit eines anderen Gutsherren oder eines Landgerichtes zusammen, so fiel die Ortspolizei demjenigen zu, der über die "Mehrzahl der grund- und gewerbesteuerbaren Unterthanen" verfügte (§ 85). Bei Gemeinden, die aus mehreren getrennten Ortschaften bestanden und deren Bewohner verschiedenen Gerichtsherren unterstanden, wurde das Recht zur Handhabung der lokalen Verwaltung nun aber nicht dem Gerichtshalter zugesprochen, der die meisten Rechte in der Gesamtgemeinde ver-

fügte; hier wurde die Ortspolizei vielmehr für jede Ortschaft einzeln vergeben, wobei wiederum die Mehrheitsverhältnisse den Ausschlag gaben. An weiteren Rechten übertrug der Gesetzgeber den Patrimonialgerichten zweiter Klasse schließlich noch die Ausübung des Kirchenpatronats und der niederen Kirchenpolizei, die Überwachung der Schulen und die Handhabung der niederen Stiftungskuratel (§§ 93-97). Was nun die personelle Besetzung der gutsherrlichen Gerichte betrifft, so hielt man selbstverständlich an der Forderung nach bestimmten Befähigungsnachweisen fest (§§ 42-50). Bei den Patrimonialgerichten zweiter Klasse waren dies die Gymnasialstudien, eine dreijährige Gerichtspraxis und das "Zeugnis einer hinlänglichen Fähigkeit" (§ 48).

Insgesamt kann man also festhalten, daß die gutsherrlichen Gerichte durch die Übernahme lokaler Aufgaben die Staatsverwaltung zwar spürbar entlasteten, dafür aber "die Errungenschaft staatsbürgerlicher Selbstverwaltung in einer Vielzahl von Gemeinden wieder weitgehend zunichte gemacht und das Sozialgefüge in zwei Klassen von Gemeindebürgern gespalten" hatten²⁸¹. In den eigentlichen Gemeindeangelegenheiten stand ja den Herrschafts- und Patrimonialgerichten die Leitung der Wahl der Gemeindevorsteher, der Pfleger und der besonderen Bevollmächtigten ebenso zu, wie die Bestätigung der Wahlen in den Ruralgemeinden und die Einweisung und Verpflichtung der Gewählten (§ 101). Darüberhinaus gingen in jenen Landgemeinden, die unter die Zuständigkeit eines gutsherrlichen Gerichtes fielen und in denen die Gerichtshalter ihren Wohnsitz hatten, sämtliche staatliche Kontrollaufgaben und alle kommunalen Selbstverwaltungsrechte an die Gerichtsherren über, so daß hier der gewählte Gemeindevorsteher seine eigentliche Funktion verlor und nur noch als untergeordneter Gehilfe tätig werden konnte (§§ 103-106). Wie bereits gezeigt, erlaubte der Gesetzgeber sogar, daß in einzelnen Gemeindebezirken die lokale Verwaltung von den kommunalen Behörden abgezogen und den Gerichtsherren übertragen wurde, die dort über die Mehrzahl der gerichtlichen Rechte verfügten. Damit hatte die gutsherrliche Gerichtsbarkeit aber so massiv in das Gemeinderecht eingegriffen, daß die ohnehin schon eingeschränkte kommunale Selbstverwaltung noch einmal stark beschnitten wurde.

Dieses Ineinandergreifen von Gerichts- und Gemeinderechten, das der Vereinheitlichung der staatlichen Gerichts- und Verwaltungsorganisation vor allem auf der untersten Ebene äußerst hemmend im Wege stand, wurde

vom Gesetzgeber erst am 4. Juni 1848 vollkommen beseitigt, als er die gesamte gutsherrliche Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt mit Wirkung vom 1. Oktober dem Staat übertrug²⁸². Obwohl die Abwicklung der Besoldungs- und Versorgungsverhältnisse der bisherigen gutsherrlichen Beamten und die Extradition der Akten noch längere Zeit in Anspruch nahmen²⁸³, legte die Verordnung vom 9. September 1848 fest, daß sämtliche herrschaftlichen Kommissariate, Patrimonialgerichte zweiter Klasse und Patrimonialämter aufzulösen und deren Wirkungskreise den örtlich zuständigen Landgerichten zu unterstellen waren. Die Herrschafts- und Patrimonialgerichte erster Klasse durften hingegen bis auf weiteres innerhalb der Regierungsbezirksgrenzen als königliche Gerichts- und Polizeibehörden weiter fungieren. Was die Grundgefälle des Adels, der Stiftungen und Kirchen betraf²⁸⁴, so wurden auch hier alle rein persönlichen, nicht auf Grund und Boden haftenden Abgaben ohne Entschädigung der bisherigen Empfänger beseitigt, alle übrigen Abgaben fixiert und für freiwillig ablösbar erklärt. Wie bei den grundherrlichen Lasten des Staates betrug das Ablösungskapital den achtzehnfachen fixierten Jahresbetrag der ständigen Grundgefälle; wurde fixiert, aber nicht abgelöst, so mußten ebenfalls ersatzweise jährlich 4 % Bodenzins vom Ablösungskapital fortbezahlt werden. Zu entrichten war dieser Zins entweder an den ehemaligen Grundherrn selber oder, falls dieser seine Rente an den Staat verkauft hatte, an die eigens dafür eingerichtete Ablösungskasse des Staates. In diesem Fall nahm der Bodenzins dann gleichfalls die rechtliche Natur einer an den Staat zu entrichtenden Steuer an. Nachdem sich die Ablösung der Lasten in der Praxis immer mehr verzögert und der Staat deshalb mit den beiden Gesetzen vom 28. April 1872 und vom 2. Februar 1898 die ursprünglichen Richtlinien modifiziert hatte, fand die Grundentlastung erst in dem Gesetz vom 16. August 1908 ihren formellen Abschluß. Faktisch tilgten freilich viele bayerische Bauern erst in der Inflationszeit nach 1918 die letzten Reste ihrer Verpflichtungen aus der Grundherrschaft - und zwar ziemlich mühelos. Dessen ungeachtet hatte man aber bereits 1848 mit der entschädigungslosen Aufhebung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit die Gerichts- und Verwaltungsorganisation wesentlich vereinfacht, so daß von nun an die Landgerichte die unterste Ebene der Gerichtsbarkeit und die Gemeinden die unterste Ebene im Bereich der Verwaltung waren.

2. Die Patrimonialgerichte

a) St. Veit, Kinning und Kindhofen

Zu den Klöstern, die bereits vor der Ottonischen Handfeste die hofmärkischen Rechte verliehen bekamen, gehörte auch die Benediktinerabtei St. Veit bei Neumarkt an der Rott. Bereits in der Gründungsurkunde Neumarkts vom 14. August 1269 wurde dem Kloster auf dem Vitusberg das Recht zugestanden, die niedere Gerichtsbarkeit in seinem geschlossenen Herrschaftsgebiet auszuüben: "Wir wellen ovch, daz des egenanten abbtz vnd sines chlosters amptluet vmb alle sache, die ir luet vor gericht ze schaffen habent, selb richten vnd erkennen, an die drei sache, die den leib angent: bluotruenst, dyef vnd notnunft, die zue dem tod ziehent, die wir vns vnd vnsern amptlueten behalten haben ze hoern vnd ze richten"²⁸⁵. Indem Kindhofen bereits zur Grundausrüstung der Abtei in Elsenbach gehört hatte und Kinning 1449 erstmals urkundlich faßbar wird²⁸⁶, war die Klosterhofmark St. Veit mit Kinning und Kindhofen spätestens in der Mitte des 15. Jahrhunderts in ihrer äußeren Form gebildet. Als einschichtiges Gut kam freilich am 25. Juni 1716 noch der "Münchner Hof" hinzu²⁸⁷, eines jener zahlreichen Güter, die Kurfürst Max Emanuel aus finanzieller Not heraus mitsamt der Jurisdiktion den Klöstern verkaufen ließ. Die innere Entwicklung der drei Ortschaften verlief in der Folgezeit recht unterschiedlich.

Tabelle 12: Der Niedergerichtsbezirk der Hofmark St. Veit, Kinning und Kindhofen von 1597 bis 1752²⁸⁸.

Ortschaft	Anzahl und Hoffuß der Anwesen			
	1597	1618	1717	1752
St. Veit	20 Häuseln	21 Häuseln	29 je 1/16	30 je 1/16
Kinning	2 Huben	2 Huben	3 je 1/2	3 je 1/2
	2 Lehen	2 Lehen	1/4	1/4
	1 Sölde	1 Sölde	2 je 1/8	2 je 1/8
Kindhofen	1 Hof	1 Hof	1/1	1/1
	3 Huben	3 Huben	3 je 1/2	3 je 1/2
	1 Lehen	1 Lehen	1/4	1/4
	1 Sölde	1 Sölde	1/8	1/8
"Münchner Hof"	-	-	-	1/1

Während St. Veit von 1597 bis 1752 einen Zuwachs von zehn Leerhäuseln zu verzeichnen hatte und in Kinning der Hoffuß eines Anwesens von 1/4 auf 1/2 angehoben und eine Sölde neu errichtet worden war, blieben die Besitzverhältnisse in Kindhofen immer unverändert. Die Zunahme der Tag- und Handwerker in der Ortschaft St. Veit um ein Drittel ist darauf zurückzuführen, daß das Kloster nach seinem Niedergang im 15. und 16. Jahrhundert in der Barockzeit zu einer zweiten Blüte emporstieg und mit dem Ausbau der wirtschaftlichen Eigenbetriebe auch erheblich mehr Arbeitskräfte benötigte. Wie bereits gezeigt, waren wegen der Übernahme des Klosters durch das adelige Damenstift St. Anna die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des unmittelbaren Umlandes zunächst gleich geblieben. Für die Hofmark St. Veit, Kinning und Kindhofen bedeutete dies, daß sie, im Gegensatz zu den meisten anderen bayerischen Hofmarken, zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht aufgelöst wurde, sondern die Säkularisation ohne spürbare Einschnitte überstand. Somit bestand der einzige Unterschied zwischen dem Hofanlagebuch von 1760²⁸⁹ und der Hofmarksbeschreibung vom Februar 1806²⁹⁰ darin, daß die Ortschaft St. Veit um ein weiteres Anwesen mit einem Hoffuß von 1/16 gewachsen war.

Einen wesentlichen Einschnitt brachten deshalb erst die Reformgesetze von 1808, 1812 und 1818, welche die Ausübung der gerichtlichen Rechte zunächst neu legitimierten und schließlich sogar zur vorzeitigen Auflösung der St. Veiter Hofmark führten. Bereits am 28. Oktober 1808, also rund sechs Wochen nach der Verabschiedung des "Organischen Edikts über die Patrimonialgerichtsbarkeit", erstellte das Landgericht Mühldorf ein Verzeichnis über alle in seinem Bereich gelegenen Patrimonialgerichte²⁹¹. Da diese Liste im einzelnen aber immer noch von Hofmarken und Sitzgerichten spricht, nur geringfügig von einer 1805 verfertigten Aufstellung abweicht²⁹² und über zwei Drittel der hier angeführten Patrimonialgerichte die gesetzlich geforderte Mindestzahl von fünfzig Familien nicht erreichen, muß davon ausgegangen werden, daß der Landrichter zumindest zu diesem Zeitpunkt die Niedergerichtsbezirke noch nicht neu formiert hatte, sondern lediglich die ehemaligen Hofmarken und Edelsitze in ihrem gegenwärtigen Bestand als Patrimonialgerichte bezeichnete. Von den äußeren Bedingungen her besaß die vom adeligen Damenstift St. Anna zu München 1802 übernommene Hofmark St. Veit,

Kinning und Kindhofen im Herbst 1808 durchaus alle Voraussetzungen zur Umstrukturierung in ein Patrimonialgericht, denn sie verfügte über ein geschlossenes und zusammenhängendes Gebiet, über mehr als fünfzig Familien und über eine geringere Diametralentfernung als vier bayerische Straßenstunden. Für die weitere Entwicklung ist nun bedeutend, daß in den folgenden Jahren die Bestimmungen des Edikts vom September 1808 nicht buchstabengetreu angewandt wurden und St. Veit weiterhin die niedere Gerichtsbarkeit über jene Grundholden ausübte, die außerhalb des ehemaligen Hofmarkbereiches lagen.

Als nämlich Franz Xaver Schattenhofer im August 1813 beim Generalkreis-kommissariat des Isarkreises den Antrag stellte, im Vollzug des Gesetzes vom 16. August 1812 auch in St. Veit ein Ortsgericht errichten zu dürfen²⁹³, bot er dem Staat diejenigen Grundholden des Damenstiftes zum Tausch an, die zu weit vom geplanten Gerichtsbezirk entfernt lagen, um noch darin integriert zu werden. Damit das Damenstift diese Grundholden nicht entschädigungslos an den Staat abtreten mußte und dabei einträgliche Gerichtsrechte verlor, schlug Schattenhofer vor, den St. Veiter Gerichtsbezirk von bisher 52 auf 72 Familien auszudehnen und zu diesem Zweck die Ortschaften Haslbach, Rott und Unteres Buchet vom Landgericht einzutauschen. Als Gegenleistung offerierte er den Pfarrhof und das Mesnerhaus zu Elsenbach²⁹⁴, ein Anwesen in Ritzing²⁹⁵ und jene sieben Grundholden, die bisher das im Landgericht Wolfratshausen gelegene und zum Damenstift St. Anna grundbare Patrimonialgericht Kempfenhausen umfaßte²⁹⁶. Nachdem das Landgericht Mühldorf und das Generalkreis-kommissariat des Isarkreises den Plan Schattenhofers begutachtet und ihm zugestimmt hatten²⁹⁷, genehmigte ihn das Ministerium des Innern am 18. Oktober 1813 - freilich nur unter der Voraussetzung, daß das Ortsgericht bei den eingetauschten Gütern lediglich die Gerichtsbarkeit, keinesfalls aber die Grundherrschaft übereignet bekomme²⁹⁸. Obwohl der altgediente Gerichtshalter Ignaz von Moro bereits am 20. Januar 1814 weiterverpflichtet worden war, zog sich die Vereidigung der vom Staat eingetauschten zwanzig Familien noch bis zum Februar 1815 hin²⁹⁹. Völlig unberücksichtigt blieb bei der Formation des St. Veiter Ortsgerichtes jedoch, daß der Gerichtsbezirk größer war als der Steuerdistrikt. Von den dazugewonnenen Ortschaften lag nämlich lediglich das Untere Buchet im Steuerdistrikt St. Veit, während Rott zu Hörbering

und Haslbach zu Elsenbach gehörte³⁰⁰. Begründet wurde dieser Verzicht mit dem einfachen Vermerk, daß die Nähe des Marktes Neumarkt und des Ortsgerichtes Adlstein die Vergrößerung St. Veits eben nur in dieser Form erlaubt hätten³⁰¹.

War es Franz Xaver Schattenhofer also 1813 gelungen, den drohenden Verlust gerichtlicher Rechte durch den Eintausch ehemals landgerichtsunmittelbarer Güter noch einmal abzuwehren, so mußte er 1818 tatenlos zusehen, wie zuerst dieser Tausch wieder rückgängig gemacht und daran anschließend auch noch die St. Veiter Gerichtsbarkeit vorübergehend außer Kraft gesetzt wurde. Mit der Begründung, daß laut Paragraph 37 des "Edikts über die gutsherrlichen Rechte und die gutsherrliche Gerichtsbarkeit" sämtliche Grundholden an ihre früheren Besitzer wieder zurückgegeben werden müssen, bei denen nur die Gerichts- und nicht auch die Gutsherrschaft getauscht worden war, annullierten die staatlichen Behörden sogleich die erst fünf Jahre alten Verträge, so daß bereits Mitte September 1818 die von St. Veit eingetauschten Grundholden wieder auf das Landgericht verpflichtet werden konnten³⁰². In St. Veit glaubte man zunächst nur an eine nicht gerechtfertigte Rückstufung auf den Besitzstand früherer Jahre und legte sogleich in aller Form beim König selber Einspruch gegen diese Verfügung ein³⁰³. Noch während der Protest lief, wies jedoch das Ministerium der äußeren Angelegenheiten die Regierung des Isarkreises an, Schattenhofer zu eröffnen, daß "das Damenstift, wie andere Korporationen, künftig irgendeine gutsherrliche Gerichtsbarkeit auszuüben unfähig sei"³⁰⁴. Gegen diesen Beschluß und die daraufhin vorgenommene provisorische "Einpflichtung der bisherigen Gerichtsholden von St. Veit" auf das Landgericht Mühlendorf³⁰⁵ war freilich jeder Widerspruch zwecklos, denn sie vollzogen nur, was der Gesetzgeber ausdrücklich festgelegt hatte: "Ferner ruht die Gerichtsbarkeit, wenn das Gut, worauf sie haftet, an einen Unadelichen übergeht, und sie lebt wieder auf, sobald dasselbe wieder in die Hände eines Adelichen kommt"³⁰⁶. Zehn Jahre später machte man von dieser Möglichkeit jedoch keinen Gebrauch mehr, denn als 1829 der Leipziger Rittersgutsbesitzer Maximilian von Speck-Sternberg den St. Veiter Güterkomplex erwarb, war der Staat nicht mehr bereit, ihm auch die Wiedererrichtung der bisher nur zeitlich aufgehobenen Patrimonialgerichtsbarkeit zu bewilligen. Vielmehr gingen, wie bereits aus-

föhrlich dargestellt, nun alle an Grund und Boden haftenden Rechte an den Staat über, so daß am 9. Oktober 1829 das Landgericht Mühldorf die St. Veiter Grundholden endgültig mit der gesamten Gerichtsbarkeit auf sich verpflichten konnte³⁰⁷. Finanziell zog das Damenstift freilich bereits seit fast drei Jahren keinen Nutzen mehr aus der Gerichtsbarkeit, da Ludwig I. im Rahmen seines Programms zur Sanierung der Staatsfinanzen auch die Zahlung jener Gelder ersatzlos streichen ließ, die der Staat bisher als Entschädigung an die Inhaber der ruhenden Patrimonialgerichte geleistet hatte. In St. Veit endeten diese Zahlungen Anfang 1827, als das Staatsministerium des Innern die Regierung des Isarkreises anwies, von nun an jene 38 Gulden einzubehalten, die es dem Damenstift jährlich als Entschädigungssumme überlassen hatte³⁰⁸.

b) Adlstein und Baumburg

Nach mehrjährigen zähen Verhandlungen mit dem Landshuter Rentmeister und der Ende 1607 erfolgten Zustimmung Herzog Maximilians von Bayern kaufte Hilpold von Neuhaus Freiherr zu Greifenfeld und Ehrnhaus, auf Pschallersöd, Schönberg und Guteneck das bisherige Pflegerhaus zu Neumarkt und erhob es nach der Verleihung der Edelmannsfreiheit am 3. Juni 1608 zum Sitz unter dem Namen "Adlstein"³⁰⁹. Die Familie von Neuhaus³¹⁰ war ursprünglich in Kärnten beheimatet, doch hatte Hilpold bereits in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts seine dortigen Güter veräußert, um von nun an in den Dienst der bayerischen Herzöge zu treten. Das Pflegergericht Neumarkt an der Rott erhielt Hilpold von Neuhaus im September 1586, nachdem er vorher fast zwanzig Jahre lang Pfleger zu Wasserburg gewesen war.

Eine genaue Vorstellung von Umfang und Größe des Sitzes Adlstein erhalten wir freilich erst am Ausgang des 17. Jahrhunderts, da die Beschreibung der Hofmarken und Sitze des Landgerichtes Neumarkt von 1618 lediglich das Schloß mit dem Feld- und Hofbau erwähnt³¹¹. 1693 befand sich Adlstein dann im Besitz des kurfürstlichen Rates, Kämmerers und bayerischen Abgesandten auf dem Regensburger Reichstag Ferdinand Maria Franz Freiherr von Neuhaus, umfaßte ein gemauertes Schloß mit Graben, einen Hofbau über zwei Felder, ein Stück Wald, ein Amtshaus und drei

Leerhäuseln ohne Feldbau. An einschichtigen Gütern gehörten noch dazu ein ganzer Hof in Hundham, eine Hube, ein Lehen und eine Sölde in Tegernbach, zwei Huben in Frauenhaslbach, eine Sölde in Kobl und jeweils eine Hube in Bernloh und Wiesbach³¹². Darüberhinaus besaß von Neuhaus nun auch das unmittelbar angrenzende Schloß Baumburg, bei dem sich außer einem Kraut-, Gemüse- und Obstgärtlein noch drei hölzerne Leerhäuseln befanden, deren Rechtszugehörigkeit allerdings zwischen dem benachbarten Markt Neumarkt und dem jetzigen Eigentümer noch umstritten war³¹³.

Nach dem Kauf der Hofmark Zangberg im Oktober 1663³¹⁴ und der endgültigen Abgabe des Neumarkter Pfleggerichtes im Dezember 1670³¹⁵ hielt sich die Familie von Neuhaus, die unter den Kurfürsten Max Emanuel und Karl Albrecht zu den ersten Adelsgeschlechtern Bayerns gehörte und in diesen Jahren stets hohe Staatsbeamte stellte, jedoch nur noch selten in Adlstein auf, so daß dieses Schloß in den späteren Jahren zumeist leerstand und die Hofbaugründe zusammen mit den Ökonomiegebäuden an benachbarte Neumarkter Bürger verstittet waren, während Baumburg dem örtlichen Pflegskommissar zur standesgemäßen Wohnung überlassen wurde³¹⁶. Obwohl also das Geschlecht der Neuhaus seit Jahrzehnten nicht mehr fest am Oberlauf der Rott wohnte und den größten Teil seiner dortigen Besitzungen verpachtet oder vermietet hatte, sind erst für die Mitte des 18. Jahrhunderts die ersten Besitzwechsel belegt. Am 20. April 1759 verkaufte nämlich Max Odrovar Graf von Sedlnitzky beide Schlösser mit allen Rechten und Gerechtigkeiten für 25 000 Gulden an den kurpfälzbayerischen Hofkammersekretär und St. Weiter Klostrichter Max Carl von Klessing³¹⁷, dem am 30. Januar 1771 für sich und seine männlichen Erben auch die Edelmannsfreiheit verliehen wurde³¹⁸. Obwohl eine Urkunde darüber fehlt, wann und von wem Odrovar von Sedlnitzky den Sitz Adlstein und Baumburg übernommen hatte, ist davon auszugehen, daß dieser Besitzwechsel Ende 1758 oder Anfang 1759 stattfand. Als der bisherige Sitzinhaber und ehemalige Hofmusikintendant Johann Franz Maria von Neuhaus am 17. Dezember 1752 kinderlos verstarb, beerbte ihn sein jüngerer Bruder "Joseph Maria Nicola Ignaty Carl Freyherr von Neuhaus zu Greiffenfelds und Ehrenhaus auf Zangberg, Gesandter auf dem Reichstag zu Regensburg, der Bischöfen von Freysing, Regensburg und Lüttich, Haupt-Pfleger zu Donaustauf" im Alter von 63 Jahren³¹⁹. Nach seinem Tod ging dann der Gesamtbesitz noch

1758 an die einzige lebende Tochter Maria Josepha über, die mit dem Reichsgrafen Franz von der Wahl auf Aurolzmünster verheiratet war. Da der Vater, wie schon der Großvater und der Onkel, sehr hohe Schulden hinterlassen hatte, sah sich die Universalerbin gezwungen, nicht nur alle Pretiosen, sondern auch einzelne Güter zu verkaufen, um wenigstens noch den größten Teil des Familienbesitzes vor den Gläubigern retten zu können. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist nun der Verkauf von Adlstein und Baumburg auf diese finanzielle Notlage zurückzuführen.

Das Hofanlagebuch von 1760 faßte dann zum ersten Mal Adlstein und Baumburg zu einem einzigen Sitz zusammen, der neben den beiden Schlössern zu diesem Zeitpunkt sechs Leerhäuseln in sich schloß³²⁰. Wenn bei der begrifflichen Klärung die einschlägige Literatur referiert und in diesem Zusammenhang dann davon gesprochen wurde, daß der Niedergerichtsbezirk der Sitze entweder nur bis zur Dachtraufe ging oder aber auch die umliegenden Gründe innerhalb des Zaunes miteinbeziehen konnte und dadurch den Eindruck einer geschlossenen Hofmark erweckte, so zeigt sich in Adlstein, daß diese Definition zumindest im 18. Jahrhundert nicht mehr überall uneingeschränkt Gültigkeit besaß. Nach der Konskription von 1752³²¹ und der Herdstättenanlage des Marktes Neumarkt an der Rott vom 6. August 1762³²² unterstand nämlich der in der Adlsteiner Söldnergasse wohnende "Schaidmacher" Lorenz Mayr niedergerichtlich nicht dem Sitzinhaber, sondern der Neumarkter Marktkammer, da sie das Obereigentum an seinem Anwesen besaß. Damit konnte aber die schmale Ortschaft Adlstein kein in sich geschlossener Herrschaftsbezirk sein, dessen Insassen nur einem einzigen Grund* und Gerichtsherrn dienten. Nach außen hin war Adlstein somit auch von einer offenen Hofmark nicht mehr zu unterscheiden.

Vergleichen wir in einem nächsten Schritt das Hofanlagebuch von 1760 mit der Beschreibung der beiden Sitze von 1693, so zeigt sich bereits auf den ersten Blick, daß in der kurzen Zeitspanne von nicht einmal siebzig Jahren erhebliche Veränderungen in der Struktur des Edelsitzes vorgenommen wurden. Die Ortschaft Adlstein war zwar mit den beiden Schlössern und den sechs Leerhäuseln gleich geblieben, dafür verringerte sich aber die Zahl der einschichtigen Güter von neun auf sieben. Ganz ausgeschieden sind nun die beiden Huben in Frauenhaslbach, während von den drei Gütern in Tegernbach mit einem Hoffuß von 1/2,

1/4 und 1/8 nur noch ein Anwesen von 1/16 übrigblieb, der ehemals ganze Hof in Hundham zu einem halben herabsank und sich auch das Bernloher Anwesen von 1/2 auf 1/4 verringerte. Diesen Verlusten stand lediglich die Zunahme von einem 1/8 Hof in Rott und einem Leerhäusel in Dörfel gegenüber, da bei den beiden Höfen in Kobl und Wiesbach die Besitzverhältnisse und Hoffußenteilungen gleich geblieben sind. Trotz aller Änderungen und Modifizierungen lagen also auch 1760 sämtliche einschichtigen Güter Adlsteins ausschließlich auf dem Territorium des Neumarkter Landgerichts.

Als die staatlichen Behörden 1808 alle gutsherrlichen Gerichte Bayerns eine Aufstellung über sämtliche steuerbaren Renten erstellen ließen, betrugen die jährlichen Einnahmen des Sitzes Adlstein und Baumburg insgesamt 874 Gulden und 32 Kreuzer. Im einzelnen nahm Franz Joseph von Klessing an Zehnten 371 Gulden 30 Kreuzer, an Laudemien 334 Gulden 33 Kreuzer und an Jurisdiktionsgefällen 18 Gulden 29 Kreuzer ein, während die nun wieder in eigener Regie betriebene Landwirtschaft lediglich 150 Gulden pro Jahr erbrachte³²³. Die geringe Rentabilität der über 100 Tagwerk großen Ökonomie begründete Klessing einerseits damit, daß für den Neubau der Dachstühle beim Schloß und beim Kuhstall fast die gesamten Waldungen abgeholzt werden mußten und nun sogar Brennholz knapp geworden sei. Andererseits, und dies falle weitaus stärker ins Gewicht, könne aber die Landwirtschaft im Grunde genommen überhaupt keinen großen Gewinn abwerfen, weil noch immer das Sprichwort gelte: "Was der Pflug gewinnt, frißt das Gesind. Denn die Ehaltenlöhne sind nochmal so hoch wie vor 15 Jahren, und die Handwerksleute enorm theuer an ihrer Arbeit. Der Adelige kann nicht selbst hauen und bauen, folglich muß er jede Arbeit löhnen, und erkaufen; anders verhält es sich bey einem Bauern, wo er, sie und seine Kinder alles bearbeiten, und meist reinen Profit haben"³²⁴.

Obwohl die Reformgesetzgebung zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Legitimation zur Ausübung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit neu festsetzte und auch den Inhalt der gerichtlichen und verwaltungsmäßigen Rechte der neuen Patrimonial- und Ortsgerichte änderte, ließ sie die territoriale Ausdehnung des Adlsteiner Niedergerichtsbezirkes im Grunde genommen unangetastet, so daß bis 1848 Umfang und Grenzen dieses Sitzes noch deutlich zu erkennen waren. Bereits am 26. Dezember 1808 erhielt

Franz Joseph Veit von Klessing die Erlaubnis zur Weiterführung der Gerichtsbarkeit in Adlstein³²⁵, obwohl hier die vom Gesetzgeber geforderte Mindestzahl von Familien nicht erreicht war. Wie aus den Anträgen zur Bildung eines Ortsgerichtes von 1813 hervorgeht, umschloß dieses Patrimonialgericht neben den 26 Familien in der Ortschaft Adlstein nämlich nur noch neun Familien in Bernloh, Hundham, Kobl, Rott, Tegernbach und Oberwiesbach³²⁶. Die Ausdehnung der Gerichtsbarkeit auf die ehemals einschichtigen Güter war freilich rechtmäßig, da diese Anwesen innerhalb der Diametralentfernung von vier bayerischen Straßenstunden lagen und Klessing sie bereits vor der Verabschiedung des Edikts im September 1808 besessen hatte.

Konnte also Franz Joseph Veit von Klessing 1808 sein bisheriges Sitzgericht Adlstein mühelos in ein Patrimonialgericht überführen, so stieß er bei der Bildung des Ortsgerichtes nach 1812 auf heftigen Widerstand von Seiten der staatlichen Behörden. Fast auf den Tag genau ein Jahr nach dem Erlaß des "Ediktes über die gutsherrliche Gerichtsbarkeit" stellte Klessing am 24. August 1813 vorschriftsmäßig seinen Antrag auf Formation eines Ortsgerichtes in Adlstein³²⁷. Seinen Vorschlag, die Familien in der Ortschaft Adlstein als Grundstock zu verwenden, die entfernter liegenden einschichtigen Untertanen gegen Landgerichtsuntertanen zu tauschen und die fehlenden Familien vom Staat käuflich zu erwerben, lehnte das Ministerium der äußeren Angelegenheiten am 27. Oktober bereits mit der Begründung ab, daß Adlstein für die Bildung eines Ortsgerichtes zu klein sei, man selber aber keine Veranlassung sehe, die fehlenden Familien durch die Abgabe königlicher Untertanen zu ersetzen. Vielmehr werde man die Jurisdiktion sogar einziehen, "wenn der Besitzer nicht durch weitere Erwerbung die nötige Zahl herstellt, oder seine Gerichtsbarkeit an einen anderen Besitzer verkauft"³²⁸. Da es Klessing jedoch gelang, binnen drei Monaten von der königlichen Stiftungsadministration in Straubing 17 Familien und von verschiedenen Privatpersonen nochmals 21 Gerichtsuntertanen zu erwerben, konnte er mit seinem zweiten Antrag vom 10. Dezember 1813 und der nachgeschobenen Korrektur vom 30. Januar 1814³²⁹ diese Gefahr zunächst einmal abwehren. Dafür zog sich der Staat jetzt auf eine Rechtsposition zurück, gegen die Klessing im Grunde genommen machtlos war. In seinen beiden Gutachten vom April 1814

und vom Juni 1815³³⁰ diskutierte nämlich das Landgericht Mühldorf nicht mehr ausschließlich Fragen der territorialen Ausdehnung oder der Familienzahlen, sondern wies das Generalkreiskommissariat des Isarkreises darauf hin, daß Franz Joseph Veit von Klessing rechtlich überhaupt nicht in der Lage sei, in Adlstein ein Ortsgericht zu bilden. Als Begründung führte man an, daß in Adlstein vor 1808 lediglich ein Sitzgericht bestanden hatte, an diesen Orten aber nach Paragraph 11 des "Organischen Ediktes über die Patrimonialgerichtsbarkeit" die Formation neuer Niedergerichte ausdrücklich verboten sei. Ob Klessing die Genehmigung zur Bildung des Ortsgerichtes dennoch erhielt, oder ob sich das Ministerium des Innern die Argumentation des Mühldorfer Landgerichtes zu eigen machte und die Zustimmung tatsächlich verweigerte, läßt sich heute nicht mehr eindeutig klären, da in den Quellen keine Hinweise für eine endgültige ministerielle Entscheidung zu finden sind. Zunächst wies das Generalkreiskommissariat des Isarkreises im Juli 1815 Klessing jedoch noch einmal an, bei seinem Arrondierungsplan doch darauf zu achten, daß jene landgerichtsummittelbaren Familien, die er eintauschen wolle, auch alle aus einem Steuerdistrikt stammten. Für unsere Fragestellung bedeutet dieser Erlaß und das Antwortschreiben Klessings am 27. Januar 1816³³¹, daß zu diesem Zeitpunkt zwar noch kein Ortsgericht in Adlstein formiert sein konnte, die vorgesetzten Behörden die Einwände des Landgerichts aber nicht sofort zur Grundlage ihres Handelns machten.

Rasch und problemlos verlief in Adlstein hingegen die Formation des Patrimonialgerichtes II. Klasse auf der Grundlage des Ediktes vom 26. Mai 1818. Da Franz Joseph Veit von Klessing mühelos nachweisen konnte, daß er hier die niedere Gerichtsbarkeit bereits vor 1806 innegehabt hatte, keiner der 35 Hintersassen weiter als vier Stunden vom Gerichtssitz entfernt lag und er selber die Qualifikation zum Richteramt besaß, wurde sein Antrag auf Errichtung eines gutsherrlichen Gerichtes vom 26. Dezember 1819³³² schon drei Wochen später von Max I. Joseph genehmigt³³³. Durfte die Familie Klessing also auch weiterhin die niedere Gerichtsbarkeit über ihre gesamten Grunduntertanen ausüben, so war dennoch gegenüber den Jahren vor 1808 ein wesentlicher Strukturwandel eingetreten. Grundsätzlich hatte nämlich jetzt ein Patrimonialrichter nur dann auch die lokalen Verwaltungsrechte inne, wenn sein Gerichtsbezirk gleichzeitig

zu einer eigenständigen Gemeinde erhoben wurde, oder wenn ihm in einer Ortschaft die Mehrzahl der Insassen niedergerichtlich unterstanden. War dies jedoch nicht der Fall, so fielen diese Rechte den örtlichen Gemeinden zu, in deren Bezirken die jeweiligen Gerichtsuntertanen lagen. Bei der Gemeindebildung im oberen Rottal unterstellte man 1818/19 die Ortschaften Adlstein und Hundham der Gemeinde Wolfsberg, während Bernloh zu Feichten, Kobl zu Thambach, Rott zu Hörbering, Tegernbach zu Eggkofen und Oberwiesbach zu Elsenbach geschlagen wurden³³⁴. Für die Familie Klessing bedeutete dies, daß sie im Gegensatz zu der Zeit vor 1808 von nun an über die verstreut liegenden Familien keinerlei Verwaltungsrechte, sondern nur noch die niedere Gerichtsbarkeit besaß. Dafür durfte sie aber bis 1848 in der gesamten Ortschaft Adlstein die niedere Ortspolizei ohne jegliche Beschränkung ausüben. Da die Herren von Klessing hier über die Mehrzahl der Gerichtshöfen verfügten und ihnen somit Vorrang vor den lokalen Gemeindeorganen zukam, unterstanden ihnen verwaltungsgemäß neben den eigenen Grunduntertanen auch jene vier Familien, die hier auf ehemaligen Marktgründen wohnten, politisch der Gemeinde Neumarkt an der Rott angehörten und seit der Aufhebung der Marktgerichtsbarkeit niedergerichtlich dem Landgericht Mühldorf angeschlossen waren³³⁵. Freilich, die Ausübung der Verwaltungsrechte wurde vom Landgericht streng überwacht, dem viermal im Jahr die "Polizey-Verwaltungsprotokolle" Adlsteins zur Überprüfung vorgelegt werden mußten. Und dabei stellte der Landrichter dann von Anfang an fest, daß das Patrimonialgericht seine Verwaltungsaufgaben vernachlässige, indem es zum Beispiel die Feuerbeschau nicht streng genug durchführe, die Aufgaben der Feld- und Dorfpolizei nicht ordnungsgemäß wahrnehme und sogar die Protokolle schlampig ausarbeite³³⁶. Wenn man sich nun abschließend noch vor Augen hält, daß die Gemeinde Wolfsberg zwar die Verwaltung der Ortschaft Adlstein einer Privatperson überlassen mußte, aber dennoch für die dort lebenden Armen zu sorgen hatte, sieht man ganz deutlich, daß auch die Reformgesetze zu Beginn des 19. Jahrhunderts voller Widersprüche steckten und nicht immer zur Vereinheitlichung oder Vereinfachung der Gerichts- und Verwaltungsorganisation führten.

Das Gesetz vom 4. Juni 1848 löste freilich auch dieses Ineinandergreifen von niederer Gerichtsbarkeit und Verwaltung mit Wirkung vom 1. Oktober auf, so daß Anton von Klessing³³⁷ nun mit der Patrimonialgerichtsbarkeit

auch seine bisherigen gerichtlichen und verwaltungsmäßigen Rechte verlor. Wie vom Gesetzgeber ausdrücklich vorgesehen, trat Klessing sogleich nach ihrer Fixierung sämtliche Grundabgaben an den Staat ab - und erhielt als Gegenwert einen Schuldbrief über den zwanzigfachen Betrag dieser Summe, der in jährlichen Raten beglichen werden sollte³³⁸. Für das ehemalige Patrimonialgericht Adlstein und Baumburg betrugen die fixierten Grundabgaben 217 Gulden 26 Kreuzer und das Ablösungskapital 3 913 Gulden 48 Kreuzer, so daß dem Staat jährlich 156 Gulden 55 Kreuzer an Bodenzins zufielen³³⁹. Als erster stellte dann am 24. April 1863 Sebastian Zeiler in Kobi sein Ablösungskapital von 399 Gulden 54 Kreuzern³⁴⁰, dem am 23. März 1874 noch Barbara Schneider für ihren Teil des Reiß- oder Hafnerhäusels (Nr. 35 d) in Adlstein nachfolgte³⁴¹. Bei allen übrigen Anwesen blieb es zumindest bis 1880 bei den 1848 getroffenen Vereinbarungen, da im Oktober 1870 nur noch für den "Fischer-Hof" in Rott mit 94 Gulden lediglich ein Viertel des gesamten Ablösungskapitals hinterlegt wurde³⁴².

Die Belastung mit Bodenzinsen hinderte freilich die Besitzer der Häuseln in der Ortschaft Adlstein nicht, nach der Beseitigung des Obereigentums freizügig über ihren Grund und Boden zu verfügen. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Revolutionszeit von 1918/19 wurden hier mit drei Ausbrüchen - dies waren die Anwesen mit den Hausnummern 24 1/3³⁴³, 24 1/4³⁴⁴ und 36 1/2³⁴⁵ - zwar wesentlich weniger Neugründungen als in St. Veit vorgenommen, doch dafür erhielten die einzelnen Güter nun im Durchschnitt alle zehn Jahre einen neuen Besitzer³⁴⁶. Weitgehende Übereinstimmung herrschte hingegen mit St. Veit in der Art und Weise, wie die einzelnen Anwesen weitergegeben wurden. Mit 66,48 % aller Besitzwechsel dominierte auch hier der Verkauf, während nur 27,53 % innerhalb der Familie stattfanden, 3,59 % auf einen Tausch und 2,40 % auf eine Heirat zurückgingen. Wenn nun Kinder das Anwesen der Eltern übernahmen, so erfolgte bei mehr als der Hälfte aller Erbschaften die Übergabe an eine Tochter und nur in gut einem Drittel aller Fälle die Inbesitznahme durch einen Sohn³⁴⁷.

c) Teising und Grafing

Im Gegensatz zu Adlstein gehört Teising zu jenen Edelsitzen, für die kein genaues Entstehungsdatum überliefert ist. Spätestens von 1426 an befand sich Teising jedoch bis 1689 in Händen der Familie Magensreuter, die seit 1374 der bayerischen Landstandschaft angehörte³⁴⁸. Nachdem das Geschlecht 1685 mit Franz Amandus im Mannesstamm erloschen war, erbte dessen ältere Schwester Anna Sophie die Teisinger Besitzungen. Aus ihrer Ehe mit Hans Adam von Peschleiten ging die Tochter Barbara Magdalena hervor, die zu Beginn des 18. Jahrhunderts Maximilian von Pelkoven auf Hohenbuchbach heiratete und dabei Teising mit in die Ehe brachte. Von da an blieb Teising bis ins 20. Jahrhundert hinein in Händen der Familie Pelkoven³⁴⁹. Als jedoch der kgl. Kammerjunker Maximilian von Pelkoven am 14. Januar 1903 ohne männlichen Erben starb und die älteste Tochter Hyacintha Hippolyta Maria Klementine wegen ihres bevorstehenden Eintritts bei den "Englischen Fräulein" auf die Erbschaft verzichtete, fielen Schloß und Gut Teising mit einem Umfang von 46,48 Hektar und der seit 1871 daran angeschlossene "Oberbauernhof" 1904 an die nachgeborene Tochter Elisabeth Mechthild Emilie Maria, die mit Alfred von Hornstein-Bietingen verheiratet war³⁵⁰. Nach dem Tode ihres Gatten am 12. Juni 1932 verkaufte Elisabeth von Hornstein-Bietingen ihre Teisinger Güter 1934 an die Baronin Dagny Csarada von Csaroda³⁵¹, die nach umfangreichen Landabtretungen Teising 1952 an Barbara und Sebastian Schmaußer weiterveräußerte³⁵². Das Ehepaar Schmaußer trennte nun drei Jahre später 38,82 Hektar Grund und Boden vom Teisinger Schloßgut, um damit den ebenfalls 1952 mitübernommenen Oberbauernhof von 14,68 Hektar auf 53,50 Hektar aufzustoßen³⁵³. Die restlichen 2,56 Hektar des Teisinger Gutsbesitzes erwarb noch 1955 der Ungar Geza Alföldi³⁵⁴. Verfolgen wir nach der Besitzgeschichte des Schlosses die Entwicklung der Niedergerichtsbarkeit des Teisinger Sitzes in den Jahren von 1597 bis 1752, so fällt auf den ersten Blick bereits auf, daß hier innerhalb von nur 150 Jahren erhebliche Strukturveränderungen vorgenommen wurden.

Tabelle 13: Der Niedergerichtsbezirk des Sitzes Teising im Landgericht Neumarkt von 1597 bis 1752, ohne das Schloß³⁵⁵.

Ortschaft	Anzahl und Hoffuß der Anwesen		
	1597	1693	1752
Teising	1 Hof	2 Hufen	2 je 1/2
	1 Sölde	6 Häuseln	5 je 1/16
Aubenham	1 Hof	1 Hof	1/2
	-	-	1/8
Aspertsham	1 Hof	1 Hufe	1/2
Niedermosen	1 Hufe	1 Hufe	1/2
Lamprechtshausen	-	1 Hof	1/2
	-	1 Sölde	1/8

Wie aus der Tabelle recht anschaulich hervorgeht, verringerte sich zwar im Laufe der Jahre der Hoffuß bei den einzelnen Anwesen, doch nahm dafür die Zahl der Güter erheblich zu. Im Gegensatz zu den Beschreibungen des Sitzes von 1597, 1693 und 1760 führt die Konskription von 1752 auch jene einschichtigen Güter an, die außerhalb des Landgerichtes Neumarkt lagen, so daß für die Mitte des 18. Jahrhunderts eine genaue Übersicht über den gesamten Niedergerichtsbezirk Teising erstellt werden kann. Somit unterstanden den Teisinger Sitzinhabern niedergerichtlich auch noch aus dem Landgericht Vilsbiburg ein ganzer Hof in Anzenberg, jeweils ein 1/4 Hof in Niklashausen, Schalkham und Westerskirchen und ein 1/8 Hof in Möllendorf, aus dem Landgericht Erding ein 1/2 Hof in Wambach sowie ein 1/2 und 1/16 Hof in Katzbach, aus dem Landgericht Eggenfelden zwei 1/2 Höfe in Rohrach und aus dem Landgericht Rottenburg 1/2 Hof in Wachelkofenreith³⁵⁶.

Für die verfassungsrechtliche Diskussion zu Beginn des 19. Jahrhunderts ist freilich nicht in erster Linie die Entwicklung der verstreut liegenden einschichtigen Güter, sondern der Strukturwandel innerhalb der

Ortschaft Teising von besonderer Bedeutung. Hatten die Ortsbeschreibungen von 1597 und 1618 den unmittelbaren Niedergerichtsbezirk des Sitzes noch auf das genannte Schlößl mit den beiden Hofbaugründen beschränkt und demgemäß die übrigen in Teising liegenden Anwesen als einschichtige Güter bezeichnet, so war die Ortschaft bereits 1693 zu einer Einheit verschmolzen. Nun ist für Teising nur noch ein gemauertes Schloß mit einem umlaufenden Graben bezeugt, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft eine Kapelle, eine Mesnerbehausung, zwei halbe Höfe und sechs Häuseln ohne Feldbau lagen³⁵⁷. Damit hatten die Besitzer Teising also zwischen 1618 und 1693 den eigenen Feldbau aufgegeben und auf diesen Gründen neue Anwesen errichtet, die ausdrücklich nicht als einschichtige Güter bezeichnet werden, sondern zum Sitz selber gehörten. Da die Ortschaft Teising somit ihrem äußeren Erscheinungsbild nach einer geschlossenen Hofmark glich, wird sie in der Konskription von 1752 und im Hofanlagebuch von 1760 auch Hofmark genannt, während die Dachsbergische Konskription von 1781³⁵⁸, der Neumarkter Landrichter in seinem jährlichen Bericht über Grenz-, Gerichts- und Güterveränderungen³⁵⁹ und sogar der örtliche Gerichtshalter Franz Kajetan Schätz³⁶⁰ weiterhin an der Bezeichnung Sitz festhalten.

Verfassungsgeschichtlich interessant ist aber auch die Entwicklung des unmittelbar an der Rott gelegenen Sitzes Grafring, der zwischen 1723 und 1752 ebenfalls in den Besitz der Familie Pelkoven kam³⁶¹ und nach 1818 mit Teising zu einem gutsherrlichen Gerichtsbezirk zusammengeschlossen war. 1597 beschränkte sich der Niedergerichtsbezirk des Sitzes ausschließlich auf das hölzerne Schloßgebäude und den Hofbau in Grafring, während die einschichtigen Güter - dies waren drei ganze Höfe und eine Sölde in Grafring, ein ganzer Hof und eine Sölde in Imming und ein Lehen in Fischeck - hinsichtlich der Gerichtsbarkeit noch ganz dem Neumarkter Landrichter unterstanden³⁶². Nach der Aufgabe des eigenen Hofbaus wurden hingegen 1693 das Amtshaus, die vier halben Höfe und die vier Leerhäuseln, die alle in Grafring selber lagen, zum Sitz als solchen gezählt, dem außerdem noch ein Lehen und eine Sölde in Imming, ein Lehen in Fischeck und eine Sölde in Plankenthalham als einschichtige Güter angeschlossen waren³⁶³. Damit war es den Sitzinhabern also gelungen, den ehemals nur bis zur Dachtraufe reichenden

Niedergerichtsbezirk nicht nur über die entfernter liegenden Grundholden, sondern auch über die gesamte Ortschaft Grafing auszudehnen, so daß hier ebenfalls der Eindruck einer geschlossenen Hofmark entstand. Ähnlich wie in Teising nennen deshalb auch die Konskription von 1752³⁶⁴ und das Hofanlagebuch von 1760³⁶⁵ Grafing "Hofmark", während der Neumarkter Landrichter in einer Zusammenstellung aller Hofmarken und Edelsitze seines Amtsbezirkes Grafing 1780 wiederum als "Sitz" bezeichnet³⁶⁶.

Außer diesen Gemeinsamkeiten auf der politischen und verfassungsrechtlichen Ebene zeigt der Vergleich zwischen Grafing und Teising noch Parallelen in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. So gab es, im Gegensatz zum wirtschaftlich wesentlich stärkeren Kloster St. Veit, in der unmittelbaren Umgebung dieser kleinen Schlösser 1597 noch keine Leerhäuseln, während sie 1693 und 1752 in Teising zahlenmäßig überwogen und nun auch in Grafing zwischen 45 und 50 % aller Anwesen ausmachten. Da im gleichen Zeitraum die Sitzinhaber den eigenen Hofbau aufgegeben hatten und die neu angesiedelten Häusler nicht mehr als Tagwerker auf dem benachbarten Schloß beschäftigt werden konnten, mußten sie ihren Lebensunterhalt auf andere Weise bestreiten. Die Herdstättenbeschreibung von 1719³⁶⁷, die Konskription von 1752 und die "Fassion der grundherrl. Renten" von 1808³⁶⁸ zeigen nun, daß diese Häusler auch nicht bei den umliegenden Bauern im Taglohn standen, sondern in erster Linie Handwerker und Gewerbetreibende waren. Nach diesen Quellen gab es in Grafing das ganze 18. Jahrhundert hindurch einen Wirt, Müller, Schuhmacher, Kramer, Binder und zwei Weber, während eine Schneidergerechtigkeit nur für 1719 nachgewiesen werden kann. Obwohl der Nachweis von Gewerberechten allein noch nichts darüber aussagt, ob diese Gerechtigkeiten ihren Inhabern auch tatsächlich ein gesichertes Auskommen boten, oder ob die Handwerker und Gewerbetreibenden nicht aus Auftragsmangel auf den Zusatzverdienst im Taglohn angewiesen waren, belegt er dennoch recht deutlich den Strukturwandel der beiden Sitze im 17. und 18. Jahrhundert: Mit der Ansiedlung neuer Anwesen hatten sich nicht nur die Besitzverhältnisse grundlegend geändert, vielmehr waren nun auch die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen innerhalb beider Ortschaften ganz entscheidend in Bewegung geraten.

Neben diesen Gemeinsamkeiten weist die Geschichte Teising und Grafings freilich auch einige Unterschiede auf. Der wesentlichste besteht wohl darin, daß die Teisinger Sitzinhaber das Schloß niemals aus den Händen gaben und nur den dazugehörigen Hofbau zeitweise verstiteten, während in Grafing hingegen schon 1719 der Wirt Balthasar Arbinger das Schlößl bewohnte und den daran angeschlossenen Söldenbau "leibrechtsweise" besaß³⁶⁹. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatte man also das Grafinger Schloßgut verkauft, so daß die Kataster des 19. Jahrhunderts nur noch vom "Wirtsgütl" sprechen, dem allerdings auch der unmittelbar angrenzende "Hofbauernhof" "unausscheidbar" angeschlossen war³⁷⁰. Wie bereits gezeigt, blieben demgegenüber die Teisinger Güter das ganze 19. Jahrhundert hindurch im Besitz der Familie Pelkoven, so daß Johannes Nepomuk Franz 1808 aus der Verpachtung der Landwirtschaft 478 Gulden 30 Kreuzer erzielte³⁷¹. Insgesamt betrugen die Einnahmen aus beiden Sitzen in dieser Zeit jährlich 1 557 Gulden 3 Kreuzer, also rund 80 % mehr, als Adlstein der Familie Klessing einbrachte. Den größten Posten machten dabei die grundherrlichen Renten mit 993 Gulden 43 Kreuzer aus, die Zehnten erbrachten 40 Gulden 14 Kreuzer, die Lehen 1 Gulden 43 Kreuzer und der Grundzins 2 Gulden 53 Kreuzer. Mit 716 Gulden 5 Kreuzer oder 72,84 % der Gesamtsumme lag Teising beim Ertrag aus den grundherrlichen Renten ebenfalls weit vor Grafing, das freilich auch nur über ein Viertel der einschichtigen Güter verfügte. Da die Renten aus den ehemaligen Sitzen Grafing und Teising seine Familie durchaus ernährten und in Teising neben dem bewohnbaren Schloß auch noch eine funktionsfähige Landwirtschaft bestand, nahm Johann Nepomuk von Pelkoven 1825 hier seinen Wohnsitz, nachdem er wegen finanzieller Schwierigkeiten sein bisheriges Stammschloß Wildthurn verkaufen mußte³⁷².

Noch verworrener als in Adlstein oder St. Veit verlief die Bildung der Orts- und Patrimonialgerichte in Teising und Grafing, so daß hier exemplarisch gezeigt werden kann, mit welchen Schwierigkeiten im Detail die Umsetzung der Montgelasschen Reformen in die Praxis verbunden war. Wie Franz Joseph Veit von Klessing in Adlstein, so dürfte auch Johann Nepomuk von Pelkoven seine bisherigen Sitzgerichte Teising und Grafing noch 1808 mühelos in Patrimonialgerichte umgewandelt haben³⁷³. Da Pelkoven aber in Wildthurn im Landgericht Dachau wohnte, und damit zu

weit von beiden Sitzen, um die Patrimonialgerichtsbarkeit selber wahrzunehmen, behielt Ignaz von Moro bis auf weiteres das Amt des örtlichen Gerichtshalters, das ihm bereits am 6. August 1808 übertragen worden war³⁷⁴. Keines der beiden Patrimonialgerichte erreichte jedoch die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von 50 Familien. Vielmehr gehörten zu Grafring im Dezember 1812 erst 28 Familien und zu Teising sogar nur 25³⁷⁵. Die Einbeziehung der einschichtigen Güter in Aspertham, Aubenham, Lamprechten und Niedermosen für Teising und jener in Fischeck, Imming und Großthalham für Grafring war wiederum gesetzlich abgesichert, weil die darauf sitzenden Familien nicht weiter als zwei bayerische Straßenstunden vom Gerichtssitz entfernt lebten. Doch fielen jetzt erst jene Grundholden aus dem Teisinger Niedergerichtsbereich heraus, die in den Landgerichten Vilsbiburg, Dingolfing, Erding und Rottenburg wohnten und somit außerhalb der vorgeschriebenen Diametralentfernung.

Hatten die staatlichen Behörden noch 1808 die Edikte großzügig zugunsten der Adeligen ausgelegt oder sogar einige Vorschriften überhaupt nicht beachtet, so pochten sie nach 1812 umso strenger auf die buchstabengetreue Einhaltung der einschlägigen Gesetze. Johann Nepomuk von Pelkoven bekam dieses Umschwenken der staatlichen Behörden auf eine wesentlich härtere Linie erstmals zu spüren, als er am 20. September 1812 beim Generalkreiskommissariat des Isarkreises den Antrag auf Errichtung eines Ortsgerichtes stellte³⁷⁶. Gemäß den Bestimmungen des "Edikts über die gutsherrliche Gerichtsbarkeit", wonach bei der Bildung von Ortsgerichten auf bereits bestehende Steuerdistrikte Rücksicht zu nehmen war, sah Pelkovens Arrondierungsplan vor, fast den gesamten Steuerdistrikt Feichten als Kernbestand des Teisinger Gerichtes zu verwenden. Da sich jedoch nur die Ortschaft Teising mit ihren zwölf Familien innerhalb dieses Distriktes befand und somit außer den beiden fremdherrschaftlichen auch 38 landgerichtsunmittelbare Hintersassen betroffen waren, bot Baron von Pelkoven an, im Gegenzug den ehemaligen Sitz Grafring mit sämtlichen einschichtigen Gütern abzutreten. Nach seiner Ansicht hatte das Ortsgericht Teising damit alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt: Es bildete "mit den umliegenden Ortschaften ein geschlossenes Kontinuum", hatte den Gerichtsort fast genau in der Mitte liegen und verfügte über die geforderte Mindestzahl an Familien.

Der Einspruch, den das Landgericht Mühldorf am 28. April 1814 gegen die geplante Formation eines Teisinger Ortsgerichtes erhob, gründete sich deshalb auch nicht auf formale Mängel, sondern auf das Fehlen entscheidender Voraussetzungen. Wie für Adlstein, berief sich das Landgericht dabei auf den Paragraphen 11 des "Organischen Ediktes über die Patrimonialgerichtsbarkeit" und bestritt auch Pelkoven das Recht zur Errichtung des Ortsgerichtes mit der Begründung, daß Teising vor 1808 lediglich Sitzgerechtigkeit besessen hätte, Ortsgerichte aber nur dort gebildet werden dürften, wo hofmärkische Rechte nachgewiesen werden könnten³⁷⁷. Dagegen legte nun wiederum Johann Nepomuk von Pelkoven im Juni und Oktober Beschwerde beim zuständigen Generalkreiskommissariat ein³⁷⁸. Erstens, argumentierte er, könne ihm das Landgericht Mühldorf die Berechtigung zur Bildung eines Ortsgerichtes in Teising jetzt nicht absprechen, nachdem es noch vor sechs Jahren Ignaz von Moro zu einem Zeitpunkt als Patrimonialgerichtshalter verpflichtet habe, als jenes Edikt bereits verabschiedet gewesen sei, das nun als Grundlage für die Ablehnung dienen solle. Würden in Teising wirklich die Voraussetzungen für die Formation eines gutsherrlichen Gerichtes fehlen, so hätte das Landgericht bereits damals die Teisinger Gerichtsbarkeit einziehen müssen. Da dies nicht der Fall gewesen sei und das Landgericht mit der Verpflichtung des Gerichtshalters die Aufrechterhaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit ausdrücklich bestätigt habe, könne es heute nicht von mangelnden Voraussetzungen sprechen. In Mühldorf sah man sich auch durch diese Beweisführung zu keiner Korrektur der bisherigen Auffassung veranlaßt, sondern teilte dem Generalkreiskommissariat mit, daß Johann Nepomuk von Pelkoven auf Nachfrage hin nicht in der Lage war, den Beweis für eine Hofmark zu erbringen, vielmehr "sich blos auf den bisherigen Besitzstand und auf die selbst landgerichtischen Anerkennungen dieser beiden Sitze als Patrimonial-Gerichte berufen hat"³⁷⁹.

Der zweite Argumentationsstrang Pelkovens war vom Landgericht noch leichter zu widerlegen, denn er ging von der falschen Prämisse aus, daß die Sitze Niedergerichtsbarkeit nur innerhalb ganz enger Grenzen besäßen. Pelkovens Auffassung nach konnten Teising und Graßing überhaupt nicht zur "Kategorie gemeiner Sitzgerichte (gehören), deren Gerichtsbarkeit sich nicht weiter als auf die Dachtraufe erstreckt", da seine Familie schon über hundert Jahre die Edelmannsfreiheit innehätte und ihr somit alle einschichtigen Güter auch niedergerichtlich unterstünden.

Darauf antwortete nun das Landgericht: Man bestreite ja gar nicht, daß die Herren von Pelkoven vor 1808 zu Recht die niedere Gerichtsbarkeit über sämtliche Grundholden ausgeübt hätten, doch sei dies "nicht in realer, auf diesen Gütern gegründeter Befugnis" geschehen, sondern eben "aus dem persönlichen Vorzuge der Edelmannsfreiheit". In der Wirkung selbst sei die Ausübung dieser Gerichtsbarkeit bis zur Aufhebung der Edelmannsfreiheit durch das Organische Edikt vom 20. April 1808 nicht zu verhindern gewesen, doch könne heute daraus kein Anspruch mehr auf die Bildung eines gutsherrlichen Gerichts abgeleitet werden³⁸⁰. Da sich das Generalkreiskommissariat des Isarkreises und das Ministerium des Innern offensichtlich der Argumentation des Mühldorfer Landgerichtes anschlossen und die Zustimmung zur Errichtung des Teisinger Ortsgerichtes verweigerten, wandte sich Johann Nepomuk von Pelkoven am 3. September 1816 mit seiner Bitte direkt an den bayerischen König³⁸¹, der das Gesuch jedoch am 1. Februar 1817 ebenfalls ablehnte³⁸².

Obwohl Pelkoven von nun an auf weitere Antragstellungen verzichtete und sich somit in Teising bis 1818 kein Ortsgericht im Sinne des Edikts von 1812 befand, hatte er inzwischen dennoch einen nicht unerheblichen Teilerfolg erreicht. In dem Glauben, daß die Formation des Ortsgerichtes auf keinen Widerstand stoßen und deshalb unmittelbar bevorstehen würde, hatte Pelkoven bereits im November 1812 seine bisherige Patrimonialgerichtsbarkeit bis zur endgültigen Entscheidung an das zuständige Landgericht abgetreten, ohne eigentlich vom Gesetzgeber dazu gezwungen zu sein. Als die Zustimmung jedoch immer länger hinausgeschoben wurde und sich allmählich herauskristallisierte, daß sie wahrscheinlich überhaupt nicht mehr erfolgen würde, beantragte Johann Nepomuk von Pelkoven im August 1814 die Rückerstattung der Niedergerichtsbarkeit in ihrem bisherigen Umfang³⁸³. Der Mühldorfer Landrichter verweigerte freilich auch dies im Oktober 1815 mit der bekannten Begründung, daß in Teising und Grafing die Voraussetzungen für die Formation gutsherrlicher Gerichte fehlten³⁸⁴, doch gewährte das Generalkommissariat das Gesuch im Frühjahr 1816³⁸⁵. Inzwischen war der Wirkungskreis jener Patrimonialgerichte, bei denen bisher noch keine Neubildung vorgenommen werden konnte, dem der Ortsgerichte "provisorisch" angeglichen worden³⁸⁶, so daß Johann Nepomuk Franz von Pelkoven von nun an in Teising zwar nicht

de jure, aber de facto ein Ortsgericht besaß. Trotz wiederholter Eingaben an Regierung und König durfte Pelkoven die örtliche Gerichtsverwaltung allerdings wiederum nicht selber ausüben, sondern mußte sie stets seinem ehemaligen Rentenverwalter Anton Brunner überlassen, der dazu seit Juli 1816 berechtigt war³⁸⁷. Welche finanziellen Einbußen Pelkoven durch die vorübergehende freiwillige Abtretung der Niedergerichtsbarkeit tatsächlich erlitten hat, kann heute nicht mehr mit Sicherheit angegeben werden. Als Stellvertreter der Teisinger und Grafinger Gerichtsherren nahm der Landrichter 1814 und 1815 die Verbriefungen vor³⁸⁸, bei denen insgesamt 37 Gulden 16 Kreuzer an Siegelgeldern und 105 Gulden 42 Kreuzer an Taxen anfielen. Da die Gebühren der verbriefenden Behörde nicht sofort ausgehändigt, sondern in jährlichen Raten abgezahlt wurden und die Quellen nichts darüber aussagen, wem diese Gelder nach der Rückgabe der Niedergerichtsbarkeit zufließen, muß diese Frage offen bleiben. Unabhängig davon wird am Beispiel dieser Verbriefungen aber recht deutlich, weshalb sich die Adligen so massiv für die Beibehaltung der Niedergerichtsbarkeit einsetzten: Der Verlust des Verbriefungsrechtes hätte zu einer erheblichen Abnahme ihrer Einnahmen geführt und vor allem den Landadel in seiner Existenz von Grund auf bedroht.

Wesentlich geradliniger verlief hingegen die Bildung des Patrimonialgerichtes Teising und Grafing nach dem "Edikt über die gutsherrlichen Rechte und die gutsherrliche Gerichtsbarkeit" vom Mai 1818, da der Gesetzgeber als Voraussetzung ja nun nicht mehr hofmärkliche Rechte verlangte, sondern sich allein mit dem Besitz der Niedergerichtsbarkeit im "Normaljahr" 1808 zufrieden gab. Nachdem Johann Nepomuk Franz von Pelkoven bereits am 12. Oktober 1818 den Antrag dazu gestellt hatte³⁸⁹ und sowohl das Landgericht Mühlendorf³⁹⁰ als auch die Regierung des Isarkreises³⁹¹ dieses Gesuch mit geringfügigen Modifizierungen befürwortet hatten, genehmigte das Ministerium des Innern die Bildung des Patrimonialgerichtes am 30. Juli 1820³⁹². Danach behielt Pelkoven die Niedergerichtsbarkeit über die zwanzig Anwesen in den Ortschaften Teising und Grafing sowie über die siebzehn Familien auf den ehemals einschichtigen Gütern in Aspertsham, Lamprechten, Niedermosen, Fischeck, Imming, Thalham, Anzenberg, Möllendorf, Niklashaag, Schalkham, Westerskirchen und Rohrach, weil sie nicht weiter als zwei Stunden vom Gerichtsort

entfernt lagen. Und damit verlor Johann Nepomuk Franz von Pelkoven nach 1818 die niedere Gerichtsbarkeit über die vier Familien auf den Anwesen in Katzbach, Wambach und Wachelkofenreith, die im Januar 1821 wegen ihrer zu großen Entfernung vom Sitz des Patrimonialgerichtes den zuständigen Landgerichten in Erding und Landshut unterstellt wurden³⁹³. In der Praxis bedeutete dies, daß Pelkoven zwar immer noch an 41 Gütern das Obereigentum besaß, daß er aber bis 1848 nur noch bei 37 davon alle Verbriefungen vornehmen durfte. Für die vier weiter entfernt liegenden Anwesen stellte von nun an der jeweils zuständige Landrichter sämtliche Schuldverschreibungen, Übergabsbriefe, Austrags- und Heiratsprotokolle aus, so daß hier für den Teisinger Gerichtshalter nur noch die Erteilung des grundherrlichen Konsenses übrigblieb³⁹⁴. Obwohl Teising zur politischen Gemeinde Feichten³⁹⁵ gehörte und Grafing zu Hörbering³⁹⁶, übte Pelkoven von nun an in beiden Ortschaften auch die niedere Ortspolizei aus, da ihm ja hier alle Insassen niedergerechtlich unterstanden und ihm somit Vorrang vor den örtlichen Kommunalorganen zukam. Wie in Adlstein war auch hier das Landgericht Mühldorf nicht immer mit der Ausübung dieser Verwaltungsrechte einverstanden. Nach der Überprüfung der "Polizey-Verwaltungsprotokolle" für das 4. Quartal des Rechnungsjahres 1820/21 rief zum Beispiel der Landrichter das Patrimonialgericht zur Ordnung und verbot dem Gerichtshalter unter Hinweis auf die Verordnung vom 2. Mai 1781, weiterhin die Tanz- und Freinachtslizenzen so großzügig zu vergeben und dem Teisinger Wirt Joseph Zeisinger sogar in der Ernte- und Kornbauzeit sechs Freinächte mit Tanzmusik zu gestatten³⁹⁷.

Nachdem noch am 26. August die Übergabe des "Sinhuber-Hofes" in Lamprechten vor dem Teisinger Patrimonialgericht verbrieft worden war³⁹⁸, erfolgte hier wie überall in Bayern am 1. Oktober 1848 die Aufhebung der Gerichtsbarkeit. Mit der Übergabe der Amtsgeschäfte an das Landgericht Mühldorf wurde sie binnen vier Wochen zum Abschluß gebracht. Ähnlich der Familie Klessing, traten auch die Pelkoven sogleich sämtliche fixierten Grundgefälle an den bayerischen Staat ab, so daß von nun an auch seine ehemaligen Grundholden ihre Zahlungen in Form einer jährlichen Steuer an die staatliche Ablösungskasse zu entrichten hatten.³⁹⁹ Die Summe der fixierten Grundabgaben betrug hier 557 Gulden 23 Kreuzer, das Ablösungskapital 10 032 Gulden 54 Kreuzer und der Bodenzins 401 Gulden 32 Kreuzer⁴⁰⁰. Im Gegensatz zu Adlstein, wo um 1880 erst 6,9 %

der Eigentümer im ehemaligen Patrimonialgericht das Ablösungskapital für ihr Anwesen hinterlegt hatten, lösten die Teisinger und Grafinger Grunduntertanen ihr Obereigentum wesentlich schneller ab. Schon Jahre vor der einschlägigen Gesetzgebung hatten 1821 und 1828 die Besitzer der beiden Höfe in Aubenham ihr Lehen allodifiziert⁴⁰¹, während Eva und Philipp Mittermair in Niedermosen erst im August 1848 sämtliche Grundrechte von der Familie Pelkoven erwarben⁴⁰². Nachdem Peter Conrad in Fischeck am 27. April 1863 seine Ablösungssumme von 324 Gulden gestellt hatte⁴⁰³, folgten unmittelbar nach dem Änderungsgesetz vom 28. April 1872 neben allen acht Bauern auch sieben Häusler und Gütler⁴⁰⁴. Damit hatten aber von 1848 bis 1880 55,56 % und von 1818 bis 1880 sogar 63,3 % der zum Patrimonialgericht Teising und Grafing zinsenden Grundholden ihr Obereigentum abgelöst.

C) Die Wirtschafts- und Sozialstruktur

I) Landwirtschaft und ländliches Gewerbe

1. Die Landwirtschaft

Nach einer Aufstellung aus dem Jahre 1852 lebten ohne die beiden Märkte Buchbach und Neumarkt im Landgericht Neumarkt an der Rott 40,82 % der Bevölkerung ausschließlich von der Bewirtschaftung des eigenen Bodens, während 27,37 % ihren Lebensunterhalt als Dienstboten in der Landwirtschaft und 9,67 % als Tagelöhner verdienten¹. Insgesamt fanden also zu diesem Zeitpunkt hier rund drei Viertel aller Bewohner des flachen Landes ihr Auskommen in der Land- und Forstwirtschaft.

Wie überall in Bayern, so hat sich auch im oberen Rottal trotz der mannigfachen staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Einwirkungen das historisch gewachsene Betriebs- und Sozialgefüge des 17. und 18. Jahrhunderts im 19. Jahrhundert in seiner Grundsubstanz kaum verändert². Im Gegensatz zu Ostpreußen, wo die Gutsherrschaft das Bild des flachen Landes prägte, dominierte in Bayern weiterhin der mittelgroße bäuerliche Familienbetrieb, wie er sich unter der südostdeutschen Grundherrschaft entwickelt hatte. So gab es zum Beispiel 1883 im gesamten Amtsgerichtsbezirk Neumarkt an der Rott nur drei Anwesen über 100 Hektar beziehungsweise 293,49 Tagwerk. Und dies waren der noch fast geschlossen erhalten gebliebene Komplex des ehemaligen Klosters St. Veit³, das Familiengut der Montgelas in Eggkofen⁴ und der bereits erheblich verringerte ehemalige Besitz des Geschlechts der Neuhaus in Zangberg⁵.

Tabelle 14: Die Verteilung des Grundbesitzes im Amtsgericht Neumarkt an der Rott im Jahre 1883 (in Tgw.)⁶.

Gemeinde	Gesamtfläche	Landwirtsch. genützte Fläche	Umfang der einzelnen Anwesen		
			größtes	kleinstes	Durchschn.
Aspertsham	2 958,63	2 437,87	96,39	0,12	29,24
Buchbach	253,52	232,83	31,03	0,01	1,76
Eggkofen	789,74	537,19	414,43	0,02	8,82
Elsenbach	1 916,29	1 492,22	117,91	0,06	23,48
Feichten	2 637,75	1 897,77	210,90	0,03	24,92
Gumattenkirchen	2 770,21	2 337,51	253,69	0,03	24,66
Harpolden	796,32	639,29	83,20	0,03	15,72
Hörbering	4 283,33	3 245,13	139,66	0,02	27,04
Irl	4 203,62	3 584,17	164,08	0,04	21,66
Lohkirchen	4 375,50	3 475,84	184,24	0,03	29,24
Neumarkt/Rott	340,31	276,65	35,50	0,01	1,26
Niederbergkirchen	3 931,62	2 950,61	184,77	0,01	25,45
Niedertaufkirchen	4 603,80	3 496,44	144,95	0,05	21,60
Oberbergkirchen	3 888,50	3 197,54	190,18	0,01	20,04
Oberhofen	3 319,95	2 623,55	191,65	0,01	23,19
Ranoldsberg	3 823,05	3 295,35	147,10	0,01	28,42
Roßbach	3 250,03	2 445,68	150,80	0,21	21,74
Salmannskirchen	1 585,21	1 376,16	154,76	0,01	18,75
St. Veit	1 335,69	1 182,51	627,71	0,03	16,37
Schönberg	4 494,70	3 367,33	199,79	0,01	21,25
Stephanskirchen	3 237,81	2 920,04	148,88	0,01	24,21
Tegernbach	2 526,10	1 880,61	123,96	0,03	15,93
Thambach	4 169,27	2 973,32	151,92	0,06	31,18
Walkersaich	5 321,30	4 762,38	285,05	0,02	16,13
Weilkirchen	1 672,58	1 451,27	136,37	0,08	31,80
Wiesbach	2 602,84	2 019,42	108,98	0,06	23,65
Wolfsberg	2 920,48	2 368,92	146,66	0,04	18,92
Zangberg	1 220,92	1 053,28	313,47	0,03	17,16
Amtsgericht	79 229,07	63 552,56	627,11	0,01	19,93

Ohne diese drei Güter und ohne die größten Anwesen in den Märkten Buchbach und Neumarkt erreichten die umfangreichsten Besitztümer im allgemeinen sogar nur 161,57 Tagwerk oder 54,97 Hektar. Nimmt man jedoch alle Besitzungen zusammen, so umfaßte damals ein Anwesen durchschnittlich 19,93 Tagwerk, freilich mit erheblichen Abweichungen je nach Steuergemeinde. Da ihre Bewohner in erster Linie nicht von der Landwirtschaft, sondern vom eigenen Gewerbebetrieb oder vom Taglohn lebten, besaßen die beiden Steuergemeinden mit den Märkten Buchbach und Neumarkt mit Abstand die meisten kleinen Anwesen. Dort, wo auf dem Territorium einer Steuergemeinde - wie in Eggkofen, Harpolden, Oberbergkirchen, Salmanskirchen, St. Veit, Walkersaich, Wolfsberg und Zangberg - einst eine umfangreiche Hofmark oder ein größeres Sitzgericht gelegen hatte⁷, waren die Besitzungen im Durchschnitt kleiner als in den Gebieten, wo nahezu kein Gewerbe ausgeübt wurde und keine großen Gutsbesitzungen die Ansiedlung von Tagwerkern bewirkt hatten. Als einzige fällt die Steuergemeinde Tegernbach aus diesem Schema heraus, doch gibt es dafür eine einfache Erklärung: Da sich diese Steuergemeinde nicht aus wenigen kleinen Dörfern und einer größeren Anzahl von Weilern und Einöden zusammensetzte, sondern mit der Ortschaft Tegernbach eine Siedlung zum Mittelpunkt hatte, die im Schatten des Eggkofener Gutsbesitzes groß geworden war und schon im ausgehenden 19. Jahrhundert über eine Vielzahl kleinerer Häusln verfügte⁸, dominierte hier auch noch hundert Jahre später der kleinere Grundbesitz.

Hatte die Aufstellung über die Grundbesitzverteilung im Amtsgericht Neumarkt neben dem größten und kleinsten Besitz nur die durchschnittliche Größe eines Anwesens angeführt, so zeigt die folgende Aufschlüsselung der Besitzverhältnisse in den Steuergemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit, Wiesbach und Wolfsberg, woraus diese Durchschnittszahlen zusammengesetzt sind.

Tabelle 15: Die Besitzverhältnisse in den Steuergemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit, Wiesbach und Wolfsberg im Jahre 1856⁹.

Besitzgröße (Tgw.)	Elsenbach		Feichten		Hörbering		St. Veit		Wiesbach		Wolfsberg	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
unter 5	10	21,74	9	15,52	27	27,00	34	73,92	16	22,86	55	47,83
5 - 10	5	10,87	11	18,96	8	8,00	1	2,17	6	8,57	13	11,30
11 - 25	3	6,52	7	12,06	8	8,00	-	-	13	18,57	11	9,57
26 - 50	12	26,09	9	15,52	14	14,00	1	2,17	11	15,71	11	9,57
51 - 75	5	10,87	9	15,52	23	23,00	8	17,40	12	17,14	12	10,43
76 - 100	11	23,91	4	6,90	13	13,00	-	-	11	15,71	5	4,35
über 101	-	-	9	15,52	7	7,00	2	4,34	1	1,44	8	6,95
Summe	46	100	58	100	100	100	46	100	70	100	115	100

Obwohl Wolfsberg mit dem Territorium des ehemaligen Patrimonialgerichtes Adlstein zahlermäßig über die meisten Anwesen unter fünf Tagwerk verfügte, erreichten diese Besitzungen nicht hier, sondern in St. Veit mit fast 74 % den höchsten Anteil der Anwesen, da diese Steuergemeinde immer noch die Struktur der einstigen Hofmark unverändert widerspiegelte und die Ortschaft St. Veit mit ihren 34 Kleinhäusern zum Mittelpunkt hatte.

Ebenso deutlich wird die Sonderstellung St. Veits und Wolfsbergs, wenn man die Besitzgrößen etwas weiter faßt und die Anwesen danach unterscheidet, ob sie unter 25 Tagwerk, zwischen 25 und 100 Tagwerk oder über 100 Tagwerk Grund umfaßten. Während die kleineren Besitzungen in St. Veit 76,01 % und in Wolfsberg 68,69 % aller Höfe ausmachten, betrug ihr Anteil in Elsenbach 39,13 %, in Feichten 46,55 %, in Hörbering 43,00 % und in Wiesbach 50,00 %. Andererseits erreichten die mittleren Anwesen in Elsenbach 60,87 %, in Feichten 37,93 %, in Hörbering 50,00 % und in Wiesbach 48,47 %, in St. Veit

hingegen lediglich 19,55 % und in Wolfsberg sogar nur 17,41 %. Insgesamt wird somit auch durch diese feingliedrigere Aufstellung noch einmal bestätigt, daß in den ländlichen Gebieten die kleineren und mittleren Betriebsgrößen überwogen und Anwesen über 100 Tagewerk die Ausnahme bildeten. Entstanden ist diese Besitzstruktur freilich nicht erst im Lauf des 19. Jahrhunderts. Vielmehr reichen ihre Wurzeln bis in das späte Mittelalter und in die frühe Neuzeit zurück, als der Grundstein für die Ausbildung der Herrschafts- und Besitzverhältnisse gelegt wurde¹⁰. Wie die Beispiele St. Veit und Wolfsberg jedoch zeigen, setzten dann allerdings auch noch das 17. und 18. Jahrhundert entscheidende Akzente, da in dieser Zeit mit der verstärkten Errichtung kleinster Besitzungen jenes Element immer stärker zum Durchbruch kam, das auch das ganze 19. Jahrhundert hindurch die Besitzverhältnisse entscheidend prägte.

Wenden wir uns nach der Grundbesitzverteilung auf dem flachen Land nun der landwirtschaftlichen Bodennutzung zu, so müssen wir für das 19. Jahrhundert trotz aller Einwände noch einmal auf die Gütererhebungen des Ministers Montgelas zurückgreifen¹¹. Christoph Borchardt hat bereits 1955 nach dieser Quelle eine Karte der häufigsten Getreidearten entworfen und ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß in Altbayern Roggen und Hafer vorherrschten und nur in der Straubinger Gegend der Weizen dominierte¹². Was nun das obere Rottal betrifft, so umfaßten 1809/10 im Rentamt Neumarkt das Ackerland 68,27 %, die Wiesen 14,35 %, der Wald 12,51 %, die Gärten 2,75 %, die Ortschaften 2,02 % und die Seen und Weiher 0,10 % der Gesamtfläche¹³. Beim Getreideanbau überwog auch hier der Roggen mit 39,81 % allen ausgestreuten Saatgutes, gefolgt von der Gerste mit 27,51 %, dem Hafer mit 26,68 % und dem Weizen mit 6,00 %¹⁴. Mit 11,73 % der gesamten Anbaufläche war der Roggen zwar auch noch 1893 das am meisten angebaute Getreide im Amtsgericht Neumarkt, doch hatte er seine Vormachtstellung inzwischen fast eingebüßt, da vom Hafer 9,65 %, von der Gerste 9,10 % und sogar vom Weizen 8,39 % des landwirtschaftlich genützten Bodens bedeckt wurden¹⁵. Somit hatte das bestellte Ackerland inzwischen zwar 29,40 % verloren, doch ist dieser starke Rückgang zum

Teil dadurch zu erklären, daß in den Quellen des ausgehenden 19. Jahrhunderts die Brache mit 9,34 %, der Klee mit 7,97 %, die Kartoffel mit 1,33 % und auch die Futterpflanzen, Hülsen- und Hackfrüchte mit 0,86 % eigens aufgeführt werden. Wenn wir also davon ausgehen, daß bei der verbesserten Dreifelderwirtschaft die nicht bestellten Äcker nur zum Teil brach lagen, auf dem Rest aber neben Klee auch Futterpflanzen und Blattfrüchte verschiedenster Art angebaut wurden¹⁶, so können wir festhalten, daß 1893 das Ackerland nicht, wie in den Quellen angezeigt, nur 38,87 %, sondern eigentlich immer noch 58,87 % umschloß. Damit lag das obere Rottal jedoch genau im Landesdurchschnitt, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für das Ackerland ebenfalls fast 60 % der gesamten Wirtschaftsfläche auswies¹⁷. Andererseits wich man jedoch beim Kartoffelanbau ganz erheblich von den Zahlen für das ganze Land ab, denn hier standen den fast 2 % des Amtsgerichtes Neumarkt 11 % im übrigen Bayern gegenüber¹⁸. Im Gegensatz zu den Äckern konnten die Wälder und Wiesen ihre Fläche erweitern, so daß sie nun 17,16 % beziehungsweise 17,64 % erreichten. Bei den Wiesen bedeutete dies eine Steigerung von 18,65 %, bei den Wäldern sogar eine Zunahme von 27,10 %.

Hand in Hand mit den Änderungen in der landwirtschaftlichen Bodennutzung ging die Entwicklung der tierischen Produktion. Die Einführung des Klees und der verstärkte Anbau anderer Futtermittel weisen bereits darauf hin, daß nun auch die Tierzucht nicht mehr länger als Nachteil für den landwirtschaftlichen Betrieb angesehen wurde, sondern ebenfalls eine Intensivierung erfuhr¹⁹. Wiederum nach der Montgelas-Statistik gab es 1809/10 im Rentamt Neumarkt 2669 Pferde, 5511 Rinder (205 Ochsen, 112 Stiere und 3331 Kühe), 10 336 Schafe und 870 Schweine²⁰. Mit rund 1 000 Tagwerk war der St. Veiter Gutskomplex zwar flächenmäßig immer noch der größte landwirtschaftliche Betrieb dieses Bezirks, doch war er so nachlässig geführt, daß in weniger als zehn Jahren der Viehbestand um mehr als die Hälfte sank. So betrug die Abnahme bei den Pferden 13,33 %, bei den Rindern 58,82 %, bei den Schafen 93,42 % und bei den Schweinen sogar 100 %²¹. Demnach war es nur folgerichtig, daß die Verwaltung des adeligen Damenstifts

nacheinander alle Äcker und Wiesen parzellenweise verpachtete und schließlich die eigene Ökonomie ganz aufgab²². Wie bereits erwähnt, wurde der landwirtschaftliche Betrieb nach 1829 von Maximilian von Speck-Steinberg wiedererrichtet und zu einem bäuerlichen Mustergut ausgebaut. Auf die Viehproduktion der Region schlug diese Entwicklung freilich nur indirekt durch, da in den Jahren, in denen der St. Veiter Gutsbetrieb ruhte, jene Tagelöhner, Gewerbetreibenden und Bauern der Umgebung ihre Landwirtschaft intensivierten, die Grundstücke zur Pacht erhalten hatten.

Obwohl das Rentamt Neumarkt und das gleichnamige Land- und spätere Amtsgericht flächenmäßig nicht exakt übereinstimmen und obwohl die Zahlen aus der Montgelas-Statistik nicht absolut zu setzen sind, zeigt doch der Vergleich zwischen den Jahren 1809/10 und 1844, daß in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Viehbestand insgesamt erheblich wuchs. Bei den Pferden betrug diese Zunahme rund 20 %, bei den Rindern in etwa 50 %, bei den Schafen knapp 15 % und bei den Schweinen beinahe 80 %.

Tabelle 16: Die Entwicklung des Viehbestandes im Land- und Amtsgericht Neumarkt/Rott von 1844 bis 1892²³.

Viehart	1844	1854	1873	1883	1892
Pferde	3 634	3 134	3 153	3 111	2 904
Rinder	9 821	9 303	14 383	15 566	17 543
Schafe	12 108	7 828	17 699	12 223	10 049
Schweine	4 292	1 480	2 471	2 854	4 559

Von 1844 bis 1854 gingen sämtliche Tierarten in ihrem Bestand zurück, doch stiegen bereits bis 1873 die Rinder und Schafe wieder ziemlich deutlich an. Insgesamt fiel sodann von der Mitte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die Zahl der Pferde um 20,09 % und die

der Schafe um 17,01 %, während sich die Rinder um 78,63 % und die Schweine um 6,22 % vermehrten. Die Zunahme der Rinder und Schweine ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß auch im oberen Rottal das Weidetier vom Stalltier verdrängt wurde, daß also nun nicht mehr länger die Selbstversorgung und Mistgewinnung im Vordergrund stand, sondern mit gezielten Züchtungen und der Einführung produktiverer Rassen verstärkt für den Markt produziert wurde²⁴. Da Neumarkt nie ein Zentrum der Pferdezucht war, die berühmten Rottaler Pferde vielmehr erst weiter flußabwärts ab Eggenfelden und Pfarrkirchen gezüchtet wurden, mußte mit dem Übergang zur Stallfütterung und der Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auch das Pferd den Rückgang um ein Viertel hinnehmen.

Mit Ausnahme der gut zwei Jahre von Oktober 1854 bis Januar 1857, in denen auch in Neumarkt an der Rott eine freilich nur schwach besuchte Schranne bestand²⁵, lieferte fast das ganze 19. Jahrhundert hindurch für unsere Region die Mühldorfer Schranne die Richtpreise für das Getreide.

Tabelle 17: Der mittlere Getreidepreis auf der Mühldorfer Schranne von 1817 bis 1853 (in Gulden und Kreuzer pro Scheffel)²⁶.

Jahresende	Roggen	Gerste	Hafer	Weizen
1817	33,15	24,00	8,15	39,40
1818	8,30	5,45	4,48	13,48
1819	6,00	4,00	3,30	10,24
1820	5,36	3,50	3,36	11,12
1826	4,25	4,15	2,40	6,00
1831	10,48	7,90	3,55	16,36
1835	5,12	5,21	3,15	8,00
1838	8,18	8,60	4,60	13,36
1844	13,30	10,18	5,48	16,30
1845	21,41	16,55	6,45	21,11
1846	21,10	13,00	7,40	22,22
1847	15,00	10,30	5,43	25,18
1848	6,49	4,40	4,00	12,10
1849	-	5,18	3,51	11,22
1850	-	-	4,70	14,12
1851	-	10,63	6,60	18,15
1852	-	8,00	6,00	18,00
1853	28,18	17,40	7,14	28,18

Wie überall in Bayern²⁷ trieben die Mißernten des Jahres 1817 auch im Einzugsgebiet der Mühldorfer Schranne den Getreidepreis auf eine Höhe, die weder vorher noch nachher jemals erzielt wurde. Kostete der Scheffel Weizen somit im September 1817 47 Gulden und der Scheffel Roggen 40 Gulden 40 Kreuzer²⁸, so war bereits Ende des Jahres ein leichter Preisrückgang zu verzeichnen - ein Trend, der sich in den kommenden Jahren auch durchsetzte. Da die Ernteausfälle von 1817 überraschend schnell wieder aufgeholt und anschließend sogar überdurchschnittlich gute Ernten erzielt werden konnten, setzte nun ein Preissturz ein, der bis in die Mitte der zwanziger Jahre anhielt. Stellt man die beiden Jahre mit den extremsten Werten einander gegenüber, so hatten sich von 1817 bis 1826 der Roggen um 87,18 %, die Gerste um 82,71 %, der Hafer um 70,52 % und der Weizen um 84,78 % verbilligt. Nach 1826 zogen die Getreidepreise wieder spürbar an, erreichten 1831 einen zwischenzeitlichen Höchststand, fielen daraufhin jedoch noch einmal deutlich zurück, um gegen Ende der dreißiger Jahre wiederum sprunghaft in die Höhe zu klettern. Nachdem sie dieses hohe Niveau nicht nur gehalten, sondern stets leicht ausgebaut hatten, stiegen die Getreidepreise während der zweiten großen europäischen Agrarkrise ein weiteres Mal deutlich an, blieben aber dennoch 1845/47 erheblich hinter dem Stand von 1817 zurück. 1848 sank der Getreidepreis zwar binnen Jahresfrist um durchschnittlich mehr als die Hälfte, konnte dieses niedrige Niveau jedoch nur wenige Jahre halten, da noch vor der Jahrhundertmitte eine Verteuerung eintrat, die noch stärker als jene von 1845/47 ausfiel, so daß im Dezember 1853 das Getreide fast ein Drittel mehr kostete als im Krisenjahr 1846. Als dieser Preisanstieg in den unmittelbar nachfolgenden Jahren wieder gebremst und rückgängig gemacht werden konnte, als somit im Etatjahr 1856/57 der Scheffel Roggen 13 Gulden 6 Kreuzer, die Gerste 8 Gulden 12 Kreuzer, der Hafer 5 Gulden und der Weizen 21 Gulden kosteten²⁹, behielten die Preise bis zur Reichsgründung im allgemeinen ein Niveau, das zwar nicht die Spitzenwerte der großen Krisenjahre erreichte, ansonsten aber erheblich über dem bisherigen Durchschnitt lag³⁰. Freilich waren auch hier die langfristigen Konjunktur-

und Preistrends von kurzfristigen Schwankungen unterbrochen, die je nach Ernteausschlag von Jahr zu Jahr auftreten konnten. So verteuerte sich das Getreide von 1867 bis 1868 insgesamt um rund 25 %, während es von 1868 bis 1869 um fast 30 % billiger wurde und nun wieder in etwa den Preis der früheren Jahre hielt³¹.

Waren die Höchstpreise der Jahre 1817 und 1845/46 in erster Linie eine Folge der katastrophalen Missernten gewesen, und ging der Preisverfall in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre hauptsächlich auf die eigene Überproduktion und die Einführung der englischen Kornzölle zurück³², so zeigt die Entwicklung des Getreidepreises in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, daß trotz der allmählichen Eingliederung Deutschlands in den Weltmarkt das bäuerlich strukturierte flache Land mit überwiegend Landwirtschaft treibender Bevölkerung, wenig Verkehr und kleinen Städten oder Märkten die nicht agrarisch bedingten Wirtschaftskrisen noch kaum zu spüren bekam. Obwohl nach dem Ausbruch der "großen Depression"³³, die 1873 begann und sich bis 1896 auswirkte, im ganzen Reich ein heftiger Preissturz einsetzte, und auch im Rentamt Mühldorf 1875 der Roggen um 30,57 %, die Gerste um 37,19 % und der Weizen um 39,36 % billiger waren als im Vorjahr³⁴, wirkte sich diese Wirtschaftskrise langfristig nicht auf die Gestaltung des Getreidepreises in unserer Region aus, da bereits im nächsten Jahr eine deutliche Aufwärtsentwicklung einsetzte und selbst der Einbruch von 1875 das Gesamtniveau der letzten zehn Jahre kaum unterschritt. Nehmen wir als Beispiel nur den Roggenpreis, also jenen Preis, der für die Ernährung des "gemeinen Mannes" immer noch am bedeutendsten war: Während ein Hektoliter 1873 rund zwölf Mark und 1874 sogar fünfzehn Mark kostete, mußte man für ihn 1872, 1875, 1876 und 1877 immer zwischen zehn und elf Mark bezahlen³⁵.

Nachdem der Getreidepreis schon seit den fünfziger und sechziger Jahren insgesamt stets leicht angestiegen war, setzte sich dieser Trend auch in den Jahren von 1876 bis 1910 fort, denn nun verteuerten sich der Roggen um 12,68 %, die Gerste um 19,43 %, der Hafer um 28,57 % und der Weizen um 24,20 %.

Tabelle 18: Der durchschnittliche Jahrespreis für Getreide im Rentamt Mühldorf 1876 bis 1910 (in Mark und Pfennigen pro Hektoliter)³⁶.

Jahr	Roggen	Gerste	Hafer	Weizen
1876-1880	10,49	10,24	6,65	13,14
1881-1885	11,66	9,80	5,58	15,40
1886-1890	10,02	9,34	5,88	14,20
1891-1895	11,11	9,05	6,48	14,33
1896-1900	11,60	9,80	6,58	13,25
1901-1905	10,50	10,28	7,83	13,15
1906-1910	11,82	12,23	8,55	16,32

Obwohl der Getreidepreis während der Zeit des Kaiserreichs zum Teil erheblich zunahm, waren diese Jahre dennoch eine Phase relativ hoher Preisstabilität, da diese Entwicklung zwar wellenförmig, aber nicht sprunghaft verlief. Dies hängt nun sicherlich auch damit zusammen, daß auf Grund des agrarwissenschaftlichen Fortschritts, der Verbesserung des Transportwesens und der Einfuhr von Getreide ernsthafte Versorgungsschwierigkeiten vermieden werden konnten. Der enorme Anstieg der eigenen Produktion und die Möglichkeit, witterungsbedingte Ernteaufälle durch importierte Güter zu ersetzen, verhinderten nun Hungerkrisen wie 1817 oder 1845/46. Andererseits brachte die allmähliche Eingliederung in den Weltmarkt auch einen höheren Grad an Abhängigkeit mit sich, so daß in Zukunft Weltwirtschaftskrisen stärker als bisher auf das flache Land durchschlagen mußten.

2. Das ländliche Gewerbe

Die grundlegenden Arbeiten Eckart Schremmers³⁷ und Pankraz Frieds³⁸ haben gezeigt, daß nicht mehr länger an der alten Auffassung festgehalten werden kann, wonach Städte und Märkte die alleinigen Standpunkte der Gewerbe waren. Vielmehr überzog sich im 17. und 18. Jahrhundert auch das flache Land immer stärker mit kleinen Produktionsstätten für die Erzeugung gewerblicher Sachgüter, so daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts die im hohen Mittelalter entstandene Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land so stark aufgebrochen war, daß sie eigentlich nicht mehr bestand³⁹. Dieser Prozeß der "Territorialisierung des Gewerbes"⁴⁰ konnte nur deshalb stattfinden, weil in Altbayern die Verleihung der Handwerksrechte Sache der niederen Gerichtsbarkeit war und somit neben den Pfleggerichten und Magistraten auch die Hofmarksherren für ihre Untertanen Gewerbekonzessionen in freier Entscheidung vergaben. Die hohe Zahl der Landgewerbe am Ausgang des 18. Jahrhunderts kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es dennoch eine Trennung von typischen Stadt- und Landhandwerkern gab und daß in den Städten und Märkten die Handwerksdichte immer noch wesentlich größer war als auf dem flachen Land. So kamen zum Beispiel dort 1792 auf 100 Bewohner zwölf Meister oder Gesellen, auf dem platten Land hingegen nur vier⁴¹.

Wie bei der Hofmark St. Veit und beim Sitz Grafing bereits angesprochen, fand diese Entwicklung auch in unserem Raum statt, so daß 1814 von den 499 Gewerbeinhabern des Rentamts Neumarkt 62,73 % in den ländlichen Dörfern lebten und nur 37,27 % in den beiden Steuerdistrikten mit den Märkten Buchbach und Neumarkt⁴². Wiederum ohne Buchbach und Neumarkt kam hier eine Handwerksgerechtigkeit auf durchschnittlich 6,77 Familien, wobei zwischen den einzelnen Steuerdistrikten erhebliche Unterschiede auftreten konnten. Über die höchste Handwerksdichte verfügten dabei die Steuerdistrikte, die umfangreiche Ortsgerichte enthielten, über die geringste jene Bezirke, in denen kein ausgedehnter kirchlicher oder adeliger Besitz lag. Je stärker ein Niedergerichtsherr im 17. und 18. Jahrhundert von seinem Recht Gebrauch gemacht hatte, Personen auf Sölden anzusiedeln und sie mit

Gewerberechten auszustatten, desto intensiver war nun das nicht rein agrarische Erwerbsleben dieses Gebietes. Dazu einige Beispiele: Weitab von jeglichen gutsherrlichen Gerichten oder einstigen geistlichen Herrschaftsgebieten herrschte in Thambach und Aspertsham die niedrigste Handwerkerdichte, da hier auf eine Gewerbeberechtigung 13,60 beziehungsweise 10,66 Familien kamen. Ganz anders sah die Situation hingegen in den Steuerdistrikten Eggkofen, Oberbergkirchen, Schönberg, Schwindegg und Zangberg aus, wo auf den Territorien der früheren Hofmarken und späteren Orts- und Patrimonialgerichtes überdurchschnittlich viele Händler und Handwerker lebten, so daß hier in etwa jede fünfte Familie ein Gewerbe ausübte. Im einzelnen zählt der Steuerkataster von 1814 für das Neumarkter Rentamt an ländlichen Gewerberechten auf: 51 Weber, 48 Schneider, 48 Schuster, 31 Müller, 23 Schmiede, 21 Wirte, 16 Binder, 15 Krämer, 9 Metzger, 7 Bader, 6 Zimmerer, 6 Wagner, 5 Sattler, 5 Schreiner, 4 Bäcker, 4 Brauer, 4 Wasenmeister, 3 Brotverkäufer, 2 Brot- und Branntweinverkäufer, 2 Hafner, 1 Stricker, 1 Fleischhacker und 1 Lederer. Mit 46,96 % aller Gewerbeberechtigungen verfügte somit das Bekleidungs- und Textilgewerbe über die höchsten Anteile, gefolgt vom Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 26,84 %, vom metallverarbeitenden Gewerbe mit 7,35 % und vom holzverarbeitenden Gewerbe mit 3,51 %. Da die Maurer in dieser Aufstellung wider Erwarten völlig fehlen, nimmt das Bau-gewerbe mit 1,9 % nur einen der hinteren Plätze ein - freilich ganz im Gegensatz zum Landesdurchschnitt, wo die Maurer zu den sieben häufigsten Gewerben des flachen Landes zählten⁴³. Die übrige Reihenfolge deckt sich jedoch ziemlich mit jenen Ergebnissen, die Schrenmer auf wesentlich breiterer Basis für das ausgehende 18. Jahr-hundert erarbeitet hat⁴⁴.

Wie die Anmerkungen in den Gewerbekatastern zweifelsfrei belegen, reichte das Gewerbe allein häufig nicht aus, den Lebensmittelunterhalt zu bestreiten. Vielmehr waren ihre Inhaber in der Regel zum Nebenverdienst gezwungen, und zwar entweder durch die Bestellung des eigenen Bodens oder, wenn dieser die Familie nicht ausreichend ernährte, durch Arbeit im Taglohn. So werden zum Beispiel für den

Steuerdistrikt Oberhofen zehn besteuerte Gewerbe nachgewiesen, doch waren alle Handwerker und Händler ausnahmslos auf den Zusatzverdienst angewiesen. Während der Metzger sein Gewerbe überhaupt nicht ausübte, die beiden Müller aus Wassermangel ihre Mühlen fast nie betreiben konnten, der Schmied wegen zu geringer Aufträge zu einem "wahrhaft bedürftigen Mann" herabgesunken war, der Wirt aufgrund der starken Konkurrenz kaum besucht wurde, der Schneider und ein Weber bereits größten Teils vom Taglohn lebten und auch die beiden anderen Weber ihre Haupteinnahmequelle in der eigenen Landwirtschaft fanden, hatte der Zimmerer zwar acht Gesellen unter Vertrag, doch arbeiteten sie nicht für ihren Meister, sondern als Tagwerker für die benachbarten Bauern, bei denen sie zur Miete wohnten.

Da im Gegensatz zu den Märkten Buchbach und Neumarkt für die Landgemeinden nach 1814 keine Gewerbekataster mehr vorhanden sind und sonstige einschlägige Quellen fehlen, ist es nicht möglich, die innere Entwicklung des Landgewerbes über das ganze 19. Jahrhundert hinweg zu verfolgen. Somit bleibt auch hier - wie fast in der gesamten wissenschaftlichen Literatur⁴⁵ - nur der Ausweg, über die Besitzverhältnisse auf den Werdegang des Gewerbes zurückzuschließen, wobei natürlich die Händler und Handwerker unberücksichtigt bleiben, die keinen eigenen Grund und Boden besaßen, sondern sich bei anderen Leuten in Miete befanden. Wie der Vergleich zwischen den Gewerbesteuerkatastern und den Häuser- und Rustikalsteuernkatastern von 1815 jedoch ergab, war der Anteil der Gewerbetreibenden ohne Grundbesitz mit nicht einmal 2,0 % so gering, daß ihre Ausklammerung zu keinen wesentlichen Verzerrungen führt. Für Altbayern wird in der Literatur die Meinung vertreten, daß - von einigen bescheidenen Ansätzen im ausgehenden 17. und im 18. Jahrhundert abgesehen⁴⁶ - vor allem im 19. Jahrhundert auf dem flachen Land eine langsame Verbäuerlichung ursprünglich reiner Handwerksbetriebe stattgefunden habe, daß also die Gewerbetreibenden ihren Besitz so weit aufstockten, daß sie das Gewerbe nur noch im Nebenberuf ausübten oder es sogar ganz aufgeben konnten, ohne die eigene Existenz zu gefährden⁴⁷. Durch den verstärkten Ausbau des landwirt-

schaftlichen Betriebe konnte dann sogar in der zweiten Jahrhunderthälfte die Verdrängung des Kleingewerbes durch die Industrialisierung aufgefangen werden⁴⁸.

Darüberhinaus ist man in einigen Arbeiten auch der Frage nachgegangen, wie groß ein landwirtschaftlicher Betrieb sein mußte, um eine Familie zu ernähren. Als Zeitgenosse hat Joseph Reingruber dabei errechnet, daß im Jahre 1810 ein Hof bei mittlerer Bodenqualität fünfzehn Tagwerk Felder, fünf Tagwerk Wiesen und sechs Tagwerk Wald umfassen mußte⁴⁹. Friederike Hausmann kommt hingegen bei ihrer Auswertung einer Erhebung der Regierung Montgelas aus dem Jahr 1808 zu dem Ergebnis, daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Bodenfläche zwischen zwölf und zwanzig Tagwerk als absolutes Minimum erachtet wurde⁵⁰. Da diese Berechnungen nur auf Quellen des beginnenden 19. Jahrhunderts beruhen, um 1850 jedoch auf Grund des Überganges zur Fruchtwechselwirtschaft und zur intensiveren Bearbeitung und Düngung eine erhebliche Ertrags- und Rentabilitätssteigerung in der Landwirtschaft einsetzte, nimmt Nipp als unterste Grenze für die zweite Jahrhunderthälfte eine Anbaufläche von rund zwölf bis fünfzehn Tagwerk an⁵¹.

Wenn wir nun mit den in der Literatur erarbeiteten Fragestellungen an unsere Quellen herangehen und die Besitzverhältnisse der Gewerbetreibenden in den später zu Neumarkt geschlagenen Landgemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit, Wiesbach und Wolfsberg näher betrachten, so fällt als erstes auf, daß 1814 neben den ehaften Gewerben⁵² der Müller, Wirte und Schmiede nur noch ein Hafner in Frauenhaslbach und ein Schneider in Harpolden über genügend Grundbesitz verfügten, um ganz von der Landwirtschaft leben zu können.

Tabelle 19: Die Besitzverhältnisse der Gewerbetreibenden in den Gemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit, Wiesbach und Wolfsberg, 1914-1900/14⁵².

Gewerbe	Ortschaft	Grundbesitz (Tgw.)		
		1814	1856	1900/14
Binder	Fräsbach	11,35	10,89	14,81
	Grafing	10,29	13,27	13,93
Hafner	Frauenhaslbach	23,19	27,11	28,61
Kramer	Harpolden	0,05	5,22	15,99
	Grafing	0,10	0,05	0,05
Lederer	St. Veit	1,56	3,18	3,56
Müller	Bubing	77,38	12,59	12,62
	Grafing	108,42	110,67	106,20
	Hausrückl	73,05	67,43	66,14
	Hörbering	72,75	71,96	79,82
	Imming	70,36	74,93	92,71
	Kai	17,54	27,69	-
	Sägmühle	120,66	111,87	122,54
	St. Veit	3,38	4,49	4,61
	Wiesbach	17,12	30,35	24,73
	Wolfsberg	77,72	101,10	109,17
Schmied	Frauenhaslbach	5,95	8,71	14,81
	Harpolden	23,68	28,13	23,97
	Hörbering	13,23	26,94	4,52
	Wiesbach	21,68	19,58	52,53
Schneider	Harpolden	16,87	15,61	21,16
	Hörbering	0,31	0,30	0,21
	Imming	7,15	9,85	10,31
	St. Veit	0,60	0,59	0,59
	St. Veit	0,89	1,36	1,36
	Wiesbach	1,99	10,66	13,58
Schuster	Grafing	0,07	0,11	1,08
	Harpolden	0,95	0,89	6,32
	Hörbering	0,17	0,31	2,80
	St. Veit	1,58	4,71	6,72
	St. Veit	1,23	1,26	0,76
	Teising	4,64	4,96	4,59
	Wiesbach	0,47	7,28	23,23
Weber	Feichten	3,03	15,05	15,14
	Frauenhaslbach	9,86	12,28	13,42
	Frauenhaslbach	0,31	4,13	3,96
	Gnain	1,79	4,98	11,10
	Grafing	0,14	5,18	10,41
	Grafing	0,05	0,89	0,21
	Harpolden	0,33	2,57	8,48
	Hörbering	3,36	9,79	17,51
	St. Veit	0,25	0,25	0,25
	St. Veit	0,16	0,15	0,15
	St. Veit	0,74	3,57	3,57
	Wiesbach	6,49	27,56	43,52
Wirt	Grafing	66,96	-	-
	Harpolden	67,60	114,59	42,41
	Hörbering	-	47,42	96,58
	Teising	4,98	8,86	8,82
Zimmerer	Elsenbach	2,50	3,29	3,95

Da neben den bereits genannten außerdem noch zwölf Gewerbetreibende zwischen einem und zehn Tagwerk besaßen und drei sogar über zehn Tagwerk, kann davon ausgegangen werden, daß zwei Drittel aller Kleinhandwerker und Kleinkrämer einen mehr oder weniger kräftigen Zuverdienst in der Bestellung des eigenen Grund und Bodens fanden. Bei den restlichen 32,65 %, dies waren die beiden Krämer, drei Schneider, vier Schuster und sieben Weber, erstreckte sich die Kleinstlandwirtschaft - wenn überhaupt - nur über einige Dezimale. Ob wir damit tatsächlich sogenannte "reine Handwerksbetriebe" vor uns haben, deren Erträge ihre Inhaber vollkommen ernährten, läßt sich wegen der fehlenden Quellen nicht eindeutig klären. Für diese Möglichkeit spricht jedenfalls, daß die ansonsten mit Negativkommentaren reich gespickten Gewerbesteuerkataster gerade hier schweigen und lediglich einem einzigen St. Veiter Schneider ein "schlechtes Gewerbe" attestieren. Für diese Möglichkeit spricht außerdem, daß diese Gewerbe hauptsächlich in der Nähe der großen Gutsbesitzungen des adeligen Damenstiftes oder der Familien Pelkoven und Montgelas angesiedelt waren, also dort, wo in verstärktem Maße Tagelöhner und Diensthoten Arbeit fanden und somit verstärkt Aufträge zu erwarten waren. Und drittens ist noch denkbar, aber nicht eindeutig zu belegen, daß die Schneider und Schuster zumindest zeitweise "auf die Stör gingen" und deshalb nicht zu Hause, sondern "in der Wohnung eines Bestellenden gegen Kost und Taglohn ihr Handwerk treiben"⁵⁴. Andererseits ist ebenfalls möglich, daß diese Leute bei den benachbarten Gutsbesitzungen im Taglohn arbeiteten und sich auf diese Weise das Lebensnotwendigste dazuverdienten.

Was nun die Besitzveränderungen im Verlauf des 19. Jahrhunderts betrifft, so fand auch hier bei den meisten Gütern jene Aufstockung statt, die zu einem mehr oder weniger großen Zugewinn aus dem landwirtschaftlichen Nebenbetrieb führte und zuweilen sogar die Aufgabe des Gewerbes ermöglichte. So vergrößerten sich von den 36 Anweisen unter zwanzig Tagwerk 28, während nur fünf kleiner wurden und bei drei überhaupt keine Veränderung eintrat⁵⁵. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei das Mesnergütl in Wiesbach⁵⁶, das seinen Umfang in

nicht ganz einhundert Jahren um 37,03 Tagwerk ausdehnen konnte, so daß es unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg zu den größten Besitzungen seiner Gemeinde gehörte. Insgesamt fiel die Zunahme freilich recht unterschiedlich aus, wobei allerdings keine allzu festen Regeln zu erkennen sind. Nehmen wir nur als Beispiel den Berufsstand der Weber. Mit 9,86 Tagwerk verfügte hier 1815 Georg Bernloher in Frauenhaslbach⁵⁷ über den meisten Grundbesitz, doch konnten nicht er und seine Erben, sondern die Nachfolger Georg Egglseders auf dem Mesnergütl in Wiesbach den größten Zugewinn erzielen. Der Zuwachs von 3,55 Tagwerk oder 36 % reihte dieses Anwesen vielmehr eher in die Reihe jener Besitzungen ein, die nur mäßig anstiegen. Veit Lohr in Grafring⁵⁸ besaß hingegen 1815 nur 0,14 Tagwerk - und damit das zweitkleinste Anwesen unter den Webern. Da seine Nachfolger jedoch 10,27 Tagwerk dazuerwarben und somit für die größte prozentuale Zuwachsrate sorgten, gehörte dieser Besitz um 1900 zu den umfangreicheren Anwesen. Andererseits gab es freilich auch Güter, die nur unerheblich oder überhaupt nicht wuchsen, wie das Forstenhäusl in Grafring⁵⁹ oder das Schmid-⁶⁰ und Braunsbergerhäusl⁶¹ in St. Veit. Alles in allem kann also festgehalten werden, daß die Höhe des 1815 bereits bestehenden Grundbesitzes allein das Ausmaß des Zuwachses nicht bestimmte, daß also nicht die größeren Besitzungen stärker wuchsen und die kleineren schwächer. Wenn jedoch Stagnation eintrat und ein Anwesen nicht in die Höhe kam, so waren dies in der Regel die kleinsten Besitzungen, Häuseln, die ehemals einen Hoffuß von 1/32 oder höchstens 1/16 hatten. Zur Ortschaft St. Veit ist noch anzumerken, daß hier die geringsten Zuwachsraten zu verzeichnen sind. War Kaspar Putz bereits 1815 mit seinem schmalen Besitz von 3,38 Tagwerk die Ausnahme unter den Müllern gewesen, so gelang es weder seinen Nachfolgern noch den Erben und Käufern der übrigen Handwerkerhäuseln, ihren Grundbesitz erheblich zu vermehren⁶². Die Ursache dieser Entwicklung liegt sicherlich darin, daß der ehemalige Klosterbesitz von den jeweiligen Käufern fest zusammengehalten wurde und sich somit für die Bewohner der einstigen Hofmark keine Chance bot, in nächster Umgebung umfangreichere Besitzerwerbungen zu tätigen.

Bei der Frage, woher die Händler und Handwerker den Grund und Boden zur Aufstockung ihrer Besitzungen nahmen, sind wir bei einem Problemereich angelangt, dessen äußeres Erscheinungsbild zwar von der Forschung behandelt und dargestellt wird, dessen Ursachen aber nie näher untersucht wurden. Da dazu auf wesentlich breiterer Basis sehr unterschiedliches, umfangreiches Quellenmaterial durchgesehen werden muß, kann unsere Darstellung diese Lücke ebenfalls nicht schließen, doch sollen wenigstens einige Anstöße vermittelt werden, in welcher Richtung man dabei anzusetzen hätte. Wie in Zolling⁶³ und Günding⁶⁴, so stammte auch in unserem Raum der erworbene Grund und Boden nicht aus der Allmende Verteilung, sondern fast ausschließlich aus Landverkäufen, die über das ganze 19. Jahrhundert erfolgten. Verkäufer waren die umliegenden Bauern, von denen weitaus die meisten Besitz abtraten⁶⁵. Naheliegend ist nun die Frage, warum die Bauern Grund abgaben und wodurch die eigentlich wirtschaftlich wesentlich schlechter gestellten und zur ländlichen Unterschicht gehörigen Kleingewerbetreibenden in die Lage versetzt wurden, Grundbesitz von zum Teil erheblichem Ausmaß zu erwerben. Da die Literatur dazu schweigt, sollen im folgenden einige Hypothesen aufgestellt werden, die freilich noch der genaueren Verifizierung an Hand der Quellen bedürfen.

Die Kataster von 1814 haben bereits gezeigt, daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Landgewerbe ihre Inhaber kaum ernährten, geschweige denn die Grundlage für eine Vermögensbildung abgeben konnten. Wenn man nun noch berücksichtigt, daß mit den vierziger Jahren das ländliche Gewerbe in eine schwere Krise geriet, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Mittel für die Besitzerweiterung in erster Linie nicht aus den Erträgen der Gewerbebetriebe stammen konnten, sondern auf anderen Wegen beschafft werden mußten. Denkbar ist, daß die wenig beschäftigten Gewerbetreibenden auf die ständigen Klagen der Bauern über Dienstbotenmangel reagierten und ihnen ihre Arbeitskraft gegen gute Bezahlung anboten. Da den Bauern mitunter keine andere Wahl blieb, als diese Arbeitskräfte überdurchschnittlich gut zu entlohnen, könnte hier ein Ansatzpunkt für die allmähliche Besserung der Wirtschaftslage der Kleinhäusler liegen. Eine wesentliche Rolle spielten

dabei sicherlich auch die napoleonischen Kriege, und zwar in zweifacher Hinsicht. Zum einen mußte es sich auf das Sozialgefüge Bayerns auswirken, wenn Tausende von Männern auf den Schlachtfeldern blieben. Denn dadurch fehlten zu Hause nicht nur die Arbeitskräfte für die Landwirtschaft; vielmehr verloren viele Bauern auch die potentiellen Erben, so daß sie entweder schon zu Lebzeiten aus Resignation, Alters- und Versorgungsgründen zu mehr oder weniger umfangreichen Grundverkäufen schritten oder diese Besitzungen nach ihrem Tod zum Verkauf oder zur Versteigerung anstanden, wenn keine Erben vorhanden waren. Dabei konnte es freilich Jahre dauern, bis diese Situation eintrat, so daß die wirklichen Ursachen fast schon wieder in Vergessenheit gerieten. Zur Überprüfung dieser These müßten also Konskriptionslisten, Pfarmatrikel, Briefprotokolle und Kataster über einen längeren Zeitraum hinweg systematisch durchforstet werden. Zum anderen trugen auch die Kriegslasten erheblich dazu bei, daß sich der Staat zu Beginn des 19. Jahrhunderts so hoch verschuldete und 1817 sogar fast vor dem Bankrott stand⁶⁶. Da bei der Sanierung des Staatshaushalts die Steuerschraube empfindlich angezogen wurde, die Bauern davon aber wesentlich härter getroffen wurden als die fast besitzlosen Tagelöhner und Gewerbetreibenden, ist gut vorstellbar, daß mancher Bauer in finanzielle Schwierigkeiten geriet und sich deshalb zu kleineren Besitzabtretungen genötigt sah. Auch hier kann nur die mühevollen Durchsicht der Briefprotokolle und Kataster weiterhelfen, wobei diesmal die einschlägigen Steuergesetze und Steuerbücher zusätzlich herangezogen werden müßten. Nicht zu vergessen sind auch die stets wiederkehrenden Agrarkrisen, die dazu führten, daß die Landwirte Darlehen zu überhöhten Zinsen aufnahmen und sich dann im Fall der Zahlungsunfähigkeit entschlossen, die Schuldenlast durch Gutszertrümmerung oder durch Absplitterung eines Teils ihres Besitzes abzuwälzen, um dadurch der drohenden Vergantung zu entgehen⁶⁷. So liefen zum Beispiel in Folge der Krise in der Landwirtschaft um 1825 bei den bayerischen Behörden jährlich rund 500 Gesuche um Gutszertrümmerung ein⁶⁸, während am Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr landwirtschaftliche Anwesen deshalb zertrümmert oder gar zwangsversteigert werden mußten, weil

die Bauern nach der rasch vollzogenen Eingliederung Deutschlands in den Weltmarkt mit den billigen Getreideimporten aus Nordamerika, Kanada, Argentinien, Rußland und Ungarn nicht konkurrieren konnten. Zuletzt sei noch einmal an die Möglichkeit der Allmende Verteilung erinnert⁶⁹ und auch an die bereits behandelte Parzellierung und Verteilung des säkularisierten Klosterbesitzes, die gleich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in vielen ehemaligen Hofmarksterritorien zu erheblichen Besitzveränderungen führten⁷⁰. Insgesamt muß also ein ganzes Bündel von Motiven gewirkt haben, das aufzuschlüsseln durchaus lohnenswert erscheint.

II. Die soziale Gliederung des Marktes Neumarkt an der Rott

1. Erwerbsquellen und Berufsstruktur

Detaillierte Angaben über die Sozialstruktur des Marktes Neumarkt an der Rott sind erstmals für 1774 überliefert, da Amtskämmerer Bartholomäus Huber im Mai dieses Jahres entsprechend dem kurfürstlichen Erlaß vom 26. März eine Aufstellung darüber anfertigte, welchen Beruf jeder Bürger, Hausbesitzer und Familienvater ausübte, womit die Witwen und ledigen Frauen ihren Lebensunterhalt bestritten, wieviele Kinder bei jeder Familie im Haushalt lebten, wieviele Dienstboten und Gesellen Beschäftigung fanden und wieviele Inleute in den einzelnen Häusern wohnten⁷¹. Insgesamt wurden dabei 171 Haushalte mit 592 Bewohnern erfaßt, die sich auf 106 Wohnhäuser verteilten. In 43 Häusern oder 45,48 % aller Anwesen fanden somit mindestens ein Inwohner oder eine Inwohnerfamilie Unterkunft. Die Erwachsenen, die 64,53 % der Gesamtbevölkerung stellten, setzten sich aus 197 Frauen und 185 Männern zusammen, während von den 210 Kindern 81,90 % unter und 18,10 % über vierzehn Jahre alt waren. Die Gesamtbevölkerung gliederte sich in 43,91 % Verheiratete, 5,07 % Witwen und Witwer, 24,97 % Ledige über vierzehn Jahre und 29,05 % Kinder. Da die Kinder schon frühzeitig in fremde Dienste geschickt wurden⁷², war es eher die Ausnahme, wenn in einem Haushalt mehr als vier Kinder lebten. Im einzelnen sah die Verteilung so aus: Mit 45,36 dominierten eindeutig die Familien mit nur einem Kind, dagegen erreichten jene mit zwei Kindern nur 19,59 %, jene mit drei Kindern 16,49 %, jene mit vier Kindern 10,39 % und jene mit mehr als vier Kindern 8,25 %.

Wenn wir im folgenden der Frage nachgehen, wovon die Bewohner Neumarkts im ausgehenden 18. Jahrhundert lebten, brauchen wir uns dabei nicht auf die in erster Linie auf die erwachsene männliche Bevölkerung zugeschnittene Berufsstruktur beschränken⁷³, sondern können auf Grund des detaillierten Quellenmaterials auch die Ehefrauen, Witwen und Kinder miteinbeziehen. 1774 ernährten sich 63,68 % der Gesamtbevölkerung von der Ausübung eines Gewerbes und 16,73 % vom Taglohn, während 9,97 % als Dienstboten und 3,88 % als Gesellen ihren Lebensunterhalt mit unselbständiger Arbeit bestritten. Obwohl weder die Marktbeschreibung

von 1774 noch die Herdstättenanlage von 1762⁷⁴ näher darüber Auskunft geben und somit nur von den Besitzangaben des Häuser- und Rustikalsteuerekatasters von 1815⁷⁵ zurückgeschlossen werden kann, ist auf Grund der geringen Bodenmobilität davon auszugehen, daß es auch im ausgehenden 18. Jahrhundert in Neumarkt einige sogenannte "Ackerbürger" gab, bei denen nicht das Gewerbe, sondern die Bestellung des eigenen Bodens die Haupterwerbsquelle darstellt⁷⁶. Von den Frauen wurden zwar zwei Drittel von ihren Gatten mitversorgt, doch darf dabei nicht vergessen werden, daß sie es waren, die durch die Bewirtschaftung des mehr oder weniger umfangreichen Besitztums erheblich zur Sicherung des Existenzminimums beitrugen. Unverheiratet waren hingegen 65 Frauen. Hatten die 37 weiblichen Dienstboten zumindest während der Zeit ihrer Anstellung ein gesichertes Auskommen und konnten von den 24 Witwen vier das Gewerbe des verstorbenen Mannes weiterführen, und fünf zu Eltern oder Kindern in die Kost gehen, so waren die übrigen alleinstehenden Frauen zunächst auf den Ertrag ihrer Handarbeit angewiesen. Wenn sie jedoch niemand als Näherin, Wäscherin oder Strickerin beschäftigte, dann waren sie auf jene Almosen angewiesen, die ihnen Mitbürger, kirchliche und staatliche Institutionen gewährten.

Tabelle 20: Die Erwerbsquellen der Bewohner des Marktes Neumarkt an der Rott in den Jahren 1774 und 1852⁷⁷.

Erwerbsquelle	1774		1852	
	Zahl	%	Zahl	%
Land- und Forstwirtschaft	-	-	10	1,00
Gewerbe, mit Haus- oder Grundbesitz	278	46,96	300	30,00
Gewerbe, ohne Haus- oder Grundbesitz	99	16,72	168	16,80
Taglohn, mit Haus- oder Grundbesitz	47	7,94	240	24,00
Taglohn, ohne Haus- oder Grundbesitz	52	8,79	7	0,70
Unselbständige Arbeit als Gehilfen, Gesellen und Dienstboten	82	13,85	200	20,00
Anstellung beim Staat oder bei der Kirche	9	1,52	46	4,60
Almosen	8	1,35	26	2,60
Sonstiges	17	2,87	3	0,30
Summe	592	100,00	1 000	100,00

Rund 80 Jahre nach der Anfertigung der eben vorgestellten Marktbeschreibung erschien im vierten Heft der "Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern" eine detaillierte Aufstellung über die Bevölkerung Neumarkts an der Rott aus dem Jahre 1852⁷⁸, die in der methodischen Anlage mit der Erhebung von 1774 zum Teil übereinstimmt und zum Vergleich herangezogen werden kann⁷⁹. Insgesamt wurden 1852 exakt 1 000 Personen erfasst, 51,90 % davon Frauen, 48,10 % Männer. Von der Gesamtbevölkerung waren 29,40 % verheiratet, 12,80 % verwitwet, 35,60 % älter als vierzehn Jahre und ledig sowie 22,20 % jünger als vierzehn Jahre. Gegenüber 1774 bedeutet dies eine Abnahme von 14,51 % bei den Verheirateten und von 6,85 % bei den Kindern unter vierzehn Jahren beziehungsweise eine Zunahme von 7,73 % bei Witwen und Witwern sowie von 10,63 % bei den ledigen Personen über vierzehn Jahren.

Da die Heiratserlaubnis von der Ansässigmachung und diese wiederum von der Ausübung eines Gewerbes oder der Verfügung über Grundbesitz abhing, mußten sich die Veränderungen beim Familienstand auch bei den Erwerbsquellen widerspiegeln. So stieg denn auch von 1774 bis 1852 die Zahl der von unselbständiger Arbeit lebenden Gehilfen, Gesellen und Dienstboten um 112 oder 143,90 %, so daß diese Personengruppe nun bereits ein Viertel der Gesamtbevölkerung umfaßte. Rückläufig war hingegen der Anteil derjenigen, die sich vom Gewerbe ernährten. Obwohl auch diese Leute zahlenmäßig um 24,14 % zunahmen, ging ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung dennoch von 63,68 % auf 46,80 % zurück. Innerhalb der Schicht der Gewerbetreibenden sind freilich erhebliche Unterschiede zu erkennen: Da die Gruppe der Handwerker und Kaufleute, die keinen Grundbesitz in Händen hielten, sogar ein wenig wuchs, ging der Verlust ausschließlich zu Lasten derer, die Grund und Boden besaßen. Bei den Tagelöhnern verlief die Entwicklung allerdings genau umgekehrt. Sie konnten ihren Anteil insgesamt von 16,73 % auf 24,00 % hinaufschrauben, wobei die Zahl der Tagwerker ohne Haus- oder Grundbesitz um 86,55 % zurückging, jene mit Grund und Boden jedoch um 410,64 % stieg.

Da auch in der Mitte des 19. Jahrhunderts Mesner, Schulmeister und Marktschreiber benötigt wurden, darüberhinaus aber nun wesentlich mehr Leute beim Landgericht beschäftigt waren als im ausgehenden 18. Jahr-

hundert⁸⁰, hatte auch die Zahl derjenigen erheblich zugenommen, die von der Anstellung beim Staat oder bei der Kirche lebten. Gemessen an der Gesamtbevölkerung stieg ihr Anteil zwar nur um 3,03 %, doch bedeutete dies für die Erwerbsgruppe als solche einen zahlenmäßigen Zuwachs von 411,11 %. Erstmals erschienen in der Statistik von 1852 nun zehn Personen, die sich ausschließlich von der Land- und Forstwirtschaft ernährten. Nach dem Grundsteuerkataster von 1856 waren dies die Familien des Jakob Straubinger⁸¹ und Xaver Schmeller⁸², von denen die eine 12,04, die andere 14,78 Tagwerk bewirtschaftete.

Obwohl die Erhebung von 1852 für alle Landgerichte, Städte und größeren Märkte Bayerns vorliegt und alles in allem doch recht brauchbare Aufschlüsse über die soziale Gliederung eines Gebietes oder eines Ortes gibt, wird sie in den jeweiligen Ortsgeschichten so gut wie nie berücksichtigt. Wenn überhaupt, so werden hier die Grundsteuerkataster vom Anfang und Ende des 19. Jahrhunderts einander gegenübergestellt, um wenigstens auf diese Weise den Umbruch in der Berufsstruktur zu verdeutlichen⁸³. Kommt dabei auch gleichzeitig der Wandel im Handwerk zum Ausdruck, so werden dennoch mit den Tagelöhnern und Dienstboten wesentliche gesellschaftliche Gruppen ausgespart. So waren zum Beispiel in Neumarkt an der Rott 1774 15,32 % aller Erwerbstätigen⁸⁴, 1810 13,64 %⁸⁵ und 1856 23,66 % aller Hausbesitzer⁸⁶ und 1861 18,72 % aller umlagepflichtigen Gemeindeglieder⁸⁷ Tagwerker. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, wohnten sie in der jenseits der Rott gelegenen Vormark "die Loh", die bereits 1657 urkundlich erwähnt wird⁸⁸ und sich rechts und links der späteren Altöttingerstraße vom Sebaldschen Brauhaus bis zum sogenannten "Michelhansen-Gütl" erstreckte⁸⁹. Da hier neben wenigen verarmten Gewerbetreibenden nur die mittellosen Tagelöhner lebten, hatte sich "die Loh" im Lauf der Zeit zu einem in sich geschlossenen Tagwerkerviertel entwickelt, das 1880 750 Menschen oder 59,38 % der Gesamtbevölkerung Neumarkts beherbergte⁹⁰. Wie der Beschluß des Neumarkter Gemeindeverwaltungsausschusses vom 27. August 1913 zeigt, war der Verdienst der Tagelöhner stets am Alter und Geschlecht orientiert. Erhielten Männer und Frauen unterschiedslos die gleiche Tageskost aus Frühstück, Brotzeit um 9 und 15 Uhr, warmen Mittagessen und Abendessen, so betrug der tägliche

Barlohn bei den Männern über 21 Jahren 1,10 Mark, bei jenen zwischen 16 und 21 Jahren 60 Pfennig und bei den Buben unter 16 Jahren 50 Pfennig, während die Frauen über 21 Jahren 70 Pfennig, jene zwischen 16 und 21 Jahren 50 Pfennig und die Mädchen unter 16 Jahren sogar nur 20 Pfennig erhielten⁹¹. 1853 umfaßte im Bezirksamt Mühlendorf der Taglohn im Geldanschlag aller Bezüge bei den Männern 39 Kreuzer und bei den Frauen 31 Kreuzer - und lag damit nur jeweils einen Kreuzer unter dem Durchschnitt des Regierungsbezirkes Oberbayern⁹². Innerhalb von zehn Jahren stieg der Verdienst bei den Tagelöhnern um 30,77 % auf 44 Kreuzer. Da im gleichen Zeitraum im Polizeibezirk Neumarkt die Mehl-, Brot- und Fleischpreise zum Teil erheblich sanken⁹³, hatte der Lohn der Tagwerker in der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht nur nominal, sondern auch real zugenommen.

Weist das Quellenmaterial zu den Tagwerkern bereits erhebliche Lücken auf, so trifft dies erst recht bei den Dienstboten zu, da sie steuerlich nicht direkt veranlagt wurden und somit nicht einmal über die Kataster faßbar sind. Für das 19. Jahrhundert besitzen wir als verlässliche Quellen eigentlich nur die Tabellen aus den Jahren 1835/36, 1836/37, 1837/38 und 1840/41, in denen alle Neumarkter Dienstboten wegen ihres Beitrages zur öffentlichen Armenpflege mit Namen und jährlichem Lohn zusammengestellt sind⁹⁴. Danach betrug der Anteil der Knechte und Mägde an der gesamten Einwohnerschaft 1840/41 6,33 %⁹⁵ - und war damit gegenüber 1774 um 3,13 % gesunken⁹⁶. Dieser Rückgang ist nur darauf zurückzuführen, daß zwar die Gesamtbevölkerung in der Zwischenzeit erheblich gewachsen war, der Bedarf an Dienstboten aber stagnierte. Aus sämtlichen Erhebungen geht nämlich eindeutig hervor, daß nur ein sehr begrenzter Personenkreis überhaupt zur Aufnahme von Dienstboten in der Lage war. An erster Stelle sind hier die acht Bierbrauer zu nennen, die stets zwei Drittel aller Knechte und Mägde beschäftigten. Dann folgen die Wirte, Bäcker, Metzger und wohlhabenden Kaufleute, bei denen ebenfalls die Art des Gewerbes die Anstellung von Dienstboten bedingte. Neben der Zahl der Dienstboten blieb auch der Anteil von Männern und Frauen über die Jahre hinweg fast gleich: Waren 1774 61,40 % weiblichen und 38,60 % männlichen Geschlechts, so standen 1836/37 den 62,50 % Mägden 37,50 % Knechte gegenüber. Im Durch-

schnitt verdiente ein Dienstbote in Neumarkt an der Rott im Etatjahr 1835/36 rund achtzehn Gulden, 1836/37 fast siebzehn Gulden und 1837/38 nicht ganz fünfzehn Gulden.

Obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in den Jahren von 1774 bis 1898/99 von 17,73 % auf 10,64 % sank⁹⁷, bildeten die Gewerbetreibenden dennoch stets die größte Gruppe der Erwerbstätigen. Und obwohl das Gewerbe auch auf dem flachen Land sehr verbreitet war, wies der Markt Neumarkt als einziger Ort des oberen Rottals eine gewisse Vollständigkeit des handwerklichen Angebots auf.

Tabelle 21: Die Gewerbestruktur des Marktes Neumarkt an der Rott von 1774 bis 1898/99⁹⁸.

Gewerbe	1774	1814	1898/99
Apotheker	-	-	1
Bader	2	2	1
Bäcker	5	5	6
Baumeister	-	-	5
Bierbrauer (mit Taverne)	8	8	4
Binder	2	3	2
Bote	1	1	-
Bortenschneider	-	1	-
Buchbinder	1	1	1
Buchdrucker	-	-	1
Dachdecker	-	-	1
Drechsler	-	1	1
Färber	1	2	1
Fuhrmann	-	-	2
Glaser	3	1	1
Gold-, Silberschmied	1	1	1
Hafner	-	1	1
Handelsmann	3	-	19
Hufschmied	3	-	1
Hutmacher	1	1	1
Kaminkehrer	-	1	1
Kaufmann	-	-	4
Kettenschmied	-	-	1
Koch	1	1	-
Korbmacher	-	-	1
Kramer	1	5	10
Klirschner	1	1	-
Kupferschmied	1	1	1
Kutscher	-	-	2
Lackierer	-	-	1
Lebzeiler	1	1	1
Lederer	1	2	-
Likörfabrikant	-	-	1

Gewerbe	1774	1814	1898/99
Maler	-	1	1
Maurer	7	1	1
Melber	-	1	-
Mesner	1	1	-
Metzger	5	7	6
Modistin	-	-	1
Musikant	3	-	5
Näherin	-	-	13
Naglschmied	1	1	-
Ofensetzer	-	-	1
Photograph	-	-	1
Pflasterer	1	-	-
Riener	-	1	-
Säckler	1	1	-
Sattler	2	2	2
Schäffler	-	-	2
Schlosser	2	2	4
Schmied	2	3	-
Schneider	5	8	6
Schreiber	1	-	-
Schreiner	3	3	6
Schuhmacher	7	8	12
Seifensieder	-	1	1
Seiler	2	2	1
Siebler	-	1	-
Spengler	-	1	1
Spielmann	2	-	-
Stricker	1	1	1
Tuchmacher	4	5	1
Tuchscherer	1	1	-
Uhrmacher	-	1	2
Verdingerin	-	-	3
Viehhändler	-	-	4
Wagner	2	2	2
Wasenmeister	-	1	-
Weber	5	6	1
Wegmacher	-	-	-
Weißgerber	1	2	1
Wirt (ohne Braurecht)	2	4	13
Zimmerer	7	5	4
Zinngießer	-	1	-
Summe	105	114	169

Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, in dem 1814 noch 23,48 % und 1898/99 nur noch 17,96 % aller Gewerbetreibenden ihre Beschäftigung fanden, war in erster Linie von den Bäckern, Bierbauern, Metzgern und Wirten geprägt, da es in Neumarkt keinen Müller gab und von den übrigen Betrieben dieses Sektors nur noch ein Lebzelter sein Gewerbe das ganze 19. Jahrhundert hindurch ausübte. Ging jedoch von 1814 bis 1898/99 die Zahl der Metzger geringfügig und die der Brauer sogar um die Hälfte zurück, so stieg die Anzahl der Bäcker um ein Fünftel und jene der Wirte ohne eigene Brauerei gleich um mehr als das Vierfache.

Mit acht Schneidern, acht Schustern, fünf Tuchmachern und sechs Webern war freilich das Bekleidungs- und Textilgewerbe 1814 zahlenmäßig die stärkste Schicht, da ihr Anteil am gesamten Gewerbeaufkommen zu diesem Zeitpunkt 30,43 % betrug. Allerdings fand auch hier bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts eine deutliche Umstrukturierung statt, die nach außen hin durch den Verlust von 9,47 % an Gesamtanteilen zum Ausdruck kommt. Während nämlich mit der beginnenden Industrialisierung die Tuchmacher und Weber keine Beschäftigung mehr fanden, konnten die Schneider ihren Anteil an den Gewerbetreibenden knapp behaupten und die Schuster ihren sogar um die Hälfte steigern. Roman Mauerer hat nun diese, auch an anderen Orten feststellbare Entwicklung darauf zurückgeführt, daß die Schneider und Schuster neben den Glasern, Hafnern, Uhrmachern und Schlossern zu den Handwerksbetrieben gehörten, die eine Umstellung auf die industriegefertigten Waren schafften und somit "den Verlust aus der Herstellung durch die Handelstätigkeit mit Industriegütern ausglich"⁹⁹. Sie schränkten also die eigene Produktion ein und verlegten sich mehr auf den Verkauf von Fertigerzeugnissen beziehungsweise die Reparatur der fremden Waren. Überprüfen wir diese Aussage am Gewerbesteuerkataster des Marktes Neumarkt an der Rott aus dem Jahr 1898/99, so ist festzustellen, daß Mauerer die Entwicklung richtig erkannt hat, einzelne seiner Aussagen jedoch der Korrektur bedürfen. So werden zum Beispiel beim Baumeister, Drechsler, Gerber, Glaser, Goldschmied, Hafner, Korbmacher, Kupferschmied, Schlosser, Seifensieder und Uhrmacher jeweils auch die entsprechenden Handelsrechte aufgeführt, die

sogar steuerlich höher veranschlagt wurden als das eigentliche Handwerk und somit auch ertragreicher waren, doch trifft dies bei den Schneidern und Schustern nur jeweils in einem Fall zu. Es ist deshalb zu vermuten, daß sich vor allem im Bekleidungsgewerbe - und hier wiederum stärker bei den Schneidern als bei den Schustern - die industriell gefertigte Ware noch nicht durchgesetzt hatte, daß vielmehr Schneider und Schuster immer noch eigenständig produzierten. Weil sich aber immer mehr Handwerker auf den Handel verlegten, stieg der Anteil der Händler, Krämer und Kaufleute am Gesamtvolumen der registrierten Gewerbe von 5,23 % im Jahr 1814 auf 23,35 % in der Zeit um die Jahrhundertwende. Demgegenüber mußte die Zahl der Betriebe im leder-, holz- und metallverarbeitenden Gewerbe zurückgehen, da nicht alle darin beschäftigten Handwerker den durch die Industrialisierung ausgelösten Umschichtungsprozeß mitvollziehen konnten¹⁰⁰. Während nämlich die beiden Sattler auch ohne Gründung eines Handelsgeschäftes weiterexistieren und die Schreiner durch ein teilweises Umschwenken von der Möbel- zur Bauschreinerei ihren Anteil sogar erhöhen konnten, waren die Kürschner, Lederer, Nagelschmiede, Säckler, Siebler, Riemer und Zinngießer ganz aus den Steuerbüchern verschwunden. An ihre Stelle traten nun die Kutscher, Lackierer, Ofensetzer, Photographen und Viehhändler. Ausgesprochene Industriebetriebe gab es jedoch vor dem Ersten Weltkrieg noch nicht in Neumarkt, da auch der Maurermeister und Ziegler Lorenz Reißl mit einem Ausstoß von 300 000 Ziegeln im Jahr nur vier Gehilfen fest beschäftigte¹⁰¹. Zusammenfassend kann man also sagen, daß sich die Gewerbestruktur des Marktes Neumarkt an der Rott zu Beginn des 20. Jahrhunderts in einer Zeit des Übergangs befand, daß also auch hier der Umbruch bereits eingesetzt hatte, aber noch nicht endgültig vollzogen war. Wie die Beispiele Eggenfeldens¹⁰², Nandlstadts¹⁰³, Schwabmünchens¹⁰⁴ und Wurmansquicks¹⁰⁵ zeigen, hatte Neumarkt an der Rott damit keinen Sonderweg beschritten, sondern die übliche Entwicklung durchlaufen - freilich mit den zu erwartenden, örtlich bedingten Eigenheiten. Auch für Neumarkt an der Rott brachten erst die Jahre nach 1945 den Abschluß dieser Entwicklung, als die Ansiedlung kleinerer und mittlerer Industrie-

betriebe im Ort selber und in den umliegenden größeren Städten zwar alteingesessene Handwerkszweige verdrängte, dafür aber neue, am Bedarf der Industrie ausgerichtete Berufe entstehen ließ¹⁰⁶.

Geblichen ist hingegen die hohe Zahl der Händler und kleinen Kaufleute, deren Läden weiterhin rund um den Marktplatz liegen.

War die Handwerkerschaft Neumarkts zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch durch eine Vielzahl verschiedener Berufe und Berufsgruppen gekennzeichnet, so bedeutet das nicht, daß alle Inhaber eines Gewerbe-rechtes auch von der Ausübung ihres angestammten Berufes leben konnten. Im Gegenteil; nach den Bemerkungen des Gewerbesteuerkatasters von 1814 war die Wirtschaftskraft Neumarkts zu dieser Zeit so geschwächt, daß die meisten Gewerbe unter erheblichem Auftragsmangel litten und viele von ihnen in ihrer Existenz ernsthaft bedroht waren. So heißt es nicht nur bei den Bortenmachern, Goldschmieden, Hafnern, Knopfmachern, Schlossern, Schneidern, Schreibern, Sieblern, Spenglern, Tuchmachern, Tuschcherern, Uhrmachern, Wagnern, Webern und Zinn-gießern "liegt fast ganz darnieder", "ist ganz unbedeutend", "hat sehr selten Arbeit" oder gar "betreibt das Gewerbe in der Regel nicht mehr", vielmehr wird auch bei den Bäckern, Krämern, Wirten und sogar bei den Bierbauern mit Schankerlaubnis von starken Geschäftseinbußen berichtet.

Als Ursachen für diese Entwicklung führt Bürgermeister Ignaz Kaje-, tan Schätz im April 1808 drei Ereignisse an, die zeitlich fast zusammenfielen und dem Markt deshalb jede Chance nahmen, sich nach den einzelnen Niederschlägen wirtschaftlich wieder zu erholen:

"Von der Zeit an, als das nahe am hiesigen Markt liegende Kloster St. Veit, von welchem unsere bürgerlichen Familien lebten, an das königlich-baierische Damenstift übergegangen, und das Landgericht von hier nach Mühldorf verlegt worden, ist unser Markt so gewerbelos, daß er einer Einöde gleicht.

Mangel an Arbeit und Verdienst, besonders aber der noch dazu gekommene letzte Krieg, und die darauf gefolgtten lang anhaltenden kostspieligen französischen Standquartiere verdoppelten unser

Elend so, daß schon die Hälfte von der Bürgerschaft bereits in größter Dürftigkeit lebt, und falls nicht Unterstützung eintritt, die andere Hälfte der ersten unmittelbar bald folgen wird, und muß".¹⁰⁷

Hatten die Handwerker und Händler Neumarkts mit der Aufhebung der Benediktinerabtei St. Veit ihren größten Auftraggeber verloren und blieben mit der Auflassung des Landgerichts fortan jene Leute aus, die anlässlich ihrer Behördengänge die Wirtshäuser besucht und sich bei den ortsansässigen Gewerbetreibenden mit den notwendigen Gebrauchs- und Konsumgütern eingedeckt hatten, so forderten vor allem die stets wechselnden Einquartierungen von den Marktbewohnern zusätzliche finanzielle Opfer. Da sich nur aus dieser Zeit umfangreiches Quellenmaterial erhalten hat, seien als Beispiel die Einquartierungen des Winters 1800/1801 genannt¹⁰⁸. Nach der Schlacht von Hohenlinden kam im Dezember 1800 General Bovia mit 6 000 französischen Soldaten ins obere Rottal, um dort für einige Zeit Quartier zu nehmen. Vom Markt Neumarkt verlangte er sogleich eine Brandschatzsumme von 550 Gulden, die der Magistrat auch unverzüglich zahlte, nachdem er diese Summe vorher bei Bürgern und bei der Leprosenhausstiftung aufgenommen hatte. Anschließend bezogen die Soldaten im Kloster St. Veit und bei den Bewohnern des Marktes Quartier. Da die Bevölkerung nicht nur den Wohnraum zur Verfügung stellen mußte, sondern darüberhinaus den französischen Truppen auch ihren bisherigen Schaden zu ersetzen, sie zu kleiden und zu verpflegen hatte, erlitt sie durch diese Einquartierung insgesamt eine Einbuße von 2 984 Gulden 20 Kreuzern. Obwohl die Marktkammer diese Summe anerkannte und die Betroffenen zu entschädigen versprach, war sie wegen ihrer beschränkten Finanzmittel dazu überhaupt nicht in der Lage. Als sie sich deshalb an die Landesdirektion wandte, erhielt sie zur Antwort, daß nicht sie allein die Kriegskosten zu tragen habe, sondern daß sich jeder Bürger nach Vermögen und Besitz daran beteiligen müsse. Nachdem in den Wochen danach der Magistrat und ein eigens dafür eingerichteter Bürgerausschuß festgelegt hatten, mit welcher Summe jeder einzelne an den Kriegs-

lasten zu beteiligen war, nachdem man ferner diese Summe von den tatsächlich erlittenen Verlusten abgezogen und somit den Betrag errechnet hatte, den die Kommunalkasse jedem Geschädigten zurück-erstatte mußte, zog sich die Auszahlung dieses Restbetrages über Jahre hin¹⁰⁹, so daß inzwischen neue Belastungen die alten Forderungen überlagerten und noch übertrafen.

Nachdem also die Gewerbetreibenden des Marktes Neumarkt an der Rott weniger aus eigenem Verschulden als vielmehr durch die politischen Entscheidungen der Münchner Regierung zu Beginn des 19. Jahrhunderts die meisten ihrer Käufer und Auftraggeber verloren hatten, blieben ihnen nur noch die Jahrmärkte als letzte Möglichkeit, ihre Waren einem größeren Kreis von Kunden anzubieten. Von alters her bildeten die Privilegien für die Abhaltung von Märkten neben den Vorrechten im Gewerbewesen, der niederen Gerichtsbarkeit und der kommunalen Selbstverwaltung die wichtigste Differenzierung zwischen Dorf und Markt¹¹⁰. Je nach Warenangebot unterschied man dabei Wochen-, Jahr-, Vieh- und Getreidemärkte. Der Wochenmarkt war seiner ursprünglichen Form nach im wesentlichen ein Viktualienmarkt, auf dem die Bauern der unmittelbaren Umgebung ihre landwirtschaftlichen Produkte feilboten. Da jedoch ein großer Teil der Einwohnerschaft aller kleineren Städte und Märkte einen eigenen Garten, ein Schwein oder zumindest Geflügel besaß und daher nicht auf den Kauf der bäuerlichen Erzeugnisse am Markttag angewiesen war, fristeten die Wochenmärkte ein kümmerliches Dasein oder gingen in der wirtschaftlichen Freiheit des 19. Jahrhunderts ganz ein. Bei den Jahrmärkten setzte sich das Warenangebot hingegen aus sämtlichen Produkten des Handwerks zusammen, so daß hier neben Stoffen, Kleidern, Lederwaren und Schuhen auch Töpfe, Gläser und Werkzeug angeboten wurden, während die Lebzelter, Bäcker und Metzger für die Bewirtung sorgten. Die Käufer kamen fast ausschließlich aus der Landbevölkerung, wobei der Einzugsbereich der Jahrmärkte stets ein großes Gebiet umfaßte. Da die Landbevölkerung nicht nur die Jahrmärkte eines, sondern mehrerer Orte besuchte, achtete man sorgfältig darauf, bei benachbarten Orten Überschneidungen der Jahrmarktszeiten zu vermeiden. Für die Bewohner des Marktes waren

die Jahrmärkte weniger eine Einkaufs- als eine Verkaufsgelegenheit. Arbeiteten sie gewöhnlich nur auf Bestellung, so gab ihnen der Andrang von Käufern auf dem Jahrmarkt die Chance, mehrmals im Jahr auch für den Verkauf zu produzieren, ihre Waren auszustellen und in Konkurrenz mit den anderen zu veräußern. Jahrmarktstag war freilich nicht nur Einkaufstag. Jahrmarktstag war vielmehr verbunden mit Wirtshausbesuch, Tanz und anderen "Lustbarkeiten", so daß auch die Brauer und Wirte auf ihre Kosten kamen. Insgesamt versprach also ein Jahrmarkt sowohl den Käufern als auch den Verkäufern Vorteile - den Käufern, weil sie ein reichhaltiges Angebot vorfanden und die Konkurrenz das Geschäft belebte, den Verkäufern, weil die große Zahl der Besucher einen guten Absatz garantierte.

Das Recht, Viehmärkte abzuhalten, besaßen in Altbayern im 19. Jahrhundert rund die Hälfte aller Märkte. Das Einzugsgebiet der Viehmärkte war noch weiter als jenes der Jahrmärkte und ging vielfach sogar über die Landgerichtsgrenzen hinaus. Bei den Viehmärkten trafen sich die kaufinteressierte und verkaufswillige Landbevölkerung im Markttort, so daß an diesen Tagen überdurchschnittlich viele Leute in die Märkte kamen. Da die Bauern und Händler den Markttag zu Besorgungen und Einkäufen nutzten, zogen die Gewerbetreibenden ebenfalls aus den Viehmärkten erheblichen Gewinn.

In Neumarkt an der Rott ging mit der Verlegung des Landgerichts nach Mühldorf zunächst die Zahl der Jahrmarktsbesucher um mehr als die Hälfte zurück. Um die allgemeine Wirtschaftslage wieder zu verbessern, wandte sich am 1. April 1808 Bürgermeister Ignaz Kajetan Schätz im Namen der Marktgemeinde mit der Bitte an die Landesdirektion, neben den bereits bestehenden fünf Jahrmärkten an Mittfasten, am Sonntag nach Georg, am Dreieinigkeitssonntag, am Sonntag nach Matthäus und am Sonntag vor Katharina noch jeweils einen Jahrmarkt am Sonntag nach Lichtmeß und am Stephanstag abhalten zu dürfen¹¹¹. Da Neumarkt bisher kein Recht dazu besaß, bat er gleichzeitig noch um die Erlaubnis zur Abhaltung von Pferdemarkten an den jeweiligen Jahrmarkts-terminen und von allgemeinen Viehmärkten an den darauffolgenden Tagen. Nachdem weder Mühldorf und Kraiburg, noch Vilsbiburg, Eggenfelden und

Neuötting Widerspruch dagegen einlegten, genehmigte die Landesdirektion am 26. September 1809 beide Gesuche. 1824 ist dann zwar nur noch von den fünf traditionellen Jahrmärkten die Rede, doch begleiteten sie dafür die Viehmärkte das ganze 19. Jahrhundert hindurch¹¹². Zunächst verbesserte sich freilich durch die Abhaltung von Märkten die Wirtschaftslage Neumarkts nicht wesentlich, denn noch 1831 zeichnet das Landgericht Mühldorf in einem Schreiben an die Regierung des Isarkreises ein unverändert düsteres Bild vom Erwerbsleben der Neumarkter Bevölkerung¹¹³.

Der wirtschaftliche Niedergang Neumarkts zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte sich zwar auf alle Gewerbe ausgewirkt und ganz allgemein zu einem Rückgang der Einkünfte geführt, doch änderte er im Prinzip nichts an den erheblichen Einkommensunterschieden innerhalb der Handwerkerschaft. Da die Landgerichte bei der Einstufung in eine bestimmte Steuerklasse diese Differenzierung berücksichtigten, stellt der Steuersatz, der den Gewerbesteuerkatastern zu entnehmen ist, eine wichtige Quelle für die Klassifizierung der einzelnen Gewerbe dar. Obgleich innerhalb der einzelnen Gewerbearten mitunter erhebliche Schwankungen auftreten konnten¹¹⁴, kann man dennoch klar drei Gruppen unterscheiden.

Mit dem höchsten Steuersatz von mehr als sechs Gulden bildeten der Melber, alle Bäcker und Brauer, die drei größeren Metzger und ein Kramer die führende Schicht, wobei die Brauer nach ihrem Umsatzrückgang keinesfalls den ersten Platz einnahmen. Die zweite Gruppe, die zwischen zwei und sechs Gulden Steuern entrichten mußte, setzte sich zusammen aus den übrigen Krämern und Metzgern, den Wirten ohne Brauereien, den Badern, Bindern, Seilern, Schmieden, Schreibern, Wagnern und Weißgerbern, dem Goldschmied, Glaser, Hutmacher, Kaminkehrer, Kürschner, Koch, Lebzelter, Maler, Riemer, Seifensieder, Wasenmeister, Zimmerer und Zinngießer sowie jeweils zwei Schneidern, Schustern und Tuchmachern. Am wenigsten Steuer zahlten schließlich die Inhaber jener Gewerbe, die entweder überbesetzt (Schneider, Schuster, Tuchmacher, Weber) oder zu sehr spezialisiert waren (Bortmacher, Knopfmacher, Schlosser, Spengler, Siebler, Uhrmacher etc.),

um genügend Aufträge zu erhalten. Die eben vorgenommene Unterteilung nach dem Steueraufkommen und somit nach den Einkommensverhältnissen bedeutet eine soziale Klassifizierung der gewerbetreibenden Einwohnerschaft. Wie die Grundsteuernkataster von 1810/14 und 1856 zeigen, äußert sich dies auch in einer mehr oder weniger günstigen Wohnlage rund um den Marktplatz¹¹⁵ und, wie anschließend noch zu zeigen ist, in einem verschieden großen Anteil am Grundbesitz.

2. Die Besitzverhältnisse

a) Die Besitzverteilung

Wie bereits dargelegt, wurde das Territorium der Gemeinde Neumarkt an der Rott 1818 fast ausschließlich aus jenen Gütern gebildet, die sich im Besitz der Einwohner oder der öffentlichen Institutionen des Marktes befanden und niedgerichtlich der Marktkammer unterstanden, während all jene Gebiete, die zwar ebenfalls den Marktbewohnern gehörten, niedgerichtlich aber unter die Zuständigkeit des Staates, der Kirche oder eines Adeligen fielen, den umliegenden Gemeinden angegliedert wurden. Um Verzerrungen zu vermeiden und die tatsächlichen Besitz- und somit auch Herrschaftsverhältnisse aufzeigen zu können, darf sich die Darstellung der Grundbesitzverteilung deshalb nicht auf den schmalen Gemeindesprengel Neumarkts beschränken, sondern muß auch jene Besitzungen miteinbeziehen, die außerhalb der Marktgrenzen lagen. Dazu ein Beispiel: 1856 besaß der Bierbrauer und Wirt Joseph Dürhamer auf Neumarkter Gemeindeterritorium neben dem Brauhaus lediglich sein Wohnhaus mit Garten, Wirtsstube, Stadel und Stallungen im Umfang von 0,73 Tagwerk¹¹⁶. Er hielt damit zwar bereits mehr Grundbesitz in Händen als der Durchschnitt seiner Mitbewohner, doch begründet sich seine hervorgehobene Stellung innerhalb des Gemeinwesens in erster Linie auf den Besitz jener 64,04 Tagwerk, die er auf Wolfsberger Territorium innehatte¹¹⁷. Wenn Mauerer also bemerkt, daß die Gemarkung der Märkte vielfach kleiner als die von Dörfern der Umgebung, die Bevölkerungszahl jedoch wesentlich höher war, daß ferner der ausmärkische Besitz im allgemeinen nur geringen Umfang annahm und eine Ausnahme blieb, die Mehrzahl der Familien aber Anteil an der Gemarkung hatte "und somit die durchschnittliche Besitzgröße in den Märkten nur einen Bruchteil im Vergleich mit den bäuerlichen Betrieben des jeweiligen ländlichen Einzugsgebiets" betrug¹¹⁸, so ist dem im Prinzip durchaus zuzustimmen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß man die Ausnahmen völlig mißachtet und die auswärtigen Besitzungen einfach unterschlägt. Zumindest was den Markt Neumarkt an der Rott betrifft, lag ein Großteil jener Güter, die ihre Besitzer

zur führenden Schicht des Ortes erhoben, nicht auf dem Gebiet der eigenen Gemeinde, sondern auf dem der umliegenden Kommunen. Insgesamt gehörten 1856 24 Bewohnern Neumarkts oder 13,17 % aller Grundbesitzer auch Äcker und Wiesen auf den Territorien der Gemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit, Wiesbach und Wolfsberg, wobei der Handelsmann Johann Baptist Finsterwald¹¹⁹ mit 1,79 Tagwerk über den kleinsten und der Bierbrauer Augustin Fruhmann¹²⁰ mit 202,86 Tagwerk über den größten auswärtigen Besitz verfügten.

Obwohl die Zahl der Grundbesitzer von 1815 bis 1856 um 17,42 % und von 1856 bis 1900/1914 nochmals um 57,14 % zunahm, änderte sich dadurch die Grundstruktur der Besitzverhältnisse nur unwesentlich: Verfügten zu Beginn des 19. Jahrhunderts 81,29 % der besteuerten Hauseigentümer über weniger als 0,5 Tagwerk, so waren es um die Jahrhundertmitte 80,77 % und kurz vor dem Ersten Weltkrieg sogar 82,85 %. Dieses Festhalten an dem Grundcharakteristikum, daß wenige viel und viele wenig besaßen, bedeutet jedoch nicht, daß überhaupt keine Veränderungen stattgefunden hätten. Im Gegenteil; je stärker man die einzelnen Besitzschichten voneinander abgrenzt und in sich differenziert, um so deutlicher treten Unterschiede hervor, die mitunter erhebliches Ausmaß annehmen konnten.

Tabelle 22: Die Grundbesitzverteilung der Bewohner des Marktes Neumarkt an der Rott 1815, 1856 und 1900/14¹²¹.

Tagwerk	Zahl			%		
	1815	1856	1900/14	1815	1856	1900/14
bis 0,05	49	73	120	31,61	40,11	41,95
0,06 - 0,10	35	36	61	22,59	19,78	21,33
0,11 - 0,49	42	38	56	27,11	20,88	19,57
0,50 - 0,99	7	5	11	4,51	2,74	3,85
1,00 - 4,99	7	9	18	4,51	4,95	6,30
5,00 - 9,99	6	3	5	3,86	1,65	1,75
10,00 - 24,99	3	8	7	1,93	4,40	2,45
25,00 - 49,99	3	5	5	1,93	2,74	1,75
50,00 - 99,99	1	2	3	0,65	1,10	1,05
über 100,00	2	3	-	1,30	1,65	-
Summe	155	182	286	100,00	100,00	100,00

Am auffälligsten ist wohl die konstante Zunahme der Anwesen unter 0,06 Tagwerk, denn sie betrug von 1815 bis 1856 48,98 % und bis an den Anfang des 20. Jahrhunderts sogar 144,90 %. Und damit hatten die Kleinstgrundbesitzer ihren Anteil am Gesamtbesitz im Verlauf des 19. Jahrhunderts um rund ein Drittel erhöht. 1856 setzte sich diese Schicht dann zusammen aus 34 Tagelöhnern, dreizehn Maurern, vier Schustern, jeweils drei Zimmerern und Kleinhändlern, zwei Metzgern und jeweils einem Drechsler, Lumpensammler, Spengler, Buchbinder, Goldarbeiter, Seiler, Siebmacher, Zinngießer, Wegmacher, Weißgerber, Schmied, Glaser und Weber. Ähnlich aufgebaut war die Berufsstruktur der übrigen kleineren Grundbesitzer mit einem Eigentum zwischen 0,06 und 5,0 Tagwerk, nur nahm hier mit Zunahme der Fläche der Anteil der Tagelöhner zugunsten der Kleingewerbetreibenden kontinuierlich ab. Bei den mittleren Anwesen, die zwischen 5,0 und 25,0 Tagwerk umfaßten und deren Anteil von 1815 bis 1900/1914 von 5,79 auf 4,20 % zurückging, wurden hingegen 1856 als Besitzer jeweils zwei Metzger, Bauern und Wirte sowie ein Bäcker, Bote, Kaminkehrer, Maurermeister, Nagelschmied und Söldner genannt. Ebenfalls rückläufig war der Anteil der Großgrundbesitzer, und zwar sank er von 3,88 % im Jahr 1815 auf 2,80 % in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Größter Grundbesitzer des Marktes Neumarkt an der Rott war 1856 der Bierbrauer Augustin Fruhmann mit einem Gesamteigentum von 209,48 Tagwerk¹²², gefolgt von dem Posthalter, Wirt und Bierbrauer Felix Raechl mit 145,95 Tagwerk¹²³. Insgesamt nahmen von den zehn Großgrundbesitzern die ersten fünf Plätze nur Bierbrauer ein, erst dann kamen der Reihenfolge nach ein Wirt, Metzger, Melber, nochmals ein Wirt und schließlich ein Handelsmann.

Wenn überhaupt möglich, betrieb jeder Hausbesitzer zusätzlich zu seinem angestammten Beruf auch einen landwirtschaftlichen Nebenbetrieb. Fehlte im Grundsteuerkataster von 1856 bei etwa der Hälfte aller Anwesen unter 0,06 Tagwerk sogar der für die Kleinhäusler so charakteristische Hausgarten, so werden erstmals bei den Besitzungen um 0,2 Tagwerk auch Stallungen genannt. Wie groß nun ein Besitz sein mußte, um seinem Inhaber nicht nur die Haltung eines Schweines, son-

dern sogar die Anschaffung einer Kuh zu erlauben, geht aus den Quellenangaben nicht eindeutig hervor. Als kleinstes Anwesen mit einem Kuhstall wird jedenfalls das Häusl des verstorbenen Koches Joseph Attenberger aufgeführt, das 0,37 Tagwerk umschloß¹²⁴.

Da weitere Belege dieser Art fehlen, dürfte dies freilich eher die Ausnahme gewesen sein.

Zusammenfassend können wir also sagen, daß Beruf und Besitz in einem direkten Verhältnis zueinander standen. Denn jene Gewerbetreibenden, die 1814 die geringste Steuer entrichteten, besaßen dann zusammen mit den ebenfalls ziemlich mittellosen Tagelöhnern das ganze 19. Jahrhundert hindurch auch die kleineren und kleinsten Anwesen, während mit dem Melber, den Bierbauern, Metzgern und Wirten die höchstbesteuerte Berufsgruppe über den größten Grundbesitz verfügte. Einzige Ausnahmen waren dabei die Bäcker, die trotz hoher Gewerbesteuer nur zu den mittleren Grundbesitzern gehörten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts brach diese Grundstruktur freilich bereits langsam auf, denn nun bezahlte mit Maximilian Goetz ein Apotheker die höchste Gewerbesteuer, der nicht einmal 1 Tagwerk Grund und Boden besaß¹²⁵. Nehmen wir den Grundbesitz und die Gewerbesteuer als Ausgangspunkt, so ist zweitens festzuhalten, daß im Gegensatz zu Kiebingen, wo Utz Jeggle in einer beispielhaften Untersuchung eine Abnahme der Unterschichten und eine leichte Zunahme der beiden oberen Klassen auf Grund von Auswanderungen und verstärkter Landflucht der Armen konstatiert¹²⁶, in Neumarkt an der Rott die beiden oberen Schichten leicht rückläufig waren und die unterste Gruppe geringfügig zunahm.

Maurer, der für die Märkte Altomünster, Holzkirchen, Kaltenbrunn, Nittenau und Rottenburg zu ähnlichen Ergebnissen kommt¹²⁷, schreibt in seiner Zusammenfassung: "je höher die Einnahmen aus dem gewerblichen Betrieb und je höher die soziale Stellung eines Bürgers, desto größer war in der Regel sein Grundbesitz"¹²⁸. Dies ist zwar von der Beobachtung her richtig, doch stimmt die Reihenfolge nicht. In einer Zeit, in der Besitz die Basis war, die zum Menschen gehörte, leitet sich die soziale Stellung des Bürgers gerade aus der Verfügung über Grund und Boden ab - nicht umgekehrt. Da, wie eben darge-

stellt, Besitz und Qualität des Gewerbes nahtlos ineinander übergingen, prägten im 19. Jahrhundert die Bierbrauer, Bäcker, größeren Kaufleute und Händler, Metzger und Wirte das Gemeinwesen, stellten also Bürgermeister, Gemeindeausschußmitglieder und Armenpflegschaftsräte.

b) Das Herbergswesen

Mit dem Herbergswesen hat sich bisher am ausführlichsten Wolfgang Dölker befaßt, als er am Beispiel der Münchner Vorstadt der Au zur Entstehung, Begriff, Wesen und Rechtsstellung der Herbergen zu klären suchte¹²⁹. Nach seinen Ausführungen wurden im süddeutschen Raum mit Herbergen nicht ganze Gebäude bezeichnet, sondern lediglich einzelne Stockwerke, Wohnungen oder Zimmer, die jeweils als besonders ausgeschiedenes Eigentum besessen werden konnten. Herbergshäuser waren somit Behausungen, in denen mehrere Anteilseigner eine Wohnung besaßen, die nur in einer einzigen Stube, mehreren Zimmern oder einem ganzen Geschoß bestehen konnten¹³⁰. Nach außen hin wurde die innere Aufteilung dadurch sichtbar, daß zu den einzelnen Wohnungen in der Regel auch eigene Eingänge oder Aufgangstreppe führten. Während nun Dölker hauptsächlich von den Rechtsquellen ausgeht und danach Ausschau hält, wo auch an anderen Orten Bayerns das Herbergswesen Eingang in die Rechtsbücher gefunden hat, wird im folgenden nicht nach Rechtsstatuten gesucht, sondern von der oben angeführten Definition ausgehend das einschlägige Quellenmaterial nach den Formen der Besitzaufsplitterung abgeklopft. Und dabei stellt sich dann sehr rasch heraus, daß das Herbergswesen nicht nur in München und Umgebung, in Nürnberg, Regensburg, Kempten, Salzburg und Würzburg vorkam, sondern sehr wohl auch auf dem flachen Land verbreitet war¹³¹. Nur schlug es sich hier nicht in eigens aufgestellten Rechtssatzungen nieder.

1762 lebten in Neumarkt an der Rott insgesamt 36 Tagelöhner mit ihren Familien, von denen genau ein Drittel ein eigenes Häusl besaß, zwei Drittel wohnten hingegen als sogenannte "Inwohner" bei anderen

Leuten zur Miete¹³². Zwölf Jahre später waren es zwei Tagwerker weniger, doch verfügten von ihnen sechzehn oder 47 % über ein eigenes Anwesen. Es bestand freilich bei einem Viertel aller Besetzungen nur aus der Hälfte eines Wohnhauses¹³³. Nach Hanns Platzer sind nun bei jenen Tagelöhnern, die kein Haus und kein Grundstück in Händen hielten, zwei Gruppen zu unterscheiden¹³⁴. Die eine Gruppe wohnte ohne irgendwelche weiteren Ansprüche oder Verpflichtungen lediglich zur Miete, wofür sie am Jahresende den entsprechenden Zins entrichten mußte. Die andere hatte hingegen ein gewisses Besitzrecht an dem bewohnten Haus inne, mußte dafür aber ihre Arbeitskraft in erster Linie dem Vermieter zur Verfügung stellen. In der Praxis sah dies dann so aus, daß Bauern den bei ihnen beschäftigten Tagelöhnern eine Wohnung oder ein Häusl mit einem mehr oder weniger großen Stück Land gegen geringen Mietzins überließen und sich die Tagwerker im Gegenzug verpflichteten, vorrangig auf den Höfen dieser Bauern zu arbeiten, und zwar für weniger als den ortsüblichen Lohn. Der auf diese Weise von einem Bauern aufgenommene Tagwerker blieb gewöhnlich lebenslang in der einmal bezogenen Wohnstatt, so daß sich hier ein strafferes Besitzrecht ausbilden konnte. Da in Neumarkt an der Rott die Inwohner fast ausschließlich bei kleinen Gewerbetreibenden oder sogar Tagwerkern untergebracht waren, diese Leute aber selber um jede Beschäftigungsmöglichkeit froh sein mußten, haben wir es hier ohne Zweifel mit der ersten Gruppe zu tun.

Vergleichen wir nun die Angaben aus dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts mit einer Aufstellung über die Erwerbsquellen der Bewohner des Marktes aus dem Jahr 1852¹³⁵ und dem Grundsteuerkataster von 1856¹³⁶, so können wir festhalten, daß in der Zwischenzeit bei den Besitzverhältnissen der Tagelöhner ein grundlegender Wandel eingetreten war: Hatten 1762 und 1774 über die Hälfte von ihnen noch zur Miete gewohnt, so lebten 1852 von jenen 27,70 % der Bevölkerung, die sich ausschließlich vom Taglohn ernährten, 97,17 % auf eigenem Grund und Boden. Nach dem vier Jahre später erstellten Kataster waren dies insgesamt 44 Familien, von denen jedoch nur 23 ein ganzes Haus bewohnten. Die restlichen 21 mußten sich hingegen mit einer Stock-

werkshälfte zufriedengeben.

Wesentlich ausgeprägter als im Markt Neumarkt, wo sie nahezu ausschließlich im südlich vorgelagerten Tagwerkerviertel der "Loh" vor- kam, war diese Form des geteilten Wohneigentums allerdings im Patri- monialgericht Adlstein anzutreffen, wobei die einschichtigen Güter auszuklammern sind. Außer dem Schloßgut der Familie Klessing und den immer noch daran angeschlossenen Gebäuden Baumburgs, standen hier 1815 nämlich zehn Wohnhäuser¹³⁷ mit insgesamt neunzehn verschiedenen Besitzern. Und somit waren also zu Beginn des 19. Jahrhunderts fünf Wohngebäude eigentumsmäßig nicht aufgeteilt, während vier Anwesen jeweils zwei Familien gehörten und eins sogar sechs verschiedene Be- sitzer aufwies.

Tabelle 23: Die Besitzverhältnisse im Patrimonialgericht Adlstein von 1815 bis 1900/14, ohne das Schloßgut und die einschichtigen Güter (in Tgw.)¹³⁸.

Hausname 1815/1856	Hausnr. 1856	1815	1856	1900/14
halbes Kustlhäusl	25 a	0,050	0,050	0,050
halbes Kustlhäusl	25 b	0,050	0,050	0,050
halbes Alberthäusl	26 a	0,020	0,015	0,015
halbes Alberthäusl	26 b	0,020	0,015	0,015
halbes Schloßweberhäusl	27 a	0,30	0,030	0,030
Viertel Schloßweberhäusl	27 b	0,020	0,010	0,010
Viertel Schloßweberhäusl	27 c	-	0,010	0,010
Viertel Berndlhäusl	28 a	0,020	0,010	0,010
halbes Berndlhäusl	28 b	0,020	0,020	0,020
Viertel Berndlhäusl	28 c	-	0,010	0,010
ganzes Zimmererhäusl	29	0,020	0,020	0,020
ganzes Kreutzerhäusl	30	0,020	0,020	0,020
ganzes Falterhäusl	31	0,020	0,020	0,100
Sechstel Langhäusl	32 a	0,015	0,015	0,015
Sechstel Langhäusl	32 b	0,015	0,015	0,015
Sechstel Langhäusl	32 c	0,010	0,010	0,020
Sechstel Langhäusl	32 d	0,010	0,010	-
Sechstel Langhäusl	32 e	0,015	0,015	0,030
Sechstel Langhäusl	32 f	0,015	0,015	-
ganzes Zimmererwastlhäusl	33	0,060	0,070	0,070
ganzes Grabenhäusl	34	0,140	0,050	0,050
Viertel Baumburgschloßl	35 a	0,290	0,260	0,260
Viertel Baumburgschloßl	35 b	-	0,010	0,010
Viertel Baumburgschloßl	35 c	-	0,010	0,010
Viertel Baumburgschloßl	35 d	-	0,010	0,010
ganzes Zehentstadelhäusl	36	-	0,030	0,030
	36 1/2	-	-	5,538

Diese Art der Besitzaufsplitterung setzte sich dann auch noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fort, da nun nicht nur der erste Stock des Schlößlweberhäusls und das Erdgeschoß des Berndlhäusls geteilt wurden, sondern darüberhinaus auch die Familie Klessing den kleineren Teil des ehemaligen Baumburgschlößls für die Errichtung von drei neuen Wohnungen zur Verfügung stellte. Die Wohnung im Zehentstadelhäusl ging freilich nicht auf eine Besitzaufteilung, sondern auf den Umbau des früheren Getreidestadls in ein Wohngebäude zurück. In der zweiten Jahrhunderthälfte kam diese Entwicklung zum Stillstand. Denn nun wurde zwar ein neues Anwesen mit insgesamt 5,538 Tagwerk Grund und Boden errichtet, doch dafür war man beim Langhäusl erstmals dazu übergegangen, einzelne Stockwerke oder Gebäudehälften wieder zusammenzufassen, um dadurch etwas mehr Wohnraum zu gewinnen. Nach dem Grundsteuerkataster von 1856 umfaßten die Herbergen im Durchschnitt lediglich 0,017 Tagwerk, so daß sich auf diesem schmalen Besitz mindestens Wohnstube und Küche, Kammer und Holzlege drängten. Je nach Lage der Wohnung kamen dann noch Hausfletz, Stiege, Dachboden und Eingang zum Teil oder in vollem Umfang dazu.

Da für Adlstein keine Briefprotokolle erhalten sind und andere aussagekräftige Quellen darüber auch schweigen, kann heute nicht mehr eindeutig geklärt werden, ob es auch in Adlstein besondere Vorschriften für den Verkauf der Herbergen gegeben hat¹³⁹. Vergleicht man jedoch an Hand der Kataster die Art und Häufigkeit ihrer Besitzerwechsel mit jener der Leerhäusl in Neumarkt, Sta Veit, Teising und Grafring, so fällt kein grundlegender Unterschied auf. Wie diese Anwesen, wechselten auch die Adlsteiner Herbergen in der ersten Jahrhunderthälfte im Durchschnitt nur zwei- bis dreimal den Besitzer,¹⁴⁰ so daß mit sechs Übergaben innerhalb von 21 Jahren nicht eine Herberge, sondern das ungeteilte Falterhäusl die meisten Änderungen aufwies¹⁴⁰. Damit dürfte jedoch erwiesen sein, daß die Herbergen nur sekundär als Kapitalanlage dienten, die sich im Notfall in bares Geld umsetzen ließ. Vielmehr war mit ihrem Kauf stets in erster Linie die Absicht verbunden, durch den Erwerb von Grundbesitz die Voraussetzungen für die Ansässigmachung und Heirat zu schaffen.

Insgesamt kann man feststellen, daß die Ortschaft Adlstein das ganze 19. Jahrhundert hindurch stark überbevölkert war, daß also auf Grund ständiger Besitzaufteilungen immer mehr Leute zuzogen, die dann auf engstem Raum nebeneinander hausten. Die stärkste Gruppe innerhalb der Adlsteiner Bevölkerung bildeten stets die Tagwerker. Besaß nach dem Kataster von 1814 überhaupt kein Bewohner eine Gewerbeberechtigung¹⁴¹, so wurden in der Jahrhundertmitte bei den Hausbesitzern neben der Familie Klessing siebzehn Tagwerker, fünf Maurer und vier Zimmerleute genannt¹⁴². Da jedoch nicht nur der unmittelbar angrenzende Markt, sondern auch die umliegenden Ortschaften vor allem mit Tagwerkern, Maurern und Zimmerern überbesetzt waren, bot sich diesen Leuten kaum eine Verdienstmöglichkeit, so daß die Mehrzahl der Bewohner Adlsteins völlig verarmte. Die Folge war, daß diese Leute ihre Zuflucht im Bettel suchten, im übrigen aber nach der Gemeindebildung des Jahres 1818 von den restlichen Bewohnern Wolfsbergs unterhalten werden mußten.

Verantwortlich für diese Entwicklung war vor allem die Familie Klessing, die in überaus großzügiger Weise in ihrem Herrschaftsgebiet Ansässigmachungen und Verehelichungen gewährte. Als sie 1759 den Sitz Adlstein und Baumburg kaufte¹⁴³, saßen dort nur vier Tagwerker, ein Scheidmacher, ein Zimmermann und ein Weber auf jeweils einem Leerhäusl, während von den sechs Inwohnern fünf auf den Gutsbesitzungen der Herrschaft wohnten und lediglich einer bei dem Tagwerker Johannes Aigner untergebracht war¹⁴⁴. Da auch die Dachsbürgische Konskription von 1781 diese Zahlen in etwa bestätigt¹⁴⁵ und der Häuser- und Rustikalsteuerkataster von 1810 erstmals die Besitzaufsplitterung auf breiter Basis dokumentiert¹⁴⁶, muß die starke Zunahme der Bevölkerung in der Zeit um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert geschehen sein. Um die Einnahmen aus den Verbriefungen zu steigern und um die Erträge aus der Gutsherrschaft langfristig zu erhöhen, erteilte die Familie Klessing offensichtlich jedem die Ansässigmachung und Verehelichung, der den Besitz einer Herrberge nachweisen konnte und die anfallenden Gebühren ordnungsgemäß entrichtete - und zwar ohne sich darum zu kümmern, ob die Neuansied-

ler überhaupt das Nötigste zum Leben hatten. So war Pfarrer Cölestin Krempelsetzer 1831 durchaus im Recht, daß er in seinem Bericht über die sozialen Verhältnisse in Adlstein dem Landgericht gegenüber hauptsächlich die Familie Klessing für die bedrückenden Zustände verantwortlich machte¹⁴⁷.

Ganz ähnlich der Hofmark Haidhausen¹⁴⁸ und der Au¹⁴⁹, wo sich jene Minderbemittelten niederlassen durften, die in München keine Zuzugsbewilligung erhalten hatten, kamen also zuerst im Sitz und dann im Patrimonialgericht Adlstein vielfach jene Leute unter, die weder im benachbarten Markt noch in den umliegenden Dörfern und Hofmarken das Niederlassungsrecht erhielten. Während man in Neumarkt jedoch zumindest bei den Tagwerkerhäusln die Ausbildung des Stockwerkeigentums duldete und somit auch eine Zunahme der Bevölkerung in Kauf nahm, müssen neben den Sitzinhabern Teisings und Grafings auch die Hofmarksherren in Eggkofen und St. Veit diese Entwicklung von vornherein abgeblockt haben, da die Kataster für diese Ortschaften immer nur einen Besitzer für jeweils ein Wohngebäude nennen. Dabei zeigt gerade das Beispiel St. Veits, daß außer den Wirtschaftsstrukturen eines Ortes oder seiner unmittelbaren Umgebung auch die Herrschaftsverhältnisse eine bedeutende Rolle spielten. Obwohl St. Veit ebenfalls unmittelbar vor den Toren des Marktes lag und somit auch hier eine Siedlung hätte entstehen können, deren Bewohner in erster Linie in Neumarkt Arbeit suchten, erhielten hier nur jene das Niederlassungsrecht, die auch tatsächlich auf dem herrschaftlichen Gut beschäftigt werden konnten. Da für diese Tagwerker und Gewerbetreibenden die bereits bestehenden Häusln ausreichten und weder die Benediktinerpatres noch die Verwaltung des Damenstiftes an der Aufnahme zusätzlicher Familien interessiert waren, wurden in der Ortschaft St. Veit keine Wohngebäude aufgeteilt und verschiedenen Besitzern übertragen.

III. Die Bevölkerungsbewegung

- 1) Die Bevölkerungsentwicklung im Überblick
- a) Das Bevölkerungswachstum im Spiegel der Zahlen

Zu den wichtigsten Vorgängen der europäischen Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts gehört der rasche, im Vergleich zu früheren Zeiten sogar sprunghafte Anstieg der Bevölkerung, der freilich bereits mit dem ausgehenden 18. Jahrhundert einsetzt¹⁵⁰. Allein auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches wuchs die Bevölkerung zwischen 1816 und 1910 von 24,8 Millionen auf 64,9 Millionen, was einer Steigerung von insgesamt 161 % oder einer jährlichen Zuwachsrate von etwas mehr als 1,7 % entsprach. Mit 93 % lag dabei das Königreich Bayern zwar deutlich vor Württemberg (72 %), aber ebenso deutlich hinter Sachsen (302 %), Preußen (285 %) und Baden (113 %)¹⁵¹. Große regionale Unterschiede gab es freilich nicht nur zwischen den einzelnen Bundesstaaten, sondern mindestens ebenso ausgeprägt auch innerhalb der bayerischen Landesgrenzen. Stieg die Gesamtbevölkerung Bayerns von 1840 bis 1910 jährlich um 0,81 %, so lagen dabei Oberbayern mit 1,75 %, Mittelfranken mit 1,18 % und die Pfalz mit 0,88 % über dem Landesdurchschnitt, Schwaben mit 0,67 %, Niederbayern mit 0,54 %, Oberfranken mit 0,50 %, die Oberpfalz mit 0,48 % und Unterfranken mit 0,31 % dagegen darunter¹⁵². Schon diese wenigen Beispiele zeigen recht anschaulich, daß die Bevölkerung zwar überall wuchs, aufgrund erheblicher Unterschiede im einzelnen die Durchschnittszahlen allein jedoch nicht sehr viel besagen. Schließlich hing es nicht zuletzt vom Ausmaß und der Schnelligkeit des Bevölkerungsanstiegs in einer Stadt oder in einer Region ab, wie groß die Veränderungen der demographischen Situation dort ausfielen und wie stark sich dadurch die zentralen Daseinsbereiche der Einwohnerschaft den neuen Gegebenheiten jeweils anpassen mußten.

Da mit Ausnahme Neumarkts für die politischen Gemeinden des oberen Rottals aussagekräftiges Quellenmaterial erst ab 1840 vorliegt, müssen wir bei der Betrachtung des Bevölkerungswachstums auch auf

die Entwicklung in den Pfarreien näher eingehen, denn nur bei ihnen läßt sich mit Hilfe des Schematismus für das Erzbistum München und Freising die Zahl der Einwohnerschaft bis 1916 lückenlos zurückverfolgen. So wuchs in den 1815 aus dem Seelsorgegebiet der ehemaligen Benediktinerabtei St. Veit gebildeten Pfarreien die Bevölkerung zwischen 1818 und 1910 in St. Veit um 67,56 %¹⁵³ und in Hörbering um 7,95 %¹⁵⁴. Dies entsprach in St. Veit einer Steigerung von jährlich 0,73 % und in Hörbering von 0,09 %. Der Markt Neumarkt an der Rott besaß 1817 879¹⁵⁵ und 1910 1588¹⁵⁶ Einwohner, so daß hier der Zuwachs insgesamt 80,66 % oder jährlich 0,86 % betrug. Lag man damit bereits weit hinter dem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum des übrigen Deutschland zurück, so zählten auch speziell die Jahre vor 1840 nicht zu den Zeiten mit den höchsten Zuwachsraten. Im Gegenteil; betrug der jährliche Anstieg der Bevölkerung zwischen 1818 und 1840 in der Pfarrei St. Veit nur 0,36 %¹⁵⁷ und in Neumarkt lediglich 0,12 %¹⁵⁸, so ging die Einwohnerschaft in der Pfarrei Hörbering in diesem Zeitraum sogar um 0,15 %¹⁵⁹ pro Jahr zurück.

Von den Gemeinden, die heute zur Stadt Neumarkt St. Veit zusammengeschlossen sind, stieg von 1840 bis 1910 die Bevölkerung Neumarkts am stärksten und die Hörberings am schwächsten. Dazwischen lagen der Reihenfolge nach Wolfsberg, Wiesbach, St. Veit, Feichten und Elsenbach.

Tabelle 24: Die Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, Neumarkt an der Rott, St. Veit, Wiesbach und Wolfsberg zwischen 1840 und 1910¹⁶⁰

Gemeinde	Bevölkerungszahl		Jährliche Zuwachsrate in %			
	1840	1910	1840-1871	1871-1890	1890-1910	1840-1910
Elsenbach	224	298	- 0,07	2,28	0,36	0,47
Feichten	274	365	0,39	0,85	0,32	0,47
Hörbering	476	579	0,15	1,41	0,06	0,31
Neumarkt/R.	901	1 588	0,97	3,11	0,11	1,09
St. Veit	247	370	0,64	2,20	0,08	0,71
Wiesbach	255	395	0,43	1,25	0,61	0,73
Wolfsberg	378	574	0,26	2,73	0,45	0,74

Wie im gesamten Gebiet des späteren Deutschen Reichs, wuchs auch die Bevölkerung des oberen Rottals in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht kontinuierlich von Jahr zu Jahr, vielmehr gab es auch hier Zeiten mit starkem Bevölkerungsanstieg und Phasen mit verminderter Bevölkerungszunahme, ja sogar Jahre mit leichtem Bevölkerungsrückgang. Obgleich sowohl zwischen den einzelnen umliegenden Landgemeinden als auch zwischen ihnen und der Marktgemeinde Neumarkt Unterschiede auftreten, sind insgesamt dennoch deutlich drei Stufen des Bevölkerungswachstums zu erkennen. Den ersten Abschnitt bilden die Jahre zwischen 1840 und 1871, in denen nur die Einwohnerschaft Elsenbachs um rund 2 % sank, die Bevölkerung Feichtens, Hörberings, St. Veits, Wiesbachs und Wolfsbergs hingegen mäßig und die Neumarkts sogar erheblich stieg. Das stärkste Bevölkerungswachstum ist dann für die Zeit von 1871 bis 1880 zu verzeichnen, als binnen zehn Jahren jede Gemeinde zwischen 15 und 30 % wuchs. Die dritte Stufe, die wiederum eher durch bedächtigen Bevölkerungsanstieg gekennzeichnet ist und in ihrer letzten Phase mit den Jahren der Hochindustrialisierung und des Wirtschaftsaufschwungs seit 1890 zusammenfällt, zeigt am Beispiel Neumarkts, daß nicht nur die fast ausschließlich agrarisch strukturierten Landgemeinden, sondern auch die kleinen Märkte des flachen Landes trotz verbesserter Wirtschaftsverhältnisse nur eine begrenzte Aufnahmefähigkeit besaßen. Von der Industrialisierung nur indirekt betroffen und weitab von den wirtschaftlichen, politischen und verwaltungsmäßigen Zentren des Landes lebte die Bevölkerung dieser Orte auch im ausgehenden 19. Jahrhundert vorwiegend vom Kleingewerbe und von der Landwirtschaft. Da diese beiden Produktionssektoren jedoch nur in einem bestimmten Rahmen erweitert werden konnten, waren dem Bevölkerungszuwachs von vornherein gewisse Grenzen gesteckt. In Neumarkt war jener Sättigungsgrad, der einen weiteren sprunghaften Anstieg des Bevölkerungswachstums nicht mehr zuließ, 1880 erreicht, als innerhalb von nur fünf Jahren die Einwohnerschaft um fast ein Viertel gewachsen war und nun gegenüber 1840 bereits um 70,52 % zugenommen hatte. Was in den Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges folgte, war deshalb nur noch ein Halten oder Bewahren des bisher Erreichten: Anfangs, bis 1885, ging

die Bevölkerungszahl um 10,67 % zurück, kletterte dann jedoch innerhalb von zehn Jahren wieder auf den Stand von 1880, um anschließend noch einmal um 3,45 % zuzulegen. Insgesamt war die Bevölkerung Neumarkts somit von 1840 bis 1910 um rund drei Viertel gestiegen - ein Anstieg der zwar deutlich über dem der umliegenden Bauerngemeinden lag, aber ebenso deutlich unter dem der vergleichbaren Orte Eggenfelden¹⁶¹, Mühldorf¹⁶², Pfarrkirchen¹⁶³ und Vilsbiburg¹⁶⁴. Mit der Ansiedlung erster Industriebetriebe und dem verstärkten Ausbau staatlicher Behörden erwiesen sich diese Märkte und Städte weitaus entwicklungsfähiger als Neumarkt.

b) Die Ursachen des Bevölkerungswachstums

Da Eingemeindungen und Umpfarrungen größeren Ausmaßes nicht stattfanden, bleiben als Ursachen für den Anstieg der Bevölkerung das natürliche Wachstum und das Wachstum durch Wanderung. Weil aber sowohl für die Auswanderung über die Grenzen Bayerns hinaus als auch für die Einwanderung aus außerbayerischen Territorien aussagekräftige Quellen fehlen, weil ferner die innerbayerische Zu- und Abwanderung ebenfalls nicht eindeutig belegt ist, kann für das obere Rottal keine exakte Wanderungsbilanz erstellt werden. So ist zum Beispiel von der sogenannten "rechtlichen Auswanderung" - dies sind die Auswanderungen, die bei den kommunalen oder staatlichen Behörden eigens beantragt und von diesen ausdrücklich genehmigt werden mußten¹⁶⁵ - nur überliefert, daß 1844/45 ein Mann zwischen sechzehn und vierzig Jahren vom Landgericht Neumarkt in einen nichtbayerischen Bundesstaat überwechselte¹⁶⁶. Eingewandert sind hingegen 1850/51 ein erwachsener Mann in den Sprengel des Neumarkter Landgerichts¹⁶⁷, 1871 der Rittmeister Ferdinand Lugscheider aus Simmering bei Wien in Ampfing¹⁶⁸ und 1906 der Waldmeister Richard Righi aus Südtirol in Wolfsberg¹⁶⁹.

Um nun überhaupt Einblick in die räumliche Wanderbewegung zu erhalten und wenigstens Tendenzen aufzeigen zu können, wird im folgenden versucht, anhand der Eintragungen in den Heirats- und Sterbebüchern Ortswechsel aufzuspüren. Ergänzen wir also die spärlichen Mitteilungen aus den Akten der staatlichen Behörden mit den Aussagen der Heiratsmatrikel der Pfarrei St. Veit und den Heirats- und Sterbebüchern der Standesämter Elsenbach, Feichten, Hörbering, Neumarkt St. Veit, Wiesbach und Wolfsberg¹⁷⁰, so ergibt sich daraus zwingend, daß die Einwanderung aus außerbayerischen Gebieten praktisch keine und die aus weiter entfernt liegenden bayerischen Gemeinden nur geringe Bedeutung für das Bevölkerungswachstum des oberen Rottals hatten. Andererseits belegen diese Quellen aber ebenso eindeutig, daß zwischen den einzelnen Gemeinden rege Wanderbewegung herrschte. So wechselten zum Beispiel bei einer Heirat stets rund 40 % aller Eheschließenden den Wohn- oder Aufenthaltsort, und zwischen 1876 und 1885 starben nur etwa zwei Drittel aller Erwachsenen auch in der Gemeinde, in der sie einst geboren wurden. Im einzelnen waren dies in Elsenbach 22,22 % der Verstorbenen, in Feichten 37,50%, in Hörbering 33,34 %, in Neumarkt 44,98 %, in St. Veit 30,56 %, in Wiesbach 31,40 % und in Wolfsberg 12,82 %. Da die durch Heirats- oder Sterbematrikel überlieferten Ortswechsel in rund 90 % aller Fälle zwischen diesen Gemeinden oder den unmittelbar angrenzenden Kommunen Schönberg, Lohkirchen, Niederbergkirchen, Oberhofen, Nieder-
taufkirchen, Roßbach, Massing, Thambach, Eggkofen, Bodenkirchen, Salmannskirchen, Oberbergkirchen, Gumattenkirchen, Irl, Zangberg, Wurmsham und Stephanskirchen stattfanden, da außerdem auf dem Gebiet des späteren Landkreises Mühldorf nur die Stadt Mühldorf und der Markt Neumarkt und nicht einmal die Märkte Buchbach und Kraiburg überdurchschnittlich wuchsen¹⁷¹, lief diese Wanderbewegung nicht in einer Richtung ab. Vielmehr fand hier stets ein Bevölkerungsaustausch statt, bei dem die einzelnen Gemeinden weder allzu hohe Verluste noch umfangreiche Gewinne erzielten. Auf Grund der besseren Arbeitsbedingungen waren somit nur Mühldorf und Neumarkt in der Lage, zumindest einen Teil des Bevölkerungsüberschusses aus den umliegenden Dörfern

und Weilern aufzufangen. Wie bereits gezeigt, war dies freilich nicht unbegrenzt möglich. Wenn also die Bevölkerungszunahme nicht aus Eingemeindungen und nicht aus Umpfarrungen und nur zu einem sehr geringen Teil aus Wanderungsgewinn hervorging, dann mußte sie hauptsächlich auf natürliches Wachstum zurückgehen.

Das natürliche Wachstum der Bevölkerung resultiert aus der Differenz zwischen den Geburten und den Sterbefällen einer Periode. Worauf dieser Geburtenüberschuß nun im einzelnen zurückzuführen ist, ob er von einer Steigerung der Geburten oder vom Absinken der Todesfälle verursacht wurde, dies gilt es am jeweiligen Einzelfall zu klären. Für den Markt Neumarkt an der Rott und sein unmittelbares Umland dienen als Quellen für das ganze 19. Jahrhundert die lückenlos erhaltenen Geburts- und Sterbematrikel der Pfarrei St. Veit, da die Bücher der Standesämter erst am 1. Januar 1876 einsetzen. Weil aber Pfarr- und Gemeindebücher verschiedene Territorien abdecken und somit für einen direkten Vergleich nicht geeignet sind, wurde auf ein späteres Umschwenken von den Pfarr- auf die Gemeindematrikel verzichtet.

Tabelle 25: Geburtenziffer, Sterbeziffer und Geburtenüberschuß in der Pfarrei St. Veit von 1820 bis 1918 (in Promille)

Jahre	Geburtenziffer	Sterbeziffer	Geburtenüberschuß
1820 - 1829	39,78	34,76	5,02
1830 - 1839	34,08	32,51	1,57
1840 - 1849	32,78	32,61	0,17
1850 - 1859	37,08	36,30	0,78
1860 - 1869	38,90	35,86	3,04
1870 - 1879	47,67	41,30	6,37
1880 - 1889	43,61	36,48	7,13
1890 - 1899	41,15	34,85	6,30
1900 - 1914	43,29	30,34	12,95
1915 - 1918	27,63	27,72	- 0,09

Nach einer ungewöhnlich hohen Zahl von jährlich 39,8 Geburten pro Tausend Bewohner in den 1820er Jahren sank die Zahl der Geburten bis auf 23,7 im Jahr 1848, um dann in einer längeren Anlaufphase so zu steigen, daß 1869 mit 41,1 Geburten pro Tausend das Ausgangsniveau klar übertroffen wurde. Insgesamt lag die Pfarrei St. Veit in den beiden ersten Dritteln des 19. Jahrhunderts etwas über dem Landesdurchschnitt: Zählte man hier von 1826 bis 1840 im Jahr 33,8 und von 1841 bis 1865 34,2 Geburten pro Tausend¹⁷², so waren es in St. Veit sogar 35,5 beziehungsweise 34,8. Wie in ganz Bayern¹⁷³ und im übrigen Deutschen Reich¹⁷⁴, verzeichnete die Geburtenhäufigkeit auch in der Pfarrei St. Veit mit durchschnittlich 47,7 Neugeborenen pro Tausend Bewohner in den siebziger Jahren ihren Höchststand, wobei das Jahr 1875 mit 60,7 Geburten das absolute Maximum markierte. Im Gegensatz zur Entwicklung im Deutschen Reich, wo die Geburtenziffer im letzten Jahrhundertdrittel kontinuierlich sank und es 1914 dann nur noch 26,8 Geburten pro Tausend gab, blieb sie in St. Veit auch nach 1880 stets auf ungewöhnlich hohem Niveau. Mit deutlich mehr als 42 Geburten pro Tausend und einem Spitzenwert von 46,1 Geburten in den Jahren zwischen 1900 und 1910 lag man damit sogar erheblich über den Werten Gesamtbayerns, wo zu dieser Zeit nur durchschnittlich etwas mehr als 37 Neugeborene im Jahr auf Tausend Einwohner kamen¹⁷⁵. In den Kriegsjahren von 1915 bis 1918 sank die Geburtenziffer freilich um über ein Drittel, so daß in dieser Zeit die St. Veiter Matrikel nur noch 27,63 Geburten pro Tausend Pfarrangehörige registrieren.

Noch deutlicher wird der Anstieg der Geburtenhäufigkeit, allerdings, wenn man die Zahl der Geburten nicht an der ständig wachsenden Bevölkerung mißt, sondern absolut setzt und ihre Entwicklung über die Jahre hinweg verfolgt. Wurden in der Pfarrei St. Veit zwischen 1817 und 1829 noch 76 Kinder pro Jahr geboren, so sank diese Zahl in den vierziger Jahren auf 65 ab, um dann innerhalb von zwanzig Jahren um über ein Drittel zu wachsen. In den siebziger Jahren, also in den Jahren mit der höchsten Geburtenziffer und dem größten Bevölkerungswachstum, kamen im Durchschnitt zwar bereits 121 Menschen

im Jahr zur Welt, doch war damit der Anstieg der reinen Geburtenzahlen noch nicht gebremst. Nachdem die Zahl der Neugeborenen in der Folgezeit kurzfristig gefallen, seit den neunziger Jahren aber wieder kräftig gestiegen war, erreichte die absolute Geburtenzahl ihren Höchststand erst in der Zeit zwischen 1900 und 1914, als durchschnittlich 140 Kinder pro Jahr geboren wurden. Wegen der Geburtenausfälle während des Ersten Weltkrieges fielen die Zahlen in den folgenden vier Jahren freilich noch einmal in etwa auf das Niveau der 1860er Jahre zurück.

Hinsichtlich der Sterblichkeit traten trotz des Ausbleibens der großen Seuchen im 19. Jahrhundert noch keine wesentlichen Veränderungen auf. Je nachdem, welche Jahre oder Perioden man auswählt, kann man zwar mehr oder weniger starke Schwankungen konstatieren, doch blieben im Endeffekt dramatische Entwicklungen aus. Verzeichnen die Matrikel der Pfarrei St. Veit für die zwanziger Jahre jährlich 34,8 Verstorbene pro Tausend der Bevölkerung, so waren es nach dem Rückgang in den dreißiger und vierziger Jahren, dem darauffolgenden Wiederaufstieg und dem Höhepunkt in den Jahren zwischen 1870 und 1880 unmittelbar vor der Jahrhundertwende fast exakt wieder die gleichen Werte. War die Sterblichkeit also bereits seit den 1880er Jahren rückläufig gewesen, so setzte sich diese Entwicklung mit Beginn des 20. Jahrhunderts verstärkt fort, denn nun sank die Sterbeziffer bis 1914 auf durchschnittlich 30,4 Gestorbene pro Tausend im Jahr. Obwohl im Ersten Weltkrieg 89 Pfarrangehörige fielen - dies waren 19,65 % aller Verstorbenen oder 42,35 % aller verstorbenen Erwachsenen - , sank die Kurve auch in den Jahren von 1914 bis 1918 um weitere 9,64 % auf 27,7 Sterbefälle pro Tausend Einwohner. Alles in allem lag die Sterblichkeit in der Pfarrei St. Veit das ganze 19. Jahrhundert hindurch deutlich über dem Landesdurchschnitt. Betrug die Sterblichkeit im gesamten Bayern zwischen 1827 und 1845 im Jahresdurchschnitt 27,7 pro Tausend und von 1846 bis 1865 28,0¹⁷⁶, so waren es in St. Veit 31,4 beziehungsweise 34,3 pro Tausend. Im letzten Jahrhundertdrittel standen schließlich den jährlich 29,8 Verstorbenen pro Tausend im Landesdurchschnitt¹⁷⁷ 36,3 in St. Veit gegenüber.

Beim Vergleich zwischen Geburten- und Sterbeziffern fällt als erstes auf, daß sich beide Kurven nicht unabhängig voneinander entwickelten, sondern trotz unterschiedlicher Höhe und Intensität in den Grundzügen parallel verliefen. Auf den ersten Blick erscheint dieser Zusammenhang zwischen Geburten und Sterbefällen zwar überraschend, doch gibt es dafür eine recht einfache Erklärung: Da, wie später noch genauer zu zeigen sein wird, stets zwischen einem Drittel und der Hälfte aller Neugeborenen bereits im ersten Lebensjahr starben, bildet die gleichbleibend hohe Säuglingssterblichkeit das Verbindungsglied zwischen beiden Quoten. Weil sich aber gleichzeitig auch die Alterssterblichkeit in ihrem Grundmuster nicht veränderte, mußte die Zunahme der Geburten zwangsläufig einen Anstieg der Sterbefälle bewirken - und umgekehrt. Nur so ist also zu erklären, daß die Geburten- und Sterbeziffern in den dreißiger und vierziger Jahren ihren niedrigsten und in den siebziger Jahren ihren höchsten Stand immer zur selben Zeit erreichten.

Da vor 1870 die Geburtenrate in der Pfarrei St. Veit nur knapp über dem Landesdurchschnitt lag, die Sterberate jedoch erheblich darüber, war hier der Geburtenüberschuß in diesen Jahren stets wesentlich niedriger als im gesamten Bayern. Betrug die natürliche Wachstumsrate in Bayern zwischen 1826 und 1840 jährlich im Durchschnitt 6,1 und zwischen 1841 und 1865 6,2 pro Tausend der Bevölkerung, so waren es in St. Veit nur 2,4 beziehungsweise 1,6. Im einzelnen traten freilich auch in den Jahren von 1820 bis 1870 erhebliche Schwankungen auf. Nachdem in den 1820er Jahren noch ein Geburtenüberschuß von durchschnittlich jährlich fünf Geburten pro Tausend der Bevölkerung geherrscht hatten, wechselten, nach einer kurzen Phase des Übergangs, in den Jahren zwischen 1835/36 und 1855/56 Überschujahre und Defizitjahre regelmäßig ab, so daß zu dieser Zeit von einem natürlichen Wachstum praktisch nichts zu spüren war. Als jedoch seit Ende der fünfziger Jahre bei nur leicht zunehmender Sterbequote die Geburtenzahlen kräftig anstiegen und die Defizitjahre demgemäß immer seltener wurden, nahm auch der Geburtenüberschuß wieder ganz allmählich zu. Trotz wiederholter, meist durch Epidemien ausgelöster Schwankungen¹⁷⁸ betrug das natürliche Wachstum

sodann zwischen 1870 und 1900 jährlich 6,6 Geburten pro Tausend Pfarrangehörige im Durchschnitt. Mit 13,0 Geburten wurde der höchste Überschuß freilich erst zwischen 1900 und 1914 erreicht, denn nun war neben dem Anstieg der Geburtenhäufigkeit erstmals auch ein starkes Absinken der Mortalität zu verzeichnen. Erst als beide Faktoren zusammenwirkten, verdoppelte sich die natürliche Wachstumsquote binnen weniger Jahre.

Vergleichen wir abschließend noch die Entwicklung des Geburtenüberschusses mit jener des Bevölkerungswachstums, so sind trotz aller Schwankungen in etwa zwei gleiche Kurven zu erkennen. Dies bedeutet aber, daß die Bevölkerungszunahme des 19. Jahrhunderts in der Pfarrei St. Veit in erster Linie auf natürliches Wachstum zurückging. Dazu zwei Beispiele. Erstens: Bei einer Gesamtzahl von rund 2 000 Pfarrangehörigen in den vierziger Jahren bedeutete die natürliche Wachstumsquote von 0,17 Geburten pro Tausend im Jahr einen Überschuß von 3,4 Geburten in zehn Jahren. Da Zu- oder Auswanderungen größeren Ausmaßes offensichtlich ausblieben, konnte mit diesen bescheidenen Zahlen des natürlichen Wachstums keine erkennbare Bevölkerungsvermehrung eintreten, so daß sowohl 1840 als auch 1850 jeweils 1 996 Pfarrangehörige gezählt wurden¹⁷⁹. Zweitens: Bei einer Zahl von 2 357 Pfarrgliedern im Jahr 1870¹⁸⁰ und von 3 096 im Jahr 1900¹⁸¹ erbrachte der Überschuß von durchschnittlich 6,6 Geburten pro Tausend einen jährlichen Zuwachs von etwa 15 bis 21 Geburten. Wenn wir auf Grund der in etwa gleichbleibenden Überschußquote einen Mittelwert von achtzehn Geburten annehmen, so mußte die Gesamtbevölkerung im letzten Jahrhundertdrittel auf Grund des natürlichen Wachstums um 540 Personen steigen. Tatsächlich nahm die Pfarrei jedoch um 739 Angehörige zu, so daß rund drei Viertel der Bevölkerungsvermehrung auf Geburtenüberschuß zurückzuführen sind. Das letzte Viertel stammte aus der Zuwanderung in den Markt Neumarkt, da nur diese Gemeinde überdurchschnittlichen Zuwachs verzeichnete, indem sie auch über die Maßen Angehörige aus umliegenden Pfarreien aufnahm.

2) Aspekte der Bevölkerungsentwicklung

a) Alters-, Kinder- und Säuglingssterblichkeit

Da sich auch im oberen Rottal die Wohnverhältnisse, die Ernährungslage, die persönliche Hygiene und die medizinische Betreuung das ganze 19. Jahrhundert hindurch nicht wesentlich besserten¹⁸², hielten die Sterbeziffern, wie bereits ausführlich dargelegt, stets ein überdurchschnittlich hohes Niveau. Demgemäß blieb auch die Lebenserwartung konstant niedrig: In der ersten Jahrhunderthälfte lag sie bei 30,5 Jahren, sank dann zwischen 1850 und 1875 auf 28,4 Jahre, um dann im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts den absoluten Tiefstand von 27,7 Jahren zu erreichen. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges kehrte sich dann die Entwicklung wieder um, und die durchschnittliche Lebenserwartung kletterte auf die bisherige Höchstmarke von 33,4 Jahren. Während also im Deutschen Reich zwischen 1871/80 und 1910 die Lebenserwartung der Frauen von 38,5 auf 50,7 und die der Männer von 35,6 auf 47,7 Jahre stieg¹⁸³, änderte sich in der Pfarrei im Grunde genommen nicht viel, denn hier betrug die Lebenserwartung 1871 29,3 und 1910 33,0 Jahre.

Verhindert wurde das Absinken der Sterbeziffern und der Anstieg der Lebenserwartung vor allem dadurch, daß weder das Sterbealter der Erwachsenen gehoben noch die Kinder- und Säuglingssterblichkeit entscheidend gedrückt werden konnten. Für diejenigen aber, die das zwölfte Lebensjahr vollendet und nach den St. Weiter Quellen von nun an zu den erwerbsfähigen Erwachsenen zählten, lag die Lebenserwartung das ganze 19. Jahrhundert hindurch bei 60,2 Jahren, wobei zwischen den Männern mit einer Lebensspanne von 60,0 Jahren und den Frauen von 60,4 Jahren kein wesentlicher Unterschied bestand. Je nachdem, welche Periode oder welchen Zeitraum man gerade auswählt, sind zwar leichte Schwankungen zu erkennen, doch war die Sterblichkeit bei den einzelnen Altersgruppen insgesamt ziemlich konstant. Bei den Erwachsenen dominierte mit 50 bis 60 % aller Sterbefälle stets die Gruppe der Sechzig- bis Achtzigjährigen, gefolgt von den Fünfzig- bis Sechzigjährigen mit 15 bis 20 %, den Achtzig- bis Neunzigjährigen

mit 10 bis 15 % und den Vierzig- bis Fünfzigjährigen mit 6 bis 10 %, während die Dreizehn- bis Vierzigjährigen zusammen lediglich zwischen 10 und 15 % erreichten.

Arthur E. Imhof war nun einer der ersten, der in seinem anregenden "historischen Essay" über "Die gewonnenen Jahre" darauf hingewiesen hat, daß bei der Darstellung der durchschnittlichen Lebensspanne die Unterscheidung zwischen Alters- und Kindersterblichkeit oft unterschlagen wird und somit ein etwas verzerrtes Bild der Wirklichkeit entsteht, wenn von einer erheblichen oder gar außerordentlichen Zunahme der Lebenserwartung während der letzten hundert Jahre gesprochen wird. Da Imhofs Argumentation einen bisher vernachlässigten Aspekt der Bevölkerungsgeschichte aufgreift und diesen noch dazu recht eindringlich formuliert, soll die entsprechende Passage im Wortlaut wiedergegeben werden:

"So paradox es für manchen Leser klingen mag: an sich hat die Lebenserwartung des Menschen während der letzten Jahrhunderte nicht oder doch nur unwesentlich zugenommen. Gemeint ist damit jene Spanne, die dem menschlichen Organismus von der Natur zugestanden wird. Sie dürfte nach wie vor bei rund hundert Jahren liegen. Allerdings hatten bislang relativ wenige Menschen die Möglichkeit, diesen biologisch gegebenen Zeitraum tatsächlich zu Ende zu leben. Vorzeitige "Zwischenfälle" führten meistens zu einem Tod in wesentlich jüngerem Alter. Verhältnismäßig selten handelte es sich hierbei um Gewalteinwirkung, also um Unfälle, Verbrechen oder Kriegshandlungen. Viel häufiger waren es tödlich verlaufene Erkrankungen. Diese "Zwischenfälle" verteilten sich jedoch nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Lebensalter. Bei Säuglingen und Kleinkindern traten sie häufiger auf als etwa bei jüngeren Erwachsenen. Daraus ergab sich, daß die durchschnittliche Lebenserwartung nicht bei der Geburt, sondern beim Eintritt in dieses Erwachsenenalter am größten war.

In diesem Sachverhalt hat sich nun während der vergangenen Jahrhunderte in der Tat ein grundlegender Wandel vollzogen. Da die "Zwischenfälle" im Säuglings- und Kleinkindesalter weitestgehend eliminiert werden konnten, hat die Lebenserwartung bei der Geburt die größte Zunahme erfahren".¹⁸⁴

Kehren wir nach diesem kurzen Ausblick auf die großen Entwicklungslinien der Bevölkerungsgeschichte wieder zur Demographie des oberen Rottals zurück und unterscheiden nun bei den Erwachsenen nach dem Beruf und dem sozialen Stand der Verstorbenen, so sind dabei Differenzen zu erkennen, die ohne Zweifel zum geringsten Teil auf verschiedene Wohnverhältnisse, Ernährungslage oder härtere Arbeit zwischen den einzelnen Schichten zurückzuführen sind, sondern in erster Linie auf die verschiedene Lebensart und Haushaltsführung. Zwischen 1840 und 1865 lag die Lebenserwartung der Tagelöhner bei 62,9, der Gewerbetreibenden bei 58,8, der Bauern bei 58,2, der Dienstboten bei 50,7 und der Gesellen bei 34,2 Jahren. Nach den bisher vorgestellten Orts- und Landgerichtsbeschreibungen und den St. Weiter Pfarrmatrikeln ergab sich der Unterschied zwischen der Lebensspanne der Tagelöhner und jener der Gewerbetreibenden und Bauern dadurch, daß die Tagelöhner praktisch keine Kinder im erwerbsfähigen Alter mehr im Haushalt hatten, während vor allem bei den Bauern der potentielle Erbe das Elternhaus nie verließ. Der relativ hohe Anteil der früh verstorbenen Bauernsöhne und Bauerntöchter drückte somit die Lebenserwartung jenes Standes, der wirtschaftlich besser gestellt war als die Tagewerker und Kleingewerbetreibenden und bei dem man eigentlich eine höhere Lebensspanne erwartet hätte. Der Vergleich mit dem Heiratsalter¹⁸⁵ zeigt nun, daß in Neumarkt an der Rott und seiner unmittelbaren Umgebung die Gesellen nicht ihr ganzes Leben lang in dieser Stellung verblieben, sondern diese Jahre in der Regel nur eine Übergangsphase bis zum Erwerb einer Meisterstelle bildeten. Wenn nämlich, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die Sterbebücher keine alten Gesellen erwähnen, und wenn gleichzeitig das durchschnittliche Heiratsalter der Gewerbetreibenden mit 32,7 Jahren nur 1,5 Jahre unter der Lebenserwartung der Gesellen lag, so kann dies nur bedeuten, daß die Gesellen entweder mit Anfang Dreißig eine Meisterstelle erhalten hatten, oder, falls sich ihnen diese Chance nicht bot, diesen Raum wieder verließen. Die trotz einer Vielzahl sehr alter, bedürftiger Knechte und Mägde relativ niedrige Lebenserwartung der Dienstboten hat ihre Ursache in der Haushaltsführung der Tagelöhner und Bauern. Da bei den Tagelöhnern nahezu alle und bei den Bauern viele nachgeborene Söhne nach dem Verlassen des Elternhauses und vor der Über-

nahme eines eigenen Anwesens vor allem als Knechte arbeiteten und die erwerbsfähigen Töchter bis zur Heirat vor allem als Mägde ihren Lebensunterhalt verdienten, bilden die Diensthofen neben den Bauern die größte Gruppe der zwischen dreizehn und vierzig Jahren Verstorbenen.

Bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert unterscheiden die Quellen bei den Todesursachen häufig nicht zwischen Ursachen und Wirkung¹⁸⁶. So wird zum Beispiel mit dem Begriff der "Aus- oder Abzehrung" vor allem in der ersten Jahrhunderthälfte bei den Erwachsenen in der Regel die Erscheinungsform der Lungenschwindsucht beschrieben und bei Darmerkrankungen oft nur lapidar "Durchfall" erwähnt. Wenn wir die Altersschwäche einmal ausklammern, so waren also bei den Erwachsenen Lungenerkrankungen die häufigste Todesursache. Ihnen folgten dann Wassersucht, Gehirnschlag und Brand, während Kindbettfieber und Geschwüre zu den seltensten Krankheiten mit Todesfolge zählten und von den Epidemien nur noch der Typhus vereinzelt auftrat.

Tabelle 26: Die Todesursachen bei den Erwachsenen in der Pfarrei St. Veit von 1816 bis 1880¹⁸⁷.

Todesursachen	1816 - 1850		1851 - 1880	
	Zahl	%	Zahl	%
Altersschwäche	163	15,04	217	19,39
Aus- oder Abzehrung	183	16,90	68	6,08
Brand	91	8,40	10	0,89
Bronchitis	1	0,09	10	0,89
Darmerkrankung	10	0,92	12	1,07
Fieber	12	1,11	11	0,98
Fraisen, Convulsionen, Krämpfe	5	0,46	1	0,09
Gehirnerweichung	12	1,11	11	0,98
Gehirnschlag	108	9,97	116	10,37
Geschwüre, Krebs	4	0,37	14	1,25
Gicht	3	0,28	8	0,72
Herzschlag	4	0,37	22	1,97
Kindbettfieber	7	0,65	6	0,54
Lungenentzündung	26	2,40	48	4,29
Lungenlähmung	35	3,23	47	4,20
Lungenödem	17	1,57	9	0,81
Lungenschwindsucht	86	7,94	179	16,00
Magenerkrankung	11	1,02	21	1,86
Nervenschlag	6	0,55	11	0,98
Typhus	53	4,90	63	5,63
Unfall	13	1,20	17	1,52
Unterleibserkrankung	25	2,31	13	1,16
Wassersucht	183	16,90	158	14,11
Sonstiges	25	2,31	47	4,20
Summe	1 083	100	1 119	100

Zu den markantesten Erscheinungen der natürlichen Bevölkerungsbewegung des 19. Jahrhunderts gehörte auch das große Ausmaß der Kinder- und Säuglingssterblichkeit, wobei Bayern stets zu den Staaten mit den höchsten Werten zählte. Verantwortlich für diese Entwicklung waren Pfarreien wie St. Veit bei Neumarkt an der Rott mit ihren ungewöhnlich hohen Kinder- und Säuglingssterbequoten. In St. Veit starben zum Beispiel nur in den geburtenschwachen vierziger Jahren zahlenmäßig weniger Kinder als Erwachsene - und zwar exakt um 0,1 %. In all den anderen Jahren waren hingegen stets zwischen 50 und 60 % aller Verstorbenen jünger als dreizehn Jahre, so daß sich hier zwischen 1820 und 1900 eine Kinder- und Säuglingssterbequote von durchschnittlich 53,1 % ergab. Und dies änderte sich erst mit Beginn des 20. Jahrhunderts, als die großen medizinischen Fortschritte auch auf dem flachen Land zu greifen begannen, und die Kurve bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf durchschnittlich 44,7 % im Jahr sank. Den höchsten Anteil an der Kindersterblichkeit hatten freilich immer die Säuglinge, da zwischen 1820 und 1900 im Durchschnitt 83,82 % aller verstorbenen Kinder jünger als ein Jahr waren. Mit 79,47 % verzeichneten dabei die sechziger Jahre die niedrigsten, mit 86,64 % die zwanziger Jahre die höchsten Werte.

Tabelle 27: Die Säuglings- und Kindersterblichkeit in der Pfarrei St. Veit von 1820 bis 1914.

Jahre	Sterbequoten			Säuglingssterbeziffer
	Säuglinge	Kinder	insgesamt	
1820 - 1829	43,43	6,70	50,13	35,23
1830 - 1839	43,85	7,47	51,32	43,42
1840 - 1849	41,66	8,24	49,90	40,76
1850 - 1859	42,65	9,37	52,02	42,21
1860 - 1869	46,07	11,90	57,97	43,13
1870 - 1879	45,80	9,37	55,17	40,09
1880 - 1889	44,93	9,96	54,89	36,91
1890 - 1899	42,92	10,37	53,29	37,28
1900 - 1914	38,86	5,79	44,65	27,02

Im Unterschied zur Säuglings- und Kindersterbequote bezieht sich die Säuglingssterbeziffer nicht auf die Gesamtzahl der Verstorbenen, sondern auf die Zahl der Lebendgeborenen: Mit ihr wird also ausgedrückt, wie groß der Prozentsatz jener Lebendgeborenen ist, die bereits im ersten Lebensjahr wieder verstarben. In St. Veit erreichte die Säuglingssterbeziffer ihre niedrigsten Werte schon in den 1820er Jahren, um dann in den folgenden zehn Jahren den Höchststand zu erreichen. Da die Kurve erst wieder in den achtziger Jahren deutlich sank, starben in der Zeit zwischen 1830 und 1880 jährlich im Durchschnitt 41,92 % aller Neugeborenen. Mit diesen Werten lag die Pfarrei St. Veit stets über dem Landesdurchschnitt. Betrug in ganz Bayern die Säuglingssterbeziffer zwischen 1820 und 1850 39,07 %¹⁸⁸ und zwischen 1860 und 1900 29,61 %¹⁸⁹, so erreichte sie in St. Veit zur selben Zeit Werte von 39,80 beziehungsweise von 39,35 %.

Richten wir den Blick bei den verstorbenen Säuglingen nun noch auf den Familienstand der Eltern, so ist deutlich zu erkennen, daß die unehelich Geborenen, die zumeist ärmeren Verhältnissen entstammten, einer überproportionalen Mortalität unterlagen. Während zwischen 1820 und 1900 von den ehelich Geborenen im ersten Lebensjahr durchschnittlich 44,04 % starben, waren es bei den unehelich Geborenen 54,55 %, also fast um ein Viertel mehr. Freilich gab es Jahre und Perioden, in denen sich beide Kurven einander annäherten, doch ändert dies nichts am grundsätzlichen Unterschied.

Tabelle 28: Säuglingssterblichkeit und Familienstand der Eltern in der Pfarrei St. Veit von 1820 bis 1899

Jahre	Von den ehelich Geborenen starben im 1. Lebensjahr (%)	Von den unehelich Geborenen starben im 1. Lebensjahr (%)
1820 - 1829	34,85	55,79
1830 - 1839	45,77	60,00
1840 - 1849	45,19	57,39
1850 - 1859	53,65	56,35
1860 - 1869	53,60	56,91
1870 - 1879	38,76	55,56
1880 - 1889	46,81	42,10
1890 - 1899	33,76	52,36

Hinsichtlich der Ursachen der hohen Kinder- und vor allem Säuglingssterblichkeit gilt hier noch weitaus stärker als bei der Alterssterblichkeit, daß die Quellen häufig nicht zwischen Ursachen und Wirkung unterscheiden. So werden zum Beispiel unter "Fraisien" oder "Convulsionen" alle Krankheiten zusammengefaßt, die sich nach außen hin in krampfartigen oder epileptischen Anfällen äußerten. Davon unabhängig sind freilich zwei Hauptursachen zu erkennen, die überall in Bayern anzutreffen waren. Als erstes sind dabei die beengten Wohnverhältnisse und die unzureichenden hygienischen Einrichtungen in den zum Teil überalteten, kleinen und lichtarmen Häusern zu nennen, wofür die höhere Sterblichkeit bei den unteren Schichten deutlich Zeugnis abgibt. Und deshalb erscheinen auch mit der Loh und mit Adlstein gerade die beiden Orte mit dem ausgeprägtesten Erscheinungsbild der Herbergen überdurchschnittlich oft in den St. Weiter Matrikeln, wenn vom Aufenthaltsort der Eltern der verstorbenen Kinder oder Säuglinge die Rede ist. Für die hohe Säuglingssterblichkeit ist dann zweitens die vorzüglich bei den ärmeren Bevölkerungsschichten auftretende mangelnde Bereitschaft zum Stillen zu erwähnen¹⁹⁰. Welche Motive nun dem Nichtstillen im einzelnen zugrunde lagen und ob in der St. Weiter Gegend durch die bewußte Vernachlässigung der Neugeborenen die Säuglingssterblichkeit in die Höhe getrieben wurde ("Himmeln"), läßt sich auf Grund der fehlenden Hinweise heute nicht mehr genau klären.

Neben dem Stillen wird in der Literatur der Zusammenhang zwischen Säuglingssterblichkeit und Ernährung aus der Tatsache abgeleitet, daß als überwiegende Todesursache bei den Säuglingen Magen- und Darmerkrankungen und deren Folgen erscheinen¹⁹¹. Obwohl die St. Weiter Quellen Magenerkrankungen fast nie als Todesursachen festhalten und auch Darmkatarrh, Darmverschluss, Darmsucht, Darmentzündung und Durchfall nicht als häufigste zum Tod führende Krankheit dokumentieren, dürfte auch in unserem Raum die mangelnde oder falsche Ernährung eine wichtige Rolle gespielt haben. Da nämlich Lungenerkrankungen bei den Kindern sehr selten waren, werden im Gegensatz zu den Erwachsenen mit "Auszehrung" hier nicht die Er-

scheinungsformen der Lungenschwindsucht beschrieben, sondern die körperlichen Gebrechen bei fehlender Nahrungszufuhr oder Verweigerung der Nahrungsaufnahme durch die entsprechenden Organe. Bei den epidemischen Krankheiten waren die Kinder und Säuglinge in erster Linie von Keuchhusten und Diphtherie bedroht, während Scharlach und Masern sehr selten vorkamen.

Tabelle 29: Die Todesursachen bei den Kindern und Säuglingen in der Pfarrei St. Veit von 1816 bis 1880¹⁹².

Todesursachen	1816 - 1850		1851 - 1880	
	Zahl	%	Zahl	%
Aphten	1	0,09	37	2,45
Auszehnung	212	18,60	289	19,15
Brand	123	10,79	5	0,33
Bronchitis	-	-	26	1,72
Darmerkrankung	159	13,95	151	10,01
Diphtherie	29	2,54	119	7,89
Dorrsucht	-	-	75	4,97
Fraisen, Convulsionen, Krämpfe	284	24,91	359	23,80
Gelbsucht	9	0,79	8	0,53
Keuchhusten	52	4,56	69	4,57
Lebererkrankung	10	0,88	37	2,45
Lungenentzündung	19	1,67	25	1,66
Lungenlähmung	1	0,09	7	0,46
Lungenödem	15	1,32	7	0,46
Lungenschwindsucht	-	-	1	0,07
Magenerkrankung	4	0,35	23	1,52
Masern	3	0,26	6	0,40
Scharlach	9	0,78	33	2,19
Schwäche	13	1,14	13	0,86
Totgeburten, Geburtsschäden	159	13,95	174	11,53
Unfall	8	0,70	11	0,73
Zahnen, Zahnfieber	19	1,67	18	1,19
Sonstiges	11	0,96	16	1,06
Summe	1 140	100	1 509	100

b) Heirat, Familie und Unehelichkeit

Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein wurden Ehen nicht aus Zuneigung oder nach freier Partnerwahl geschlossen, sondern in erster Linie aus wirtschaftlichen Überlegungen¹⁹³. Da die Ehe also stets eine ökonomische Funktion besaß, war die Heirat nicht frei, sondern immer durch mehr oder minder starke soziale und rechtliche Zwänge beschränkt. Nachdem bereits das römische Recht Eingriffe in das soziale Fortpflanzungsverhalten gekannt hatte und das Eherecht zunehmend zum Mittel der Bevölkerungspolitik geworden war, hörte mit der Ausbreitung des Christentums die eheliche Gesetzgebung auf, nur Teil der bürgerlichen Rechtsordnung zu sein. Nun übernahm die Kirche das Eherecht: Sie gab der Ehe sakramentale Würde und unterstellte sie der geistlichen Gerichtsbarkeit; und sie regelte fortan Ehebedingungen, Ehehindernisse und Eheaufhebungsgründe. Mit der Glaubensspaltung ging freilich die Einheitlichkeit des kirchlichen Eherechts für immer verloren. Weil die Protestanten die Ehe nicht zu den Sakramenten zählten, entwickelte sich seit dem 16. Jahrhundert ein eigenständiges katholisches und protestantisches Eherecht.

Nachdem schon seit dem 13. und 14. Jahrhundert zumindest theoretisch die staatliche Kompetenz auch im Eherecht begründet war, versuchte die staatliche Ordnung unter dem Eindruck der politischen Entwicklung, die Ehe wieder zum Gegenstand ihrer Gesetzgebung und Teil ihrer Rechtsordnung zu machen. Dabei setzte sich dann zugleich immer mehr der Gedanke durch, daß Staat und Gemeinden die wirtschaftlichen Grundlagen einer Familiengründung zu beurteilen und zu kontrollieren hätten. Während des 17. und 18. Jahrhunderts errichteten demgemäß die Staatsbehörden ständig neue Schranken gegen die Heirat Unbemittelter. Indem sie die Liste der Genehmigungsvorbehalte unablässig erweiterten, schränkten sie die Freiheit der Eheschließung schließlich bis auf ein Minimum ein. In der Hauptsache sollten diese Verehelichungsbeschränkungen verhindern, daß sich Not und Armut weiter ausbreiteten und die öffentlichen Armenkassen durch wachsende Ansprüche überlastet würden. Alles in allem waren also die Maßregeln des 19. Jahrhunderts im 17. und 18. Jahrhundert bereits vorgeformt.

Auch in Bayern bedurften die Armen im ausgehenden 18. Jahrhundert einer obrigkeitlichen Erlaubnis zur Heirat, die von einer sorgfältigen Prüfung der Leumundschaftsverhältnisse und des Nahrungsstandes des Bewerbers sowie von der Zustimmung der beteiligten Gemeinde abhängig gemacht wurde¹⁹⁴. Dabei räumte man im Kurfürstentum Bayern den Gemeinden sogar ein stärkeres Mitspracherecht ein, als es sonst im Reich üblich war. Diese Entwicklung sollte freilich für den weiteren Werdegang des Ehrechts nicht ohne Folgen bleiben.

Zunächst brachte jedoch das beginnende 19. Jahrhundert eine tiefgreifende Reform der bisherigen ehelichen Gesetzgebung¹⁹⁵. Da Maximilian von Montgelas versuchte, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben so weit als möglich der Kontrolle des Staates zu unterwerfen und sämtliche konkurrierenden Gewalten auszuschalten, stärkte er mit der Etablierung eines staatlichen Unterstützungssystems auch im Armenwesen den Einfluß der oberen Behörden. Wenn aber die Gemeinden von nun an nicht mehr für die Armenpflege zuständig waren, dann entfiel auch ein wesentlicher Eckpfeiler in der Begründung ihres Einflusses auf Ansässigmachung und Verehelichung. Folgerichtig hob die Regierung im Juli 1808¹⁹⁶ ältere Heiratsbeschränkungen auf und beseitigte vor allem das Einspruchsrecht der Gemeinden. Fortan erteilten nur noch die staatlichen Polizeibehörden eine Heiratserlaubnis. Verweigert durfte diese Erlaubnis nur dann werden, wenn der Bewerber zur Arbeit oder zur Ehe unfähig war, sich eines Verbrechens schuldig gemacht hatte oder nachweislich einen unstetigen oder gar liederlichen Lebenswandel führte. Als sich jedoch in der Folgezeit herausstellte, daß der Einfluß der Gemeinden nicht wirksam zu beschneiden war, und auch das neu angelegte Armenwesen nicht funktionierte, wurde mit der Rückkehr zur dezentralisierten kommunalen Armenpflege auch den Gemeinden 1816 wieder ein Mitspracherecht bei der Vergabe der Heiratslizenzen eingeräumt. Da von nun an der Armenpflegschaftsrat der Heimatgemeinde des Bewerbers das Gesuch begutachten mußte, war man faktisch wieder zu den Verhältnissen von 1808 zurückgekehrt.

Inzwischen hatte allerdings bereits das Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte eine große Diskussion entfacht, wobei der pessimistischen Annahme von Malthus, die Bevölkerung wachse in geometrischer,

die Nahrungsproduktion jedoch nur in arithmetischer Reihe, besondere Bedeutung zukam. Die eher konservativ gesonnenen Vertreter der alten gebundenen Ordnung sahen in der Bevölkerungszunahme vor allem die Gefahr der "Pöbelerzeugung", der es zu begegnen galt. Für diese Position, die fast ausschließlich die Stimmung in den Kommunen beherrschte, war die Einführung oder das Wiederanknüpfen an Heirats- und Niederlassungsbeschränkungen das geeignete Mittel, die Geburtenrate möglichst niedrig zu halten¹⁹⁷.

Wie bereits gezeigt, wurde das Recht auf Verehelichung bei der Verabschiedung der Gesetzestrias vom 11. September 1825 dann auch an die Ansässigmachung gekoppelt¹⁹⁸. Zur Erinnerung: Für die Ansässigmachung wurde ganz allgemein vorausgesetzt, daß es keine Hindernisse zivilrechtlicher oder gesetzlicher Art gab, daß ein guter Leumund vorhanden war und daß der Nachweis über den vorschriftsmäßigen Schul- und Religionsunterricht erbracht werden konnte. Wies der Bewerber darüber hinaus noch gewisse zusätzliche Rechte vor, dann durfte ihm die Ansässigmachung nicht mehr verweigert werden. Im einzelnen waren dies ein Grundvermögen von 45 Kreuzern Steuersimplum und Schuldenfreiheit in der Höhe, die dem Kapitalbetrag dieser Steuer entsprach, ferner der Besitz eines besteuerten Gewerbes oder der Eintritt in ein öffentliches Amt des Staates, der Kirche oder der Gemeinde mit fester Anstellung; bei einfachem Lohnerwerb durfte die Ansässigmachung nur gestattet werden, wenn eine Prüfung durch die Obrigkeit den gesicherten Nahrungsstand erwies. Wer jedoch die Ansässigmachung erreicht hatte, dem mußte auch die Heiratserlaubnis erteilt werden. Da gegen diese Gesetzestrias alle privilegierten Stände vehement Widerstand erhoben, wurde die Ansässigmachung und somit auch Verehelichung 1834 nochmals erheblich erschwert. Denn nun wurde nicht nur der Steuermindestbetrag erhöht, sondern außerdem den Gemeinden ein absolut hinderndes Widerspruchsrecht gegen die Ansässigmachung von Personen zugestanden, deren Einkommen nur im Lohnerwerb bestand. Ferner durften persönliche Gewerbekonzessionen nur noch nach genauer Prüfung aller in Frage stehenden Gesichtspunkte vergeben werden.

Der Umschwung trat sodann erst am Anfang der sechziger Jahre ein, als die Verordnung vom 21. April 1862¹⁹⁹ über einen freieren und großzügigeren Vollzug der Gewerbeordnung auch die Handhabung der Ansäs-

signmachung lockerte. Einschneidene Veränderungen brachte freilich erst das Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt vom 16. April 1868, das am 1. September 1863 in Kraft trat²⁰⁰. Mit der Abschaffung der Ansässigmachungsverfahren waren zwar noch nicht alle Hindernisse für eine Verehelichung beseitigt, doch war das Einspruchsrecht der staatlichen Behörden nun so stark beschnitten, daß es im Prinzip jedem freistand, sich in einer Gemeinde niederzulassen, dort Gewerbe zu treiben und zu heiraten - und zwar unabhängig von Geschlecht, religiösem Bekenntnis und Vermögensstand.

Der Vergleich im großen, also der Vergleich zwischen Ländern mit hohen Heiratsbeschränkungen und jenen ohne behördliche, herrschaftliche oder kommunale Genehmigung und ohne Nahrungsnachweis, zeigt, daß die Rechnung der konservativ Gesinnten insgesamt aufging: Die entsprechenden Gesetze bewirkten niedrige Heiratsziffern und ein hohes Heiratsalter, so daß trotz eines Anstiegs der Unehelichenquote die Geburtenrate gering gehalten werden konnte²⁰¹. Demgemäß lag auch der Geburtenüberschuß zwischen 1815 und 1855 in Bayern mit durchschnittlich 5,4 % nur halb so hoch wie in Preußen, wo auf Grund der völligen Freigabe der Verehelichung wesentlich mehr Ehen geschlossen wurden²⁰².

Was nun die Pfarrei St. Veit betrifft, so hat hier selbst die verschärfte Gesetzgebung eine Zunahme der Heiraten nicht verhindern, sondern allenfalls begrenzen können. Im Gegensatz zum gesamten rechtsrheinischen Bayern fiel die Heiratsziffer in St. Veit während der Geltungsdauer des revidierten Ansässigmachungsgesetzes nicht ab²⁰³, sondern lag sogar zwischen 1835 und 1862 um rund ein Viertel höher als in den Jahren vor 1834.

Tabelle 30: Heiratsziffer und Heiratsalter (Erstheiraten) in der Pfarrei St. Veit von 1818 bis 1918.

Jahre	Heirats- ziffer	Heiratsalter		
		Männer	Frauen	Insgesamt
1818 - 1824	-	33,28	30,52	31,91
1825 - 1834	6,9	33,25	31,35	32,55
1835 - 1862	3,3	33,68	32,25	32,95
1863 - 1868	9,9	34,65	31,14	32,90
1869 - 1899	8,6	30,76	27,92	29,33
1900 - 1914	7,2	28,74	27,60	28,15
1915 - 1918	4,5	30,67	27,50	29,01

Und dieses höhere Niveau ging nicht nur auf vereinzelte Höchstwerte der fünfziger und beginnenden sechziger Jahre zurück²⁰⁴; vielmehr verzeichnete man hier nach einem kurzzeitigen Absinken der Heiratsziffer zwischen 1835 und 1839 schon in den vierziger Jahren im Durchschnitt jährlich 7,7 Heiraten pro Tausend Pfarrangehörige - und damit um 16,67 % höhere Werte als im gesamten Bayern rechts des Rheins²⁰⁵. Obwohl in St. Veit weder 1868 noch 1869 herausragende Ergebnisse erzielt wurden, verlief die Heiratskurve in unserer Pfarrei und im übrigen Bayern ohne der Pfalz im letzten Jahrhundertdrittel in etwa gleich²⁰⁶. In der Praxis bedeutet dies: Nach einer längeren Anlaufphase während der Liberalisierungsperiode erreichten die Heiratsziffern auch im oberen Rottal unmittelbar nach der Freigabe der Eheschließung ihre absoluten Spitzenwerte, um dann innerhalb kürzester Zeit wieder auf das Niveau der fünfziger und sechziger Jahre zurückzufallen. Die Wende brachte hier das Jahr 1875, als nach dem Maximum von 17,6 Heiraten pro Tausend Pfarrglieder der Sturm auf die eben eingerichteten Standesämter wieder allmählich abzuklingen begann.

Wie die Gegenüberstellung der Jahre vor 1868 und der Zeit danach eindeutig ergibt, garantierten die strengen Heiratsbeschränkungen für die ersten beiden Jahrhundertdrittel in der Pfarrei St. Veit ein gleichbleibend hohes Heiratsalter von 32,58 Jahren²⁰⁷. Nach dem Erlass des Reformgesetzes von 1868 ging das Heiratsalter dann immer mehr zurück: Hatte es zwischen 1860 und 1869 noch 33,01 Jahre betragen, so waren es in den siebziger Jahren 30,07, in den achtziger Jahren 28,77 und in den neunziger Jahren nur noch 27,89 Jahre. Insgesamt betrug die Abnahme somit im letzten Jahrhundertdrittel rund 10 %. In all den Jahren heirateten freilich stets die Frauen etwas früher als die Männer. Die Differenz machte hier von 1818 bis 1868 2,27 und von 1869 bis 1900 2,84 Jahre aus.

Inwieweit sich die staatliche Gesetzgebung nun im Detail auf das Heiratsalter auswirkte, zeigt der Blick auf das Heiratsverhalten der einzelnen Berufsgruppen. Da die Bauern wegen ihres mehr oder minder umfangreichen Grundbesitzes von den Heiratsbeschränkungen im Grunde genommen nicht betroffen waren, sank ihr Heiratsalter von

34,13 Jahren in der Zeit zwischen 1825 und 1834 auf 31,70 Jahre in der Periode von 1835 bis 1868. Demgegenüber stieg das Heiratsalter der Tagelöhner im gleichen Zeitraum von 32,26 auf 35,79 Jahre, weil sie auf Grund des Lohnerwerbs vor der Eheschließung erst den Nachweis des gesicherten Nahrungsstandes erbringen mußten. Bei den Gewerbetreibenden änderte sich hingegen nicht viel: Heirateten sie vor 1834 mit durchschnittlich 32,56 Jahren, so schritten sie ab 1835 mit 32,74 Jahren zum Traualtar.

Am deutlichsten wirkten sich die Heiratsbeschränkungen auf die unehelichen Geburten aus²⁰⁸, die in St. Veit im Revolutionsjahr 1848 mit 49,12 % der Geburtenziffer die absolute Höchstmarke erreichten²⁰⁹. Nehmen wir wiederum das Jahr 1834 als Ausgangspunkt, so sehen wir, daß die staatliche Gesetzgebung hier unmittelbar durchschlug. Wurden nämlich in den fünf Jahren vor der Verschärfung der Ansässigmachung nur 28,26 % der Kinder illegitim geboren, so waren es in den folgenden fünf Jahren 37,20 % - und dies bedeutet eine Steigerung von fast einem Drittel unmittelbar nach dem Erlaß des Gesetzes. Bei der Freigabe der Verhehlchung verlief die Entwicklung freilich wesentlich undramatischer, da der Rückgang der Unehelichenquote bereits Ende der fünfziger Jahre eingesetzt und sich in den 1860er Jahren dann sogar noch verstärkt hatte. Insgesamt stieg der Anteil der illegitim geborenen Kinder an der Geburtenziffer also von 29,27 % in den Jahren zwischen 1825 und 1834 auf 34,04 % in der Zeit von 1835 bis 1860, um dann innerhalb weniger Jahre so zu sinken, daß im letzten Jahrhundertdrittel nur noch ein Durchschnittswert von 16,43 % erreicht wurde. Damit lag St. Veit aber stets über den Durchschnittswerten Gesamtbayerns, denn hier betrug die Unehelichenquote von 1825 bis 1834 19,85 %, zwischen 1835 und 1860 21,09 % und von 1861 bis 1900 15,75 %²¹⁰. Da die Illegitimitätsrate Bayerns jedoch von den niedrigen Werten in der Pfalz²¹¹ deutlich gedrückt wird und somit als Vergleich zur typisch altbayerischen Pfarrgemeinde St. Veit nur bedingt tauglich ist, werden als zusätzliches Beispiel noch die Werte Niederbayerns herangezogen. Und hier erreichte die Unehelichenquote von 1825 bis 1834 25,78 %, zwischen 1835 und 1860 26,49 % und von 1861 bis 1900 19,05 %²¹².

Die rechtliche Ordnung und das damit ursächlich zusammenhängende Heiratsalter sind also stets wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklung der Illegitimitätsraten gewesen. Dennoch hatte das hohe Heiratsalter allein noch keine verstärkte voreheliche Sexualität zur Folge, noch entsprach ihr unmittelbar die Häufigkeit unehelicher Geburten²¹³. Vielmehr ist für den Zusammenhang von hohem Heiratsalter und der Häufigkeit vorehelicher Zeugungen beziehungsweise unehelicher Geburten zusätzlich auch die Einstellung zu den verschiedenen Formen der Einleitung der Ehe entscheidend, also die Frage nach der Einräumung sexueller Rechte zwischen präsumptiven Ehepartnern. Da auch bei einem Scheitern des Eheversprechens die Knechte, Bauern- und Handwerkersöhne auf Grund ihrer geringen Mobilität für die Folgen der Sexualbeziehung leicht haftbar gemacht und die unehelichen Kinder bei dem ständig herrschenden Dienstmangel als billige oder gar kostenlose Arbeitskräfte eingesetzt werden konnten, hatte im oberen Rottal keine rigide Einstellung zur vorehelichen Sexualität geherrscht. So brachten dann auch in der Gemeinde St. Veit rund ein Viertel aller Ehepartner bei der Eheschließung mindestens ein uneheliches Kind mit, so daß im Durchschnitt rund 5 % aller bei verheirateten Eltern aufwachsender Kinder illegitim zur Welt gekommen waren²¹⁴. Noch deutlicher wird die Bereitschaft zum vorehelichen Sexualverkehr, wenn man die Dauer der Ehe bei der Geburt des ersten Kindes errechnet. Nehmen wir als Maßstab acht Monate, so war zum Zeitpunkt der Eheschließung in der Gemeinde St. Veit bereits bei rund einem Fünftel aller Paare ein Kind gezeugt.

Wenn uneheliche Kinder aber nicht durch Heiraten nachträglich legitimiert wurden und überhaupt bei einem ledigen Elternteil verblieben, dann wurden sie fast immer von der Mutter oder deren Familie aufgezogen. Diese Zuordnung der unehelichen Kinder zur Mutter kommt vor allem in der Familiennamensgebung zum Ausdruck, da Namensnennungen nach dem Vater sehr selten waren und eigentlich nur dann vorkamen, wenn das illegitime Kind vorehelich von Paaren gezeugt wurde, die durch Verlobungen bereits fest aneinander gebunden waren und kurz nach der Geburt des Kindes auch tatsächlich heirateten. Wurde aber

ein Kind von einer ledigen Mutter allein aufgezogen, so wurden zuerst zwei Vormünder bestellt und anschließend der Vater zur finanziellen Unterstützung seines illegitim gezeugten Kindes verpflichtet. Wie so ein "Kindsalimentations-Vertrag" in seiner rechtlichen Form aussah, dies zeigt ein Beispiel aus den Teisinger Briefprotokollen vom 21. Mai 1827:

"Lorenz Forsthuber, gebürtig in Aspertsham, bekennt sich als Vater des von Maria Landinger, Kramerstochter von Grafring, am 29. März 1826 gebornen Kindes Anna Maria, und erklärt, daß er der Mutter für die Kindsbettkosten über bereits bezahlte 11 fl 30xr noch weitere 3 fl 30xr entrichten wolle, was zugleich für die Kindsalimentationskosten des ersten Jahres gelten muß.

Für die folgenden, und bis in das volle 12. Jahr, verpflichtet sich derselbe jährlich einen Alimentations-Betrag von 8 fl 30xr für dieses sein Kind bey dem diesseitigen Patrimonialgerichte zu leisten.

Die Zeit dieser Alimentations Erlage soll Ostern sein und von 1828 angefangen werden.

Mit dieser Erklärung ist die Maria Landinger für ihren Theil zufrieden und macht sich anheischig, die Genehmigung der beiden Vormünder hiezu beizubringen" 215.

Zusammenfassung

Das obere Rottal im Königreich Bayern, das bedeutet zunächst einmal den großen Umbruch um 1800, den Zusammenbruch der "alten Welt". Die von den Mönchen selber betriebene, vorzeitige Aufhebung der Abtei St. Veit bei Neumarkt an der Rott erforderte zwar eine Neuorganisation des Seelsorgegebietes, doch dafür verhinderte die geschlossene Übernahme durch das adelige Damenstift St. Anna zu München von vornherein die Verschleuderung und Aufsplitterung des Klosterbesitzes, wie sie im Zusammenhang mit der großen Säkularisation von 1803 Tag für Tag vorkamen. Durch die nur kurzfristig unterbrochene Weiterführung des landwirtschaftlichen Betriebes konnten auch die Bewohner des unmittelbaren Umlandes weiterbeschäftigt werden, so daß soziale Härten im wesentlichen verhindert wurden. Die höher qualifizierten Gewerbetreibenden des benachbarten Marktes Neumarkt an der Rott verloren mit dem Wegzug der Mönche freilich ihre größten Auftraggeber - und sanken dadurch wirtschaftlich erheblich ab.

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Gerichts- und Verwaltungsorganisation zeigte sich, wie schwierig es war, die zum Teil überstürzt erlassenen und in sich selber widersprüchlichen Gesetze in die Praxis umzusetzen. Die Gegenüberstellung von Gesetzestext und empirischer Wirklichkeit führt klar vor Augen, weshalb einzelne Gesetze überhaupt nicht funktionieren konnten und deshalb binnen kürzester Zeit wieder revidiert werden mußten. Und hier erbrachten dann vor allem die minutiösen Detailstudien eine große Unsicherheit und zum Teil wohl auch Hilflosigkeit der untersten Ebenen gegenüber den Anordnungen der Regierung. Wenn dann, wie bei der Bildung der Patrimonialgerichte, auch noch begriffliche Unschärfe verschiedene Interpretationen zuließ, dann war die jahrelange Auseinandersetzung zwischen den örtlichen Herrschaftsträgern und den staatlichen Behörden praktisch schon vorherbestimmt. Wie die Beispiele Adlstein und Teising eindeutig zeigen, stand das Ineinandergreifen von Gerichts- und Verwaltungsrechten bis 1848 der Vereinheitlichung der staatlichen Gerichts- und Verwaltungsorganisation äußerst hemmend im Wege. Durch die Übernahme lokaler Aufgaben machten die gutsherrlichen Gerichte in einer Vielzahl von Gemeinden die

Errungenschaften der staatsbürgerlichen Selbstverwaltung wieder zunichte und teilten das Sozialgefüge in zwei Klassen von Gemeindebürgern.

Beim Gemeindewesen ist besonders ergiebig der Vergleich zwischen dem Markt Neumarkt an der Rott, der in jahrhundertelanger Erfahrung den Umgang mit der Selbstverwaltung erproben konnte, und den umliegenden bäuerlichen Ortschaften Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit, Wiesbach und Wolfsberg, die bisher politisch weitgehend unmündig waren und nach den Edikten von 1803 beziehungsweise 1818 vor dem völligen Neubeginn ihrer inneren Organisation standen. Während die vom Gesetzgeber verlangten politischen Organe im Markt also bereits zum größten Teil vorhanden waren und den neuen Aufgaben nur noch angepaßt werden brauchten, mußten sie in den Dörfern erst geschaffen werden. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts lassen sich hier Unterschiede feststellen, die, um nur ein Beispiel herauszugreifen, bei der Finanzverwaltung besonders deutlich wurden.

Trotz der mannigfachen staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Einwirkungen hat sich auch im oberen Rottal das historisch gewachsene Betriebs- und Sozialgefüge der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert in seiner Substanz erhalten, so daß weiterhin der mittelgroße bäuerliche Familienbetrieb vorherrschte, wie er sich unter der südostdeutschen Grundherrschaft herausgebildet hatte. Umstrukturierungen in der landwirtschaftlichen Bodennutzung sind zum Teil auf die verbesserte Dreifelderwirtschaft zurückzuführen, zum Teil aber auch auf die Intensivierung der tierischen Produktion. Da die Tierzucht nicht mehr länger als Nachteil für den landwirtschaftlichen Betrieb angesehen wurde, sondern eine Steigerung erfuhr, mußten fortan auch mehr Futtermittel angebaut werden. Die Zunahme der Rinder und Schweine läßt außerdem darauf schließen, daß auch in unserer Region das Weidetier allmählich vom Stalltier verdrängt wurde.

Wie im gesamten Bayern, so hatte sich auch im oberen Rottal das flache Land während des 17. und 18. Jahrhunderts mit kleinen Produktionsstätten für die Erzeugung gewerblicher Sachgüter überzogen, so daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts die im hohen Mittelalter entstandene

Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land so stark aufgebrochen war, daß sie eigentlich nicht mehr bestand. Im Lauf des 19. Jahrhunderts fand freilich bei den meisten Besitzungen der Landhandwerker jene Aufstockung der Güter statt, die zu einem mehr oder weniger großen Zugewinn aus dem landwirtschaftlichen Nebenbetrieb führte und zuweilen sogar die Aufgabe des Gewerbes ermöglichte. Obwohl also das Gewerbe auch auf dem flachen Land sehr verbreitet war, wies dennoch nur der Markt Neumarkt als einziger Ort eine gewisse Vollständigkeit des handwerklichen Angebots auf. Und hier setzte dann mit der Industrialisierung eine Umstrukturierung ein, deren Richtung sich zwar zu Beginn des 20. Jahrhunderts klar abzeichnete, die aber dennoch erst in den Jahren nach 1945 ihren Abschluß fand.

Bei den Besitzverhältnissen des Marktes Neumarkt ergab sich als Grundcharakteristikum, daß viele wenig und wenige viel besaßen. Als zweites Strukturelement schälte sich bei der Durchsicht der Kataster ein Zusammenhang zwischen Beruf und Besitz heraus. Denn jene Gewerbetreibenden, welche 1814 und 1898/99 die geringsten Steuern entrichteten, besaßen stets zusammen mit den ebenfalls ziemlich mittellosen Tagelöhnern die kleinen und kleinsten Anwesen, während die höchstbesteuerte Gewerbeschicht auch über den größten Grundbesitz verfügte. Die Durchsicht der Grundsteuerkataster zeigte darüber hinaus aber auch noch, daß es das Herbergswesen nicht nur innerhalb und im Umkreis der größeren Städte gab, sondern auch auf dem flachen Land. Für das Tagwerkerviertel "die Loh" und für die Ortschaft Adlstein weisen die Quellen nämlich durchgängig Häuser aus, bei denen mehrere Anteilseigner eine Wohnung besaßen, die nur aus einem Stockwerk, ein paar Zimmern oder einer einzigen Stube bestand. Ohne Zweifel wurden also auch hier zum Zwecke der Eigentumbildung Häuser geteilt, gedrittelt, geviertelt und sogar gesechstelt.

Wie überall in Europa, stieg auch die Bevölkerung des oberen Rottals im 19. Jahrhundert kräftig an, doch lagen die Zuwachsraten hier insgesamt knapp unter den Werten Gesamtbayerns. Im einzelnen ergaben sich freilich erhebliche Unterschiede sowohl zwischen den einzelnen umliegenden bäuerlichen Ortschaften als auch zwischen ihnen und dem Markt

Neumarkt. Lag die Zuwachsrate Neumarkts stets über dem Landesdurchschnitt, so befanden sich die Quoten Elsenbachs, Feichtens, Hörberings, St. Veits, Wiesbachs und Wolfsbergs zum Teil erheblich darunter. Verantwortlich für die Bevölkerungszunahme im gesamten war fast ausschließlich das aus Geburtenüberschuß resultierende natürliche Wachstum. Nur der überdurchschnittliche Anstieg Neumarkts ging aus Wanderungsgewinn hervor, wobei die angrenzenden Gemeinden offensichtlich unterschiedlich starke Abwanderungsströme verzeichneten.

Obwohl im letzten Jahrhundertdrittel und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Geburtenziffer leicht anstieg und die Sterbeziffer etwas sank, ergaben sich bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung im 19. Jahrhundert noch keine entscheidenden Veränderungen, da weder das Sterbealter der Erwachsenen deutlich gehoben noch die Säuglings- und Kindersterblichkeit wesentlich gedrückt werden konnten. Am meisten änderte sich hier bei den unehelichen Geburten, denn ihre Zahl sank nach der Liberalisierung der staatlichen Ehegesetzgebung beziehungsweise nach der Beseitigung fast aller Heiratsbeschränkungen in den 1860er Jahre binnen kürzester Zeit um über die Hälfte.

Abkürzungsverzeichnis

AEM	=	Archiv des Erzbistums München und Freising
Arm.	=	Anmerkung
BayHStA	=	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
BStB	=	Bayerische Staatsbibliothek München
Ebda	=	Ebda
fl.	=	Gulden
GBL.	=	Gesetzblatt
GVBl.	=	Gesetz- und Verordnungsblatt
HdBG	=	Handbuch der bayerischen Geschichte
Hg.	=	Herausgeber
Jg(g).	=	Jahrgang, Jahrgänge
Nr.	=	Nummer
PfarrASV	=	Pfarrarchiv St. Veit
RBl.	=	Regierungsblatt
StadtAN	=	Stadtarchiv Neumarkt-St. Veit
StAL	=	Staatsarchiv Landshut
StAM	=	Staatsarchiv München
Tgw.	=	Tagwerk
Vgl.	=	Vergleiche
xer	=	Kreuzer
ZBLG	=	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte

Verzeichnis der Tabellen

1	Die vom Kloster St. Veit 1799 beschäftigten Personen.	18
2	"Vermögens Stand des Klosters St. Veit bey Neumarkt", Juli 1802.	40
3	Die Anwesen der Ortschaft St. Veit, 1814-1918.	55
4	Die Besitzwechsel der St. Veiter Anwesen, 1780-1918/19.	57
5	Die Berufsstruktur in der Ortschaft St. Veit, 1752-1856.	58
6	Die Steuerdistrikte im Rentamt Neumarkt 1810/1815.	72
7	Die Staatssteuern in den Gemeinden Neumarkt an der Rott und Wolfsberg im Jahre 1890.	100
8	Die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden Elsen- bach, Feichten, Hörbering, Neumarkt an der Rott, St. Veit und Wolfsberg in den Jahren 1832 und 1907.	101
9	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Armenpflege und der Gemeindekasse in Neumarkt an der Rott in den Jahren von 1817 bis 1869 an Hand ausgewählter Beispiele.	119
10	Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalarmenpflege in Neumarkt an der Rott in den Etatjahren 1817/18 und 1845/46.	120

11	Zahl und Altersstruktur der Neumarkter "conscriptierten" Armen 1833/34 und 1866/67.	124
12	Der Niedergerichtsbezirk der Hofmark St. Veit, Kinning und Kindhofen von 1597 bis 1752.	142
13	Der Niedergerichtsbezirk des Sitzes Teising im Landgericht Neumarkt von 1597 bis 1752, ohne das Schloß.	155
14	Die Verteilung des Grundbesitzes im Amtsgericht Neumarkt an der Rott im Jahre 1883.	166
15	Die Besitzverhältnisse in den Steuergemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit, Wies- bach und Wolfsberg im Jahre 1856.	168
16	Die Entwicklung des Viehbestandes im Land- und Amtsgericht Neumarkt/Rott von 1844 bis 1892.	171
17	Der mittlere Getreidepreis auf der Mühldorfer Schanne von 1817 bis 1853.	172
18	Der durchschnittliche Jahrespreis für Getreide im Rentamt Mühldorf 1876 bis 1910.	175
19	Die Besitzverhältnisse der Gewerbetreibenden in den Gemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit, Wiesbach und Wolfsberg, 1814-1900/14.	180
20	Die Erwerbsquellen der Bewohner des Marktes Neu- markt an der Rott in den Jahren 1774 und 1852.	187
21	Die Gewerbestruktur des Marktes Neumarkt an der Rott von 1774 bis 1898/99.	191
22	Die Grundbesitzverteilung der Bewohner des Marktes Neumarkt an der Rott 1815, 1856 und 1900/14.	202

23	Die Besitzverhältnisse im Patrimonialgericht Adlstein von 1815 bis 1900/14, ohne das Schloß- gut und die einschichtigen Güter.	207
24	Die Entwicklung der Bevölkerung in den Gemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, Neumarkt an der Rott, St. Veit, Wiesbach und Wolfsberg von 1840 bis 1910.	212
25	Geburtenziffer, Sterbeziffer und Geburtenüber- schuß in der Pfarrei St. Veit von 1820 bis 1918..	216
26	Die Todesursachen bei den Erwachsenen in der Pfarrei St. Veit von 1816 bis 1880.	224
27	Die Säuglings- und Kindersterblichkeit in der Pfarrei St. Veit von 1820 bis 1914.	225
28	Säuglingssterblichkeit und Familienstand der Eltern in der Pfarrei St. Veit von 1820 bis 1899.	226
29	Die Todesursachen bei den Kindern und Säug- lingen in der Pfarrei St. Veit von 1816 bis 1880.	228
30	Heiratsziffer und Heiratsalter in der Pfarrei St. Veit von 1818 bis 1918.	232

Anmerkungen

Anmerkungen zur Einleitung

- 1) Zur ersten Orientierung über die ortsgeschichtliche Literatur siehe Bosl, Handbuch der historischen Stätten. - Vorbildhafter Charakter - in Ausstattung und Text - kommt zum Beispiel dem Landkreisbuch von Haisch zu und den Ortsgeschichten von Albrecht, Gall, Göröner, Haushofer, Hiereth, Jahn, Jeggle, Schwab, Sauer und Wagner, wobei vor allem Paul Sauers zweite Ortschronik mit dem Titel "Tamm. Geschichte einer Gemeinde" jedem Lokalhistoriker als Muster dienen sollte, denn hier werden wirklich nach mühevoller Kleinarbeit in den Archiven alle Aspekte des gemeindlichen Lebens fundiert und mit Akribie dargestellt. Trotz aller Vorzüge bleibt aber auch für die eben genannten Arbeiten anzumerken, daß sie sich ausschließlich auf den zu untersuchenden Gegenstand beschränken und ihre zum Teil recht interessanten Ergebnisse nie mit anderen Darstellungen vergleichen oder in einem größeren Zusammenhang einordnen. Für den einzelnen Ort ganz aufschlußreich, für die allgemeine Entwicklung jedoch wenig ergiebig sind die Arbeiten Drubes, Eders, Hagens und Riedlers, da sie nur leicht zugängliches Material aufarbeiten und sich somit auf bestimmte Ausschnitte beschränken. Eigenwillig ist der Ansatz Billers, der sein Heimatbuch nicht chronologisch oder thematisch aufbaut, sondern lexikonartig; hier findet man alles Wissenwerte dann in den von Ammer über Brauchtum, Fabriken, Gasthöfe, Müllbeseitigung und Vereine bis Zeitung reichenden Stichpunkten. Für unseren Zusammenhang völlig wertlos sind "Bilderbücher", wie zum Beispiel jenes von Konze über Weiden in der Oberpfalz.
- 2) Vgl. dazu die Arbeiten von Blessing, Hörger, Mitterauer, Nell, Gerard Schwarz und Shorter.
- 3) Zur Person Kißlingers siehe Hubensteiner, Pfarrer Johann Nepomuk Kißlinger.

- 4) Siehe dazu die genauen bibliographischen Angaben im angehängten Literaturverzeichnis.
- 5) Vgl. dazu auch Liebhart, Historischer Atlas.
- 6) Immer noch grundlegend: Mackenroth.
- 7) Weis, Forschungsrichtungen.
- 8) Zur Einführung in die französische Sozialgeschichtsschreibung siehe Erbe.
- 9) Zur Geschichte und zu den Forschungsmethoden der Historischen Demographie siehe die Arbeiten Arthur E. Imhofs, vor allem seine "Einführung in die Historische Demographie". - Exemplarisch sind auch die Untersuchungen Burris und Köllmanns, Barmen.
- 10) Zorn, Medizinische Volkskunde.

Anmerkungen zu Kapitel A: "Die kirchliche Organisation"

- 1) Hör-Morenz 1.
- 2) Ebda 5-7.
- 3) Bayerischer Geschichtsatlas, hg. von Max Spindler, München 1969, 26 f.
- 4) Als quellenmäßiger Beleg für die Jahre 1121-1450 siehe Hör-Morenz. - Zur Geschichte des Benediktinerkloster St. Veit, zu seiner Bedeutung und Ausstrahlung siehe die breite, detaillierte und immer noch sehr zuverlässige Darstellung bei Kißlinger.
- 5) Kißlinger 227-236.
- 6) Zum Bibliotheks- und Archivwesen siehe Kißlinger 216-265. - Zur Schulgeschichte St. Veits vgl. Dietzinger; Held III 513-523; Kißlinger 255-260; Lechner, Tabernakel.
- 7) Zur kunstgeschichtlichen Bedeutung St. Veits siehe die bisher beste und ausführlichste Darstellung bei Lechner, Kirchen der Stadtpfarrei Neumarkt-St. Veit (mit einer Zusammenstellung der Literatur), den noch immer grundlegenden Beitrag in Band VII der "Kunstdenkmale des Regierungsbezirkes Oberbayern", die mitunter lückenhaften Ausführungen Herzogs sowie die vielen verstreuten Einzelhinweise bei Kißlinger (vor allem im ersten Kapitel und auf den Seiten 265-277). - Vergleiche dazu an Monographien Hubensteiner, Johann Michael Fischer; ders., Franz Xaver Hornöck; ders., Silvester Mayrhofer; Krausen, Franz Xaver Hornöck; ders., Johann Georg und Joseph Benedikt Kapfer; Lechner, Gregor II. Kiermayr; Puchta.
- 8) Dazu und zum Folgenden Kißlinger 131-172.
- 9) Lechner, Kirchen der Stadtpfarrei Neumarkt-St. Veit I 190 f.
- 10) Ebda 190.
- 11) Kißlinger 162-164.

- 12) Vgl. dazu auch Hubensteiner, Maurus II. Aimer.
- 13) Hubensteiner, Johann Michael Fischer.
- 14) Siehe dazu die prächtige und überaus prunkvolle Feier zum fälschlichen 700jährigen Jubiläum des Klosters vom 1. - 8. Oktober 1730. Höchst-Löblich angestelltes Jubel- und Danck-Fest in dem hochlöblichen Stift und Kloster St. Veith Ord. S. Bened. an der Roth in Nidern-Bayrn ob Neumarkt wegen würklich verwichenen sibendem Jubel-Jahr, Landshut 1730.
- 15) Kißlinger 261-265.
- 16) Zu Otto Aicher vgl. Dörres; Hubensteiner, Otto Aicher; Kißlinger 318 f.
- 17) So bei Lechner, Kirchen der Stadtpfarrei Neumarkt-St. Veit I 188.
- 18) Ein gutes Beispiel dafür ist die Aufstellung der barocken Altäre in der unverändert gebliebenen Anlage einer spätgotischen Wandpfeilerkirche. Die Abschlagung der Rippen im Gewölbe deutet zwar auf Pläne in Richtung Stuckierung hin, doch ist es aus bisher nicht geklärten Gründen nie dazu gekommen.
- 19) Lechner, Kirchen der Stadtpfarrei Neumarkt-St. Veit I 200. - Johann Nepomuk de la Croce malte mit der Vitusmarter im Ölkessel das Bild des noch heute erhaltenen Louis-Seize-Hochaltars. Dieser Altar aus rotem Marmor war nun schon nicht mehr in St. Veit geplant und in Auftrag gegeben worden, sondern war die Aussteuer, die der Salzburger Steinmetz Jakob Mösl 1783 seinem ins Kloster St. Veit eintretenden Sohn Anselm großzügig mitgab.
- 20) Kißlinger 165.
- 21) Zur Standsteuer der bayerischen Klöster im 18. Jahrhundert siehe Lieberich 611.
- 22) Inventarisationsprotokoll vom Juli 1802, BayHStA, KL St. Veit bei Neumarkt a. Rott 13/I. - Vgl. dazu auch Kißlinger 193-195.

- 23) BayHStA, Kl 795/310.
- 24) Kißlinger 211-222.
- 25) BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 91 b, Jg. 1799 -
Die Gesamteinnahmen betrugen 1799 15 948 Gulden 39 Kreuzer.
Den größten Anteil hatten mit 31,46 % oder 5 017 Gulden
18 Kreuzer die Einnahmen aus der Grundherrschaft. Umfangreichere
Beträge stammten außerdem noch von den Stiftungen für kirchlich-
religiöse Zwecke (908 Gulden 53 Kreuzer) und von landesherrlichen
oder landschaftlichen Gefällen (544 Gulden).
- 26) Die Landwirtschaft spaltete sich in zwei voneinander unabhängige
Wirtschaftsbetriebe auf: in die zum Kloster selber gehörende
Ökonomie in St. Veit und in den etwas südlich davon gelegenen
"Münchner-Hof". - Bei der Aufhebung waren in St. Veit vorhanden:
60 Schweine, 15 Pferde, 10 Ochsen, 18 Melkkühe, 70 Schafe und
6 Lämmer, während in den Ställen des "Münchner-Hofes" 2 Stiere,
10 Kälber, 10 Melkkühe, 7 Schweine, 3 Frischlinge und 1 Ochse
standen. BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 13 I.
- 27) Ebda 91 b, Jg. 1799. - Zur Handwerker-, Dienstboten- und Tag-
löhnerbeschäftigung in bayerischen Klöstern siehe Stutzer,
Sozialverfassung 37 -41.
- 28) BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 91 b, Jg. 1799. -
Das Jahr 1799 steht hier als Beispiel für die Klosterrechnungen
von 1790 bis 1800, die in den wesentlichen Grundzügen keine
Unterschiede aufweisen. Ebda 91 a, Jgg. 1790-1793 und 91 b,
Jgg. 1794-1800. - Eine genaue Aufstellung darüber, was jeder
der 36 Tagwerker (20 Männer und 16 Frauen) von Michaeli (29.9.)
1801 bis Georgi (23.4.) 1802 an Geld erhalten hatten, findet
sich im Akt BayHStA, Kl. St. Veit bei Neumarkt a. Rott 13/I.
- 29) So errechnete Stutzer, Sozialverfassung 35 f., daß im ausgehen-
den 18. Jahrhundert die Geldentlohnung in den Klöstern im
Durchschnitt nur 15 % der Gesamtentlohnung umfaßte und der Rest
aus Naturalleistungen, Versorgungszusagen und Dienstleistungen
bestand.

- 30) BayHStA, Kl 794/308. - In dieser nicht näher datierten Aufstellung von 1802 wird festgehalten, was die Dienstboten und Tagelöhner im Jahresdurchschnitt vor der Klösteraufhebung an Lohn erhielten und was sie in Zukunft erhalten sollten.
- 31) Die hier festgehaltene geldmäßige Entlohnung der Dienstboten stimmt - von geringfügigen Abweichungen abgesehen - mit den entsprechenden Angaben in den Klosterrechnungen überein.
- 32) Dazu einige Beispiele: Herrenkost erhielt der Schullehrer und Organist Joseph Globerger; ganze Dienerkost bekamen der Braumeister Augustin Fruhmann und der Gärtner Joseph Brummer; halbe Dienerkost erhielt der Mesner Mathias Bernauer, während der Abspülerin Ursula Reindl nur zustand, was von der Dienerkost übrig geblieben war.
- 33) BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 218, 133-144.- Zur Geschichte der Hofmark St. Veit siehe Teil B, Abschnitt IV/2a.
- 34) Siehe dazu die auf breite Quellenlage beruhende Darstellung bei Stutzer, Berufs- und Unternehmenseinheiten.
- 35) Kißlinger 284.
- 36) BayHStA, Kl 794/308.
- 37) Kißlinger 283.
- 38) Siehe dazu die Beispiele bei Kißlinger 282-287.
- 39) Ebda 283.
- 40) Ebda 286.
- 41) BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 91 b. - Dies waren 1 % bis 2 % der jährlichen Gesamteinnahmen.
- 42) "Conspect ueber die von dem Kloster zu St. Veit bey Neumarkt besitzenden Activ-Capitalien, verfaßt den 8. Juny 1802". BayHStA, Kl 794/310.
- 43) BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 91 b.
- 44) "Tabellarische Anzeige über die an dem königlich bairischen Damenstift St. Veit vermög Hofmarks Gerichts Rechnung bey gemeiner Landschaft, beim Adel, und anderen Standespersonen, dann bey gemeinen Leuten anliegenden Capitalien", 5. März 1808. StAM, RfK 6369.

- 45) Kißlinger 171.
- 46) Ebda 172.
- 47) Dazu und zum Folgenden Ebda 172-174.
- 48) Ebda 174 f.
- 49) AEM, St. Veit. Temporalia Aufhebung/Paket 5.
- 50) Ebda. - Kißlinger 176-180 beruht auf dieser Quelle und ist zuverlässig. - Eine recht farbige, mit vielen Quellenzitaten versehene Darstellung der Vorgeschichte liegt noch vor bei Dietmar Stutzer, Ein Kloster bittet um seine Aufhebung. Die Benediktiner von St. Veit bei Mühldorf anno 1802, ungedrucktes Manuskript zur gleichnamigen Rundfunksendung vom 2. Dezember 1984 (13.30-14.00/Bayerischer Rundfunk, 2. Programm).
- 51) Dieser Brief fehlt bei Kißlinger.
- 52) Stutzer, Besitz- und Unternehmenseinheiten 97.
- 53) AEM, St. Veit. Temporalia Aufhebung/Paket 5.
- 54) Die Verhandlungen, die unmittelbar zur Klosteraufhebung führten, sind bei Kißlinger 176-202 in allen Einzelheiten dargestellt; die aktenmäßige Überprüfung ergab hier völlige Zuverlässigkeit. Im folgenden wird deshalb jener Handlungsstrang, der direkt zur Aufhebung führte, auf das Wesentliche gekürzt, während jene Vorgänge, die die Aufhebung verhindern wollten, über Kißlinger hinaus näher betrachtet werden.
- 55) Ebda 181 f.
- 56) Ebda 182.
- 57) Gregor Schwarzer an den Ständeausschuß der bayerischen Landschaft, St. Veit, 29. Mai 1802. BayHStA, Kl 795/311.
- 58) Die 20 St. Weiter Konventualen an Max IV. Joseph, St. Veit, 20. Mai 1802. BayHStA, Kl 795/311; - vollständig abgedruckt bei Kißlinger 183 f.

- 59) Abt Cölestin Weighart an Max IV. Joseph, St. Veit,
21. Mai 1802. BayHStA, Kl 795/311; - vollständig abgedruckt
bei Kißlinger 185.
- 60) Franz Xaver Schattenhofer an Max IV. Joseph, St. Veit,
26. Mai 1802. BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 10 a.
- 61) Ebda.
- 62) Max IV. Joseph an das Kloster St. Veit, München,
29. Mai 1802. BayHStA, Kl 795/311.
- 63) Max IV. Joseph an das adelige Damenstift St. Anna, München,
29. Mai 1802. Ebda.
- 64) Max IV. Joseph an die Verordneten der bayerischen Landschaft,
München, 29. Mai 1802. Ebda.
- 65) Max IV. Joseph an Erzbischof Hieronymus von Colloredo, München,
29. Mai 1802. BayHStA, Kl 794/309.
- 66) Max IV. Joseph an die Spezialkommission in Klostersachen,
München, 29. Mai 1802. Ebda. - Zur Spezialkommission in
Klostersachen siehe Scheglmann I 190-222; A. Schneider, Gewinn,
102 f; Troll.
- 67) Max IV. Joseph an die Spezialkommission in Klostersachen,
München, 2. Juni 1802. BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a.
Rott 10 a.
- 68) Gregor Schwärzer an das Konsistorium in Salzburg, St. Veit,
29. Mai 1802. BayHStA, Kl 795/311.
- 69) Wie Arm. 57.
- 70) Bayerische Landschaft an Max IV. Joseph, München,
2. Juni 1802. BayHStA, Kl 795/311.
- 71) Bayerische Landschaft an Max IV. Joseph, München,
14. Juni 1802. BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 10 a.
- 72) Ebda.
- 73) Ebda.

- 74) Karl Klocker an Dominicus Hagenauer, Benediktbeuern,
8. Juni 1802. BayHStA, Kl 795/311. - Abt Karl Klocker
von Benediktbeuern war neben Abt Rupert Kornmann von
Prüfening der Sprecher des altbayerischen Prälatenstandes.
Beide Äbte führten von 1801 bis 1803 eine scharfe schrift-
liche Kontroverse mit der bayerischen Regierung über die
immer deutlicher in den Mittelpunkt der Politik rückenden
Säkularisationspläne. Weis, Säkularisation 26-31.
- 75) Ähnlich hat sich Karl Klocker bereits am 1. Juni 1802 ge-
äußert: "Das Kloster sollte erhalten bleiben und neu besiedelt
werden, thunlichst von Mönchen verschiedener Communitäten,
aber der gesamte gegenwärtige Konvent dieser mutwilligen und
boshaften Mönche sollte unverzüglich zerstreut werden. Es muß
einmal unterschieden werden zwischen der Klosterstiftung und
ihrem Recht auf fortdauernden Bestand und dieser Gemeinschaft
unverbesserlicher boshafter Subjekte und ihrem abscheulichen
Treiben". Stutzer, Besitz- und Unternehmenseinheiten 100 f.
- 76) Dominicus Hagenauer an die Statthalterschaft des Salzburger
Erzbischofs, Salzburg, 14. Juni 1802. BayHStA, Kl 795/311. -
Zum Zeitpunkt der Klostersaufhebung St. Veits befand sich
Erzbischof Hieronymus von Colloredo in Wien. Als Stellver-
treter amtierte in dieser Zeit in Salzburg die von ihm einge-
setzte Statthalterschaft.
- 77) Dominicus Hagenauer an Karl Klocker, Salzburg, 18. Juni 1802.
Ebda.
- 78) Max IV. Joseph an Johann Baptist von Hofstetten, München,
19. Juni 1802. BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 10 a.
- 79) Johann Baptist von Hofstetten an Max IV. Joseph, Salzburg,
27. Juni 1802. Ebda.
- 80) AEM, St. Veit. Temporalia Aufhebung/Paket 5.
- 81) Ebda.

- 82) Hieronymus von Colloredo an Max IV. Joseph, Wien,
9. Juli 1802. Ebda.
- 83) Hieronymus von Colloredo an die Verordneten der bayerischen
Landschaft, Wien, 9. Juli 1802. BayHStA, Kl 795/311.
- 84) Bayerischer Prälatenstand an die Verordneten der bayerischen
Landschaft, München, 21. August 1802. BayHStA, GR 634/ad 46.
- 85) Protokoll vom 21. August 1802. Ebda.
- 86) Protokoll vom 5. Juni 1802. BayHStA, Kl 794/308 und
Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 13/I. - Vgl. dazu auch
Kißlinger 192.
- 87) Kißlinger 195.
- 88) Joseph von Gröller an die Spezialkommission in Kloster-
sachen, Neumarkt, 17. September 1802. BayHStA, Kl 794/309.
- 89) Protokoll vom 8. Juni 1802. BayHStA, Kl 794/308 und
Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 13/I. - Das Protokoll ist
ausführlich wiedergegeben bei Kißlinger 192.
- 90) Maximilian von Montgelas an die Spezialkommission in Kloster-
sachen, München, 7. Juli 1802. BayHStA, Kl 794/309.
- 91) Zu Höhe und Umfang der Pensionen meint Kißlinger:
"Die Äbte und Konventualen der im folgenden Jahre aufgehobenen
 Klöster erhielten mehr vom Staate, als die von St. Veit, die
es doch in der Hand hatten, Bedingungen zu stellen" (192).
Hier irrt Kißlinger. Erstens: Die an die St. Veiter Mönche
gezählten Pensionen unterschieden sich in finanzieller Hinsicht
nicht wesentlich von der allgemeinen Regelung im darauffolgenden
Jahr (vgl. dazu die bei Stutzer, Säkularisation 98-133, abge-
druckte Instruktion vom 11.3.1803 über die "Besitznahme der
Gueter und des Vermoegens saemmtlicher staendischer Manns- und
Frauenkloester"; den informativen Überblick bei A. Schneider,
Gewinn 61-89; die vielen Detailangaben bei Scheglmann III;
die Einzelbeispiele bei W. Forster 98, bei Hadersdorfer 156-158,
bei Krausen, Seligenthal 166, bei Schlittmeier 119 und bei
Wagner 96); die Gewährung von Naturalien ging sogar über die
Bestimmungen von 1803 hinaus. Zweitens: Da das irreligiöse

Verhalten der St. Veiter Mönche bereits aktenkundig war und sowohl kirchliche als auch weltliche Behörden auf eine umfassende Reform drängten, standen die Konventualen unter Zeitdruck; sie konnten es sich keinesfalls leisten, durch überzogene Forderungen die Verhandlungen zu gefährden oder gar scheitern zu lassen.

- 92) Protokoll vom 8. Juni 1802. BayHStA, Kl 794/308. - Das Protokoll ist gedruckt bei Kißlinger 191.
- 93) Franz Xaver Schattenhofer an Max IV. Joseph, St. Veit, 1. Juli 1802. BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 10 a.
- 94) Zum weiteren Lebensweg Gregor Schwärzers siehe Kißlinger 197-200.
- 95) Bei der Inventarisierung des Vermögens wurden die Gebäude nicht veranschlagt, da man bei ihnen wegen der künftigen Baukosten keinen genauen Wert ermitteln konnte; Archiv und Bibliothek wurden ebenfalls nicht in Anschlag gebracht, da sie, nach Auskunft Schattenhofers, völlig wertlos waren.
- 96) BayHStA, Kl 794/308.
- 97) BayHStA, Kl 795/310 und Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 13/I.
- 98) Das Original dieser "Haupt-Tabelle" liegt im Akt BayHStA, Kl 795/310; es ist nicht ganz vollständig und trägt lediglich das Datum 1802. Eine mit der Überschrift "Vermögens Stand des Klosters St. Veit bey Neumarkt" versehene vollständige Abschrift davon befindet sich im Akt BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 13/I. Dort liegt ebenfalls noch ein Auszug aus der "Haupt-Tabelle"; da dieser Auszug das Datum vom 18. Juli 1802 trägt, muß die "Haupt-Tabelle" also spätestens zu diesem Zeitpunkt bestanden haben. - Zum Vermögensstand des Klosters St. Veit siehe außerdem Kißlinger 193-195.
- 99) Die Abtei hatte zwar von 1796 bis 1801 zur "Beseitigung der Notdurft" und zur "Bestreitung der höchstnötigen Ausgaben" von Neumarkter und Vilsbiburger Bürgern insgesamt 8 000 Gulden auf-

genommen, doch diese Schulden am 25. Mai 1802 mit 111 Gulden 15 Kreuzer an Zinsen wieder zurückgezahlt (BayHStA, Kl. St. Veit bei Neumarkt a. Rott 13/I). Da die problemlose Rückzahlung auf Liquidität der Abtei schließen läßt, liegt die Vermutung nahe, daß der Abt mit der Schuldenaufnahme in den vergangenen Jahren Zahlungsunfähigkeit vorspiegeln wollte, um dadurch weiteren Besteuerungen und Abgaben zu entgehen.

- 100) Vgl. dazu Stutzer, Besitz- und Unternehmenseinheiten 99, der zu völlig anderen Ergebnissen kommt. Da Stutzer nicht angibt, worauf seine Berechnungen basieren und wie sie dann im Detail zustande kommen, ist eine Auseinandersetzung mit seinen Zahlen im Grunde nicht möglich. Sein Hinweis, daß die Abtei Passiva in Höhe von 71 179 Gulden hatte, dürfte jedoch objektiv falsch sein, da die Quellen eindeutig andere Zahlen aufweisen.
- 101) Wie Anm. 98.
- 102) "Tabellarischer Conspect über die zum Kloster St. Veit bey Neumarkt gehörige Grund- und zugleich Jurisdictions-Unterthanei", 9. Juni 1802. BayHStA, Kl 795/310.
- 103) "Tabellarischer Conspect über die Kloster St. Veitischen Grund Unterthanen ...", 11. Juni 1802. BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 13/II.
- 104) Maximilian von Montgelas an das Siegelamt, 5. Oktober 1802. BayHStA, Kl. St. Veit bei Neumarkt a. Rott 12.
- 105) BayHStA, Kl 794/308. - Vgl. dazu Kißlinger 195 f. - Das Extraditionsprotokoll betont nun ausdrücklich, daß sämtliche Feld- und Wiesgründe, Ödungen, Wälder, Weiher und Fischwasser an das Damenstift abgetreten werden. Die bei A. Schneider, St. Veit 255, aufgestellte Behauptung, wonach "der Wald mit ca. 725 Tgw. und einer Schätzungssumme von 44 600 fl. dem staatlichen Forst zugegliedert" wurde, kann also bereits durch diese Quelle widerlegt werden.
- 106) RBl. 1802, 705-707.

- 107) Spindler, Max (Hg.), Briefwechsel zwischen Ludwig I. und Eduard von Schenk 1823-1841, München 1930, 69 und 393. - Zur Person des Freiherrn Maximilian von Speck-Sternburg siehe Allgemeine Deutsche Biographie, hg. von der Historischen Kommission bei der Königlichen Akademie der Wissenschaften, Bd. 35, Leipzig 1893, 78.
- 108) Regierung des Isarkreises an das Ministerium des Innern, München, 23. Februar 1829, StAM, AR 2882/469 c. - Da sich die Verkaufsurkunden nicht erhalten haben, wissen wir nur aus dieser Mitteilung den genauen Tag der Vertragsunterzeichnung; nicht feststellbar ist deshalb auch die genaue Kaufsumme Speck-Sternburgs. Gesichert ist hingegen wiederum, daß der bayerische Staat Speck-Sternburg ein Kapital von 100 000 Gulden mit der Auflage zur Verfügung gestellt hatte, auch in St. Veit eine für Bayern mustergültige Schafzucht zu errichten; als Maximilian von Speck-Sternburg diese Bedingung erfüllt hatte, erließ ihm am 9. März 1833 der Staat die Schulden. Mitteilung der Regierung von Oberbayern an das Rentamt Mühldorf, München, 14. August 1857. Ebda.
- 109) Spindler, HdBG IV/2, 922-925.
- 110) "Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben an den Dominikalien des Landgutes zu St. Veit" vom 1. Oktober 1828 bis 30. September 1829. StAM, RA 16 556/3.
- 111) Tabelle vom 29. März 1829. StAM, AR 2882/469 c.
- 112) Die im Rentamt Mühldorf gelegenen 305 Grundholden des Damenstiftes wurden in den vier Wochen vom 19. Januar bis 20. Februar 1830 auf den Staat verpflichtet. StAM, AR 2882/469 c. - Die in den Rentämtern Altötting, Burghausen, Dingolfing, Eggenfelden, Erding, Griesbach, Landau, Landshut, Moosburg, Mühldorf, Pfarrkirchen, Simbach, Vilsbiburg und Wasserburg gelegenen Grunduntertanen lud man in den kommenden Wochen vor das zuständige Amt, um sie dort aus der Pflicht des Damenstiftes zu entlassen und der staatlichen Zuständigkeit zu unterstellen. (Vergleiche dazu als Beispiel die Umpflichtung von vier Grundholden im Rentamt Wasserburg. StAM, AR 687/39.)

- 113) Zur Wirtschaftsführung Speck-Sternburgs in St. Veit siehe die detaillierte Gutsbeschreibung von 1841 bei Quentell.
- 114) Maximilian von Speck-Sternburg an das Rentamt Mühldorf, Lüttschena, 14. Januar 1852. StAM, AR 2882/469 c.
- 115) Maximilian II. von Montgelas (16.4.1807-1.4.1870) war der älteste Sohn des Freiherrn und späteren Grafen Maximilian Joseph von Montgelas (12.9.1759-14.6.1838) und seiner Gemahlin Ernestine Gräfin von Arco (5.7.1779-17.6.1820). Zu dem noch heute in Egglkofen lebendem Geschlecht der Montgelas siehe Genealogisches Handbuch des in Bayern immatrikulierten Adels, Bd. 13, Neustadt a. d. Aisch 1980, 204-216.
- 116) Verkaufsurkunde vom 9. April 1858, StAM, Brief-Protokolle Gericht Neumarkt Nr. 518, 611-622.
- 117) StAM, Kataster 16 164, 7 1/2.
- 118) Ebda.
- 119) StAM, Kataster 16 164, 7 1/15.
- 120) Verkaufsurkunde vom 12. Juli 1894. StAM, Notariat Neumarkt Jahrgang 1894 GR 951/Karton 01396.
- 121) StAM, Kataster 16 164, 7 1/18. - Nachdem Otto Hertrich von seiner ersten Frau Julie (geb. Müller) geschieden worden war, hatte er am 15.10.1903 in zweiter Ehe Maria Kögl geheiratet. Pfarrarchiv St. Veit, Häuserbuch St. Veit, Haus-Nr. 4-7.
- 122) Nachlaßauseinandersetzungsvertrag vom 26.11.1903. StAM, Notariats Urkunden, Notariat Neumarkt Jahrgang 1903 GR 836.
- 123) Ebda.
- 124) StAM, Kataster 16 164, 7 1/32.
- 125) Siehe dazu den Schriftwechsel zwischen Maria Hertrich und der Klerikalseminarstiftung Freising im Hausarchiv des "St. Vincentius-Vereins Stift St. Veit e.V."
- 126) Verkaufsurkunde vom 1.8.1934, Hausarchiv des "St. Vincentius-Vereins Stift St. Veit e.V."

- 127) Notiz im Hausarchiv des "St. Vincentius-Vereins Stift St. Veit e.V."
- 128) Chronik des Altenheimes St. Veit, masch. Hausarchiv des "St. Vincentius-Vereins Stift St. Veit e.V."
- 129) Dazu und zum folgenden Akt "St. Vinzenzius-Verein Stift St. Veit e.V." im Hausarchiv des "St. Vinzenzius-Vereins Stift St. Veit e.V.". In diesem Akt befinden sich der gesamte Schriftwechsel, alle Urkunden im Original oder in beglaubigter Abschrift sowie die Vereinssatzung.
- 130) Ebert, Ludwig, Der kirchenrechtliche Territorialismus in Bayern in zeitalter der Säkularisation (Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft 9), Paderborn 1911, 16.
- 131) Eine zusammenfassende, quellensichere Untersuchung zur Kirchenpolitik der Kurfürsten Max III. Joseph und Karl Theodor fehlt; - zum folgenden vgl. Peter Fuchs, Karl Theodors Kirchenpolitik, in: Stimmen der Pfalz 29 (1978) 14-19; Karl Habenschaden, Die Kirchenpolitik Bayerns unter Kurfürst Karl Theodor und ihr Verhältnis zum Emser Kongreß, in: Zeitschrift der Savigny Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung 28 (1939) 353-417; Hausberger 1-22; A. Schneider, Gewinn 7-9; Schwaiger, Bistümer 5-13; Spindler, HdBG II, 1091-1102.
- 132) Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. I: Reform und Restauration 1789 bis 1830, Stuttgart 1961², 43 f.
- 133) Zur Vorgeschichte, Inhalt und Reaktionen des Amortisationsgesetzes siehe R. Bauer, Geistlicher Rat 33-38.
- 134) Hausberger 6.
- 135) R. Bauer, Geistlicher Rat 176 f.
- 136) Ebda 178.

- 137) Zur Aufhebung Osterhofens siehe R. Bauer, Geistlicher Rat 178 f.; Hartig 250 f.; Scheglmann I 60-65; Sittersperger 107-109.
- 138) Zur Aufhebung von Indersdorf siehe R. Bauer, Geistlicher Rat 177-182; Fugger 123-149; Urkunden 2368-2426; Scheglmann I 65-72.
- 139) Hundt, Urkunde 2368.
- 140) Zur Dezimation der Jahre 1783-1797 siehe R. Bauer, Geistlicher Rat 262-266.
- 141) Zum päpstlichen Breve von 1798 vgl. R. Bauer, Geistlicher Rat 272-275; Hausberger 9; Weis, Säkularisation 18 f.
- 142) Scheglmann I 134.
- 143) Weis, Säkularisation 19.
- 144) Ebda.
- 145) Hausberger 21. - Entgegen der immer noch in der Literatur verbreiteten Annahme (zuletzt Kraus 374) wurde Seligenthal 1783 noch nicht aufgehoben. Die Nonnen durften weiterhin in Seligenthal zusammenbleiben und ihr kontemplatives Leben führen. Lediglich die Überschüsse an Einnahmen mußten an die Universität abgeführt werden. Endgültig aufgehoben wurde Seligenthal dann im Zusammenhang mit der großen Säkularisation von 1803 (Krausen, Seligenthal).
- 146) Dazu und zum Folgenden Hausberger 21 f.; Scheglmann II 1-368; Weis, Säkularisation 19-21.
- 147) Weis, Säkularisation 21.
- 148) Hausberger 22.
- 149) Text des Reichsschlusses bei Ernst Rudolf Huber (Hg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. I: Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850, Stuttgart 1961, 1-26.
- 150) Zu den literarischen Wegbereitern der Säkularisation siehe auch Böhm und Wöhrmüller.

- 151) Text des Konkordats, einschließlich der Übersetzungen von 1592 und 1617 in den Beiträgen zur Geschichte, Topographie und Statistik des Erzbistums München und Freising 5 (1854) 181-208.
- 152) Vgl. dazu A. Schneider, St. Veit 256; Weis, Säkularisation 22.
- 153) Zur Rechtsproblematik des Reichsdeputationshauptschlusses und der Säkularisation von 1802 siehe Dipper 125-128 und vor allem die ausführliche Diskussion und Darstellung der Forschungslage bei Hönig 40-64.
- 154) Wie Anm. 106
- 155) Zu den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Säkularisation im allgemeinen siehe Dipper 133-151; Fried, Reagrarisierung; Hörger, Kulturlandschaft (mit Einzelbeispielen zu Benediktbeuern, Ettal und Wessobrunn); Kraus 377; Mempel; M. Müller; Morsey; A. Schneider, Gewinn 89-101, 154-178 und 230-236; Stutzer, Säkularisation; ders., Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse; ders., Besitz und Unternehmenseinheiten; Weis, Säkularisation 47-50. - Vgl. dazu außerdem die Untersuchungen von Einzelbeispielen bei H. Fehn, Seeoner Kulturlandschaft (Seeon); Fenzl (Seligenthal); Forster (Banz); Hadersdorfer (Baumburg, Seeon); Hunklinger (Höglwörth); Kren (Chiemseeklöster); Mois (Rottenbuch); Rückert (Polling); Scheglmann; Schlittmeier, Auswirkungen der Säkularisation (Niederaltaich); A. Schneider, Gewinn 112-152 (Benediktbeuern, Bernried, Beuerberg); Stutzer, Alphons Hafner (Ettal); ders., Rott (Rott am Inn); Wagner (St. Nikola, Niedernburg, St. Anna und das Kapuzinerkloster in Passau).
- 156) "Tabellarischer Conspect. Ueber die von Kloster St. Veit bey Neumarkt verhandenen gebrödeten Diener, und Tagelöhner, dann deren dermasliche Abänderung", 5. Juni 1802. BayHStA, KL 794/308.
- 157) AEM, Pfarrbeschreibung St. Veit bei Neumarkt.

- 158) Vgl. dazu die Lebensläufe von Marian Wieser, Marian Kapp und Modest Niedermair bei Lechner, Tabernakel 131, 133 f und 137.
- 159) Vgl. dazu die Schuldaufstellungen vom 8. Juni 1802 (Wie Anm. 49) und vom 5. Mai 1808 (Wie Anm. 44).
- 160) StAM, Brief-Protokolle Gericht Neumarkt Nr. 122-126 und 352-369; - da die Eintragungen in die Briefprotokolle chronologisch erfolgten, wird im folgenden zur näheren Bestimmung des Quellenbeleges das Datum der Schuldbriefe angeführt: 25.10.1802, 2.7.1808, 29.12.1809, 1.2.1810, 12.3.1811, 2.4.1811, 15.10.1811, 16.12.1812, 24.12.1812, 11.6.1813, 19.12.1814, 20.8.1815, 3.2.1817, 10.2.1817, 1.3.1817 (2 Eintragungen), 16.5.1817, 16.6.1820, 21.3.1820, 31.8.1820, 31.1.1821, 4.3.1821, 29.4.1821, 5.3.1822, 13.5.1822, 24.10.1822, 28.3.1826, 6.4.1826.
- 161) Als Beispiel sei hier nur die St. Veiter "Corpus-Christi-Bruderschaft" angeführt, die von 1762 bis 1800 aus ihrem Vermögen insgesamt 1634 Gulden 32 Kreuzer an acht Gewerbetreibende und fünf Bauern verliehen hatte. "Tabellarische Anzeig über die bey der Corpus-Christi-Bruderschaft zu St. Veit ... anliegenden Kapitalien", 5. Februar 1808; StAM, RfK 6370.
- 162) StAM, Kataster 16416, Steuergemeinde St. Veit fol. 1-31. - Zu diesem Zeitpunkt waren in der Ortschaft St. Veit die Häuseln mit den Nummern 12, 16, 18, 24, 28, 29, 30, 31, 33 und 35 sowie in Kinning und Kindhofen die Höfe mit den Nummern 43, 46 und 53 frei von allen Abgaben, die auf ehemalige grundherrliche Gefälle zurückgingen.
- 163) "Gesetz über die Aufhebung der standes- und gutherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixierung und Ablösung der Grundlasten" vom 4. Juni 1848. GBl.1848, 97-118.
- 164) Wie Anm. 117.
Nach unseren Berechnungen dürfte der Besitz des Klosters auch 1802 nicht wesentlich größer gewesen sein. Die Schätzung der Lokalkommission ergab zwar einen Umfang von 1073 Tagwerk, doch

ist diese Schätzung noch nicht nach dem am 28. Februar 1809 vereinheitlichten Längenmaß, sondern nach den ortsüblichen und regional durchaus unterschiedlichen Maßstäben vorgenommen worden. Da aus den Briefprotokollen und aus den Katastern keine Verkäufe von St. Veiter Grundbesitz belegt sind, ist davon auszugehen, daß St. Veit bei seiner Aufhebung letztlich über 100 Tagwerk kleiner als veranschlagt war.

- 165) StAM, Kataster 16 164, 7.
- 166) Wie Anm. 127.
- 167) Konskription der Hofmarken und Edelsitze im Landgericht Neumarkt, 1752. BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 218, 133-144.
- 168) Dachsbergische Konskription, 1781. BayHStA, GR 302b/47.
- 169) Hofmarksbeschreibung vom 16.2.1806. BayHStA, KL 788/143.
- 170) Auszug aus dem Grundsteuernkataster des Landgerichtes Mühldorf vom Dezember 1814. StAM. AR 733/16.
- 171) StAM, Kataster Nr. 16163.
- 172) GBl. 1848, 97-118.
- 173) StAM, AR 733/16 (1814); StAM, Kataster 16 163 (1848) und Kataster 16 164 (1918).
- 174) StAM, Kataster 16 164.
- 175) Da für die Jahre 1802 bis 1814 in den Briefprotokollen des Damenstiftes (StAM, Brief-Protokolle Gericht Neumarkt Nr. 352-360) kein Verkauf von Grund und Boden bezeugt ist, sondern nur der Bezug der 2 Zimmer im "Thurm beim mittleren Thor beim Keller" durch Jakob Kaymayr, kann davon ausgegangen werden, daß die Anwesen der St. Veiter Ortschaft im Jahr 1800 genauso groß waren wie 1814 bei der Festlegung im Grundsteuernkataster (vgl. auch Tabelle 3).
- 176) StAM, Brief-Protokolle Gericht Neumarkt Nr. 117-126, 350-369, 499-523 und Brief-Protokolle Gericht Mühldorf Nr. 23-33c; StAM, Kataster 16 163 und 16 164.

- 177) StAM, Kataster 16 164.
- 178) StAM, Brief-Protokolle Gericht Neumarkt Nr. 366.
- 179) Ebda.
- 180) Dazu und zum Folgenden: StAM, Kataster 16 164, 67.
- 181) Ebda 101 f.
- 182) Ebda 16 163, 101 f.
- 183) Dazu und zum Folgenden: Ebda 16 164, 101 f.
- 184) StAM, Brief-Protokolle Gericht Neumarkt Nr. 123.
- 185) Ebda.
- 186) StAM, Kataster 16 163, 103 f.
- 187) Dazu und zum Folgenden: StAM, Kataster 16 164, 103 f.
- 188) Ebda 30.
- 189) Ebda 36.
- 190) Ebda 58.
- 191) Ebda 63.
- 192) Ebda 66.
- 193) Ebda ohne Seitenangabe.
- 194) Ebda 86.
- 195) Ebda ohne Seitenangaben.
- 196) Ebda 96 f.
- 197) StAM, Brief-Protokolle Gericht Neumarkt Nr. 117-126,
346-369, 499-523 und Brief-Protokolle Gericht Mühldorf
Nr. 23-33c; StAM, Kataster 16 163 und 16 164.
- 198) Mit einem ausführlichen Kommentar gedruckt bei Riedel,
Gesetz über Heimat, Verhehlchung und Aufenthalt.
- 199) BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 218,
133-144 (1752); StAM, Kataster 16 392 (1833) und Kataster
16 163 (1856).

- 200) Wie Arm. 156.
- 201) Dazu und zum Folgenden Quentell 2-6.
- 202) Weiterhin vergab das Damenstift selbstverständlich Aufträge für die Erhaltung der Kultusgebäude und für die Versorgung des kirchlichen und schulischen Betriebes. Wie aus der sehr detaillierten Aufstellung über die Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres 1828/29 hervorgeht, waren diese Aufträge recht bescheiden, so daß sie nur rund 10 % der gesamten Ausgaben an den Dominikalien ausmachten. Wie Arm. 110.
- 203) Zu Franz Xaver Hornöck siehe Hubensteiner, Hornöck und Krausen, Hornöck.
- 204) Hör-Morenz 5-7.
- 205) Kißlinger 227.
- 206) Dies änderte sich ja erst, als der Staat am 16. Februar 1829 vom Damenstift die Dominikalien erwarb und damit sämtliche Rechte und Pflichten in den St. Veit und Hörberinger Pfarreien an ihn übergegangen waren.
- 207) AEM, Pfarrbeschreibung St. Veit bei Neumarkt. - Cölestin Krempfsetzer folgten als Pfarrer in St. Veit von 1855 bis 1862 Anton Nobel, von 1862 bis 1874 Wilhelm Weber, von 1875 bis 1896 Joseph Ritzinger, von 1897 bis 1902 Mathias Dunstmair und von 1902 bis 1934 Ludwig Herzog. StAM, LRA 51 161.
- 208) Kißlinger 230-236.
- 209) Ebda 202-206.
- 210) A. Schneider, Gewinn 184 f.
- 211) Vgl. dazu A. Schneider, Gewinn 188-191 und Schwaiger, Bistümer 68 f.
- 212) Cölestin Krempfsetzer an das Ministerium des Innern, St. Veit 23. Dezember 1814. BayHStA, MK 28.763.
- 213) Generalkreiskommissariat des Isarkreises an das Ministerium des Innern, München, 27. April 1815. Ebda.

- 214) Ebda.
- 215) Schwaiger, Bistümer 68.
- 216) AEM, Pfarrbeschreibung St. Veit bei Neumarkt.
- 217) BayHStA, MK 28 763.
- 218) StAM, RA 9 554.
Max I. Joseph an Hieronymus von Colloredo, München,
23. April 1808.
- 219) Ebda.
- 220) Zum Archidiakonat Gars siehe Hauser.
- 221) Text bei Hausberger 309-329.
- 222) Generaliensammlung der Erzdiözese München und Freising
Bd. I, München 1847, 17.
- 223) StAM, RA 9 564.
- 224) Ebda.
- 225) Dazu und zum Folgenden: Hauser 13 und Schwaiger, Bistümer
175.
- 226) StAM, RA 9 564.
- 227) Amtsblatt für die Erzdiözese München und Freising,
Beilage zur Nr. 7 vom 6. Juni 1924.

Anmerkungen zu Kapitel B "Die politische Verfassung"

- 1) Ferchl XII; Lieberich 41 f.
- 2) Zur Entstehung des Pfleggerichtes Neumarkt Schwarz 170 f. und Stahleder 95-100, die sich nur in einigen Details unterscheiden und sich ansonsten recht gut ergänzen. - Zum weiteren Behördenausbau und zu den Beamten Ferchl 702-721 und Geiß 99-101.
- 3) Schwarz 268-270.
- 4) Lieberich 104.
- 5) Dazu und zum Folgenden Lieberich 104-106 und Stahleder 222-322. - Vgl. dazu auch die Beschreibung des Pfleggerichtes von 1590. StAL, Pfleggericht Neumarkt B 32.
- 6) Beschreibung des Pfleggerichtes vom 27. Oktober 1799. StAL, Pfleggericht Neumarkt A 1. - Im einzelnen waren dies die Pfarreien Ampfing, Feichten, Hörbering, Mettenheim, Niederbergkirchen, Niedertaufkirchen, Oberbergkirchen, Oberheldenstein, Obertaufkirchen, Rattenkirchen, Reichertsheim, Stephanskirchen und Schönberg.
- 7) Ferchl 707.
- 8) Stahleder 374.
- 9) Ebda 375.
- 10) Nach einer Aufstellung für das Etatjahr 1836/37. BayHStA, MInn 15 515.
- 11) Zur Teilung des Landgerichtes Mühldorf Stahleder 376-381, der die jahrelange Vorgeschichte minutiös wiedergibt (Stichproben in den Quellen haben hier Zuverlässigkeit ergeben).
- 12) "Verzeichnis der im Landgerichtsbezirke Neumarkt bestehenden politischen Landgemeinden" vom 30. Januar 1839. Bayerisches Landesvermessungsamt, Grundbuchakt Neumarkt-St. Veit, Bd. I. - Die 28 politischen Gemeinden gliederten sich in die zwanzig Steuerdistrikte Aspertscham, Buchbach mit Walkersaich,

Eggkofen, Elsenbach, Feichten, Gumattenkirchen, Hörbering, (Hof-)Thambach, Irl, Lohkirchen, Neumarkt mit St. Veit, Niederbergkirchen, Niedertaufkirchen, Oberbergkirchen, Oberhofen, Ranoldsberg, Roßbach, Stephanskirchen und Zangberg. Stahleder 380.

- 13) Nach dem "Visitations-Ergebnisse bei dem kgl. Landgerichte Neumarkt" vom 27. September bis 6. Oktober 1859. StAM, RA 29 792, 4 f.
- 14) Volkert 44 f (Einführung der Bezirksgerichte) und 122-124 (Landgerichte ä.O. 1861-1879).
- 15) Stahleder 383.
- 16) Volkert 126-132.
- 17) Stahleder 384.
- 18) Ebda 383.
- 19) Volkert 609.
- 20) Zum Notariatswesen Volkert 135 f.
- 21) RBl.1808, 236 und 249. - Vgl. dazu auch Volkert 152-154.
- 22) Reichsfinanzministerial-Amtsblatt 1919, 9. - Zu Entstehung und Fortentwicklung der Finanzämter Volkert 154 f.
- 23) Stahleder 376.
- 24) "Bemerkungen über den Zustand des Landgerichtes Mühldorf. Erinnerungen und Vorschläge zur Entfernung mancher Ordnung hemmender Hindernisse" vom 21. Januar 1807. BayHStA, GR 920/11.
- 25) RBl.1808, 1110-1112.
- 26) Aufstellung des Landgerichtes Mühldorf über die in seinem Bezirk gebildeten Steuerdistrikte vom 19. August 1808. StAM, AR 731/47. - Vgl. dazu Stahleder, 385, der auf insgesamt 49 Steuerdistrikte kommt, da er Neumarkt und St. Veit eigens anführt; wie er an anderer Stelle, 419, jedoch selber bemerkt, war St. Veit niemals ein eigener Steuerdistrikt, sondern lediglich die "II. Sektion" von Neumarkt. StAM, Kataster 15 890 und 15 891, Titelblätter.

- 27) Stahleder 376.
- 28) Das Gesuch der Marktgemeinde Neumarkt an der Rott vom 21. Dezember 1861, das Gutachten des Rentamtes Mühlendorf vom 15. Januar 1862 und der Ablehnungsbescheid des Finanzministeriums vom 9. Februar 1862 liegen im Akt StAM, AR 2857/3.
- 29) Ferchl 721. - Zur Person Korbinian Hauners am ausführlichsten die Angaben über die Familienverhältnisse und den beruflichen Werdegang im Akt über die Personalverhältnisse der Beamten und Angestellten des Rentamtes Neumarkt im Jahre 1820; StAM, RA 15 779. Kurzcharakteristiken bei Hubensteiner, August Hauner 153 und Obernberg II 273. - Die Prozeßakten für die Auseinandersetzung zwischen Korbinian Hauner und Anna Maria Fleißner liegen im Akt BayHStA, Kl 168/13. Vgl. dazu auch Wagner 149 f., die die Rechtslage verkennt und deshalb das Verhalten Hauners zu negativ beurteilt.
- 30) Die Extradition erfolgte vom 1. bis 26. Oktober 1825 unter der Aufsicht des Regierungskommissars Niethammer. StAM, AR 2888/531.
- 31) Nach der Aufstellung über sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Rentamtes vom 20./21. Oktober 1825. Ebda.
- 32) Nach dem Steuerdistriktsverzeichnis vom 19. August 1808. Wie Anm. 26.
- 33) Siehe dazu das Verzeichnis über die Anzahl und den Inbegriff der Steuerdistrikte des Rentamts Neumarkt vom 26. November 1811, das für jeden Steuerdistrikt alle Ortschaften mit der niederrichterlichen Zuordnung anführt. BayHStA, M F 10167.
- 34) Vgl. Tabelle 6.
Diese Tabelle ist aus drei verschiedenen Quellen zusammengesetzt: Die Angaben über die Märkte, Dörfer, Weiler und Einöden stammen aus dem erwähnten "Tabellarischen Verzeichnis" von 1811 (Wie

Arm. 33); die Zahl der Wohngebäude und die Bevölkerungszahlen wurden den Gütererhebungen des Ministers Montgelas von 1810 und 1811/12 entnommen (BStB, Handschriftenabteilung, Cgm 6844/17 bzw. Cgm 6445/16.1); die Flächenangaben wurden aus den Rustikalsteuerkatastern und Lagerbüchern von 1815 errechnet (StAM, Kataster 15 421, 15 437, 15 457, 15 491, 15 529, 15 597, 15 667, 15 684, 15 965, 15 764, 15 892, 15 919, 15 937, 15 985, 15 980, 16 095, 16 139, 16 167, 16 189, 16 225, 16 335).

- 35) Vgl. dazu auch die Bewohner der Pfarreien Buchbach und St. Veit im Jahr 1810. BStB, Handschriftenabteilung, Cgm 6845/18 .
- 36) . BStB, Handschriftenabteilung, Cgm 6849/17.
- 37) Zu den Gütererhebungen des Ministers Montgelas aus den Jahren 1809 bis 1814 Chr. Borchardt und Günther. - Da beide Darstellungen nur einen knappen Überblick über Aufbau, Inhalt und Mängel der Montgelas-Statistik geben und zusätzliche, fundierte Detailstudien nicht vorliegen, steht eine Gesamtwürdigung dieses bedeutenden Quellenwerkes zur bayerischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte immer noch aus. Nach den eigenen Stichproben zu urteilen, scheinen sich zuverlässige und völlig wertlose Angaben abzuwechseln. Dies systematisch zu erforschen, dürfte eine lohnende Aufgabe sein.
- 38) Wie Arm. 34.
- 39) Zu Aufbau und Inhalt der "Rustikalsteuerkataster wie auch Lagerbuch über das gesamte Grundvermögen des Steuerdistrikts" Heider 27-30.
- 40) Braumühl-Lindner 142 und Heyberger 189.
- 41) Vgl. dazu die Zusammensetzung des Steuerdistriktes Hörbering aus der Montgelas-Statistik (BStB, Handschriftenabteilung, Cgm 6845/16.1) und dem Häuser- und Rustikalsteuerkataster von 1808 (StAM, Kataster 15 666, Titelblatt) mit den Angaben des Grundsteuerkatasters von 1856 (StAM, Kataster 15 677, 3).

- 42) StAM, Kataster 15 677, 3.
- 43) Zum Gemeindewesen vor 1800 vgl. Clement 1-7; Fried, Landgemeinde; Helmreich 3-5; Hiereth, Gemeinden 2-6; Hiereth, Gerichts- und Verwaltungsorganisation 8-18; Lieberich 199-211; Propst 34-44; Pestenhofer 1-18; Reiter 5-27; Rosenthal I 167-182 und II 109-142; Volker 37 f.; Weiß 31-53.
- 44) Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler und Ekkehard Kaufmann, Bd. I, Berlin 1971, 1494-1496 (mit einschlägiger Literatur). - Vgl. dazu auch die genaue begriffliche Klärung bei Propst 8-33.
- 45) Weis, Säkularisation 21.
- 46) Fried, Landgemeinde.
- 47) Ebda 94.
- 48) Ebda.
- 49) Lieberich 936.
- 50) RBl. 1806, 129-133.
- 51) Wahlprotokoll vom 23. März 1806. StAM, RA 74 377.
- 52) Ratsprotokoll vom 3. Mai 1806. StAM, AR 709/359.
- 53) Landesdirektion in Bayern an das Landgericht Mühldorf, München, 7. Januar 1807. Ebda.
- 54) Landesdirektion in Bayern an das Landgericht Mühldorf, München 3. August 1807. Ebda.
- 55) Ratsprotokoll vom 21. August 1807. StAM, RA 74 377.
- 56) Landgericht Mühldorf an die Landesdirektion in Bayern, Mühldorf, 25. August 1807. StAM, AR 709/359.
- 57) Landesdirektion in Bayern an das Landgericht Mühldorf, München, 7. September 1807. Ebda.
- 58) Protokoll vom 2. Oktober 1807. Ebda.

- 59) RBl.1807, 216-231.
- 60) RBl.1808, 209-216.
- 61) Zu Begriff, Umfang und Neuordnung des bayerischen Stiftungswesens von 1806 bis 1810 siehe L. Doeberl 105-116 und Fischer.
- 62) RBl.1808, 355-362.
- 63) Ebda.
- 64) Nach der Aufstellung der Distriktsadministration Neumarkt für die Etatjahre 1814 und 1815, ohne Datum.
StAL, Rep. 42 Fasz. 80 Nr. 22.
- 65) Die Protokolle, die in den einzelnen Orten bei der Übernahme des Stiftungsvermögens erstellt wurden, liegen alle im Akt StAM, RA 3 939.
- 66) Die Verordnung "Die Verwaltung des Stiftungs- und Kommunalvermögens betreffend" vom 6. März 1817 (RBl.1817, 153-161) und die Verordnung "Die Extradition des Stiftungs- und Kommunalvermögens betreffend" vom 15. März 1817 (RBl.1817, 185-194) hatten die Rückgabe des Stiftungs- und Kommunalvermögens an die entsprechenden Gemeinden angeordnet.
- 67) Sämtliche Rückgabeprotokolle im Akt StAM, RA 3 997.
- 68) Protokoll der Übergabe des Stiftungsvermögens an die Stiftungsadministration, 10. Mai 1808. Ebda.
- 69) Protokoll der Rückgabe des Stiftungsvermögens an die Marktgemeinde Neumarkt, 28. November 1818. Ebda.
- 70) Joseph Cressierer an die Regierung des Isarkreises, Neumarkt, 15. Dezember 1819 und Regierung des Isarkreises an das Landgericht Mühldorf, München, 7. März 1820. StAM, RA 28649.
- 71) Maximilian von Montgelas an das Generallandeskommissariat, München, 11. April 1808. StAM, AR 709/359.
- 72) Ebda.

- 73) BayHStA, MIInn 58 155.
- 74) Protokoll vom 4. Mai 1808. StAM, AR 709/360.
- 75) Protokoll vom 2. Dezember 1808. StAM, RA 74 377.
- 76) Johann Baptist Poli an das Generallandeskommissariat, Neumarkt, 24. Juli 1808. Ebda.
- 77) Auf Anweisung des Generalkommissariats ließ das Landgericht Mühldorf im März 1810 Poli wegen "ahndungswürdigen Benehmens" seines Postens entheben und einen neuen Gemeindevorstand wählen. Auf Befehl vom 23. August 1810 verloren Franz Xaver Staiger und Johann Felix Gruber bereits wieder ihre Ämter, so daß von nun an wiederum Poli als Kommunaladministrator wirkte. Landgericht Mühldorf an das Generalkommissariat des Isarkreises, Mühldorf, 23. Februar 1811. StAM, AR 709/359.
- 78) Protokoll vom 16. August 1818. Ebda.
- 79) Sämtliche Schriftstücke dazu liegen im Akt BayHStA, MIInn 58 155.
- 80) RBl. 1808, 2789-2799.
- 81) RBl. 1808, 2405-2431. - Zu Vorgeschichte, Inhalt und Beurteilung der Gemeindeedikte von 1808 siehe Clement 7-35; Demel, Staatsabsolutismus 271-277; L. Doeberl 68-103; Helmreich 5-29; Hiereth, Gemeinden 1-6; Lieberich 211-215; Pestenhofer 23-34; Pölnitz 1-28; Propst 45-68; Reiter 28-35;
- 82) Döllinger XI 89-113.
- 83) Im § 16 des Gemeindeediktes vom 24. September 1808 heißt es dazu: "In den Städten und Märkten unter 5 000 Seelen wird für die Vermögensverwaltung nur dort ein eigener Beamter angestellt, wo die Gefälle so beträchtlich sind, daß die Verwaltung derselben ein besonderes Individuum beschäftigt und entlohnt. Wie Anm. 81.
- 84) Landgericht Mühldorf an das Generalkommissariat des Isarkreises, Mühldorf, 23. Februar 1811. StAM, RA 81 356.

- 85) Dazu und zum Folgenden Hiereth, Gemeinden 10 f.
- 86) Landgericht Mühldorf an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Mühldorf, 7. August 1813. StAM, AR 709/359. - Neumarkt besaß zu diesem Zeitpunkt statt der geforderten 1 000 Einwohner nur 934.
- 87) Generalkreiskommissariat des Isarkreises an das Landgericht Mühldorf, München, 23. Februar 1814. StAM, RA 81 356.
- 88) Wahlprotokoll vom 19. Februar 1814 und Wahlprotokoll vom 3. Dezember 1824. Ebda. - Die Nachwahl war nötig geworden, weil mit der Ernennung Andreas Blumscheins zum Bürgermeister eine Ratsstelle frei geworden war.
- 89) Wahlprotokoll vom 21. März 1814. Ebda.
- 90) Im Abschnitt I. Paragraph 2 des Gemeindeediktes vom 24. September 1808 heißt es dazu: "Diejenigen, die offene Wirtschaften treiben, sind von der Stelle des Gemeindevorstehers ausgeschlossen ...". Wie Arm. 81.
- 91) Wie Arm. 87.
- 92) Protokoll vom 16. August 1818. StAM, AR 709/363. - Von der Möglichkeit, aus finanziellen Gründen auf die magistratische Verfassung zu verzichten und lieber den Status einer Ruralgemeinde anzunehmen, machten 1818 im Isarkreis auch noch die Städte Moosburg und Reichenhall sowie die Märkte Isen, Wartensburg, Au, Nandlstadt, Buchbach, Gars, Teisbach, Velden, Vilsbiburg und Haag Gebrauch. Aufstellung der Regierung des Isarkreises vom 27. August 1818. BayHStA, MInn 34 244. - Zu Beispielen aus ganz Bayern Weiß 260 f.
- 93) GVB1. 1818, 49-96. - Zu Vorgeschichte, Inhalt und Beurteilung siehe Clement 35-84; Helmreich 29-43; Hiereth, Gemeinden 19-28; W. Imhof 7-29; Lieberich 215-217; Pölnitz 23-55; Propst 66-68; Weiß 390-408.
- 94) Protokoll der Gemeindeversammlung vom 8. Februar 1820. StAM, AR 709/365.

- 95) Regierung des Isarkreises an das Landgericht Mühldorf, München, 22. Februar 1820. Ebda.
- 96) Bei Hohn 61 und Stumpf 152 wird für Neumarkt jeweils ein Magistrat angegeben. Dies ist falsch.
- 97) GVBl. 1869, 856-1006. - Siehe dazu auch Kahr; Kastner; Lindner; Pölnitz 74-115; Propst 96-119; Reiter 42-51.
- 98) GVBl. 1919, 239-252. Siehe dazu auch Propst 126-133 und Reiter 57-69.
- 99) Zu Umfang und Grenzen der politischen Gemeinde Neumarkt an der Rott siehe die detaillierte Schilderung im "Beschrieb der politischen Gemeinde Markt-Neumarkt a. Rott (StadtAN, Aktnummer 3/022;1), die Ortsbeschreibungen bei Götz I 330 und 334 f, Hohn 61, Mayer-Westermayer 597-606 und Stumpf 152 sowie die Ortsverzeichnisse bei Heyberger 192, in den Beiträgen zur Statistik des Königreiches Bayern 54 (1888) 191 und in den Beiträgen zur Statistik Bayerns 169 (1950) 205 f.
- 100) Marktbeschreibung vom 26./27. Mai 1774. StAL, Regierung Landshut 3369.
- 101) Marktbeschreibung vom 20.8.1807. StAM, AR 709/359.
- 102) StAM, Kataster 15 890, Bd. I.
- 103) Ebda 15 892, Steuerdistrikt Neumarkt.
- 104) Ebda 15 907.
- 105) Heyberger 189-198.
- 106) Beiträge zur Statistik des Königreiches Bayern 54 (1888) 188-200.
- 107) Stahleder 239.
- 108) StAM, Kataster 15 890, o.S. (Haus-Nr. 173).
- 109) Ebda (Haus-Nr. 162).
- 110) Ebda (Haus-Nr. 163).

- 111) Siehe dazu die Konskription von 1752 (BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 218, 35-37), die Herdstättenanlage des Marktes Neumarkt vom 6. August 1762 (StAL, Pfliegericht Neumarkt A 165, Nr. 113), den Häuser- und Rustikalsteuerekataster von 1808 (StAM, Kataster 15 890, 40 f.) und den Grundsteuerekataster von 1856 (Ebda 16 326, 279-287).
- 112) Vgl. dazu die "Bemerkungen über den Zustand des Landgerichtes Mühldorf" vom 18. Januar 1807 und den "Bericht des Kgl. Baier. Landgerichts Mühldorf über den Zustand des Landgerichts Mühldorf im Jahr 1806" vom 15. Juni 1807. BayHStA, GR 920/11.
- 113) Wie Anm. 80.
- 114) RBL. 1808 1110-1112.
- 115) Zur Bildung der Gemeinden von 1808 bis 1818 die besten Überblicke bei Hiereth, Gemeinden und Weiß 146-408. - Vgl. dazu auch die Anm. 81 und 93.
- 116) Landgericht Mühldorf an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Mühldorf 22. September 1811. StAM, RA 74 339.
- 117) Landgericht Mühldorf an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Mühldorf, 27. April 1811. Ebda.
- 118) Finanzdirektion des Isarkreises an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, München, 10. August 1811. Ebda.
- 119) Stahleder 387.
- 120) Landgericht Mühldorf an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Mühldorf, 3. Juli 1813. StAM, RA 74 339.
- 121) RBL. 1818, 49-96.
- 122) Allgemeines Intelligenzblatt 1818, 683-688.
- 123) Weber I 630-649.
- 124) Da für das Landgericht Mühldorf die Gemeindeverzeichnisse von 1818 verloren gegangen sind, muß auf ein Verzeichnis der Regierung des Isarkreises vom 20. August 1819 zurückgegriffen werden. Stahleder 388 (ist zuverlässig).

Dies waren die Gemeinden: Altmühldorf, Ampfing, Aschau, Aspertsham, Au, Buchbach, Eggkofen, Eiting, Elsenbach, Erharting, Feichten, Flossing, Forsting, Fraham, Gars, Grünbach, Gumattenkirchen, Guttenberg, Hart, Harpolden, Heldenstein, Hörbering, Irl, Jettenbach, Kraiburg, Lauterbach, Lochheim, Lohkirchen, Mühldorf, Maisenberg, Maximilian, Mörmosen, Mettenheim, Mößling, Niederbergkirchen, Neumarkt, Niedertaufkirchen, Oberbergkirchen, Oberhofen, Oberneukirchen, Obertaufkirchen, Ornau, Peterskirchen, Polling, Pürten, Ranoldsberg, Rattenkirchen, Reichertsheim, Roßbach, Schönberg, Schwindegg, Stadel, Stephanskirchen, Taufkirchen, Tegernbach, Thambach, St. Veit, Walkersaich, Weidenbach, Weilkirchen, Wiesbach, Wolfsberg, Zangberg und Zeiling.

- 125) Zur Geschichte der Gemeinde Zangberg siehe Merzenich.
- 126) Vgl. unten Kap. II/2a.
- 127) "Beschrieb der Gemeinde Wolfsberg", 1880. StadtAN, ohne Aktennummer.
- 128) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 51 (1883) 65.
- 129) Heyberger 190 f.
- 130) Das Gemeindeedikt vom 17. Mai und die Verfügung vom 17. August 1818 hatten bestimmt, daß die bereits bestehenden bauerlichen Wirtschaftsgemeinschaften als politische Gemeinden weiterbestehen sollten, wenn sie mindestens über 20 Familien verfügten. Kleinere Dörfer, Weiler und Einöden sollten entweder zu einer eigenständigen Gemeinde zusammengefaßt oder der nächstgelegenen Gemeinde angegliedert werden. Hiereth, Gerichts- und Verwaltungsorganisation 26.
- 131) Franz Xaver Klessing an das Landgericht Mühldorf, Adlstein, 22. Januar 1831. StAM, AR 709/366.
- 132) Sämtliche Schriftstücke zur nicht durchgeführten Abtrennung der Ortschaft Adlstein von der Gemeinde Wolfsberg liegen im Akt StAM, AR 709/366.

- 133) Stahleder 386-395 und 406-444. - Zum Austausch einzelner Grundstücke Bayerisches Landesvermessungsamt, Grundbuchakt Neumarkt-St. Veit, Bd. I: 1838-1914 und Bd. II: 1915-1960 sowie StAM, LRA 187 774-187 894 (in erster Linie für das erste Drittel des 20. Jahrhunderts und nur vereinzelt für das ausgehende 19. Jahrhundert).
- 134) Gemeinderatsprotokolle von Wolfsberg vom 22. September und 26. Oktober 1919 sowie Gemeinderatsprotokolle von St. Veit vom 22. September und 26. Oktober 1919.
StAM, LRA 187 741.
- 135) Beschluß des Staatsministerium des Innern vom 10. April 1920.
Ebda.
- 136) Volkert 525.
- 137) Mathäus Grötzinger an die Zivilverwaltung in Mühldorf, Kindhofen, 23. Mai 1945. StAM, LRA 187 768.
- 138) Beschluß des Staatsministeriums des Innern vom 12. März 1949.
Ebda.
- 139) Im Februar 1949 hatte Grötzinger rund 400 Unterschriften für die Abtrennung gesammelt. Die daraufhin im November durchgeführte Volksabstimmung in der Gesamtgemeinde ergab, daß neben den Bewohnern des Marktes auch die Einwohner Adlsteins und St. Veits für die Zugehörigkeit nach Neumarkt stimmten und nur wenige Bauern des Umlandes die Selbständigkeit vorzogen.
Ebda.
- 140) Stahleder 419.
- 141) Volkert 525. - Die Eingliederung erfolgte dann zum 1. Januar*1972.
- 142) Stahleder 410 f., 414 f. und 433.
- 143) GBl. 1818, 49-96. - Zur Finanzperiode von 1809 bis 1869 siehe Eßlen, Gemeindefinanzen.
- 144) GBl. 1834, 109.
- 145) Weber I 9-14.

- 146) GBl. 1869, 865-1006. - Zur Finanzperiode nach 1869 siehe Kahr I 238-325 und 406-588.
- 147) Mit Ausnahme der Jahrgänge von 1829/30, 1853/54, 1859/60 und 1864/65 haben sich alle Marktrechnungen von 1818 bis 1869 im Stadtarchiv Neumarkt-St. Veit erhalten.
- 148) BStB, Handschriftenabteilung Cgm. 6867/2 (detaillierte Übersicht über jede einzelne Gemeinde) und Cgm. 6867/4 (Zusammenfassung). - Vgl. dazu auch die Kurzcharakteristik dieser Erhebung in den Beiträgen zur Statistik des Königreiches Bayern 76 (1911), Teil I 32-37.
- 149) BStB, Handschriftenabteilung Cgm. 6873/4. - Vgl. dazu ebenfalls die Kurzcharakteristik dieser Erhebung in den Beiträgen... (Wie Ann. 148) 46-48.
- 150) StadtAN, Marktrechnungen Jgg. 1831/32-1839/40.
- 151) Ebda Jgg. 1830/31-1868/69. - Vgl. dazu die Haushaltsführung der Stadt Regensburg, wo man sogar erst nach der Neufassung des Umlagewesens von 1869 die direkte Gemeindesteuer einführte. Im Gegensatz zu Neumarkt gaben hier jedoch nicht die schwache Finanzkraft der Einwohnerschaft, sondern die politischen Umstände den Ausschlag. Da nach dem Gemeindeumlagegesetz von 1819 die Verpflichtung zur Entrichtung einer direkten Gemeindesteuer auf die Inhaber des Bürgerrechts beschränkt war, die besitzende Minderheit der Stadtbewohner aber auf Grund des kommunalen Wahlrechts in den Gemeindeorganen die dominierende Rolle spielte, konnte hier die wohlhabendere Oberschicht jahrzehntelang die Einführung der Gemeindeumlagen erfolgreich abblocken. Albrecht 36 und 39.
- 152) BStB, Handschriftenabteilung Cgm. 6867/2.
- 153) Ebda.
- 154) So ließ sich die Gemeindeverwaltung z.B. 1831/32 beim Neumarkter Bürger Xaver Gaigl 200 Gulden zur Deckung des kommunalen Defizites. StadtAN, Marktrechnungen Jg. 1832/33.

- 155) Vgl. dazu Tabelle 8, in der die Haushalte der Marktgemeinde Neumarkt und der umliegenden Bauerngemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit und Wolfsberg einander gegenübergestellt werden. BSTB, Handschriftenabteilung Cgm. 6867/2.
- 156) Vgl. dazu Schlittmeier, Finanzen der Stadt Landshut, 56-94
- 157) Vgl. dazu die Neufassungen der Einkommens-, Kapitalrenten- und Erwerbssteuergesetze vom 19. Mai 1881 (Weber XV 98-158) und vom 9. Juni 1899 (Weber XXVII 241-314).
- 158) "Beschrieb der politischen Gemeinde Markt-Neumarkt/Rott" von 1880 und "Beschrieb der Gemeinde Wolfsberg" von 1880. Beide StadtAN, ohne Aktennummer.
- 159) Beiträge zur Statistik des Königreiches Bayern 76 (1911) Teil II 35-37 (Statistik der Gemeindefinanzen im Bezirksamt Mühldorf). - Zu den Quellen der Erhebung, zur Methode und Beurteilung siehe Ebda, Teil I 159-434.
- 160) Wie Anm. 148.
- 161) Wie Anm. 158.
- 162) Beiträge zur Statistik des Königreiches Bayern 76 (1911) Teil I 322-351.
- 163) StadtAN, Rechnungen des Malzaufschlages, sämtliche Jahrgänge.
- 164) Zum Bürgerrecht vor 1818 Pestenhofer 67-74 und 92 f.
- 165) Weber I, 190-192, führt dazu die einschlägigen Stellen aus der Gerichtsordnung von 1753 und aus den Bettelmandaten von 1726, 1760, 1765, 1768, 1770 und 1780 an.
- 166) GBl. 1818, 49-96. Vgl. dazu auch Pestenhofer 74-80, 88 und 96-99. - Vorausgegangen war das Gemeindeedikt vom 24. September 1808, das als Gemeindeglieder nur diejenigen Einwohner anerkannte, die in der Gemeinde besteuerte Gründe oder ein besteuertes Gewerbe besaßen (§ 3). RBl. 1808/I, 2405-2431.
- 167) Albrecht 20.

- 168) GVBl. 1869, 856-1006. - Vgl. dazu Albrecht 20 f.; Pesten-
hofer 80-82, 89-91 und 96-99; Riedel, Gesetz über Heimat,
Verehelichung und Aufenthalt 76-80.
- 169) Albrecht 21.
- 170) Zur Unterscheidung der Begriffe Heimat und Ansässigkeit
und zur Gesetzgebung vor 1825 Shorter, Social Change 44-96.
- 171) GBl. 1825, 103-110.
- 172) Ebda 111-126 und 127-142
- 173) Matz 42 und 153-156; Shorter, Social Change 183-251.
- 174) GBl. 1834, 133-146.
- 175) Matz 161.
- 176) Ebda 163-171.
- 177) Zur Vorgeschichte der sogenannten Sozialgesetzgebung
von 1868/69 Hesse 39-136.
- 178) Kreisamtsblatt von Oberbayern 1862, 1285-1304.
- 179) Mit einem ausführlichen Kommentar gedruckt bei Riedel,
Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt.
- 180) Matz 174.
- 181) Hesse 175-177; Matz 173 f.
- 182) GVBl. 1896, 297-301.
- 183) Ebda 1919, 171-205
- 184) Ebda 531-554.
- 185) Im folgenden wird in erster Linie auf die Kommunalrechnungen
zurückgegriffen, da sie bereits ab 1827/28, die Armenrechnungen
hingegen erst ab 1836/37 Angaben über Namen, Berufe und Gebühren
bei den Ansässigmachungen enthalten. Geringfügige Abweichungen
zwischen beiden Quellen sind dadurch zu erklären, daß die Gemeinde-
kasse, die von jeder Ansässigmachungsgebühr ein bis drei Gulden
an den Armenfond abführen mußte, mitunter diese Beiträge erst im
darauffolgenden Etatjahr entrichtete. StadtAN, Marktrechnungen
Jgg. 1827/28-1867/68 und Armenrechnungen 1836/37-1867/68.

- 186) Beiträge zur Statistik Bayerns 192 (1953) 31.
- 187) Dazu die genauen Zahlen: 1840 standen den 901 Einwohnern 9 Ansässigmachungen gegenüber, während 1852 das Verhältnis 1 000 zu 7 und 1867 1 147 zu 9 stand. Beiträge zur Statistik Bayerns 192 (1953) 31 und StadtAN, Armenrechnungen Jgg. 1839/40, 1851/52 und 1867/68.
- 188) StadtAN, Protokolle der Gemeindevorstandssitzungen des Marktes Neumarkt/Rott von Oktober 1863 bis März 1869. - Diese Protokolle sind die einzigen Quellen, die darüber Aufschluß geben, wie die Ansässigmachungsgesuche von der Gemeindeverwaltung behandelt wurden.
- 189) So erfolgten 1846/47 5, 1850/51 7, 1851/52 6 und 1852/53 6 Ansässigmachungen. StadtAN, Marktrechnungen Jgg. 1846/47, 1850/51-1852/53.
- 190) Albrecht 24.
- 191) Von Oktober 1847 bis September 1848 erfolgten 14 Ansässigmachungen. StadtAN. Marktrechnungen Jg. 1847/48.
- 192) StadtAN, Protokollbücher der Beschlüsse des Ausschusses der Gemeinde Neumarkt/Rott, Buch I: 4.7.1869-18.6.1880; Buch II: 11.7.1880-31.12.1885; Buch III: 1.1.1886-2.6.1894; Buch IV: 28.7.1894-31.12.1905; Buch V: 4.9.1909-11.12.1913; Buch VI: 13.12.1913-22.12.1919.
- 193) Beschlüsse des Gemeindevorstandes vom 2. Februar und 30. Juni 1883. Wie Arm. 192, Buch II.
- 194) Diesen Neuansiedlern standen freilich noch jene Personen gegenüber, die das Heimatrecht gleichzeitig mit der Anstellung bei den staatlichen oder kirchlichen Behörden erhielten. In Neumarkt hat sich dieser Faktor jedoch nicht besonders bemerkbar gemacht, da neben den nur ehrenamtlichen Gemeindeämtern einzig das Landgericht Staatsdiener anstellen konnte.
- 195) Vgl. dazu die Gemeinde-Visitation vom 25. August 1884. StadtAN, Aktennummer 10;06.

- 196) StAM, RA 74 378.
- 197) StAM, AR 709/363.
- 198) StadtAN, Marktrechnungen Jgg. 1818/19-1823/24.
- 199) StadtAN, Armenrechnungen Jgg. 1835/36, 1844/45-1847/48, 1849/50-1852/53, 1854/55 f., 1859/60 und 1866/67.
- 200) Beiträge zur Statistik Bayerns 192 (1953) 31.
- 201) Wie Arm. 192.
- 202) StadtAN, Protokollbuch der Beschlüsse der Gemeindeversammlung der Marktgemeinde Neumarkt/Rott von 1878-1919. - In diesen Protokollen wird einleitend immer festgehalten, wie viele Bürger der Gesamtgemeinde überhaupt stimmberechtigt waren und wie viele davon dann tatsächlich bei der Versammlung erschienen sind. Da immer etwas mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend waren, konnten zwar stets gültige Beschlüsse gefaßt werden, doch spricht der schlechte Besuch der Gemeindeversammlungen für das Desinteresse und die apolitische Haltung der Bürger.
- 203) Nach einer "Beschreibung der sämtlichen diesortigen Bürger, so mit Häusern versehen, auch derjenigen, so sich in Zins befinden" vom 20. August 1807.
- 204) Albrecht 21 f.
- 205) Ebda 19 und 22.
- 206) Beschluß des Gemeindevausschusses vom 21. August 1869.
Wie Arm. 192, Buch I.
- 207) Beschluß des Gemeindevausschusses vom 7. Dezember 1885.
Wie Arm. 192, Buch II.
- 208) Beschlüsse des Gemeindevausschusses vom 20. Januar 1878, vom 9. Februar 1878 und vom 14. Oktober 1899.
Wie Arm. 192, Buch I und IV.
- 209) Zur Geschichte des Armenwesens siehe Jacob Bauer; Baumann; Emminghaus; Hesse 22-24 und 29; Matz 45 f.; Möhl; Ratzinger; Sachße-Trennstedt; Schorer.

- 210) Zur Verordnung vom 22. Februar 1808, die das Prinzip der gemeindlichen Armenpflege völlig aufhob und das Armenwesen stattlich-zentralistischen Institutionen und staatlichen Beamten übertrug, siehe Riedel, Armen- und Krankenpflege 5 f.
- 211) RBl. 1816, 779-816.
- 212) Dazu und zum Folgenden Baumann 152 f.
- 213) Gesetzestext mit ausführlichem Kommentar und Vergleichen zur früheren Gesetzgebung bei Riedel, Armen- und Krankenpflege 21-200. - Vgl. dazu auch die Interpretation bei Hesse 219-239.
- 214) Vgl. dazu Matz 48 f. und Laves, der ebenfalls erst 1847 ansetzt. - Die bisher beste Detailstudie zum Armenwesen in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts liegt vor bei Jahn 204-209, dessen Ergebnisse für Schwabmünchen sich in den Grundaussagen mit den Befunden zu Neumarkt decken. - Eine recht brauchbare Darstellung hat Albrecht, 42-47, für Regensburg erarbeitet, der zwar in erster Linie die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts behandelt, aber dennoch mitunter auch auf die Zeit vor 1850 näher eingeht. Da in Regensburg jedoch ganz andere Voraussetzungen herrschten als in Neumarkt, können diese beiden Orten nicht miteinander verglichen werden.
- 215) Mit Ausnahme der Jahrgänge 1860/61 und 1865/66 liegen alle Armenrechnungen der Marktgemeinde Neumarkt an der Rott leicht zugänglich im Stadtarchiv Neumarkt-St. Veit. StadtAN, Armenrechnungen Jgg. 1817/18-1867/68. - Für die heute der Stadt Neumarkt-St. Veit angegliederten ehemals selbständigen Gemeinden Elsenbach, Feichten, Hörbering, St. Veit und Wolfsburg trifft dies nicht zu, so daß hier keine Vergleiche vorgenommen werden können.
- 216) StadtAN, Armen- und Marktrechnungen jeweils die Jgg. 1818/19, 1832/33, 1843/44, 1856/57 und 1868/69.

- 217) 1839/40 betrugen die Ausgaben der Armenpflege 765 Gulden 23 Kreuzer, 1851/52 waren es 1118 Gulden 58 Kreuzer. StadtAN, Armenrechnungen Jgg. 1839/40 und 1851/52. - Demgegenüber besaß die Gemeinde Neumarkt an der Rott 1840 901 und 1852 1000 Einwohner. Beiträge zur Statistik Bayerns 192 (1953) 31.
- 218) StadtAN, Armenrechnungen Jgg. 1817/18 und 1845/46.
- 219) Vgl. dazu die entsprechenden Jahrgänge der Marktrechnungen. StadtAN, Marktrechnungen Jgg. 1818/19-1837/38.
- 220) StadtAN, Armenrechnungen Jg. 1817/18.
- 221) Ebda, Jg. 1836/37.
- 222) Vgl. dazu die Jahresrechnungen von 1835/36 bis 1837/38. Ebda, Jgg. 1835/36-1837/38.
- 223) Protokoll über die Amtsvisitation des Landgerichtes Neumarkt vom 13. bis 18. Juli 1852 (§ 59). StAM, RA 29 792.
- 224) Zum erstmalig erscheint in den Rechnungen von 1839/40 ein Posten "Zuschüsse aus dem Distriktsarmenfond". In den ersten Jahren betrug die Unterstützungssumme zwischen 100 und 200 Gulden, pendelte sich dann im Durchschnitt bei 400 Gulden ein und erreichte in Zeiten höchster Not (z.B. 1846/47) 600 Gulden. StadtAN, Armenrechnungen Jgg. 1839/40-1868/69.
- 225) Ebda, Jg. 1848/49.
- 226) Ebda, Jg. 1817/18.
- 227) Ebda, Jg. 1852/53.
- 228) Die Armenbeschreibungen liegen als Anhang bei den jeweiligen Jahresrechnungen der Armenpflege.
- 229) Von den Männern waren 19 ledig, 5 verheiratet und 19 Witwer, während bei den Frauen 37 ledig, eine verheiratet und 34 verwitwet waren.
- 230) Das Beispiel wurde den Armenbeschreibungen der Etatjahre 1845/46-1855/56 entnommen. StadtAN, Armenrechnungen Jgg. 1845/46- 1855/56.

- 231) Ebda, Jgg. 1828/29.
- 232) "Tagschichten Verzeichnis über Tagelöhner Arbeiten vom 16. bis 21. Februar 1829". StAM, RA 16556/3.
- 233) Dazu und zum Folgenden StadtAN, Armenrechnungen Jg. 1838/39, Jahresrechnung und Beleg Nr. 6.
- 234) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 7 (1857) 7.
- 235) StadtAN, Armenrechnungen Jg. 1853/54.
- 236) Wie Arm. 234.
- 237) Wie Arm. 235.
- 238) Intelligenzblatt für den Isarkreis 1819, Beilage 29.
- 239) Ebda 1829, 575.
- 240) Intelligenzblatt für Oberbayern 1840, 959.
- 241) Ebda 1846, 1287.
- 242) Ebda 1853, 1271.
- 243) Ebda 1605 f.
- 244) Diese beiden Beispiele stammen aus dem Posten IX der Ausgaben der Armenpflege von 1853/54. StadtAN, Armenrechnung Jg. 1853/54.
- 245) Cölestin Krempelsetzer an das Landgericht Mühldorf, St. Veit, 8. März 1831. StAM, AR 709/366.
- 246) Der gesamte Schriftwechsel und die Unterstützungslisten für Barbara Knauer liegen im Akt 16; 150/1 im Stadtarchiv Neumarkt-St. Veit.
- 247) Vgl. dazu die Beschreibungen der Stiftungen von 1821/22 (StAM, RA 81 959), 1832 (BStB, Handschriftenabteilung, Cgm. 6 868/4), 1895/98 und 1910 (beide StAM, LRA 26 650).
- 248) StAM, AR 709/360.
- 249) Zu Gründung, Stiftungszweck und Stiftungskapital der Grandauer-schen Armenstiftung siehe die "Statistik der Stiftungen für Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke im Amtsbezirk Mühldorf" von 1910. StAM, LRA 26 650.

- 250) Die Vorgeschichte der Hingerlschen Wohltätigkeitsstiftung, einschließlich des Stiftungsbriefes, ist dokumentiert im Akt StAM, LRA 52 456, während der gesamte Schriftwechsel zur Errichtung der Kleinkinderbewahranstalt, die Verträge und die Satzung im Akt StAM, LRA 52 455 liegen.
- 251) "Statistik ... Mühldorf" (wie Arm. 249).
- 252) Ebda. - Während die Oberholzsche Legatenstiftung bereits 1816 ihre Überschüsse an die lokale Armenkasse abführte, wurden die Statuten der Grandauerschen Armenstiften erst 1878 in diesem Sinn geändert. Insgesamt verfügten beide Stiftungen über ein Gesamtvermögen von 7 347,59 Mark, das pro Jahr Einnahmen von 333,67 Mark und Ausgaben von 252,69 Mark gewährte.
- 253) Ebda.
- 254) Ebda.
- 255) Angermeier 29.
- 256) Vgl. dazu die Beschreibungen der Armen- und Krankenanstalt in den beiden Visitationsberichten des Landgerichtes von 1852 und 1859. StAM, LRA 29 792.
- 257) "Etat des Bruder- und Leprosenhauses Neumarkt nach 10jährigem Durchschnitt von 1849/50 bis 1858/59". StadtAN, Beilage zur Rechnung der Bruder- und Leprosenhausstiftung im Etatjahr 1858/59.
- 258) Ebda.
- 259) StadtAN, Rechnungen der Bruder- und Leprosenhausstiftung Neumarkt, Jgg. 1839/40-1868/69.
- 260) Ebda, Jg. 1861-62. - Die Schulden stammten freilich ausschließlich aus den Kriegszeiten des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts.
- 261) Nach einer Aufstellung vom Etatjahr 1841/42. Ebda, Jg. 1841/42.
- 262) Diepolder 394.
- 263) Vgl. dazu Klaus Kratzsch, Wittelsbachische Gründungsstädte: Die frühen Stadtanlagen und ihre Entstehungsbedingungen, in: Hubert Glaser (Hg.), Wittelsbach und Bayern, Bd. I/1: Die Zeit der frühen Herzöge. Von Otto I. zu Ludwig dem Bayern, München-Zürich 1980, 318-337.

- 264) Zu Inhalt und Beurteilung der Ottonischen Handfeste von 1311 siehe Hiereth, Ottonische Handfeste und die Zusammenfassung bei Kraus 139-141.
- 265) Diepolder 393 f.
- 266) Ebda 394.
- 267) Eine kurze und klare Beschreibung des Inhalts der Hofmarksgerichtsbarkeit bei Diepolder 394; Hiereth, Gerichts- und Verwaltungsorganisation 9 f.; Lieberich 42 f.
- 268) Dazu und zum Folgenden F. Hausmann 50 f.; Klebe 40 f.; Lieberich 763; - Einseitig verkürzt dargestellt wird die Gerichtsgewalt der Sitzinhaber bei Hiereth, Gerichts- und Verwaltungsorganisation 10 f.
- 269) Text bei Gustav Freiherr von Lerchenfeld, Die altbayerischen landständischen Freibriefe mit den Landfreiheitserklärungen, München 1853, 157-163. - Vgl. dazu Hiereth, Gerichts- und Verwaltungsorganisation 15 f.; Lieberich 44 f.; Lütge, Grundherrschaft 54.
- 270) Zur Adelspolitik Montgelas¹ Demel, Adelsstruktur und Adelspolitik; Hofmann, passim; Nusser .
- 271) RBl. 1808, 985-1000. - Zur Beurteilung der Konstitution Wegelin und zuletzt Möckl.
- 272) RBl. 1808, 1785-1799.
- 273) Ebda 2245-2260.
- 274) RBl. 1809, 113 f.
- 275) Vgl. dazu Hofmann 291-302.
- 276) RBl. 1812, 1515-1556.
- 277) Dazu und zum Folgenden Hofmann 307-321.
- 278) CBl. 1818, 221-276.
- 279) Siehe dazu Prenitzer, der diese Modifizierungen für jeden einzelnen Paragraphen detailliert anführt.

- 280) Wörtlich heißt es dazu im Edikt: "Die gutsherrliche Gerichtsbarkeit kann nur von der Quelle aller Gerichtsbarkeit im Reiche, vom Souverän ausgehen, und wird nur aus dessen besonderer Ermächtigung, unter der Oberaufsicht Seiner Stellen ausgeübt" (§ 25).
- 281) Hofmann 400.
- 282) "Gesetz über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixierung und Ablösung von Grundlasten", 4. Juni 1848. GBl. 1848, 97-118, hier Art. 1.
- 283) Dazu und zum Folgenden Hofmann 494-497.
- 284) Zur gesetzlichen Regelung der Grundentlastung ab 1848 siehe die knappen und prägnanten Zusammenfassungen bei M. Doeberl, Verfassungsleben 114; Lütge, Agrarverfassung 253-255; Hermann von Stengel, Die Grundentlastung von Bayern. Systematische Erläuterung des Gesetzes von 1872, Würzburg 1874; Zorn, Wirtschafts- und Sozialgeschichte 39-41. - Die allgemeine Literatur ist gut zusammengefaßt bei Fried, Bauernbefreiung 124 f./Anm. 2. - Für Bayern ist einschlägig A. von Damianoff; Die Zehentregulierung in Bayern, Stuttgart 1896; Adolf Dimpfl, Der Einfluß der Bauernbefreiung auf den landwirtschaftlichen Betrieb, Diss. masch. Erlangen 1915; Fried, Bauernbefreiung; Karl Half, Die Bauernbefreiung und der Stand des Bodenzinsrechtes in Bayern, Leipzig 1910; Sebastian Hausmann, Die Grundentlastung in Bayern, Straßburg 1892; Eugen Jäger, Kurze Geschichte des deutschen Bauernstandes mit besonderer Berücksichtigung auf die Grundentlastung in Bayern, Speyer 1898; P. Schödel, Die Bauernbefreiung in Bayern und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen (Diplomarbeit der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München), masch. 1968; Otto Stolz, Die Bauernbefreiung in Süddeutschland, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 33 (1940), 1-68; Harald Winkel, Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 19), Stuttgart 1968.

- 285) Hör-Morenz 16.
- 286) Stahleder 194.
- 287) BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 447, 159. - Vgl. dazu Stahleder 277, der dieses Anwesen mit dem falschen Hausnamen "Wünchner" versieht und demgemäß einen fingierten Ort "Wünchen" konstruiert.
- 288) BayHStA, Kurbayern Geheimes Landesarchiv 1145, 465 f. (1597); Ebda 1146, 799-304 (1618); StAL, Pfleggericht Neumarkt B 14, Nr. 2 (1717: in dieser "Herdstett-Beschreibung" ist der Münchner-Hof noch nicht aufgenommen); BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 218, 133-144 (1752). - Die Bezeichnung der Hoffüße ist in den Tabellen und im fortlaufenden Text wörtlich den Quellen entnommen.
- 289) BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 447, 150-160. - Gegenüber der Konskription von 1752 weist das Hofanlagebuch zwei Unterschiede auf: Erstens verzeichnet St. Veit den Zuwachs von einem Anwesen mit einem Hoffuß von 1/16 und zweitens waren die mit Gewerberechten ausgestatteten Anwesen des Lederers und Klostermüllers von 1/16 auf 1/12 angehoben und somit höher steuerlich veranlagt.
- 290) Hofmarksbeschreibung vom 16. Februar 1806. BayHStA, KL 788/143.
- 291) StAM, AR 711/6; - abgedruckt bei Stahleder 396-398.
- 292) Stahleder 395.
- 293) Franz Xaver Schattenhofer an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, München, (Tag fehlt), August 1813.
StAM, RA 19 505.
- 294) Der Pfarrhof und das Mesnerhaus zu Elsenbach werden hier erstmals dem St. Veiter Gerichtsbezirk zugeschlagen. Die Hofmarksbeschreibung von 1693 versieht ein gemauertes Haus bei der Kirche in Elsenbach mit der Bemerkung "darauf wird aber dem Chloster Jurisdiction nit bestandten" (BayHStA, Kurbayern Geheimes Landesarchiv 1146, 681), während die Konskription von 1752 diese Anwesen ebensowenig erwähnt wie das Hofanlagebuch von 1760.

- 295) Dieses Anwesen erscheint hier erstmals in den St. Weiter Quellen.
- 296) Vgl. dazu das Verzeichnis über die zum Patrimonialgericht Kempfenhausen gehörenden Untertanen des Damenstiftes vom 17. Mai 1813. StAM, AR 711/5.
- 297) Generalkreiskommissariat des Isarkreises an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, München, 6. September 1813. BayHStA, M Inn 29 802.
- 298) Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, München, 28. Oktober 1813. Ebda.
- 299) Generalkreiskommissariat des Isarkreises an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, München, 24. Februar 1814. Ebda.
- 300) BStB, Handschriftenabteilung Cgm 6845/16.1.
- 301) So das Generalkreiskommissariat in seinem Gutachten vom 6. September 1813. Wie Ann. 297.
- 302) Protokoll vom 18. September 1818. StAM, RA 19 505.
- 303) Franz Xaver Schattenhofer an Max I. Joseph, München, 17. September 1818. BayHStA, M Inn 29 802.
- 304) Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten an die Regierung des Isarkreises, München, 10. Oktober 1818. Ebda.
- 305) Protokoll vom 31. Oktober 1813. StAM, RA 19 505.
- 306) Weber I 648.
- 307) Protokoll vom 9. Oktober 1829. StAM, RA 19 505.
- 308) Ministerium des Innern an die Regierung des Isarkreises, München, 21. Februar 1827. Ebda.
- 309) StAL, Pflegamt Neumarkt A 3. - Vgl. dazu auch Lieberich 932.

- 310) Zur Familie Neuhaus zuletzt Laurentius Koch, Das Palais Preysing. Bauherren und Bewohner, in: Zwei Münchner Adelspalais. Palais Portia - Palais Preysing. Mit Beiträgen von Gabriele Dischinger, Laurentius Koch und Robert Münster, München 1984, 95-119, hier 95-105. - Vgl. dazu außerdem Ferchl 72, 486 und 703-705 sowie Ernst Heinrich Kneschke (Hg.), Neues allgemeines Deutsches Adels-Lexikon, Bd. VI, Hildesheim - New-York 1973, 485 f.
- 311) BayHStA, Kurbayern Geheimes Landesarchiv 1146, 280.
- 312) Ebda 672-674.
- 313) Ebda 675. - 1618 hatte Baumburg noch Hans Wilhelm Lerchenfeld gehört, freilich ohne mit der Edelmannsfreiheit ausgestattet zu sein. Ebda 280.
- 314) Stahleder 187.
- 315) Ferchl 705.
- 316) So die Herdstättenbeschreibung von 1717. StAL, Pfliegericht Neumarkt B 14, Nr. 15.
- 317) StAM, RA 19 277. - Rall, 431, berichtet, daß die Familie Klessing das Niedergericht Adlstein von 1783 bis 1835 in Händen gehalten hätte. Beide Angaben treffen nicht zu, da die Familie Klessing, wie gezeigt, Adlstein und Baumburg bereits 1759 erwarb und von da an bis zur Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit im Jahre 1848 als Gerichtsinhaber nachgewiesen werden kann.
- 318) BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 447, 170.
- 319) Dazu und zum Folgenden Koch (wie Anm. 310) 104 f und Stahleder 187.

- 320) BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 447, 164-177. - Vgl. dazu Stahleder 279 f., der bei seiner Beschreibung des Sitzes Adlstein und Baumburg die Angaben aus der Konskription von 1752 mit jenen aus dem Hofanlagebuch von 1760 vermischt. Für die Ortschaft Adlstein übernimmt er die Namen Peterhannß, Baumgarttner, Jakobshueber und Elsberger aus der Konskription, springt dann aber über auf das Hofanlagebuch. Hier greift er jedoch nicht mehr auf die Namen der Häuslbesitzer zurück, sondern führt bei zwei Anwesen den Beruf des Besitzers an, so daß Schaidmacher für Lorenz Mayr und Zimmermann für Sebastian Hinteracher stehen. Doch ist auch dies nicht konsequent durchgeführt: Obwohl beim siebten Anwesen "lähres Häusl" steht und auch der Name und Beruf des Besitzers mit Joseph Krähinger, Weber, vorhanden sind, führt Stahleder "Neues Häusl" an. Darüberhinaus ist Stahleder auch entgangen, daß Lorenz Mayr nicht zum Sitz gehören kann, da bei ihm die Konskription die Anmerkung macht: "gibt die Steuern zum gemeinen Markt Neumarkt, weillen dies im Burgfries entlegen". Die Aufstellung über die einschichtigen Güter ist dem Hofanlagebuch entnommen; Hofnamen, Anzahl der Güter und Hoffüße sind hier jedoch korrekt wiedergegeben.
- 321) BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 218, 35-37.
- 322) StAL, Pflöggericht Neumarkt A 165.
- 323) "Haupt-Fassion und Kapitals-Anschlag sämtlicher aus der Provinz Bayern zu beziehender steuerbarer Renten des Sitzes Adlstein", 1808. StAM, RfK 5448.
- 324) "Fassion der auf eigene Regie betriebenen Oekonomie beym Sitz Adlstein", 1808. Ebda.
- 325) Kgl. Landesdirektion an Franz Joseph Veit von Klessing, München, 4. Januar 1809. StAM, RA 19 277.
- 326) Franz Joseph Veit von Klessing an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Adlstein, 10. Dezember 1813. Ebda.

- 327) Franz Joseph Veit von Klessing an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Adlstein, 24. August 1813. Ebda. - Siehe dazu auch die erste Stellungnahme des Generalkreiskommissariates in dem Bericht an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom 20. September 1813. Ebda.
- 328) Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, München, 27. Oktober 1813. Ebda.
- 329) Franz Joseph Veit von Klessing an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Adlstein, 10. Dezember 1813 und 30. Januar 1814. Ebda.
- 330) Landgericht Mühldorf an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Mühldorf, 26. April 1814 und 22. Juni 1814. Ebda.
- 331) Franz Joseph Veit von Klessing an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Adlstein, 27. Januar 1816. Ebda. - Der Erlaß vom 31. Juli 1815 ist zwar nicht mehr im Original erhalten, doch referiert Klessing in seiner Antwort dessen Inhalt.
- 332) Franz Joseph Veit von Klessing an die Regierung des Isarkreises, Adlstein, 26. Dezember 1819. Ebda.
- 333) Max I. Joseph an die Regierung des Isarkreises, München, 17. Januar 1820. Ebda.
- 334) Stahleder 388 f. und 406-435.
- 335) Vgl. dazu StAM, Kataster 15 892, 76 f. und 80 f. sowie Kataster 16 326, 279-284.
- 336) StAM, RA 22 526/1.
- 337) Nachdem Anton von Klessing bereits über ein Jahr lang die Patrimonialrichterstelle innegehabt hatte (Protokoll vom 6. März 1840), gab sein Vater Franz Joseph Veit von Klessing am 4. Juni 1841 bekannt, daß er bei der kürzlich vorgenommenen Erbteilung seinem Sohn Anton am 1. Juni den Besitz Adlstein mit allen Rechten und Gerechtigkeiten übergeben habe. Beide Dokumente im Akt StAM, RA 19 277.

- 338) Die Übergabeprotokolle an den Staat sind zwar verloren gegangen, doch lassen die übrigen Akten zur Grundentlastung nur den Schluß zu, daß hier genau nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren wurde.
- 339) Für die Anwesen in der Ortschaft Adlstein StAM, Kataster 16 402, 1549-1569; für die Anwesen in Tegernbach, Bernloh und Rott Kataster 16 399, 865,880 und 907, in Kobl Kataster 16 401, 1372, in Oberwiesbach, Dörfel und Hundham Kataster 16 402, 1514, 1571 und 1578 f.
- 340) StAM, Kataster 16 401, 1372.
- 341) Ebda 16 402, 1568.
- 342) Ebda 16 399, 907. - Für das Landgericht Neumarkt brechen die Akten zur Grundentlastung mit dem Jahr 1880 ab.
- 343) Ebda 16 327, 492.
- 344) Ebda 116.
- 345) Ebda 404.
- 346) Dieser Durchschnittswert ist errechnet aus sämtlichen Angaben über Besitzwechsel in dem Grundsteuernkataster von 1856 und dem dazugehörigen Umschreibheft StAM, Kataster 16 326, 117-167 und 279-284 sowie Kataster 16 327, 116-168, 279-284 und 404-492.
- 347) Dazu die genauen Zahlen: Übernahme durch eine Tochter in 57,14 % aller Besitzübergaben, durch einen Sohn in 35,72 % und durch eine Erbengemeinschaft von mehreren Kindern in 7,14 %.
- 348) Zur Besitzgeschichte Teisings Stahleder 194. - Zur Familie Magensreuter vgl. auch Lieberich 409.
- 349) Zur Familie Pelkoven siehe Ernst Heinrich Kneschke (Hg.), Neues allgemeines Deutsches Adels-Lexikon, Bd. VII, Hildesheim - New York 1973, 86 f.; Franz Josef Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst (Hg.), Genealogisches Handbuch des in Bayern immatrikulierten Adels, Bd. III, Neustadt/Aisch 1952, 209 f.; Lenk; Oswald; Walter Schärfl, Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 bis 1918 (Münchener Historische Studien/Abteilung bayerische Geschichte, Bd. 1), Kallmünz 1955, 368.

- 350) StAM, Kataster 15 540, 94 1/7 und 120 1/4.
- 351) Ebda 94 1/9. - 1934 kamen also sämtliche Teisinger Besitzungen aus den Händen der direkten Erb- und Blutslinie der Familie Pelkoven. Ohne einen Blick in die Kataster zu werfen, behauptet Stahleder, 194, daß die Güter bis 1960 im Besitz der letzten Freiin von Pelkoven, verehelichte Hornstein-Bietingen, waren. Er beruft sich dabei (mit falschen bibliographischen Angaben) auf den schmalen Aufsatz von Agnes Oswald, der diese Behauptung jedoch keinesfalls stützt, sondern gleich in der ersten Zeile von der Besitzabtretung nach dem Tod des Freiherrn Alfred von Hornstein-Bietingen spricht.
- 352) StAM, Kataster 94 1/15. - Ohne den Oberbauernhof umfaßte Schloß und Gut Teising zu diesem Zeitpunkt 33,38 Hektar.
- 353) Ebda 94 1/16 und 120 1/8-1/10.
- 354) Ebda 94 1/16.
- 355) BayHStA, Kurbayern Geheimes Landesarchiv 1145, 466 (1597); Ebda 1146, 683 f. (1693); BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 218, 194-201 (1752); Ebda 447, 17-20 (1760). - Die Angaben aus der Konskription von 1752 und dem Hofanlagebuch von 1760 sind hinsichtlich der Anzahl der Höfe und des Hoffußes identisch.
- 356) Vgl. dazu auch Becker 336, Schwarz 254 f. und Stahleder 277 f., der zu anderen Ergebnissen kommt und die Ortszugehörigkeit der außerhalb des Neumarkter Landgerichtes gelegenen einschichtigen Güter nicht identifiziert.
- 357) BayHStA, Kurbayern Geheimes Landesarchiv 1146, 278.
- 358) BayHStA, GR 302b/47, Nr. 15.
- 359) BayHStA, Kurbayern Geheimes Landesarchiv 1147, passim. - Die Berichte behandeln die Jahre von 1780 bis 1801.

- 360) Ebda 126. - Der Teisinger Gerichtsverwalter gibt bekannt, daß nach dem Tod des Freiherrn Franz de Paula von Pelkoven auf Wildthurn, Reichersdorf, Teising und Grafing am 26. September 1782 der Sitz am 26. Oktober auf dessen Bruder Johann Nepomuk übergegangen sei.
- 361) Zur Besitzgeschichte Grafings Stahleder 195 f. und Wening 57.
- 362) BayHStA, Kurbayern Geheimes Landesarchiv 1145, 464 f.
- 363) Ebda 1146, 618 f.
- 364) BayHStA, Kurbayern Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung 218, 190-193.
- 365) Ebda 447, 6 f.
- 366) BayHStA, Kurbayern Geheimes Landesarchiv 1147, 11.
- 367) StAL, Pfliegergericht Neumarkt B 14, Nr. 8.
- 368) StAM, RFK 5497.
- 369) Wie Arm. 367
- 370) So zum Beispiel der Häuser- und Rustikalsteuernkataster von 1808 (StAM, Kataster 15 666,23) und der Gewerbesteuerkataster von 1856 (Ebda 15 677, 191-194).
- 371) Dazu und zum Folgenden siehe "Fassion der verpachteten Ökonomie bey der königl. baierisch. Freyherrl. von Pelkovischen Hofmark Teising und Grafing" und die Fassionen der grundherrlichen Renten, Zehnten, Lehen und Grundzinsen von 1808. StAM, RFK 5497.
- 372) Lenk 225.
- 373) Für die Umwandlung Teising und Grafings in Patrimonialgerichte besitzen wir zwar kein amtliches Schreiben als Beleg, doch läßt der spätere Schriftwechsel keinen Zweifel darüber aufkommen, daß dieser Rechtsakt tatsächlich Ende 1808 vorgenommen wurde.
- 374) Protokoll vom 6. August 1808. StAM, RA 19490.

- 375) Statistisches Verzeichnis der gutherrlichen Gerichte Teising und Grafing vom 28. Dezember 1812. StAM, AR 711/5. - Im Gegensatz dazu nennt das Verzeichnis über die im Landgericht Mühldorf gelegenen Patrimonialgerichte vom 28. Oktober 1808 (StAM, AR 711/6; abgedruckt bei Stahleder 396-398) für Teising 35 und für Grafing 18 Familien. Diese Angaben sind falsch, da der Verfasser jene 10 Familien, die auf den einschichtigen Gütern Grafings lebten, hier unterschlägt und sie dafür bei Teising dazurechnet.
- 376) Johann Nepomuk von Pelkoven an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Wildthurn, 20. September 1813. StAM, RA 19490.
- 377) Gutachten des Landgerichts Mühldorf vom 28. April 1814. Ebda.
- 378) Johann Nepomuk von Pelkoven an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Wildthurn, 23. Juni 1814 und 8. Oktober 1814. Ebda.
- 379) Landgericht Mühldorf an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Mühldorf, 31. August 1814. Ebda.
- 380) Landgericht Mühldorf an die Regierung des Isarkreises, Mühldorf, 30. November 1818. Ebda. - Das Landgericht Mühldorf faßte hier auf Nachfrage der Regierung des Isarkreises seine bisherige Argumentation noch einmal zusammen.
- 381) Johann Nepomuk von Pelkoven an Max I. Joseph, Wildthurn, 3. September 1816. Ebda.
- 382) Staatsministerium des Innern an das Landgericht Mühldorf, München, 1. Februar 1817. Ebda.
- 383) Johann Nepomuk von Pelkoven an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Wildthurn, 11. August 1814. - Die freiwillige Überlassung der Niedergerichtsbarkeit an das Landgericht Mühldorf ist quellenmäßig nicht direkt zu belegen, doch erwähnt Pelkoven in diesem Antrag die Abgabe für November 1812.

- 384) Landgericht Mühldorf an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises, Mühldorf, 5. Oktober 1815. Ebda.
- 385) Das genaue Rückgabedatum der Niedergerichtsbarkeit an Johann Nepomuk von Pelkoven ist quellenmäßig nicht überliefert; für das Frühjahr 1816 spricht der Brief Pelkovens an das Generalkreiskommissariat des Isarkreises vom 24. Mai 1816, denn hier bittet Pelkoven bereits nach Erhalt der "provisorischen Gerichtsbarkeit", Anton Brunner als örtlichen Gerichtshalter einsetzen zu dürfen. Ebda.
- 386) Hofmann 321.
- 387) Generalkreiskommissariat des Isarkreises an Johann Nepomuk von Pelkoven, München, 15. Juli 1816. StAM, RA 19490.
- 388) Dies waren: der Übergabebrief für das Wirts- und Hofbauerngut in Grafig vom 14. Oktober 1814, dem sich noch ein Austrags- und Heiratsbrief anschlossen (StAM, Brief-Protokolle Gericht Neumarkt 113, Nr. 6-8); der Erbteilungsvertrag zwischen dem Witwer Martin Obermayr und seinen drei Kindern aus erster Ehe über die Strohschneider-Sölde in Teising vom 19. Januar 1815, dem ebenfalls noch ein Heiratsbrief unmittelbar folgte (Ebda, Nr. 57 f.); der Übergabebrief für die Hofmann-Sölde in Teising vom 5. Juni 1815, dem wiederum eigens ausgestellte Austrags- und Heiratskontrakte angeschlossen waren (Ebda, Nr. 119-121). Bei sämtlichen Verbriefungen wurden vom Patrimonialgericht Siegelgelder und Taxen erhoben.
- 389) Johann Nepomuk von Pelkoven an die Regierung des Isarkreises, Wildthurn, 12. Oktober 1818. StAM, RA 19490.
- 390) Landgericht Mühldorf an die Regierung des Isarkreises, Mühldorf, 16. Oktober 1818. Ebda. - Da nun auch an den Orten, wo vor 1808 nur Sitzgerichtsbarkeit bestanden hatte, Patrimonialgerichte errichtet werden durften, fiel der bisherige Einwand des Landgerichts weg. Vgl. dazu das bereits zitierte Schreiben des Mühldorfer Landgerichtes an die Regierung des Isarkreises vom 30. November 1818. Ebda.

- 391) Regierung des Isarkreises an das Staatsministerium des Innern, München, 21. Januar 1820. Ebda.
- 392) Staatsministerium des Innern an Johann Nepomuk von Pelkoven, München, 30. Juli 1820. BayHStA, M Inn 29852.
- 393) Vereidigungsprotokolle vor den Landgerichten Erding und Landshut vom Januar 1821. StAM, RA 19490.
- 394) Demgemäß weisen die Teisinger Briefprotokolle der Jahre von 1818 bis 1848 für sämtliche 37 Anwesen des Patrimonialgerichtes mindestens eine Verbriefung auf, während für die vier Güter in Katzbach, Wambach und Wachelkofenreith keine Verbriefung mehr belegt ist, sondern nur noch Konsenserteilungen vorliegen. StAM, Brief-Protokolle Gericht Neumarkt 324-326.
- 395) Stahleder 411.
- 396) Ebda 414.
- 397) StAM, RA 22526/1.
- 398) Übergabebrief für den 1/2 Sinhuberhofin Lamprechten von Anna Maria Bruckmair an die Tochter Anna und ihren Bräutigam Anton Moosner vom 26. August 1848. StAM, Brief-Protokolle Gericht Neumarkt 326.
- 399) Nach dem "Protokoll, abgehalten bei der Extradition der Amtsgeschäfte des königl. Landgerichtes Neumarkt von dem kgl. Landrichter Guggenbiller an den kgl. Landrichter Drausnück" (§ 3) vom 31. Oktober 1848. StAM, RA 29785.
- 400) Für die Anwesen in Teising und Grafing StAM, Kataster 16 399, 870-879 und 909-918; für die ehemals einschichtigen Güter in Aspertsham, Imming, Fischeck und Großthalham Ebda, 197 und 919-922 sowie für Lamprechten Kataster 16 402, 1575 f.
- 401) Nach einer Notiz anlässlich der Übergabe des Teisinger Patrimonialrichteramtes an Kajetan Nußbaumer im Mai 1830. StAM, RA 19490.

- 402) Ablösungsprotokoll vom 1. August 1848. StAM, Brief-Protokolle
Gericht Neumarkt 326.
- 403) StAM, Kataster 16 399, 921.
- 404) Von 1872 bis 1880 wurden abgelöst: in Teising die Anwesen 21,
25, 28, 29 und 30 (StAM, Kataster 16 399, 870, 874, 877-879),
in Grafing die Anwesen 49, 50/51, 52, 54, 57 und 60/61 (Ebda,
909-911, 913, 916, 918) sowie alle ehemals einschichtigen
Güter mit Ausnahme des "Degler-Gütles" in Lamprechten (wie Anm.
400).

Anmerkungen zu Kapitel C "Die Wirtschafts- und Sozialstruktur"

- 1) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 4 (1855) 54-59. - Vgl. dazu auch die Berufsstruktur des Landgerichts Neumarkt im Jahre 1840. Ebda 1 (1850) 32-35.
- 2) Zur Entwicklung der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert siehe Borchardt, Agrarlandschaft; ders., Fruchtfolgesystem; Finckenstein; Fried, Historisch-statistische Beiträge; ders. in Spindler, HdBG IV/2, 755-759; H. Haushofer, Landwirtschaft; F. Hausmann; Henning; Lütge, Agrarverfassung; Lutzner; Nipperdey 145-178; Rabel; Sandberger in Spindler, HdBG IV/2, 732-748; Sandgruber (Österreich 1750-1918); Schlögl; Zorn, Probleme und Quellen; ders., Wirtschafts- und Sozialgeschichte 37-44.
- 3) StAM, Kataster 16163, 7-21 und ebda 16164, 7.
- 4) Ebda 15468, 1-4 und ebda 15469, 8.
- 5) Ebda 16345, 1-10 und 69-73 sowie ebda 16346, 3-5 und 73.
- 6) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 51 (1887) 65. - Diese Tabelle schlüsselt nur den Besitz innerhalb der Grenzen der jeweiligen Steuergemeinden auf; gehörte zu einem Anwesen jedoch auch Besitz auf anderen Gemeindeterritorien, so findet er hier keinen Niederschlag. Stichproben haben aber ergeben, daß mit Ausnahme der Steuerdistrikte Buchbach und Neumarkt fast der gesamte Besitz der Anwesen auf den entsprechenden Gemeindegebieten lagen, so daß keine wesentlichen Abstriche gemacht werden müssen.
- 7) Stahleder, passim.
- 8) Ebda 236.
- 9) StAM, Kataster 15502 (Elsenbach), 15539 (Feichten), 15677 (Hörbering), 16163 (St. Veit), 16319 (Wiesbach) und 16326 (Wolfsberg).

- 10) Vgl. dazu auf breiter Basis die Arbeiten zum Historischen Atlas von Bayern.
- 11) Zur Beurteilung der Montgelas-Statistik siehe die Ausführungen zur Fläche der Steuerdistrikte.
- 12) Borchardt, Fruchtfolgesystem 132.
- 13) BStB, Handschriftenabteilung Cgm 6849/17.
- 14) Ebda. - Bei den Ernteerträgen führte der Roggen demgemäß mit 42,70 % vor der Gerste mit 27,94 %, dem Hafer mit 22,82 % und dem Weizen mit 6,54 %.
- 15) Zur landwirtschaftlichen Bodennutzung im Amtsgericht Neumarkt im Jahre 1893 siehe die Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 60 (1894) 46-52.
- 16) Nipperdey 152.
- 17) Sandberger in Spindler, HdBG IV/2, 732. - Vgl. dazu auch Nipperdey 152 f., der Zahlenmaterial für ganz Deutschland angibt.
- 18) Sandberger in Spindler, HdBG IV/2, 732.
- 19) Ebda 735 f.
- 20) BStB, Handschriftenabteilung Cgm 6850/17.
- 21) Dazu die genauen Zahlen: 1802 gab es in St. Veit, einschließlich des "Münchner-Hofes" 15 Pferde, 51 Rinder, 76 Schafe und 70 Schweine (BayHStA, Kl St. Veit bei Neumarkt a. Rott 13 I). 1809/10 standen hier nur noch 13 Pferde, 21 Rinder und 5 Schafe, während die Schweinezucht schon ganz aufgegeben war (BStB, Handschriftenabteilung Cgm 6850/17).
- 22) Quentell 2. - Die Verpachtung änderte selbstverständlich an den Besitzverhältnissen als solchen nichts.

- 23) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 6 (1855)
2 f und 16 f.; ebda 29 (1874) 11 f.; ebda 47 (1884)
36 f.; ebda 59 (1893) 34 f.
- 24) Dazu und zum Folgenden Dörfler, *passim*.
- 25) Wochenblatt für die Bezirke der königlichen Landgerichte Altötting, Burghausen, Mühldorf, Neumarkt und Tittmoning 11 (1854) 336 und 14 (1857) 16.
- 26) Zu den Quellen dieser Tabelle:
- a) 1817-1826: Beilagen zum Intelligenzblatt für den Isarkreis Jg. 1817/Stücke 16 und 53; Jg. 1818/Stücke 29 und 52; Jg. 1819/Stücke 29 und 52; Jg. 1820/Stücke 29 und 51; Jg. 1826/Stücke 29 und 50.
 - b) 1831 und 1835: Intelligenzblatt für den Isarkreis Jg. 1831, 1157 f. und 1836, 1707 f.
 - c) 1839-1853: Intelligenzblatt von Oberbayern, Jg. 1839, 1951 f.; Jg. 1844, 1847 f.; Jg. 1845, 1959 f.; Jg. 1846, 2127 f.; Jg. 1847, 1855 f.; Jg. 1848, 1991 f.; Jg. 1849, 1757 f.; Jg. 1850, 2399 f.; Jg. 1851, 1863 f.; Jg. 1852, 3091 f.; Jg. 1853, 2351 f.
- 27) Zur Entwicklung der Getreidepreise bis 1817 siehe die informative Zusammenfassung bei Denel, Staatsabsolutismus 76-84.
- 28) Beilage zum Intelligenzblatt für den Isarkreis, Jg. 1817/Stück 16.
- 29) Kreisamtsblatt von Oberbayern, Jg. 1857, 65 f.
- 30) Vgl. dazu die monatlich erschienenen Tabellen der Getreidepreise des Rentamts Mühldorf in den Kreisamtsblättern von Oberbayern, Jgg. 1858-1871.

- 31) Ebda, Jgg. 1876-1910.
- 32) Nipperdey 146.
- 33) Rosenberg, Hans, Große Depression und Bismarckzeit, Berlin 1977.
- 34) Kreisamtsblatt von Oberbayern, Jg. 1874, 19-22 und Jg. 1875, 27-30.
- 35) Ebda, Jg. 1872, 23; Jg. 1873, 23; Jg. 1874, 19; Jg. 1875, 11; Jg. 1876, 27; Jg. 1877, 23.
- 36) Ebda, Jgg. 1876-1910.
- 37) Schrenner, Standortausweitung der Warenproduktion; ders., Wirtschaft Bayerns 345-471; ders. in Spindler, HdBG II, 704-713.
- 38) Fried, Historisch-statistische Beiträge; ders. Herrschaftsgeschichte, passim; ders., Reagrarisierung.
- 39) Vgl. dazu auch Kaufhold, der für die Zeit von 1750 bis 1850 in Deutschland einen sozialen und ökonomischen Aufstieg des ländlichen Handwerks und des ländlichen Heimgewerbes feststellt, so daß sich nun städtisches und ländliches Gewerbe quantitativ und qualitativ stärker als bisher annäherten.
- 40) Schrenner, Wirtschaft Bayerns 345 f.: "Unter der Territorialisierung des Gewerbes ist zu verstehen: Die Ausbreitung des Handwerks und der Handelsschaft über die Stadtmauern und die städtische Bannmeile hinaus auf das gesamte bayerische Territorium, auf das flache Land mit seinen Dörfern, Klöstern und Hofmarken, ohne daß damit eine "Entleerung" der Städte vom Handwerk verbunden ist. Territorialisierung des Gewerbes bedeutet, negativ ausgedrückt, das Gegenteil von räumlicher Zentralisierung des Gewerbes".

- 41) Fried, Reagrarisierung 181. - Vgl. dazu außerdem die ausführliche Darstellung der Gewerbedichte bei Anegg 23-31 und 185-189; Schrenner, Wirtschaft Bayerns 384-414; Tyszka 4-25 und 109 f.
- 42) Dazu und zum Folgenden StAM, Kataster 16373.
- 43) Schrenner, Wirtschaft Bayerns 390 f.
- 44) Ebda.
- 45) Zu den wenigen Ausnahmen gehört Nipp, die für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts neben der Analyse der Besitzverhältnisse auch Berechnungen zum Wert der Immobilien, zum Sach- und Geldkapital sowie zur Verschuldung oder Hypothekenbelastung der ländlichen Gewerbebetriebe vorlegt.
- 46) Hanke, Sozialstruktur.
- 47) Zusammenfassungen bei Fried in Spindler, HdBG IV/2, 755-757; ders. Reagrarisierung; Hanke, Sozialstruktur; Nipp. - Fallstudien bei Brückl (Zolling b. Freising); Franz (Günding b. Dachau); Fried, Reagrarisierung 189-192 (Wabern im Landkreis Landsberg/Lech).
- 48) Grundthese bei Nipp.
- 49) Reingruber I 463 f.
- 50) F. Hausmann 19-21.
- 51) Nipp 168.
- 52) Weindl 3.
- 53) Zur Methode und zu den Quellen dieser Tabelle:
 - a) 1814: Ort und Zahl der Gewerbe stammen aus dem Gewerbesteuerkataster von 1814 (StAM, Kataster 16373). In den Häuser- und Rustikalsteuerkatastern von 1815 (StAM, Kataster 15491, 15529, 15667 und 15892) fehlen zwar die Berufsangaben der Grundbesitzer, doch konnte mit Hilfe der Namen aus dem Gewerbesteuerkataster auch der flächenmäßige Besitz der Händler und Handwerker ermittelt werden.

- b) 1856: Grundlage sind hier die Grundsteuerkataster von 1856 (StAM, Kataster 15502, 15539, 15637, 15677, 16163, 16319 und 16329). Obwohl seit 1815 die Anwesen zum Teil mehrmals ihre Besitzer gewechselt haben, können sie 1856 rasch identifiziert werden, da die oben genannten Häuser- und Rustikalsteuerkataster alle Besitzwechsel bis zur Jahrhundertmitte festhalten.
- c) 1900/14: Hier dienten die Umschreibhefte zu den Grundsteuerkatastern als Quellen (StAM, Kataster 15503, 15540, 15638, 15678 f., 16164, 16320 und 16327). Da in den Umschreibheften nur die Besitzveränderungen eingetragen wurden, wird die erste Nennung nach 1900 aufgegriffen und als Vergleich herangezogen.

- 54) Schmeller, Johann Andreas, Bayerisches Wörterbuch, 3. Neudruck der von G. Karl Frommann bearbeiteten 2. Ausgabe München 1872-77, Bd. II, Aalen 1973, 779.
- 55) Streng genommen verringerten sich zwar auch die Anwesen eines Schneiders und Webers in St. Veit um 0,01 Tagwerk, doch gehen diese Differenzen nicht auf einen Verkauf, sondern auf Meßunterschiede zwischen 1815 und 1856 zurück.
- 56) StAM, Kataster 15491, 135; ebda 16319, 83-87; ebda 16320, 88.
- 57) Ebda 15491, 213; ebda 16319, 253-255; ebda 16320, 253.
- 58) StAM, Kataster 15677, 110; ebda 15677, 201-203; ebda 15679, 202.
- 59) Ebda 15667, 111; ebda 15677, 205 f.; ebda 15679, 206.
- 60) Ebda 15892, 269; ebda 16163, 61 f.; ebda 16164, 61.
- 61) Ebda 15892, 231; ebda 16163, 43 f.; ebda 16164, 44.
- 62) Ebda 15892, 278; ebda 16163, 49-51; ebda 16164, 52.
- 63) Brückl, passim.

- 64) Franz, passim.
- 65) Wie Anm. 53.
- 66) Demel, Staatsabsolutismus 165-179.
- 67) Zum Problemkreis der Güterzertrümmerung und der Zwangs-
versteigerung siehe Beiträge zur Statistik des König-
reichs Bayern 66 (1905) 499-525; Lerchenfeld-Köfering;
Lutzner 135 f.; Pietrusky, Raumdifferenzierende Strukturen
24 f.; Pfleger; Rabel; Schmelzle, Güterzertrümmerung;
Schreiber; Zorn, Wirtschafts- und Sozialgeschichte 38-43.
- 68) Zorn, Wirtschafts- und Sozialgeschichte 39.
- 69) Wismüller, passim.
- 70) Wie Abschnitt A/Anm. 155.
- 71) StAL, Regierung Landshut 3369.
- 72) Siehe dazu die Angaben in der Dachsbergischen Konskription
von 1781. BayHStA, GR 302 b, 47. - Allgemein: Nipperdey 115.
- 73) In der Literatur gibt es bisher nur bei Stahleder, 289,
eine Aufstellung über die berufliche Gliederung des Marktes
Neumarkt an der Rott. Diese Angaben sind jedoch unvollstän-
dig und geben nur ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit wieder,
da Stahleder als Quelle den Häuser- und Rustikalsteuerka-
taster von 1810 verwendet und somit nur jene Berufe erfaßt,
deren Inhaber ein Haus besaßen. Nicht erfaßt sind deshalb
Dienstboten, Gehilfen und Gesellen sowie vor allem Gewerbe-
treibende und Tagelöhner, die zur Miete wohnten.
- 74) StAL, Pfliegergericht Neumarkt A 165.
- 75) StAM, Kataster 15892.
- 76) Als Beispiele seien nur die umfangreichen Anwesen Luinger-
hof (Grandauergütl), Etzbauernhof (Edlmanngütl) und Erlacher-
hof (in Staudach) genannt, die zwar alle in der Obmannschaft
Neumarkt lagen, aber dennoch Neumarkter Bürgern gehörten.
Stahleder 239 f.

- 77) StAL, Pfleggericht Neumarkt A 165 (1774) und Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 4 (1853) 54-59(1852).
- 78) Wie Arm. 77.
- 79) Als Vergleich ungeeignet ist hingegen die Statistik bei Hazzi I, Tab. 3 F, da hier nur für Männer ab 21 Jahren neben der altersmäßigen Gliederung auch nähere Angaben zum Berufsstand und zur sozialen Stellung gemacht werden. Danach lebten 1798 in Neumarkt an der Rott 142 Bürger und 8 Adelige, während 56 Einwohner im Dienst der umliegenden Bauern und 42 im Dienst der Neumarkter Bürger standen. Da die Bürger nicht nach ihrem Gewerbe unterschieden werden und bei der "Dienerschaft" nicht nach Tagelöhnern und Dienstboten differenziert wird, ist diese Erhebung freilich auch für die Berufsstruktur der Bevölkerung im Prinzip unergiebig.
- 80) Vgl. dazu außerdem Ferchl 702-721 und die Personalangaben im Visitationsprotokoll des Landgerichtes vom 27. September bis 6. Oktober 1859 im Akt StAM, RA 29792, 4 f.
- 81) StAM, Kataster 15907, 81-83 und 16328, 347.
- 82) Ebda 15907, 417 f. und ebda 15539, 223.
- 83) So zum Beispiel bei Haushofer 196-201 und Jahn 196 f.
- 84) Wie Arm. 71.
- 85) StAM, Kataster 15890.
- 86) Ebda 15907.
- 87) Nach einer Aufstellung aller umlagepflichtigen Gemeindeglieder Neumarkts vom 25. November 1861. StadtAN, Beilage zur Kammerrechnung des Jahrganges 1861/62.
- 88) Hubensteiner, Heimat und ihre Geschichte 27.

- 89) Vgl. dazu die Häuser- und Rustikalsteuernkataster von 1810 und 1815 (StAM, Kataster 15890 und 15892) mit der Urkarte von 1812 (Archiv des Bayerischen Landesvermessungsamtes, Ortsblatt Neumarkt N 29) beziehungsweise den Grundsteuerkataster von 1856 (StAM, Kataster 15907) mit der Renovationskarte von 1854 (Archiv des Landesvermessungsamtes, Ortsblatt N 29 1/2). - Siehe dazu auch Mauerer 111, der mit dem Ortsteil Anger in Nittenau ein weiteres Beispiel dafür gibt.
- 90) StadtAN, Beschrieb der politischen Gemeinde Markt - Neumarkt a. Rott.
- 91) StadtAN, Protokollbücher der Beschlüsse des Ausschusses der Gemeinde Neumarkt/R., Bd. 4.
- 92) Dazu und zum Folgenden Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 15 (1866) 66.
- 93) Vgl. dazu die monatlich erscheinenden Tabellen der Mehl-, Brot- und Fleischpreise in den Jahrgängen 1854-1865 der Kreisamtsblätter von Oberbayern. - Dazu zwei Beispiele: Kosteten im Dezember 1854 ein Dreißiger Weizenmehl 9 Kreuzer und ein Pfund Roggenbrot 7 Kreuzer, so waren es im August 1864 beim Weizenmehl 5 Kreuzer und beim Roggenbrot 6 Kreuzer; Dies waren Preissenkungen von 44,44% beziehungsweise von 14,29 %.
- 94) StadtAN, Armenrechnungen Jgg. 1835/36-1837/38 und 1840/41.
- 95) 1840/41 gab es in Neumarkt 57 Diensthöten, denen eine Gesamtbevölkerung von 901 Einwohnern gegenüberstand (Beiträge zur Statistik Bayerns 192 (1953) 31).

- 96) Für 1774 sind in Neumarkt 56 Dienstboten und 592 Einwohner erfaßt, so daß zu diesem Zeitpunkt der Anteil der Knechte und Mägde an der Gesamtbevölkerung 9,46 % betrug (Wie Anm. 71).
- 97) 1774 waren von den erfaßten 592 Menschen 102 Gewerbetreibende (Wie Anm. 71), während es 1898/99 167 besteuerte Gewerbe gab (StAM, Kataster 15917), denen 1570 Einwohner gegenüberstanden (Beiträge zur Statistik Bayerns 192 (1953) 31).
- 98) StAL, Regierung Landshut 3369 (1774); StAM, Kataster 16373 (1814); ebda 15917 (1898/99).
- 99) Mauerer 99.
- 100) Das lederverarbeitende Gewerbe umfaßte 1814 6,95 % und 1898/99 1,80 % aller registrierten Gewerbe, während es beim holzverarbeitenden Gewerbe 12,73 % und 10,78 % sowie beim metallverarbeitenden Gewerbe 9,56 und 5,99 % waren.
- 101) Nach dem Gewerbesteuerkataster von 1898/99. StAM, Kataster 15917.
- 102) Haushofer 196-213.
- 103) Hiereth, Nandlstadt 109-116.
- 104) Jahn 197 f.
- 105) Mauerer 98.
- 106) Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur Neumarkts nach 1945 siehe Scharnagl. - Zur allgemeinen Entwicklung vgl. Mauerer 75-82, 100-102 und 156-160.
- 107) Ignaz Kajetan Schätz im Namen der Marktgemeinde Neumarkt an der Rott an die Landesdirektion, Neumarkt/Rott, 4. April 1808. BayHStA, MInn 17697.

- 108) Sämtliche Quellen zur Einquartierung von 1800/1801 und ihrer Folgelasten liegen im Akt StAL, Markt Neumarkt: Kriegsrechnungen des Marktes Neumarkt von 1800-1804.
- 109) So bestätigte zum Beispiel der Bäcker Joseph Nadler am 23. Mai 1806, daß er 9 Gulden 30 Kreuzer "für die 1800 in das französische Lager abgegeben 190 laibl brodt ... erhalten habe". Ebda.
- 110) Dazu und zum Folgenden Mauerer 50-67.
- 111) Sämtliche Schriftstücke zur Wiederherstellung und zur Neuerrichtung der Märkte liegen im Akt BayHStA, MInn 17697.
- 112) Schreib-Kalender, Jgg. 1824-1877 und StAM, LRA 54495.
- 113) Landgericht Mühldorf an die Regierung des Isarkreises Mühldorf, 13. März 1831, StAM. RA 65522.
- 114) So war zum Beispiel ein Lederer mit 5 Gulden besteuert, da er das Brauhaus des Damenstiftes zu versorgen hatte, während ein anderer wegen ungenügender Auftragslage nur 1 Gulden entrichten mußte.
- 115) Wie Anm. 89.
- 116) StAM, Kataster 15607, 31 f.
- 117) Ebda 16326, 79 f. und 323 f.
- 118) Mauerer 109.
- 119) StAM, Kataster 16163, 173.
- 120) Ebda 15539, 127-131.

121) Zu den Quellen dieser Tabelle:

- a) 1815: StAM, Kataster 15892 (enthält auch die auswärtigen Besitzungen).
- b) 1856: Ebda 15539, 15677, 15907, 16150, 16163 und 16326.
- c) 1900/14: Ebda 15540, 15678, 15908-15910, 16151, 16164 und 16327.

122) StAM, Kataster 15907, 19 f. und ebda 15539, 127-131.

123) Ebda 15907, 29 und ebda 16163, 173.

124) Ebda 15907, 139.

125) Ebda 15908, 120.

126) Jeggle 184.

127) Mauerer 113-147.

128) Ebda 115.

129) Dölker.

130) Ebda 4.

131) Ebda 13-19.

132) Herdstättenanlage des Marktes Neumarkt/Rott,
6. August 1762. StAL, Pfleggericht Neumarkt A 165.

133) Beschreibung des Marktes Neumarkt/Rott, 26./27. Mai 1774.
StAL, Regierung Landshut 3369.

134) Platzer 194-197.

135) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 4 (1855) 55 f.

136) StAM, Kataster 15907.

137) Vergleiche dazu auch die Urkarte von 1812. Archiv des
Bayerischen Landesvermessungsamtes, Ortsblatt Neumarkt
N 29.

- 138) StAM, Kataster 15892, 63-90 (1815); ebda 16326, 117-167 (1856); ebda 16327, 118-168 (1900/14).
- 139) Zum besonderen Verkaufsrecht der Herbergen in der Au
siehe Dölker 82-85.
- 140) StAM, Kataster 15892, 69.
- 141) Ebda 16373.
- 142) Ebda 16326, 117-167.
- 143) Kaufvertrag vom 20. April 1759. StAM, RA 19277.
- 144) Konskription von 1760. BayHStA, Kurbayern Hofkammer
Hofanlagsbuchhaltung 447, 164-174.
- 145) BayHStA, GR 302 b, 47.
- 146) StAM, Kataster 15890, 38-42.
- 147) Cölestin Krempelsetzer an das Landgericht Mühldorf,
St. Veit, 8. März 1831. StAM, AR 709/366.
- 148) Heerde 75 f.
- 149) Dölker 6-10.
- 150) Zur Allgemeinen Entwicklung: Armengaud, Bevölkerung Europas;
Borchardt, Cipolla; Imhof, Die gewonnenen Jahre; Köllmann,
Bevölkerung und Raum; ders. in Aubin-Zorn II, 9-50; Lütge,
Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, passim.; Nipperdey 102-
114; Schieder Handbuch V und VI passim. - Exemplarisch:
Köllmann, Barmen und Albrecht 9-14 (am Beispiel Regensburg).
- 151) Albrecht 9.
- 152) Beiträge zur Statistik Bayerns 192 (1953) 10 f.
- 153) Schematismus, Jg. 1919, 85 und Jg. 1911, 71.
- 154) Ebda, Jg. 1819, 84 und Jg. 1911, 70.

- 155) Nach der Pfarrbeschreibung vom 17. November 1817.
AEM, Pfarrbeschreibung St. Veit bei Neumarkt.
- 156) Beiträge zur Statistik Bayerns 192 (1953) 31.
- 157) Schematismus, Jg. 1819, 85 und Jg. 1841, 70.
- 158) Pfarrbeschreibung vom 17. November 1817 (Wie Anm. 155)
und Beiträge zur Statistik Bayerns 192 (1953) 31.
- 159) Schematismus, Jg. 1819, 84 und Jg. 1841, 69.
- 160) Beiträge zur Statistik Bayerns 192 (1953) 31.
- 161) Ebda 55.
- 162) Ebda 31.
- 163) Ebda 67.
- 164) Ebda 72.
- 165) Albrecht 12.
- 166) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 3 (1854)
224 f.
- 167) Ebda 236 f.
- 168) StAM, LRA 50878.
- 169) StAM, LRA 50879.
- 170) Stadtverwaltung Neumarkt-St. Veit, Geburts-, Heirats-
und Sterbebücher der Standesämter Elsenbach, Feichten,
Hörbering, Neumarkt an der Rott, St. Veit und Wiesbach,
Jgg. 1876-1918. - Als Quellen für die Nachweise von
Wanderungen sind die Sterbematrikel der Pfarrei St. Veit
ungeeignet, da sie bei den Verstorbenen nur den letzten
Aufenthaltort und nicht den Geburtsort nennen. Die Sterbe-
bücher der Standesämter enthalten hingegen beide Ortsan-
gaben, so daß hier Ortswechsel nachgewiesen werden können.

- 171) Beiträge zur Statistik Bayerns 192 (1953) 31.
- 172) Nipperdey 106. - Dort auch weitere Beispiele für die übrigen Bundesländer.
- 173) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 69 (1912) 4.
- 174) Albrecht 10.
- 175) Wie Anm. 173.
- 176) Wie Anm. 172.
- 177) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 69 (1912) 7.
- 178) So starben zum Beispiel im Pfarrjahr 1867/68 (1.5.1967-30.4.1868) in der Pfarrei St. Veit 40 Kinder an Diphtherie; Dies waren 53,5 % aller gestorbenen Kinder oder 35,2 % aller Verstorbenen. - 1871/72 starben dann 16 Kinder an Diphtherie, während es 1872/73 nochmals 21 waren. Dies waren freilich die letzten großen Jahre der Epidemien.
- 179) Schematismus, Jg. 1841, 70 und Jg. 1851, 58.
- 180) Ebda, Jg. 1871, 63.
- 181) Ebda, Jg. 1901, 65.
- 182) Allgemein: Lee, Poulation Growth 78-106.
- 183) Spree 199.
- 184) Imhof, Die gewonnenen Jahre 79.
- 185) Zur Erinnerung: Heiraten durfte nur, wer entweder über Grundbesitz verfügte oder ein Gewerbe ausübte.
- 186) Zur allgemeinen Entwicklung: Bolognese-Leuchtenmüller 155-172; Lee, Bevölkerungsgeschichte Bayerns 335 f.; ders., Population Growth 78-106; Spree 22-30.

- 187) Unter der Rubrik "Sonstiges" werden zusammengefaßt:
1 Amputation, 2 Asthmafälle, 1 Blasenfieber, 3 Blatternfälle, 5 Brüche, 10 Cholerafälle, 1 Diphtheriefall, 1 Fettsucht, 7 Gallenerkrankungen, 7 Gelbsuchtfälle, 2 Gesichtserosen, 1 Hinrichtung, 4 Lähmungen, 5 Luftröhrenschnitte, 2 Milzkrankungen, 5 Mord- und Totschläge, 5 Rückenmarkserweichungen, 7 Ruhrfälle, 1 Selbstmord und 2 Starrkrämpfe.
- 188) Lee, Bevölkerungsgeschichte Bayerns 335. - Dazu und zum Folgenden auch Albrecht 15-18, der die Säuglings- und Kindersterblichkeit Regensburgs erarbeitet und diese dann in einen größeren Rahmen stellt.
- 189) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 69 (1912) 5.
- 190) Albrecht 17.
- 191) Ebda und Spree 66-73.
- 192) Unter der Rubrik "Sonstiges" werden neben einer Aussetzung folgende Krankheiten als Todesursachen zusammengefaßt:
1 Blutleere, 1 Bronchitis, 6 Fieberfälle, 1 Gehirnerweichung, 2 Herzfehler, 3 Hirnhautentzündungen, 1 Mandelentzündung, 4 Ruhrfälle, 1 Soor, 2 Typhusfälle, 1 Venenentzündung und 4 Wassersuchtfälle.
- 193) Dazu und zum Folgenden Matz 11-14 und 29-33. - Eigenwillig: Shorter, Geburt der modernen Familie.
- 194) Hesse 21 und Matz 33.
- 195) Dazu und zum Folgenden Filser 15; Hesse 28; Matz 34 f.; K. Müller 18-21.
- 196) Filser 15 und K. Müller 18.
- 197) Nipperdey 107 f.
- 198) GBl. 1825, 103-142. - Zum Folgenden vgl. auch Abschnitt B/III,4 mit der Darstellung der Gesetzeslage zur Verleihung des Heimatrechts und der Ansässigmachung.

- 199) Filser 15 und K. Müller 20.
- 200) Mit einem ausführlichen Kommentar gedruckt bei Riedel,
Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt.
- 201) Nipperdey 107 f.
- 202) Ebda 108.
- 203) Im rechtsrheinischen Bayern wurden zwischen 1825 und 1834
jährlich im Durchschnitt 6,5 Heiraten pro Tausend Einwohner
registriert, während es zwischen 1835 und 1862 6,4 waren.
Matz 239. - Vgl. dazu auch Filser 46, der von 1825 an
Zahlen für jedes Jahr anführt.
- 204) Dazu einige Beispiele: Gab es 1855 in der Pfarrei St. Veit
10,4 Heiraten pro Tausend Mitglieder, so waren es 1860
bereits 11,2 und 1861 sogar 13,3.
- 205) Im Durchschnitt betrug die Heiratsziffer in den 1840er Jahren
in Bayern rechts des Rheins 6,6 Heiraten pro Tausend Bewohner.
Filser 46.
- 206) Zu den Zahlen für das übrige rechtsrheinische Bayern
siehe Filser 46.
- 207) Beim Heiratsalter wird nur das Alter bei der ersten Verehe-
lichung berücksichtigt. Wie bei den Geburten und Sterbefällen,
werden auch bei den Heiraten als Quellen ausschließlich die
St. Weiter Pfarrmatrikel verwendet.
- 208) Die sprunghafte Zunahme der unehelichen Geburten in der
zweiten Hälfte des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahr-
hunderts war in den letzten Jahren ein zentrales Thema der
Sozialgeschichtsforschung. Aus der Fülle der Literatur seien
deshalb nur einige Darstellungen herausgegriffen, die den süd-
deutschen Raum behandeln, beispielhaft sind oder auf grund-
legende Fragen eingehen. Vgl. dazu also Beck; Knodel, Law,
Marriage and Illegitimacy; Lee, Bastardy; Mitterauer, Familien-
formen und Illegitimität; ders., Ledige Mütter; Phayer;
Shorter, Bastardy; ders., "La vie intime". (Alle Werke mit
weiterführender Literatur.)

- 209) Zu Bayern insgesamt Friedrich Lindner 30-50.
- 210) Ebda 218.
- 211) Ebda 221.
- 212) Ebda 220.
- 213) Dazu und zum Folgenden Mitterauer, Ledige Mütter
35-67.
- 214) Dazu und zum Folgenden Häuserbuch der Gemeinde St. Veit
PfarrASV.
- 215) StAM, Brief-Protokolle Gericht Neumarkt Nr. 324.

Verzeichnis der Quellen und Literatur.

Vorbemerkung:

Bei Archivalien wird der Inhalt der Faszikel mit einigen Stichworten charakterisiert, ohne daß dabei die Aktenbezeichnung wörtlich und vollständig wiedergegeben wird. Im Literaturverzeichnis sind die üblichen Abkürzungen von Zeitschriften beibehalten.

Übersicht:

A. Archivalische Quellen.

B. Gedruckte Quellen.

C. Literatur.

A. Archivalische Quellen

I. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abteilung II
(BayHStA):

1. Generalregistratur (GR):

- 302 b, 47: Dachsbergische Konskription, 1781.
302 b, 51: Beschreibung der Stadt und des
Rentamts Landshut, 1794.
634/ad 46: Säkularisation St.Veits.

2. Klosterlitteralien (KL):

- 789/167: Hofanlagebuch der Hofmark St.Veit,
Kinning und Kindhofen, 1760.
794/308: Säkularisation St.Veits.
794/309: dsgl.
795/310: dsgl.
795/311: dsgl.
795/312: dsgl.
St.Veit bei Neu-
markt/Rott 10a: dsgl.
St.Veit bei Neu-
markt/Rott 12: dsgl.
St.Veit bei Neu-
markt/Rott 13: dsgl.
St.Veit bei Neu-
markt/Rott 15: dsgl.
St.Veit bei Neu-
markt/Rott 16-28: Anfallbücher des Damenstiftes
St.Veit, 1802-1817/18.
St.Veit bei Neu-
markt/Rott 91a: Klosterrechnungen vor 1793.
St.Veit bei Neu-
markt/Rott 91b: Klosterrechnungen 1794-1800.

3. Kurbayerns Geheimes Landesarchiv:

- 1143-1147: Orts- und Grenzbeschreibung des
Landgerichts Neumarkt/R.,
1482-1801.

4. Kurbayerns Hofkammer Hofanlagsbuchhaltung:

- 217: Konskription der landgerichtsun-
mittelbaren Orte im Landgericht
Neumarkt/R., 1754.
- 218: Konskription der Hofmarken und
Sitze im Landgericht Neumarkt/R.,
1752.
- 477: Hofanlagebuch des Landgerichts
Neumarkt/R., 1760.

5. Ministerium der Finanzen (MF):

- 10 167: Verzeichnis der Steuerdistrikte
des Isarkreises, 1811.

6. Ministerium des Inneren (MInn):

- 17 697: Viehmärkte in Neumarkt/R., 1809.
- 28 766: Patrimonialgericht Adlstein,
1818 ff.
- 29 802: Ortsgericht St.Veit und Einziehung
der Gerichtsbarkeit, 1813-1818.
- 29 852: Patrimonialgericht Teising, 1818 ff.
- 54 244: Verzeichnis der Gemeinden des
Isarkreises, 1820.
- 54 245: Bildung der Gemeinden im Isarkreis,
1818-1828.
- 58 155: Marktschreiber und Kommunalad-
ministrator Poli in Neumarkt/R.,
1778-1835.
- 58 158: Stiftungskapitalien des Marktes
Neumarkt/R.

II. Staatsarchiv Landshut (StAL):

1. Pfliegergericht Neumarkt:

- A 1: Aufhebung des Rentamts Landshut,
1779.
- A 2: Die Pflegorganisation in Bayern,
1797-1799.
- A 8: Verkauf des Pflegehauses,
1604-1608.
- A 165: Herdstättenanlage, 1762.
- B 12: Herdstättenbeschreibung, 1729.
- B 13: Herdstättenbeschreibung, 1761.
- B 14: Herdstättenbeschreibung der
Hofmarken, 1717-1777.
- B 32: Orts- und Grenzbeschreibungen,
1590-1801.
- B 42: Herdstättenbeschreibung, 1761.

2. Regierung Landshut:

- 3 369: Beschreibung des Marktes Neumarkt/R.,
1774.

III. Staatsarchiv München (StAM):

1. Antiquar Registratur (AR):

- 709/358: Magistrat Neumarkt/R., 1801-1805.
- 709/359: Gemeindebildung Neumarkt/R.,
1806-1819.
- 709/360: Kommunaladministratur und
Kommunalvermögen in Neumarkt/R.,
1808.
- 709/363: Gemeindebildung Neumarkt/R., 1818.
- 709/365: dsgl., 1820.
- 709/366: Trennung Adlsteins von der Gemeinde
Wolfsberg, 1828-1830.

- 711/5: Verzeichnis der Patrimonial-
gerichte im Landgericht Mühldorf,
1813/14.
- 711/6: Bildung der Ortsgerichte im
Landgericht Mühldorf, 1814.
- 711/7: dsogl., 1813.
- 731/47: Katasteranfertigung beim Rentamt
Neumarkt/R., 1808/10.
- 733/16: Verkauf des Damenstifts St.Veit,
1828/29.
- 741/137-141: Obereigentumsablösungen im Land-
gericht Mühldorf, 1807-1836.
- 2 857/3: Rentamt Neumarkt/R., 1804 und 1828.
- 2 857/51/2: Errichtung des Landgerichts
Neumarkt/R., 1838.
- 2 882/469c: Verkauf des Damenstiftes St.Veit,
1828/29.
- 2 903/58: Finanzielle Belastung der Gemein-
den im Bezirksamt Mühldorf, 1882-
1911.

2. Brief-Protokolle

a) Gericht Neumarkt/R.

- 102-126: Vertragsprotokolle des Landgerichts
Mühldorf/Rentamtsbezirk Neumarkt/R.,
1804-1828.
- 322-326: Vertragsprotokolle des Sitzes und
Patrimonialgerichts Teising,
1780-1848.
- 348-351: Vertragsprotokolle des Klosters
St.Veit, 1790-1801.
- 352-369: Vertragsprotokolle der Verwaltung
des Damenstiftsgutes St.Veit,
1802-1822/23.
- 499-523: Vertragsprotokolle des Landgerichts
Neumarkt, 1838/39-1862.

b) Gericht Mühldorf:

23-33c: Vertragsprotokolle des Land-
gerichts Mühldorf, 1827/28-1837/38.

3. Hofmarken:

K 1 203: Hofmark St.Veit, Kinning und
Kindhofen, 1693.

4. Kartensammlung:

Nr. 58: Karte der Landgerichte Mühldorf
und Neumarkt/R., 1877.

5. Kataster:

a) Häuser- und Rustikalsteuernkataster 1808/10:

15 528: Feichten.
15 666: Hörbering.
15 890: Neumarkt/R. (Sektion I).
15 891: Neumarkt/R. (Sektion II).

b) Rustikalsteuernkataster 1815:

15 421: Aspertscham.
15 437: Buchbach.
15 491: Elsenbach.
15 529: Feichten.
15 597: Gumattenkirchen.
15 667: Hörbering.
15 684: Hofthambach.
15 695: Irl.
15 764: Lohkirchen.
15 892: Neumarkt/R.
15 919: Niederbergkirchen.
15 937: Niedertaufkirchen.
15 980: Oberhofen.
15 985: Oberbergkirchen.
16 095: Ranoldsberg.

16 139:	Roßbach.
16 167:	Schönberg.
16 189:	Schwindegg.
16 225:	Stephanskirchen.
16 335:	Zangberg.

c) Gewerbesteuerkataster:

15 917:	Gemeinde Neumarkt/R., 1898/99.
16 373:	Rentamt Neumarkt/R., 1814.

d) Grundsteuerkataster 1856:

15 468:	Egglkofen.
15 502:	Elsenbach.
15 539:	Feichten.
15 637:	Harpolden.
15 677:	Hörbering.
15 907:	Neumarkt/R.
16 150:	Roßbach.
16 163:	St.Veit.
16 319:	Wiesbach.
16 326:	Wolfsberg.
16 345:	Zangberg.

e) Umschreibhefte zum Grundsteuerkataster von 1856:

15 469:	Egglkofen.
15 503:	Elsenbach.
15 540:	Feichten.
15 638:	Harpolden.
15 678 f.:	Hörbering.
15 908-10:	Neumarkt/R.
16 151:	Roßbach.
16 164:	St.Veit.
16 320:	Wiesbach.
16 327:	Wolfsberg.
16 346:	Zangberg.

f) Grundbücher der Bodenzinse:

- 16 399-402: Bodenzins für die Ablöskasse,
1865-1885.
16 414-417: Bodenzinse für die Staatskasse,
1885-1895.

6. Landratsämter (LRA):

- 50 878-879: Ein- und Auswanderer, 1871-1936.
51 161: Pfarrei St.Veit, 1862-1935.
51 162: Pfarrei St.Veit, 1832-1934.
52 455: Hingerlsche Wohltätigkeitsstiftung,
1879.
52 456: Kleinkinderbewahranstalt,
1884-1890.
54 495-498: Märkte in Neumarkt/R., 1874-1936.
187 741: Vereinigung der Gemeinden Wolfs-
berg und St.Veit, 1920.
187 767: Vereinigung der Gemeinden Wolfs-
berg-St.Veit und Neumarkt/R., 1934.
187 768: Gesuch um die Abtrennung der
Gemeinde Wolfsberg von Neumarkt-
St.Veit, 1945-1949.

7. Regierungsakten (RA):

- 3 939: Stiftungsadministration Neumarkt/R.,
1818.
3 997: dsogl., 1815-1820.
9 554: Diözesaneinteilung, 1807-1816.
9 564: Errichtung der Landdekanate,
1809-1817.
15 779: Dienstpersonal im Rentamt
Neumarkt/R., 1820.
19 259: Verzeichnis der gutsherrlichen
Gerichte im Isarkreis, 1818-1839.
19 261: Ruhende Gerichtsbarkeit in
St.Veit, 1821-1827.
19 277: Patrimonialgericht Adlstein, 1820.
19 490: Patrimonialgericht Teising, 1814.

- 19 505: Patrimonialgericht St.Veit,
1813-1829.
- 22 526: Polizeiverwaltungsprotokolle der
Patrimonialgerichte im Landgericht
Mühldorf, 1816-1826.
- 22 527: Polizeiverwaltungsprotokolle des
Patrimonialgerichts Adlstein,
1823/24.
- 23 115: Visitation des Tax- und Depositen-
wesens im Patrimonialgericht Adl-
stein, 1835.
- 23 180: dsgl. im Patrimonialgericht Teising
und Grafing, 1835.
- 29 785: Übernahme des Landgerichts Neumarkt/R.
durch Landrichter Drausnück, 1848.
- 29 792: Visitationsprotokolle des Landgerichts
Neumarkt/R., 1852 und 1859.
- 53 027: Pfarrei St.Veit, 1815-1896.
- 65 522: Trennung Adlsteins von der Gemeinde
Wolfsberg, 1831.
- 74 339: Gemeindebildung im Landgericht Mühl-
dorf, 1811-1813.
- 74 377: Gemeindebildung in Neumarkt/R.,
1808/09.
- 74 378: Bürgeraufnahmen in Neumarkt/R.,
1809-1818.
- 74 384: Haushaltswesen in Neumarkt/R.,
1810/11.
- 81 356: Gemeindebildung in Neumarkt/R.,
1811-1817,
- 81 357: Besoldung der Gemeindebediensteten
in Neumarkt/R., 1809-1821.
- 81 362: Gemeindebildung in Neumarkt/R., 1820.
- 81 959: Stiftungs- und Kommunalrechnungen im
Landgericht Mühldorf, 1813/14-
1822/24.

8. Regierungsfinanzkammer (RFK):

- 5 448: Steuerbeschreibung des Sitzes
Adlstein, 1808.
- 5 497: Steuerbeschreibung der Sitze
Teising und Grafing, 1808.
- 6 369: Steuerbeschreibung der Hofmark
St.Veit, 1808.

9. Notariat Neumarkt:

- Jahrgang 1894, GR 951/ Karton 01396: Verkauf des
Gutes St.Veit,
1894.
- Jahrgang 1903, GR 836: Erbteilungsver-
trag über das Gut
St.Veit, 1903.

IV. Bayerische Staatsbibliothek München, Handschriftenab-
teilung (BStB):

Codex germanicus monacensis (Cgm):

- 6 844/16b, 17: Gütererhebungen des Ministers
Montgelas 1811/12 im Isarkreis
und 1809/10 im Salzachkreis:
Topographie.
- 6 845/16.1, 18: dsgl.: Bevölkerungszahlen.
- 6 846/16, 18: dsgl.: Geburten, Trauungen und
Sterbefälle.
- 6 847/16, 17: dsgl.: Statistik der Sterbefälle
nach Alter, Geschlecht und Krankheit.
- 6 848/16, 17: dsgl.: Mineralien.
- 6 849/16, 17: dsgl.: Pflanzenreich.
- 6 850/16, 17: dsgl.: Viehbestand.
- 6 851/16, 17: dsgl.: Manufakturen und Fabriken.
- 6 852/16, 17: dsgl.: Künstler und Handwerker.
- 6 853/14, 15: dsgl.: Kaufleute und Krämer.
- 6 854/16, 17: dsgl.: Handel.
- 6 855/16, 17: dsgl.: Ein- und Auswanderungen.

- 6 858/16, 17: dsogl.: Krankenanstalten.
6 859/16, 17: dsogl.: Pockenimpfung.
6 860/16, 17: dsogl.: Armenanstalten.
6 861/16, 17: dsogl.: Gemeindevermögen.
6 867/2.3.4.: Statistik des Gemeindevermögens,
1832.
6 868/4: Statistik des Stiftungsvermögens,
1832.
6 873/4: Kommunalrechnungen der Gemeinden
Buchbach, Elsenbach, Feichten,
Hörbering, Mühldorf, Neumarkt,
St.Veit und Wolfsberg, 1851/53.

V. Archiv des Bayerischen Landesvermessungsamtes:

Urkarten von 1812 und Karten der Renovationsmessung
von 1856.

Grundbuchakt Neumarkt-St.Veit, Bd. I: 1838-1914
und Bd. II: 1915-1969.

VI. Stadtarchiv Neumarkt-St.Veit (StadtAN): .

1. In Registrierboxen gesammelte Einzelblätter:

- Box 3 Nr. 021: Stadterhebung, 1956.
Box 3 Nr. 022/1: Gemeindeveränderungen
Wolfsberg und St.Veit,
1890-1931.
Box 3 Nr.022/2: Gemeindezusammenlegung
Neumarkt/R. und Wolfsberg-
St.Veit, 1934-1947.
Box 10 Nr. 06: Visitation der Gemeinde
Neumarkt/R., 1884.
Box 16 Nr. 150/1: Heimatlose, 1848-1918.
Box 17 Nr. 150/1: Heimat- und Bürgerrecht,
1850-1905.
Box 40 Nr. 411: Armenpflege Neumarkt/R.,
1825-1850.
Box 45 Nr. 414: dsogl., 1842-1880.

2. Sonstiges (da hier keine Aktennummern vorhanden sind, wird die Aufschrift auf den einzelnen Akten möglichst wortgetreu übernommen):

Armenrechnungen der Gemeinde Neumarkt/R.,
1817/18-1867/68.

Beschrieb der politischen Gemeinde Markt Neumarkt/R.
1880.

Beschrieb der Gemeinde Wolfsberg, 1880.

Protokolle der Gemeindeausschußsitzungen des Marktes
Neumarkt/R., 1863-1869.

Protokollbücher der Beschlüsse des Ausschusses
der Gemeinde Neumarkt/R., 4 Bde., 1869-1919.

Protokollbuch der Beschlüsse der Gemeindeversammlung
der Märktgemeinde Neumarkt/R. 1878-1919.

Rechnungen des Malzaufschlags in der Gemeinde
Neumarkt/R., 1840-1860.

Rechnungen des Marktes Neumarkt/R., 1742-1801 und
1818/19-1869.

Rechnungen des Bruder- und Leprosenhauses in der
Gemeinde Neumarkt/R., 1803-1869.

VII. Stadtverwaltung Neumarkt-St.Veit:

Geburts-, Heirats- und Sterbebücher der Standesämter
Elsenbach, Feichten, Hörbering, Neumarkt/R., St.Veit,
Wiesbach und Wolfsberg, 1876-1918.

VIII. Archiv des Erzbistums München und Freising (AEM):

Pfarrbeschreibung. St.Veit bei Neumarkt/R.

St.Veit. Temporalia Aufhebung/Paket 5: Säkularisation
St.Veits.

IX. Pfarrarchiv St.Veit (PfarrASV):

Häuserbücher der Gemeinden Elsenbach, Feichten,
Neumarkt/R., St.Veit und Wolfsberg.

Pfarrmatrikel der Pfarreien Elsenbach, Feichten
und St.Veit, 1750-1918/19.

X. Hausarchiv des "St. Vinzentius - Vereins St.Veit
e.V." in Neumarkt-St.Veit:

Sämtliche Schriftstücke zur Geschichte des Alten-
heims St.Veit, 1934-1985.

B. Gedruckte Quellen.

I. Gesetze und Gesetzessammlungen.

Döllinger, Georg, Sammlung der im Gebiete der inneren Staatsverwaltung des Königreiches Bayern bestehenden Verordnungen, 20 Bde., München 1835-1839.

Gesetzblatt für das Königreich Bayern, Jgg. 1818-1873.

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Bayern, Jgg. 1874-1918.

Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern, Jgg. 1914 f.

Churpfalz-Baierisches Regierungsblatt, Jgg. 1802-1805.

Königlich-Baierisches Regierungsblatt, Jgg. 1806-1817.

Regierungsblatt für das Königreich Bayern, Jgg. 1818-1873.

Riedel, Emil (Hg.), Das bayerische Gesetz über öffentliche Armen- und Krankenpflege vom 29. April 1869, nebst einem die Vollzugsvorschriften etc. enthaltenden Anhang, Nördlingen 1870.

Riedel, Emil (Hg.), Das bayerische Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt vom 16. April 1868, nebst einer Darstellung der älteren bayerischen Gesetze über Heimat, Ansässigmachung, Verehelichung und Armenpflege und den Vollzugsvorschriften, Nördlingen 1868⁴.

Weber, Karl, Neue Gesetz- und Verordnungsammlung für das Königreich Bayern mit Einschluß der Reichsgesetzgebung, 42 Bde, München 1880 ff.

II. Statistisch-topographische Nachschlagewerke.

Atlas von Bayern. Geographisch-statistisch-historisches Handbuch zur Kenntnis des Zustandes von Bayern in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit für edle Stände, München, 1836, 128 und 139.

Braunmühl-Lindner, K., Topographisch-statistisches Handbuch für den Regierungsbezirk Oberbayern im Königreiche Bayern, München, 1839, 142-144.

Eisenmann, Joseph Anton - Hohn, Carl Friedrich, Topographisch-statistisches Lexikon vom Königreiche Bayern, 2 Bde., Erlangen, 1831/32.

Götz, Wilhelm, Geographisch-historisches Handbuch von Bayern, München, 1895, 330 und 334 f.

Topographisch-statistisches Handbuch für den Isarkreis im Königreiche Baiern, München, 1825.

Heyberger, J., u.a., Topographisch-statistisches Handbuch des Königreiches Bayern, München, 1867, 189-199.

Mayr, Anton - Westermayer, Georg, Statistische Beschreibung des Erzbisthums München Freising, Bd. II, Regensburg, 1890, 597-606.

Vollständiges Ortschaftenverzeichnis des Königreiches Bayern, bearbeitet vom Königlich Bayerischen Statistischen Bureau, München, 1877.

Siebert, M., Das Königreich Bayern topographisch-statistisch in lexicographischer und tabellarischer Form dargestellt, München, 1840.

Stumpf, Pleickhard, Bayern. Ein geographisch-statistisch-historisches Handbuch des Königreiches, München, 1852, 152 f.

III. Zeitungen, Zeitschriften und öffentliche
Mitteilungsblätter.

Amtsblatt des königlichen Bezirksamtes Mühldorf,
Mühldorf, 1905-1918.

Der Amtsbote am Inn, an der Rott und Salzach,
zunächst für die königlichen Bezirksamter Altötting
und Mühldorf und die königlichen Landgerichte
Altötting, Burghausen, Mühldorf und Neumarkt/R.,
Jgg. 1-8, Burghausen-Altötting, 1863-1870.

Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern
(aus amtlichen Quellen), Hefte 1-88, 1850-1918.

Beiträge zur Statistik Bayerns, Jg. 94, 1921.

Beiträge zur Statistik Bayerns, Jg. 192, 1953.

Beiträge zur Statistik Bayerns, Jg. 260, 1964.

Conspectus seu Status Ecclesiasticus Dioecesis
Frisingensis, Freising, 1809.

Conspectus Status Ecclesiastici Dioecesis
Frisingensis, Jgg. 1811 und 1814, Landshut,
1811 und 1814.

Allgemeines Intelligenzblatt für das Königreich
Baiern, Jgg. 1818-1820.

Königlich-Baierisches Intelligenzblatt für den
Isarkreis, München, 1817-1837.

Königlich-Bayerisches Intelligenzblatt für Ober-
bayern, München 1838-1853.

Mühldorfer Anzeiger, Jgg. 1-50, 1871-1920.

Neumarkter Anzeiger, Jgg. 1-40, 1886-1920.

Schematismus der Geistlichkeit des Erzbistums
München und Freising, Jgg. 1819 und 1823, Lands-
hut 1819 und 1822; Jgg. ab 1824, München 1824 ff.

Schreib-Kalender zum Gebrauche für Jedermann, besonders für Geistliche, Beamte, Handels- und Gewerbsleute, München Jgg. 1824-1877.

Wochenblatt für die Bezirke der königlichen Landgerichte Altötting, Burghausen, Mühldorf, Neumarkt/R. und Tittmoning, Jgg. 1-19, Burghausen, 1844-1862.

IV. Urkundensammlungen.

Hör, Hellmuth - Morenz, Ludwig, Die Urkunden des Klosters St.Veit 1121-1450 (Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte, Neue Folge, Bd. 15), München 1960.

Hundt, Friedrich Hektor von, Die Urkunden des Klosters Indersdorf, Bd. 1 (Oberbayerisches Archiv, Bd. 24), München 1863.

Urkunden über die Klosteraufhebung in Indersdorf in Bayern, veranlaßt vom Frauenstifte in München, Andern zum Krempel, hg. von einem Pfälzer, München 1783f.

C. Literatur

- Abel, Wilhelm, Die Lage in der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft um 1800, in: Friedrich Lütge (Hg.), Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert (Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 6), Stuttgart 1964, 238-254.
- Abel, Wilhelm u.a., Das Dorf in der industriellen Entwicklung der Gegenwart (Wiener Studien zur Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Bd.1), Göttingen 1957.
- , Handwerksgeschichte in neuerer Sicht, Göttingen 1970.
- Albrecht, Dieter, Regensburg im Wandel. Studien zur Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert (Studien und Quellen zur Geschichte Regensburgs, Bd. 2), Regensburg 1984.
- Anegg, Ernst, Zur Gewerbestruktur und Gewerbepolitik während der Regierung Montgelas, München 1965.
- Angermeier, Rudolf, Neumarkt-St.Veit in alten Ansichten, Zaltbommel 1979.
- Anschel, Eugen, Der Bedeutungswandel der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, Würzburg 1933.
- Armengaud, André, Die Bevölkerung Europas von 1700 bis 1914 (Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3), Stuttgart - New-York 1976.
- , Les populations de l'Est Aquitain au début de l'époque contemporaine. Recherches sur une région moiss développée (vers 1845 - vers 1871), Paris 1961.

- Aubin, Hermann - Zorn, Wolfgang (Hg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976.
- Ballod, Carl, Die mittlere Lebensdauer in Stadt und Land (Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 16 / Heft 5), Leipzig 1899.
- Batzl, Herbert, Geschichte des Marktes Hahnbach, Hahnbach 1971.
- Bauer, Jacob, Die Armenpflege in Bayern, München 1850.
- Bauer, Joseph, Kurze Geschichte der Stadt Mühldorf am Inn, Mühldorf 1902.
- Bauer, Richard, Der kurfürstliche Geistliche Rat und die bayerische Kirchenpolitik (Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 32), München 1971.
- Baumann, Angelika, "Armut muß verächtlich bleiben ..." Verwaltete Armut und Lebenssituation verarmter Unterschichten um 1800 in Bayern, in: Richard van Dülmen (Hg.), Kultur der einfachen Leute. Bayerisches Volksleben vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, München 1983, 151-179.
- Beck, Rainer, Illegitimität und voreheliche Sexualität auf dem Land. Unterfinning, 1671-1770, in: Richard van Dülmen (Hg.), Kultur der einfachen Leute. Bayerisches Volksleben vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, München 1983, 112-150.
- Becker, Hans Dieter, Landshut. Die Stadt Landshut und das Landgericht Rottenburg (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern, Heft 43), München 1978.
- Becker, E., Gemeindliche Selbstverwaltung, 1. Teil: Grundzüge der gemeindlichen Verfassungsgeschichte, Berlin 1941.

Beichel, Klaus, Das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinden im rechtsrheinischen Bayern nach den Gemeindegesetzen von 1808 bis 1869, Diss. masch. Erlangen 1957.

Beisler, Hermann, Betrachtungen über Gemeindeverfassung und Gewerwesen, mit besonderer Bezugnahme auf Bayern, Augsburg 1831.

Bek, Alois, Die Bevölkerungsbewegung im ländlichen Raum in den letzten 250 Jahren, dargestellt am Beispiel der Gemeinde Mittelberg, Kl. Walsertal, Hohenheim 1958.

Benz, Karl Joseph, Zu den kulturpolitischen Hintergründen der Säkularisation von 1803. Motive und Folgen der allgemeinen Klosteraufhebung, in: Saeculum 26 (1976) 364-385.

Bißler, Max, Peißenberger Heimat-Lexikon. Geschichte und Gegenwart von A bis Z, Peißenberg 1984².

Bleibrunner, Hans, Der Einfluß der Kirche auf die nieder-bayerische Kulturlandschaft, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München 36 (1951) 9-196.

Blessing, Werner K., Zur Analyse politischer Mentalität und Ideologie der Unterschichten im 19. Jahrhundert. Aspekte, Methoden und Quellen am bayerischen Beispiel, in: ZBLG 34 (1971) 768-816.

-, "Der Geist der Zeit hat die Menschen sehr verdorben ..."
Bemerkungen zur Mentalität in Bayern um 1800, in:
Eberhard Weis, Reformen im rheinbündischen Bayern
(Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 4), München -
Wien 1984, 229-247

-, Staat und Kirche in der Gesellschaft. Institutionelle
Autorität und mentaler Wandel in Bayern während des
19. Jahrhunderts, Göttingen 1982.

- , Staatsintegration als soziale Integration. Zur Entstehung einer bayerischen Gesellschaft im frühen 19. Jahrhundert, in: ZBLG 41 (1978) 633-700.
 - , Umbruchkrise und "Verstörung". Die "Napoleonische" Erschütterung und ihre sozialpsychologische Bedeutung, in: ZBLG 42 (1979) 73-105.
 - , Umwelt und Mentalität im ländlichen Bayern. Eine Skizze zum Alltagswandel im 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 19 (1979) 1-42.
 - , Allgemeine Volksbildung und politische Indoktrination im bayerischen Vormärz. Das Leitbild der Volksschullehrer als mentales Herrschaftsinstrument, in: ZBLG 37 (1974) 479-568.
- Böhm, Irmingard, Literarische Wegbereiter der Säkularisation, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige 94 (1983) 518-537.
- Bolognese-Leuchtenmüller, Birgit, Bevölkerungsentwicklung und Berufsstruktur, Gesundheits- und Fürsorgewesen in Österreich 1750-1918 (Materialien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1), München 1978.
- Borchardt, Knut - Cipolla, Carlo Maria, Bevölkerungsgeschichte Europas, München 1971.
- Borcherdt, Christoph, Beitrag zur Kenntnis der bayerischen Agrarlandschaft im beginnenden 19. Jahrhundert, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München 40 (1955) 121-143.
- , Fruchtfolgesysteme und Marktorientierung als gestaltende Kräfte der Agrarlandschaft in Bayern (Arbeiten aus dem geographischen Institut der Universität des Saarlandes, Bd. 5), Kallmünz-Regensburg 1960.

Born, Karl Erich, Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Taschenbuchausgabe, Bd. 16), München 1978³.

Bosl, Karl, Bayerische Geschichte, München 1979⁶.

-, Der Kleine Mann - Die Kleinen Leute, in: Helge Gerndt - Georg Schroubek (Hg.), Dona Ethnologica. Beiträge zur vergleichenden Volkskunde (Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 71), München 1973, 97-111.

-, Typen der Stadt in Bayern. Der soziale und wirtschaftliche Aufstieg der Städte und des Bürgertums in bayerischen Landen, in: ZBLG 32 (1969) 1-23.

Bosl, Karl (Hg.), Handbuch der historischen Stätten Deutschlands, Bd. 7: Bayern, Stuttgart 1981³.

Braubach, Max, Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Taschenbuchausgabe, Bd. 14), München 1976².

Brückl, Josef, Zolling. Aus Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 1, Zolling 1968.

Brunner, Luitpold, Die Schlacht bei Neumarkt vom 24. April 1809, in: Das Mühlrad 9 (1959) 28-43.

-, Die Schlacht von Neumarkt an der Rott, 24. April 1809, in: Das Bayerland 4 (1893) 429-431, 435-437, 450-453, 462-466, 477 f.

Buchberger, Michael, Aus- und Nachwirkungen der Säkularisation im Erzbistum München und Freising, in: Josef Schlecht (Hg.), Wissenschaftliche Festgabe zum zwölfhundertjährigen Jubiläum des heiligen Korbinian, München 1924, 479-502.

Burri, Hans-Rudolf, Die Bevölkerung Luzerns im 18. und frühen 19. Jahrhundert, Luzern 1975.

- Buxbaum, Engelbert, Die Auswirkungen der kurfürstlichen bayerischen Säkularisation von 1802/03 auf die Pfarrei Wallleshausen und deren Neuorganisation 1806, in: Jahrbuch des Vereins für Augsburger Bistumsgeschichte 6 (1972), 116-136.
- Clement, Horst, Das bayerische Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, Freiburg - Kassel 1934.
- Craig, Gordon A., Deutsche Geschichte 1866 - 1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, München 1981³.
- Demel, Walter, Adelsstruktur und Adelspolitik in der ersten Phase des Königreichs Bayern, in: Eberhard Weis (Hg.), Reformen im rheinbündischen Deutschland (Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 4), München - Wien 1984, 213-228.
- , Der bayerische Staatsabsolutismus 1806/08-1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära in der ersten Phase des Königreichs Bayern (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 76), München 1983.
- Destouches, Joseph von, Über den Verfall der Städte und Märkte und die Mittel, ihnen wieder aufzuhelfen, Ulm 1803.
- Diepolder, Gertrud, Das Volk in Kurbayern zur Zeit des Kurfürsten Max Emanuel. Beobachtungen zur Demographie, in: Hubert Glaser (Hg.), Kurfürst Max Emanuel. Bayern und Europa um 1700, Bd. 1: Zur Geschichte und Kunstgeschichte der Max-Emanuel-Zeit, München 1976, 387-405.
- Dipper, Christof, Die Bauernbefreiung in Deutschland 1790-1850, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1980.

Doeberl, Ludwig, Maximilian von Montgelas und das Prinzip der Staatssouveränität, München 1925.

Doeberl, Michael, Entwicklungsgeschichte Bayerns, 3 Bde., Bd. 1: München 1916³, Bd. 2: München 1928³, Bd. 3: München 1931.

-, Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens, München 1918.

Dölker, Wolfgang, Das Herbergsrecht in der Münchner Au (Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 18), München 1969.

Döllinger, Georg, Die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden in Baiern nach dem Edikte über das Gemeindewesen nebst darauf bezüglichen Verordnungen mit besonderer Rücksicht auf den Gebrauch für städtische Beamte und Gemeinde-Vorsteher, 2 Bde., München 1819/20.

Dörfler, Hans (Hg.), Bayern, das Bauernland. Ein Sammelwerk von Darstellungen der Landwirtschaft und des Bauerntums für die einzelnen Gaue Bayerns, Bd. 2: Der Rottgau, bearbeitet von Joseph Alzheimer, Freising 1927.

Dörrer, Anton, Aicher Otto, in: Neue Deutsche Biographie, herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1, München 1953, 116.

Drube, Herbert, Pullach im Isartal. Unsere Heimat in Vergangenheit und Gegenwart, Pullach 1982.

Dyroff, Anton, Die Entwicklung des bayerischen Staatskirchenrechts bezüglich der Ortskirchenvermögen bis zum Konkordat von 1817, in: Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Jg. 1905, 641-676.

- Eberhardt, Hans, Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte des Amtes Königsee in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Rudolfstädter Heimathefte 10 (1964) 18-30, 61-72.
- Ebert, Ludwig, Der kirchenrechtliche Territorialismus in Bayern im Zeitalter der Säkularisation (Veröffentlichungen des Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft, Bd. 9), Paderborn 1911.
- Eder, Erich, Pfarrkirchen im Rottal. Beiträge zur Stadtgeschichte, Pfarrkirchen 1964.
- Eder, Erich (Hg.), Pfarrkirchen einst und jetzt, Simbach 1980.
- Ehrhart, Wilhelm, Zur Methode der historischen Bevölkerungsstatistik, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 85 (1906) 358-364.
- Elkar, Friedrich, Zentralisierung und Dezentralisierung der Verwaltung des bayerischen Stiftungsvermögens in der Zeit Maximilians IV. (I.) Joseph (1799-1825), Diss. masch. Erlangen 1949.
- Elser, Karl, Die Gemeinderechte, wie sie in Bayern entstanden und bis zur Gegenwart sich entwickelten, Dillingen 1911.
- Engl, Heinz J., Chronik von Ismaning, Ismaning 1968.
- Erbe, Michael, Zur neueren französischen Sozialgeschichtsforschung. Die Gruppe um die "Annales", Darmstadt 1979
- Erdödy, Gábor (Hg.), Demographie, Bevölkerungs- und Agrarstatistik, Budapest 1982.
- Eßlen, Joseph, Gemeindefinanzen in Baiern. Geschichte der Entwicklung der Gemeindebesteuerung im rechtsrheinischen Baiern vom Jahre 1800 bis zum Erlaß der Gemeindeordnung im Jahre 1869 ausschließlich, München 1903.
- , Geschichte der Gemeindebesteuerung in Bayern, München 1903.

- Fehn, Hans, Die Entwicklung der Seeoner Kulturlandschaft seit 1800, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München 42 (1957), 60-78.
- , Das Siedlungsbild des niederbairischen Tertiärhügellandes zwischen Isar und Inn, München 1935.
- , Die Stadterhebungen in Bayern seit 1800 und die zentralörtliche Gliederung seit 1970. Gedanken zum Wandel des Begriffsinhaltes "Stadt" und zur Gemeindegebietsreform, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München 63 (1978) 11-36.
- , Städte und Märkte, in: Oberbayern. Land und Leute, Essen 1960.
- Fehn, Klaus, Siedlungsbild, Wirtschaftsleben und Gesellschaftsstruktur in der mittelschwäbischen Herrschaft Welden um 1800, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München 49 (1964) 155-179.
- Fenzl, Stephana, Von der Säkularisation des Klosters bis zu seiner Wiedererrichtung, in: Seligenthal 1232-1982. Beiträge zur Geschichte des Klosters, herausgegeben von der Zisterzienserinnenabtei Seligenthal, Landshut 1982, 172-196.
- Fick, Ludwig, Die bäuerliche Erbfolge im rechtsrheinischen Bayern (Münchener volkswirtschaftliche Studien, 8. Stück), Stuttgart 1895.
- Filser, Josef, Die Eheschließungen in Bayern seit 1825 (Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 197), München 1955.
- Finck von Finckenstein, Hans Wolfram Graf von, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800-1930, Würzburg 1960.
- Fischer, Anton, Die Neugestaltung des bayerischen Stiftungswesens unter dem Ministerium Montgelas 1806-1810, in: Oberbayerisches Archiv 65 (1927) 1-63.

- Forster, Wilhelm, Die Säkularisation und das Benediktinerkloster Banz, in: Wittelsbach und Bayern, Bd. 3,1: Krone und Verfassung. König Max I. Joseph und der neue Staat, herausgegeben von Hubert Glaser, München 1980, 95-100.
- Fried, Pankraz, Die Bauernbefreiung in Bayern. Ergebnisse und Probleme, in: Eberhard Weis, Reformen im rheinländischen Deutschland (Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 4), München - Wien 1984, 123-129.
- , Zur Geschichte der bayerischen Landgemeinde, in: Vorträge und Forschungen 7 (1964) 79-106.
 - , Zur Geschichte der dörflichen Unterschichten in den ländlichen Siedlungen Bayerisch-Schwabens, in: Zeitschrift des Historischen Vereins Schwaben 71 (1977) 109-128.
 - , Herrschaftsgeschichte der altbayerischen Landgerichte Dachau und Kranzberg im Hochmittelalter sowie in der frühen Neuzeit (Studien zur bayerischen Verfassungsgeschichte, Bd. 1), München 1962.
 - , Historisch-statistische Beiträge zur Geschichte des Kleinbauerntums (Söldnertums) im westlichen Oberbayern, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München 51 (1966) 5-39.
 - , Reagrarisierung in Südbayern seit dem 19. Jahrhundert, in: Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 21 (1975) 177-194.
- Fürst, Max, Biographisches Lexikon. Für das Gebiet zwischen Inn und Salzach, Grabenstädt 1982 (Reprint der Ausgabe München 1901).
- Fugger, Eberhard Graf von, Geschichte des Klosters Indersdorf, München 1885².

- Gall, Alf, Ruhpolding, Chronik auf der Grundlage des Heimatbuches von Peter Bergmeier, Ruhpolding 1983.
- Ganser, Karl, Modelluntersuchung zur Dorferneuerung. Strukturanalyse des Markortes Pförring an der Donau und seines Nebenbereiches (Münchner Geographische Hefte, Heft 30), München 1967.
- Gebhard, Torsten, Bäuerliches Wohnen im 19. Jahrhundert, dargestellt am Beispiel Bayern, in: Gerd Spies (Hg.), Wohnen - Realität und museale Präsentation, Braunschweig 1972, 63-77.
- Geiß, Ernest, Geschichte des regulirten Augustiner-Chorherren-Stiftes Högelward, in: Martin von Deutinger (Hg.), Beyträge zur Geschichte, Topographie und Statistik des Erzbistums München und Freysing, Bd. 4, München 1852, 319-554.
- Gerber, N., Der Armen-Cölibat, oder die, in unseren Tagen herrschende Sitte, den Armen die Bürgeraufnahme zu verweigern, um ihre Verheurathung zu erschweren, in ihrer Ungerechtigkeit und ihren traurigen Folgen dargestellt und allen Menschenfreunden besonders allen Ortsvorstehern zur Beherzigung empfohlen, Ludwigsburg 1828.
- Giebel, Hans Rainer, Strukturanalyse der Gesellschaft des Königreichs Bayern im Vormärz 1818-1849, München 1971.
- Görgner, Dietmar u. a., Rötzt. Unsere Heimat in Geschichte und Gegenwart, Regensburg 1981.
- Goeschl, Alois, Die Leinenweber zu Neumarkt, in: Das Mühlrad, 2 (1952). 114 f.
- Grieb, Lydia, Neuzeitliche Wandlungen der Bevölkerungsverteilung und Bevölkerungsbewegung im fränkischen Raum, Würzburg 1942.

- Günther, Adolf, Geschichte der älteren bayerischen Statistik (Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, Heft 77), München 1910.
- , Südbayern und Westösterreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Eine bevölkerungs- und sozialstatistische Darstellung, Innsbruck 1933.
- Haderstorfer, Rudolf, Die Säkularisation der oberbayerischen Klöster Baumburg und Seeon. Die wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen (Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 9), Stuttgart 1967.
- Hager, Josef (Hg.), Geisenhausen. 1000 Jahre Heimat und Lebensraum, Geisenhausen 1982.
- Haisch, Andreas, Der Landkreis Mindelheim in Vergangenheit und Gegenwart, Mindelheim 1968.
- Hanauer, Wilhelm, Historisch-statistische Untersuchungen über uneheliche Geburten, in: Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten 108 (1927/28) 656-684.
- Hanke, Gerhard, Zur Säkularisierung des Klosters Fürstenfeld, in: Amperland 1 (1965) 21-24, 40 f.
- , Zur Sozialstruktur der ländlichen Siedlungen Altbayerns im 17. und 18. Jahrhundert, in: Gesellschaft und Herrschaft. Forschungen zu sozial- und landesgeschichtlichen Problemen vornehmlich in Bayern (Festschrift für Karl Bosl zum 60. Geburtstag), München 1969, 219-269.
- Hartig, Michael, Der adelige Damenstiftsorden St. Anna in München, in: Michael Hartig, Die oberbayerischen Stifte, Bd. 1: Die Benediktiner-, Cisterzienser- und Augustiner-Chorherrenstifte, München 1975, 124 f.

- Hartig, Michael, St. Veit bei Neumarkt a. Rott, in:
Michael Hartig, Die oberbayerischen Stifte, Bd. 1:
Die Benediktiner-, Cisterzienser- und Augustiner-
Chorherrenstifte, München 1975, 64-68.
- Hartinger, Walter, Zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur von Oberpfalz und Niederbayern in vorindustrieller Zeit, in: ZBLG 39 (1976) 785-822.
- , Bayerisches Dienstbotenleben auf dem Land vom 16. bis 18. Jahrhundert, in: ZBLG 38 (1975) 598-638.
- Hauff, Ludwig, Die Gemeindeverfassung des Königreichs Bayern (diesseits des Rheins), Bamberg 1861².
- Hausberger, Karl, Staat und Kirche nach der Säkularisation. Zur bayerischen Konkordatspolitik im frühen 19. Jahrhundert (Münchener Theologische Studien, I. Historische Abteilung, Bd. 23), St. Ottilien 1983.
- Hauser, Josef, Vom Archidiakonat Gars, in: Heimatbilder. Gesammelte Aufsätze aus dem Inn-Isengau 6 (1926) 7-13.
- Haushofer, Heinz, Ländliche Dienstboten in Altbayern, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 23 (1975) 47-51.
- , Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter (Deutsche Agrargeschichte, Bd.5), Stuttgart 1963.
- Haushofer, Josef, Geschichte von Eggenfelden, Eggenfelden 1980².
- Hausmann, Friederike, Die Agrarpolitik der Regierung Montgelas. Untersuchungen zum gesellschaftlichen Strukturwandel Bayerns um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert (Verfassungsgeschichte, Bd. 2), Bern - Frankfurt a. Main 1975.
- Hausmann, Sebastian, Die Grundentlastung in Bayern (Abhandlungen aus dem staatswirtschaftlichen Seminar Straßburg, Bd. 10), Straßburg 1892.

- Hazzi, Joseph, Statistische Aufschlüsse über das Herzogtum Baiern aus echten Quellen geschöpft, 8 Bde., Nürnberg 1801 ff.
- Heerde, Walter, Haidhausen. Geschichte einer Münchner Vorstadt (Oberbayerisches Archiv, Bd. 98), München 1974.
- Heffter, Heinrich, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart 1950.
- Heider, Josef, Das bayerische Kataster. Geschichte, Inhalt und Auswertung der rentamtlichen Kataster, Lager- und Grundbücher in Bayern, sowie der zugehörigen Flurkarten (Bayerische Heimatforschung, Heft 8), München-Pasing 1954.
- Helczmanovszki, Heimold (Hg.), Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Österreichs, München 1973.
- Hellersberg, Karl Sebastian von, Beiträge zur neueren Geschichte der Patrimonialgerichtsbarkeit in Baiern, München 1802.
- Hellmuth, Clement, Die königlich bayerischen Landgerichte diesseits des Rheins, vom 24. März 1802 bis zur Gegenwart, bezüglich ihrer Bezirksformation, Verfassung, amtlichen Stellung, und der Personalverhältnisse ihrer Beamten, Nördlingen 1854.
- Helmreich, Karl, Die geschichtliche Entwicklung der bayerischen Gemeindeverfassung vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Jahr 1818, Ansbach 1909.
- Hemmerle, Josef, St. Veit bei Neumarkt, in: Germania Benedictina, herausgegeben von der Academia Benedictina in Verbindung mit dem Alt-Herwegen-Institut, Bd. 2: Bayern, Augsburg 1970, 313-318.
- Henning, Friedrich Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750-1979, Paderborn 1978.

Herrmann, Erwin, Zur Sozialstruktur Kulmbachs um 1800,
in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 118 (1982)
161-175.

Herzog, Ludwig, Gedenklblätter zum 900jährigen Jubiläum der
Klostergründung Elsenbach, Neumarkt/Rott 1930.

Hesse, Horst, Die sogenannte Sozialgesetzgebung Bayerns
Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts (Mis-
cellanea Bavarica Monacensia, Heft 33), München 1971.

Hiereth, Sebastian, Die Bildung der Gemeinden im Isarkreis
nach den Gemeindeedikten von 1808 und 1818, in: Ober-
bayerisches Archiv 77 (1952) 1-35.

-, Die Bayerische Gerichts- und Verwaltungsorganisation
vom 13. bis 19. Jahrhundert (Einführung zum Historischen
Atlas von Bayern, Teil Altbayern), München 1950.

-, Die Geschichte des Marktes Nandlstadt von den Anfän-
gen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Geschich-
te des Marktes Nandlstadt, Nandlstadt 1981, 6-238.

-, Die Ottonische Handfeste von 1311 und die niederbay-
rischen Städte und Märkte, in: ZBLG 33 (1970) 135-
154.

Hömig, Klaus Dieter, Der Reichsdeputationshauptschluß vom
25. Februar 1803 und seine Bedeutung für Staat und
Kirche unter besonderer Berücksichtigung württember-
gischer Verhältnisse, Tübingen 1969.

Hörger, Hermann, Familienformen einer ländlichen Industrie-
siedlung im Verlauf des 19. Jahrhunderts, in: ZBLG 41
(1978) 771-819.

-, Kirche, Dorfreligion und bäuerliche Gesellschaft, 2
Bde (Studien zur altbayerischen Kirchengeschichte,
Bd. 5 und 7), München 1978 und 1983.

- Hörger, Hermann, Kulturlandschaft im Wandel. Der oberbayerische Pfaffenwinkel in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Beiträge zur altbayerischen Kirchengeschichte 32 (1979) 11-32.
- , Mortalität, Krankheit und Lebenserwartung der Penzberger Bergarbeiterschaft im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: ZBLG 43 (1980) 185-222.
- , Mentale Umschichtungen im Dorf des 19. Jahrhunderts - zum Wandel bäuerlichen Namensgutes und seiner gesellschaftlichen Hintergründe im südbayerischen Raum, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 24 (1976) 161-179.
- Hoffmann, Alfred, Zur Problematik der agrarischen Nebengewerbe und der Reagrarisierung, in: Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 21 (1975) 29-37.
- Hofmann, Hanns Hubert, Adelige Herrschaft und souveräner Staat (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, Bd. 2), München 1962.
- Hofmann, Sigfrid, Kunstgeschichte des Landkreises Mühlendorf, in: Der Landkreis Mühlendorf am Inn, München 1962, 64-75.
- , Stift Steingaden 1147-1803, Schongau 1947.
- Hohl, Anton, Bodenzinse, Neumarkt/Oberpfalz 1898.
- Hubensteiner, Benno, Dr. med. August Hauner, in: Benno Hubensteiner, Biographenwege. Lebensbilder aus dem alten Bayern, München 1984, 153-157.
- , Bildnis eines Barockgelehrten - Otto Aicher aus Altötting, in: Inn-Salzach-Land 1 (1949) ohne Seitenangaben.
- , Bildnis eines Rokoko-Prälaten - Abt Maurus II. Aimer von St. Veit, in: Das Mühlrad 1 (1951) 62-66.

- Hubensteiner, Benno, Franz Xaver Hornöck, der Maler von Neumarkt, in: Neumarkter Anzeiger, 11. Juli 1951, 4.
- , Bayerische Geschichte. Staat und Volk, Kunst und Kultur, München 1980¹⁰.
- , Von "Gschlößljungfrauen" und "Gschlößlmalern". Zur Geschichte des Schlosses Baumburg bei Neumarkt, in: Das Mühlrad 9 (1959) 108-110.
- , Die Heimat und ihre Geschichte - Neumarkt, in: Das Mühlrad 6 (1956) 18-38.
- , 700 Jahre Neumarkt, in: Das Bayerland 71 (1969), Heft 7, ohne Seitenangabe.
- , "Ein guter Kenner Altbayerns..." Pfarrer Johann Nep. Kisslinger, der Verfasser der Geschichte von St. Veit, in: Das Mühlrad 10 (1960/61) 87-89.
- , Vom "Klessinggangl" zum "Haderngaßl" ..., in: Das Mühlrad 3 (1953) 7-10.
- , Neumarkt, in: Land zwischen Rott und Inn, Heimatliche Festschrift der Kreissparkasse Mühldorf, Mühldorf am Inn 1957.
- , Neumarkt-St. Veit, in: Der Landkreis Mühldorf am Inn, München 1962, 110-115.
- , Der "Neue Markt" und seine alte Geschichte, in: Festschrift der Stadt Neumarkt-St. Veit zum 700jährigen Jubiläum, Neumarkt-St. Veit 1969.
- , Die Schlacht von Neumarkt, in: Das Mühlrad 11 (1962-1964) 97-101.
- , Die Schlacht von Neumarkt an der Rott, in: Benno Hubensteiner, Lectio Bavarica. Zwölf bayerische Reden, Regensburg 1976, 88-99.
- , Silvester Mayrhofer - ein Maurermeister von Neumarkt, in: Das Mühlrad 7 (1957) 47-50.

- Hubensteiner, Benno, Ein Zwiebelturm von Johann Michael Fischer, in: Der Zwiebelturm 5 (1950) - 67 f.
- Hubensteiner, Erna, "Hielt mich an den Schweif eines Husarenpferdes ..." Aus dem Tagebuch eines bayerischen Offiziers, der 1809 bei der Schlacht von Neumarkt dabei war, in: Das Mühlrad 3 (1953) 72-77.
- Hunklinger, Georg, Das Ende des Stiftes Höglwörth. Die Abwicklung der Säkularisation von 1817-36, in: Das Salzfass 9 (1975) 1-21.
- Ilien, Albert - Jeggler, Utz, Leben auf dem Dorf. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und zur Sozialpsychologie seiner Einwohner, Opladen 1978.
- Imhof, Arthur E., Einführung in die historische Demographie, München 1977.
- , Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben, München 1981.
- Imhof, Arthur E. (Hg.), Historische Demographie als Sozialgeschichte. Giessen und Umgebung vom 17. zum 19. Jahrhundert (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Bd. 31 , Darmstadt - Marburg 1975.
- Imhof, Wilhelm, Die geschichtliche Entwicklung des Gemeinderechtes im rechtsrheinischen Bayern seit dem Jahre 1818, München 1927.
- Jäger, Helmut, Der agrarlandwirtschaftliche Umbau des 19. Jahrhunderts, in: Unterfranken im 19. Jahrhundert, Würzburg 1965, 210-243.
- Jeggler, Utz, Kiebingen - eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem schäbischen Dorf (Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, Bd. 44), Tübingen 1977.

- Kahr, Gustav von, Bayerische Gemeindeordnung für die Landestheile diesseits des Rheins, 2 Bde., München 1896 und 1898.
- Kaizl, Joseph, Der Kampf um die Gewerbereform und Gewerbefreiheit in Bayern 1799-1868, Leipzig 1879.
- Kaltenstadler, Wilhelm, Bevölkerung und Gesellschaft Ostbayerns im Zeitraum der frühen Industrialisierung (1780-1820), Kallmünz 1977.
- Kaschuba, Wolfgang - Lipp, Carola (Hg.), Dörfliches Überleben. Zur Geschichte matereller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, Bd. 56), Tübingen 1982.
- Kasenbacher, Anton, Traunstein. Chronik einer Stadt in Wort und Bild, Traunstein 1980.
- Kastner, Ludwig, Der Begriff der Selbstverwaltung im Sinne des Artikel 1 der diesseitigen bayerischen Gemeindeordnung vom 29. April 1869, München 1897.
- Kaufhold, Karl-Heinrich, Wandlungen in den Stadt-Land-Beziehungen des Handwerks und des Heimgewerbes in Deutschland 1750-1850, in: Gerhard Kaufmann (Hg.), Stadt-Land-Beziehungen. Verhandlungen des 19. Deutschen Volkskundekongresses in Hamburg vom 1. bis 7. Oktober 1973, Göttingen 1975, 171-193.
- Kellenbenz, Hermann (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert (Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 21), Stuttgart 1975.
- , Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2: Vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, München 1981.
- Kiefer, Albert, Die Veränderungen der Volksdichte im Königreich Bayern von 1840 bis 1895, Erlangen 1907.

- Kißlinger, Johann Nepomuk, Geschichte des Benediktiner-Klosters St. Veit (früher Elsenbach) bei Neumarkt an der Rott in Oberbayern, in: Beiträge zur Geschichte, Topographie und Statistik des Erzbistums München und Freising, herausgegeben von Dr. Martin von Deutinger, Bd. 12, München 1915, 103-395.
- Klebel, Hubert, Das Pauperproblem in der Zeit des Spätkapitalismus und beginnenden Liberalismus in Bayern. Eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Studie zur Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und der staatlichen Wohlfahrtspolitik, Diss. masch., München 1955.
- Klein, Ernst, Geschichte der deutschen Landwirtschaft im Industriezeitalter, Wiesbaden 1973.
- Kleindienst, Josef, Geschichte der neueren bayerischen Statistik (Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, Heft 86), München 1914.
- Klinger, Heinrich, Die Bevölkerungsbewegung der Stadt Amberg bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert, in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 109 (1969) 145-168.
- Klotz, Hans, Der bayerische Staatshaushalt von 1799-1818, o. O. 1952.
- Klueting, Hans, Die Folgen der Säkularisation. Zur Diskussion der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Vermögenssäkularisation in Deutschland, in: Helmut Berding - Hans Peter Ullmann (Hg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein/Taunus 1981, 184-207.
- Knapp, Georg Friedrich, Änderungen der Sterblichkeit von 1751-1870, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 22 (1873/74) 141-144.

- Knemeyer, Franz Ludwig, Regierungs- und Verwaltungsreformen in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Köln - Berlin 1970.
- Knodel, John, The Decline of Fertility in Germany, 1871-1939, Princeton 1974.
- , Law, Marriage and Illegitimacy in Nineteenth Century Germany, in: Population Studies 20 (1967) 279-294.
- Koch, Julius (Hg.), Jahrhundert-Feier des Treffens bei Neumarkt a. R. am 24. April 1809, Neumarkt a. Rott 1909.
- Köllmann, Wolfgang, Bevölkerung und Raum in Neuerer und Neuester Zeit (Raum und Bevölkerung in der Weltgeschichte/Bevölkerungs-Ploetz, Bd. 4), Würzburg 1968³, 4-145.
- , Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960.
- Köllmann, Wolfgang - Marschalck, Peter (Hg.), Bevölkerungsgeschichte (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 54), Köln 1972.
- Königlich Bayerisches Statistisches Bureau (Hg.), Geschichte und Einrichtung der amtlichen Statistik im Königreich Bayern, München 1895.
- Königlich Bayerisches Statistisches Landesamt (Hg.), Bayerns Entwicklung nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik seit 1840, München 1915.
- Kolb, Gerhard, Strukturelle Wandlungen im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge der Bevölkerung Bayerns seit 1840, Nürnberg 1966.

- Kolodziej, Gertraud, Die Geschichte des Augustiner-Chorherrenstiftes Indersdorf (1120-1783), ungedruckte Zulassungsarbeit für die Wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt am Gymnasium in Bayern, eingereicht bei Prof. Dr. Georg Schwaiger an der Ludwig-Maximilians-Universität München im Fachbereich Katholische Theologie, 1983.
- Konze, Hermann Joseph u. a., Weiden in der Oberpfalz, Hof a. d. Saale 1982.
- Kraus, Antje, "Antizipierter Ehesegen" im 19. Jahrhundert. Zur Beurteilung der Illegitimität unter sozialgeschichtlichen Aspekten, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 66 (1979) 174-215.
- Kraus, Andreas, Geschichte Bayerns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1983.
- Krausen, Edgar, Die Aufhebung des Klosters Seligenthal 1801-1804, in: Seligenthal 1232-1982. Beiträge zur Geschichte des Klosters, herausgegeben von der Zisterzienserinnenabtei Seligenthal, Landshut 1982, 155-171.
- , Aufstiegsmöglichkeiten für soziale Unterschichten. Beispiele aus katholischen Prälatenklöstern, in: Gesellschaftliche Unterschichten in südwestdeutschen Städten, herausgegeben von E. Maschke und J. Sydow (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte und Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Bd. 41) Stuttgart 1967, 161-166.
- , Franz Xaver Hornöck, ein Maler an der Wende vom Rokoko zum Biedermeier, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 101 (1961) 297-307.
- , Franz Xaver Hornöck (1752-1822), in: Fritz Markmiller (Hg.), Barockmaler in Niederbayern. Die Meister der Städte, Märkte und Hofmarken, Regensburg 1982, 125-134 und 263.

Krausen, Edgar, Johann Georg und Josef Benedikt Kapfer,
in: Heimatbuch des Landkreises Traunstein, Bd. 1,
Traunstein 1963, 148 ff.

-, Was nicht im Kißlinger steht. Unbekanntes zur Ge-
schichte von Kloster St. Veit, in: Das Mühlrad 10
(1960/1961) 90-96.

-, Künstler und Kunsthandwerk aus der Landschaft zwi-
schen Rott, Isen und Inn, in: Der Landkreis Mühldorf
am Inn, München 1962, 74-78.

-, Die Urkunden des Klosters St. Veit 1121-1450, in:
Das Mühlrad 10 (1960/1961) 114-118.

Kren, Gerda, Die Säkularisation der Chiemseeklöster, in:
Das bayerische Inn-Oberland 34 (1966) 5-183.

Krenner, Johann Nepomuk Gottfried von, Über Land-, Hof-
marks- und Dorfgerichte, München 1795.

Kriedte, Peter u. a., Industrialisierung vor der Indust-
rialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem
Land in der Formationsperiode des Kapitalismus,
Göttingen 1977.

Die Kunstdenkmale des Königreichs Bayern von 11. bis
zum 18. Jahrhundert, Bd. 1, Teil 3, bearbeitet von
Dr. Gustav von Bezold, Dr. Berthold Riehl und Dr. G.
Hager, München 1905, 2223-2229 (Neumarkt) und 2260-
2270 (St. Veit).

Ladwig, Heinz-Günther, Die Entstehung des Selbstverwal-
tungsrechts der bayerischen Gemeinden unter besonderer
Berücksichtigung der Verhältnisse der Stadt Amberg,
Diss. masch. Erlangen 1952.

Die Landwirtschaft in Bayern. Denkschrift, nach amtlichen
Quellen bearbeitet, München 1840.

Langner, Albrecht (Hg.), Säkularisation und Säkulari-
sierung im 19. Jahrhundert, Paderborn 1978.

- Laves, Theodor, Die bayerische Armenpflege von 1847 bis 1880, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 8 (1884) 540-594.
- Lechner, Martin, Eine "Beweinung Christi" von Christian Wink (1738-1797), in: Amperland 3 (1967) 34-36.
- , Der Devotionalienfund von Neumarkt-St. Veit, in: Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde, Jg. 1963, Vol-
kach 1963, 63-71.
- , Ernst August Freiherr von Mandelsloh 1886-1962. Ein vergessener österreichischer Maler mit Illustrationen zum Werk Ernst Jüngers (Katalog zur 27. Ausstellung des graphischen Kabinetts Göttweig vom 5. Mai bis 30. Oktober 1978), Göttweig 1978.
- , Die Kirchen der Stadtpfarrei Neumarkt-St. Veit und ihre kunstgeschichtliche Bedeutung, in: Heimat an Rott und Inn 8 (1973) 187-207 und 9 (1974) 69-84.
- , Der Hl. Martyrer Lucius, der zweite Patron von St. Veit, in: Heimat an Rott und Inn 5 (1968) 68-82.
- , Neumarkt-St. Veit, in: Bayerisches Städtebuch, herausgegeben von Erich Keyser und Heinz Stoob, Teil 2 (Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz und Schwaben), Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1974, 465-470.
- , Die Pfarrei- und ehemalige Benediktinerklosterkirche Neumarkt-St. Veit (Schnell, Kunstführer Nr. 948), München - Zürich 1973.
- , Das unbekannte Porträt des St. Veiter Abtes Gregor II. Kirmair (1721-1764), in: Heimat an Rott und Inn 6 (1969) 149-152.
- Lee, Robert W., Bastardy and Socioeconomic Strcture of South Germany, in: Journal of Interdisciplinary History 7 (1977) 403-425.

Lee, Robert W., Zur Bevölkerungsgeschichte Bayerns 1750-1850. Britische Forschungsergebnisse, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975) 309-338.

-, Population Growth, Economic Development and Social Change in Bavaria 1750-1850, New-York 1977.

Lerchenfeld, Gustav Freiherr von, Die altbaierischen landständischen Freibriefe mit den Landesfreiheitserklärungen, München 1853.

Lerchenfeld-Köfering, Hugo Graf von, Die Güterzertrümmerung und die bayerische Landwirtschaft, München 1907.

Lieb, Norbert, Johann Michael Fischers Turmkuppel von St. Veit, in: Der Zwiebeltrum 5 (1950) Heft 5, Umschlagseite.

Lieberich, Heinz, Mitteilungen für die Archivpflege in Oberbayern, 38 Hefte, Masch., München 1940-1950.

Liebhart, Wilhelm, Zur spätmittelalterlichen landesherrlichen Marktgründungspolitik in Ober- und Niederbayern, in: Bayerisch-schwäbische Landesgeschichte an der Universität Augsburg 1975-1977. Vorträge, Aufsätze, Berichte, herausgegeben von Pankraz Fried (Augsburger Beiträge zur Landesgeschichte Bayerisch-Schwabens, Bd. 1), Sigmaringen 1979, 141-152.

-, Der Historische Atlas von Bayern als Quelle zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte insbesondere Altbayerns, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 72 (1985), 65-73.

Liess, Albrecht, Pläne bayerischer Herrschafts- und Ortsgerichte aus dem frühen 19. Jahrhundert im Allgemeinen Staatsarchiv, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern, Jg. 14, Heft 2, München 1968, 48-57.

- Lindner, Franz - Hauck, Thomas von, Erläuterungen zur Bayerischen Gemeindeordnung für die Landestheile diesseits des Rheins. Gesetz vom 29. April 1869/19. Januar 1872, München 1901.
- Lindner, Friedrich, Die unehelichen Geburten als Sozialphänomen. Ein Beitrag zur Statistik der Bevölkerungsbewegung im Königreich Bayern, Leipzig 1900.
- Lipowsky, Friedrich Felix, Darstellung des socialen und wirtschaftlichen Volkslebens des Landgerichtsbezirkes Moosburg, München 1861.
- Lütge, Friedrich, Über die Auswirkungen der Bauernbefreiung in Deutschland, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik 157 (1943) 353-404.
- , Freiheit und Unfreiheit in der Agrarverfassung, in: Historisches Jahrbuch 74 (1955) 643-652.
 - , Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1967.
 - , Die bayerische Grundherrschaft. Untersuchungen über die Agrarverfassung Altbayerns im 16. bis 18. Jahrhundert, Stuttgart 1949.
 - , Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Ein Überblick, Berlin - Heidelberg - New-York 1966³.
 - , Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 15), Stuttgart 1963.
- Lütge, Friedrich (Hg.), Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15., 16. und 19. Jahrhundert (Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 10), Stuttgart 1968.
- Lutzner, Fritz, Die Entwicklung der Agrarverfassung in Bayern rechts des Rheins von 1800 bis 1848, Diss. masch., München 1949.

Mackenroth, Gerhard, Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, Berlin - Göttingen - Heidelberg 1953.

Majer, Carl, Das Geburts- und Sterblichkeitsverhältnis in Bayern für das Jahr 1873, in: Zeitschrift des Kgl. Bayerischen Statistischen Bureaus 7 (1875) 195-211.

Matz, Klaus Jürgen, Pauperismus und Bevölkerung. Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten im 19. Jahrhundert (Industrielle Welt, Bd. 31), Stuttgart 1981.

Mauerer, Roman, Entwicklung und Funktionswandel der Märkte in Altbayern seit 1800 (Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 30), München 1971.

Mauersberg, Hans, Bevölkerungs- und Sozialgeschichte des Berchtesgadner Landes, Hannover 1939.

Mayr, Georg, Die Eheschließungen in Bayern während der sechsjährigen Periode 1862/63 bis 1867/68, mit Rückblicken auf die Ergebnisse der Jahre 1835/36 bis 1861/62, in: Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Bureaus 1 (1869) 4-20.

-, Die Sterblichkeit der Kinder während des ersten Lebensjahres in Süddeutschland, insbesondere in Bayern, in: Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Bureaus 2 (1870) 201-207.

Mehl, Hildegard, Die Sterblichkeit in Freising/Obb. von 1668-1870, Diss. masch. Erlangen 1951.

- Meidinger, (Franz), Historische Beschreibung verschiedener Städte und Märkte, Bd. 2, Landshut 1790, 44-46.
- Melzer, Alfred, Die Wandlung des Begriffsinhaltes der deutschen kommunalen Selbstverwaltung im Laufe der politischen Geschichte, Stuttgart - Berlin 1937.
- Memminger, August, Zur Geschichte der Bauernlasten mit besonderer Beziehung auf Franken und Bayern, Würzburg 1908³.
- Mempel, Hans Christian, Die Vermögenssäkularisation 1808/10. Verlauf und Folgen der Kirchengutenteignung in verschiedenen deutschen Territorien, 2 Bde., München 1979.
- Merzenich, Hildegard, Die politische Gemeinde Zangberg und ihre Bürgermeister, in: Zangberg. 1285-1985, München 1985, 45-110.
- Meurer, Christian, Das Zehent- und Bodenzinsrecht in Bayern, Stuttgart 1898.
- Micheler, A., Der Landkreis Mühldorf, in: Der Landkreis Mühldorf am Inn, München 1962, 9-11.
- , Das Landschaftsbild, in: Der Landkreis Mühldorf am Inn, München 1962, 11-27.
- Mitterauer, Michael, Familienformen und Illegitimität in ländlichen Gebieten Österreichs, in: Archiv für Sozialgeschichte 19 (1979) 123-188.
- , Vorindustrielle Familienformen. Zur Funktionsentlastung des "ganzen Hauses" im 17. und 18. Jahrhundert, in: Fürst, Bürger, Mensch. Untersuchungen zu politischen und soziokulturellen Wandlungsprozessen im vorrevolutionären Europa, herausgegeben von Friedrich Engel-Janosi, Grete Klingenstein und Heinrich Lutz (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 2), München 1975, 123-185.

- Mitterauer, Michael, Familiengröße - Familientypen - Familienzyklus. Probleme quantitativer Auswertung von österreichischem Quellenmaterial, in: Geschichte und Gesellschaft 1 (1975) 226-255.
- , Ledige Mütter. Zur Geschichte illegitimer Geburten in Europa, München 1983.
- , Pfarre und ländliche Gemeinde in den österreichischen Ländern, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 109 (1973) 1-30.
- Mitterauer, Michael - Sieder, Reinhard, Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie, München 1977.
- Möckl, Karl, Die bayerische Konstitution von 1808, in: Eberhard Weis (Hg.), Reformen im rheinbündischen Deutschland (Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 41), München - Wien 1984, 151-166.
- Möhl, Friedrich Karl, Die Vorläufer der heutigen Organisation der öffentlichen Armenpflege in München, Bamberg 1903.
- Mois, Jakob, Das Stift (Rottenbuch) vom Beginn der Neuzeit bis zur Säkularisation, in: 900 Jahre Rottenbuch, Beiträge zur Geschichte und Kunst von Stift und Gemeinde, herausgegeben von Hans Pörnbacher, Weißenhorn - Wildsteig 1974, 34-68.
- Moll, Erwin, Heiratstafeln für Bayern und Hamburg 1880-1911, Göttingen 1914.
- Monz, Heinz, Die Bevölkerungsstruktur einer mitteleuropäischen Stadt und ihrer Region im Jahre 1802 im Vergleich zu den Jahren 1961/64, in: Archiv für Sozialgeschichte 5 (1965) 147-191.

- Moser, Otto, Die Sterblichkeit in Amberg/Opf. von 1700-1870, Diss. masch. Erlangen 1949.
- Müller, Klaus, Die unehelichen Geburten in München, Friedberg 1914.
- Müller, Michael, Das Problem der Weiterverkäufe säkularisierten Kirchengutes, in: Eberhard Weis (Hg.), Reformen im rheinbündischen Deutschland (Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 4), München - Wien 1984, 23-32.
- Nabodnik, Martin, Die Abnahme des durchschnittlichen Heiratsalters in Deutschland, in: Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts 48 (1908) 69-84.
- Nell, Adelheid von, Die Entwicklung der generativen Strukturen bürgerlicher und bäuerlicher Familien von 1750 bis zur Gegenwart, Bochum 1973.
- Neuper, Adolf, Die leitenden Ideen in der Geschichte des bayerischen Kommunalrechtes (1799-1818), Erlangen 1952.
- Nipp, Luitgard, Landwirtschaftlicher Nebenerwerb - Hemmfaktor der Gewerbeentwicklung. Kapitalstruktur des ländlichen Kleingewerbes in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in Südbayern, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 87 (1980) 153-176.
- Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983.
- Nösselt, Anneliese, Die Bevölkerungs- und Wanderbewegung der Landkreise Cham und Kötzing in der Bayerischen Ostmark (von 1800 bis zur Gegenwart), Kallmünz 1942.

Nusser, Hans, Das bayerische Adelsedikt vom 26.5.1818 und seine Auswirkungen, in: Bayern, Staat und Kirche, Land und Reich. Forschungen zur bayerischen Geschichte, vornehmlich im 19. Jahrhundert, Wilhelm Winkler zum Gedächtnis, herausgegeben von den staatlichen Archiven Bayerns, München 1961, 308-325.

Obernberg, Joseph von, Reisen durch das Königreich Bayern, Bd. 2, München 1816, 268-274.

Oer, Rudolfine Freifrau von, Die Säkularisation 1803. Vorbereitung, Diskussion, Durchführung, Göttingen 1970.

-, Zur Beurteilung der Säkularisation von 1803, in: Festschrift für Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag, Bd. 1, Göttingen 1971, 511-521.

Oeter, Dietrich, Die Sterblichkeit in den bayerischen Städten, Köln 1961.

Ow, Anton Freiherr von, Die Abtei Sankt Veit bei Neumarkt a. d. Rott und die Säkularisation, in: Die Ostbairischen Grenzmarken 19 (1930) 193.

-, Streiflichter zur Geschichte der Säkularisation in Bayern, in: ZBLG 4 (1931) 187-206.

Pestenhofer, Hubert, Die verfassungsgeschichtliche Stellung der Stadt im rechtsrheinischen Bayern von 1800 bis zum deutschen Kaiserreich 1871, Diss. masch. München 1954.

Pfleger, Franz Joseph, Die Güterzertrümmerung in Bayern und die Vorschläge zur Bekämpfung des Güterhandels, München 1904.

Phayer, Finton Michael, Religion und das gewöhnliche Volk in Bayern in der Zeit von 1750-1850 (Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 21), München 1970.

- Pietrusky, Ulrich, Niederbayern. Zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeographie eines unbekannten Raumes, Passau 1980.
- , Raumdifferenzierende bevölkerungs- und sozialgeographische Strukturen und Prozesse im ländlichen Raum Ostniederbayerns seit dem frühen 19. Jahrhundert (Münchener Geographische Abhandlungen, Bd. 21), München 1977.
- Platzer, Heinrich, Geschichte der ländlichen Arbeitsverhältnisse in Bayern (Altbayerische Forschungen, Bd.2/3), München 1904.
- Pledl, Wolfgang, Die Säkularisation des Benediktinerstifts St. Veit an der Rott, in: Das Mühlrad 24 (1982) 27-52.
- , St. Veit, Adlstein und Baumburg, drei altbayerische Hofmarken an der oberen Rott, in: Heimat an Rott und Inn 16 (1981) 92-103.
- , Stift St. Veit. Einst und jetzt, München - Zürich 1984.
- Pölnitz, Götz Freiherr von, Der erste Entwurf zur bayerischen Säkularisation, in: Staat und Volkstum. Festschrift für Karl Alexander von Müller, herausgegeben von Willy Andreas u. a., Diessen 1933, 190-206.
- Pölnitz, Max Freiherr von, Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und die Staatsaufsicht über dieselben in ihrer Entwicklung nach der Gemeindegesetzgebung des rechtsrheinischen Bayern seit König Maximilian I. Joseph, Bamberg 1890.
- Popp, August, Die Entstehung der Gewerbefreiheit in Bayern, Leipzig 1928².
- Prinzing, Friedrich, Die uneheliche Fruchtbarkeit in Deutschland, in: Zeitschrift für Socialwissenschaft 5 (1902) 37-46.

- Prinzing, Friedrich, Die Wandlungen der Heiratshäufigkeit und des mittleren Heiratsalters, in: Zeitschrift für Socialwissenschaft 5 (1902) 656-674.
- Probst, Ulrich, Die Entwicklung der gemeindlichen Selbstverwaltung in Bayern, Würzburg 1975.
- Puchta, Hans, Vorarbeiten zu einer Kunstgeschichte von Kloster St. Veit an der Rott. Spätgotik und Neugotik, in: Jahrbuch des Vereins für christliche Kunst 15 (1985), 47-61.
- Quentell, August von, Landwirtschaftliche Beschreibung des ehemaligen adligen Damenstifts Sanct Veit in Oberbayern, Leipzig 1841.
- Rabel, Burkhardt, Landwirtschaftliche Besitzverteilung und Besitzverschiebung in Altbayern, Leipzig 1915.
- Rall, Hans, Kurbayern in der letzten Epoche der alten Reichsverfassung 1745-1801 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 45), München 1952.
- Ranke, Heinrich, Die Verhältnisse von drei Bauerngemeinden in der Umgebung Münchens, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik 22 (1883) 273-294.
- Rassa, Kurt, Klosterbräu St. Veit AG, in: Der Landkreis Mühldorf am Inn, München 1962, 115 f.
- Ratzinger, Georg, Geschichte der kirchlichen Armenpflege, Freiburg/Breisgau 1884².
- Rauscher, Anton (Hg.), Säkularisierung und Säkularisation vor 1800, Paderborn 1976.
- Rehlingen-Haltenberg, Hugo Freiherr von, Beruflich-soziale Gliederung der Bevölkerung des Königreichs Bayern nach amtlichen Quellen 1840-1907, Weiden 1911.

- Rehm, Hermann, Die jüngste Reform des bayerischen Hei-
matrechts, in: Archiv für Öffentliches Recht 8 (1893)
47-96.
- Reichardt, G. L., Ueber die Aufhebung der die Ansässig-
machung und Verehelichung erschwerenden gesetzlichen
Bestimmungen - als Hauptursache der herrschenden Ro-
heit und Unsittlichkeit, München 1865.
- Reingruber, Joseph, Über den Wirkungskreis eines Land-
gerichts im Königreiche Baiern, Bd. 2, Landshut. 1814.
- Reiter, Hans, Die geschichtliche Entwicklung der kom-
munalen Selbstverwaltung in Bayern, Diss. masch. Mün-
chen 1948.
- Riedler, Hans, Rohrdorf/Obb. Eine Ortsgeschichte, Ro-
senheim 1980 .
- Rietschel, Siegfried, Markt und Stadt in ihrem rechtlichen
Verhältnis. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen
Stadtverfassung, Leipzig 1897.
- Ringelmann, Edith, Die Säkularisation des Hochstifts
und des Domkapitels Passau (Veröffentlichungen des
Instituts für ostbairische Heimatforschung in Passau,
Nr. 18), Passau 1939.
- Rivet, F., Ueber die außerehelichen Geburten, insbeson-
dere in Bayern, in: Archiv der politischen Oekonomie
und Polizeiwissenschaft 6 (1843) 1-47. \
- Rosenthal, Eduard, Geschichte des Gerichtswesens und der
Verwaltungsorganisation Baierns, 2 Bde., Würzburg 1889
und 1906 (Neudruck Aalen 1968).
- Rudhart, Ignaz, Ueber den Zustand des Königreich Baiern
nach amtlichen Quellen, 3 Bde., Leipzig - Erlangen
1825-27.

- Rückert, Georg, Die Säkularisation des Augustiner-Chorherren-Stifts Polling, in: Archiv für die Geschichte des Hochstifts Augsburg 6 (1926) 433-470.
- Ruf, Paul, Die Säkularisation des Augustiner-Chorherrenstifts Höglwörth. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Hermann Hanke, in: Bibliotheksforum Bayern 4 (1976) 25-35.
- Sachße, Christoph - Tennstedt, Florian, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1980.
- Sandberger, Adolf, Das Kloster Seeon, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München 42 (1957) 54-60.
- , Altbayerische Studien zur Geschichte von Siedlung, Recht und Landwirtschaft, München 1983.
- Sander, Kurt, Über die Bewegung der Bevölkerung des Kreises Vohenstrauß (Gau Bayerische Ostmark) im Zeitraum von 1780-1937 unter besonderer Berücksichtigung der Auswanderung seit Mitte des 19. Jahrhunderts, Kallmünz 1942.
- Sandgruber, Roman, Österreichische Agrarstatistik 1750-1918 (Materialien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2), München 1978.
- , Wirtschafts- und Sozialstatistik Österreichs 1750-1918, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 64 (1977) 74-83.
- Sauer, Paul, Affalterbach 972-1972, Reutlingen 1972.
- , Tamm. Geschichte einer Gemeinde, Ulm 1980.

Scharnagl, Anton, Zur Geschichte des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803, in: Historisches Jahrbuch 70 (1951) 238-259.

Scharnagl, Rainer, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt Neumarkt-St.Veit seit 1945 (Zulassungsarbeit für die 1. Prüfung für das Lehramt an Volksschulen), masch. 1968.

Scheglmann, Alfons Maria, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, 3 Bde., Regensburg 1903-1908.

Schieder, Theodor, Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Taschenbuchausgabe, Bd. 15), München 1978³.

-, Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 5: Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1981.

-, Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 6: Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäischen Weltpolitik bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1968.

Schimmer, Carl, Das Wohnungselend der Minderbemittelten in München, Frankfurt 1899.

Schimmer, Gustav Adolf, Die unehelich Geborenen in Österreich 1831-1874, in: Statistische Monatsschrift 2 (1876) 149-174.

Schlittmeier, Andreas, Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Säkularisation in Bayern, untersucht am Beispiel der Abtei Niederaltaich und seiner Propsteien Rinchnach und Sankt Oswald (Verhandlungen des historischen Vereins für Niederbayern, Bd. 87), Landshut 1961.

- Schlittmeier, Andreas, Die Entwicklung der kommunalen Finanzen der Stadt Landshut von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (Verhandlungen des historischen Vereins für Niederbayern, Bd. 85, Heft 2), Landshut 1959.
- Schlögl, Alois (Hg.), Bayerische Agrargeschichte. Die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft seit Beginn des 19. Jahrhunderts, München 1954.
- Schmelzle, H., Die gewerbliche Entwicklung Bayerns, in: Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 45 (1912) 401-423.
- , Güterzertrümmerung, in: Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 45 (1912) 81-103.
- Schmidt, Reinhold, Die Sterblichkeit der Stadt Hof in Bayern während der Jahre 1563-1870, Diss. masch. Erlangen 1951.
- Schmitt-Lermann, Hans, Beiträge zur bayerischen Sozialgeschichte, München 1969.
- Schnabel, Franz, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, 4 Bde., Bd. 1: Freiburg/Breisgau 1947³, Bd. 2: Freiburg/Breisgau 1949², Bd. 3: Freiburg/Breisgau 1950², Bd. 4: Freiburg/Breisgau 1951².
- Schneider, Anton, Der Gewinn des bayerischen Staates von säkularisierten landständischen Klöstern in Altbayern (Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 23), München 1970.
- , Die Vorgänge bei der Aufhebung des Benediktinerklosterstifts St.Veit 1802, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige 81 (1970) 254-261.

Schneider, Georg, Die Sterblichkeit in Sulzbach-Rosenberg in der Oberpfalz in den Jahren 1572-1870, Diss. masch. Erlangen 1949.

Schnorbus, Axel, Die ländlichen Unterschichten in der bayerischen Gesellschaft am Ausgang des 19. Jahrhunderts, in: ZBLG 30 (1967) 824-852.

Schreiber, Rudolf, Güterzertrümmerung und Abnahme der Höfe in Oberbayern, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 18 (1894) 63-92.

Schremmer, Eckart, Agrarverfassung und Wirtschaftsstruktur. Die südostdeutsche Hofmark - Eine Wirtschaftslandschaft?, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 20 (1972) 42-65.

- , Die Bauernbefreiung in Hohenlohe (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 9), Stuttgart 1963.
- , Standortausweitung der Warenproduktion im langfristigen Wirtschaftswachstum. Zur Stadt-Land-Arbeitsteilung im Gewerbe des 18. Jahrhunderts, in: Viefteljahreschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 59 (1972) 1-40.
- , Überlegungen zur Bestimmung des gewerblichen und des agrarischen Elements in einer Region. Fragen und Probleme - auch zum Thema der Wertanteile, in: Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 21 (1975) 1-28.
- , Die Wirtschaft Bayerns. Vom hohen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung. Bergbau, Gewerbe, Handel, München 1970.

Schwab, Dieter, Grundlagen und Gestalt der staatlichen Ehegesetzgebung in der Neuzeit bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Bielefeld 1967.

- Schwaiger, Georg, Die altbayerischen Bistümer Freising, Passau und Regensburg zwischen Säkularisation und Konkordat (1803-1817) (Münchener Theologische Studien, I. Historische Abteilung, Bd. 13), München 1959.
- , Zur Geschichte der bayerischen Frauenklöster nach der Säkularisation, in: Münchener Theologische Zeitschrift 14 (1963) 60-75.
- Schwarz, Georg, Vilsbiburg. Die Entstehung und Entwicklung der Herrschaftsformen im niederbayerischen Raum zwischen Isar und Rott (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern, Heft 37), München 1976.
- Schwarz, Gerard, "Nahrungsstand" und "erzwungener Gesellschaftenstand". Mentalité und Strukturwandel des bayerischen Handwerks im Industrialisierungsprozeß um 1860 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 10), Berlin 1974.
- Seuffert, Georg Karl Leopold, Statistik des Getreide- und Viktualien-Handels im Königreiche Bayern, München 1857.
- Shorter, Edward, Bastardy in South Germany: A Comment, in: Journal of Interdisciplinary History 8 (1978) 459-469.
- , Social Change and Social Policy in Bavaria, 1800-1866, Diss. masch. Cambridge/Mass. 1967.
- , "La vie intime". Beiträge zu seiner Geschichte am Beispiel des kulturellen Wandels in den bayerischen Unterschichten im 19. Jahrhundert, in: Peter Christian Ludz (Hg.), Soziologie und Sozialgeschichte. Aspekte und Probleme (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 16), Opladen 1972, 530-549.
- Siegert, Toni, Landkreis Schwandorf. Das große Heimatbuch, Regensburg 1984.
- Sittersperger, J., Geschichte des Klosters Osterhofen (Damenstift), Passau 1884.

Spindler, Max (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte,
Bd. 1: München 1981², Bd. 2: München 1977² und
Bd. 4: München 1974 f.

Spirkner, Bartholomäus, Beiträge zur Geschichte des
Marktes Massing/Rott, in: Verhandlungen des historischen
Vereins für Niederbayern 27 (1891) 177-228, und in:
Verhandlungen des historischen Vereins für Nieder-
bayern 28 (1892) 228-306.

-, Das Benediktinerkloster St.Veit bei Neumarkt an der Rott
und die Pfarrei Vilsbiburg, in: Niederbayerische
Heimatblätter 1 (1929) 10-16.

-, Besiedlung des Amtsgerichtsbezirktes Eggenfelden,
Eggenfelden 1907.

Spree, Reinhard, Soziale Ungleichheit vor Krankheit und
Tod. Zur Sozialgeschichte des Gesundheitsbereichs im
Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1981.

Stadler, Klemens, Der Weg zur Selbstverwaltung der
bayerischen Landkreise. Ein Beitrag zur Geschichte
der bayerischen Landkreise (Festschrift des Landkreis-
verbandes Bayern), München 1962.

Stahleder, Helmuth, Mühldorf am Inn. Die Landgerichte
Neumarkt, Kraiburg und Mörmosen und die Stadt Mühl-
dorf (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern,
Heft 36), München 1976.

Steinbeisser, Joseph, Die wirtschaftliche Entwicklung
Niederbayerns seit 1870, Diss. masch. München 1939.

Stellwag, Eleutherius, Die Aufhebung und Verödung des
Klosters Münsterschwarzach, in: Münsterschwarzach.
Heut und Einst. Festschrift zum Wohle der Kirche
1938, Münsterschwarzach 1938.

Stengel, Hermann von, Die Grundentlastung von Bayern,
Würzburg 1874.

Stolz, Otto, Die Bauernbefreiung in Süddeutschland, in: Vierteljahresschrift zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 33 (1940) 1-68.

Stüber, Lorenz, Die Sterblichkeitsverhältnisse im Königreich Bayern für das Jahrzehnt von 1901 bis 1910, München 1913.

Stutzer, Dietmar, Alphons Hafner. Der letzte Ettaler Abt in der Zeit der Säkularisation 1803, in: Festschrift Ettal 1980, Ettal 1981, 133-148.

-, Die Aufhebung des Klosters Rott in der Säkularisation 1803, in: Willy Birkmaier (Hg.), Rott am Inn. Beiträge zur Kunst und Geschichte der ehemaligen Benediktinerabtei, Weißenhorn 1983, 253-258.

-, Der alte bayerische Hoffuß in der historischen Praxis der bäuerlichen Betriebsschätzung und -bewertung, in: ZBLG 42 (1979) 285-303.

-, Die landständischen Klöster Bayerns und der Oberpfalz als Besitz- und Unternehmenseinheiten und ihre Sozialsysteme zur Zeit der Säkularisation 1803, Diss. masch. München 1982.

-, Die Säkularisation 1803. Der Sturm auf Bayerns Kirchen und Klöster, Rosenheim 1978.

-, Die Sozialverfassung der bayerischen Klöster vor der Säkularisation, in: Eberhard Weis (Hg.), Reformen im rheinbündischen Deutschland (Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 4), München - Wien 1984, 33-44.

-, Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in säkularisierten Klöstern Altbaierns 1803, in: ZBLG 40 (1977) 121-162.

Treue, Wilhelm, Gesellschaft, Wirtschaft und Technik Deutschlands im 19. Jahrhundert (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Taschenbuchausgabe, Bd. 17), München 1977².

- Tröltsch, Walter, Die bayerische Gemeindebesteuerung seit Anfang des 19. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung der indirekten Verbrauchssteuern, München 1891.
- Troll, Hildebrand, Die Spezialkommission und ihre Protokolle, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern 7 (1961) 47 f.
- Tyroller, F., Die Grafschaften des Isengau, in: Oberbayerisches Archiv 80 (1955) 43-103.
- Tyszka, Carl von, Handwerk und Handwerker in Bayern im 19. Jahrhundert. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie über die bayerische Gewerbeverfassung im 19. Jahrhundert, München 1907.
- Der Landkreis Vilsbiburg, hg. von der Verwaltung des Landkreises Vilsbiburg, Vilsbiburg 1966.
- Vogel, Hubert, Geschichte von Bad Reichenhall, in: Oberbayerisches Archiv 94 (1971).
- Volkert, Wilhelm (Hg.), Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980, München 1983.
- Wacker, Adolf, Zur Indersdorfer Kloster- und Ortsgeschichte, Kaufbeuren 1905.
- Wagner, Bernarda, Die Säkularisation der Klöster im Gebiet der heutigen Stadt Passau 1802-1836, Passau 1935.
- Wagner, Franz, Ein Aichacher als Klosterreformer im Rottal. Modest Schilling brachte Ordnung ins Kloster bei Neumarkt, in: Aichacher Heimatpost, Jahrgang 1962, Heft 1, o.S.
- Wagner, Hans, Weinberg und Steinbruch des Herrn. Geschichte der Pfarrgemeinde Kapfelberg und Poikam, Kehlheim 1985.
- Wald, Annemarie, Die Bauernbefreiung und die Ablösung des Obereigentums - eine Befreiung der Herren?, in: Historische Vierteljahresschrift 25 (1933/34) 795-811.

Walwitz, Bars Graf von, Die Hofmark Adldorf vom

16. Jahrhundert bis zur Bauernbefreiung (Münchner Universitätsschriften, Reihe der Staatswissenschaftlichen Fakultät, Bd. I), Waldsassen 1968.

Weber, Friedrich Carl, Die Verfassung und Verwaltung der Landgemeinden des Königreiches Bayern, Augsburg 1819, 1832².

Weindl, Hans, Die Entwicklung der persönlichen und realen Gewerberechte unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Altbayern, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern 5 (1959) 2-11.

Weis, Eberhard, Neue Forschungsrichtungen in der Geschichtswissenschaft, insbesondere in der Sozialgeschichte, gezeigt am Beispiel der frühen Neuzeit (16. bis beginnendes 19. Jahrhundert), in: Historisches Jahrbuch 102 (1982) 319-417.

-, Die Säkularisation der bayerischen Klöster 1802/03. Neue Forschungen zu Vorgeschichte und Ergebnissen (Sitzungsberichte des Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Jahrgang 1983, Heft 6), München 1983.

Weiß, Joseph A., Die Integration der Gemeinden in den modernen bayerischen Staat. Zur Entstehung der kommunalen Selbstverwaltung in Bayern, Diss. masch. München 1984.

Weissenberger Paulus, Eglingen. Aus der Geschichte des Pfarrdorfes, Heidenheim 1979.

Wendehorst, Alfred, Der Untergang der alten Abteikirche Münsterschwarzach 1803/04 (Mainfränkische Hefte, Nr. 7), Würzburg 1953.

- Wenig, Michael, Beschreibung des Kurfürsten- und Herzogtums Ober- und Niederbayern, Bd. III: Rentamt Landshut, Landshut 1723 (Neudruck mit einem Anhang von Georg Spitalberger und einem Ortsverzeichnis von Gertrud Stetter, München 1976).
- Wiegelmann, Günther (Hg.), Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, Bd. 5), Göttingen 1973.
- Wild, Karl (Hg.), 1200 Jahre Vilshofen 776-1976. Vilshofen 1976.
- Wimmer Josef, Die sozialen und volkswirtschaftlichen Zustände des königlichen Landgerichtes Eggenfelden, Landshut 1862.
- Winkel, Harald, Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 19), Stuttgart 1968.
- , Die Bedeutung der Ablösungsgesetzgebung des 19. Jahrhunderts für die Finanzierung der Kirchen, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 18 (1970) 43-61.
- Wirschinger, Hans, Darstellung der Entstehung, Ausbildung und des jetzigen rechtlichen Zustandes der Patrimonialgerichtsbarkeit in Bayern, München 1837.
- Wismüller, Franz Xaver, Geschichte der Teilung der Gemeindeländereien in Bayern (Münchener volkswirtschaftliche Studien, 62. Stück), Stuttgart - Berlin 1904.
- Wöhrmüller, Bonifaz, Literarische Sturmzeichen vor der Säkularisation, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige 45 (1927) 12-44.

Wohlhaupter, Eugen, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit in der mittelalterlichen Gerichtsverfassung Bayerns (Deutschrechtliche Beiträge, Bd. XII, Heft 2), Heidelberg 1929.

Wollschläger, B., Die Sterblichkeit in Kulmbach in den Jahren 1555-1598 und 1619-1870, Diss. masch. Erlangen 1952.

Wrigley, Edward Anthony, Bevölkerungsstruktur im Wandel. Methoden und Ergebnisse der Demographie, München 1969.

Wüstemeyer, Manfred, Die "Annales": Grundsätze und Methoden ihrer neuen Geschichtswissenschaft, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 54 (1967) 1-45.

Wysochi, Josef, Kapitalbildungsprozesse ländlicher Regionen Bayerns im 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 24 (1976) 202-213.

Zander, Friedrich, Brauer und Brauereien im alten Neumarkt, in: Das Mühlrad 2 (1952) 41-45.

Zils, Wilhelm, Aus der Geschichte des heimischen Bäckerhandwerks. Neumarkt an der Rott, in: Die bayerische Bäckerei, Jahrgang 1937, Nr. 30, o.S.

Zimmermann, Fritz, Die Rechtsnatur der altbayerischen Dorfgemeinde und ihrer Gemeindenutzungsrechte, Straubing 1950.

-, Bayerische Verfassungsgeschichte vom Ausgang der Landschaft bis zur Verfassungsurkunde von 1818, München 1940.

Zimmermann, Joseph Anton, Churbayerisch-geistlicher Calender, Bd. III: Das Rentamt Landshut, ohne Ortsangabe 1756, 463-475.

Zorn, Wolfgang, Gesellschaft und Staat im Bayern des Vormärz, in: Werner Conze (Hg.), Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815-1848, Stuttgart 1970, 113-142.

- , Probleme und Quellen der bayerischen Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert, in: Bayern, Staat und Kirche, Land und Reich. Forschungen zur bayerischen Geschichte, vornehmlich im 19. Jahrhundert, Wilhelm Winkler zum Gedächtnis, hg. von den staatlichen Archiven Bayerns, München 1961, 347-358.
- , Medizinische Volkskunde als sozialgeschichtliche Quelle. Die bayerische Bezirksärzte-Landesbeschreibung von 1860/62, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 69 (1982) 219-231.
- , Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1806-1933 (Bayerische Heimatforschung, Heft 14), München - Pasing 1962.

Lebenslauf:

18. September 1955 : geboren in Neumarkt-St.Veit als Sohn
des Elektrikers Anton Pledl und seiner
Ehefrau Margot;
- September 1962 : Eintritt in die Volksschule in Neumarkt -
St.Veit;
- September 1966 : Übertritt an das Staatliche Gymnasium in
Pfarrkirchen;
- Juni 1975 : Abitur;
- November 1975 : Beginn des Studiums der Fächer Geschichte,
Germanistik und Sozialkunde;
- Juni 1982 : Staatsexamen;
- November 1982 : Wiederaufnahme des Studiums in den Fächern
Neuere Geschichte, Bayerische Geschichte
und Katholische Theologie;
- Juli 1986 : Promotion;

